

IMPORTANTE

SI	NO
X	

CAJA N° 2		
ARCHIVADOR	N°	NOMENCLATURA DE ORIGEN
CARPETA	6	CAJON 5 (PASTA NEGRO) / 57 (LAPIZ GRAFITO)
SOBRE		

CLASIFICACIÓN GENERAL:

	ABIERTA	CERRADA
FUENTE	X	X
	DESDE	HASTA
FECHA	1970	1993
	ESPAÑOL	OTRO
IDIOMA		

AMBITOS:

DD.HH.	
POLÍTICO	X
LABORAL	
POLICIAL	
JUDICIAL	
RELIGIOSO	
INTERNACIONAL	
COLONIA	

LABOR DE INTELIGENCIA PROPIA:

OPERACIÓN INTELIGENCIA		
TRANSCRIPCIÓN	X	
PLANIFICACIÓN		
ANÁLISIS		
RELACIONES	PERSONAS	INSTITUCIONES

DOCUMENTOS CLASIFICADOS EN PARTICULAR:

1.- DOCUMENTO PATRIA Y LIBERTAD Y EJERCITO
2.- TRANSCRIPCION RADIAL

NOMBRES:

- ROBERTO THIEME
- VICTOR FUENZALIDA
- PABLO RODRIGUEZ

TEMA:

CARPETA COLOR CAFÉ CON VISOR "P Y L NACIONALISMO POPULAR PABLO RODRÍGUEZ". EN SU INTERIOR HAY INFORMACIÓN DE PRENSA RELACIONADA CON EL FRENTE NACIONALISTA PATRIA Y LIBERTAD, FOLLETOS, PANFLETOS Y 2 CUADERNOS DE DICHO MOVIMIENTO, DOCUMENTOS MECANOGRAFIADOS EN IDIOMA ALEMÁN Y MANUSCRITOS CON LETRA ILEGIBLE, ADEMÁS DE CUATRO SOBRES, TRES DE COLOR CAFÉ Y UNO BLANCO MARCADO CON LOS SIGUIENTES NOMBRES.

- JUAN ANTONIO WIDOW
- PABLO REDRIGUEZ
- NACIONALISMO POPULAR
- SILO



Archivo
Nacional
de Chile

CADA UNO DE ELLOS CON INFORMACIÓN DE PRENSA RELACIONADO CON EL CORRESPONDIENTE NOMBRE DEL SOBRE.

01.- DOCUMENTO MECANOGRAFIADO, FECHADO EL 14.11.1973, QUE HABLA DE LA RELACIÓN QUE EXISTE EN EL EJÉRCITO Y PATRIA Y LIBERTAD.

02.- TRANSCRIPCIÓN RADIAL MANUSCRITA, LETRA ILEGIBLE.

CABE SEÑALAR QUE EN LA ROTULACIÓN DE ORIGEN SE HACE MENCIÓN DE UNA CARTA DE ROBERTO THIEME A LOS MIEMBROS DE DIGNIDAD, LA CUAL NO FUE ENCONTRADA EN ESTA CARPETA.

P Y L
Nacionalismo Popular
Pablo Rodríguez

Jorge hatte mit dem Chico noch nicht gesprochen. Er wußte aber zu sagen, daß die Soldaten, die nicht mitmachten in der aufständigen Panzereinheit am Freitag erschossen wurden, und als die Aufständigen nach ihrem Einsatz zurückkamen in ihre Kaserne, wären sie selbst auch erschossen worden. Deshalb würden auch immer noch keine Auskünfte erteilt über die Inhaftierten.

Die Fliegeroffiziere seien erbost darüber, dass sie immer noch nichts unternehmen dürfen. Z.B. sein Schwager ist Coronel und ungeduldig.

Ferrada gab mir einen Brief zu lesen von Sandoval (Vater vom Roto), vom Dienstag, den 3.7.73, aus dem Botschaftsgebäude geschrieben. Sandoval backt ganz kleine Brötchen. Er gibt die Schuld für das Versagen den Militärs, die doch ihre Hilfe zugesagt hätte. Er überlegt noch, ob er das Asyl annehmen soll, oder sich direkt dem Militärtribunal stellen soll, um sich vor diesen zu verteidigen. Wörtlich schreibt er, "ich würde mich wohl gut verteidigen". Mir scheint, er spekuliert damit, daß die Militärs bald was unternehmen, um sich dann wieder obenan zu schwingen. Ferrada vergleicht die PL mit einer Pyramide: Während sonst das Fundament breit und stark ist, das die Spitze trägt, ist es bei dieser Bewegung umgekehrt: Die Kraft ging von der Spitze aus, und das breite Fundament war schwach. Das Wachstum sei auch nicht von unten nach oben von statten gegangen, sondern verkehrt herum. Viele von ihnen seien jetzt enttäuscht und sind vollkommen durcheinander. Und sie seien auch nicht bewaffnet. Er selbst hat auch nichts, und in der Nähe wohnen die wilden Horden.

Sandoval schreibt, daß er Ferrada eine Erklärung zuschicken will, die veröffentlicht werden soll unter vorheriger Ankündigung. Falls die Veröffentlichung dann verhindert würde, würde das nichts machen.

Laut Ferrada sollte er sich nicht heimlich irgendwo verstecken, denn die Militärs wollen auf keinen Fall, daß man vermutet, daß Sandoval erneut mit den Militärs zusammenarbeitet. Ferrada erwartet eine Aktion der Militärs in den nächsten Tagen, aber das ist nur "gehen könne".

Sie bekommen kein Brot und kein Mehl unter anderem, und er fragte, ob wir ihm vielleicht einen Beutel Mehl verkaufen könnten.

Fortsetzung folgt.

Die Kinderhausmutter sah ich nur kurz, sie sagte, jetzt müßten die Militärs aber eingreifen, denn so ginge es nicht mehr weiter. Bisher war sie immer dagegen.

Herr Zehn sagte, er möchte mal mit uns sprechen, aber heute hätte er keine Zeit, in der kommenden Woche sollte ich ihn mal anrufen. Er hat eigentlich eine Versammlung morgen, Samstag bei Claudio, aber er darf jetzt Santiago nicht verlassen, wegen der Lage.

Der Kinderhausvater sagte, die Militärs hätten mit einigen DC-Leuten gesprochen und hätten von diesen das Einverständnis für ihr Eingreifen bekommen. Die Militärs wollen auf keinen Fall Blut vergießen, auch wollen sie nachher nicht als "Gorilla-Militär" bescholten werden. Daher würden sie den Rausschmiß der Regierung auf sanfte Weise planen. Prats würde damit auch einverstanden sein. Auch die Flieger- und Marine-Chefs.

Der Schuster würde auf die Wahrheit nicht mehr hören, wie es wirklich im Land aussieht. Er lebt in einer anderen Welt und läßt sich von dem bestimmen, was ihm seine Vertrauten einflößen. Weil er genau weiß, daß die Militärs kein Blutvergießen wollen, läßt er die Arbeiter die Fabriken besetzen, um den Militärs auch zu zeigen, dass er von all diesen Arbeitern unterstützt würde.

Laut Maria haben die Militärs kein Vertrauen mehr zu den Zivilen, nach dem Reifall mit Sandoval. Sie wollen ihre Sache allein machen. Die Raubolzen hätten jetzt ein vierzehntägiges Programm: "Operación de Emergencia", und die Militärs würden prüfen, ob sie jetzt oder nach Ablauf dieser "Operation" eingreifen sollen. Wir sollten uns beeilen, unsere Papiere alle gegen die Enteignung fertigzumachen, und seinen Anwalt zur Hilfe zu nehmen. - Maria hört mit, was einige Raubolzen untereinander reden, das teilt er den Militärs mit, auch hört sie einige Gespräche der Militärs ab. Sie sagt, das Unternehmen soll ohne Prats durchgeführt werden



Mario l war 8 Tage bei Amalie und war dort 5 Tage mit dem Roto zusammen. Der Roto hat die allerbesten Beziehungen zu der dortigen Luftwaffe. Diese hat ihm bei der Festnahme geholfen und jetzt bieten sie jegliche Hile an , aber nichts für Zivilisten, sondern nur direkt an die hiesigen Streitkräfte. Wenn es hier losginge, würde der Roto sofort kommen, und zwar zu dem Großvater, wo der sein Autito hat mit dem roten Faß zum tanken.

Er hat gehört, daß die drei obersten Militärs dem Schuster ein Ultimatum gestellt hätten.

Die Rotos hier im Land seien jetzt alle still. Alle Freunde des Mario sagtem ihm, daß das Militärunternehmen keineswegs zu Ende sei.



Mario I war 3 Tage bei Amalia und war dort 5 Tage mit dem Foto
zusammen. Der Foto hat die allerersten Beziehungen zu der dortigen
Luttwife. Diese hat ihm bei der Bestattung geholfen und jetzt bietet
sie jegliche Hilfe an, aber nichts für Zivilisten, sondern nur direkt
an die meisten Streitkräfte. Wenn es hier losginge, würde der Foto
sofort kommen, und zwar zu dem Provost, wo der sein Amt hat mit
dem roten Tag zum Tanken.

Er hat gehört, daß die drei obersten Militärs den Provost
ein Ultimatum gestellt hätten.

Die Fotos hier im Land seien jetzt alle still. Alle Freunde des
Mario sagten ihm, daß das Ultimatum keinen Zweck zu haben sei.



Ihr Lieben

Fritz sagte mir folgendes: Die ganze Sache fing am diensttag an, mit der Verhaftung von acht Personen aus der Panzerdivision. Am donnerstag abend hatten die Obersten ein Essen in der Kaserne. Sie wurden sich einig ihre Leute zu befreien. Ihr Plan war die Gefangenen aus dem Vert. Ministerium zu holen und sich wieder in ihre Kaserne zurückzuziehen und sich dort zu verschanzen. Sie verständigten PL und baten um Unterstützung und um Kontaktaufnahme zu den anderen Regimentern. PL versprach alles und versicherte sie hätten kontakt zu den anderen, sie würden mitmachen und es ginge alles klar. In Wirklichkeit hatten sie überhaupt keinen anderen kontakt, auf keinen Fall aber um über Nacht die Sache zu organisieren. PL glaubte, wenn ein Regiment auf die Straße ginge, würden alle mitmachen. Dann kam der Freitag. Keiner machte mit, weil keiner wußte, was gespielt wurde und keiner vorbereitet war. Auf Prats Befehl hat das Reg. Tacna die Kaserne der anderen besetzt und die Panzer konnten nicht wieder zurück. Die Panzer haben die Moneda nicht angegriffen, sie sind nur auf und abgefahren, um zu verhindern, daß die Wache der Moneda dem Vert. Min. zur Hilfe kommt.

Der Anton Schloch hat als erste Reaktion die Arbeiter zu den Waffen und zum Kampf aufgefordert. Danach hat Prats mit ihm Verbindung gesucht und ihm alle Hilfe zugesagt. Auf einen Anruf vom Schloch bei der Luftwaffe, ob sie nicht mit den Flugzeugen die Panzer bombardieren wollten, soll der bei der Luftwaffe gesagt haben, es wäre wohl besser die Flugzeuge würden nicht starten, denn er könnte keine Garantie geben, ob sie dann anstatt der Panzer, Tomas Moro bombardieren würden.

Gewonnen hat Schloch nichts bei der ganzen Sache, obwohl es so scheint. Das Parlament ist nicht aufgelöst, die Gerichte und Contraloria arbeiten. Das Militär kontrolliert die Nachrichten, und streicht bei den linken mehr, als bei den rechten. Die Nachrichten, die über Cadena gesendet werden sind auch kontrolliert. Auch ihm haben sie gesagt, worüber er sprechen kann, und worüber nicht.

Die Generale sind sehr oft versammelt, einmal wegen der Probleme in der Regierung und zum anderen wegen der ständig wachsenden Unzufriedenheit der Truppen. In der Marine gärt es sehr. Die Luftwaffe bedauert, das sie nicht verständigt wurden und die Sache nicht gemeinsam gemacht wurde. Auch in den Provinzen möchten sie anfangen zB. Chillan, Valdivia, Concepcion und auch im Norden.

Sie wollen auch den Prats zwingen sich für Politik oder für Wehrmacht zu entschließen, bzw seinen Rücktritt zu fordern.

~~XXXXXXXXXXXX~~ Die PL hat sich vor und nachher unmöglich, unlogisch und feige benommen. Unsere Freunde sind der Ansicht, das es ohne diese Spinner besser sei. Alle sind erbost, das der Oberspinner uns erwähnt hat in seinem Kommentar.

Die Aussagen von Fritz, Gesa und auch vom Kinderhauspapa sind ganz übereinstimmend. Alle sagen, daß die Milicos eine Lösung erzwingen werden, und zwar in sehr kurzer Zeit.



Archivo
Nacional
de Chile

1875

1875

Washington

Dear Sir

I have the honor to acknowledge the receipt of your letter of the 10th inst. in relation to the proposed extension of the...



Aufmerksamkeit zu erwidern? Wir kehren voll
Vollkommen in die Welt zurück in und es bleibt
mir, die unsere inaktivitäten haben mit sie
lieben, wenn sie in Gefahr sind. Wir glauben, daß es
politische Parteien gibt, die ~~Staat~~ Teil zu sein
in die Arbeit als in Arbeit mit der Planung
haben. ~~Wir haben~~ Wenn wir das nicht werden be-
halten, so haben wir auch den Verdacht, daß sie nicht
können, wir hoffen, daß es nicht so schnell weise,
aber wir halten es für besser, den Plan der Weltmarkt
auszuführen und die Öffentlichkeit zu überzeugen,
~~damit wir in Zukunft nicht die Verantwortung~~
~~übernehmen~~. wenn die Verantwortlichen ~~fast~~
abgegeben, die sie in der ~~in der Öffentlichkeit~~ Tätigkeit
Wer die Plan jetzt zu ~~den~~ ~~bedeut~~ ~~für~~ ~~sich~~ ~~zu~~ ~~sein~~,
daß sie nicht passiert. Es scheint abzuwachen, um die reze-
ption, die aus der Plan besteht ist, die nach
Palma + Libanad der ~~kurze~~ 18 springen sollte.



SECRETARÍA DE HACIENDA Y FISCALÍA
DIRECCIÓN DE RECIBOS Y VALORES

[Handwritten signature]

~~58~~ 995

~~58~~ 995

85094



Archivo Nacional de Chile



de la página anterior: 319.394,66

IV. Traslado de Enfermos:

Traslados	127 a E 6,10	774,70	
kms.recorridos	8.204 a E 1,83	15.013,32	15.788,02

Comidas proporcionadas a pacientes de la policlinicas:

Almuerzo	1.766 a E 1,50	2.649,00	
Desayuno u once	74 a E 1,00	74,00	
Mamadera	84 a E 1,00	<u>82,00</u>	2.805,00

Medicamentos comprados por la Sociedad y entregados a pacientes según recibos: 1.956,68

78 viajes a Parral para retirar medicamentos, leche en polvo y otras diligencias en el Hospital de Parral: 6.240 kms.recorridos a E 1,83 11.419,20

E° 351.363,56
=====

La suma de E° 351.363,56 representa el valor de las atenciones prestadas exclusivamente a pacientes chilenos.-

El Lavadero, 31 de Julio de 1968

Sociedad Benefactora y Educativa
D i g n i d a d



Archivo
Nacional
de Chile

de la página anterior: 319.394,66

IV. Traslado de Enfermos:

Traslados	127 a E 6,10	774,70	
kms.recorridos	8.204 a E 1,83	15.013,32	15.788,02

Comidas proporcionadas a pacientes de la policlinicas

Almuerzo	1.766 a E 1,50	2.649,00	
Desayuno u onces	74 a E 1,00	74,00	
Masadera	84 a E 1,00	<u>82,00</u>	2.805,00

Medicamentos comprados por la Sociedad y entregados a pacientes según recibos: 1.956,68

78 viajes a Parral para retirar medicamentos, leche en polvo y otras diligencias en el Hospital de Parral: 6.240 kms.recorridos a E 1,83 11.419,20

E^o 351.363,56
=====

La suma de E^o 351.363,56 representa el valor de las atenciones prestadas exclusivamente a pacientes chilenos.-

El Lavadero, 31 de Julio de 1968

Sociedad Benefactora y Educacional
D i g n i d a d



Archivo
Nacional
de Chile

Dato Oficial de la República de Chile,
N.º 25.029, 2 de Octubre de 1961, págs. 6

CONCEDE PERSONALIDAD JURIDICA Y APRUEBA LOS
ESTATUTOS A LA CORPORACION DENOMINADA
"SOCIEDAD BENEFICENTORA Y EDUCACIONAL DIGNIDAD"
CON DOMICILIO EN SANTIAGO.

República de Chile. - Ministerio de Justicia. Santiago, 21 de Septiembre de 1961.

Hoy se decretó lo que sigue:

Núm. 3.949. - Vistos estos antecedentes, lo dispuesto en el decreto reglamentario
número 2.820, de 31 de Octubre de 1952; lo expresado por el Ministerio de Educación
en orden a que puede accederse a lo solicitado sin perjuicio de sus facultades de la-
calificación respecto de los establecimientos educacionales que la corporación establece,
y lo informado por el Consejo de Defensa del Estado,

Decreto:

1. Concédesse personalidad jurídica a la corporación denominada "Sociedad Beneficentora
y Educacional Dignidad", con domicilio en Santiago.

2. Apruébense los estatutos por los cuales se ha de regir dicha sociedad en los términos
de que da testimonio la escritura pública de fecha 26 de Junio de 1961 y otorgada ante
el notario de Santiago don Fernando Escobar Vivian.

Tómese razón, comuníquese y publíquese.

J. Alessandri R. - E. Guzmán E.

Lo digo a U. para su conocimiento.

Dios guarde a U.

J. del Valle Subsecretario.

Dato Oficial de la República de Chile,
N.º 22.029, 2 de Octubre de 1961, págs. 6

CONCEDE PERSONALIDAD JURIDICA Y APRUEBA LOS
ESTATUTOS A LA CORPORACION DENOMINADA
"SOCIEDAD BENEFICENTOR Y EDUCACIONAL DIGNIDAD"
CON DOMICILIO EN SANTIAGO.

República de Chile. - Ministerio de Justicia. Santiago, 21 de Septiembre de 1961.

Hoy se decretó lo que sigue:

Núm. 3.949. - Vistos estos antecedentes; lo dispuesto en el decreto reglamentario
Núm. 2.820, de 31 de Octubre de 1952; lo expresado por el Ministerio de Educación
en orden a que puede accederse a lo solicitado sin perjuicio de sus facultades de ins-
pección respecto de los establecimientos educacionales que la corporación establezca,
y lo informado por el Consejo de Defensa del Estado,

Decreto:

1. Concédesse personalidad jurídica a la corporación denominada "Sociedad Beneficentor y Educacional Dignidad", con domicilio en Santiago.
2. Apruébense los estatutos por los cuales se ha de regir dicha sociedad en los términos de que da testimonio la escritura pública de fecha 26 de Junio de 1961 y otorgada ante el notario de Santiago don Fernando Escobar Vivian.

Tómese razón, comuníquese y publíquese. -

J. Alessandri R. - E. Guzmán E.

Lo digo a U. para su conocimiento.

Dios guarde a U. -

J. del Valle Subsecretario.



Melina Hüfnit ist gehört worden von Antea bis Magallanes in. hier
sind wir, ~~und~~ ^{unser} Kämpfer, in. hier ist die hellste Stimme der die-
nischen Volk. Man fühlt sich in diesem Augenblick mit, fast
mehr als 20. das Personen in der Hauptstadt der Provinz sind
flommen sind. Die erste ²⁹ mitteilen. Hier bin ich in der
selben Bedeutung ~~als~~ mit der ich die edle Sache der
Freiheit in. Demokratie erpfehlen. Ich habe ein Falsch erhalten,
die durch alle Seiten der die besten jenseits wandert, noch ist die
Freigeilich noch nicht gekommen, das die Falsch erhalten und,
in. hier sind die, die kämpfen auf unsere Freiheit leben,
in. die, die ich hier für diese Bewegung einsteht, damit die Demo-
kratie uns die Freiheit zu stützen. Wie tief ~~haben~~ ^{haben} Demokratie in
Freiheit in. die Hände jenseits! Wie immer mit unserer Jugend,
Wenn wir ~~leben~~ ^{leben}, wie es sich ihnen jenseits, in mit Freie zu
leben in. zu leben! Wie schließen diese Versammlung
mit ein einziges große Idee, mit ein einziges große
Hüfnit: Es leben der Kataland, es leben die Freiheit, es leben die
Demokratie!

(Diese Veröffentlichung ist mit ein Teil der letzten Finanzpost
worden, die wir von dem anwesenden Publikum erhalten).
Stabsführer
~~der~~ Bewegung "Kataland in. Freiheit"



C. Del Consejo de Profesores.

Artículo 34. - El Consejo de Profesores será un cuerpo consultivo que asesorará al Director en sus funciones, debiendo indicar periódicamente las necesidades de los diversos departamentos a que se refiere la cláusula tercera de estos Estatutos. - Formará parte del Consejo de Profesores todas las personas que repartan enseñanza ya sea primaria, secundaria o especial, técnica o agrícola, siendo indiferente si sean profesores propiamente tales o jefes de los distintos talleres de instrucción de la Sociedad. El Consejo de Profesores se reunirá por lo menos una vez al mes y además cada vez que sea citado por el Director. Este Consejo elegirá una mesa compuesta de un Presidente, un Secretario y un Vocal. El Consejo deberá presentar al Director informes y programas escritos cada vez que el Director lo solicite. -

D. De las Comisiones.

Artículo 35. - El Director podrá nombrar comisiones relativas a cualesquiera de los aspectos de la labor de la Sociedad, comisiones que ayudarán al cumplimiento de los fines expresados en el artículo 3 de estos Estatutos. El Director podrá asimismo disolver las comisiones y crear otras. Artículo 36. - El número de miembros de cada comisión será el que determine el Director, no pudiendo bajar de tres. Uno de ellos deberá ser un Director, quien presidirá la Comisión y uno deberá ser un miembro del Consejo de Profesores. - Artículo 37. - El Director tendrá el derecho de vetar las resoluciones de las comisiones en cuyo caso estas no se cumplirán. El funcionamiento y las atribuciones de las comisiones se detallarán en un Reglamento.

Título IV.

Del Patrimonio.

Artículo 38. - El Patrimonio de la "Sociedad Benefactora y Educativa Dignidad" se formará: a) Con las cuotas periódicas ordinarias que eroguen los socios y con las extraordinarias que pudiere erogar libremente; las cuotas ordinarias no serán inferiores a un escudo mensual ni superior a medio sueldo vital mensual; b) Con las herencias, legados y donaciones que se hicieren en su favor y que fuesen aceptados por el Director; c) Con las rentas de los bienes que adquiera la corporación; d) Con el producto de colectas y veladas que pudiere organizar la Sociedad; y e) Con los demás bienes muebles que pudiere adquirir la Sociedad, así como con las subvenciones de que pudiere hacerse objeto. - Artículo 39. - La disposición de los bienes sociales corresponderá al Director, debiendo aplicarse lo dispuesto en los artículos 24 letra c) y 30 de estos Estatutos. En caso de disolución de la Sociedad, la disposición de los bienes corresponderá a la Asamblea General que acuerde la disolución, tal como se dispone en el artículo 24 letra e) de estos Estatutos. -

früher, das sagt man, das wir die Türkei mit ein Staatsrecht
verleihen ~~soll~~ werden. Nein, mein Herr, die Türkei wird nicht
mit ein unidirektional Staatsrecht verleihen, die Türkei wird
mit ein Tat der ~~Fürsorge~~, Vaterlands liebe verleihen, die Türkei
wird verleihen mit der Tat, das die Jugend, das die Männer,
die Frauen in die Arbeit auf die Straße gehen, wir sind unser
Leben übergeben, wenn es nötig ist, denn die Türkei
muss in die Welt mitgehen.

Sie haben heute die Verantwortung, dass wir die Welt in ein
Bündnis führen. Wir haben es schon gesagt. Wir sind dabei
es heute, wir haben die politische Staatsverfassung, wir sind keine Auf-
rührer, aber wir machen die Behörden des Staates dafür verantwortlich,
dass es in die Welt ein Persönlichkeitsgesetz, die zu befehlen muss.
Vor uns sind heute hat der Kandidat der Nationalen, der Kandidat
des internationalen Kommunismus klar gesagt, dass, wenn
die Sozialdemokratie im Welt zu ewigen Prinzipien kommt, die
Frieden bestanden, die Forderungen bestanden, die Fabriken be-
stehen und in die öffentlichen Dienststellen. Wenn sie zu handeln
wollen, dann kündigen wir ihnen an, dass wir die Ordnung in
die Welt einbringen werden, in die Welt werden jetzt anwenden,
wenn sie das notwendig sein sollte.

Ich kann Ihnen heute nicht beibringen, ohne vorher noch zwei Dinge
auszuführen, die nicht tief befragen. Viele Leute sind aus den
unbekannten Wäldern der Welt zu uns gekommen, haben uns die
Hand geschüttelt ^{und} gesagt: es gibt doch wenigstens noch eine Form,
die man sagt, das wir noch ein Demokratien haben. Viele ein-
fache Leute sind zu uns gekommen, um nicht zu kommen,
weil sie die Demokratie verleihen. Mein Herr, ich sage Ihnen
aus der Tiefe meines Herzens: wahrscheinlich haben unsere Jungs
nicht, wenn sie sagen, dass es nicht ist. Niemand hier, aber in
diesem Augenblick hier ist ein Herz in - fast ist. Ich habe nicht,
um zu sagen. Hier sind Tausende in Tausende, die mein
Hilfsmittel nicht haben, mein Ruf ist nicht mehr zu hören.



Archivo
Nacional
de Chile

C. Del Consejo de Profesores.

Artículo 34.- El Consejo de Profesores será un cuerpo consultivo que asesorará al Director en sus funciones, debiendo indicar periódicamente las necesidades de los diversos departamentos a que se refiere la cláusula tercera de estos Estatutos. Formará parte del Consejo de Profesores todas las personas que repartan enseñanza ya sea primaria, secundaria o especial, técnica o agrícola, siendo indiferente si están profesores propiamente tales o jefes de los distintos talleres de instrucción de la Sociedad. El Consejo de Profesores se reunirá por lo menos una vez al mes y además cada vez que sea citado por el Director. Este Consejo elegirá una mesa compuesta de un Presidente, un Secretario y un Vocal. El Consejo deberá presentar al Director los informes y programas escritos cada vez que el Director lo solicite.

D. De las Comisiones.

Artículo 35.- El Director podrá nombrar comisiones relativas a cualesquiera de los aspectos de la labor de la Sociedad, comisiones que ayudarán al cumplimiento de los fines expresados en el artículo 3 de estos Estatutos. El Director podrá asimismo disolver las comisiones y crear otras.

Artículo 36.- El número de miembros de cada comisión será el que determine el Director, no pudiendo bajar de tres. Uno de ellos deberá ser un Director, quien presidirá la Comisión y uno deberá ser un miembro del Consejo de Profesores.

Artículo 37.- El Director tendrá el derecho de vetar las resoluciones de las comisiones en cuyo caso éstas no se cumplirán. El funcionamiento y las atribuciones de las comisiones se detallarán en un Reglamento.

Título IV.

Del Patrimonio.

Artículo 38.- El Patrimonio de la "Sociedad Benéfica y Educativa Dignidad" se formará:

- a) Con las cuotas periódicas ordinarias que entreguen los socios y con las extraordinarias que pudiere erogar libremente; las cuotas ordinarias no serán inferiores a un escudo mensual ni superior a medio sueldo vital mensual;
- b) Con las herencias, legados y donaciones que se hicieren en su favor y que fuesen aceptados por el Director;
- c) Con las rentas de los bienes que adquiera la corporación;
- d) Con el producto de colectas y veladas que pudiere organizar la Sociedad; y
- e) Con los demás bienes muebles que pudiere adquirir la Sociedad, así como con las subvenciones de que pudiere hacerse objeto.

Artículo 39.- La disposición de los bienes sociales corresponderá al Director, debiendo aplicarse lo dispuesto en los artículos 24 letra c) y 30 de estos Estatutos.

En caso de disolución de la Sociedad, la disposición de los bienes corresponderá a la Asamblea General que acuerde la disolución, tal como se dispone en el artículo 24 letra e) de estos Estatutos.

Die neue Blätter auskommen. Die Demokratie befindet sich in
Chile. Skadon, das ein Symbol der Patrie ist; Die Demokratie ist
ein Licht, die Demokratie ist ein Herz, ein Mund und ein Ohr des
Volkes, das auf seinen Füßchen ~~gelaufen~~ ist in eine stür-
mischen Stunde gekommen ist, in der viele die Dunkelheit jetzt wie
einen Dorn fühlen, der ein Herz sticht. Aber sie hat sich die
Bedeutung der Wahlverbindungen im Kampfe auf verwandelt. Die
Kampfsuche wird wie bei den alten Konsekrationen ^{behalten}
~~behalten~~, um die Freiheit in der Demokratie zu verhalten zu
schützen.

Aber viele fragen sich, in wie weit gehen wir, was wird in der Zukunft
geschehen? Was wird in dem kommenden Tage geschehen? Hat die
Demokratie vielleicht eine bestimmte Zeit? Diese Zeit geht
ein bis einschließlich am 24. Oktober zu Ende. Ich werde nicht mehr sagen,
damit wir wissen, was die Demokratie geben wird, die unsere
frühe Zukunft ist. In der ersten Wahlperiode ~~früher~~ Bürger
für unsere Verfassung, die wir führen, einige sagen - in dieser
kleinmütigen Haltung - das wir das Land in den Fesseln führen.
Die so denken, daß wir Chile in den Fesseln führen, die tun es,
weil sie keine haben, die Rechte ausführen, die in der demokratischen
System gibt, sie will sie Freiheit haben in. sie fragen sich, die Freiheit
hat werden zu lassen. Ich sage hier, wie ich ein Nationaltheater ~~sage~~
gesagt habe, wie werden die Demokratie ein Rahmen der Verfassung
und ein ganzes verhalten. Wenn sie den Fesseln wollen, die
finden sie uns ~~auspukt~~ ^{in. Kap. 10.}. Es werden nicht mit mir, die in
Bündelung kommen; nicht mit werden diese Tapirer für alle
kurz beschreiben, aber wenn nichts ⁱⁿ überrollen sollen, dann weiß
niemand mehr, daß die Worte eines Volkes nicht werden nicht
bringen läßt, daß ~~man~~ die Freiheit nicht werden kaufen ^{lassen} läßt, daß
das Verhalten ein angeht ist. Wie sollen wir angucken die für die
Chileneen gegen Alternative Kämpfe? Wie sollen wir die Krieg-
bedeutung bekämpfen, daß Chile in der Notpe eines Pulverhautes
steht? Das in der Moskauer Sprache - fertig, in der Pome-
der, die den Kampf führen, die man nicht ^{gegen} ~~gegen~~ durch
die Freiheit können, die internationalen ¹⁵ ~~man~~ ^{unter} ~~unter~~ ^{Pekin}



Archivo
Nacional
de Chile

Artículo 27. - La elección de Directores se hará votando cada elector por tantas personas como Directores deban elegirse y sin que pueda emplearse el voto acumulativo. Se tendrán por elegidos los socios activos que obtengan las cinco primeras mayorías.

Artículo 28. - El Directorio, en su primera sesión después de elegido elegirá entre sus miembros a un Presidente, un Vice-Presidente, un Secretario, un Tesorero y un Pro-Tesorero.

Artículo 29. - El Directorio deberá reunirse con la frecuencia necesaria para cumplir los fines de la Sociedad, pero por lo menos una vez cada dos meses y podrá celebrar sesión con la concurrencia, a lo menos, de tres de sus miembros. Los acuerdos se tomarán por mayoría absoluta de votos; y en caso de empate decidirá el voto del que presidiere la sesión.

Artículo 30. - Son atribuciones del Directorio:

- a) Promover a la consecución de los fines y objetivos de la Sociedad, tratando de obtener el mayor éxito posible;
- b) Administrar el patrimonio de la Sociedad;
- c) Promover sobre la admisión y la exclusión de los menores y de los adultos a los beneficios de la institución;
- d) Promover sobre la aceptación o rechazo de herencias, donaciones y legados;
- e) Promover sobre la contratación y el despido del personal docente y administrativo y fijar sus condiciones de trabajo;
- f) Eximir del pago de cuotas a aquellos socios activos que sean acreedores a tal excepción;
- g) Promover sobre la admisión o rechazo de socios activos y cooperadores y proponer a la Asamblea General de Directores de socios honorarios;
- h) Nombrar las comisiones que estime necesarias para la buena marcha de la institución;
- i) Dictar los reglamentos que juzgue convenientes para el buen desarrollo de los fines sociales;
- j) Adoptar las medidas que sean necesarias o convenientes para el correcto funcionamiento de la Sociedad y el cumplimiento de sus objetivos;
- k) Designar representantes a los miembros del Directorio que cesaran en sus funciones por cualquier causa, antes de la terminación de su período, debiendo observarse la forma contenida en el artículo 25;
- l) Acordar la expulsión de socios;
- m) Resolver sobre la adquisición, enajenación, venta o gravamen de bienes muebles e inmuebles, incluso la constitución o cancelación de hipotecas, prendas o derechos reales de cualquier clase; y
- n) Concurrir mandatos generales y especiales y revocar unos y otros en todo o parte.

Artículo 31. - Son atribuciones del Presidente:

- a) Representar a la Corporación Judicial y Extrajudicialmente;
- b) Convocar y presidir las sesiones del Directorio y de las Asambleas Generales; y
- c) Ejercer las demás funciones propias de su cargo o encomendadas por los Estatutos;

En caso de impedimento del Presidente, lo reemplazará el Vice-Presidente.

Artículo 32. - Las atribuciones del Secretario, del Tesorero y del Pro-Tesorero serán las que se desprenden de sus funciones y se determinarán en el Reglamento que con-
feccionará el Directorio.

Artículo 33. - Serán necesarias las firmas conjuntas del Presidente o del Vice-Presidente con la de cualquier otro Director, para la firma de toda clase de contratos o convenciones, para abrir y cerrar cuentas corrientes bancarias, girar y sobrogar para girar, cobrar, cancelar, endosar y revahidar cheques; para girar, aceptar, endosar en cobranza, en garantía y sin limitaciones y cobrar letras de cambio; solicitar libretos de cheques y controlar sellos; firmar contratos de trabajo y ejecutar actos de disposición en general, como asimismo ejercer en juicio las facultades especiales establecidas en el inciso segundo del artículo 7 del Código de Procedimiento Civil.



mit dem System ist zu Ende, jetzt folgen wir der Linie der Gewalt. Als Bau-
konnen haben wir die Verpflichtung, das freie demokratische Spiel der Kräfte,
diesem Wahlsystem zu beenden, das andere wird, hoch es, was es will, in ge-
wisse, was probieren mag, werden wird mit dem Sieg der Demokratie in
der Freiheit.

Aber wir beobachten noch ein sehr unerwünschtes Spiel. Wir beobachten
einen Konventionismus, dem Himmel selbst nicht in der mit ein
Drittel der Wählerkraft ^{der Parteien} ~~an~~ der Markt zu kommen gebracht ist. Bei uns alle
die revolutionären Reformen ein perfektes Vorbild, die wir als die Rettung des
des deutschen Volkes betrachten, die aber ein für alle seine Unabhängigkeit
bedeuten. Und warum - gerade auch - stehen sie ein Aus-
andertung in der Wahl? Welche Garantie haben wir zwei Wege hat,
~~die~~ ~~unter~~ der Markt hinter dem Rücken des Volkes, die auf
dem Parlament für gewisse Ränge ein Drittel der Wählerkraft
auszubilden; oder dem deutschen Volk die Gleichheit zu geben,
die historische Alternative zwischen Freiheit in. Knudtschaft, nach
Demokratie in. Totalitarismus zu entscheiden.

Sie fliehen die für ein andere Ding, weil wir zwei Dinge nicht wollen,
wir wissen, daß das deutsche Volk in sich selbst für sich ist ge-
richtet ist, in. wir wissen aber nach Gutachten, wir wissen, daß man
die nicht verkauft, daß man die Freiheit nicht verkauft, daß man
mit dem Wahl keine ^{Kampagne} ~~macht~~ macht, in. weil wir das wissen,
dann fliehen wir die für ein andere Ding in der Wahl. Sie wollen nicht,
daß jetzt das Volk entscheidet, in. die, die ~~früher~~ die Entscheidungen
Volk fordern, werden zu Aufrechterhalten in. totalitär, in. wir hängen
an der Verfassung an. Das sind die, die ^{nicht auf} ~~das~~ ~~Justiz~~ ~~System~~, die nicht
auf die Rechte des Volkes beruhen. ~~Wir haben~~ ~~uns~~ ~~besinn~~
ein großes Problem in. die: das Problem, die Demokratie zu
behalten in. zu unvollkommenen. Dies ist die große Aufgabe
des deutschen Volkes, die durch unsere neuen Anordnungen
findet, in. diese Aufgabe hat nicht die Aufgabe bei uns alle
Winkel dieses verstanden.

Und wir sind die, die uns angreifen. Wie greift uns denn an?
Die Aktionäre greifen uns an, die die großen Prinzipien, die
demokratischen greifen uns an, die mit dem Sieg der Freiheit
16 ~~haben~~ haben. Heute Abend ist es, wir sind ^{den} ~~mit~~ ~~griff~~ ~~haben~~, die

Artículo 27. - La elección de Directores se hará votando cada elector por tantas personas como Directores deban elegirse y sin que pueda emplearse el voto acumulativo. Se tendrán por elegidos los socios activos que obtengan las cinco primeras mayorías.

Artículo 28. - El Directorio, en su primera sesión después de elegido elegirá entre sus miembros a un Presidente, un Vice-Presidente, un Secretario, un Tesorero y un Pro-Tesorero.

Artículo 29. - El Directorio deberá reunirse con la frecuencia necesaria para cumplir los fines de la Sociedad, pero por lo menos una vez cada dos meses y podrá celebrar sesión con la concurrencia, a lo menos, de tres de sus miembros. Los acuerdos se tomarán por mayoría absoluta de votos, y en caso de empate decidirá el voto del que preside la sesión.

Artículo 30. - Son atribuciones del Directorio:

- a) Propender a la consecución de los fines y objetivos de la Sociedad, tratando de obtener el mayor éxito posible;
- b) Administrar el patrimonio de la Sociedad;
- c) Promover sobre la admisión y la exclusión de los menores y de los adultos a los beneficiarios de la institución;
- d) Promover sobre la aceptación o rechazo de herencias, donaciones y legados;
- e) Promover sobre la contratación y el despido del personal docente y administrativo y fijar sus condiciones de trabajo;
- f) Fijar el pago de cuotas a aquellos socios activos que sean acreedores a tal excepción;
- g) Promover sobre la admisión o rechazo de socios activos y cooperadores y proponer a la Asamblea General de Designación de socios honorarios;
- h) Nombrar las comisiones que estime necesarias para la buena marcha de la institución;
- i) Dictar los reglamentos que juzgue convenientes para el buen desarrollo de los fines sociales;
- j) Adoptar las medidas que sean necesarias o convenientes para el correcto funcionamiento de la Sociedad y el cumplimiento de sus objetivos;
- k) Designar reemplazantes a los miembros del Directorio que cesen en sus funciones por cualquier causa, antes de la terminación de su período, debiendo observarse la forma contenida en el artículo 25;
- l) Acordar la expulsión de socios;
- m) Resolver sobre la adquisición, enajenación, venta o gravamen de bienes muebles e inmuebles, incluso la constitución o cancelación de hipotecas, prendas o derechos reales de cualquier clase; y
- n) Conferir mandatos generales y especiales y revocar unos y otros en todo o parte.

Artículo 31. - Son atribuciones del Presidente:

- a) Representar a la Corporación judicial y extrajudicialmente;
 - b) Convocar y presidir las sesiones del Directorio y de las Asambleas Generales; y
 - c) Ejercer las demás funciones propias de su cargo o encomendadas por los estatutos;
- En caso de impedimento del Presidente, lo reemplazará el Vice-Presidente.

Artículo 32. - Las atribuciones del Secretario, del Tesorero y del Pro-Tesorero serán las que se desprender de sus funciones y se determinarán en el reglamento que confeccionará el Directorio.

Artículo 33. - Serán necesarias las firmas conjuntas del Presidente o del Vice-Presidente con la de cualquier de los otros Directores, para la firma de toda clase de contratos o convenios, para abrir y cerrar cuentas corrientes bancarias, girar y cobrarse; para girar, cobrar, cancelar, endosar y revender cheques; para girar, aceptar, endosar en cobranza, en garantía y sin limitaciones y cobrar letras de cambio; solicitar libretos de cheques y controlar saldos; firmar contratos de trabajo y ejecutar actos de disposición en general, como asimismo ejercer en juicio las facultades especiales establecidas en el inciso segundo del artículo 7 del Código de Procedimiento Civil.



wichtig mit ~~sein~~ ^{bekommen}, dass ich die ~~Einigkeit~~ der Hand nicht - ich möchte
sagen, von einem neuen Handpunkt - der christliche demokratische Partei
völlig respektive. Ich respektiere ihn, denn wir sind auch damit einig, dass
die Demokratie in Gefahr ist. Wir sind damit einig, dass die Demokratie
in Gefahr ist, denn sonst würden wir keine weiteren verlangen. ~~Es~~
~~also~~ ~~weiter~~ Es liegt also auf der Hand, dass die radikale Partei an-
erkennend, dass die jungen Totalitaristen sind, in dass die christliche Demokratie
anerkennend, dass die Demokratie in Gefahr ist. Und ich rufe in dieser
Stunde - ich habe schon viele christliche Demokraten neben mir - die
weg - Verbundenheit - Freiheit - ich rufe den Rest der christlichen Demokratie
auf, sich in diesem demokratischen Kampfe einzuordnen.

Wir haben ein Platz neben ihm - wir haben ein Platz neben uns.
Hier sind wir für die Verteidigung der Demokratie. Die Demokratie wird erst mit
Verbänden verbunden, mit Jura und mit Pfändern; die Demokratie wird
auf die einzelne Art verbunden, mit der man ein Recht wahrhaftig verbunden kann
empfinden, mit ~~dem~~ ^{den} ~~Parteien~~ ^{Parteien} in dem Sinne, der allen anderen ist bekannt: Wir sind
frei, in wir werden die Freiheit bewahren, was für Gefahren auch auf uns zu-
kommen mögen!

Man es gibt noch einige Kommissare - in das sind wirklich Taugenichtser! - die
denken, dass Herr Allende den sehr Verdienst ~~zu~~ ~~haben~~ ~~werden~~ ~~ist~~,
einer kommunistischen - demokratischen Bewegung - die jungen Welt werden wird.
Wir nicht dem die demokratischen Laufbahnen des Herrn Allende aus? Er war
mein junger Lebensgefährte ein hochgeachteter Marxist, ein Parteigenosse
der Diktatur des Proletariats, ein Freund, ein Dolmetscher Fidel Castros.
Und dieser Freund Fidel Castro, dieser glühende Anhänger der Diktatur
des Proletariats, der mich auszeichnet den sehr Verdienst eines demo-
kratischen Kommunismus in Amerika machen! Wer hat in Chile die
Organisation der Lateinamerikaner Solidarität ein geführt? geschaff
auf der Drei-Kontinente-Konferenz in La Habana, deren Teilnehmer genau
all diese christlichen ~~Gruppen~~ ^{Gruppen} sind, die sagen die Verbände unserer
offenbar gemacht auf die folgende Weise zu werden? Auf die allen-
gemeine Weise? Was ist für Herrn Allende ein Wahlverfahren?
Herr Allende hat es gesagt, er hat es in mehreren Reden vor der
Jugend gesagt: 'Es ist ein rein bürokratischer Formalismus! Und in
diesem bürokratischen Formalismus haben wir die Wahl als eine
Mittel als System, die Macht zu kontrollieren - zu organisieren,
aber wir haben sie nur als System, so wie es ihnen passte. Wenn die
relative Unfreiheit erlaubt hatten, sagte er: 'Wenn Kommunisten



Artículo 27. - La elección de Directores se hará votando cada elector por tantas personas como Directores deban elegirse y sin que pueda emplearse el voto acumulativo. Se tendrán por elegidos los socios activos que obtengan las cinco primeras mayorías.

Artículo 28. - El Directorio, en su primera sesión después de elegido elegirá entre sus miembros a un Presidente, un Vice-Presidente, un Secretario, un Tesorero y un Pro-Tesorero.

Artículo 29. - El Directorio deberá reunirse con la frecuencia necesaria para cumplir los fines de la Sociedad, pero por lo menos una vez cada dos meses y podrá celebrar sesión con la concurrencia, a lo menos, de tres de sus miembros. Los acuerdos se tomarán por mayoría absoluta de votos, y en caso de empate decidirá el voto del que presidiere la sesión.

Artículo 30. - Son atribuciones del Directorio:

- a) Promover a la consecución de los fines y objetivos de la Sociedad, tratando de obtener el mayor éxito posible;
- b) Administrar el patrimonio de la Sociedad;
- c) Promover sobre la admisión y la exclusión de los menores y de los adultos a los beneficiarios de la institución;
- d) Promover sobre la aceptación o rechazo de herencias, donaciones y legados;
- e) Promover sobre la contratación y el despido del personal docente y administrativo y fijar sus condiciones de trabajo;
- f) Eximir del pago de cuotas a aquellos socios activos que sean acreedores a tal excepción;
- g) Promover sobre la admisión o rechazo de socios activos y cooperadores y proponer a la Asamblea General la designación de socios honorarios;
- h) Nombrar las comisiones que estime necesarias para la buena marcha de la institución;
- i) Dictar los reglamentos que juzgue convenientes para el buen desarrollo de los fines sociales;
- j) Adoptar las medidas que sean necesarias o convenientes para el correcto funcionamiento de la Sociedad y el cumplimiento de sus objetivos;
- k) Designar representantes a los miembros del Directorio que cesen en sus funciones por cualquier causa, antes de la terminación de su período, debiendo observarse la norma contenida en el artículo 25);
- l) Acordar la expulsión de socios;
- m) Resolver sobre la adquisición, enajenación, venta o gravamen de bienes muebles e inmuebles, incluso la constitución o cancelación de hipotecas, prendas o derechos reales de cualquier clase; y
- n) Conceder mandatos generales y especiales y revocar unos y otros en todo o parte.

Artículo 31. - Son atribuciones del Presidente:

- a) Representar a la Corporación judicial y extrajudicialmente;
- b) Convocar y presidir las sesiones del Directorio y de las Asambleas Generales; y
- c) Ejercer las demás funciones propias de su cargo o encomendadas por los Estatutos;

En caso de impedimento del Presidente, lo reemplazará el Vice-Presidente.

Artículo 32. - Las atribuciones del Secretario, del Tesorero y del Pro-Tesorero serán las que se desprendan de sus funciones y se determinarán en el Reglamento que confeccionará el Directorio.

Artículo 33. - Será necesaria las firmas conjuntas del Presidente o del Vice-Presidente con la de cualquiera de los otros Directores, para la firma de toda clase de contratos o convenciones, para abrir y cerrar cuentas corrientes bancarias, girar y sobregirar, para girar, cobrar, cancelar, endosar y revahilar cheques; para girar, aceptar, endosar en cobranza, en garantía y a la libración y cobrar letras de cambio; solicitar libranzas de cheques y conformar salidos; firmar contratos de trabajo y ejecutar actos de disposición en general, como asimismo ejercer en juicio las facultades especiales establecidas en el inciso segundo del artículo 7 del Código de Procedimiento Civil.



als Agitation aus ländlichen Kreise bekämpfen, als jehist und regiert von aus ländlichen Kreisen, daß sie uns sagen, sie werden die wirtschaftliche Entwicklung bringen, sie werden den Wohlstand bringen, sie daß sie uns sagen, daß sie uns das auf Kosten der Freiheit bringen werden.

Ich sage nicht und auch die Unwissenheit sagt es: Sie werden uns die Freiheit bringen, aber sie werden uns gleichzeitig die wirtschaftliche Entwicklung bringen! Denn kein Land hat das ^{Landes} Wohlstand ~~Wohlstand~~ wirtschaftlich erreicht. Wie können sie nicht einbringen, sie wollen uns auf dem Rücken verheulen, sie wollen als solche die Leiden auf sich verheulen, denn die Freiheit ist ein Verbrechen, es ist so mit unserer Tradition Überlieferung abgeben es uns auf.

Man spricht heute davon, es sei nötig, dafür zu sorgen, damit die Demokratie nicht verfallt, damit die Freiheit nicht verfallt. Ich werde nicht sagen - was ist uns noch ein Nutzen - ich werde nicht sagen, wie sie nicht selbst bringen, wie sie das Volk bringen. Wie sind sie für die Freiheit? Staut, meine Herren, die Freiheit der Freiheit in die Leide - wie es zwei Funktionen der kommunistischen Partei gegeben. Das ist die kommunistische Partei. Die sind die Träger der Freiheit in die Leide! Und was für eine Demokratie sollen sie? Die Demokratie Kubas, die Demokratie der Tschechoslowakei, die Demokratie Mexicos... So behauptet man das Volk nicht, das ist nie groß. Darin wird behauptet, was es schon in der alten Zeit gesagt haben. Ich habe gesagt, damit kommen sie nicht durch, können sie nicht durchkommen! Denn vor allem steht das leidende Volk.

Man was das seltsamste ist, daß sie nicht selbst in ihrem Gedankenfeld fassen. Der zufällige Präsident der Radikalen Partei sagt: "Die Radikale Partei innerhalb der Volkspartei ist Träger für die Demokratie in die Leide." Wenn sie nicht, meine Herren, wenn sie nicht nicht anerkennen, daß die Demokratie in Gefahr ist; denn ~~es ist~~ ^{was} bedeutet es, wenn der Präsident der Radikalen Partei sagt, sie machen nicht für die Demokratie verantwortlich, als daß sie nicht für die Demokratie verantwortlich haben, was ist der Preis - wie sie nicht für die Demokratie verantwortlich! Trotz dieser beiden Parteien der kommunistischen Partei und der Radikalen Partei - fordert die Christlich-Sozialistische Partei sie nicht mehr für das leidende Volk der Demokratie. Ich ~~will~~ ^{will} nicht verantwortlich sein mit härtester Auf-

Artículo 27.- La elección de Directores se hará votando cada elector por tantas personas como Directores deban elegirse y sin que pueda emplearse el voto acumulativo. Se tendrán por elegidos los socios activos que obtengan las cinco primeras mayorías.

Artículo 28.- El Directorio, en su primera sesión después de elegido elegirá entre sus miembros a un Presidente, un Vice-Presidente, un Secretario, un Tesorero y un Pro-Tesorero.

Artículo 29.- El Directorio deberá reunirse con la frecuencia necesaria para cumplir los fines de la Sociedad, pero por lo menos una vez cada dos meses y podrá celebrar sesión con la concurrencia, a lo menos, de tres de sus miembros. Los acuerdos se tomarán por mayoría absoluta de votos y en caso de empate decidirá el voto del que presidiere la sesión.

Artículo 30.- Son atribuciones del Directorio:

- a) Propender a la consecución de los fines y objetivos de la Sociedad, tomando de obtener el mayor éxito posible;
- b) Administrar el patrimonio de la Sociedad;
- c) Promoverse sobre la admisión y la exclusión de los menores y de los adultos a los beneficios de la Institución;
- d) Promoverse sobre la aceptación o rechazo de herencias, donaciones y legados;
- e) Promoverse sobre la contratación y el despido del personal docente y administrativo y fijar sus condiciones de trabajo;
- f) Eximir del pago de cuotas a aquellos socios activos que sean acreedores a tal exención;
- g) Promoverse sobre la admisión o rechazo de socios activos y cooperadores y proponer a la Asamblea General de Designación de socios honorarios;
- h) Nombrar las comisiones que estime necesarias para la buena marcha de la Institución;
- i) Dictar los Reglamentos que juzgue convenientes para el buen desarrollo de los fines sociales;
- j) Adoptar las medidas que sean necesarias o convenientes para el correcto funcionamiento de la Sociedad y el cumplimiento de sus objetivos;
- k) Designar representantes a los miembros del Directorio que cesaren en sus funciones por cualquier causa, antes de la terminación de su período, debiendo observarse la forma contenida en el artículo 25;
- l) Acordar la expulsión de socios;
- m) Resolver sobre la adquisición, enajenación, venta o gravamen de bienes muebles e inmuebles, incluso la constitución o cancelación de hipotecas, prendas o derechos reales de cualquier clase; y
- n) Conferir mandatos generales y especiales y revocar unos y otros en todo o parte.

Artículo 31.- Son atribuciones del Presidente:

- a) Representar a la Corporación Judicial y extrajudicialmente;
- b) Convocar y presidir las sesiones del Directorio y de las Asambleas Generales; y
- c) Ejercer las demás funciones propias de su cargo o encomendadas por los Estatutos.

En caso de impedimento del Presidente, lo reemplazará el Vice-Presidente.

Artículo 32.- Las atribuciones del Secretario, del Tesorero y del Pro-Tesorero serán las que se desprenden de sus funciones y se determinarán en el Reglamento que conformará el Directorio.

Artículo 33.- Serán necesarias las firmas conjuntas del Presidente o del Vice-Presidente con la de cualquier de los otros Directores, para la firma de toda clase de contratos o convenciones, para abrir y cerrar cuentas corrientes bancarias, girar y suscribir para girar, cobrar, cancelar, endosar y revahidar cheques; para girar, aceptar, endosar en copianza, en garantía y sin limitaciones y cobrar letras de cambio; solicitar libranzas de cheques y cualquier otro acto de trámite y ejecutar actos de disposición en general, como asimismo ejercer en juicio las facultades especiales establecidas en el inciso segundo del artículo 7 del Código de Procedimiento Civil.

~~schon~~ ~~vollen~~ totalitären Staat entstehen wollen, der im Dreck aus dem
Jorde wächst aller Aufmerksamkeit.

Aber, meine Herren ... wir wollen mit der Verbundenen Bewegung, die Verbundenen
Gruppe des Vaterland, die Freiheit für alle! Wir wollen es bewegen in
einzigartigem Gebrauch der Rechte, die uns die Verfassung in die Hände
gesprochen. Ich sage heute Abend - es das will eine sehr klare Botschaft sein -
Wir fordern von der Regierung des Staates, dass sie unsere Freiheit respektiert,
während wir in einem demokratischen Staat leben! Unsere Gruppe, die Rechte
sind in der Tabelle der Länge, die aus der Verfassung eine fast perfekte
Struktur gemacht haben, haben alle die Verbindungen über den ausge-
dehnt, so dass sie einen zentralen Punkt der Einheit - in der Verfassung - Wirk-
lichkeit nicht mehr bleibt, was sie uns sagen in der Zukunft werden können.
Aber ich sage auch heute Abend auch, ihre Verfassung ist schon nicht,
denn ich verurteile nicht in die Verfassung des Vaterland.

Aber ich will, dass wir heute Abend miteinander sprechen. Dass wir miteinander
sprechen in den die Probleme für vor Augen führen, die nicht lösbar
sind, in der Freiheit in der Freiheit, was in Demokratie besteht, ohne Ver-
bindungen. Es gibt Leute, die stehen über uns stehen aufgeben. Sie wollen
nicht mit uns. Anstrenger, weil wir nicht verstehen, weil wir nicht
Verfassung verstehen, weil wir nicht verstehen, weil wir das Vertrauen
und die Verbindungen der vaterländischen Tradition verstehen. Aber ich will,
dass wir in Ruhe überlegen, denn viele von denen, die heute Abend ~~sein~~
~~sich~~ bei uns sein wollen, können nicht miteinander sprechen, aber sie sind
einzigartig in der Freiheit. Nichts hat eine vaterländische Freiheit, in der
vaterländische Freiheit hat etwas gesagt, wovon auch diese Freiheit keine
Anmerkungen machen wird: immer wenn sich ein Problem hebt in der Frei-
heit ist, dann ganz nicht mit uns, wenn sie nicht verstehen, sie nicht
in der Freiheit.

Die Freiheit der Freiheit wird immer nicht verstehen, denn die Freiheit der Freiheit ist
ein uns allein, die Freiheit jedem Freiheit haben immer alles, die Freiheit jedem Frei-
heit der Gruppe in der Freiheit. Deshalb ~~besteht~~ nicht in dem Bewegung der
Arbeit, das Arbeits Volk, die Hausfrauen, die Jugend der Freiheit, und nicht
die, die von Marxismus, von Totalitarismus in der einen Kommunisten-
ismus, der herrscht in der Freiheit, und nicht verstehen. Aber wir verstehen nicht
haben immer verstehen, dass die Demokratie durch tiefgreifende Reformen
versteht, was wollen die Verwirklichung der Demokratie, sie glauben,
dass die Demokratie notwendig ein System sein muss, das in der Freiheit ist.
nicht verstehen. Aber es ist wichtig, dass die, die uns nicht ~~besteht~~,
19



Artículo 27. - La elección de Directores se hará votando cada elector por tantas personas como Directores deban elegirse y sin que pueda emplearse el voto acumulativo. Se tendrán por elegidos los socios activos que obtengan las cinco primeras mayorías.

Artículo 28. - El Directorio, en su primera sesión después de elegido elegirá entre sus miembros a un Presidente, un Vice-Presidente, un Secretario, un Tesorero y un Pro-Tesorero.

Artículo 29. - El Directorio deberá reunirse con la frecuencia necesaria para cumplir los fines de la Sociedad, pero por lo menos una vez cada dos meses y podrá celebrar sesión con la concurrencia, a lo menos, de tres de sus miembros. Los acuerdos se tomarán por mayoría absoluta de votos, y en caso de empate decidirá el voto del que presidiere la sesión.

Artículo 30. - Son atribuciones del Directorio:

- a) Promover a la consecución de los fines y objetivos de la Sociedad, tratando de obtener el mayor éxito posible;
- b) Administrar el patrimonio de la Sociedad;
- c) Promover sobre la admisión y la exclusión de los miembros y de los aduitos a los beneficios de la Institución;
- d) Promover sobre la aceptación o rechazo de herencias, donaciones y legados;
- e) Promover sobre la contratación y el despido del personal docente y administrativo y fijar sus condiciones de trabajo;
- f) Eximir del pago de cuotas a aquellos socios activos que sean acreedores a tal excepción;
- g) Promover sobre la admisión o rechazo de socios activos y cooperadores y proponer a la Asamblea General de Designación de socios honorarios;
- h) Nombrar las comisiones que estime necesarias para la buena marcha de la Institución;
- i) Dictar los Reglamentos que juzgue convenientes para el buen desarrollo de los fines sociales;
- j) Adoptar las medidas que sean necesarias o convenientes para el correcto funcionamiento de la Sociedad y el cumplimiento de sus objetivos;
- k) Designar reemplazantes a los miembros del Directorio que cesaren en sus funciones por cualquier causa, antes de la terminación de su período, debiendo observarse la norma contenida en el artículo 25;
- l) Acordar la expulsión de socios;
- m) Resolver sobre la adquisición, enajenación, venta o gravamen de bienes muebles e inmuebles, incluso la constitución o cancelación de hipotecas, prendas o derechos reales de cualquier clase; y
- n) Concurrir mandatos generales y especiales y revocar unos y otros en todo o parte.

Artículo 31. - Son atribuciones del Presidente:

- a) Representar a la Corporación judicial y extrajudicialmente;
 - b) Convocar y presidir las sesiones del Directorio y de las Asambleas Generales; y
 - c) Ejercer las demás funciones propias de su cargo o encomendadas por los estatutos;
- En caso de impedimento del Presidente, lo reemplazará el Vice-Presidente.

Artículo 32. - Las atribuciones del Secretario, del Tesorero y del Pro-Tesorero serán las que desprenden de sus funciones y se detallarán en el Reglamento que conformará el Directorio.

Artículo 33. - Serán necesarias las firmas conjuntas del Presidente o del Vice-Presidente con la de cualquier de los otros Directores, para la firma de toda clase de contratos o convenciones, para abrir y cerrar cuentas corrientes bancarias, girar y sobregirar; para girar cobrar, cancelar, endosar y revahilar cheques; para girar aceptar endosar en cobranza, en garantía y sin limitaciones y cobrar letras de cambio; solicitar libros de cheques y formular saldos; firmar contratos de trabajo y ejecutar actos de disposición en general, como asimismo ejercer en juicio las facultades espaciales establecidas en el inciso segundo del artículo 7 del Código de Procedimiento Civil.



Artículo 21. - Tendrán derecho a voto en las Asambleas Generales solamente los socios que no estén atrasados en más de 6 meses en el pago de sus cuotas y que pertenezcan a la Sociedad desde 3 meses, por lo menos, a la fecha de la Asamblea.

Artículo 22. - Las Asambleas Generales sesionarán en primera convocatoria con el 50 % de los socios con derecho a voto, y en segunda convocatoria con el número de socios que asistan.

La norma contenida en el presente artículo deberá ser incluida en la convocatoria a segunda convocatoria que se hará en la misma forma de que trata el artículo 20.

Artículo 23. - Las Asambleas Generales tomarán sus acuerdos con el voto de la mayoría de sus miembros presentes. Para los efectos del cómputo de la mayoría, los socios que se abstuvieren de votar se considerarán transentes. En caso de empate, decidirá el voto del que presidiere.

No obstante lo expuesto, los acuerdos sobre modificación de los estatutos y sobre disolución de la Sociedad, requerirán el voto conforme de las tres cuartas partes de los socios asistentes. Para el cómputo de esta mayoría, también se considerará como no asistentes los socios que se abstuvieren de votar. Sólo podrá tomarse un acuerdo sobre la disolución de la corporación, si las tres cuartas partes de los socios asistentes que dieren su voto conforme, representaran a la vez el 70 % de total de los socios activos y cooperadores a la fecha respectiva.

Artículo 24. - Son atribuciones de la Asamblea General:

- a) Elegir a los miembros del Directorio y a dos reemplazantes de cuentas;
- b) Formular sobre la Memoria Anual y el Balance que deberá presentar el Directorio;
- c) Fijar el monto de las cuotas ordinarias y extraordinarias de los socios activos y cooperadores;
- d) Resolver sobre la reforma de los estatutos, siempre que figure como punto de la tabla respectiva;
- e) Resolver sobre la disolución de la Sociedad, siempre que figure como punto en la tabla respectiva, y sobre el destino de los bienes sociales en caso de aprobarse la disolución.

B. Del Directorio.

Artículo 25. - La Sociedad será dirigida por un Directorio compuesto de 7 miembros que durarán dos años en sus funciones, debiendo ser elegidos en la Gran Asamblea General Ordinaria del mes de Mayo del año correspondiente y que podrán ser reelegidos sucesivamente. Si un miembro del Directorio cesare en sus funciones antes de terminar su período, será reemplazado por el socio que elija el Directorio y que durará en sus funciones durante el tiempo que faltare para el período de su antecesor. Esta forma de reemplazo no podrá practicarse más de dos veces en un período. Cuando un tercer miembro en sus funciones, deberá procederse a la elección extraordinaria del o de los directores que faltan, dentro del término de dos meses contados desde el cese del tercer director, pudiendo hacerse tal elección en una Asamblea General Ordinaria o Extraordinaria y debiendo figurar en la tabla respectiva.

Artículo 26. - Para ser miembro del Directorio se requiere:

- a) Tener la calidad de miembro activo por más de un año, contado desde la aceptación de la solicitud de admisión;
- b) Estar al día en el cumplimiento de todas las obligaciones impuestas por estos estatutos y sus Reglamentos y los acuerdos tomados por la Asamblea General y el Directorio.



El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado.

El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado.

El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado.

El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado.

El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado.

El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado. El presente es un documento de carácter confidencial y su contenido no debe ser divulgado.

SOCIEDAD ANÓNIMA DE INVESTIGACIONES Y EDUCACIONAL

ACTA



Archivo Nacional de Chile

65

Amalie . Conrad - Autito

Roto



Archivo
Nacional
de Chile



Archivo
Nacional
de Chile


Patria y Libertad se disolvió, pero realmente la organización sigue existiendo bajo el nombre "Grupo Alfa Uno". Se ponían bajo el Ejército que los destinó al Comando de Combate Santiago Este.

Sirven en parte en civil, en parte uniformados cuando se trata de reservistas. Estos se incorporan al servicio por 28 días, después se los manda a casa por 4 días, y en seguida comienzan de nuevo con sus 28 días. Este procedimiento se eligió para que las FF. AA. no serán obligadas a pagar sueldos.

Unos de los ex líderes de PyL ~~ixix~~ llamaron a reuniones, pero los militantes dijeron necesitar permiso de sus superiores militares. Estos permisos actualmente se niegan.

Alrededor del 1o del presente ~~Roberts~~ se sobreyó en todos los procesos contra Roberto Thieme.

Pablo Rodríguez sigue en el extranjero. En el momento no existe interés en su regreso ni en el del General Viaux, porque actualmente no se necesitan líderes políticos, los miembros de la Junta mismos se forman líderes políticos.



Archivo
Nacional
de Chile



Archivo
Nacional
de Chile

Por Ramón Martínez

Eran momentos difíciles para el país. Caos, enfrentamientos callejeros diarios, tomas ilegales de predios y hasta con el dramático pensamiento íntimo de la población que Chile se viera envuelto en una guerra civil. Porque de la agresión verbal y golpes de puño se había pasado a las armas.

Perseguido por el Gobierno de la Unidad Popular, agentes de la "PP" (Policía Política) y también de fuerzas de choque ligadas al "GAP" (Grupo de Amigos Personales de Salvador Allende), uno de los líderes de "Patria y Libertad" -movimiento de derecha que se había creado para contrarrestar la ofensiva marxista y que fue declarado "enemigo" por el Ejecutivo -opta por replegarse y trabajar desde la clandestinidad, como muchos otros.

Roberto Thieme Schiersand aborda una avioneta en febrero de 1973 y simula una caída en el sector precordillerano del río Itata. La prensa consigna el hecho y lo da por muerto. Pero en compañía de su amigo Miguel Sessa (hoy fallecido) sigue en vuelo y aterriza cerca de Mendoza, donde ambos son detenidos por la policía argentina. Se le otorga la libertad y retorna a Chile después del "tanquetazo" del 29 de junio. Junto a la jerarquía de la agrupación ofrece una conferencia de prensa. Los reporteros son citados en distintos lugares, donde, luego de aceptar voluntariamente ser llevados encapuchados al punto de reunión, se encuentran con la sorpresa: El "fallecido" secretario general de "Patria y Libertad" estaba ante sus ojos, vivo, pronosticando la inminente caída del régimen de la Unidad Popular.

Algo similar vivió el líder Pablo Rodríguez Grez, quien, cuatro días antes de la intervención militar, ingresa a pie por el paso fronterizo Mahuil Malal (IX Región) desde Argentina, con varios dirigentes, entre ellos el actual presidente del Partido del Sur, Eduardo Díaz Herrera. Meses antes, Ernesto Miller recibía en su tórax siete impactos de bala -proyectiles que hoy en vida aún los tiene alojados en su cuerpo- en el entonces llamado edificio "Carlos V". Era el "precio" de la clandestinidad.

Dos décadas después, Roberto Thieme rompe su silencio. No quiere profundizar sobre aquella época, "porque el pasado nos divide, mientras que el futuro nos une. Cuando uno ve al mirista (Carlos) Ominami y a Ricardo Lagos, embajador de Allende en la Unión Soviética, tan renovados y nos pregunta a nosotros que modernizamos Chile acerca del pasado, pareciera que sólo los socialistas quieren monopolizar la renovación".

Sin embargo, confiesa que recuerda esa operación aérea como "uno de los hitos y actos más importantes de mi vida, pero es un tema muy difícil de tratar". "Fue duro. Hice un gran sacrificio personal, pero tuve el apoyo



"Estamos negociando ir en pacto con la UDI, RN, UCC y PN, y esa es la línea que mantenemos".

Roberto Thieme La nueva-vieja cara de Patria y Libertad

● Fue uno de los fundadores del movimiento ultraderechista que se creó en la UP para frenar el avance marxista. Simuló hasta su muerte para escaparse de la PP y el GAP. Aunque dice que Patria y Libertad murió el 11 de septiembre, parece que los nacionalistas siguen "vivitos y coleando". Porque ahora, veinte años después, el yerno del general Pinochet aspira a una diputación por el Partido del Sur.

de mi movimiento, de mucha gente de mi patria y también chilenos que vivían en Argentina, quienes hicieron lo que había que hacer en ese momento de enfrentamientos, caos y riesgos de que el país llegara a una guerra civil. Muchas veces he pensado escribir un libro y relatar mis vivencias, pero dado que en Chile seguimos enfrentados y nuestros contrarios continúan definiéndonos como enemigos, no puedo responder todavía cuál fue la real motivación de esa acción".

"La política: mi última vocación"

Subraya que antes de la elección de Allende no tenía ninguna participación en actividades de carácter político. "Con la llegada de la UP al poder estimé que había que hacer algo, y escuchando un discurso de Pablo Rodríguez, en ese momento me pareció lo más claro para enfrentar a ese régimen y elegí conscientemente ingresar al baile. Desde entonces la política se fue convirtiendo en lo más importante de mi vida y creo que después de lo que ha pasado en Chile en los últimos 20 años, quienes tenemos responsabilidades tan serias como un 11 de septiembre, no podemos vol-

ver a la casa y decir "hasta aquí llegamos", pienso que es una vocación, la última de mi vida", enfatiza.

Thieme se autodefine como un industrial mueblista "de éxito". Exporta sus productos a Estados Unidos y pronto instalará una planta en Villarrica. También tiene una tienda en Miami. Asegura que nunca se va a ganar la vida como político. A sus 50 años de edad, está casado con Lucía Pinochet Hiriart, hija mayor del Comandante en Jefe del Ejército. Tiene cinco hijos, dos nietas "y la energía suficiente para dar mucho más de mí mismo al país".

"Ustedes dijeron que 'Patria y Libertad' se acabó el 11 de septiembre de 1973, pero parece que ustedes siguen 'vivitos y coleando'..."

"En efecto, consideramos que 'Patria y Libertad' había cumplido con su misión, que era terminar con el gobierno de la Unidad Popular. Y eso se concretó aquel 11 de septiembre, pero, posteriormente, cada nacionalista ha seguido actuando en su medio de trabajo apoyando al gobierno militar y luego plantear una alternativa que es precisamente lo que obedece al quehacer del Partido del Sur que lo fundamos hace seis años, cuyas

ideas y doctrinas son las mismas de la declaración de principios del régimen pasado de 1974, que es la base de la modernización.

¿Será candidato a diputado por la IX Región como se sostiene?

"Estamos negociando ir en pacto con la UDI, RN, UCC y PN, y esa es la línea que mantenemos. Agotaremos los recursos para que esa unidad se concrete, aunque lo vemos bastante difícil. Si no llegamos a un acuerdo, indudablemente seguiremos nuestro propio camino. En ese caso, iré como candidato. Confío en la lógica y llegaremos a entendernos con las otras fuerzas. En 1989 fui nominado candidato a senador, pero en aras de la unidad cedí el paso.

El Partido del Sur ha recibido muchas críticas. ¿A qué lo atribuye?

"A una historia pasada de Chile; de la antigua fronda y oligarquía que hoy está representada por Renovación Nacional. Pensamos que ese partido ha desviado su camino, se le olvidó que este país se salvó del comunismo por la intervención de las Fuerzas Armadas y hoy, por un oportunismo electoral, está tratando de seguir por un camino propio, desvinculándose de la obra militar. A nosotros, eso nos parece una deslealtad muy grande y nos hace estar siempre en conflicto con esa gente.

Pero hasta sindicamos a su colectividad como neofacista o vinculada al nacismo...

Creo que esa imagen que usted dice no es general. Son precisamente nuestros adversarios políticos de RN que con el dinero del señor Piñera, Diez y otra gente controlan y manipulan ciertos medios de comunicación y están

tratando de desperfilar al Partido del Sur, dándole una imagen que no corresponde. Es parte del juego político. A estas alturas, uno tiene que tener la piel muy gruesa para tragarse todas estas cosas, pero si analizamos los fundamentos doctrinarios del Partido del Sur, desde que se fundó y la línea que ha tenido, hay una coherencia absoluta, sin inconsecuencias; ellos son los inconsecuentes.

Entonces, ¿por qué piensan en un pacto con RN si tienen esos problemas?

"Tenemos contacto con gente de RN y podría decirle que el sector de Sergio Onofre Jarpa es afín con nuestro pensamiento, pero lamentablemente el área que se ha impuesto allí es la de Allamand, Piñera y compañía.

¿Qué cualidades ve en su partido?

"Mire, una de las virtudes del Partido del Sur es que nosotros admiramos la obra modernizadora de las FF.AA.; pensamos que hay tareas pendientes, que el objetivo nacional quedó inconcluso y, en esa línea, estamos proyectando el futuro, con un respeto, admiración y lealtad incondicional a las instituciones de la Defensa, cosa que no tienen esos otros sectores.

Al margen de su posible postulación, ¿a quiénes llevan como candidatos?

"Eduardo Díaz va para senador por la IX Región, Olaya Tomic ya fue proclamada para una diputación en el distrito costero (Nueva Imperial) y Juan Kaiser por Villarrica. ¿Lucía Pinochet?, la postulamos en cualquier región del país para el Senado y ella lo está considerando seriamente. Para el Partido del Sur, ella es un símbolo de la obra fundacional y modernizadora como de su proyección al futuro. Eduardo Díaz tiene derecho a ser respetado. Obtuvo más votos que Hernán Büchi en cinco comunas y más que Sergio Diez en nueve comunas. Estamos seguros de estar cerca de obtener dos senaturas y cinco diputados. Allá ellos (UDI y RN) si no quieren un acuerdo con nosotros, pues terminarán lamentándolo.

El nacionalismo ha crecido

¿Cree que hoy en Chile existen nacionalistas?

"Estimo que la gran labor que desarrolló Pablo Rodríguez durante los años del gobierno militar, de difusión del pensamiento nacionalista, escribiendo dos libros "El Mito de la Democracia en Chile" y "La Revolución Pendiente", ese trabajo silencioso está dando sus frutos. Creo que el nacionalismo en Chile es hoy mucho más fuerte que aquel de 1973, porque la nueva generación en el nivel universitario ha tenido tiempo para leer el mensaje, mientras que en la época de la UP estábamos en enfrentamientos diarios y había poco tiempo

para dedicarse a teorías políticas. Pablo Rodríguez es el líder indiscutido en el sector civil del nacionalismo.

¿No tuvieron problemas posteriores?

"No, exceptuando algunas amenazas aisladas, pero sí en el gobierno pasado tuvimos diferencias con la línea económica, léase Chicago Boys. También estimamos que era innecesaria la política del exilio.

¿Cree que hay mucha gente de ese 43 por ciento que votó a favor del general Pinochet que necesita en la actualidad esa fuerza que ustedes intentan imprimir?

"Sin duda que hay un vacío de liderazgo en el sector de la centro derecha que ningún civil podrá llenarlo.

¿Cómo observa las elecciones futuras?

"Veo que la Concertación, a pesar de sus diferencias, llegará a un acuerdo y sin duda va a ser Eduardo Frei el candidato. En el lado nuestro, pienso que no se va a dar eso. Creo que ninguno de los actuales precandidatos tiene la posibilidad de aglutinar el sector y lograr, por ejemplo, el 43 por ciento del general Pinochet, así es que nosotros estamos en un compás de espera.

"Los políticos no aprendieron nada"

Roberto Thieme considera que la ciudadanía ha tenido una madurez política, pero que las cúpulas partidistas y los políticos "no aprendieron nada". Argumenta que el pueblo chileno "tiene las cosas muy claras y el paréntesis militar fue bueno en ese sentido, pero hoy vemos a los mismos de siempre, a las mismas caras de 20 años atrás, que no aprendieron nada de nada".

Sostiene que por muy positiva que haya sido la tarea de "Patria y Libertad" en la preservación de la nacionalidad y la recuperación de la democracia, al Partido del Sur le corresponde otro momento histórico, "donde caben de todos los sectores, porque para servir a las regiones no sobra nadie; es una colectividad moderna y futurista que lucha contra el centralismo santiaguino".

A este último respecto, enfatiza que consume lo que producen las regiones y designa a los intendentes y gobernadores; parlamentarios a través de pactos y alcaldes mediante protocolos.

Thieme concluye que si es elegido parlamentario, luchará por una costanera que sirva de muro de contención a las aguas del río Cautín; doble vía hasta Santiago; mejores caminos de acceso al sector rural; entretenciones para la juventud; erradicar campamentos; defenderá la agricultura tradicional sin convenios con Argentina; mayor participación y libertad para la mujer; terminar con los cesantes con títulos y apoyar muy fuerte a la matriz de la raza chilena: el pueblo mapuche.

PATRIA Y LIBERTAD

Organo oficial del Frente Nacionalista "Patria y Libertad"

Año I — N.º 11 — Eº 5

A LOS MILITARES CONTROL DEL EXTREMISMO

PERSECUCION RELIGIOSA EN CUBA

(Del libro "El Imperio de la Ley en Cuba", de la Comisión Internacional de Juristas, Ginebra, 1962.)

Declaraciones de un sacerdote víctima de la revolución cubana:

"Fui considerado como un sacerdote desafecto al régimen, pese a que continuaba haciendo obras en beneficio de mi comunidad y a partir de octubre de 1959 comienza la persecución directa a mi persona, impidiéndome, por distintos medios, realizar mis funciones de sacerdote llegando al extremo de que se situaron milicianos armados en los alrededores de la capilla coaccionando a los fieles que deseaban practicar su religión y a mí en los términos en que debía de dirigir el sermón" (...).

"Estos hechos se repitieron en infinidad de actividades que venía realizando desde hacía varios años, pero vale la pena citar la culminación de todos ellos en los hechos ocurridos en la noche del 10 de marzo de 1961. A la una de la madrugada un grupo de milicianos armados rodearon mi casa... procediendo a pronunciar toda clase de insultos y vejaciones...

y dirigiendo frases durísimas a la autora de mis días. Después de estas escenas, ante el peligro de mi vida, yo pude huir por una ventana que pude violentar en la parte trasera de la vivienda. Pasados algunos minutos se sintieron tiros aislados y ráfagas de ametralladoras; en el momento en que se procedía con una lata de gasolina a incendiar aquella modesta casa, que quedó totalmente destruida, con todos los objetos y pertenencias que tenía en ella".

Entrevista a otro sacerdote:

P. "¿Ha estado usted preso?"

R. "Sí, siendo la detención domiciliaria. En una ocasión cuando estábamos en la misa entraron por la puerta principal de la iglesia alrededor de veinte milicianos y milicianas armados. Cerraron todas las puertas y no dejaron salir a ninguna persona... A los padres los encerraron en la sacristía. Después dejaron salir una por una a las personas por una pequeña puerta de la iglesia, registrando los milicianos lo mismo a los hombres que a las mujeres, durando este registro una hora o una hora y media. Después comenzaron el registro de la iglesia, la sacristía, la casa

FUERZAS ARMADAS

• "Adivino el escrúpulo de muchos militares. Nosotros —dirán— no podemos tener opiniones políticas. En trance de cumplir con el deber, no nos toca juzgar si tiene razón el Estado o los que lo atacan: hemos de limitarnos a defenderlo en silencio". ¡Cuidado! Normalmente, los militares no deben profesar opiniones políticas; pero esto es cuando las discrepancias políticas sólo versan sobre lo accidental (...). El Ejército es, ante todo, la salvaguardia de lo permanente, por eso no se debe mezclar en luchas accidentales. Pero cuando es lo permanente mismo lo que peligrá; cuando está en riesgo la misma permanencia de la patria —que puede, por ejemplo, si las cosas van de cierto modo, incluso perder su unidad—, el Ejército no tiene más remedio que deliberar y elegir. Si se abstiene, por una interpretación puramente externa de su deber, se expone a encontrarse, de la noche a la mañana, sin nada a qué servir. En presencia de los hundimientos decisivos, el Ejército no puede servir a lo permanente más que de una manera: recobrándolo con sus propias armas. Y así ha ocurrido desde que el mundo es mundo; como dice Spengler, siempre ha sido a última hora un pelotón de soldados el que ha salvado la civilización". (José Antonio Primo de Rivera, "Textos de Doctrina Política").

parroquial, registraron hasta el Sagrario, no encontrándose nada en ninguno de los lugares registrados. El registro duró desde las 8 P.M. hasta las 10 A.M. Estuvimos presos en la sacristía de la iglesia 11 días..."

P. "¿Cuántos padres franciscanos había en Cuba regularmente?"

R. "105. De la orden nuestra quedan en Cuba 10 hermanos y 14 sacerdotes".

P. "¿Se podía celebrar misa libremente en las iglesias?"

R. "Tienen servicios, menos la libertad de predicación los domingos. Es un peligro para el católico ir a la iglesia, porque está siempre vigilado".

P. "¿Por qué salió usted de Cuba?"

R. "Porque tenía noticias de que iba a ser detenido y además por haber recibido la orden de expulsión del Ministerio de Relaciones Exteriores".

MOSAICO

■ Los monarcas absolutos pregonaban su origen divino pero se comportaban como demonios. El pueblo dejó de creer en ellos y terminó por eliminarlos. El Compañero Allende se proclama presidente del pueblo, pero se comporta como un monarca absoluto y vive como un rey. No sería raro que le pasara lo mismo...

■ Si hace seis meses alguien hubiera rumoreado la salida de los comunistas del Gobierno y la entrada de los militares, se le hubiera aplicado la Ley de Seguridad Interior del Estado.

■ La ciudadanía tendía a disculpar la actitud pasiva del Cuerpo de Carabineros frente a las tropelías del extremismo, porque lo consideraba una institución esencialmente obediente y, por lo tanto, sujeta a las órdenes del Gobierno. El Colegio de Abogados ha puesto las cosas en su lugar. Cometan delitos tanto los carabineros que no cumplen con su deber como los funcionarios que los inducen a ello. Las querellas judiciales entabladas por las actuaciones de Carabineros y funcionarios de Gobierno en el caso del Juez de Melipilla, señor Olate, sentarán jurisprudencia en esta materia.

■ El Compañero Allende prefiere usar la persuasión en vez de las leyes para mantener el orden público. Su fracaso está a la vista. Hasta la fecha han muerto, víctimas de esta política, 40 chilenos. Políticos, agricultores, comerciantes, estudian-

Hoy es el propio Gobierno quien busca esta salida y son las FF.AA. quienes se defienden como gato de espalda. Nadie quiere ser socio de una quiebra fraudulenta.

tes, carabineros, obreros y últimamente, el industrial Enrique Núñez han jalonado con su sangre el fracaso de la persuasión como sistema para frenar la violencia asesina. Como decía Talleyrand, la tontería puede ser peor que el crimen.

■ La Reforma Agraria del señor Chonchol, iniciada como demócratacristiano y continuada como marxista, tenía por objeto terminar con la lacra del latifundio y de las tierras abandonadas. Sólo así se eliminarían las desastrosas importaciones de alimentos. Esta era la teoría, la práctica es otra cosa. En 7 años las importaciones de alimentos han aumentado en 350 millones de dólares. ¡Un millón de dólares al día! ¡Toda la ayuda a Cuba que está desahogando a Rusia! ¿Ha calculado usted cuánto se podría hacer en Chile con un millón de dólares diarios? La Ley de Reforma Agraria pasará a la historia como la verdadera Ley Maldita.

■ La inefable directiva del PDC está considerando el apoyo a una combinación comunista-militar en el Gobierno. Con ello le darían el único ingrediente que necesitan los comunistas para quebrar la economía del país: tiempo. Nosotros confiamos en las bases del Partido

para que no prospere este atentado contra Chile. Las bases demócratacristianas están soporizando el sectarismo, la persecución, los atropellos y los atentados del marxismo. Las directivas solo piensan en las ventajas del Poder. Difícil que haya acuerdo entre ambas.

■ No nos cansamos de preguntarle al Compañero Presidente: Si la culpa de todo la tenían el imperialismo, el latifundio, los monopolios y el sistema bancario —lacras que han sido eliminadas por el actual Gobierno— ¿Por qué estamos más fregados que nunca? ¡Conteste Compañero! Se lo preguntamos en nombre de millones de chilenos que deambulan de comercio en comercio para encontrar lo más indispensable, y de los miles y miles que pierden horas y horas, en colas interminables, para comprar cualquier porquería.



Director:
MARCELO MATURANA
Representante Legal:
ROBERTO THIEME
Dirección:
Irene Morales 11
Teléfono: 32302
Organo Oficial del Frente Nacionalista
Impresores:
SOPECH - Moneda 1158

A LOS MILITARES EL CONTROL DEL EXTREMISMO

Salvador Allende fue impuesto gracias a la tenacidad del Partido Comunista como candidato a la Presidencia de la República, luego que la candidatura de Alberto Baltra naufragara en un triste pero aleccionador episodio político. Junto a Allende se aprobaba un programa electoral que correspondía, hasta en detalles de sintaxis y puntuación, al del Partido Comunista. Camuflados los verdaderos objetivos de la mal llamada Unidad Popular, se abrió paso una nueva alternativa que se dio en llamar, esta vez, la "vía chilena al socialismo", y que en síntesis consistía en construir el socialismo con pleno respeto por la democracia y la legislación burguesas. Desgraciadamente aquello no pasaba de ser una consigna tan falsa como todas las consignas marxistas que solamente sirvió para conquistar la voluntad de un tercio de nuestro electorado. Antes de un año tanto los sectores revolucionarios como los sectores democráticos tomaban plena conciencia de que el slogan de la Unidad Popular era una treta más, que para los primeros postergaba la revolución y para los segundos aseguraba el camino a los partidos totalitarios. La oposición del extremismo marxista es sólo una cuestión táctica y más concretamente de oportunidad. La oposición de los sectores democráticos es una cuestión de fondo o substantiva.

El extremismo marxista parece haberse decidido por el camino propiamente revolucionario o insurreccional, a despecho de los desesperados llamados que el Partido Comunista hace a sus hermanos consanguíneos en lo ideológico. Ha creado con ello una curiosa situación que coloca al Gobierno en la disyuntiva de seguirlo o de reprimirlo, ya que no se vislumbra la posibilidad de un acuerdo o de una transacción, quizás conseguido en los primeros meses de esta administración marxista. Los sectores democráticos, las FF.AA. y el propio Gobierno conocen la naturaleza y la organización de los afiebrados revolucionarios chilenos que, inclusive, han trabajado en infiltrar a los partidos marxistas tradicionales y a las Fuerzas Armadas y de Orden, con mayor o menor éxito. Por esta razón han concebido un proyecto para "desarmar a los extremistas" que, en cualquier momento se lanzarán en una escalada facciosa haciendo "arder al país por los cuatro costados" como reza la consigna amenazadora que pregonan desde hace algunas semanas.

RESPONSABLES DE LA SITUACION

La responsabilidad de lo que sucede recae en dos sectores bien determinados. El Gobierno Demócratacristiano de Eduardo Frei, bajo cuya administración nació, operó y se desarrollaron el MIR y otros grupúsculos sediciosos; y fundamentalmente el Gobierno marxista de Salvador Allende que no sólo concedió una impunidad tácita —al clásico estilo freista— sino que optó por la impunidad abierta y declarada que se reflejó en decretos de indulto, en asistencia y en cooperación franca a sus militantes.

La ciudadanía democrática tiene, entonces, el derecho para exigir que ninguno de estos sectores tenga —o pueda llegar a tener— ingerencia en esta materia.

Sólo las FF.AA. y de Orden ofrecen seguridad a los chilenos que verdaderamente desean vivir en paz y sin violencia, frente a los sectores políticos tradicionales que por cobardía o conveniencias circunstanciales han omitido y pospuesto sus deberes más fundamentales.

No puede, por otra parte, entregarse la tuición de esta materia a los políticos y partidos tradicionales, ya que han demostrado postergar los intereses de todo Chile cuando se trata de favorecer sus posiciones o asegurarse ventajas de menor cuantía.

Nuestros Institutos Militares, no contaminados con el partidismo estéril y sectario e inspirados sólo en su amor a la Patria amenazada, están en condiciones de controlar el extremismo marxista y antidemocrático.

Tres son los aspectos más importantes del proyecto de ley que se discutirá en las semanas venideras: a) La naturaleza del requerimiento para actuar contra los grupos armados; b) La jurisdicción que deberá conocer sobre esta materia; y c) La autoridad que deberá encargarse en lo sucesivo de conceder permisos para portar armas.

Sobre la naturaleza del requerimiento, pensamos que debe ser entregado exclusivamente a los institutos militares, a través de la Dirección de Reclutamiento o de otras reparticiones militares. Sería absurdo dar a los particulares la oportunidad de hacer operar el aparato represivo, ya que ello se prestaría a engaños, venganzas y discriminaciones imposibles de evitar. Igualmente absurdo sería entregarlo al Gobierno, comprometido —a través de algunos de sus funcionarios— con los grupos extremistas y responsable, como señalamos en lo precedente, de la peligrosidad y proliferación del extremismo marxista. Ni los particulares ni el Gobierno ni los partidos tradicionales, pueden ejercer esta función, la cual debe quedar reservada a los militares con carácter excluyente.

La aplicación discriminada e inaceptable de la Ley Sobre Seguridad Interior del Estado, por parte del Gobierno marxista de Salvador Allende, es un índice que revela en forma inapelable que no puede entregarse al Presidente de la República la facultad de hacer el requerimiento legal para actuar en contra de los grupos armados. Lo contrario sería una burla para la ciudadanía y daría pie para pensar que el extremismo se fortalecerá de manera incontrastable.

Pensamos, por otra parte, que la jurisdicción que debe conocer sobre esta materia es la JUSTICIA MILITAR, ya que no parece conveniente entregar a los Tribunales Ordinarios una cuestión que será investigada y de competencia de los institutos militares. Por otra parte, la tuición disciplinaria que ejerce a su respecto la Excm. Corte Suprema constituye para todos una garantía cierta de que obrará con arreglo a derecho.

Finalmente, sobre la autorización para portar armas de fuego creemos que se debe investir también, exclusivamente, a los institutos y funcionarios militares con la prerrogativa de conceder o negar dicha autorización. Los intendentes y gobernadores son funcionarios del Gobierno Interior, vale decir, dependientes del Poder Ejecutivo y del Presidente de la República. Por ende, entregar a ellos esta facultad, habida consideración de las razones antes expuestas, equivale a una burla sangrienta para los chilenos que tienen plena conciencia de que entre los integrantes de la Unidad Popular abundan los exaltados extremistas que atentamente aguardan la oportunidad para asestar el golpe de fuerza definitivo.

La sola discusión de este proyecto y su presentación es índice claro de que los sectores políticos, incluso del Gobierno, se encuentran sobrepasados por los grupos extremistas y que temen —con razón— un desenlace violento en la pintoresca construcción del socialismo por la "vía chilena". Revela además que en Chile sólo subsiste una fuerza que moral e institucionalmente está en condiciones de frenar la carrera desesperada a la revolución, a la violencia y el caos. Esa única alternativa son las FF.AA. y de Orden, no contaminadas con juego de una política estéril y demagógica y cuyo único horizonte es la prosperidad de la Patria y la felicidad de su Pueblo.

Casi sin darse cuenta los políticos tradicionales han confesado su incapacidad para dar al país una salida pacífica, frente a la amenaza del terror marxista...

LAS TRES MATERIAS FUNDAMENTALES

UN PROYECTO ESPERANZADOR

P.

Z

sus asesinos viven

Hace un año, cuando Chile ya se encauzaba por el camino tortuoso que lo está llevando a un socialismo marxista-leninista, fue asesinado Edmundo Pérez Zujovic. Apretaron el gatillo cobarde los extremistas de la Vanguardia Organizada del Pueblo, VOP, que también están muertos. Sin embargo viven quienes crearon las condiciones, el clima y las circunstancias para que el extremismo, también marxista, diera muerte a Edmundo Pérez. Los autores intelectuales del atentado que costó la vida a este hombre ejemplar, viven. Y lo que es más grave, continúan su labor de crear nuevos blancos.

Fui amigo de Edmundo Pérez. Lo conocí cuando integraba el gabinete de Eduardo Frei. En los buenos y malos momentos estuve junto a él y ello me permitió apreciar sus cualidades de hombre demócrata, sus características de bondad y serenidad para el análisis de los grandes problemas nacionales y, además, sus anhelos de hacer de Chile una grande y próspera nación.

EL HOMBRE PUBLICO

Su limpia gestión como Ministro del Interior —que le permitió ocupar varias veces la Vicepresidencia de la República— lo transformó en blanco dilecto del ataque canallesco de los sectores marxista-leninistas que hoy gobiernan el país.

Desde el mismo instante en que asumió la cartera de Interior, una gigantesca y bien montada campaña orquestó en contra de Edmundo Pérez toda clase de infamias. El caso más relevante de esto fue la posición del diario mirista-socialista "Ultima Hora". En 1965 había destinado una página a destacar las virtudes de Pérez Zujovic. Más tarde el mismo diario, en la misma página, le atacaba en forma artera. Y otro detalle. Días antes que fuera asesinado, el diario

"Ultima Hora", del que fue director el también Ministro del Interior de Allende, José Tohá, hoy Ministro de Defensa, se había preparado el peor ataque en contra de Edmundo Pérez. Pero no fue necesario: ya lo habían asesinado.

Los comunistas, que hoy reclaman un respeto que nunca tuvieron con nadie, fueron los más duros y canallas con Edmundo Pérez. Pero curiosamente fueron los que más contribuyeron en el país a hacer del entonces Ministro del Interior una imagen de respeto gracias a sus sistemáticos ataques.

LA "MANO DURA"

Hombre de una línea, franco y abierto, Edmundo Pérez no supo jamás de posiciones blandas o actitudes conciliatorias con quienes nunca respetaron las normas del juego democrático. Sabía mejor que nadie que el país, luego de asumir el marxista Allende, sufriría una crisis de proporciones. Identificaba al marxismo como el peor enemigo de la democracia y de las libertades, pero su lucha se enmarcó siempre en los cuadros disciplinarios de su partido, el Demócrata Cristiano, donde tenía tantos o más enemigos que fuera de él.

Fue el comunismo criollo el que lo bautizó como el "hombre de la mano dura". Su firmeza de carácter, que muchos de sus camaradas jamás han demostrado, lo llevó muchas veces a transformarse en el gobernante por excelencia, lo que jamás fue evaluado lo suficientemente por quienes de la politiquería han hecho su razón de ser.

LA OTRA CARA DE PEREZ ZETA

Tranquilo, intuitivo, Edmundo Pérez fue su propio arquitecto. Comenzó a trabajar a los 17 años en la fábrica de baldosas de su padre en el norte del país. Encalleció sus manos como cualquier trabaja-

dor. No pudo asistir a la Universidad, pero supo hacer de la vida y sus experiencias la mejor escuela para forjarse su propio destino. Su fortuna personal la logró al cabo de una vida de intenso esfuerzo, en la cual siempre estuvo al lado de su partido por el que luchó hasta verlo en el Poder.

En su hogar —donde estuve varias veces— había sencillez y buen gusto. Su familia, pese a las múltiples actividades empresariales y políticas, siempre contaba con él ya que sabía medir en su exacta proporción sus responsabilidades. Su muerte dejó un vacío en ese hogar, aunque su recuerdo como esposo y padre sigue siendo permanente.

Como Ministro supo granjearse las simpatías y el respeto de sus subalternos. Sabían que su criterio y sentido común jamás le permitirían cometer una injusticia. Y si un error empañaba su imagen, tenía la hombría de reconocerlo y enmendarlo.

EL ASESINATO

Los sectores marxista-leninistas sabían de las cualidades de Edmundo Pérez y conocían exactamente que su imagen de autoridad y respeto aumentaría cuando la crisis que hoy vive el país llegara. Por eso se le marcó a fuego. Los ataques arreciaron en su contra cuando ya estaba al margen de la política contingente y sólo era un militante de su partido.

También sabían los enemigos de Edmundo Pérez que el Partido Demócrata Cristiano reaccionaría en exacta proporción al tipo de hombres que estuviesen dirigiéndolo. Si estos eran blandos, miedosos, conciliadores, esa sería la posición demócratacristiana. Pero si esos hombres eran duros, de actitudes firmes y claras, tal sería la actitud del partido mayoritario de la oposición. El tiempo ha demostrado que el marxismo no se equivocó.

La violencia extremista materializada en el asesinato de Edmundo Pérez, se generó en el caldo de cultivo de una violencia intelectual que hoy sigue marcando a fuego a otros hombres que tienen la valentía de enfrentar cara a cara al marxismo extremista.

VIVIMOS LOS MISMOS DIAS

Nada diferencia a los días en que fue asesinado Edmundo Pérez, con los días en que estamos viviendo todos los chilenos. A instancias del oficialismo siguen creándose odios. La violencia extremista se llama MIR. El asesinato sigue siendo el mejor argumento contra la lucha ideológica que da la resistencia democrática al marxismo. La mentira y la infamia, al descrédito de las personas, el ataque alevé, son las armas de los revolucionarios. Así, en medio de un clima similar, se cortó la vida de un hombre público incomparable.

Por eso desde esta tribuna decimos con fuerza: ¡los asesinos de Edmundo Pérez Zujovic viven! ¡Y están buscando nuevos blancos y dando fuerza a los dedos que apretarán el gatillo de la metralla mortal.

ESTADO E

INDIVIDUO

"Nuestra lucha... tiene por objeto organizar un ESTADO INTEGRADOR, al servicio de todos los chilenos, sin excepción, que promueva un reencuentro fraternal de los sectores sociales, políticos y económicos y que inspire metas comunes que conquistar. El Estado debe trascender las clases sociales, las diferencias ideológicas y los intereses circunstanciales; debe ser un factor de unificación y cohesión nacional" (Pablo Rodríguez, "Manifiesto Nacionalista").

Respecto a los individuos, el Estado debe trabajar "por conseguir dos objetivos fundamentales, sin los cuales no habrá jamás justicia social: dar a todos los chilenos un nivel de vida condigno a su condición humana y dar a todos los chilenos las mismas oportunidades frente al destino" (Pablo Rodríguez, "Entre la Democracia y la Tiranía").

"Debemos... reconocer los derechos sobre la base del cumplimiento de los deberes correlativos"... "debiendo considerarse ambos aspectos en unión indisoluble e irrenunciable. El derecho y el deber se radican en cada persona humana al mismo tiempo. El Estado, a través de sus autoridades de gestión, debe no sólo proteger la facultad, sino imponer la obligación conexas" (Frente Nacionalista Patria y Libertad, "Ensayo Programático").

"La patria es una unidad de destino en lo universal, y el individuo, el portador de una misión particular en la armonía del Estado... Nadie se siente doble, disperso, contradictorio entre lo que es en realidad y lo que en la vida pública representa. Interviene, pues, el individuo en el Estado como cumplidor de una función y no por medio de los partidos políticos; no como representante de una falsa soberanía, sino por tener un oficio, una familia, por pertenecer a un Municipio. Se es así, a la vez que laborioso operario, depositario del poder" (José Antonio Primo de Rivera, citado en "Doctrinas del Nacionalismo").

CUT: FARSA SINDICAL

QUE FORTALECE AL PC

Desde hace 20 años los trabajadores chilenos vienen siendo víctimas de una farsa unitaria en el plano sindical. Esta ha adquirido ya patente de exclusividad y, por lo tanto sus derechos de autor dan un pingüe rendimiento, pero ellos son de índole exclusivamente política. Claro que los beneficiarios son los partidos marxistas que no sólo se apropian de la dirección y montaje en escena, sino que se reservan los principales roles con grave perjuicio para las comparsas, en este caso los trabajadores.

DE FARSA A COMEDIA

Ultimamente la farsa en cuestión ha sido elevada a la categoría de comedia a objeto de lograr mayores beneficios. El tema central es siempre el mismo: la "unidad de los trabajadores". En efecto, en 1952, año de fundación de la CUT, se conocían tres grandes corrientes de opinión en el campo obrero nacional: ellas eran la comunista y socialista, por una parte, que orientaban a los trabajadores por la ya vieja vía de la revolución para llegar a la conquista del Poder; otra la compuesta por un minoritario sector de trabajadores militantes en partidos de tendencias democráticas, como el radical, cuyas bases sindicales y políticas se apoyan en la burocracia de organismos estatales y semifiscales, a los que podríamos sumar pequeños grupos de sindicalistas cristianos no controlados políticamente, ya que los partidos Liberal y Conservador no consideraban necesario participar en las luchas gremiales. Aún no existía la Democracia Cristiana.

GRUPOS QUE DESAPARECEN

La tercera fuerza que se disputaba el control y orientación de las organizaciones sindicales era la anarco-sindicalista, ya muy disminuida, que apenas si controlaba al-

gunos sectores de obreros gráficos (la hoy casi extinguida FOIC) de la construcción (Unión en Resistencia de Estucadores) y del calzado (Federación de Obreros del Calzado). La C.G.T. que era la central que les agrupaba, desaparece junto con la CTCh, organización ésta que había recogido las banderas del marxismo que desde 1920 agitara la FOCh.

Los marxistas, entiéndase comunistas y socialistas, eligen como primer presidente de la naciente CUT y en aras de la "unidad" a Clotario Blest, un dirigente de empleados semifiscales a quien utilizan siniestramente. Con este dirigente salvan los primeros años de esta mal llamada central obrera que nunca en estos 20 años ha representado a la totalidad de los trabajadores. En los gremios del transporte, por ejemplo, los choferes de la locomoción colectiva particular, y la COMACH, central esta última de los marítimos, durante muchos años se mantuvieron al margen de la CUT.

LA URSS MANDA

Como consecuencia de los cambios de la política internacional de la Unión Soviética, a la cual están obligados a obedecer ciegamente todos los partidos comunistas del mundo, el comunismo chileno mueve sus peones procurando siempre obtener ventajas en la conquista de posiciones. Para lograr sus objetivos mueve los hilos y maneja al socialismo logrando contar siempre con un sector de este partido como aliado suyo, lo que le permite mantener por varios años en el primer plano a Oscar Núñez, profesor primario, en la actualidad dirigente de la Unión Socialista Popular. Una vez cubierta la etapa previamente planificada surge como dirigente máximo de ella el comunista Luis Figueroa y con él la suerte del movimiento sindical queda en manos del Partido Comunista, mal que

les pese a los socialistas que han venido comprobando ser el furgón de cola de este llamado tren de la "unidad".

LA "NUEVA" CUT

Hemos llegado a 1972, el marxismo ha logrado, con la complicidad de la DC la conquista del Gobierno —tengase presente que son francos y categóricos en afirmar que aún no han conquistado el Poder— y gracias a ésta circunstancia pueden montar todo tipo de aparatosos actos propagandísticos para proyectar al mundo una imagen de vida democrática, mientras en lo interno van apretando cada vez más fuertemente el torniquete con que están ahogando la verdadera democracia chilena. En éstas condiciones había que preparar la elección de la nueva directiva nacional y las respectivas provinciales de la CUT. Para ello se monta esta farandulesca farsa eleccionaria en la que se derrochan los dineros de los trabajadores en propaganda.

LA DC UN PERSONAJE

Sin embargo, la comedia unitaria tan bien argumentada, una vez puesta en escena ha revelado entretelones que dejan entrever la falsía que anima a los directores de ella, ya que la disputa por desempeñar los roles centrales de la misma no ha unificado a los directores y actores y, por el contrario, les ha dividido hasta el extremo que uno de los personajes a los cuales se le había asignado un papel secundario está amenazando en convertirse en estrella. Este personaje que no tiene preparación ni condiciones, pues confunde continuamente los papeles, es la Democracia Cristiana, la que ha presentado a un obrero ferroviario como su candidato con lo cual ha obligado a los sectores independientes a apoyarle, ya que no tienen forma o medio de hacer oposición a los candidatos mar-



Por LUCIANO MORGADO

xistas. Lo triste es que la tan coreada "unidad" se ha convertido en un sainete en que otros partiquinos como el MAPU y el PIR, también quieren ser primeros actores.

LA CUT NO ES REPRESENTATIVA

Los resultados de la elección de la directiva de la CUT están por verse, pero nos atrevemos a anticipar una conclusión: sea quien fuere el personaje que resulte elegido Presidente Nacional, es un hecho que el Partido Comunista habrá mejorado sus posiciones y a lo mejor logra el control absoluto de ella. No olvidamos que Clotario Blest es católico, entendemos que Vogel, el candidato de la DC también lo es, de modo que le auguramos un triste papel si resulta elegido.

Pero lo importante es que esta comedia ha dejado en claro una gran verdad: la CUT no representó ayer ni representa en la actualidad a la totalidad de los trabajadores de nuestro país. Si alguna duda hay al respecto vale la pena considerar las cifras que son en definitiva el mejor valor para medir cuantitativa y cualitativamente. En la elección que motiva este comentario no votarán más de 900 mil trabajadores de un total de más de TRES MILLONES. Esta y no otra es la verdad. Queda pues a firme el hecho de que la CUT no representa a todos los trabajadores chilenos.

PRESENCIA

JUVENIL DE

A GANAR LA CALLE LLAMA EL JEFE DE LA JUVENTUD

“La Juventud de Patria y Libertad se ha dado a la tarea de reconquistar la calle para los sectores democráticos. Hoy la calle se encuentra en manos del Partido Comunista que pega afiches, pinta murales y letreros, y raya consignas en contra de la resistencia democrática y en favor de una ideología totalitaria como es el marxismo”. Así lo señaló el Jefe Nacional de la Juventud Masculina de Patria y Libertad Ernesto Müller en conversación con nuestra revista.

La Juventud de Patria y Libertad desde hace un mes ha iniciado toda una gran tarea de preparación de sus militantes para continuar la lucha tanto contra el extremismo marxista como contra el marxismo gobernante que se nutre del primero y obtiene a veces jugosos dividendos.

TRABAJO PRACTICO E IDEOLOGICO

En las tareas que se ha impuesto la juventud de Patria y Libertad se conjugan también el trabajo práctico y el ideológico. El primero con la formación de buenos cuadros destinados a salir a la calle a pintar las consignas del nacionalismo y a demostrar quiénes son los enemigos de la democracia y la libertad chilena. Y el segundo con un intenso programa de charlas y conferencias donde se entregan los elementos ideológicos en que se encuadra el nacionalismo.

SACRIFICIO POR LA CAUSA

Señala Ernesto Müller, que quienes integran la juventud de Patria y Libertad son todos jóvenes estudiantes que sacrifican sus horas libres, fuera del estudio, para entregarse a la causa nacionalista.

“Muchas veces las reuniones se prolongan hasta avanzado de la noche. Pero ello no significa que tal sacrificio haya hecho mérito en los jóvenes, que al día siguiente deben continuar sus tareas de estudio”, añade el Jefe Juvenil.

A diferencia de las brigadas de choque comunista llamadas “Ramona Parra”, que son delincuentes pagados que no trepidan en disparar a quienes obstaculizan su trabajo de rayar calles con consignas de ese partido, la juventud de Patria y Libertad sólo cuenta con el sacrificio de los muchachos que la integran y que sólo reciben como estímulo el saber que están cumpliendo con una noble tarea: defender la democracia.

COMO INGRESAR A LA JUVENTUD

“Todos los jóvenes que desean integrar nuestra vanguardia organizada de la democracia, pueden sumarse a nosotros”, dice Ernesto Müller. A Patria y Libertad pueden ingresar todos los jóvenes de enseñanza secundaria o universitaria que se sientan atraídos por el ideal nacionalista. Para ello deben presentarse en la sede de la Juventud ubicada en calle Almirante Barroso N° 825, y hacer presente que quieren militar en Patria y Libertad.

“Patria y Libertad —añade Ernesto Müller— no entrega más que su ideología, pero exige sacrificio. Creo que Chile requiere del sacrificio de su juventud. Los partidos políticos democrático-tradicionales no están encauzando a la juventud y la poca que tienen no cumple las tareas de defensa de valores universales como son democracia y libertad”.

“Se ha dejado hacer y deshacer al Partido Comunista en la calle. Son los dueños y señores a lo largo de todo el país y nadie, que no sea Patria y Libertad, le ha salido al paso”, expresa el Jefe de la Juventud.

NUESTRO PROGRAMA JUVENIL

“El nacionalismo que postula Patria y Libertad se basa exclusivamente en la realidad de nuestro país, y en la experiencia histórica que hemos vivido. No emana nuestro nacionalismo de ninguna otra nación que no sea Chile. Y en nuestro contexto ideológico se considera a la juventud como uno de los pilares de la nación. De ahí que Patria y Libertad considera en su Manifiesto un “Programa Juvenil”.

Cuatro militantes de la Juventud Masculina de Patria y Libertad fueron detenidos por la Policía Política mientras pintaban algunos murales en la Avenida Pucuro de esta capital. La detención que silenció la prensa derechista y también la oficialista se produjo a petición expresa del Presidente de la República, el marxista Salvador Allende.

Los jóvenes se encontraban pintando el jueves en la noche en la Av. Pucuro cuando cerca de las 0,30 horas aparecieron el automóvil presidencial y su escolta de seguridad. Por la velocidad que los vehículos llevaban Allende no alcanzó a percatarse de la presencia de Patria y Libertad en la calle. Sin embargo, avisado de tal hecho ordenó a una patrullera de la Policía Política que venía a una cuadra de distancia detener a los muchachos.

De los 30 jóvenes que se encontraban en tareas de pintura, sólo cuatro fueron detenidos. Se les encañonó con pistolás, se les puso manos arriba para luego registrarlos. A punta de patadas y estirones fueron subidos a la patrullera y a una segunda que se hizo llamar. Desde Pucuro se les condujo al Cuartel de General Mackenna.

INTERROGATORIO DE TRES HORAS

Los detenidos fueron los jóvenes Antonio Kúper, de 18 años; Juan Argandoña, de 16 años; Andrés Vergara, de 14 años y Felipe Echavarría. Al primero se le aisló de los tres restantes en razón de tener 18 años cumplidos.

Los muchachos cuando salieron en libertad el viernes a las 11 de la mañana, los tres últimos y cerca de las 13,30 horas el primero, narraron en detalles su experiencia.

Los policías los maltrataron cuando eran interrogados. Se les sometió a un cuestionario político-policial que se prolongó por varias horas.

Andrés Vergara, el menor de todos, fue objeto de puñetes bajos y golpes a mano abierta en la cara y la cabeza.

“Me preguntaron —narra Vergara— todos mis antecedentes personales y luego trataron de averiguar detalles de nuestra organización. Por cada pregunta me daban una cachetada en la cara o la cabeza. Por ejemplo me preguntaron quién era el jefe de la Juventud, dónde nos reuníamos, cuántos salíamos a pintar, si nos pagaban

METODOS PO

por estos trabajos, si hacíamos prácticas de tiro, quiénes eran los instructores. Parece que nos creen armados igual que los delincuentes del MIR o de la Ramona Parra. También nos preguntaron cuántos éramos los integrantes de la juventud y qué conversábamos en las reuniones. Quiénes decían charlas y si había alguna clave para reunirse; también si había alguna dirección clandestina donde nos reuníamos y si teníamos muchas armas”.

UN EXCELENTE MILITANTE

Andrés Vergara es un joven estudiante que ingresó a Patria y Libertad el año pasado. Se ha destacado por su decisión y por el alto espíritu de sacrificio demostrado en todos los trabajos. Cuando conversamos con él se mostraba entero. Y dispuesto a seguir luchando hasta las últimas consecuencias por la causa nacionalista. No tuvo miedo y supo responder con soltura a todas las preguntas de la policía.

NUESTRO

Nuestra juventud carece, por lo tanto, de un programa adecuado a su forma de organización. En las generaciones se confunden y en actividades muy específicas. Grupos importantes de ellas carecen de incentivos e intereses. Algunos buscan la distracción, otros son captados por las películas, otros, en fin, por los movimientos.

Aspiramos a crear una juventud mediante el cual cada uno de ellos pueda tener un mundo propio, según sus intereses espirituales, artísticas, deportivas, etc. La juventud del momento tal, dando preferencia a la educación de su desarrollo (cultural, deportivo) en un contexto general adaptado a ella.

El proceso educacional debe tener fines cada día más elevados en las generaciones. Por lo general la educación se da con una dosis política desde la rebeldía como supremacía. Queremos vivir a nuestra juventud libre de resentimiento y por los medios de comunicación una manifestación negativa o exterior fuera la única tónica del momento.

Los partidos políticos y las organizaciones juveniles par

PATRIA Y LIBERTAD

POLITICO-POLICIALES EN CONTRA DEL MOVIMIENTO

Se manifestó deseoso de continuar trabajando y participando en Patria y Libertad. Luego de los interrogatorios nos contó Vergara que había sido fichado. Para ello le tomaron fotografías y todos sus antecedentes personales. Posteriormente los encerraron en un estrecho calabozo sucio y maloliente y junto a delincuentes que habían sido detenidos por la Brigada de Homicidios.

FIRMA DE UN DOCUMENTO

A los jóvenes detenidos luego de todas las presiones físicas que se ejerció en su contra, un prefecto de Investigaciones les hizo firmar un documento en el que se establecía que habían declarado "sin ejercer sobre ellos presión de ninguna especie", lo que naturalmente demuestra la metodología de la policía para obtener declaraciones. Los puntapiés, los tirones de pelo, los golpes de puño parece que para Investigaciones significan "presiones de ninguna especie".

INSULTOS CONTRA PATRIA Y LIBERTAD

A Antonio Küpfer también se le sometió a un intenso interrogatorio y a vejaciones muy propias de la mentalidad marxista de los jefes de la policía civil. Se le trató de fascista y sedicioso y se le insultó a él y su familia.

Küpfer se mantuvo siempre en un buen estado emocional y según nos manifestó afrontó todo el interrogatorio con tranquilidad, lo que naturalmente le parecía muy bien a los guardianes que lo vigilaban e interrogaban.

También Antonio Küpfer es un disciplinado militante de la Juventud de Patria y Libertad y está dispuesto ahora más que nunca a seguir luchando por el ideario nacionalista.

UN METODO PELIGROSO

La detención de estos cuatro muchachos demostró que el Gobierno está dispuesto a utilizar todos los métodos posibles para silenciar a Patria y Libertad, o

por lo menos para amedrentar a sus militantes y dirigentes.

No es usual ni regular que sea la policía política de Investigaciones la que proceda a detener a quienes se encuentran pintando en la calle. De hecho las patrulleras de la policía civil hacen la vista gorda cuando las brigadas de choque del Partido Comunista salen, armados, a la calle a rayar sus consignas. Igual situación ocurre con los miristas o las brigadas Elmo Catalán. Para éstos no hay detenciones, y a lo más es la policía uniformada la que de vez en cuando detiene a algún grupo.

Sin embargo, la agresión es para Patria y Libertad. Ello está demostrando que nuestro movimiento le duele al oficialismo marxista y a los extremistas emboscados en todas partes, incluso en el Servicio de Investigaciones.

Cuando el Jefe de la Juventud Masculina, Ernesto Müller preguntó por los detenidos en Investigaciones la mañana del viernes, se le comunicó que no había ninguno. Y si no hubiese sido por la insistencia de Mü-

ller, sencillamente se habría silenciado la detención de los cuatro jóvenes. Este método es peligroso ya que cualquier día se puede detener arbitrariamente a cualquier persona sin que se tenga noticias de ella.

TODO UN GOBIERNO CONTRA PATRIA Y LIBERTAD

Desde todos los puntos del oficialismo marxista se está atacando a Patria y Libertad. El Ministerio del Interior anunció una querrela contra nuestra revista; la policía uniformada por órdenes del Gobierno obstaculiza en la calle la venta del libro del Jefe Nacional, Pablo Rodríguez; igual cosa sucede con esta revista cuando la Juventud Femenina sale a venderla al centro de la capital; el Partido Comunista dispara a través de su Secretario General, Luis Corvalán; en suma, toda la maquinaria oficialista está contra Patria y Libertad. Por eso se requiere de toda nuestra unidad, disciplina y mística, para enfrentar a los enemigos de la democracia.

O. PROGRAMA JUVENIL

de un mundo particular de ser. Las por lo general, salvo (educacionales). se aburren, ante la creces adecuados. Al en actividades puerisectas místico-políticos extremistas. programa para la juda joven sea atraído sus inclinaciones esvas, intelectuales, poe ser organizada coas actividades propias (deportivo, vocacional), tado especialmente a

está orientado hacia tes. Las nuevas geensanza se imparquiciadora y se alienexpresión social. Haud en un mundo roornografía, en donde social exaltan toda travagante como si mento actual.

tratan de manejar las a transformarlas en

instrumentos de sus luchas contingentes, con absoluto desprecio por la formación y preparación de nuestros educandos. Se falsifica con ello una etapa trascendental de la vida, en que deben ser otras las metas y las preocupaciones de los jóvenes de Chile.

Es inadmisibles ofrecer a las nuevas generaciones un mundo creado para la madurez, en el cual no tiene cabida natural quien recién se incorpora a la actividad social y económica de su época.

El programa juvenil dará nuevas perspectivas al hombre y la mujer de nuestro tiempo, incentivará su interés por desarrollar sus aptitudes y su vocación y creará un quehacer que realmente se avenga con sus inquietudes y aspiraciones.

LUCHA REVOLUCIONARIA

Nuestro movimiento no es un grupo armado ni sedicioso, pero si llegado el momento son los marxistas quienes rompen la legalidad y desbordan las estructuras institucionales, como consecuencia de su fracaso electoral, nos pondremos de inmediato al servicio de las fuerzas organizadoras que frenen la escalada revolucionaria.

Es incuestionable que las milicias marxistas no están en condiciones de imponerse por la fuerza, al menos por ahora. Es también incuestionable que las FF.AA. no serán cómplices del comunismo en esta aventura totalitaria y que reaccio-

narán frente al caos, el desgobierno y la acción revolucionaria de sectores afebrados y minoritarios. Es imposible que las Fuerzas Armadas y de Orden permanezcan al margen en tal evento. Esta imposibilidad surge de la correlación de fuerzas en Chile, de las experiencias históricas ya vividas y del análisis dialéctico de los propios marxistas.

En este evento y ante un pronunciamiento que evite la escalada revolucionaria del marxismo, institucionalmente desbordado, nuestro movimiento debe constituirse en respaldo cívico para un futuro Gobierno Militar Nacionalista. Si este respaldo no existiera, las fuerzas controladas por el comunismo internacional crearían serios trastornos y pondrían en peligro el resurgimiento inmediato del país, su recuperación y pacificación.

Es igualmente imposible pretender que un pronunciamiento militar pueda sustentarse en uno o varios partidos políticos, o que sean éstos quienes se impongan sirviéndose de aquel. Las FF.AA. y de Orden en Chile son profesionales y no de liberantes. Por lo mismo, se hallan completamente al margen de los sectores políticos tradicionales.

Sólo un movimiento nacionalista fundado en el amor a Chile y a su pueblo, de una clara ideología popular y sin relación con intereses creados, puede sustentar un régimen transitorio, no político, que devuelva a Chile la tranquilidad, la confianza y la paz social.

Nuestra misión es, por lo tanto, absolutamente indispensable si, como ha quedado dicho, los sectores revolucionarios rompen la legalidad y los moldes institucionales, provocando la reacción de nuestras FF.AA. y de Orden.

Inauditos contrasentidos

La más mínima partícula de sentido común, de lógica o justicia, debe mirar como inaudito contrasentido las medidas e interpretaciones que están luciendo en el ambiente oficial.

Así se habla bombásticamente de "ARSENALES" descubiertos en poder de X o Z; ruedan profusas imputaciones emergidas de voces presuntamente responsables; en base a estos cargos se conduce ante la justicia a personas respetables y sin mayores antecedentes. A veces, a sola lectura se aprecia la inconsistencia de la imputación, pues no pasa más allá de un arma, un arma de museo, descompuesta, sin balas ni cargadores; otras veces el mayor acopio numérico lo constituyen prendas de vestir o laborales como cascos protectores, casacas, etc.; la evidencia comprobatoria suele resultar grotesca, pues un rifle, una escopeta o un arma defensiva, puede estar, no delictivamente, en poder de miles de personas honradas y sanas. Significativo argumento de esta precipitación, que llega a lindar con lo calumnioso, es el hecho de que casi todos estos procesos terminan jurídicamente en nada a las pocas horas, con la libertad de los inculcados por falta de méritos, no sin haber sufrido antes detenciones, vejaciones, imputaciones injustas y agraviantes.

Pero esto es una parte...

Resulta inaudito que así se interprete, así se proceda y así se construyan imputaciones emergidas por lo general de representaciones oficiales y, en cambio, luzcan ostentosa profusión otros tráfico, contrabandos y exhibicionismos comparativamente de muy superior proporción, en organismos, grupos o personas que disponen de documentación funcionaria o política muy allegada al oficialismo.

Más penosa es la imagen de formular acusaciones delictivas en contra de un ciudadano, no entregarlo al procesamiento de la justicia competente y oponerse a cumplir una orden expresa para presentarlo, de parte de un tribunal superior. Esto cae en el ámbito de los delitos contemplados en el Libro II, Título III, N° 4 del Código Penal: "En los agravios inferidos por funcionarios públicos a los derechos garantidos por la Constitución".

Si se tratara de casos aislados, erróneos, prontamente contenidos y sancionados, imágenes y esperanzas podrían modificarse; pero ello no ocurre y se hace frecuente, por lo cual justificadamente crece la desazón ciudadana para suponer un espectáculo deprimente y de indefensión.

FUERZAS ARMADAS

• "Creo que nuestras Fuerzas Armadas tienen un concepto muy vital, muy auténtico de su misión, la que consiste, fundamentalmente, en la defensa de la integridad territorial. Pero no sólo de la integridad territorial, sino que también de la integridad moral del país y en la defensa de su organización interior y de sus leyes. Naturalmente que en esta misión las Fuerzas Armadas no están en la vitrina y son, necesariamente, pensantes". (Jorge Prat, entrevista en Canal 9 de TV, 1° de Mayo de 1964).

¿OTRA TRAICION?

Un agudo comentarista político sostenía, años atrás, que la tragedia del Partido Demócrata Cristiano se sintetizaba en un hecho: sus dirigentes son más izquierdistas que sus militantes y éstos, más izquierdistas que sus simpatizantes.

Esta tremenda verdad, la de un partido conducido hacia el precipicio por sus dirigentes, ante la mirada atónita de sus militantes, se manifiesta, una y otra vez, en la vida nacional.

Para no hacer historia antigua, nos referiremos a dos hechos recientes. El PDC citó a la ciudadanía a un acto de protesta contra el marxismo en el Estadio Nacional. Cuando fueron desplegadas las banderas de Patria y Libertad, miembros de la Juventud, premunidos de cascos y armados con palos, pretendieron castigar a los "provocadores". El pueblo demócratacristiano repudió a los atacantes y apoyó a Patria y Libertad con tal decisión que los miembros de la JDC debieron retirarse con la cola entre las piernas. El segundo caso se produjo en la elección de Linares. La directiva del PDC había repetido hasta el cansancio que ellos no podían apoyar a un candidato nacional, porque el partido se les dividía. Es así como acordaron la libertad de acción. Sin embargo, los militantes y simpatizantes DC se volcaron unánimemente en la candidatura de Sergio Diez, quien obtuvo para la Oposición un triunfo espectacular, superior al de Moreno en O'Higgins y Colchagua, porque aumentó en un mayor porcentaje la votación contra el Gobierno.

Hoy la directiva del PDC está fraguando en la sombra y a espaldas de sus militantes y simpatizantes la mayor traición que es dable imaginar. Con la participación de los nefactos Tomic y Leighton, la complicidad de Fuentealba y el beneplácito de quienes tienen el tejado de vidrio, se está negociando el apoyo al Gobierno y, específicamente, al Partido Comunista, con el pretexto de crear un "área de estabilidad democrática".

¿Qué diría de esta canallada Edmundo Pérez Zujovic, si se levantara de su tumba? ¿Comprendería a su directiva, Juan Millalonco, estudiante de la JDC, si resucitara? ¿O preferiría que lo volviera a asesinar la violencia marxista?

Todos sabemos —y la directiva del PDC también lo sabe— que no se puede pactar con el comunismo. Fríamente, dispuestos a todos los renuncios y a todas las traiciones, van tras una sola meta: la dictadura del proletariado. En todos los países hay esclavos del imperialismo soviético, se aprovecharon de los "tontos útiles" para tranquilizar a sus adversarios y ganar tiempo y dar, por fin, el zarpazo final.

Confiamos en el pueblo demócratacristiano, el que está sufriendo el sectarismo, la persecución y el matonaje marxista, para que en Chile los dirigentes de su partido no cometan el crimen, que ha costado la independencia de tantos países y la libertad de tantos pueblos.

ESCUUCHE Nacionalismo Presente.

LA VOZ OFICIAL DE PATRIA Y LIBERTAD.

Lunes a sábado 23,15 hrs.
Radio Agricultura.

¿Cuál será la posición que los diversos partidos políticos que integran la Unidad Popular adoptarán frente al proyecto de desarme de los grupos extremistas?

Desde luego el programa de la Unidad Popular nada dice al respecto y sus teóricos parecen no ser capaces de idear nada nuevo luego del esfuerzo que les significó ponerse de acuerdo en que el programa del Partido Comunista sería el programa de la candidatura de Salvador Allende...

El desacuerdo que ya empieza a evidenciarse es una demostración más de que no tiene la combinación de Gobierno una idea clara sobre cuál será, en definitiva, el desenlace de la vía chilena al socialismo. Mientras sectores del Partido Socialista pregonan las virtudes de la vía armada, Salvador Allende insiste en convencer al Congreso Nacional sobre la necesidad de que sea realista y, contra la inmensa mayoría de Chile, que acepte las transformaciones que

¿NUEVAS FISURAS EN LA UNIDAD POPULAR?

aseguren al país el establecimiento de una dictadura comunista.

Por su parte, el comunismo criollo, busca con desesperación un "certificado de buena conducta" para evitar ulteriores consecuencias que puedan dañar su estructura y organización, sin perjuicio de lanzar todo su combustible, pero subterráneamente, sin dejar huellas de sus desquiciadores propósitos.

Allí están, enloquecidos, divididos y desesperados, sin saber qué

hacer frente a una realidad que ellos crearon y que ahora se vuelve en contra de ellos mismos...

"EL NACIONALISMO NO ES UNA FUERZA EXTREMISTA"

Muchos piensan que el nacionalismo es una fuerza política extremista. Craso error. Por razones puramente publicitarias y para deformar nuestra imagen pública, se nos ha calificado de ultraderechistas, pero no lo somos, ni siquiera

somos derechistas. Cualquiera que desapasionadamente (situación imposible para un marxista) estudie nuestros planteamientos ideológicos comprenderá que no puede encuadrárenos ni en una derecha retrógrada ni en una izquierda totalitaria.

Pero la cuestión tiene una explicación. El sector que más ha combatido al marxismo tiránico somos nosotros, desde el 4 de septiembre de 1970. Se nos ha ubicado en la ultraderecha como consecuencia de ser los adversarios más tenaces del Gobierno marxista, pero no por nuestros planteamientos ideológicos ni nuestras tácticas políticas.

Se trata de un infundio que se está deshaciendo casi solo.

No somos un movimiento armado, pero tampoco nos dejamos amedrentar por los fanfarrones que detentan el Poder. Por eso estamos por que se entregue a las FF.AA. el control del extremismo, porque son ellas las únicas que aseguran a Chile un juicio patriótico, imparcial y no partidista.

agresión a un militante

En la Marcha de la Democracia realizada en Concepción fue agredido el militante del Movimiento "Patria y Libertad", Enrique Veloso Schlie, estudiante de la Escuela de Derecho de la Universidad de Concepción.

La participación de los jóvenes nacionalistas fue realizada con orden y fue aplaudida por los demás participantes de la marcha. Sin embargo cuando nuestro compañero Veloso se dirigía a la marcha, junto a otros compatriotas, fue agredido por un grupo de aparentes mirones que lo atacaron sin mediar provocación de su parte, infligiéndole una estocada de 12 centímetros de profundidad por parte del delincuente mapucista Roberto Ortega, de 20 años, empleado de DICAP.

Al ser trasladado nuestro compatriota al Hospital Regional, se pudo comprobar que, debido a la gravedad de sus heridas, se le había producido una hemorragia interna que pudo causarle la muerte ya que la herida alcanzó la pleura.

Al ser atendido por los médicos del Hospital éstos debieron extraerle una gran cantidad de sangre coagulada de la pleura, debido a ello le recomendaron un reposo absoluto. Sin embargo los

empleados de Televisión Nacional, el Canal de la mentira, desobedeciendo las órdenes del médico y de las enfermeras lo movieron para poder filmarlo desde distintos ángulos y presentarlo como un herido en una riña entre ebrios. Estos hechos provocaron una nueva hemorragia en el herido, debido a la cual debieron administrarle suero. Esta actitud de los periodistas y camarógrafos de Canal Nacional fue repudiada por quienes tuvieron conocimiento de ella.

El Frente Nacionalista protesta enérgicamente por esta agresión a nuestro compatriota y condena la actitud de Canal Nacional que no sólo puso en peligro la vida de Veloso, sino que además lo presentó como un herido en una riña de ebrios.



EL MOVIMIENTO COMUNISTA INTERNACIONAL

La siguiente lista incluye todos los partidos que probablemente son considerados por Moscú como miembros del movimiento comunista internacional. Las fuentes prosoviéticas afirman que son 90. La lista incluye a la mayoría de los miembros originales que se pusieron de parte de la China en la disputa chino-soviética, pero no a los partidos escisionistas prochinos. No incluye al Partido Comunista de Nueva Zelanda, donde ha sido creado un partido rival prosoviético, o al Partido Comunista de Israel original (MAKI), que ha sido reemplazado por una nueva organización (RAKAH) que está dispuesta a apoyar la política soviética en el Medio Oriente.

I.— PAISES COMUNISTAS

	Número aproximado de miembros
Partido Comunista de la Unión Soviética	14.000.000
Partido Revolucionario Popular Mongol	48.000
Partido Comunista Búlgaro	637.000
Partido Comunista de Checoslovaquia	1.650.000 (antes de la depuración)
Partido Socialista Unificado de la Alemania Oriental	1.770.000
Partido Socialista Obrero Húngaro	600.000
Partido Obrero Unificado Polaco	2.030.000
Partido Comunista Rumano	1.924.000
Liga de Comunistas de Yugoslavia	1.146.000
Partido del Trabajo Albanés	50.000
Partido Comunista de la China	17.000.000
Partido de los Trabajadores de Corea (Corea del Norte)	1.600.000
Partido de los Trabajadores de Vietnam (Vietnam del Norte)	766.000
Partido Comunista Cubano	120.000
	<hr/> 43.341.000

II.— EUROPA OCCIDENTAL

Partido Comunista de Austria ..	30.000
Partido Comunista de Bélgica ..	12.100
Partido Progresista de los Trabajadores de Chipre (AKEL) ..	14.000
Partido Comunista de Dinamarca ..	4.500
Partido Comunista Finlandés ..	48.000
Partido Comunista Francés	300.000
Partido Comunista de la Gran Bretaña	30.600
Partido Comunista de Grecia ..	20.000
Alianza Popular, Islandia	2.000
Partido Comunista de Irlanda ..	200
Partido Comunista Italiano	1.460.000
Partido Comunista de Luxemburgo	500
Partido Comunista de los Países Bajos	9.000
Partido Comunista Noruego	3.000
Partido Comunista Portugués ..	3.000
Partido Comunista Español	5.000
Partido Sueco de Izquierda-Comunistas	20.000
Partido Suizo del Trabajo	4.500
Partido Comunista de Alemania ..	16.000
Partido Comunista Alemán	16.000
Partido de Unidad Socialista del Berlín Occidental	5.000
	<hr/> 1.987.400

III.— AMERICA

Partido Comunista del Canadá ..	2.300
Partido Comunista de los Estados Unidos	18.000
Partido Comunista de la Argentina	60.000
Partido Comunista Boliviano ..	4.000
Partido Comunista Brasileño ..	14.000
Partido Comunista de Chile ..	45.000
Partido Comunista de Colombia ..	10.000
Partido Vanguardia Popular de Costa Rica	300
Partido Comunista Dominicano ..	800
Partido Comunista del Ecuador ..	2.000
Partido Comunista Salvadoreño ..	50
Partido Guatemalteco del Trabajo ..	1.300
Partido Comunista Hondureño ..	1.500
Partido Comunista Mexicano ..	5.000
Partido Socialista de Nicaragua ..	200
Partido del Pueblo de Panamá ..	300
Partido Comunista Paraguayo ..	4.500
Partido Comunista Peruano	2.000
Partido Comunista del Uruguay ..	20.000
Partido Comunista de Venezuela ..	15.000
Partido Comunista de Guadalupe ..	1.300
Partido Comunista de Martinica ..	700
	<hr/> 203.250

IV.— AFRICA DEL NORTE Y MEDIO ORIENTE

19.700

V.— AFRICA TROPICAL Y AFRICA DEL SUR

1.750

VI.— ASIA Y AUSTRALASIA

Partido Comunista de Australia ..	4.000
Partido Comunista de Ceilán	2.200
Partido Comunista de la India ..	243.200
Partido Comunista Japonés	270.000
Partido Comunista de Malasia ..	1.200
Partido Comunista de Nepal ..	1.500
Partido de Unidad Socialista de Nueva Zelanda	100
Partido Comunista de Pakistán ..	10.000
	<hr/> 552.500

LOS GRUPOS COMPROMETIDOS EN ACCIONES ARMADAS, SUS AREAS DE ACCION Y VINCULACIONES CON LOS PRINCIPALES PARTIDOS COMUNISTAS

América Latina

ARGENTINA

1a.— Fuerzas Argentinas de Liberación (FAL). Castrista. Comprometidos en acciones de terrorismo urbano.

1b.— Partido Comunista Revolucionario (PCR). Grupo dependiente del Partido Comunista. Acciones de terrorismo urbano.

(Vinculaciones con Cuba y China.)

1c.— Fuerzas Armadas Peronistas (FAP). Grupo perteneciente a los antiguos cuadros de la organización peronista que ahora manifiestan tendencias castristas.

1d.— Montoneros. Peronistas revolucionarios a quienes se atribuye el secuestro y asesinato del ex Presidente Aramburu. Vinculaciones con los países del tercer mundo.

BOLIVIA

1a.— Ejército de Liberación Nacional (ELN). Castrista. Reinició operaciones en ju-

lio de 1970 después de 3 años de inacción que siguieron a la muerte del Ché Guevara.

Líder: Chato Peredo.

Vinculaciones con el movimiento de Tupamaros, terroristas uruguayos.

1b.— Falange Socialista Boliviana.

COLOMBIA

1a.— Ejército de Liberación Nacional (ELN). Castrista. Líder: Fabio Vázquez Castaño.

1b.— Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC).

Líder: Pedro Antonio Marín (alias Manuel Marulanda o "Tiro Fijo").

Se ha confirmado que recibieron armas y dinero procedentes de la URSS para renovar su acción de violencia recomenzada en abril de 1970 después de 2 años de inacción.

1c.— Ejército Popular de Liberación (EPL).

Maoísta.

GUATEMALA

1a.— Fuerzas Armadas Rebeldes (FAR). Castrista. Responsable del secuestro y asesinato del embajador alemán y de otros diplomáticos.

Líder: César Montes.

1b.— Movimiento Revolucionario 13 de noviembre. Maoísta. Unido a las FAR en agosto de 1967. Ofrece evidencias de infiltración trotskista.

1c.— Partido Guatemalteco del Trabajo. Partido Comunista.

Líder: Marco Antonio Yon Sosa, que fue muerto en México en mayo de 1970.

PERU

1a. Movimiento de la Izquierda Revolucionaria (MIR). Considerado como el brazo armado del Ejército de Liberación Nacional (ELN). Trotskistas, pero sostenidos por Cuba.

Líder: Hugo Blanco.

1b.— Liga Socialista Revolucionaria (LSR). Pequeño grupo sostenido por la Unión Soviética.

1c.— Frente de la Izquierda Revolucionaria (FIR). Trotskistas.

1d.— Vanguardia Revolucionaria (VR). Neocastistas.

URUGUAY

1a.— Movimiento de Liberación Nacional (MLN). Castrista. Conocido popularmente como Tupamaros, nombre inspirado en el jefe de la resistencia inca, Tupac Amará.

1b.— Movimiento Revolucionaria Oriental (MRO). Implicados en resistencia armada.

1c.— Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR). Maoísta.

VENEZUELA

1a.— Fuerzas Armadas de Liberación Nacional (FALN). Originalmente fue un movimiento netamente castrista.

1b.— Frente de Liberación Nacional (FLN). Organización política de las FALN.

1c.— Movimiento de Izquierda Revolucionaria (MIR). Castrista. Fundado en 1960.

LA NACION, de Costa Rica.

ALLENDE Y EL RUBICON

José Marín Cañas

Por una de esas reglas del juego político que ni el Moro Musa se las explica, un candidato marxista logró el triunfo en los comicios últimos de Chile.

Esto no quiere significar que la mayoría de los ciudadanos chilenos son marxistas. Ello lo que quiere significar es que dentro de las reglas "convencionales" de un juego se han cumplido tales circunstancias, que el triunfo fue de una minoría. Lo mismo que el boxeador al que lo salva de perder el sonar de la campana. Es, por lo tanto, una regla de un juego, que lo mismo ahora es así, como puede ser así.

Con una votación de un porcentaje que represente la tercera parte de la población total, uno de los candidatos gana. Pero la realidad, monda y lironda, es que en el país viven y trabajan más personas contrarias al que ganó que a los que perdieron. Es, como se ve, un caso de excepción. Y por lo tanto la esencia del sistema democrático, por amor de los políticos, queda reducida a una taza de agua de borrajas. Porque lejos

de tomar el poder la mayoría, a la que se refería nuestro olvidado "mesí" Rousseau, lo que lo agarra por el gañote es minoría. Y, según el tantas veces manoseado francés del cuento, son las mayorías las que están dotadas de esa clarividencia que las convierte en algo respetable, para el manejo y orientación de la cosa pública (Cosa que el comentarista nunca ha creído).

No son los pueblos, pues, los que trazan su destino. Son los políticos, que por estar planificando enredos, llevan a los pueblos a tener que tragarse lo que ellos mismos, por su razón y valimiento, ni han pensado en ello.

Ya hecha la cosa, sería bueno que habláramos de lo que sigue.

Que el señor Allende es una buena persona nadie lo duda. Basta echarle un vistazo encima para comprender que se trata de uno de esos caballeros que nacieron para navegar por la vida con una cara inefable, con un corazón de oro y con unas gafas de Carey. Si a todo esto, que ya es muy bueno en la "angliparla", su profesión de médico, los resultados intrínsecos de nuestro héroe pasan de lo bueno y se convierten en conspicuos. El médico, por razón de su profesión, tiene una inclinación que supera a la de la Torre de Pisa, a creer que el mun-

do se puede remediar con la caridad cristiana, con la limosna pia y con el mendrugo gratis que a Jean Valjean le costó la cárcel. Y llevado, generalmente, por estas nobles inclinaciones, cuyo climático momento es el del juramento de Hipócrates, está siempre dispuesto a creer en brujas, cosa en lo cual se deja de creer en cuanto el ser humano ha salido de su lactancia y aprende las cuatro reglas.

Hay una oscura y enigmática aleación que nace al calor de estos sentimientos en el corazón de los médicos. Se trata de llevar el milagro de la curación del cuerpo humano, al panorama total del cuerpo social del conglomerado humano. En realidad, el cuerpo social constituye para todo médico un campo de experimentación atrayente. Igual les pasa a los futbolistas, que quisieran patear la bola en un Campeonato Mundial, y a los cantantes de música sicodélica, que se pirrarían por gritar en la "C.M.Q." de México. Todo ser humano desea expandir su radio de acción fuera de las precarias limitaciones a que lo somete su tamaño de gusano, más o menos refrescado con Colonia Yardley.

Como los partidos políticos, en estos momentos históricos, se han vuelto partidos históricos, lo que significa que la "pera" del poder se la repartirán siempre entre los amigotes (debe entenderse esta última palabra como "cultivadores de la amistad", una de las más grandes virtudes humanas, envilecidas por la técnica del golpecillo al riñón), el entrar a ser cabeza en estas férreas, antiguas, clásicas e históricas organizaciones, constituye un trabajo de romanos. Y hay muchos que de romanos no tienen vocación.

El señor Allende —nadie duda de sus buenas intenciones— llegó al poder mediante la organización de un grupo de elementos, núcleos y hasta partidos de izquierda. Se colocó ahí, como quien se sube en el aparo de un elefante y comprendió bien pronto que el bamboleo del paquidermo era muy bueno para la salud y encantador para el ensueño.

Cuando se despertó, estaba, ya no en el paquidermo, sino en la silla presidencial.

Cualquiera que recapacite en esto, no ha de dudar que su sorpresa fue encantadora al mismo tiempo que reconfortante y muy digna de respeto.

Y ocurrió lo que ocurre en toda la historia revolucionaria de esta América, azotada por

todos los males de una política inestable, caótica y militarizada. América confió en las bondades intrínsecas de nuestro buen amigo, el señor Allende, fiándose para ello no sólo en el atuendo, en la profesión y en el estilo del hombre, sino —¡oh milagro de milagros!— en la buena voluntad de todos sus colaboradores.

Dijo, hace ya muchos años, don Pío Baroja, y no debió decirlo porque era un despropósito, que este continente era... iluso, por no emplear la palabra del vasco regañón. Hasta este año del 70, se confirma lo que dijo don Pío.

Cuando un militar da un golpe de Estado y se hace del poder, lo respalda y él se afina, en ella, un cuerpo de Ejército capaz de hacer entrar en razón al más terco de los que no piensen como él. Cuando un político triunfa en la arena electoral, debe llevar con él la esperanza, el apoyo incondicional, el entusiasmo y la fe de sus electores.

Pero cuando un jefe de grupos disímiles alcanza el poder, de lo único que puede agarrarse con un problemático porcentaje de esperanza, es de la Virgen Milagrosa del país de origen. Y si, como partes del conglomerado que lo llevó al poder, figuran los comunistas, entonces lo mejor es que se encomiende al Dios o al Diablo, porque ni la Virgen, por muy milagrera que sea, le va a servir para navegar ni dormir tranquilo.

El Partido Comunista nunca se ha andado por las ramas. Las ramas las deja para el poeta que posa al ave, sabiendo que si se le quiebra, sus alas son potentes, blancas y tendidas sobre el pantano. Y como va directo a lo suyo, en menos que canta un gallo se hará fuerte en el poder, pues para eso está mejor organizado que ningún otro, tiene elementos fanáticos y dispuestos, y conoce de carretilla su misión. Eso ha ocurrido y viene ocurriendo desde que el mundo es mundo, y desde que Lenin cogió la sartén por el mango.

Al señor Allende bien pronto lo oscurecerá el dominio comunista. Será impotente, porque ningún hombre solo es capaz de imponerse a una revolución interna dentro del poder, que él, con pena y fatiga, arrastra en una siempre repetida calle de la Amargura. Y a la vuelta de unos meses sabremos que el señor Allende, como el César, llevó sus maletas Allende el Rubicón. Y del Rubicón, volvió César, pero los demás, sería cosa de milagro y asombro.

FUERZAS ARMADAS

• "Las Fuerzas Armadas y de Orden constituyen la gran reserva moral de la democracia chilena. Corresponde a ellas, primordialmente, la defensa de nuestra soberanía política y territorial y de nuestra seguridad interior amenazada por ideologías foráneas que buscan comprometer a la Patria con fines insospechados" (F.N.P.L., "Ensayo Programático").

"El nacionalismo considera a los Fuerzas Armadas y al Poder Judicial los pilares donde se afianzan la integridad patria y la convivencia democrática interna". "Ni las Fuerzas Armadas ni el Poder Judicial pueden politizarse o gastarse en luchas contingentes... Pero ambos saben que son la **salvaguardia de aquello permanente y fundamental que hace que Chile sea y siga siendo Chile**. De ahí nace el amplio campo para desarrollar su participación ciudadana, en orden a construir el futuro de la Nación" (F.N.P.L., "El Verdadero Dilema de Chile").

El Correo



El libro de Pablo Rodríguez Grez.

“ Salvador Allende se ha declarado marxista-leninista una vida política entera y ha actuado como tal sin ambages, pero ha operado encubriendo sus verdaderas intenciones porque...”

“ El nacionalismo no puede ubicarse entre una derecha comprometida con intereses económicos y una izquierda que sueña con la revolución liberticida y el esclavismo comunista.”

“ Frente a la vía armada, pensamos que nuestros institutos militares no aceptarán que el marxismo se imponga por la fuerza, el terror o la violencia.”

P. Rodríguez Grez

Ud. lo debe leer.

PIDALO EN IRENE MORALES 11 FONOS 32302 O EN LAS PRINCIPALES LIBRERIAS.



Ocurrió en El Arrayán, según sus familiares

Espectacular secuestro de corredor de propiedades

Cinco individuos que actuaron movilizados en un automóvil color guinda seca y una motocicleta secuestraron al corredor de propiedades Victor Fuenzalida Dublé, de 37 años, militante del disuelto movimiento Patria y Libertad. El suceso ocurrido el viernes último a las 15.30 horas fue dado a la publicidad a mediodía de ayer por la familia del empresario, agregando que el man que el móvil radica en razones de orden político. Queda abierta también la posibilidad de que el acto terrorista hubiera sido cometido por motivaciones económicas.

Antecedentes conocidos en la tarde de ayer indicaban que la policía trataba de identificar a un automóvil Fiat guinda seca (aunque los testigos presenciales hablaban de un Peugeot de ese color) y a un motociclista pelirrojo, cabello largo y de barba.

LOS HECHOS

Victor Fuenzalida Dublé, que trabaja junto a sus hermanos Osvaldo y Carlos en una oficina de corretaje de propiedades, salió el viernes último desde su domicilio particular, luego de almorzar, con destino a El Arrayán para pagar a los obreros que están construyendo su casa. "Llevaba alrededor de 2 ó 3 mil pesos en efectivo para cumplir esa obligación", relató a LA TERCERA Carolina Cox Troncoso, esposa del empresario.

La misma día a conocer que su marido iría posteriormente a la oficina y más tarde regresaría —como lo hacía habitualmente— a su departamento de calle Carmen Silva. "Nunca faltó a almorzar o a comer, salvo en junio de este año cuando asistió a una comida de Patria y Libertad", señaló Carolina Cox.

Pasadas las 19 horas, Victor Fuenzalida no llegaba aún a su hogar. La esposa le esperó intranquila hasta las 20... 21... 22... 24 horas, pero no llegaba. Estaba muy preocupada pero —pese a que nunca ocurría— Carolina Cox pensó que su esposo se había quedado con algunos amigos. Su preocupación creció, sin embargo, cuando a la hora del comienzo del toque de queda su marido no retornó al hogar.

A primeras horas del sábado recién pasado, la dama partió rumbo al domicilio de Carlos, su cuñado, con quien se dirigió en forma inmediata a El Arrayán. Allí, sin alamar a nadie, consultaron si Victor Fuenzalida había ido a pagar. Los obreros respondieron que no. Volvieron al centro, para iniciar las averiguaciones en unidades de Carabineros, recintos asistenciales y amistades, sin conseguir indicios del paradero de Fuenzalida.

Poco después volvieron a la construc-

ción que están ejecutando en El Arrayán (camino El Alto esquina de pasaje Madreselvas), donde hicieron consultas, esta vez más a fondo, obteniendo los antecedentes del secuestro de parte de dos trabajadores que lo presenciaron —sin saber qué ocurría, ni darle importancia al hecho— desde unas ventanas de la casa en construcción.

"Oímos —dijeron los obreros— que cuatro personas que venían en un auto color rojo guinda seca... parece que era un Peugeot... pararon a don Victor y le dijeron "pasa las llaves". Luego lo hicieron salir del auto de él y lo metieron en el auto rojo. Uno de ellos se subió al auto de don Victor y se fue manejando".

Enseguida relataron que también actuó en el secuestro un motociclista "que podríamos reconocer donde lo viéramos", el que lucía melena y barba.

Al hecho los trabajadores no le dieron mayor importancia por la forma en que accedió Victor Fuenzalida, sin oponer resistencia alguna, a entregar las llaves de su vehículo (modelo 1968, patente DY-210 de Las Condes, Peugeot blanco).

Con estos antecedentes, la familia acudió a la Tenencia de Lo Barnechea y a la Sexta Comisaría Judicial de Investigaciones (Román Díaz y Providencia) para estampar las denuncias correspondientes que serán ratificadas hoy ante el Sexto Juzgado del Crimen. Además se puso en conocimiento de estos hechos a los servicios de seguridad.

"Hoy pensamos —dijo Carlos Fuenzalida— interponer el recurso de Habeas Corpus (amparo) correspondiente ante los Tribunales.

MOVILES

Hablando de los posibles móviles, la familia de Victor Fuenzalida Dublé señala enfáticamente que "debe tratarse de una venganza política". Enseguida agregaron que "Victor se jugó la vida contra el régimen anterior, llegando incluso a operar una ametralladora punto 30 durante el tanquetazo de 1973, 29 de junio". Señalaron igualmente que durante algún tiempo prestó colaboración a los servicios de seguridad.

Carlos Fuenzalida dijo haber conversado hace aproximadamente 10 días con su hermano, quien le señaló que aun cuando mantenía amistad con personeros del disuelto movimiento Patria y Libertad, había cortado contacto con sus dirigentes porque él estimaba que no se podía criticar, públicamente, la gestión del Gobierno.

Por lo mismo, dijeron los familiares, creemos que el móvil del secuestro es político... una venganza.

LA BROMA EN VIDA

Por Percy



—¿CIERTO QUE ESTUVISTE CON LA VIDA EN UN PELO?
—SI, PERO ME SALVE A TIEMPO. FUE CUANDO MI MUJER ME ENCONTRO UN PELO RUBIO EN LA SOLAPA.



UN PEUGEOT BURDEOS y una motocicleta participaron en el secuestro, explica Isaias Díaz, cuidador de la propiedad que el constructor civil Victor Fuenzalida levanta en "El Arrayán". Este fue el lugar del hecho.

Aseguran carpinteros "Al patrón lo venían siguiendo harto rato"

"Parece que al patrón lo venían siguiendo un largo trecho", dijo a LA TERCERA el cuidador de la parcela de El Arrayán hacia donde se dirigía Victor Fuenzalida en el momento de su desaparición.

Los reporteros de nuestro diario llegaron hasta el camino El Alto, para conversar con los trabajadores que presenciaron los hechos.

Isaias Díaz Rodríguez, cuidador de la propiedad, señaló que Fuenzalida llegó hasta el lugar conduciendo su Peugeot de color blanco, solo, "como nunca lo hacía". En ese momento, Díaz trabajaba en la construcción de una vivienda, junto a cinco maestros carpinteros.

El automóvil del corredor de propiedades, según recuerdan los trabajadores, era seguido por un Peugeot color burdeos y una motocicleta. "Al llegar frente a la propiedad, se adelantaron y se cruzaron en el camino de don Victor. Se bajaron dos de las personas que iban adentro y le pidieron las llaves. El patrón no contestó nada y eso fue lo único que se escuchó. Después, sólo se sintió el ruido de los tres vehículos alejándose del lugar".

TRES MINUTOS

Según señaló Isaias Díaz, todo ocurrió en no más de tres minutos. "Nosotros seguimos trabajando el resto del viernes y la mañana del sábado".

En la tarde del sábado, carabineros de Lo Barnechea, a cuya jurisdicción corresponde el lugar, concurren a la parcela para conocer mayores detalles sobre lo ocurrido.

Dicen su esposa y hermanos "No creemos que sea venganza personal"

El móvil económico o de venganzas de orden personal fue descartado por familiares del corredor de propiedades secuestrado. Al respecto señalaron que Victor Fuenzalida Dublé no posee fortuna, y que en tal caso hubiera sido Osvaldo Fuenzalida, su hermano, o alguien de su grupo familiar (esposa o hijos) la víctima, por que éste "al menos en apariencia pública" figura como un hombre acaudalado.

La posibilidad de venganzas personales por otros motivos es también descartada. Carolina Cox señala "incluso con su ex esposa no están mal, por lo que no veo razón para una venganza personal".

Con esos antecedentes, la familia sigue indagando el paradero de Victor Fuenzalida. Hasta el momento no tienen indicio alguno. No se ha recibido mensaje exigiendo algún rescate o dando a conocer el porqué del secuestro.

De los hijos del corredor de propiedades, sólo Victor Manuel sabe lo ocurrido. Anoche se avisaría a las tres niñas que viven con su madre.

Carolina Cox señaló que la esperanza de ubicar a su esposo radica en los antecedentes que pueda entregar el público. Agregó que al momento de ser secuestrado vestía pantalón gris, camisa sport (sin corbata), chaqueta de gamuza café y calzado café rojizo. Mide aproximadamente 1.90 mt. de estatura y es delgado. Tiene 37 años de edad.

De valor no portaba nada, aparte del reloj (que lleva una insignia de Patria y Libertad) y sus demás efectos personales. El dinero sólo sumaba un máximo de 3 mil pesos. En cuanto al automóvil, fue denunciado su robo, por separado, y encargado a todas las unidades policiales.

Con todos estos antecedentes, la familia Fuenzalida Dublé recibió la esperanza de los servicios de seguridad en el sentido de que hoy se podrían tener novedades.



VICTOR MANUEL, único hijo varón del empresario secuestrado. En la fotografía junto a la segunda esposa de su padre.



OSVALDO FUENZALIDA, su hermano Carlos y Carolina Cox. Todos coinciden en considerar como posible móvil del secuestro "una venganza política".

ROBERTO THIEME

“LOS QUE FUERON LEALES MILITANTES DE PATRIA Y LIBERTAD ANTES DEL ‘ONCE’ NO TIENEN NADA QUE TEMER”

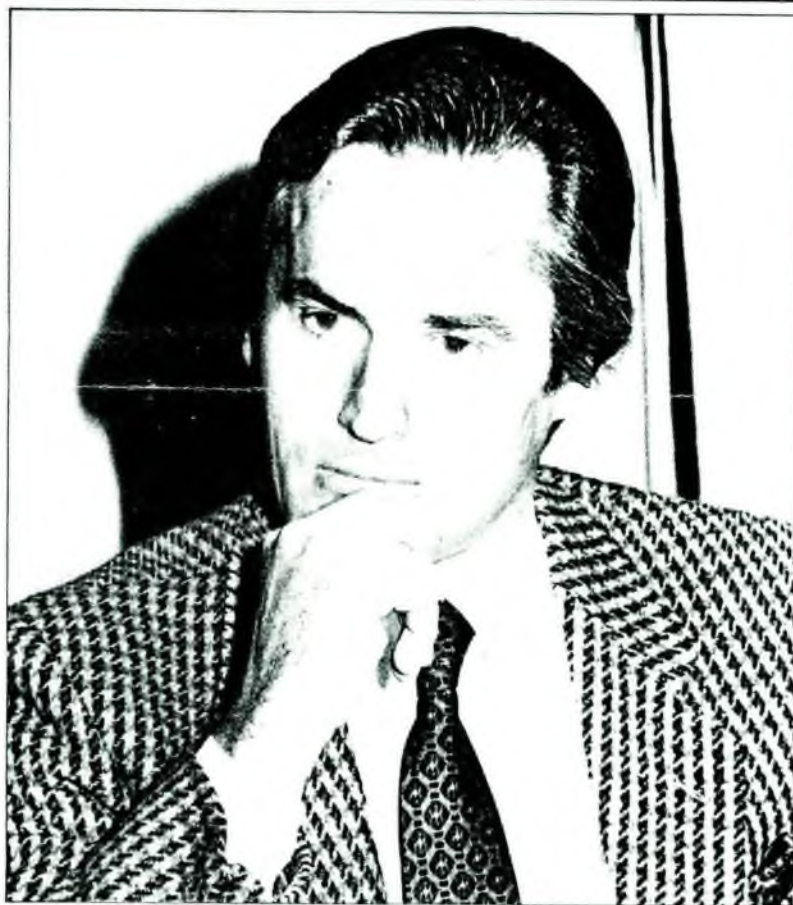
EL DIRIGENTE DEL DISUELTO MOVIMIENTO SE AUTOEXILIO COMO UNA FORMA DE PROTESTAR CONTRA EL REGIMEN. “EL NACIONALISMO CHILENO HA FRACASADO, PORQUE SE TIÑO DE FACISMO”, DICE Y SOBRE HECHOS RECIENTES AGREGA: “FUENTES MORRISON FUE UN LEAL MILITANTE DE P Y L ANTES DEL 11, LO QUE HIZO DESPUES, OBEDECE A FACTORES DE UN PAIS DESEQUILIBRADO”.

Para comprender —y no por ello justificar— a una persona que ha cambiado tanto entre 1971 y 1985 es absolutamente necesario situarse en dos épocas. Es indispensable hablar de Roberto Thieme a los 27 años y del Roberto Thieme a los 42.

En 1971, Thieme, ciudadano chileno-alemán, viajaba con nuestro pasaporte. Había estudiado en el Liceo de Talagante —no en el Deutsche Schule como cabría suponer—. Hijo de padres alemanes, agricultores, que se vinieron a Chile antes y no después del comienzo de la Segunda Guerra Mundial, es diseñador e industrial de muebles por profesión y pintor por vocación. Sus ideas eran ultristas, desde el punto de vista político y formó parte de la cúpula directiva de Patria y Libertad, que encabezaba el abogado Pablo Rodríguez Grez y estaba integrada por Benjamin Matte, Johnny Schaeffer, Juan Eduardo Hurtado y Manuel Fuentes a nivel de directiva política. Colaboraban y asesoraban el movimiento Jaime Guzmán Errázuriz, Carlos Ashton y otras figuras que todavía actúan en la política actual.

Este movimiento se disuelve orgánicamente el 13 de septiembre de 1973, dando su misión por cumplida.

Ahora habría que hablar del Roberto Thieme 1985. No alcanzó a pasar mucha agua bajo el río Mapocho cuando este líder del frente de operaciones de Patria y Libertad comienza a sentir las primeras frustraciones. Ya en 1977 adhiere y simpatiza con el general Gustavo Leigh Guzmán; en 1980 rechaza la nueva Constitución y en 1983 se autoexilia. Desde el exterior pinta óleos protesta contra el régimen, participa en foros críticos, denuncia, se mueve, viaja. En la actualidad vive en París, piensa radicarse en los próximos meses en la Costa Azul para proseguir su existencia volcada



▲ El fracaso del nacionalismo en Chile tiene su origen en la orientación fascista que quisieron darle sus dirigentes, señala Roberto Thieme.

a la pintura —ha expuesto en galerías de renombre e interesantes—, y a luchar por el retorno a la democracia en Chile. Para viajar utiliza su pasaporte alemán gracias a su doble ciudadanía.

Hombre difícil de entrevistar para un periodista. Generalmente el profesional se hace tan sospechoso ante los políticos más exaltados como el mismo entrevistado que ha cambiado en forma tan radical. ¿Es posible creerle? ¿Hasta que punto es oportunismo? Son algunas de las interrogantes que se plantea la opinión pública.

Acogiéndome a un predicamento cuyo autor fue un antiguo político

chileno: “Todos los seres, por muy equivocados que hayan estado en sus formas de actuar, son rescatables hasta cierta edad”, entrevisté a Roberto Thieme en la sala de conferencias de revista “Cosas” y posteriormente redondeamos y pulimos algunos conceptos en su residencia de Los Dominicos. Un amplio bungalow en un sector sereno, rodeado de jardines y de una paz que sin duda alguna necesita un pintor, aunque sus obras expresen la violencia de terceros.

ANTES DEL ONCE

—¿Cuáles fueron las actividades

específicas de Patria y Libertad antes del 11 de septiembre de 1973?

—Nosotros constituíamos un movimiento con diez mil militantes inscritos a nivel nacional y un frente de operaciones del que formaban parte unas cien personas, o sea ni siquiera el uno por ciento del total de Patria y Libertad. Nuestro movimiento nació con la intención de bloquear las intenciones del gobierno de la Unidad Popular, de convertir a Chile al signo comunista. Actuamos en dos planos, el ideológico, que era nacionalista y el operativo. Hubo en aquel entonces varias organizaciones que operaban, entre otras la Brigada Rolando Matus, de derecha. El movimiento Patria y Libertad actuó organizadamente durante dos meses, entre el 29 de junio de 1973 hasta el 11 de septiembre de ese mismo año, realizando acciones de sabotaje controlado; específicamente señalado por una rama de las Fuerzas Armadas; aquella que inició el movimiento el 11 y que nos solicitó tres misiones: cortar el suministro de energía eléctrica en forma controlada, el abastecimiento de combustible y sabotear el transporte de carga por vía ferroviaria. Esa fue la única participación de Patria y Libertad en actos de violencia.

—En un publicitado desaparecimiento atribuido a una tragedia aérea en el mar, usted pasó a la clandestinidad el 23 de febrero de 1973...

—En efecto, estimé necesario en ese momento desaparecer de la luz pública a raíz del color que tomaban los acontecimientos. Yo había tomado contactos con la Colonia Dignidad y me pareció el único lugar posible para una operación de este tipo; aterrizar en secreto y pasar hacia la Argentina. De la Colonia Dignidad recibí todo tipo de apoyo logístico. —En Santiago, a los pocos días de darse a usted por muerto, se ofició una misa funebre. ¿No le parece una herejía?

—La organizaron quienes no estaban al tanto de la verdad. Yo ya estaba separado, mis hijos demasiado pequeños para comprender y sólo mi madre sabía que estaba vivo en alguna parte. Eran otros tiempos, tiempos de guerra diría yo. Ahora muchos me han preguntado sobre Dignidad. Pienso que es un estado

(Sigue)



Archivo
Nacional
de Chile



Archivo
Nacional
de Chile

dentro del estado chileno. En ese momento dada la situación que vivía el país, el fin justificaba los medios y usé las facilidades que ofrecía la Colonia Dignidad. Luego, más adelante he leído con mucha atención las publicaciones de mi amigo, John Dinges, periodista norteamericano, dedicado al tema de la Colonia y si un 50 por ciento de lo que dice John es real, creo que una de las primeras medidas, a futuro en este país, cuando retorne la democracia, es investigar qué sucedió en Dignidad; si es sólo una sociedad de beneficencia o responde a otros centros de poder o encubre acciones que no son propias a ser toleradas en una república independiente como Chile.

—Han pasado varios años y ahora aparece gente de Patria y Libertad vinculada a servicios de inteligencia y a hechos como el atentado que costó la vida al capitán Araya Peters...

—Primero quisiera aclarar que durante el tiempo de la Unidad Popular hubo varios comandos de derecha, paramilitares, que no tenían nada que ver con nosotros y cuyas acciones ignorábamos. Lo mismo ocurría en la izquierda, donde el MIR era una de las tantas organizaciones terroristas. Fueron esos grupos quienes actuaron, como ha salido ahora a la luz pública.

—¿Qué dice sobre Roberto Fuentes Morrison? El fue de Patria y Libertad...

Fue un leal y destacado militante de nuestro movimiento. Pero nosotros dejamos de existir el 13 de septiembre de 1973 y al disolverse hubo gente con su dinámica propia o imbuida con la mística de apoyar a las Fuerzas Armadas en su gestión inicial. Lamentablemente algunas por decisión personal ingresaron a servicios de seguridad. A los que eran mis amigos les rogué que no participaran; algunos me hicieron caso, otros no. Fue quizás una gestión fracasada la mía, en ese sentido. Yo he venido a Chile a decirles a los que fueron honrados y leales militantes de Patria y Libertad, antes del 11 de Septiembre, que no tienen nada que temer, pues ni con el comando de operaciones ni con otros enfrentamientos de la época infringimos la Constitución. Reitero, que es injusto involucrar a Patria y Libertad en lo que fue violencia después del 11. Hubo ex militantes que tomaron su propia senda, sus propias decisiones, pero el movimiento se acabó oficialmente el 13 de septiembre de 1973.

—Usted señala que se opone a los excesos. Sin embargo en 1977, como primer gesto de discrepancia con el gobierno, solidarizó con el general Leigh, cuya responsabilidad en aquel entonces también esta siendo cuestionada; igual cosa ocurre ahora con el general Sergio Arellano Stark...

—Yo pienso que frente al terrorismo o a la subversión civil no se puede responder con la contrasubversión militar. Creo que la justicia chilena tenía y tiene los instrumentos para

terminar con el espectro violentista en Chile. Ahora, yo sólo pido justicia para que haya reconciliación en Chile.

LA DESILUSION

—¿Cómo se produce este profundo cambio ideológico en Roberto Thieme?

—Cambio ideológico relativo, pues sigo creyendo en el nacionalismo, pero no en la forma como lo lleva la actual gestión de gobierno. Hay nacionalismo incluso en el pensamiento socialdemócrata, en cuyo alero me sentiría más a gusto, más próximo en la actualidad. Volviendo

en el sur el Movimiento Nacionalista Popular, destinado a producir un cambio de gobierno dentro de las Fuerzas Armadas. Este movimiento fracasó, porque hubo disidencias internas y al mismo tiempo el gobierno se declaró nacionalista popular, que era nuestra etiqueta. El quiebre fue enorme dentro del movimiento y esto me dejó en una postura absolutamente solitaria y de ahí tomé entonces la iniciativa de autoexiliarme.

—¿Y por qué autoexiliarse?

—Porque fracasado el movimiento nacionalista popular llegué a una conclusión personal: no estaba dispuesto a seguir viviendo bajo las

condiciones pueda actuar, desde luego voy a volver. Además desde afuera he estado protestando a través de mi pintura; pinté 20 cuadros sobre el régimen chileno que fueron expuestos en la Universidad de Columbia en Nueva York. Es una forma de hacer oposición en el exterior.

—Además intervino en un debate en la radiotelevisión italiana...

—En efecto, con motivo de celebrarse el décimo aniversario del derrocamiento de Allende, la televisión italiana organizó un foro con la participación del más amplio espectro político chileno. Nuestro gobierno no envió a nadie. Entre otros estaban, Hortensia Bussi, Carlos Altamirano y otras figuras políticas que se negaron a participar en una mesa redonda donde estuviera un tipo como yo.

—¿No le pareció más o menos lógico que actuaran así?

—Yo estoy de acuerdo en que ese sector tiene que sentir una gran molestia y desagrado de juntarse con individuos como yo; aún me consideran quizás un enemigo potencial. Pero de ahí a negarse a participar en el foro obligando a los productores a sectorizar el programa... bueno, yo creo que a pesar de todas las urticarias que nos produzca estar dialogando en una polémica pública, tarde o temprano vamos a tener que aceptar el estar juntos de nuevo por lo menos en un plano de discusión civilizada.

FRACASO DEL NACIONALISMO

—Uno de los motivos de su desilusión del régimen fue, a su juicio, el fracaso del nacionalismo...

Si, el gobierno se puso la etiqueta del nacionalismo sin cumplirlo. En un plano civil ha sido uno de los más excluyentes del siglo, en el económico uno de los más extranjerizantes. Creó una dependencia política absoluta de los Estados Unidos, el capitalismo ultraliberal de la Escuela de Chicago retrotrae a Chile a un estado de desarrollo de los años 60; se destruye la industria nacional sustituyéndola por la importación de insumos incluso subsidiados del exterior. El nacionalismo fracasó al devolver el cobre a manos extranjeras, al endeudamiento más de la cuenta.

—¿Acaso cree que Pablo Rodríguez se siente frustrado por no haber sido llamado a ocupar un alto cargo en el gobierno?

—No lo sé. Hace cinco años que no lo veo. Hace siete quebramos como amigos. Aparentemente no es un hombre con problemas con el régimen y según lo que leo en la prensa, asesora al gobierno por cuanto asiste a dos o tres desayunos al mes a La Moneda; no creo que sea por razones sociales, sino políticas.

—¿Y Federico Willoughby?

—La evolución de Willoughby dentro de todos los líderes nacionalistas que hemos mencionado es la más positiva, porque ha llegado finalmente a suscribir el Acuerdo Nacional.



“En la actualidad me identifico con el pensamiento socialdemócrata.”

a su pregunta, a los cuatro años de transcurrido este gobierno, elaboré un documento que envié a los altos mandos de las Fuerzas Armadas en que manifesté mi desidencia frente al plan económico, político y social del régimen. Lo definí como un sistema personalista de derecha. Esto causó un gran malestar, por supuesto, en sectores militares, porque posteriormente fue publicado en un semanario. También me alejé de mis amigos del alma, Johnny Schaeffer, Pablo Rodríguez Grez y toda la directiva de Patria y Libertad. Una lástima que la amistad no pudiera haber sido más fuerte para saltar la zanja ideológica. A partir de este documento me mantuve en disidencia discreta hasta la caída del general Leigh. Solidaricé con él a tal extremo que devolví mi licencia de piloto a la Dirección de Aeronáutica manifestando que no iba a seguir defendiendo la gestión del general Matthei. Continué mi postura de oposición en 1980, con motivo de la Constitución. Públicamente me opuse a ella. Finalmente fundamos

condiciones de este régimen y fue un último gesto de protesta para demostrar que no luché, que no ingresé al espiral de la violencia antes del 11 —de lo cual estoy muy arrepentido—, para llegar a esto. Viví seis meses en Argentina, lo cual me sirvió mucho, puesto que viví la transición de la dictadura militar hacia la democracia, un año en los Estados Unidos y posteriormente en Francia.

—¿No encuentra irónico criticar al gobierno desde un autoexilio impuesto en la Costa Azul en circunstancias de que usted fue uno de los responsables de que éste llegara al poder?

—El exilio bajo cualquier circunstancia es duro, aunque usted diga que es desde la Costa Azul. Desde luego mi exilio es mejor que el de muchos chilenos. En mi caso no he abandonado a Chile; he vuelto una vez por año, para dar mi opinión públicamente, he seguido elaborando documentos, he seguido progresando en materias políticas y cuando se produzca el espacio político para que un individuo de mis





Archivo
Nacional
de Chile

POR QUE SUSCRIBI EL ACUERDO

—¿Usted también lo hizo?

—Es el paso político más importante de los últimos doce años; es la solución pacífica de un entendimiento entre las Fuerzas Armadas y la civilidad. No lo entiendo como una multipartidaria, sino como que las corrientes más importantes del pensamiento político chileno se ponen de acuerdo para establecer los marcos de la futura democracia con planteamientos importantes en lo económico y en lo social.

Si no existe una presión social ad hoc, éste acuerdo, este muy buen documento, culminará como muchas otras iniciativas, o sea, en nada.

—El Acuerdo Nacional, ¿debe ser excluyente con el Partido Comunista?

—A mi parecer, el problema de los comunistas se está enfocando mal. Creo que si el comunismo representa un máximo del 15 por ciento del electorado del país, según las últimas elecciones, no constituye peligro. A nadie se le debe perseguir por sus ideas: son las conductas las que la futura democracia debe sancionar o censurar. No deben sancionarse los pensamientos. Dentro del espectro político futuro, los comunistas no pueden ser perseguidos ni declarados fuera de la ley.

—¿Cuál sería a su entender, la estrategia a seguir a continuación con el Acuerdo?

—Está avalado por la Iglesia, institución que reúne al setenta por ciento de los chilenos. Nadie puede desconocer este factor decisivo. Como lo señalan los firmantes del Acuerdo, es necesario entrar a un tipo de diálogo con las Fuerzas Armadas de tal manera que no sigan en el poder después de 1989. Hay un consenso casi unánime en el país que este gobierno termina en 1989, pero, por otro lado, se está armando toda una estructura que pretende prolongarlo hasta el año 2000.

—¿Cómo opera esta estructura?

—En lo económico, tratando de convencer a la ciudadanía que vamos a tener otro boom en 1987 y 1988, un boom de mentira, igual que el otro, con dineros prestados como estamos viéndolo ya..., y por el otro lado, en la férrea intransigencia de no negociar la Constitución del 80. Quien lea detenidamente los mecanismos establecidos en esa Constitución, advina que apunta a través

de sus claves para que la autocracia se proyecte al año dos mil. Si el gobierno insiste en su intransigencia la polarización en dos bloques será aún más aguda y nos puede llevar a una tragedia espectacular.

—¿Cómo deben ser los esquemas de la futura democracia?

—En primer lugar quisiera decir que no estoy en absoluto de acuerdo con aquellos que señalan que Chile no fue democrático. Indudablemente el sistema tuvo fallas; siempre gobiernos de minoría por falta de una segunda vuelta. Soy partidario de un

ciones. De esta manera reduciríamos la extrema segmentación vigente a cuatro o cinco fuerzas. Un sistema de averiguación a través de recolección de firmas no me merece la más absoluta confianza.

UN CASO DISTINTO

—¿Qué meritos le reconoce al actual gobierno?

—Haber derrocado a la Unidad Popular y el haber elaborado la Declaración de principios en marzo de

En el caso de Chile fue diferente, y por algo nos mostraban como un ejemplo de democracia en el mundo. Las Fuerzas Armadas chilenas asumieron un compromiso el 11 de Septiembre, presionadas por la civilidad. No olvidemos que todos los sectores democráticos dieron su visto bueno para la intervención militar. Y cuando digo todos, menciono los gremios, o los partidos, e incluso, don Eduardo Frei, en octubre de 1973, en Roma, dos meses después del 11, justifica ante la Democracia Cristiana el pronuncia-

miento como única solución para salvar al país de una dictadura marxista. En ningún país más del 60 por ciento de la población presionó a las Fuerzas Armadas para que derrocaran un gobierno; por eso el fenómeno chileno fue distinto a los golpes de los otros países. Aquí las Fuerzas Armadas regresarán a sus cuarteles en un mal pie por su fracaso en el plano social y económico. Pero estarán presentes a través de la Doctrina de Seguridad Nacional, que adoptaron lamentablemente para insertarse en el conflicto este oeste que no atañe al país. Y de alguna manera, llámese Consejo de Seguridad o manejando a la ultraderecha y a los sectores ultramilitaristas que todos conocemos, van a seguir tratando de defender lo indefendible o sea el fracaso de estos doce años.

UN OPOSITOR INDEPENDIENTE QUE RECONOCE SUS ERRORES

—Finalmente una pregunta. Después de haber participado en Patria y Libertad y con toda una controvertida fama a su haber justa o injustamente acumulada, ¿cree que la gente pueda tener fe en usted?

—Indudablemente me parece casi imposible una reinserción mía en el panorama político chileno, lo cual me duele mucho porque creo que tengo condiciones, pese a los errores cometidos. No pertenezco ahora ni a secta, ni partido, orden religiosa, logia, institución nacional o extranjera. Soy un opositor independiente que espera una oportunidad y mientras tanto expresa sus ideas frente al mal momento por el cual atraviesa Chile. ■

André Jouffe. 67

"Es el único desodorante que de verdad me responde"

Dominique Raab
Seleccionada Nacional
de Volleyball.

Rexona
el desodorante que no le abandona

régimen semipresidencial con un Presidente fuerte compartido con el poder de un Primer Ministro. A la vez, un parlamento tipo europeo, con recursos para desarrollar un régimen equilibrado entre el poder ejecutivo y el legislativo. En segundo lugar, exigir a los partidos políticos un cinco por ciento del electorado. Recuerdo el absurdo de 1973, con diez partidos y lo que ocurre hoy con quince corrientes o movimientos. Obviamente para saber cuál fuerza tiene más del 5 por ciento es necesario realizar elec-

1974, que desgraciadamente no ha cumplido.

—Tanto en Argentina como en Brasil y Uruguay las Fuerzas Armadas, pese a los actuales procesos democráticos, están omnipresentes de una u otra forma, ¿cree que en Chile en 1989 ó en 1997 volverán no deliberantes a sus cuarteles?

—Respondiendo a la primera parte de su pregunta, desde luego en el subcontinente latinoamericano, las Fuerzas Armadas finalmente han sido un factor de poder político.



Archivo
Nacional
de Chile



TACNA

Director y Propietario: MARIO ALFONSO TAPIA S.; Subdirector: ERWIN ROBERTSON R.

Dirección postal: Casilla Nº 1052, Correo 35 - Santiago-Chile - Precio: Eº 3.—

Las colaboraciones y cartas que se reciban en la Redacción de TACNA sólo serán publicadas si vienen con la frima de su autor quien asumirá la responsabilidad de los conceptos emitidos. Sopech Imp.

AÑO I

DICIEMBRE

Nº 8

(publicación quincenal)

EL M.R.N.S.:

“O REVOLUCION NACIONAL O REVOLUCION MARXISTA”

LA LUCHA
POR LA
CALLE

ALGO MAS
SOBRE LA
UNIVERSIDAD

EDITORIAL

¿A DONDE VAMOS?

No queremos que Allende se vaya. Si hoy lo hiciera, todavía podría ser mito para algunas docenas de chilenos. Debe seguir, para que todos, sin excepción, conozcan, experimenten y sufran lo que es un régimen marxista. El está feliz. Nadie piensa en echarlo; Allende, pues, seguirá.

Y con él, ¿a dónde vamos?

Día a día, el Gobierno marxista se apodera de alguna fábrica o industria; controla radios; reduce opositores, ensombrece a la prensa libre; designa interventores... Bancos, fondos, sociedades, todo lo que sea poder real y efectivo, va pasando lenta pero seguramente a sus manos.

Paralelamente, el marxismo es derrotado casi en la totalidad de las elecciones, ya sea parlamentarias, universitarias, sindicales, centros de madres, etc., en todos aquellos lugares en que las opiniones pueden ser manifestadas libremente.

La aplanadora marxista del Gobierno avanza siempre; y siempre la libertad triunfa en las elecciones.

¿A dónde nos llevará este carro loco con dos ruedas des-centradas?

Sólo un iluso podría creer que hay entendimiento entre un pueblo que clama por la libertad y un gobierno que para ahogarla va calculadamente apoderándose de la economía.

Pensamos que, pese a la ruin violencia callejera desatada por el marxismo, esto seguirá igual, con muchas protestas, pero seguirá... el estatismo por un lado; la libertad por el otro... y que la hora crucial será las elecciones de parlamentarios en marzo de 1973. Ahí triunfarán las fuerzas de la libertad, y el marxismo pretenderá desconocer el resultado, ya que jamás se resignará a perder el Poder por la sola vía electoral.

Y entonces, creemos, una vez más el Ejército tendrá la palabra, en su papel de guardián de la Constitución.

¡Si antes las mujeres de Chile no dicen otra cosa!

EL GRUPO TACNA

LAS MUJERES Y DELIA DE VIAUX



Archivo
Nacional
de Chile

Por la dignidad

Luis Pareto, Jefe D.C., después de relatar los vejámenes sufridos por su hijo a manos de Investigaciones, se preguntó si esta acción no fue destinada a amedrentar a un político que "se ha caracterizado por defender la democracia y que lo seguirá haciendo a pesar de todas las amenazas que pueda recibir y aun a costa de mi hijo" (sesión especial de la Cámara, para protestar por la vergonzosa agresión a las mujeres). Emilio Lorenzini, D.C. también, sostuvo que el Diputado Bernardo Leighton era un hombre de muy buena fe, pero que "había pecado de infantilismo al asegurar que Chile no va hacia la dictadura... porque Chile ya está en la dictadura" (en la misma sesión).

Presidente responsable

"...llegado el momento se responsabilizará al Ministro del Interior, señor Tohá, que es la "luminaleta" que tiene el Gobierno para aplacar el mar, como una capa de aceite, pero también hay responsabilidades que alcanzan a otras personas. Y esa responsabilidad alcanza al Presidente de la República, que se comprometió a respetar la Constitución y la ley, que prometió garantías. Es el responsable, porque no ha sabido guardar las garantías de todo el país". (Diputado Luis Undurraga, del P.N.).



Por ollas y cacerolas

"¡No vaya a ser cosa que si mañana ocurre algún trastorno más grave, haya un personaje que pase a la historia como alguien que fue derrocado por las ollas y las cacerolas! Sería grotesco. No creo que el Gobierno esté en peligro por un desfile con cacerolas. Pero sí está en peligro cuando permite grupos armados y tiene a delinquentes enquistados en los servicios". (El mismo diputado Luis Undurraga).

Malo, ligero e irresponsable

"El proyecto enviado por el Gobierno es misceláneo, malo, estructurado en forma ligera

y casi irresponsable y contiene disposiciones arbitrarias, como es el caso de pretender hacer revivir los repudiados pactos electorales que sólo sirvieron para juntar muchas veces a partidos políticos antagónicos, única y exclusivamente por oportunismo electoral. Esto tiende sólo a favorecer a los micropartidos que existen en la Unidad Popular, otorgándoles con esto una pensión de gracia política". (Declaraciones de Luis Pareto, jefe de los Diputados de la D.C., para referirse al proyecto de Reforma Constitucional del Gobierno). Todo ello es cierto. Sólo cabe agregar que, vergonzosamente, el Gobierno le retiró la urgencia cuando la Cámara aprobó una enmienda según la cual el Presidente debía renunciar si perdía el plebiscito. Más claro, ¡echarle agua!

Faltan mejillas...

"El Gobierno de Salvador Allende, una vez más, falta al honor de su palabra, empeñada ante la Directiva del Partido Demócrata Cristiano con ocasión de la Acusación Constitucional al Ministro Vuskovic, oportunidad en que se comprometió a enviar al Congreso Nacional un proyecto de ley que fijaría las diferentes áreas de la economía y entretanto, a no promover nuevas estatizaciones de empresas". (Acuerdo de la Cámara de Diputados, 30 de noviembre de 1971).

CARTAS A TACNA

Dr. Mortis vs. UP

Señor Director:

En el último número, don Edesio Alvarado, lector de Valparaíso, se lamenta que el Dr. Mortis, conocido personaje de historietas, haya sido "liquidado" por la UP, al negarse la Editorial del Estado a imprimir la Revista.

Mejor informado, estoy en situación de tranquilizarlo: el 25 de enero del próximo año, reaparece el "Dr. Mortis", después de triunfar de un científico soviético y de un cura (seguramente de los de "San Volodia" como dice el señor Alvarado) que lo enviaron al espacio infinito. ¡Otra derrota de la UP!

IVAN CARRINGTON
Santiago

REDACCION: Nos alegramos. Entre el terror del GAP, de la "Ramona Parra" y la "Elmo Catalán" por un lado, y el "Dr. Mortis" por el otro, estimamos más simpático e inofensivo al último.

¿Dónde está TACNA?

Señor Director:

Me uno a la protesta de otros lectores. ¿Por qué no se encuentra TACNA o muy difícilmente... o no aparece con la debida regularidad?

CARMEN D. de ALONSO
Curicó

REDACCION: Ya lo hemos dicho: TACNA no tiene financiamiento internacional, avisos fiscales ni fondos sindicales. Aparece cuando los aportes de nuestros estudiantes y trabajadores lo permiten. Colabore Ud. en ello, mejor que protestar.

Señor Director:

Con algunos amigos discutimos el punto y preguntamos derechamente: ¿Pertenece TACNA a "Patria y Libertad"?... Perdóneme la franqueza de la pregunta.

ADRIANA ARTEAGA SCH.
Concepción

REDACCION: Nada de disculpas. TAC-

NA es absolutamente independiente y no pertenece a nadie como no sea el denominado GRUPO TACNA que, precisamente, se ha formado alrededor de la Revista.

REDACCION: Hemos recibido una carta del Sindicato Profesional de Obreros Matarifes y Ramos Similares de Molina, firmada por su presidente y por su secretario, don Armando Ortega Avila y don Rigoberto Rojas

Rojas, respectivamente, y fechada el 8 de noviembre de 1971. Los trabajadores que representan se han hecho cargo de la concesión del Matadero de Molina, pero hasta ahora han sido tramitados por SOCOAGRO, la que no les ha proporcionado animales para ser beneficiados. Así, los obreros matarifes no han podido trabajar y han debido recurrir a una olla común, con la ayuda de todos los sectores de la Comuna. Piensan llegar hasta las más altas autoridades en busca de una solución a su problema.

Por razones de espacio no hemos podido publicar íntegra la carta de estos trabajadores, pero les manifestamos nuestra plena solidaridad.

Fidel y el Generalísimo

Tenemos entendido que el Presidente de la República, por esta calidad, al margen de sus condiciones personales, es, constitucionalmente, el Generalísimo de las Fuerzas Armadas de Aire, Mar y Tierra. Esa calidad le obliga, obviamente, a velar por su honor y dignidad.

Sin embargo su amigo íntimo, Fidel Castro, en carta publicada el 14 de febrero de 1966, expresó al Secretario General de la Organización de Estados Americanos (OEA), lo siguiente:

"De hecho todos esos Gobiernos (de América latina, incluso Chile) son instrumentos de la ingerencia, dominio y explotación en sus propios países por el imperialismo norteamericano, que les dirige sus Fuerzas Armadas, su banca, su comercio, en dos palabras, la economía de cada uno de ellos, les dicta la política exterior, y además se reserva el derecho de ocuparlos militarmente".

Y, en el hecho, Salvador Allende, conocedor exacto de las palabras del tirano

del Caribe, lo acaba de ratificar, a poco de desembarcar del destructor "Riveros", de la Armada Nacional. Dijo, entonces, en plena euforia marxista de la ignominiosa visita, nuestro Generalísimo de Aire, Mar y Tierra:

"Desde hace largos años, desde 1959, empecé a conversar con Fidel Castro; y desde ese año hasta hoy, periódicamente, yo diría año tras año, tuvimos oportunidad de charlar sobre nuestros pueblos, sobre el destino de América latina. Y siempre, siempre, en nuestra curiosidad insaciable, estaba presente la misma inquietud.

—"He estudiado y conozco tu patria; la lucha de tu pueblo; de la firmeza de sus Instituciones y la capacidad de sus Fuerzas Armadas y la eficacia de Carabineros".

Los comentarios sobran: el tirano del Caribe y el Generalísimo tienen la misma opinión sobre nuestras Fuerzas Armadas.



Archivo
Nacional
de Chile

...Algo más sobre la Universidad

El conflicto que actualmente afecta a la Universidad de Chile y que se ha traducido en tomas de escuelas, así como en numerosos y muchas veces violentos incidentes callejeros, pareciera, para el hombre de la calle, limitarse a un simple conflicto de poderes donde se estarían jugando distintas alternativas políticas; sin embargo el problema no es tan simple y su solución resulta algo más compleja que una consulta plebiscitaria como se ha estado planteando.

La Universidad de Chile ha vivido en los últimos años un prolongado fenómeno de crisis, crisis que no es privativa de esta sola casa de estudios superiores sino que afecta, pluralizando, a la Universidad chilena en general, más allá de las parciales soluciones que en una u otra parte hayan obviado diversas contingencias.

Si somos realistas, debemos convenir que se trata de una crisis profunda, que va más allá de las estructuras docentes o administrativas, que rebasa, y con mucho, aspectos programáticos circunstanciales. Se trata de revisar los fines esenciales, de analizar las grandes motivaciones que impulsan el quehacer universitario y buscar nuevas definiciones, más acordes con los tiempos de hoy pero también más leales con la nacionalidad y sus valores.

La Universidad chilena fue durante largo tiempo una especie de oráculo que saturaba con los más felices designios a unos pocos favorecidos, raras veces los más aptos, que alcanzaban sus aulas con la mira apuntando a un título que tenía la extraña y gentil característica de prodigar "status". Con profesores improvisados y programas trasvasijados de universidades eu-

ropeas, sin estimular la investigación se anulaba implacablemente la capacidad creativa.

Esta Universidad nuestra, profesionalizada en exceso, minimizada en sus alcances, proyectada con sentido mercantil y utilitario, no estaba en condiciones de subsistir. Surgió de pronto la reforma, cuya necesidad ningún universitario cuestionó; pero tras este embate reformista venían también las apetencias demagógicas de los partidos de moda, y así de fábrica de "profesionales" la Universidad pasó a receptáculo de la más baja politiquería.

Y es justamente debido a la politización desmedida de los últimos años que la Universidad se encuentra asfixiada, en medio de estériles luchas; los fines culturales y científicos han sido pospuestos por intereses partidistas y electorales que confunden más aún el panorama universitario, aniquilando tristemente vocaciones y aptitudes. Defraudando a jóvenes valiosos mientras se posibilitan las ambiciones de unos cuantos advenedizos.

Difícil resulta ser objetivo en este momento como para apreciar la situación con amplitud y realismo, más difícil aun resulta permanecer sereno como para buscar una salida adecuada. Retardar las decisiones significa entregar la Universidad al marxismo que hoy la acecha con especial voracidad, pero tampoco sería aconsejable la precipitación o la improvisación; el momento es demasiado grave como para arriesgar nuevas equivocaciones que podrían ahora ser fatales.

El Grupo Tacna, consciente de la situación, no puede dejar de estar presente. Vaya nuestro apoyo a quienes defienden las aulas contra las embestidas del marxismo. Nos suma-

mos a sus afanes pero sin histeria, seguros de que es tan sólo uno de los grandes problemas de la Universidad, el más próximo sin duda, pero no el único.

Mientras subsistan los mismos vicios de fondo, aun cuando cambien las apariencias, la Universidad seguirá en crisis, en lugar de plantear grandes metas seguirá prodigando grandes decepciones, cualquiera sea el bando que la dirija. Contra ello estamos porque queremos una Universidad que cumpla efectivamente el rol que le corresponde como una de las comunidades básicas de la nación, en pro del saber, a la búsqueda constante de la verdad... como depositaria de nuestra tradición histórica, sostenedora de los valores tradicionales y creadora de una nueva Cultura.

MARIO ALFONSO TAPIA

MAS INJURIAS A FF.AA.

**EL SEÑOR ARNELLO.— MIEN-
TRAS NUESTRA PATRIA TIENE
FUERZAS ARMADAS PROFESIONA-
LES, SUJETAS A LA LEY, QUE DE-
FIENDEN LA SOBERANIA DEL PAIS.
Y GARANTIZAN SOBRODAMENTE
LA INTEGRIDAD TERRITORIAL Y
LA INDEPENDENCIA DE CHILE.**

**EL SEÑOR PALESTRO.— ¡VEN-
DIENDO CHILE AL IMPERIALISMO!**

Párrafos de la versión oficial de la sesión N° 17 Extraordinaria de la Cámara de Diputados, celebrada el martes 23 de noviembre de 1971. Publicada en el diario "La Nación" el jueves 25 de noviembre de 1971.

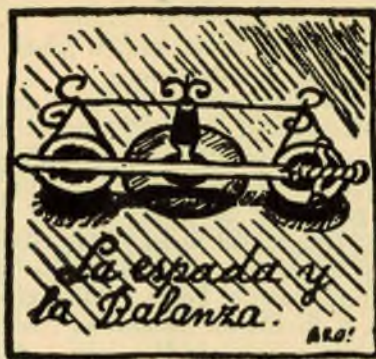
Ponderación funcionaria

Eduardo Paredes, el médico Director de Investigaciones, explicó así el grave incidente en que tres muchachos inocentes fueron baleados con metralletas por funcionarios de su Servicio: "Se produjeron disparos y uno de los "nazis" le quitó una metralleta a un funcionario policial, razón por la cual un detective le disparó al pequeño nazi. Posteriormente, el grupo se disolvió. Estos son los hechos cruentos".

El P.C. manda y ordena

"La clase obrera y el pueblo de Chile están dispuestos a no permitir que vuelvan a salir bandas fascistas a la calle. No permitiremos otra asonada como la del miércoles (la de las mujeres). Estas no son simples palabras. Esta es la voluntad de millones de hombres y mujeres del pueblo, voluntad que compartimos plenamente los ciento cincuenta mil militantes y los miles de aguerridos jóvenes comunistas".

(De la intervención radial del Senador Luis Corvalán, Secretario General del Partido Comunista). Ya lo sabe Ud., hombre y mujer de Chile, que es "fascista" y "sedicioso" por el solo hecho de no ser marxista, que en lo sucesivo, para salir a la calle, deberá solicitar la autorización del Partido Comunista.



¡Que se vaya!

Claudio Orrego, periodista y destacado dirigente del Partido Demócrata Cristiano, en carta dirigida al General Director de Carabineros, publicada el domingo 5 de diciembre, expresa: "...me permito afirmar que usted no ha sabido velar por el prestigio de su Institución, y que, ciertamente, tampoco lo ha hecho el Ministro del Interior. Por esta razón me atrevo a pedirle que renuncie... constituye una forma digna para usted de defender el prestigio del Cuerpo de Carabineros de Chile". Estamos cierto de que, en silencio, igual que Claudio Orrego, debe pensar la casi totalidad de los Carabineros de Chile.

Quando el Ejército sale...

"Yo siempre entrego el control de las calles, y del orden a Carabineros, porque el Ejército cuando sale, sale a matar. Lamentablemente es así. ¿Por qué?; me dirán Uds. Porque noso-

tros no tenemos ni bombas lacrimógenas, ni guanacos, no tenemos armas disuasivas. En cambio tenemos otros tipos de armas. El hombre anda con una metralleta que dispara 180 tiros por minuto". (Declaración del General Augusto Pinochet, Jefe de la Zona de Emergencia).

¡No irse!

Se ha anunciado que 3 Generales de la Fuerza Aérea de Chile se alejarán de la Institución. Se trata del General de Aviación Walter Heitmann; del General de Brigada Aérea Jorge Basoalto Valenzuela y del General, Director de Contabilidad, Jorge Gutiérrez Sifón. Nada sabemos de ellos, pero esperamos que no se vayan, porque, en todo caso, son hombres de carrera, y no "hombres nuevos".

Del mismo modo, se anuncia que 5 Ministros de la Corte Suprema renunciarán a sus cargos. Esperamos y deseamos que no sea efectivo como en el caso anterior.

Los Generales de la Fuerza Aérea y los Sres. Ministros de la Corte Suprema deben entender que ahora no se trata de jubilaciones convenientes y oportunas. Ellos fueron elevados a lugares selectivos porque se les considera los más firmes, rectos y probos. No pueden irse hoy, cuando el país más les necesita. Acogerse a jubilación es su derecho, ciertamente, pero, moralmente, su situación es más débil que aquellos que venden acciones de la Papelera al Estado.

1.— ¿Cómo ve Ud. en cuanto Mando Nacional del M.R.N.S. la actual situación política? ¿Cuál es en ella el papel del Movimiento?

Se caracteriza principalmente por la disolución del estado demoliberal con la consecuente ruptura de la convivencia nacional que ese tipo de organización política significaba y, por ende, la puesta en escena del afán de algunos grupos de restaurar el antiguo sistema y de alternativas de sustitución, la escuela marxista y la escuela corporativa a la que se adscribe el nationalsindicalismo.

La pretensión del Gobierno de imponer un régimen marxista a través de las formas legales vigentes deriva en una situación conflictiva nacional irreversible, ya que mientras el uso de dispositivos jurídicos desencajados de su concepción y de su contexto primitivo causa la rebeldía de los partidos de orientación democrática, por otra parte, el mantenimiento de la formalidad demoliberal diariamente reiterada, provoca la reafirmación de lucha revolucionaria de los sectores más consecuentes del marxismo-leninismo.

Esto ha significado violencia, porque las tesis políticas en juego para substituir o restaurar el estado demoliberal son irreductibles unas a otras ya que son formas distintas de entender la convivencia nacional y el fenómeno humano: el marxismo y la dictadura del proletariado, la democracia liberal y su forma caduca de Estado y el nacionalismo y su Estado de Comunidad Nacional.

A quienes más afecta este conflicto y quienes más lo sienten son las Comunidades básicas nacionales: sindicatos, juntas de vecinos, Universidades, Iglesia y Fuerzas Armadas.

REVOLUCION, NO RESTAURACION

La tesis política que el M.R.N.S. ha planteado es la siguiente: "la democracia liberal ha muerto. O Revolución Nacional o Revolución Marxista". O sea, que nosotros pensamos que no es posible la restauración de un sistema político que lleva en sí el germen de su propia destrucción y que rompió el entendimiento humano, y que frente a la revolución marxista ya en marcha no cabe otra alternativa que la incorporación efectiva de la Comunidad Nacional a la realización de sus tareas políticas, económicas, sociales y culturales con un sentido de planteamiento y realización nacionalistas que signifiquen un Nuevo Orden en el contexto de un nuevo contenido cultural siempre entroncado en los valores propios de la Patria Chilena, a la que entendemos configurada por sus hombres, su geografía y su cultura.

Al proceso de creación de una nueva cultura que sea base y fundamento de un nuevo sistema de convivencia y de un nuevo Estado llamamos Revolución y afirmamos que sin cultura no existe Revolución.

La verdadera revolución no es el simple cambio de las instituciones ni de la estructura jurídica del Estado, sino la revolución del hombre generadora de la revolución social, creadora del nuevo Estado.

Pensamos que en la formulación y aclaración de los principios doctrinarios necesarios

al nacionalismo chileno, está la tarea que el M.R.N.S. puede hoy con propiedad desarrollar a la vez que entregar sus mejores esfuerzos y afán de servicio, y ya lo estamos haciendo, a la vertebración de una acción nacionalista unitaria, porque creemos más en esta acción unitaria que en la siempre pretendida unificación del nacionalismo donde siempre aparecen ambiciones hegemónicas que consideramos inaceptables.

Propugnamos un nuevo sistema de convivencia con su adecuada expresión formal, el Estado de Comunidad Nacional. Debemos organizar un movimiento nacional para imponerlo, mantenerlo y desde el poder realizar la Revolución Chilena que surja como alternativa revolucionaria para Iberoamérica.

2.— ¿Qué entiende el M.R.N.S. por "Estado de Comunidad Nacional"?

Es difícil en una entrevista, en que siempre hay problemas de tiempo o espacio, explicar una teoría sobre la organización del Estado. El tema se ha desarrollado en folletos, revistas y publicaciones varias del M.R.N.S. y aquí describiremos lo que nos parece más significativo de la concepción y composición del modelo de organización que proponemos para el Estado chileno.

El Estado de Comunidad Nacional es la institucionalización de la forma de convivencia que el nationalsindicalismo propone para esta época y que es aquella que emana de la Doctrina de las Comunidades.

La comunidad se crea en el convivir. El hombre a partir de su esencia ha de participar orgánicamente en la definición y creación de la convivencia. Del proceso de convivir devienen funciones que han de posibilitar la realización individual y social del hombre. Las funciones generan organismos que son expresión de actividades connaturales a la persona humana.

La función social genera la Familia y la Comunidad Social.

La función económica genera el Sindicato y la Comunidad Económica.

La función cultural genera la Universidad y la Comunidad Universitaria.

La función religiosa genera la Iglesia y la Comunidad Religiosa.

La función de defensa genera la Fuerza Armada y la Comunidad Armada.

La política como función genera el Estado y la Comunidad Nacional.

Estas Comunidades básicas, constitutivas de la Comunidad Nacional, son los únicos organismos que permiten la necesaria participación que hoy se reclama de todos los hombres en la generación del Poder.

La Comunidad Social y la Comunidad Económica manteniendo su autonomía se funden para formar con el Poder político que de ellas emana el Estado de Comunidad Nacional, que es el guía político de la nación y ejecutor de los destinos históricos de toda la Comunidad en lo nacional e internacional, ya que un pueblo sin tareas externas no tiene realización integral y carece de expresión y de personalidad. La tarea internacional otorga la verdadera soberanía. En este campo, la misión del Estado

O REVOLUCION O REVOLUCION

ENT

Jefe Nacional del

EUGENIO G. CACERES CONTRERAS

Profesor de la Universidad de Chile

Fue presidente por dos años consecutivos y candidato a la presidencia de FECh-Valparaíso

En 1963 viaja a Cuba y otros países

El mismo año 1963 ingresa al M.R.N.S. en distintos puestos de mando, hasta asumir, en julio de 1964, el cargo de Jefe Nacional del M.R.N.S.

Redactor de la revista ASPAS y posiblemente de otras revistas desde 1964 hasta 1970.

EL M.R.N.S. (MOVIMIENTO NACIONALISTA):

Fue fundado en 1952 por Ramón C. Germán Cuevas Torrealba, Federico Mujica, D. O'Ryan y otros, en ocasión de la disolución durante el Gobierno de Jorge Alessandri de la Unión Nacional de Chile.

de Comunidad Nacional es la Unidad de los pueblos de Iberoamérica que signifique un nuevo estilo en el sistema internacional por haber constituido un orden nuevo y poseer una nueva cultura.

El Estado de Comunidad Nacional posibilita la ordenación orgánica y natural de la sociedad chilena de modo de lograr el Bien Común, entendido éste en su doble aspecto de material y espiritual.

ESTILO Y MORAL

3.— ¿Es el M.R.N.S. un movimiento fascista? ¿Es, acaso, confesional?

Entendemos el fascismo como un fenómeno político propio de nuestro siglo que define la reubicación histórica de los pueblos y la búsqueda para ellos de una tarea y de un destino.

Entendemos la confesionalidad como la proclamación abierta y sincera de una fe religiosa y estimamos que su expresión más auténtica es la comunidad religiosa.

Lo primero determina un Estilo que es modo de vida y vía de realización en lo trascendente. Es la manera de enfrentar, personal y colectiva, la actuación del nationalsindicalista está definida por la doctrina del Estilo: vivir responsablemente, en forma personal y con nombre propio, tomando la vida como ruta histórica del pueblo; vivir valientemente sin rehuir ni el deber, ni el dolor, ni el peligro; vivir heroicamente, llenando la existencia de hechos y realizaciones; vivir con una sola moral por guía.

La norma moral del nationalsindicalista es la moral cristiana que define la vida en base a valores, que constituye un camino de realización personal y colectivo. Por eso en política, que es hacer, que es ética y que es arte, no puede existir una moral pública distinta de la moral privada. Una sola moral por guía, y la nuestra es la cristiana.

Creemos en el hombre nuevo delineado por San Agustín que es capaz de ceñirse a una

En Concepción

Hacia la unidad del nacionalismo

Los días 20 y 21 de noviembre se celebró en Concepción un encuentro de las diversas agrupaciones nacionalistas de Chile.

Estuvieron representados el MOVIMIENTO NACIONALISTA DEL TRABAJO y el MOVIMIENTO NACIONAL-SOCIALISTA CRISTIANO, los dos de la provincia de Concepción; el FRENTE NACIONALISTA PATRIA Y LIBERTAD, el MOVIMIENTO REVOLUCIONARIO NACIONALSINDICALISTA, ACCION NACIONALISTA REVOLUCIONARIA y GRUPO TACNA.

Los acuerdos tomados en la reunión se refieren a la acción pública del nacionalismo y a la unidad de los distintos grupos nacionalistas. Respetando sus respectivas diferencias, pero al mismo tiempo superándolas, estos grupos han decidido trabajar en común. El objetivo inmediato: que el nacionalismo se haga presente en la comunidad chilena.

Los acuerdos están abiertos a la adhesión de otros grupos nacionalistas.



Nacional
de Chile

REVOLUCION NACIONAL "MOVIMIENTO MARXISTA"

ENTREVISTA A EUGENIO CACERES,
Movimiento Revolucionario Nationalsindicalista

CACERES, arquitecto, 29 años, casado, dos hijos.

En la Escuela de Arquitectura de Valparaíso.

Miembro activo del Centro de Alumnos de Arquitectura, Valparaíso.

Estudió en Estados Unidos.

Miembro del M.R.N.S. En este Movimiento ha ocupado diversos cargos, desde 1970, el Mando Nacional.

Anteriormente director de FORJA, hasta julio de 1970.

Revista "REVOLUCIONARIO NACIONALSINDICALISTA".

Amigos: Carlos Allís Arrigorriaga, Gastón Acuña Mac Lean, Alfonso Alcaide y otros. Ha sido acusado en tres ocasiones por el Interior del Estado.—en especial, se pidió su expulsión de Chile—, siendo siempre sobreesido definitivamente.



norma ética y que es capaz de forjar un destino propio para sí y para su pueblo; a esto llamamos ser revolucionario, lo que exige una proposición concreta de convivencia, una doctrina, una moral y una acción revolucionaria.

En nuestra época sólo un estado agnóstico y neutral como el demoliberal, puede ser confesional. Un Estado organizado jerárquicamente supone la unión natural de la comunidad política con la comunidad religiosa de acuerdo a los fines y valores de la convivencia del pueblo.

ALTERNATIVA NACIONALISTA

4.— El M.R.N.S. existe desde 1952. Sin embargo, en los últimos tiempos su actividad política se había reducido casi a cero, ¿por qué?

El M.R.N.S. se creó en 1952 como herramienta de realización revolucionaria, empresa que conjuga el Poder y la revolución chilena.

Para la consecución de este objetivo se fijaron cuatro etapas a recorrer en períodos de tiempo que no se definieron, ya que su duración depende exclusivamente de las circunstancias políticas, las que no son enteramente manejables aun cuando es posible intervenir en su definición.

Estas cuatro etapas eran: formación de mandos, conquista del pueblo, conquista del Poder y revolución.

En el análisis que en el número anterior de Tacna se hiciera de los movimientos nacionalistas chilenos, lo que se menciona con respecto al M.R.N.S. indica que el primer paso señalado estaría cumplido. Agregamos sí que la continuación del proceso será necesariamente más dinámica. La Patria Chilena así lo requiere.

Cabe señalar, además, que la prédica y la acción nacionalistas se dificultan con la subsistencia de los partidos políticos tradicionales, los que en conjunto, desde nacionales a comunistas, tratan de cerrar el paso a este tipo de mo-

vimientos, cuyo triunfo significa la desaparición de estos conjuntos artificiales y su reemplazo por un sistema de convivencia más orgánico y natural.

El M.R.N.S. aparece en una etapa histórica de fortalecimiento de la democracia liberal, lo que se traduce en persecución y procesos judiciales. El año 1963 el nationalsindicalismo participó en la creación de una alternativa nacionalista para Chile en la candidatura de don Jorge Prat E., pero frente al marxismo primó la alternativa democristiana. El triunfo de ésta produjo un cambio radical en el panorama político: significó la destrucción de los partidos Liberal y Conservador y un cambio profundo en la estrategia marxista, aparece el MIR y las brigadas armadas y más adelante en el tiempo, la Unidad Popular como posibilidad concreta de alcanzar el Poder.

La Democracia Cristiana fue incapaz de resolver los problemas que planteó la comunidad chilena a la institucionalidad demoliberal que el Gobierno pasado mantuvo como dogma. Prueba de ello son los Movimientos de Reforma universitarios en los que el nationalsindicalismo tomó parte, el movimiento de reforma militar (rebelión de la oficialidad joven y acuartelamiento del Tacna) y el surgimiento de la Iglesia Joven (toma de la catedral de Santiago). Después de esto era inminente el acceso del marxismo al Poder.

Estos hechos y otros que remecieron nuestras comunidades básicas nacionales y la aparición en la escena política del general Roberto Viaux Marambio aceleraron la aparición y la agrupación circunstancial del nacionalismo.

La presencia y la acción del nationalsindicalismo ha sido permanente y su muestra evidente está en la publicación de periódicos como "ASPAS" (años 65-66) y "Bandera Negra" (años 66-68), de revistas como "FORJA" (desde el año 69), de manifiestos como los dirigidos a la Comunidad Social, a la Comunidad Universitaria y a la Comunidad Nacional antes y después de la última elección

presidencial y en la participación en las elecciones de estudiantes universitarios en Valparaíso (años 63, 64, 69 y 70).

Afirmamos el año 63 que el momento de la Revolución Nacional estaría dado cuando aparentemente fuera el momento de la revolución marxista. Por eso, hoy nuestro esfuerzo está en definir y construir una Patria, un Estado y un Destino que signifiquen para Chile su constitución efectiva como nación de pensamiento y acción.

LA CONQUISTA DEL PODER

5.— El M.R.N.S., como todo movimiento político, procura la conquista del Poder para realizar su programa. ¿Cuál es la vía elegida para alcanzar el Poder?

La que determine la realidad social, el proceso histórico y la circunstancia política en la precisa etapa de tiempo.

Ahora bien, entendemos que para conquistar el Poder es necesario previamente ser Poder, constituirse en alternativa de Poder y que exista un vacío de Poder.

En escritos publicados en FORJA analizamos las relaciones entre forma y espacio político y sus correspondientes arquitectónicas y también nos referimos a cómo el quehacer político actual se expresa en los espacios abiertos ya ganados por el modo cultural.

Hoy el Poder está en la calle. Los violentos hechos recientes y la reaparición del Grupo Móvil así lo demuestran. O sea, existe vacío de Poder.

Según expresara tiempo atrás don Jorge Prat, pueden llenarlo o el Partido Comunista o las Fuerzas Armadas. Nosotros agregamos que sin la previa vertebración de un movimiento cívico que propugne la participación integral del hombre en la generación del Poder en todos los niveles, no cabe la participación de las Fuerzas Armadas en la conquista del Poder. Nosotros luchamos porque ese movimiento sea nacionalista y revolucionario y para que se transforme en la herramienta de un Poder que no está en nosotros y que sí está potencialmente en todos los chilenos que no aceptan la revolución marxista, que no es necesario confundir con el Gobierno actual; pero, que tampoco se quede en la pura negación o en el anti, sino que intuye que el marxismo es consecuencia de un Estado deficitario de justicia, el que es necesario reemplazar por un nuevo modo de convivencia nacional. Quien piense así debe incorporarse a la tarea orgánica de conseguir eficacia y Poder.

Siendo Poder se es alternativa de Poder y se posibilita realmente la conquista del Poder.

LA UNIVERSIDAD

6.— El M.R.N.S. ha desarrollado una labor preferente en las Universidades. ¿Qué papel le asigna en la actividad nacional y qué opina Ud. de la actual situación universitaria?

El M.R.N.S. entiende a la Universidad como una de las comunidades básicas constitutivas de la nación encargada de mantener, difundir y acrecentar los valores culturales de un pueblo a través de la docencia, investigación y extensión y que como tal le afecta principalmente la situación nacional de conflicto que ya hemos explicado.

La decisión de una nueva forma-estructura para la Universidad que le permita enfrentar con mejor organización la tarea de definir un destino a la nación es una decisión política, ya que se origina en una nueva visión de lo que debe ser la relación entre la sociedad y la Universidad. Debe además definir una política universitaria y ejecutarla.

La Universidad debe contribuir a crear la nación y frente a un estado carente de legitimidad le cabe la tarea de orientar y esclarecer el proceso revolucionario de un pueblo.

Para cumplir esto integralmente la Universidad debe ser una, Nacional y Autónoma.

Pensamos que a su comunidad le corresponde el pronunciamiento por un destino y por la mantención de la crítica permanente que constituye uno de sus principios básicos.

LA PORFIADA ECONOMIA

Total para qué /

te vas a preocupar...

Se informó que el Banco del Estado adeuda 35 millones de dólares al Banco Central por carne comprada en Argentina.

Y sin estridencias

La ayuda francesa a los países pobres, en 1970, ha sido el 1,24 por ciento del producto nacional bruto, lo que representa, proporcionalmente, la más alta del mundo. En valores absolutos, la francesa sólo es superada por Estados Unidos y Japón. Un 55 por ciento de esa contribución es de origen público; el resto, suministrado por capitales privados.

Así se gasta

El Gobierno no dispone de recursos para pagar los 400 millones de dólares que corresponde en 1972 por concepto de deuda externa. En un solo año de Gobierno UP la deuda externa aumentó en 1.700 millones de dólares. Mientras tanto, continúan los viajes de funcionarios UP con viáticos diarios de 70 dólares.

Producir perdiendo

La Compañía minera El Teniente produce su cobre a un costo de 75 centavos de dólar la libra, en tanto que el metal se transa en Londres entre 48 y 50 centavos de dólar la libra. Casi el 50 por ciento del costo del cobre de El Teniente lo constituyen gastos de administración y generales.

DEL CHILE DE AYER

(por Oscar Espinoza Moraga)

Afianzada su soberanía en la Patagonia y parte de la Tierra del Fuego, por el Tratado de 1881, la Casa Rosada orientó sus esfuerzos a salir al Pacífico a través del territorio que aún le quedaba a Chile. Maestra en el arte de tergiversar tratados sostuvo ahora que la línea fronteriza acordada pasaba por las cumbres más elevadas de los Andes.

Así pensaba apoderarse del seno Última Esperanza. Para afianzar sus pretensiones, en marzo de 1887 el Gobierno de Buenos Aires encomendó al capitán Agustín del Castillo una

expedición con el objeto aparente de investigar una posible comunicación entre el Atlántico y el Pacífico a través del río Santa Cruz y los lagos interandinos. "Es indudable que el móvil secreto de ella —informaba nuestro Ministro en Argentina don Guillermo Matta— es el de cerciorarse si efectivamente hay motivo para sostener que nuestro tratado de límites acuerda la posesión de puertos en el Pacífico a esta República".

Preocupado por el peligroso sesgo que volían a tomar las relaciones con la discolpa veci-

na, el Presidente Balmaceda resolvió cortar el nudo gordiano de una vez por todas procediendo a demarcar la frontera definida en el convenio limítrofe. Con tal fin reunió en su despacho a todos los que algo sabían sobre la materia y les expuso su pensamiento. Entre los presentes se encontraba el capitán de fragata Ramón Serrano Montaner, quien había recorrido la región palmo a palmo. Durante sus incursiones se había formado la idea de que la bahía de San Sebastián en la Tierra del Fuego se internaba en tierra mucho más de como aparecía en los mapas de Fitz Roy. Incluso llegó a pensar que la línea fronteriza cortaba el fondo de la ensenada dejándola para Chile. "De ser cierto —concluyó declarando en la reunión— nos daría un arma poderosa para contrarrestar las pretensiones argentinas a puertos en el Pacífico, pues nuestros vecinos jamás aceptarían de buen grado que Chile tuviese puertos en el Atlántico así como Chile tampoco aceptaría que la Argentina los tuviera en el Pacífico, pretensiones ambas que sólo podían tener origen de uno y otro lado en un error del tratado de 1881".

Impuesto de este inesperado giro, Balmaceda ordenó que la "Magallanes" zarpara de inmediato para efectuar un levantamiento de la región.

Acto seguido, el Presidente llamó al Ministro argentino acreditado ante la Moneda, don José Evaristo Uriburu, y sin mediar las relaciones que lo ligaban a él (su suegra doña Emilia Herrera de Toro era madrina de bautismo de la hija del Plenipotenciario rioplatense) con rudeza no común le expresó "que si la demarcación de límites hubiera de reconocer puerto argentino en el Pacífico, debería impedirse hasta con la guerra semejante pretensión".

Resuelto a hacer respetar la integridad territorial chilena, el mandatario apremió las adquisiciones bélicas colocando a la Armada y al Ejército a la cabeza de América.

Convencidos de que con Balmaceda no podía jugarse, el Gobierno de Buenos Aires retrocedió, y se allanó a suscribir el Protocolo de 1893 en virtud del cual se materializó el pensamiento matriz del Presidente mártir que dos años antes había desaparecido por la vorágine regicida de la política parlamentaria.

Tirano e Intruso

Desde Chile, Castro, el chacal del Caribe, instó al levantamiento revolucionario marxista en Uruguay, lo que motivó una formal protesta del Gobierno de ese país, que acaba de optar por la libertad. ¿Por qué extrañarse? Igual incitación a la violencia dirigió a los chilenos, con aplauso de nuestras autoridades marxistas. Nos preguntamos, si a Castro le gusta tanto incitar a otros a la violencia, ¿por qué no la ensaya él mismo, en su propia isla, no ya contra los indefensos cubanos sino contra los norteamericanos cómodamente instalados en la base de Guantánamo? El papagayo del Caribe debería conocer el dicho popular chileno: "¡Otra cosa es con guitarra!".

Falange, de nuevo

Los neo-falangistas españoles no abandonan la lucha. Realizaron recientemente una gran manifestación, en la que atacaron al Gobierno de su patria y a la anunciada restauración de la monarquía.

Fronteras ideológicas

El ex Presidente de Argentina General Juan Carlos Onganía criticó a Lanusse por su acercamiento con Chile, a cuyo Gobierno marxista acusó de sustentar "una ideología nefasta para nosotros". Agregó que en Chile se están utilizando en la política interna marxista las relaciones con Argentina. "Se pueden romper las barreras comerciales, pero no las ideológicas", dijo Onganía. Todo esto es cierto, con la salvedad de que la ideología del actual Gobierno



nuestro no sólo es nefasta para Argentina, sino, en primer término, para los mismos chilenos.

Peronistas de los buenos

El grupo peronista "Comando Centro Cóndor", que en 1966 secuestró un avión y plantó bandera argentina en las islas Malvinas, usurpadas por Inglaterra, vuelve a hacer noticia al reprimir a tiros la ocupación de la sede central del peronismo por grupos marxistas infiltrados. En su comunicado, el "Comando Centro Cóndor" expresa que la invasión fue "una acción de la antipatria y del antipueblo, en esta oportunidad representada por el marxismo, que se pone camiseta peronista, pero que no engaña a nadie". Agrega: "No aceptaremos jamás reconciliación ni pactos de ninguna especie con el marxismo ni con ningún elemento antinacional, por más que se disfracen de peronistas". Correcto, el verdadero peronismo era nacionalista y, por lo tanto, la antítesis del marxismo.

Peor es nada

Estados Unidos seguirá apoyando masivamente desde el aire a los gobiernos de Indochina en su lucha contra los guerrilleros, aún después de retirar a todas sus tropas del escenario de guerra, dice un estudio confeccionado por la Universidad de Cornell. Ojalá; lo malo es que los gobernantes de Estados Unidos parecen haber estado siempre "en el aire" acerca de la forma adecuada para enfrentar al comunismo.

Traficantes de muerte

Entre 1950 y 1970 el valor anual de los armamentos vendidos por Estados Unidos y Rusia a los países en vías de desarrollo se ha multiplicado, llegando a 1.500 millones de dólares en 1970. Es decir, mientras Estados Unidos y Rusia evitan cuidadosamente enfrentarse, crean condiciones para conflictos locales.

¿Qué dirá el Cardenal?

Dos sacerdotes católicos, los padres Youzas Zdebskis y P. Bubnis, han sido condenados a un año en los campos de trabajo forzado en Rusia por preparar a niños para la primera comunión y la confirmación en la República Soviética Báltica de Lituania. Según el cable, el primero de ellos fue golpeado tan violentamente en la cárcel que su madre tuvo dificultad en reconocerlo cuando se le permitió visitarlo más tarde.

LIBROS

LOS HEREJES

de Saint-Loup.

"Los Herejes" (Editorial Luis de Caralt, Barcelona, 1969) es la historia de la División francesa "Carlomagno".

El autor nos revela así un trozo generalmente ignorado de la historia contemporánea: el relativo a la Waffen S.S., el Ejército S.S., paralelo a la Wehrmacht, el Ejército alemán tradicional. Milicia revolucionaria y de selección, la Waffen S.S., estuvo compuesta no sólo por alemanes, sino por hombres de todas las nacionalidades europeas: franceses, belgas (valones y flamencos), holandeses, noruegos, daneses, croatas, húngaros, letones, estonios, ucranianos, albaneses, caucasianos...

No se trata de un panegírico de la Waffen S.S. o de sus hombres; ni siquiera se les juzga, tarea que se deja al lector. Se trata de exponer los hechos, por ingratos que sean. Como dice Saint-Loup, "sería difícil, pero sobre todo poco leal, mostrar a los 300 supervivientes de la División S.S. "Carlomagno" partiendo hacia Berlín a los gritos de "¡Viva Churchill!". El hecho es que existieron "10.000 franceses capaces de gritar 'Heil Hitler!' al mismo tiempo que '¡Viva Europa!' y, sobre todo, '¡Viva Francia!'".

La División S.S. "Carlomagno" se formó en los últimos años de la Guerra Mundial a partir de otras unidades francesas encuadradas en el Ejército alemán, o que colaboraban con él. A través de las páginas de "Los Herejes" asistimos a su riguroso entrenamiento, —tanto físico como político-moral—; su retirada, combatiendo siempre, ante el Ejército Rojo, inmensamente superior en número y en recursos; y, por fin, su heroica y postrera batalla en Berlín.

La historia de "Los Herejes" es, pues, la de unos hombres consagrados hasta el último



LOS INGENUOS

Trabajo de Fidel

La coalición izquierdista "Encuentro Nacional de los Argentinos" (ENA) emitió un comunicado afirmando que tres de sus dirigentes (Roberto Cabiche, Raúl Bustos Fierro y el comunista Héctor Agosti) se trasladaron a Chile invitados por el dictador del Caribe, con el cual sostuvieron conferencias en la Embajada cubana en Santiago de Chile.

El precio de la libertad

En un total de 10 mil millones de pesos se calcula la suma que gasta el Banco Osorno y La Unión (vale decir, el Fisco) en su campaña de prensa, radio y televisión para atraer a los pequeños accionistas y hacerlos que vendan sus acciones al Estado. Sólo en la televisión cada segundo de propaganda tiene un costo de 1.350 escudos. Pese a todo, esta fa-

al cumplimiento de su deber. Vencidos y vituperados, nos han dejado como lección su sentido del honor, lealtad, renunciamento y el ale-

bulosa campaña contra la libertad ha tenido hasta ahora un rotundo fracaso. El marxismo deberá empezar a entender que la libertad no tiene precio.

Contra el racismo

"A los miles de árabes y sus descendientes que nos expresan su preocupación frente a hechos como el sucedido, o frente a los arteros ataques de ciertos medios de difusión, les pedimos tengan confianza porque estamos seguros se pondrá término a este tipo repudiable de racismo." (De una publicación de la Asociación chileno-árabe de Cooperación, protestando por la destrucción de la estatua de Juan Yaurur en la estatizada empresa).

Todo por Fidel

El carguero-pasajero "Verdi" zarpó de Antofagasta el 12 de noviembre con una carga de 674.122 kilos de cobre. En tierra quedaron otros 357.914, no cargados porque los trabajadores suspendieron sus labores para recibir a Castro, el tirano del Caribe. Así cuida la UP el "suelo de Chile".

¿Habló en serio?

Según una información de "La Segunda", de 14 de agosto de 1971, Raúl Ampuero habría manifestado en una charla en la U. de Concepción que "el militar que no comprende el ideal marxista, es un soberano ignorante y no merece ser militar, incluso porque los grandes genios militares han salido de sus filas". Todos sabemos cuán venido a menos está el ex Senador Ampuero, a quien incluso se podría cantar el tango "Cuesta Abajo", pero, como su honradez jamás ha sido cuestionada, creemos que se trata de una broma. Primero, los militares conocen y comprenden al marxismo, y por eso son patriotas, vale decir, antimarxistas. Segundo, ser militar es algo infinitamente más serio que ser marxista; preferimos al peor militar que al mejor marxista. Tercero, es una tontería aquello de los genios militares del marxismo, quienes sólo pueden exhibir apenas un buen estratega: Zhukov.

gre reto a la muerte. Por otra parte, el carácter histórico de la obra no obsta para que entretenga como una novela.

¡AUN TENEMOS PATRIA!

Escuela de Caballería

68 años cumplió la Escuela de Caballería el pasado 18 de noviembre. Creada en 1903, el fundo San Isidro, en Quillota, le ha visto desde 1938 formar las últimas generaciones de jinetes que en todo mantienen la tradición de eficiencia, valor y romanticismo de la vieja caballería, combinado con la más perfecta adaptación a los métodos modernos de combate. "Jinete, si no tienes la vista del águila, la agilidad del tigre y el corazón de león, echa pie a tierra, que no mereces ser parte del buracán de la Caballería", tal es el lema de la Escuela de Caballería.

Regimiento Maipo

Su 160.º aniversario celebró el 27 de noviembre el Regimiento de Infantería N.º 2 "Maipo". El "Maipo" participó en todas las guerras de la Independencia y la República y en las Campañas Civilizadoras de la Araucanía. Su nombre es recordatorio del papel preponderante que desempeñó el 5 de abril de 1818, en la Batalla de Maipú, en la que cayó más de la mitad de sus efectivos al mando del bravo Comandante Cáceres. Actualmente, el "Maipo" tiene a Valparaíso como asiento de guarnición.

Escuela de Artillería

El 79.º aniversario de la fundación de la Escuela de Artillería y Torpedos de la Arma

de fue celebrado el día 2 de diciembre con una ceremonia llevada a cabo en el Patio de Honor de la Escuela, en Valparaíso. El plantel fue creado el 2 de diciembre de 1892, con el nombre de "Condestables Artillero", llenándose con ella una de las funciones básicas de la guerra naval.

Regimiento Pudeto

El Regimiento de Infantería Motorizado N.º 10 "Pudeto" fue oficialmente fundado el 2 de diciembre de 1910; ha cumplido, pues, 61 años, pero su verdadero origen data de 1826, ya que entonces se organizó con el nombre de "Batallón de Infantería Pudeto". Lleva el nombre del General Francisco Barceló Bravo, uno de los héroes más distinguidos de la Guerra del Pacífico, y a cuyo espíritu sigue fiel en las australes tierras magallánicas.

Regimiento Buin

El 161.º aniversario de su fundación celebró el 2 de diciembre el Regimiento de Infantería N.º 1 "Buin". Nació en 1810 con el nombre de "Granaderos de Chile", como la primera unidad de Chile que nació. Prácticamente no hay acción de gloria de Chile en la cual no haya estado presente, aunque se recuerda particularmente la sublime bravura de sus soldados en el combate de Sangra. Fue tradicional que su intervención decidiera las batallas. De ahí la popular expresión: "Se las echó el Buin", como augurio de próxima victoria.

LA LUCHA POR LA CALLE

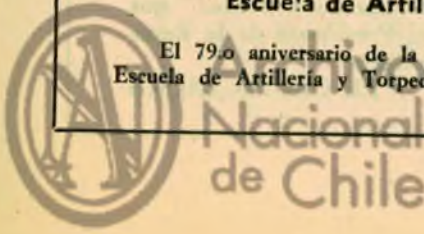
CIEN heridos, otros tantos detenidos, estado de Emergencia en Santiago... tal ha sido el precio que han debido pagar los antimarxistas por imponerse a los marxistas en los encuentros callejeros del 1.º de diciembre.

Como se sabe, con motivo de las agresiones a las mujeres que realizaban un desfile, juventudes independientes y de todos los Partidos y Movimientos de Oposición se enfrentaron a las brigadas marxistas y les ganaron la calle. La calle, que por mucho tiempo había pertenecido a las izquierdas.

Y así fue como, ante la derrota de las brigadas, debió intervenir el aparato estatal. Con la novedad de que ahora se usan balas en lugar de gases lacrimógenos.

Por otra parte, el Partido Comunista anuncia que no permitirá que las "bandas fascistas" vuelvan a salir a la calle. Es decir, plantea directamente el enfrentamiento. Suponemos que en ello pensaba el General Pinochet cuando llamó a disminuir la tensión.

Sin ser "alarmistas" o "provocativos" —pues lo prohíben los bandos de la Zona de Emergencia—, dejamos constancia de un hecho: la lucha por la calle ha comenzado. En la calle se han jugado muchas veces los destinos de una nación. Por eso importa que los sectores antimarxistas tengan claras las cosas y ofrezcan para substituir lo que combaten algo más que añoranzas de los "buenos tiempos pasados".



Dijo Delia de Viaux, en manifestación de homenaje:

"QUEREMOS UN CHILE UNIDO, CON NUESTRAS CREENCIAS, CON NUESTRA HISTORIA..."

La gigantesca manifestación femenina del 1.º de diciembre tuvo un antecedente, por el fervor y valentía de las mujeres, en el acto de homenaje a Delia Iguait de Viaux efectuado el 11 de noviembre en el Círculo Español de Santiago. Más de 2.000 mujeres manifestaron en esta ocasión su solidaridad a la esposa del General Roberto Viaux Marambio. En estas páginas reproducimos los discursos de Gisela Silva Encina, una de las organizadoras del acto, y de Delia de Viaux.

GISELA SILVA: NO SEREMOS ESPECTADORAS PASIVAS DE LA DESTRUCCION DE LA PATRIA

"Es frecuente recibir homenajes en las horas de éxito y de triunfo" —dijo Gisela Silva Encina—, "pero es raro que los reciba quien vive momentos de angustia y de soledad. Por eso son más significativos aún el fervor y la magnitud de esta manifestación. Para precisar su alcance queremos decirte, Delia, que éste es, en primer término, un homenaje personal de afecto y de admiración por la dignidad ejemplar con que has sabido sobrellevar, en silencio, el peso de una gran injusticia. Formada en la severa tradición de una familia militar, has sabido cumplir tus deberes de esposa y de madre —sin alarde y sin quejas— en medio de las más duras circunstancias que haya podido afrontar una mujer.

"Nuestra participación en este acto significa que las mujeres no estamos dispuestas a ser espectadoras pasivas de la destrucción de la Patria. Chile no es para nosotras una suma de intereses egoístas, en que cada uno piensa sólo en sí mismo y en su propia ventaja. Es ante todo, el patrimonio espiritual de una nación digna y libre que recibimos de nuestros antepasados y debemos entregar, engrandecida, a nuestros hijos.

"Por eso, muy brevemente, venimos a decirte, querida Delia: para ti, todo nuestro afecto, nuestra admiración y nuestra solidaridad. Para Chile, nuestra gran esperanza: que termine en cosechas de heroísmo el ejemplo de quien supo ser fiel a la grandeza de su vocación militar, hasta sacrificarlo todo por la Patria".

HABLA DELIA DE VIAUX:

"Amigas mías: durante todo este duro tiempo y aun más, al llegar a este recinto, al saludaros, al estrechar mis manos con vuestras manos, he sentido la sensación cierta de contar con vuestro afecto, con vuestra comprensión, con vuestro entusiasmo y orgullo de mujeres por una causa noble, digna y justa.

"Me hacéis muy feliz en mi tristeza, en este diario sufrir, en esta larga cadena de dolor prendida allá, entre rejas espesas y gruesas murallas, en donde ahora hace más de un año moran mi gran amor y mi querer más amado.

"Muchas de vosotras habéis estado con ellos y habéis palpado que, estoicos y serenos, todo lo sufren con el dolor triste y alegre del que espera con la conciencia tranquila, del ciudadano que anhela el supremo bien para nuestra Patria.

"Es cierto que el más pequeño de mis hijos nació durante su injusto cautiverio y que no tuvo más ternura que la que mis frágiles manos pudieron entregarle. Pero presiento que algún día su vida será reflejo del sacrificio patriótico de su padre.

"Es cierto también que mientras unos pagan con su libertad el amor supremo hacia la Patria, otros se valen de aquella amarga realidad para extraer beneficios políticos menguados.

"La verdad terminará por imponerse y lo que muchos no comprenden o condenan será mañana la razón que haga flamear otros ideales, surgidos del corazón de cada hombre y de cada mujer de esta tierra, con la misma fuerza con que la raíz se arraiga en el surco de nuestros campos.

"Pero basta de tristezas y de angustias, que no se hable de deslealtades, de cobardías, de incomprensiones, de bajezas, de calumnias y de groserías... Aquí estamos para hacer más honda el alma en un nuevo estrechar de corazones, con un nuevo y renovado sentido de la amistad, de la lealtad, del querer a todos, del amar a todos.

"¿Quién más que nosotras para comprenderlo, para anunciarlo, para acometerlo? ¿Qué defendemos? ¿Hacia dónde vamos? ¿Somos y seremos capaces de defender lo nuestro?"

"¡Sí! Con los pies bien plantados en esta tierra bendita, y con una voluntad inquebrantable, todo lo podemos conseguir!"

"TRATAN DE IMPONERNOS DIOSSES EXTRAÑOS"

"Somos el corazón de la Patria, somos el amor, encarnado en nuestros hijos; somos el amor, aliento vital que mueve a nuestros hombres. ¿Acaso no somos capaces de ahondar en ellos, dándoles nuevos motivos para ver clarear una nueva aurora? Y si nuestros hijos y nuestros hombres escapan a nuestro amor, seamos capaces entonces de empuñar nuestros propios corazones; impongamos nuestra ley.

"¿Quiénes más que nosotras sentimos en carne propia el duro batallar diario y las angustias de la vigilia, viendo cómo los chilenos despedazan sus espíritus y conciencias en luchas estériles?... ¿Quiénes más que nosotras palpamos cómo a la familia de la Patria se le induce a abrazar doctrinas que nada tienen que ver con lo nuestro? ¿Quién más que nosotras siente cómo tratan de imponernos dioses extraños, alejándonos del nuestro, olvidando o haciendo olvidar la veneración que debemos a aquellos que todo lo dieron por hacer de nosotros y de nuestro suelo algo propio y con sello inconfundiblemente nuestro?"

"¿Qué han hecho de nosotras, mis amigas, y qué estamos haciendo para defender todo esto?"

"¿Somos mujeres, o somos seres influenciados e inconscientes? ¿Estamos mudas, estáticas, sin derecho siquiera a verter una lágrima para mantener nuestros corazones limpios, y con ritmo de un amor audaz que todo lo avasalle? ¿En qué quedó nuestro instinto clarividente?"

"¡Vamos adelante! ¡Sigamos el camino que nos hemos impuesto; con la hidalguía de todas aquellas mujeres que en el albor de la Patria supieron inspirar los más hondos sentimientos de valor, audacia y rectitud, a aquellos que, impulsados por ellas, nos hicieron grande e independiente!"

"Entonces, amigas mías, impongámonos y olvidemos a estos "nuevos seres" que pregonan el odio y que tratan de implantar falsas ideologías importadas de tierras extrañas; seamos capaces de ser nosotras mismas; productos de nuestra propia tierra. Seamos madres que guíen por sendas propias a nuestros hijos y seamos esposas que reclinen sus cabezas sobre corazones que se agiten plenos con nuestras escondidas voces auténticas de cariño a la Patria.

"NADA CON PARTIDOS POLITICOS"

"Todos tienen que comprender que nada queremos con Partidos Políticos ni consignas (yo nada sé de eso). Tienen que comprender que sólo queremos un Chile unido, con nuestras creencias, con nuestra historia, con nuestros hijos, con nuestros hogares... Queremos paz dentro de lo nuestro, al modo chileno y con ideas chilenas. Queremos que no exista la



"...el más pequeño de mis hijos nació durante su injusto cautiverio..."

miseria, el egoísmo y la mentira. En vez de oír queremos amor, comprensión y solidaridad.

"¡Eso es lo que queremos y debemos estar prontas para batallar por ello; dispuestas a sacrificarlo todo para conseguirlo y lo obtendremos unidas en este santo ideal! ¡Ese es el sentimiento y el sentido que capto en ustedes, valientes amigas! ¡Hagámoslo pronto, que el tiempo corre! No sea que nuestra indiferencia o abulia tronche nuestras esperanzas.

"Gracias una vez más, muchas gracias por esta hermosa y emocionada demostración de solidaridad humana y espiritual.

"Gracias por vuestras estimulantes y enternecedoras palabras.

"Gracias por estos hermosos presentes, los que siempre al mirarlos me recordarán este momento tan emotivo para mí y me recordarán también vuestros rostros y vuestra grandeza de corazón.

"Gracias también os doy en nombre de mi esposo y mi padre, que nos asisten e inspiran con su idealismo y patriótico afán de obtener la grandeza y la felicidad de nuestro Chile querido, y que aguardan estoicos y tranquilos el veredicto justo de nuestros jueces y de nuestra Justicia; no queremos dádivas, no queremos perdones, queremos solamente JUSTICIA y en ello confiamos..."

"¡Dios y Chile son testigos que así lo pensamos y así lo queremos!"

¿OPERACION VERDAD?

En la tarde del miércoles 1º de diciembre las mujeres, en mudo y tácito reproche a los hombres, salieron a las calles. Ese día deberá ser recordado en lo sucesivo como El Día de la Dignidad Nacional.

Se conoce hasta sus últimos detalles cuan ruin y vilmente fueron asaltadas por los rufianes militarizados de la "Ramona Parra" y la "Elmo Catalán". Por lo mismo, el país esperaba, con absoluta certeza que el Presidente Allende desautorizara a sus correligionarios y condenara el sangriento asalto.

El día jueves 2 de diciembre, el Presidente Allende se reunió con "sus" periodistas: Oscar Waiss, de "La Nación"; Rojas de "El Siglo"; Gómez López de "Puro Chile"; Gamboa de "Clarín" y Galdames, de "Ultima Hora". El país supuso que llamaba a "sus Directores" para deplorar el hecho y pedir cordura y moderación.

No fue así. Todo lo contrario. Las ediciones del viernes 3 de diciembre de los citados periódicos, a horas sólo de la con-

versación con el Presidente, superaron orquestadamente todo lo que se ha visto en Chile en materia de injurias, procacidad, grosería e inmoralidad, particularmente por parte de "La Nación", el diario que pagamos todos los chilenos. No recordamos haber visto fotos como las que Oscar Waiss hizo publicar en primera página de "La Nación". No creemos que ni el último depravado que tenga madre, mujer, hija o hermana, una mujer en su vida, pueda aprobarlo. Ya no se trata de política, sino de elemental decencia hormonal.

Nos preguntamos: ¿cómo es posible que a solo horas del diálogo con el Presidente sus periodistas de confianza afrenten al país coordinadamente en su moral más elemental?

También el viernes 3 de diciembre pasará a la historia, a la historia del periodismo más abyecto.

¿Es ésta la "operación verdad" que pide e inspira el Presidente de la República a sus periodistas?

EL GRUPO TACNA

Doce Heridos En Incidentes

- Trabajadores del POJH efectuaron paro y protagonizaron graves enfrentamientos con Carabineros.
- Cuatro policías lesionados por pedradas y ocho obreros heridos por balines.

Doce personas resultaron heridas, entre ellas cuatro policías, durante incidentes ocurridos ayer en la mañana, entre trabajadores del Plan Ocupacional para Jefes de Hogar, POJH, y Carabineros, en las comunas de La Florida y La Granja.

Los desórdenes comenzaron alrededor de las 11 horas, luego de que representantes de estos grupos laborales acudieran a las oficinas municipales a presentar un petitorio de remuneraciones y reconocimiento de directivas ante los respectivos alcaldes.

Al no obtener respuesta inmediata a sus solicitudes y prácticamente en forma simultánea, los trabajadores que habían iniciado un paro a las 8.30 de la mañana, formaron barricadas con neumáticos y maderas, colocaron grandes

piedras en las calles y lanzaron otras contra los vehículos policiales.

EN LA GRANJA

Durante dos horas los trabajadores del POJH de La Granja mantuvieron enfrentamientos con Carabineros, que hizo uso de bombas lacrimógenas.

Estos a su vez, destrozaron tres vehículos policiales e hirieron a cuatro carabineros, los que fueron internados en el Hospital de la Institución. Uno de ellos, un conductor de furgón, sufrió lesiones graves al recibir pedradas en el cráneo y el rostro. También destrozaron una botillería y procedieron a co-

(Continúa en la página A 12)

brar peaje a los vehículos particulares que pasaban.

Durante los enfrentamientos resultaron heridos con balines varias personas. Entre ellas se identificó a José Eduardo Astudillo González, Patricio Núñez Gutiérrez, José Antonio Echeverría, Mauricio Ramírez, Eladio Valdivia, Carlos Tamayo y Ramón Contreras San Martín. Con lesiones leves quedó Isabel Leiva.

Los heridos recibieron atención médica en el Hospital Sótero del Río, donde se informó que el caso más delicado correspondía a Eladio Valdivia, domiciliado en María Isabel 8219 de La Granja.

Otras cinco personas fueron detenidas y llevadas hasta la Décimotercera Comisaría, acusadas de maltrato de obra a personal de Carabineros y daños a vehículos fiscales.

El alcalde de la Granja, Mario Messen, entregó a los periodistas una copia del petitorio de los trabajadores del POJH, a quienes, informó, había recibido en dos oportunidades. En el documento, el denominado Departamento de Cesantes de la Confederación Nacional de Trabajadores de la Construcción, hace un llamado a realizar un pa-

Luego de los incidentes los obreros se congregaron en el interior de la Iglesia, Inmaculada Concepción. Allí los heridos recibieron primeros auxilios.

EN LA FLORIDA

Trabajadores y jóvenes de la población San Rafael, ajenos al Plan de empleo de Jefes de Hogar protagonizaron disturbios en esta comuna, donde los desórdenes se prolongaron desde la mañana hasta pasadas las 14 horas.

En la madrugada elementos desconocidos quemaron una caseta municipal de expendio de patentes, la que quedó totalmente destruida por la acción del fuego.

Por su parte los trabajadores enviaron a sus representantes ante el alcalde Walton Ojeda, a quien entregaron un petitorio. Al igual que en La Granja, al no tener respuesta, dieron curso a desmanes y a enfrentamientos con la policía.

En los incidentes varios menores recibieron pedradas y sufrieron principio de asfixia a raíz de las bombas lacrimógenas. Las pobladoras rechazaron a los violentistas. Estos expresaron que manifestaban así su descontento por los salarios del empleo mínimo, al que calificaron de "cesantía disfrazada".

Responde a Pablo Rodríguez



■ "Por medio de la presente, quiero referirme a algunas expresiones emitidas en la entrevista "Hilo Directo" que hiciera el periodista que se firma como Emilio Bakit al señor Pablo Rodríguez Grez y que fuera publicada en el diario "La Segunda" del día 4 de abril en curso.

Primero, el autor del artículo hace una breve reseña de la actuación del señor Rodríguez durante el período de la UP., y señala que después del 11 de septiembre de 1973 ha vuelto a su vida profesional de abogado, pero que, como lo hiciera en el gobierno anterior, ahora se ha convertido en un "duro crítico" al régimen militar.

Dice el señor Bakit: "Expone ideas que otros hipócritamente y con intenciones distintas no se atreven a plantear", cual sería la opinión vertida más adelante por el señor Rodríguez, de la necesidad de disolver la Junta Militar, por considerar que ya habría cumplido con su cometido. Plantea la necesidad de que ésta debiera ser reemplazada por un Poder Ejecutivo, presidido por el general Pinochet, a quien no puede dejar de reconocer que cuenta con el apoyo de la mayoría de los chilenos, y un Poder Legislativo formado por personas elegidas de entre las organizaciones comunitarias, gremios, sindicatos, etc.

Sobre las expresiones "que otros hipócritamente y con intenciones distintas no se atreven a plantear", dichas por el periodista, quiero contestarle:

¿Somos hipócritas o con distintas intenciones, los miles y miles de chilenos anónimos que día a día "le ponemos el hombro" para hacer de este país una patria nueva, soberana y libre? ¿Somos hipócritas porque, desde lo más profundo de nuestras conciencias, con la terrible lección aprendida en el pasado y con el reconocimiento de la labor desarrollada en el presente, dimos el día 4 de enero ppdo. nuestro más amplio respaldo al Presidente de la República y a la Junta Militar, para iniciar el proceso de institucionalidad en Chile, por considerar que son la única garantía para una auténtica y duradera democracia y una defensa en los momentos tan críticos que amenazan a Chile?

Con respecto a las respuestas del señor Rodríguez, me permito preguntarle: ¿Qué pasaría, señor Rodríguez, si como se equivocara en sus críticas a la política económica al Gobierno que planteara en numerosos artículos y foros, y cuyo favorable resultado ha debido ser reconocido por países incluso contrarios a Chile, estuviera también equivocado en su afán de quemar apresuradamente etapas, que pudiera llevarnos nuevamente a caos y la anarquía del pasado y a la destrucción de lo que con tanto sacrificio y paso a paso se ha construido en el presente? Le aconsejo que tenga paciencia y fe, señor Rodríguez, y deje esos planteamientos para los politiqueros y los enemigos de dentro y fuera del país, y habiendo Ud. cumplido la misión que con tanta honrra desarrollara en el pasado, confíe en este Gobierno, que como muy pocos se ha ganado el soberano derecho de conducir a la Patria hacia las metas y dentro de los plazos que se ha fijado.

Atentamente,

María Angélica Lira Alcayaga
Carnet 4.016.555, Stgo."



"DICCIONARIO"

■ En el Diccionario de Ciencias Sociales del Instituto de Estudios Políticos de Madrid, editado en 1975 bajo el patrocinio de la Unesco y cuyo comité editorial lo componen Salustiano del Campo, Juan F. Marsal y José A. Garmendia, bajo la voz "FASCISMO LATINOAMERICANO" se lee lo siguiente:

"Algunos de los militantes del MRNS se van a encontrar con otros elementos (el grupo Fiducia, católico integrista, etc.) para fundar en 1970, dos días después de la victoria de Allende, el Frente Nacionalista Patria y Libertad, dirigido por el abogado Pablo H. Rodríguez. Según su dirigente, el Frente Nacionalista es "una reacción espontánea contra el marxismo" y quiere "un estado autoritario".



9-7-80

DEPORTADOS DE ESTADOS UNIDOS

SAN DIEGO, Estados Unidos, Nov. 19 (UPI).- Funcionarios de Inmigración dijeron que 17 polizones descubiertos a bordo del carguero chileno Arauco buscaban trabajo, no asilo político, y serán deportados este fin de semana.

Cinco guardias de seguridad fueron apostados por representantes del buque en el muelle de San Diego, a fin de evitar la huida de algunos de los polizontes.

Curiosamente, uno de los estibadores que ayudó a amarrar el buque al muelle era un ex "polizón" chileno. Se trata de Jaime Schciapnik, anteriormente de Quintero, quien con otros nueve miembros de la organización derechista "Patria y Libertad" robó un pesquero del Astillero Naval de Talcahuano, el 31 de diciembre de 1971, durante el Gobierno de Salvador Allende.

A Schciapnik se le dio asilo político en este país.

20 - 11 - 82

52

Llegan Polizones Deportados De EE. UU.

■ Fueron llevados ayer a Los Angeles, desde donde se trasladaron por avión a Chile.

Funcionarios de inmigración norteamericanos dijeron ayer que los 17 polizones descubiertos a bordo del carguero chileno "Arauco" buscaban trabajo, no asilo político, y serán deportados hoy.

Cinco guardias de seguridad fueron apostados por representantes del buque en el muelle de San Diego, a fin de evitar la huida de alguno de los polizones.

Curiosamente, uno de los estibadores que ayudó a amarrar el buque al muelle era un ex "polizón" chileno. Se trata de Jaime Schciapnik, anteriormente de Quintero, quien con otros nueve miembros de la ex organización "Patria Y Libertad" robó un pesquero del astillero naval de Talcahuano, el 31 de diciembre de 1971, durante el gobierno de Salvador Allende.

A Schciapnik se le dio asilo político en Estados Unidos.

21-M-82

REQUERIMIENTO DE INTENDENTE:

Piden Procesar a 4 Estudiantes

- Se les inculpa de ser autores de infracción a la Ley de Seguridad del Estado.
- Fueron detenidos el jueves primero de diciembre pasado durante incidentes registrados en la Academia Superior de Ciencias Pedagógicas.

El Intendente de la Región Metropolitana, brigadier general de Ejército Roberto Guillard Marinot, presentó un requerimiento ante la justicia ordinaria para que se procese como autores de infracción a la Ley de Seguridad del Estado a cuatro estudiantes universitarios y a aquellos que resulten responsables de los hechos denunciados.

Los requeridos son Viviana Hortencia Díaz Díaz, Gema del Rosario Montiel Soto, Víctor Manuel Lorenzo Selaive Barassi, y Patricio Ernesto Peralta Zavando, todos ellos detenidos el jueves primero de diciembre pasado durante incidentes registrados en la Academia Superior de Ciencias Pedagógicas, ex Instituto Pedagógico.

En el escrito se les inculpa de ingresar en un automóvil a la citada Academia, de instalar un amplificador y un altoparlante por el que pretendieron difundir consignas políticas.

Se agrega en la denuncia que luego de haber fracasado, hicieron abandono del recinto por la puerta ubicada en Doctor Johow con Los Aromos. Se añade que

una vez en la vía pública, fueron sorprendidos por Carabineros en los momentos en que huían del lugar portando panfletos, un balín de acero y una honda.

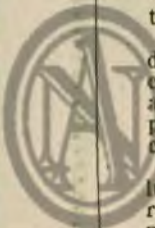
En el requerimiento se indica que los hechos descritos tipifican los delitos previstos y sancionados en el artículo sexto, letra a) de la Ley N.º 12.927, sobre Seguridad del Estado.

Los denunciantes solicitan al tribunal tener por interpuesto el requerimiento en contra de las personas ya individualizadas y en contra de todos aquellos que pudieren aparecer como responsables de los delitos previstos y sancionados en el citado texto legal.

Piden, al mismo tiempo, encargarlos reos, acusarlos y en definitiva, condenarlos al máximo de las penas que para tales delitos señala la ley, y al pago de las costas de la causa.

La Corte de Apelaciones de Santiago designó al magistrado Sergio Valenzuela Patiño, como ministro sumariante, para que instruya el proceso correspondiente.

7-12-83



Patria y Libertad

Señor Director:

En la edición de "El Mercurio" del domingo 16 de septiembre en curso, la periodista María Angélica de Luigi escribe un reportaje en que transcribe una de dos preguntas que me solicitó contestar por escrito. Desde luego, la respuesta que se omite permitía comprender por qué razón nosotros juzgábamos que el sistema democrático tradicional, consagrado en la Constitución de 1925, estaba irremisiblemente agotado y debía ser sustituido por un nuevo orden institucional. Pero incluso en la respuesta transcrita se eliminó una parte en la que, muy suscitadamente, explica la razón por la cual todos los grupos políticos que gravitaban en Chile entre 1970 y 1973 se dieran la mano en el empeño de caricaturizar a "Patria y Libertad" como extremista y ultraderechista. En efecto, nuestra respuesta señalaba que los unos —afiliados a la Unidad Popular— habían sido desnudados en sus propósitos totalitarios y los otros —afiliados a la oposición— temían que cesara la dictadura de los partidos que les permitía detener la plenitud de poder sin contrapeso alguno.

Pero lo que me parece inaceptable es la descripción que la periodista hace del Movimiento Patria y Libertad, al señalar que se trataba de "un grupo de choque formado para enfrentar las brigadas marxistas constituidas al alero de los partidos que apoyaban a Allende".

Un mínimo de cultura política permite conocer el origen y desarrollo de Patria y Libertad. Aquel movimiento surgió el 13 de septiembre de 1970 con el noble afán de preservar la democracia y evitar que Chile se transformara en la segunda Cuba del Continente. De allí que propiciáramos una nueva elección presidencial —a la cual podía acce-

derse mediante la elección de don Jorge Alessandri en el Congreso Pleno y su ulterior renuncia al cargo— para que el pueblo definiera libremente la disyuntiva entre marxismo y democracia. No tuvimos éxito en nuestro empeño. Sólo entonces surgió el "Frente Nacionalista Patria y Libertad" que, partiendo del supuesto que el instrumental de que disponía el orden político para frenar el establecimiento de un régimen marxista era absolutamente deficiente, planteaba la posibilidad de un Pronunciamiento Militar para rescatar los valores esenciales de la nacionalidad. Fuimos nosotros los primeros en hablar de un Gobierno Autoritario, una Democracia Funcional y un Estado Integrador y fuimos también los primeros en reclamar la necesidad de una más amplia participación, ensanchando los restringidos canales a través de los cuales se expresaba nuestro pueblo.

"Patria y Libertad" no fue un "grupo de choque", como se nos quiso retratar, por las razones antes indicadas. Lo que no podría negarse, sin embargo, es el hecho de que no nos dejamos amedrentar cuando las brigadas comunistas imponían el terror y la fuerza pública estaba impedida de proteger los derechos de la oposición por instrucciones superiores.

Finalmente, también es cierto que la directiva máxima de Patria y Libertad debió aislarse como consecuencia de nuestra adhesión al movimiento del 29 de junio de 1973. Aquello fue el legítimo derecho a la rebelión contra un Gobierno que se había hecho ilegítimo en el ejercicio del poder, según lo reconoció la Cámara de Diputados, la Corte Suprema y la Contraloría General de la República.

Comprendo que el periodismo no permite, por su propia naturaleza, profundizar algunos conceptos, pero de allí a desfigurar el carácter de una determinada organización hay un abismo que yo no puedo dejar pasar sin consignar mi más enérgica protesta.

Pablo Rodríguez Grez



Analizaron Política Exterior De Allende

Un seminario sobre la política exterior chilena durante el Gobierno de Salvador Allende se realizó en el Instituto Chileno de Cultura Hispánica, organizado por el recientemente creado Instituto de Estudios de las Relaciones Contemporáneas (IERIC).

En la jornada participaron, entre otros, el ex Subsecretario de Relaciones Exteriores, Aníbal Palma; el ex Embajador y Premio Nacional de Literatura, Humberto Díaz Casanueva, y los académicos Walter Sánchez, Joaquín Fermandois y Angel Pizarro, quienes analizaron diversos aspectos del tema.

58-24-21

56

Se responsabiliza por las bombas

MIR Amenaza con "Ejecuciones"



"No tengo miedo a las amenazas de estos extremistas", señaló Víctor Fuenzalida, uno de los amenazados de muerte por el proscrito MIR.

Notificación extremista a Víctor Fuenzalida, quien fue secuestrado días atrás.

A través de un documento dirigido a nuestro diario y que firma el "Secretariado Interior", el MIR asumió la responsabilidad por las bombas que hace algunas semanas fueron detonadas en diversos lugares de Santiago causando importantes daños materiales y lesiones de consideración a dos estudiantes.

La declaración del MIR aparece extendida el día primero de noviembre, pero evidentemente fue despachada varios días después como lo demuestra el matasellos postal que registra la fecha 7 de noviembre. Al parecer, el "retraso" ha sido intencionado para evitar alusiones al descubrimiento de la "casa de seguridad" mirista en San Miguel, donde dos terroristas murieron al hacer explosión la bomba que estaban preparando.

EL CASO DE VÍCTOR FUENZALIDA

El MIR comienza por

quejarse del trato recibido por parte de los medios informativos a los que acusa de estar "al servicio de la dictadura". "Esta ofensiva publicitaria,— expresa la declaración,— tiene como único objetivo el generar un clima político favorable que permita justificar a la dictadura la ofensiva represiva que ha desatado contra la clase obrera, el pueblo y la resistencia popular".

Lo que el MIR califica de "ofensiva publicitaria" es la forma como los diversos medios se refirieron al secuestro del corredor de propiedades Víctor Fuenzalida, ocurrido hace algunos días y que despertó alarma pública.— Como se recordará, este comerciante fue arrastrado violentamente a un vehículo y apareció dos días más tarde con evidentes demostraciones de haber sido sometido a efectos de drogas.

El MIR niega toda participación en ese se-

cuestro, y en un evidente intento de seguir utilizando consignas ya antiguas, responsabiliza de él a la ex DINA. "Nuestro partido, expresa el documento, no ha secuestrado al agente torturador Víctor Fuenzalida" y más adelante agrega que ese secuestro "se debe a una pelea entre torturadores que la dictadura y sus medios de comunicación han aprovechado" para "poder seguir adelante con su ofensiva represiva".

En el punto cuarto, la declaración agrega textualmente: "Al MIR, a la resistencia y al pueblo, nunca le ha preocupado la seguridad de los torturadores ni tampoco la vida de Fuenzalida. La resistencia popular crece y se fortalece y llegará el momento que empezará a ajusticiar a los agentes torturadores. Cuando la resistencia ajusticie a los torturadores, — informará públicamente de su acción, porque no tiene nada que ocultarle ni hoy

ni mañana a la clase obrera y al pueblo".

Termina el documento manifestando: "Fuenzalida y otros agentes torturadores serán ajusticiados en el momento y lugar que la resistencia popular lo estime conveniente".

En cuanto a las bombas, la declaración las define como "acciones de propaganda armada" realizadas por el "partido y la resistencia organizada".

TRANQUILIDAD DEL AMENAZADO

"El Cronista" consultó a Víctor Fuenzalida acerca de las amenazas del MIR, las que ignoraba hasta el momento de ser entrevistado. Reaccionó con tranquilidad y dijo que los extremistas no conseguirán amedrentarlo. Se excusó de adelantar mayores comentarios en mérito al sumario que instruye la Justicia del Crimen en relación a su reciente secuestro.

Drogado Apareció el Corredor V. Fuenzalida

- ★ Su esposa, Carolina Cox, con la cual conversó la víctima, declaró "que su marido había sido secuestrado por un comando del MIR".
- ★ "Durante todo el tiempo —dijo su mujer— lo tuvieron vendado y, fuera de golpearlo, lo drogaron e hipnotizaron".
- ★ Para sus familiares, se trata de "una venganza política".
- ★ Dentro de su automóvil se encontró una botella de pisco vacía y un plano abierto de Santiago.
- ★ Movilizados efectivos policiales y de seguridad.
- ★ Su hermano Carlos Fuenzalida descarta secuestro "por problema de faldas".

Luego de protagonizar un accidente de tránsito en Américo Vespucio con Siete Oriente, a tres cuadras de Santa Rosa, fue encontrado totalmente drogado el corredor de propiedades Victor Fuenzalida Dublé, de 37 años, quien el viernes en la tarde fue secuestrado por 5 sujetos en el sector de El Arrayán.



Victor Fuenzalida

Fuenzalida, quien declinó conversar con los periodistas "por el momento", presentaba a simple vista golpes en el rostro y su ropa se veía completamente desordenada. Su esposa, Carolina Cox, quien conversó con Fuenzalida en la Vigésimo séptima Comisaría de Carabineros de La Granja, unidad que tomó el procedimiento, declaró a la salida del recinto policial "que mi marido fue secuestrado por un comando del MIR. A él lo golpearon y le vendaron la vista trasladándolo hasta un lugar que desconoce. Además, lo drogaron, le hicieron beber alcohol en abundancia y lo hipnotizaron. Por último, lo pusieron en su vehículo en ese estado y posteriormente cuando él conducía totalmente desconcertado, chocó con un taxibús".

Por su parte, el Comisario de la Vigésimo séptima Comisaría de Carabineros, Juan Muñoz, declaró "que efectivamente Victor Fuenzalida había aparecido en su vehículo luego de protagonizar una colisión. No nos dijo a nosotros quienes eran los autores del secuestro. Estaba aparentemente golpeado y drogado, como si le hubiesen dado algo en especial", aclaró.

EL ACCIDENTE

La aparición del corredor de propiedades comenzó a gestarse alrededor de las 9.30 de la mañana de ayer, cuando en 7 Oriente con Américo Vespucio, un automóvil Peugeot 404, color blanco, patente DY-210 de Las Condes, chocó por la parte posterior al taxi-

bús del recorrido Malpú-La Florida, placa AK-908 de Colina y que guiaba Rodolfo Cabrera. El impacto se produjo en los instantes que la liebre se encontraba detenida tomando pasajeros. Posteriormente, el automóvil fue a inscribirse contra un poste. En su interior fue encontrada semiconsciente y drogada, una persona alta, delgada, la cual, según el chofer Cabrera, fue reconocida de inmediato por un automovilista que pasó en esos momentos por el sector y le expresó al chofer "que el tipo que está en el volante es el que aparece hoy en los diarios como secuestrado". Al término de esas palabras dicho automovilista siguió su camino, mientras que minutos después, otra persona identificada como Carlos Arangua llamaba a la oficina de la víctima y le expresaba a Osvaldo Fuenzalida, su hermano, que Victor había aparecido luego de protagonizar un choque y que concurriera a la 27.a Comisaría.

UN TESTIGO

Fidelina Ríos, pobladora del sector donde se produjo la colisión, vio el accidente y pudo percatarse según sus palabras, "que el señor que iba en el Peugeot estaba totalmente mareado. Tenía moretones en la cara y balbuceaba palabras. No se acordaba cómo

se llamaba, ni que hora y día eran. Sólo pedía que le avisaran a su familia, y que lo venían siguiendo".

Posteriormente llegó hasta el lugar personal de Carabineros, quienes procedieron a trasladar al corredor de propiedades hasta la unidad policial, para luego llevarlo hasta el Hospital Sótero del Río donde se le hizo una revisión corporal y se le extrajo sangre para los exámenes correspondientes.

Mientras tanto, el automóvil, con su parte delantera destruida, quedó en el lugar custodiado por tres carabineros. En el interior del vehículo, sobre el asiento del chofer, se veían algunas botellas de reparación del coche, de junio pasado, y que estaban a nombre de Victor Fuenzalida. En el asiento delantero, un plano de Santiago semi-extendido y en el piso unos zapatos de color negro.

En la parte posterior del piso, una botella de Pisco Control totalmente vacía y en el asiento, dos correas, que al parecer habrían sido usadas para amarrar al corredor de propiedades.

SU HERMANO

El primero en llegar a la unidad policial para inquirir detalles de la aparición del ex dirigente del Movimiento Patria y Libertad, fue su hermano Carlos. Lo hizo acompañado de dos amigos. "No tenemos muchos antecedentes. Lo único claro es que fue secuestrado y se encuentra algo chocado. No cabe dudas que lo drogaron ya que en un comienzo no me reconocí. Posteriormente pudo decir me que había sido secuestrado y que lo habían golpeado".

A esta altura de los hechos, mediodía, Carlos Fuenzalida no pudo explicar claramente los móviles del secuestro.

"Mi hermano, declaró, fue víctima de este hecho como venganza política. El era de Patria y Libertad e incluso después del once de septiembre colaboró con los servicios de Inteligencia".

Al preguntarle si el secuestro podría derivar de un problema de faldas acotó: "Absurdo. En ningún caso. Desde ese punto de vista, Victor es un hombre tranquilo que está casado en segundas nupcias hace sólo dos meses. Además, es absurdo pensar que si se tratara de faldas iban a contratar a cinco matones para montar todo este operativo. Lo de mi hermano tiene todo el aspecto de tratarse de una venganza política, seguramente retardada".

Cerca de las 12.30 horas, y luego de ser examinado en el Hospital Sótero del Río, Fuenzalida volvió nuevamente hasta la 27.a Comisaría. Ya hasta esa unidad policial habían llegado efectivos de Investigaciones, expertos en huellas y personal



"A mi esposo lo secuestró un comando del MIR", dijo Carolina Cox, señora del corredor de propiedades, después de conversar con la víctima en una unidad policial

de Seguridad, con el objeto de iniciar las pesquisas del caso.

Posteriormente, a las 13 horas, apareció Carolina Cox, esposa del secuestrado, la cual ingresó al recinto de Carabineros, donde conversó con su marido. Cerca de las 13.50 horas Carolina abandonó el lugar. Al ser requerida por el estado de su esposo, dijo: "Está bien dentro de todo. A él lo secuestró un comando del MIR. Lo golpearon, le vendaron la vista y lo drogaron, fuera de darle de beber alcohol. Mayores antecedentes no les puedo entregar. Seguramente más adelante él conversará con ustedes". Consultada por el lugar donde lo mantuvieron sus captores, agregó: "El no lo sabe, pues en todo momento estuvo vendado".

Finalmente, requerida en

ta forma cómo quedó en libertad, dijo: "Semidrogado lo pusieron en su vehículo y lo dejaron irse. Pero parece que lo venían siguiendo de cerca". Respecto a los móviles, añadió: "Mi esposo tuvo activa participación en Patria y Libertad, y es un hombre partidario ciento por ciento del Gobierno. Seguramente quisieron vengarse por esto".

Sólo a las 14 horas de ayer, y por razones de seguridad, Victor Fuenzalida Dublé salió desde el interior de la unidad policial en un furgón de Carabineros, el que era escoltado por dos vehículos de Seguridad. Rápidamente las máquinas tomaron rumbo por calle Puerto Montt en dirección al oriente, mientras que sus familiares directos y su esposa abandonaban también el lugar en sus coches.



En el interior de un furgón de Carabineros y custodiado por efectivos de seguridad, abandona la unidad policial



En el interior del vehículo Peugeot, en el cual fue secuestrado Victor Fuenzalida, se observan algunos documentos y un plano de Santiago

ESTABLECIMIENTOS

chez Henry

lo tiene todo para Ud.

(Rotisería, Helados, Pastelería, Panadería de su propia elaboración, licores y vinos.)

SU RESTAURANTE ROTISFRÍA DE LA PLAZA DE ARMAS PORTAL FERNÁNDEZ CONCHA 962. TEL. ROT. 85183 REST. 66612.

Comidas a toda hora, servicio de once, aperitivos y Cenas Bailables, diariamente con CACHITO (HECTOR PRESAS) y su típica con el cantante Marío Córdoba y Cumbias con LORENZO D'ACOSTA y su Orquesta.

Abierto todos los días del año hasta la medianoche.

Ternerita Infanta \$ 48.

Gran Parrillada Chez Henry (2 pers.) \$ 160

PATRIA Y LIBERTAD

ORGANO OFICIAL DEL FRENTE NACIONALISTA "PATRIA Y LIBERTAD" — AÑO II — N.º 43 — Eº 25 - 16 MARZO 1973

Mayoría Democrática.

PERO...

**NO HAY
SOLUCION
POLITICA**

¿Cuál es la alternativa?



Organo Oficial del
Frente Nacionalista

Director:
MANUEL FUENTES
W.

Representante legal:
ROBERTO THIEME

Dirección:
Irene Morales 11
Teléfono: 32302

Impresores: SOPECH
Moneda 1158

Chile en punto muerto

"Al empate social ha seguido un empate institucional que no se romperá por los medios políticos tradicionales".

Las elecciones del 4 de marzo pasado arrojaron una ventaja inobjetable para la oposición. Entre uno y otro sector existe una diferencia superior al 11% de los sufragios, lo que se traduce en una suma de aproximadamente quinientos mil votos. Todos los partidos han reconocido que la oposición es superior al oficialismo, aunque interpreten la votación desde diversos puntos de vista, haciendo gala de preciosismos y malabarismos electorales.

Lo fundamental ha quedado establecido. La oposición democrática es mayoría entre los chilenos y el Gobierno del marxista Salvador Allende se sustenta en la voluntad minoritaria de nuestros conciudadanos.

Luego de las elecciones del 4 de abril de 1971, por medio de las cuales se renovó la representación municipal, el Gobierno y la Unidad Popular pregaron la tesis del "empate social", sosteniendo que Chile estaba dividido en dos bandos que se disputaban las preferencias electorales en porcentaje equivalente. Ahora ese empate social ha quedado superado porque, reiteramos, nadie ha puesto en duda que la mayoría corresponde a los partidos y movimientos de oposición.

Ha surgido, o se ha mantenido, sin embargo, otra forma de empate, tan grave como la primera. Nos referimos al "empate institucional" que deja al país, ya por muy largo tiempo, en un punto muerto que el tradicionalismo político no podrá superar. En efecto, en nuestro país impera un sistema democrático en que el principio de la separación de poderes es reconocido institucionalmente. Dos Poderes del Estado —Ejecutivo y Legislativo— tienen un génesis popular, mientras el tercero —Judicial— tiene un origen y una misión esencialmente técnica y no política. Ahora bien, sucede que el Ejecutivo se mantendrá en manos de una combinación marxista-leninista de Gobierno y el Legislativo en manos de una mayoría democrática, por ende anti-marxista. Si algo ha caracterizado a nuestra democracia han sido los roces permanentes entre estos Poderes del Estado, lo cual ha redundado en una marcada ineficiencia e inoperancia del sistema político. Basta recordar los conflictos que debió enfrentar Carlos Ibáñez, que se declaró prisionero de las leyes, Jorge Alessandri que reprochó al Congreso continuamente su labor obstruccionista y aun Eduardo Frei que cada cierto tiempo protestaba porque no se le permitía levantar sus "vigas maestras". Ahora la cuestión se agudizará en términos explosivos.

Las elecciones del 4 de marzo pasado se dieron en un contexto especial para romper el empate social y romper de la misma manera el empate institucional. Pero, ha subsistido el segundo, como ha quedado dicho. El Congreso Nacional, al no conseguir el instrumento jurídico adecuado a la situación (los dos tercios del Senado), está imposibilitado de destituir al Presidente de la República, el que podrá, en consecuencia, seguir su política desquiciadora en lo social y en lo económico. Paralelamente, el Presi-

dente de la República, al no conseguir la mayoría parlamentaria no podrá implementar jurídicamente la revolución socialista chilena —con todas sus excen-tricidades— y no podrá tampoco llevarnos al marxismo respetando las estructuras democráticas, tal como lo ha ofrecido reiteradamente al mundo. Porque la experiencia chilena no tiene solo vigencia en los límites geográficos de este país, sino que repercute en todas las naciones de la Tierra interesadas en una transición pacífica a un régimen socialista.

En definitiva, entonces, ¿qué puede hacer el Gobierno y qué puede hacer la oposición en esta coyuntura histórica?

La Unidad Popular está obligada a seguir la misma tortuosa ruta de los "resquicios legales" para evitar una ruptura en el seno de la combinación, entre revolucionarios proletaristas y revisionistas centristas. Un reajuste del programa parece imposible si se considera que luego de la derrota electoral, sus órganos de publicidad crearon de inmediato una imagen de triunfo que, si bien fortaleció la posición moderada del Partido Comunista, se volcó, paulatinamente, en beneficio de los sectores termocéfalos del Partido Socialista que reiteraron sus consignas de "avanzar sin transar". El Gobierno de este modo sigue sin contar con los instrumentos constitucionales adecuados, colocando en peligro permanentemente los moldes institucionales al seguir usando abusivamente de los resortes administrativos para torcer la voluntad de los legisladores.

La oposición democrática no está mucho mejor. A las vacilaciones frecuentes que se observan en la Confederación Democrática, debe sumarse ahora la carencia de elementos que permitan poner fin al Gobierno marxista-leninista de Chile. Los parlamentarios elegidos deben limitarse, por lo tanto, a resistir las embestidas del oficialismo, pero no podrán colocar en jaque a esta administración.

Lo que hoy sucede da la razón, una vez más, al nacionalismo. La situación por la cual atraviesa este país no se resolverá por los caminos tradicionales del parlamentarismo liberal. Mientras subsista el esquema clásico de la Democracia Liberal, el marxismo seguirá sustentando el Poder y la oposición obstruyendo el tránsito al socialismo. Sólo cabe romper este esquema, haciendo emerger las nuevas condiciones que se debaten internamente en la sociedad. Frente a la destrucción del principio de autoridad, a la anarquía y el caos reinante, el poder de nuestros Institutos Armados resulta ser la única alternativa posible de jugarse. Así por lo demás lo entendió el propio Allende luego de la crisis del mes de octubre pasado, cuando los hombres de trabajo paralizaron el país. Pero junto a ese poder militar y moral, unánimemente reconocido, debe vertebrarse un movimiento gremial capaz de romper también el partidismo que hace imposible una forma estable de Gobierno. Esta solución, tarde o temprano, terminará por imponerse, porque, de lo que estamos seguros, es que la fortaleza de las estructuras democráticas no resistirán cuatro de año de presiones totalitarias.

ADIVINA BUEN ADIVINADOR

El personaje de esta semana tiene la cabeza blanca, por las canas y en blanca por la falta de ideas. Hasta el 20 de mayo será senador. No se presentó a la reelección porque no tenía votos ni para ser Regidor por Sansipuede. Pero, a pesar de todo, habla en nombre de la revolución popular y hace gárgaras, mañana, tarde y noche, con la voluntad y los sentimientos del pueblo. Durante una larga vida tuvo una línea más o menos estable y aprovechó bastante su relativa "consecuencia política", pero llegada cierta edad empezó a zigzaguear y se fue de su tienda política para

seguir vagando entre varias otras subtiendas políticas. Ha ayudado como el más útil de los mairas a la Unidad Popular y ahora aspira a ser Embajador en Francia, como recompensa por los servicios prestados. El hombre no es el mismo de entonces —como diría Neruda— pero tampoco es tonto. Se acostumbró a estar en el Gobierno y desde ocho años no puede salir de él, cualquiera que sea el que ejerza el Poder. Dentro de poco dejará de ser útil y entonces desaparecerá del escenario nacional. Es de esperar que no sea dentro de mucho. LA RESPUESTA EN EL PROXIMO NUMERO.

Solución del número anterior

El rechoncho senador comunista Volodia Teitelboim Volosky no tiene nombres y apellidos que puedan considerarse especialmente criollos, lo que podría ser grave en una revolución tan autóctona como la proclamada por Allende Gossens, con vino tinto y empanadas. El poeta y escritor de ampuloso lenguaje y dramática gesticulación en el estrado, se puso una piel de oveja en plena campaña electoral e hizo pensar a muchos que a ese candidato sólo le faltaba la aureola. Gracias a esa imagen, tendremos durante otros ocho años al aborígen senador marxista, uno de los enemigos declarados del Movimiento Nacionalista Patria y Libertad.



"HAY QUE SER IMBECIL PARA CREER EN UNA REVOLUCION SIN EJECUCIONES"

Escribe Raymond Cartier, de "Paris Match".

La escasez comenzó por irregularidades en la distribución. Un día no se encontraban tomates y, al otro, lechugas. Los tallarines, la leche en polvo y el Nescafé, son productos que aparecen y desaparecen. El aceite y la mantequilla entran en la misma categoría, y la desaparición se hace cada vez más larga hasta llegar a ser total y permanente para un número creciente de productos. Chile ha visto aumentar la escasez como una marea.

La asociación, el matrimonio de marxismo y escasez, es uno de los fenómenos más constantes del mundo contemporáneo. Cientos de barcos atraviesan el océano para transportar la cantidad colosal, los 285 millones de quintales de trigo que Rusia tuvo que comprar a la agricultura capitalista. Ellos no van lo suficientemente rápido como para impedir que se formen colas para el pan, 28 años después del fin de la guerra y 56 después de la gloriosa revolución de Octubre. En los períodos más normales, las llamadas democracias populares son países de nivel de alimentación indigente, de productos mediocres y tan mal distribuidos, que no existe elección para el consumidor. El marxismo paternalista de Allende no escapa a esta ley.

Allende lo reconoce. En Valdivia, antesala del sur chileno, metrópoli de los temblores, anunció el establecimiento de una "economía de guerra". Europa la ha conocido muy bien. La economía de guerra significa el racionamiento, suavizado para los poderosos por la distribución de privilegio y para los ricos por el triunfo clandestino de la economía liberal que es el mercado negro. Puesto sobre el mapa de Europa, Chile tendría su cabeza en el cabo del norte y su pie en Gibraltar —pero su ancho no es nunca más de algunas decenas de kilómetros. La soberbia cordillera de Los Andes, con montañas de 7.000 metros, lo aísla del continente sudamericano, lo empuja hacia el Pacífico; es de hecho, un país tan insular como Nueva Zelanda. No conozco un desierto más absoluto que el Norte, donde no llueve jamás, y no conozco una visión más impresionante que la punta de arado de Cabo de Hornos blanqueado por la espuma del más tormentoso de los mares. Ese lejano país filiforme, fue en el siglo XIX básico para la economía europea, a la que aportaba sus fuentes de abonos y de explosivos, los nitratos naturales preservados por la prodigiosa sequedad del Norte. Habiéndolos dejado atrás la química, queda el cobre —pero el cobre no es como el salitre del desierto, un monopolio chileno.

La historia de Chile tiene su parte de pronunciamientos y dictaduras militares. Sin embargo, el espíritu democrático está vivo en su población de 10 millones de habitantes, los cuales, como en Francia, están inclinados a hacer de la política un reglamento del tránsito al revés, considerando que la izquierda, siniestra, es automáticamente el lado en el que hay que mantenerse. La presión de las necesidades pone, cada cierto tiempo, en la presidencia, a hombres de Estado conservadores cuyo último representante fue, de 1958 a 1964, el Presidente Jorge Alessandri. La Constitución permite dos presidencias siempre que no sean consecutivas; este hombre virtuoso y simple, quiso volver a la cabeza del Estado en las elecciones de 1970. El presidente saliente era el demócratacristiano Eduardo Frei, que recomendaba, para su sucesión, un bastante oscuro Radomiro Tomić. Don Salvador Isabelino del Sagrado Corazón de Jesús Allende Gossens cuyos prenombrados dicen suficiente de su origen piadoso, era, como de costumbre, como en 1952, 1958 y 1964, candidato marxista. Nadie le atribuía ninguna chance.

La elección se efectuó el 4 de septiembre. Tomić obtuvo 824.849 votos; Alessandri, 73 años, físicamente disminuido, alcanzó 1.036.278 votos. Allende juntó 1.075.616 votos. El marxismo ganaba por 39.338 votos. Pero la proporción de votos obtenida por Allende era sólo 36,3%, inferior a la de 38,5 por ciento que obtuvo en su derrota de 1964. La división de sus adversarios fue la única razón de su triunfo.

El asunto no estaba concluido. La votación popular tiene sólo un carácter indicativo, siendo la nominación del Presidente atribución del Congreso. Alessandri prometió que, si lo designaban a él, renunciaría inmediatamente. Eduardo Frei se habría visto libre de la prohibición de serlo porque una presidencia, aunque fuera de un solo día, habría existido entre su salida y su vuelta. La Democracia Cristiana, árbitro de la decisión, titubeó, después desempeñó el papel noble y generoso. Sus 75 votos constituyen la mitad de la mayoría: 153, contra 35 que hicieron al marxista Allende Presidente de Chile.

¿Es él marxista? Por lo menos es revisionista. El marxismo basa la revolución sobre la dictadura del proletariado. Suprime todas las libertades fundamentales, liquida las instituciones democráticas, y como en Rusia y en China, ex-

termina la clase enemiga. Allende pretende hacer una revolución marxista dentro de la legalidad y a salvo de la violencia. Hubo en Rusia algunos marxistas de su estilo, enemigos de la sangre; el más famoso intérprete de Marx —Lenin— les cerró brutalmente la boca: "Hay que ser imbécil para creer en una revolución sin ejecuciones...". El fin que busca Allende es la redistribución del producto social. Pero escapa a su análisis que la redistribución social exige un crecimiento de la riqueza. Incluso en Chile el socialismo de parti-

cipación es un cocodrilo embalsamado.

Al llegar al palacio de la Moneda, el marxista bonachón creyó dar un golpe aumentando todos los salarios un 40%. Provocó una llamarada de consumo, algunos días de entusiasmo, —después la producción se deterioró en vez de mejorar— se debió reconocer que el regalo del gracioso advenimiento del Presidente Allende no había sido otra cosa que un aumento temporal de las importaciones. Frei dejó reservas de divisas por valor de 500 millones de dólares. Desaparecieron en un año.

Durante los 12 meses de 1972, el costo de la vida ha subido un 160%. Las alzas de salarios son absorbidas apenas son acordadas. Las huelgas y los disturbios se multiplican. El 9 de octubre, 12.000 camioneros dejaron su trabajo, haciendo aún más escaso el aprovisionamiento de la capital. Al día siguiente, los obreros de una fábrica de cemento ocuparon el Ministerio del Trabajo y echaron a los funcionarios. Un verdadero jefe comunista, como el polaco Gierek o el húngaro Kadar, no titubea en disparar sobre los huelguistas; pero es algo desgarrador para un socialista idealista como Salvador Allende. Tiembla de verse acorralado.

Chile no es el mayor productor mundial de cobre. Está antes que el Congo, ex belga, y Canadá, pero viene detrás de Zambia y mucho después de los Estados Unidos. La importancia casi mística dada a un recurso bastante modesto, el hecho de que Chile obtenga del cobre el 80% de sus entradas por concepto de comercio exterior, le llevan a participar de la maldición común a las naciones de América del Sur que, a excepción del maravilloso Brasil, dependen de una manera excesiva de un solo producto. Eduardo Frei había chilenoizado el cobre, negociando con las tres grandes compañías —Anaconda, Cerro y Kennecott— mediante convenios que otorgaban al gobierno chileno una participación mayoritaria del 51%. Allende, que en realidad es un romántico, prefirió a esta fórmula realista, una fórmula ruidosa haciendo del cobre la propiedad integral, inalienable, providencial, emocional y sagrada del pueblo chileno. Las compañías americanas fueron totalmente desposeídas.

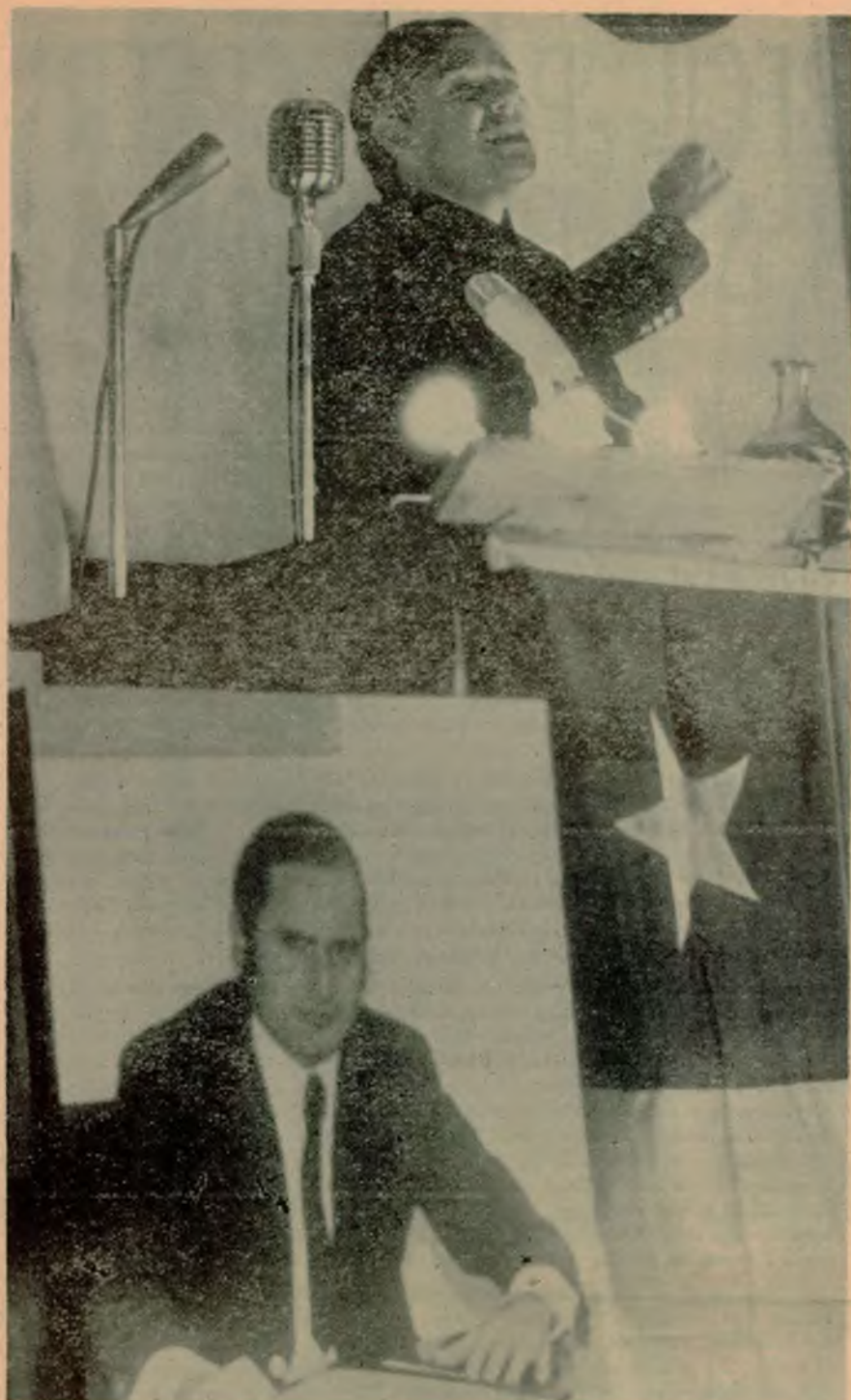
Quedaba el asunto de la indemnización. Los capitales invertidos eran del orden de los 600 millones de dólares, pero el marxista Allende decidió restar de allí los beneficios excesivos ganados por las compañías en los últimos 15 años y que él avalúa, sin proceso previo, en 700 millones de dólares. En definitiva, las compañías expropiadas son las que están en deuda. Ellas, como todos los negocios americanos, son propiedad de cientos de miles de accionistas, medianos y pequeños en su inmensa mayoría. Pero el esquema marxista exige que uno las siga viendo como verdaderas potencias pertenecientes a ciertos monopolios y contra las cuales cualquier golpe, por deshonesto que sea, es permitido.

Las pasiones están desatadas. Eduardo Frei manifestó una angustia profunda ante los parlamentarios franceses que estaban en misión en Chile. El caos económico se agrava. Estremecimientos de guerra civil, recorren el país. La extrema izquierda reclama la verdadera revolución, la que da vacaciones a la legalidad y no echa pie atrás ante un charco de sangre. Allende ha jurado que él no será Kerenski —pero Kerenski fue Kerenski sin quererlo. Hasta ahora, las Fuerzas Armadas permanecen neutrales. Allende las cuida, les ha ofrecido un barco de guerra hecho en Suecia y aviones pedidos a Inglaterra, aumenta continuamente los sueldos y las indemnizaciones. Pero no se sabe a qué lado se inclinarán las Fuerzas Armadas el día que estalle la crisis inevitable.

"NACIONALISMO PRESENTE":

La voz del Frente Nacionalista Patria y Libertad de Antofagasta. Lunes, miércoles y viernes, a las 14.15 horas, por Radio Cooperativa. Comenta: Guillermo Cepeda Giusti.

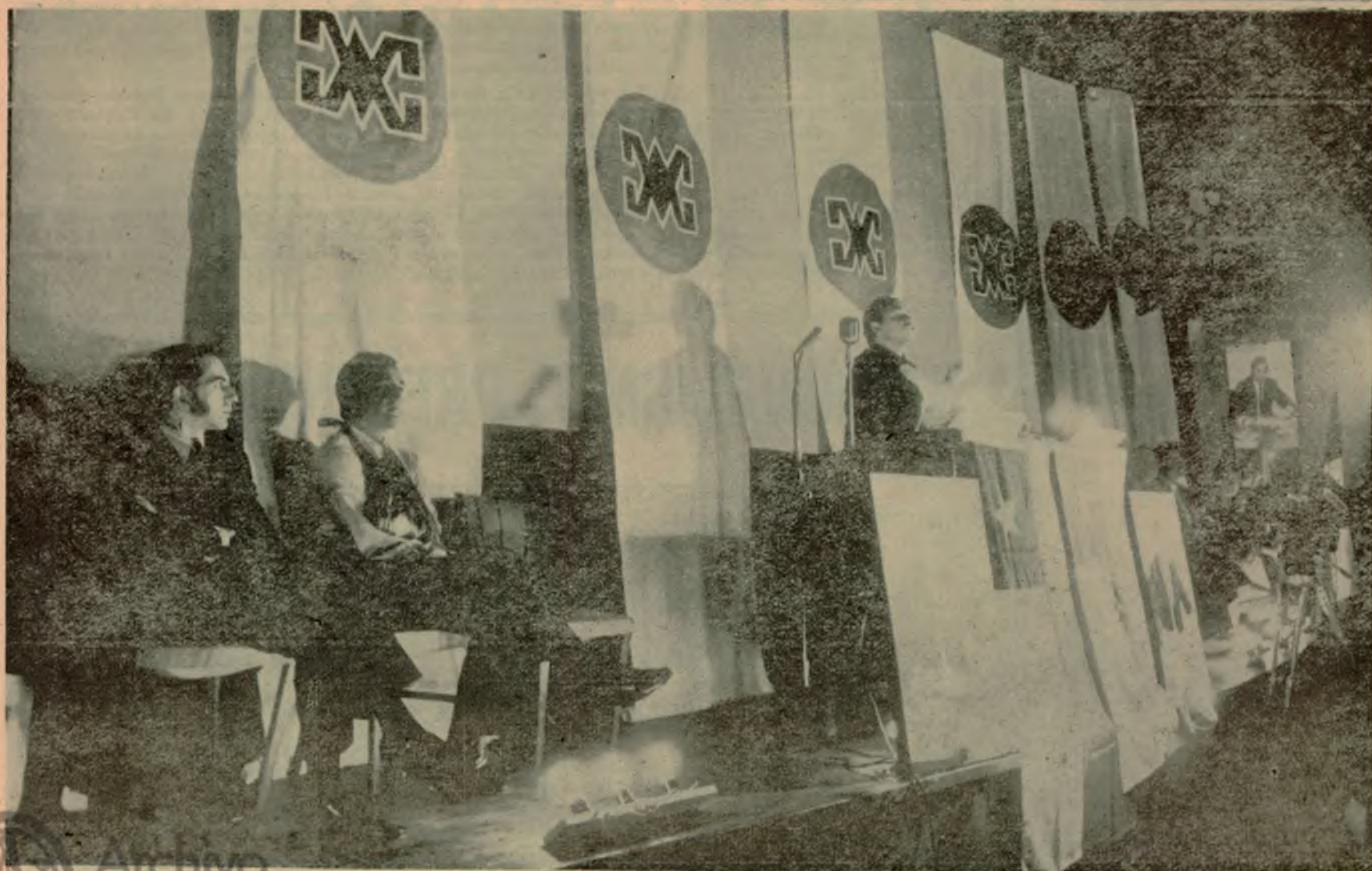
HOMENAJE A ROBERTO THIEME



El domingo 11 de marzo se realizó una gran concentración del Frente Nacionalista Patria y Libertad, para examinar el momento actual y rendir un homenaje a Roberto Thieme, desaparecido Secretario General Territorial del movimiento.

El Teatro Normandíe se repletó completamente desde tempranas horas, luciendo banderas y emotivos retratos del compatriota Thieme.

Hicieron uso de la palabra tres oradores: Helga Thieme, prima (PASA AL FRENTE)



(DEL FRENTE)

hermana del ex Secretario Territorial, quien desempeña funciones directivas en el movimiento; John Schaeffer, Secretario General Santiago y Pablo Rodríguez Grez, Jefe Nacional de Patria y Libertad.

La primera, en un emocionado discurso, evocó la lucha de Thieme, su devoción por la causa nacionalista y su sacrificio. Llamó a la juventud a seguir su ejemplo y a reivindicar para el nacionalismo el papel ideológico que la prensa y la contrapropaganda unipopulista tratan de desfigurar.

John Schaeffer, en un brillante discurso, puso de relieve las condiciones humanas de Roberto Thieme, los innumerables servicios prestados al movimiento y su fe indestructible en los valores que inspiran nuestra acción política. También destacó la necesidad de ahondar las concepciones ideológicas y dar a cada militante un alto nivel político.

Cerró el acto Pablo Rodríguez Grez, quien en un largo discurso analizó la situación política por que atraviesa Chile, llamando a romper el empate institucional en que se debate nuestro país. En la última parte de su discurso rindió homenaje a Roberto Thieme, diciendo, entre otras cosas, que para el nacionalismo no era su recuerdo un lucero del crepúsculo, sino un lucero de la aurora, porque ha sonado la hora de que nuestras concepciones políticas sean la única alternativa frente al totalitarismo marxista. Del mismo modo, llamó una vez más a los sectores gremialistas a definirse ideológicamente para dejar de ser la comarsa de los políticos profesionales y abrir un nuevo camino coincidente con los postulados del nacionalismo que vanguardiza Patria y Libertad.

Un emocionado homenaje rindió el Frente Nacionalista Patria y Libertad a Roberto Thieme, quien fuera uno de sus fundadores y que ocupara el cargo de Secretario Territorial al momento de su trágico desaparecimiento. Ante una multitud que repletó las aposentaduras del teatro Normandíe, en la mañana del domingo, los oradores tuvieron sentidas frases para recordar al líder desaparecido. EN LAS FOTOS, el jefe nacional del MNPL, Pablo Rodríguez, se dirige a la muchedumbre, en medio de la cual destacaban retratos del malogrado dirigente desaparecido. El público debió ocupar incluso los pasillos, debido a que el recinto se hizo estrecho para contener a quienes deseaban rendir su homenaje a Roberto Thieme. En el estrado, junto a Pablo Rodríguez, tomaron ubicación también Helga Thieme, prima de Roberto y dirigente del Movimiento; John Schaeffer, Secretario General Santiago y quien fue otro de los oradores.



CHILENO: AL

CON "PATRIA

Las elecciones parlamentarias han concluido. Un punto más o un punto menos en los porcentajes conseguidos por Gobierno y oposición, ya no interesa mayormente. Lo fundamental ha quedado dicho: los demócratas son mayoría, los marxistas son minoría. Esto es lo único que importaba saber y todos los sectores lo reconocen. Entre unos y otros existe una diferencia substancial. Por consiguiente, el pueblo ha dado su veredicto. Chile no quiere ser conducido a un régimen comunista totalitario y repudia la gestión de dos años de esta administración. Lo demás que se diga es preciosismo político y especulaciones que carecen de toda trascendencia práctica. Por lo demás, ya estamos acostumbrados a estos burdos manejos políticos, gracias a los cuales después de cada elección los derrotados resultan victoriosos, y los triunfadores, derrotados...

El país necesitaba un certificado claro de mayoría. Gracias a él, al menos moralmente, ya no podrá seguirse hablando de "Gobierno del pueblo", de "enemigos del pueblo", "agentes del imperialismo" u otras expresiones semejantes. Nadie puede dudar, desde hoy, quién representa al pueblo y quién usa y abusa de su nombre en beneficio de limitadas concepciones partidistas.

Pero la cuestión de fondo ha quedado latente. Más de la mitad de los chilenos se preguntan, con legítima angustia: ¿Cómo terminaremos con esta experiencia? ¿Hasta cuándo el marxismo se mantendrá en el poder y seguirá su política devastadora a pesar de no contar más que con el 40% de los electores?

Dijimos hace dos años que el país vivía la crisis de la democracia liberal. Ella fue precipitada porque la mayoría democrática de ayer y de hoy entregó el Poder a una fracción minoritaria, cuyo objetivo principal consistía en acabar y destruir el régimen republicano democrático de Gobierno. Con artificios y promesas falsas, el marxismo-leninismo conquistó el Poder Ejecutivo y desde entonces, olvidando todos sus compromisos, ha corroído las estructuras institucionales del país, hasta precipitarnos a una desesperada situación económica y una creciente rebelión social. Los daños causados son irreversibles. En el mejor de los casos demoraremos años en restablecer un adecuado nivel de crecimiento.

Para construir el socialismo en Chile, respetando la institucionalidad democrática, el señor Allende debía contar con el respaldo de una mayoría legislativa, pues, en caso contrario, no existe forma de implementar jurídicamente la nueva sociedad marxista que se pretende organizar. Desde 1970 ese fue el gran escollo que hallaron los partidos Comunista y Socialista en su tránsito revolucionario. Primero se trató de amedrentar al Parlamento, llamándosele a ser "realista". Fracasada aquella tentativa, se siguió la vía tortuosa de los "resquicios legales", gracias a la cual se consiguió a espaldas del Congreso Nacional una serie de "conquistas" —en el lenguaje demagógico—, tales como la constitución del área social de la economía, compuesta por empresas que jurídicamente no han salido del patrimonio ni del dominio privado de los particulares, pero se hallan administradas por interventores o funcionarios públicos. La experiencia ha resultado desastrosa, ya que los grandes "excedentes" o ganancias que motivaban la transferencia al Estado de aquellas empresas se han transformado, por obra y gracia de la ineficiencia y la deshonestidad, en inconmensurables pérdidas, cuyo monto financiamos todos los chilenos y cuya gravedad se oculta al país para evitar una repulsa todavía mayor del electorado. El segundo paso, fracasado el amedrentamiento al Poder Legislativo, fue el llamado a conquistar en marzo de 1973 el nuevo Parlamento para abrir camino franco a la revolución socialista. El electorado, por una mayoría inobjetable que nadie desconoce, negó al marxismo aquella herramienta vital, impidiendo, de esta manera, que la exótica revolución chilena siga adelante.

Así las cosas el país ha quedado, ahora definitivamente, en un punto muerto. Porque ni la oposición tradicional tiene instrumentos constitucionales para destituir al Presidente, ni el Presidente tiene instrumentos constitucionales para construir el socialismo y hacer realidad su programa de Gobierno, que no es otro que el programa del Partido Comunista.

La política tradicional, en consecuencia, representada por la acción de los partidos en el esquema clásico de la democracia liberal, todavía agonizante, se ha agotado y no tiene ya casi nada que ofrecer a los chilenos que se siguen preguntando: ¿Cómo terminaremos con esta experiencia?

Nuestro movimiento ha planteado desde abril de 1971 un esquema diferente que ahora cobra plena vigencia. Nosotros creemos que la situación chilena no tiene una salida tradicional y que si queremos realmente librarnos del marxismo debemos romper los moldes clásicos, que, aplicados con rigor, han terminado por ceder ante una realidad tan porfiada como desafiante. El marxismo no podrá seguir avanzando por el tortuoso camino de los "resquicios legales", siempre y cuando confluyan tres condiciones: la vigilancia y patriotismo de nuestras Fuerzas Armadas, sin lo cual todo esfuerzo será vano y aun suicida; la constitución y definición doctrinarias de un poderoso movimiento gremial y la acción parlamentaria de una mayoría que sin vacilaciones cumpla con el mandato de los electores que han manifestado sin eufemismos sus intenciones el 4 de marzo pasado.

LOS MILITARES

El poder militar y el ascendiente moral de las Fuerzas Armadas son los únicos capaces de oponerse a la ofensiva del marxismo que se desborda de su

propio Gobierno, creando tensiones internas que trascienden a diario a toda la nación. Si este país, contra la voluntad mayoritaria de los chilenos, termina siendo una tiranía comunista que gira en la órbita de Moscú, los principales culpables serán históricamente los uniformados que no sólo deben acatar la Constitución y la ley, sino hacerla cumplir y velar por la integridad de la Patria. Si una corriente de audaces, a sangre y fuego, imponen su voluntad en Chile y nuestros institutos armados permanecen neutrales, pasan automáticamente a ser cómplices de la aventura sediciosa. De allí su responsabilidad en una hora tan crítica como la que estamos viviendo.

LOS GREMIOS

Los hombres y mujeres de trabajo deben reaccionar a través del movimiento gremial, para resistir y luchar en la base social misma, contra los activistas y agentes del comunismo internacional. Pero de nada servirá un movimiento gremial que mira por los ojos de los partidos políticos tradicionales y que actúa de acuerdo a sus



Un nuevo atentado sufrió la secretaría del Movimiento Nacionalista Patria y Libertad en la madrugada del domingo. Dos bombas molotov fueron lanzadas a la puerta y ventanas del local ubicado en Rafael Cañas 214, provocando un principio de incendio que fue dominado por el cuidador del inmueble y por militantes que se encontraban en su interior. Hasta el momento de entrar en prensa esta edición la policía no había descubierto a los dos barbudos que huyeron en una camioneta color gris claro, luego de consumado el atentado.

ALZATE Y LIBERTAD"

viejas y ya inútiles tácticas. El movimiento gremial, ante la crisis del partidismo ideológico, debe implementar una nueva alternativa de poder, capaz de oponerse al marxismo-leninismo que hasta hoy ha encontrado su camino libre. Pero, por el momento, a lo sumo el movimiento gremial ha seguido sin imaginación ni proyección alguna la misma línea de los políticos tradicionales, sin que sus dirigentes hayan comprendido que al emerger esta inquietud de manera incontenible, es un nuevo espíritu el que emerge con ella, capaz de arrollar los viejos esquemas desgastados y transformarse en aurora y no en crepúsculo del Chile de mañana. El movimiento nacionalista empuja, en esta hora dramática, a los sectores gremiales del país, para que definan de una vez por todas su proyección y su destino. El esquema partidista está agotado y los hombres de trabajo deben gravitar en el porvenir. Si es prudente esperar, la prudencia puede resultar suicida. Hoy es más importante el ímpetu que la experiencia, el amor a Chile que el amor por sí mismo.

JUSTICIA SOCIAL

Los que aún sueñan con volver al pasado sólo pierden su tiempo en una quimera irrealizable y además injusta. Se trata de avanzar, pero por el camino del nacionalismo, hacia la integración y la unidad, hacia la justicia social que ponga fin a la explotación y la infelicidad de los más, hacia el perfeccionamiento de la democracia y hacia la profundización de la libertad. No habrá paz social ni integración ni unidad, mientras el Estado no confiera a todos las mismas oportunidades o mientras los unos vivan en la opulencia y los otros no tengan otro destino que la miseria. El comunismo florecerá en medio de la pobreza, de la explotación y del subdesarrollo, esos son los grandes pulmones por donde respira aquella ideología totalitaria. Para acabar con ella es necesario, paralelamente, acabar con la substancia de que se nutre. Por eso el nacionalismo, junto con combatir al marxismo tiránico, combate con el mismo empeño a los agentes más efectivos de la dictadura de clases.



CADA DIA SON MENOS LOS QUE QUIEREN ENCADENARNOS

Compatriotas que me escuchan: tengamos fe en el patriotismo y la fortaleza moral de nuestros Institutos Armados; tengamos fe en los hombres de trabajo, más allá de las contingencias partidistas circunstanciales; tengamos fe en las fuerzas renovadoras que no se inspiran en el pasado, al que tampoco desprecian, pero que miran con audacia el porvenir. Nuestra lucha está planteada. Debemos promover el movimiento gremial, todo nacionalista debe ser gremialista, auténticamente gremialista, en el terreno delimitado de su sindicato, de su organización comunal, de su corporación, pero más allá de esa organización intermedia debe luchar por el nacionalismo, sin cuya victoria caeremos irresistiblemente en la tiranía marxista.

Saldremos del marxismo sólo si somos capaces de hacer trizas el esquema clásico de la democracia liberal. Saldremos del marxismo gracias a la acción patriótica de nuestros uniformados y siempre que junto a ella pueda proyectarse un poderoso movimiento de los hombres y mujeres de trabajo. Saldremos del marxismo, si tenemos la visión de volver al hombre chileno, que no nació en un partido ni lleva el sello indeleble de una ideología política.

Nuestro movimiento se halla hondamente conmovido por la desaparición de Roberto Thieme, fundador de Patria y Libertad y Secretario Territorial de la organización. Esta Jefatura Nacional ha dispuesto una investigación prolija de las circunstancias que rodean el accidente de que fue víctima. Queremos, sin perjuicio de ello, destacar su ejemplo y su sacrificio, porque nuestro compatriota cayó en misión nacionalista. Por esa razón hemos dispues-

to que a través de todas las Jefaturas Provinciales se organicen, simultáneamente, desfiles de antorchas que deberán culminar el día lunes próximo a las 21 horas. Queremos alumbrar en su nombre el cielo de la patria, porque él fue para el nacionalismo un destello que no apagará el tiempo y que seguirá orientando nuestra acción. Por lo mismo en Santiago nos concentraremos el domingo 11 de marzo, para rendirle un homenaje de hermandad y de admiración y para analizar, junto a los que siguen en esta batalla, y en esta causa la situación angustiosa de nuestra patria.

Chilenos que me escuchan: no nos dejemos envolver por una propaganda malintencionada que ha tomado la ofensiva y cuyo norte es desmoralizarnos. Ahora sabemos a ciencia cierta que somos más, muchos más, los que anhelamos seguir viviendo en un

país libre y progresista. Cada día son menos los que quieren encadenarnos. Ellos no tienen ni capacidad ni fuerza para conseguir sus fines liberticidas. Pongámonos de pie, desafiadamente. No aceptemos que nos avasallen la prepotencia y el matonaje. Volvamos los ojos a la Historia de la Patria. Cada vez que el país ha parecido naufragar ha surgido un puñado de valientes que han evitado la destrucción y el caos. A pesar de todo, y aun contra todo, seguiremos fieles a la tradición libertaria que nos legaron el heroísmo de O'Higgins, el valor de Carrera, la audacia de Manuel Rodríguez, el talento de Portales y el renunciamiento de Balmaceda. Adelante entonces, que el nacionalismo sea la bandera de hoy y la bandera de mañana.

CHILENO: ALZATE CON PATRIA Y LIBERTAD.

CHILE: como nos ve el mundo

DEL SUEÑO SOCIALISTA A LA REALIDAD DIARIA

Por Georges Dupoy, de "Le Figaro", de París

Los chilenos han encontrado una nueva divisa: "No hay". No hay cigarrillos, no hay carne, no hay dentífricos, no hay sábanas, no hay mantequilla, no hay vino, no hay papel "toilette", no hay arroz, no hay tabaco. No hay, no hay, no hay. En la parte inferior donde un vendedor de comestibles escribió estas dos palabras acusadoras, un guasón cualquiera agregó: "Como puede verse, no hay nada de nada".

La ausencia de productos de base y las largas colas frente a los almacenes son las dos cosas que más impresionan al periodista extranjero que llega a Chile, dos años después de que Salvador Allende hubiera asumido la presidencia, aunque no todo sea penuria absoluta: hay productos que aparecen y desaparecen en el mercado y otros, como la carne y la mantequilla, que no aparecen nunca. De lo cual se deduce forzosamente una anarquía en la distribución.

Otra cosa golpea la vista de inmediato: la generalización del mercado negro. En los elegantes barrios de Santiago el estraperlo corre por cuenta de los choferes de taxi y si las amas de casa se muestran "comprensivas" no va a faltarles nada mientras lo paguen. Sin embargo, quienes pueden hacer esto pertenecen a una minoría que no debe confundirse con la clase media cuya indignación crece cada día.

Es precisamente esta clase media, que representa el 45 por ciento de la población chilena, la que está pagando el precio de la política marxista de Allende. Cuando el precio de la carne se cuadruplica en tres meses (ahora ya ni siquiera se consigue), cuando el precio de la mantequilla sube de 60 escudos en noviembre a 250; cuando un par de zapatos que valía 400 escudos sólo se consigue por 1.200 y cuando un refrigerador trepa de 4.000 escudos a 10.000, hay que dudar de que la inflación según las cifras oficiales, ha llegado al ciento por ciento. Un empleado la avaluó ante mí a 250 por ciento y una ama de casa a 200 por ciento.

Chile es víctima hoy de un proceso incontrolable de empobrecimiento general. El mismo presidente Allende declaró hace poco: "No nos queda ni un solo dólar en caja".

El gobierno pierde su tiempo denunciando conspiraciones, atacando a las sociedades extranjeras, acusando a los traficantes, denunciando la alianza del imperialismo y del capitalismo internacionales contra Chile, con lo cual no se explica nada. Bien puede haber dirigentes izquierdistas convencidos de que todavía en Chile puede implantarse el marxismo. Pero no son pocos los que no están menos convencidos de que todo se ha echado a perder, lamentablemente.

Primer dato para examinar, la manera como se han llevado a efecto las nacionalizaciones, tanto en el dominio agrícola como en el dominio industrial. Por ejemplo, según lo estima Benjamín Matte, presidente de la Sociedad de Agricultores de Chile, la producción de trigo ha descendido de 36 por ciento con relación a 1967; la de maíz, 24 por ciento y la de arroz en un 16,9 por ciento. Todo ello se debe, según la misma fuente, al despojo ilegal de 1.700 agricultores que fueron expulsados de sus tierras en el solo año de 1971.

Pérdidas y ganancias

En Chile todo el mundo está de acuerdo sobre un punto: el país ha tenido que importar 350 millones de dólares de productos alimenticios en 1972. Un récord absoluto y mundial.

El mismo Benjamín Matte reconoce que la reforma agraria en Chile era necesaria, además de justa. Sin embargo, pone en tela de juicio la falta de planificación de la política adoptada, y su demagogia. "¿Qué ha ganado el campesino en Chile?", se pregunta. "El sistema transitorio del 'asentamiento' deja al trabajador de los campos en una situación de inse-

guridad, porque no es el propietario de las tierras que cultiva —propiedad a la que sólo podrá llegar en dos o tres años— y esta inseguridad no es un aliciente para aumentar la producción. Lo que el gobierno ha querido hacer en Chile es conquistar un proletariado campesino que no existe allí, para utilizarlo como fuerza de choque en la lucha de clases que quiere desencadenar en las ciudades. Resultado: los campesinos no han ganado y las ciudades han perdido".

La comedia intervencionista

Si en la agricultura las cosas van como ellas van, en la industria tal vez sean peores. El caso de la Dow Chemical es bastante ilustrativo al respecto.

Instalada en Concepción y dedicada a fabricar ciertos productos químicos, la Dow era una sociedad de capital mixto con un 70 por ciento norteamericano y un 30 por ciento chileno. Movía un promedio de 70 millones de dólares anuales y vista la prosperidad de la empresa sus directores decidieron aumentar de 30 millones su capital. En septiembre del año pasado dos representantes del gobierno y dos de la sociedad, se reunieron para discutir las modalidades de este aumento de capital.

Los representantes del gobierno querían a todo trance que el capital mayoritario fuera el chileno. Al concluir las conversaciones uno de los delegados del gobierno, Saúl Casanueva, habló con los representantes sindicales. A consecuencia de lo cual estalló una huelga con un pretexto cualquiera. Como no hubo arreglo, se nombró un árbitro (un "interventor") que no era otro distinto a Saúl Casanueva, que ordenó la intervención de la compañía por el gobierno, como medida de precaución.

Sometidos a vejaciones por los obreros (los hacían objeto de requisas en

cualquier momento, les abrían a la fuerza sus escritorios y archivos), los ingenieros se lanzaron a la huelga, ellos también. Casanueva creyó que ya tenía el triunfo en la mano y dio orden de que los obreros reemplazaran a los ingenieros y a los técnicos. Tres horas después de haberse asegurado este relevo, una formidable explosión hizo volar en mil pedazos el costoso reactor utilizado para producir polietileno. Los "stocks" existentes alcanzarán hasta fines de febrero. Después, nadie sabe qué ocurrirá. O sí se sabe. El letrerito: "Tampoco hay polietileno".

Reformismo infantilista

De ahí que no haya por qué asombrarse cuando se sabe que las empresas estatificadas están registrando pérdidas que alcanzan la fabulosa suma de 20.000 millones de escudos. En lo que hace relación al cobre, el principal recurso económico del país, el precio de la producción por libra de metal ha aumentado en un 50 por

ciento. "El precio de la producción —ha tenido que reconocerlo el propio Allende— ha subido tanto que él es mucho más elevado que el del precio de venta en los mercados mundiales".

Por su parte, el gerente de la mina de Chuquicamata, M. Silbermann, declaró hace poco a un redactor del cotidiano comunista "El Siglo": "En 1971 Chuquicamata perdió 60 millones de dólares únicamente por interrupciones de trabajo".

Todo lo que se ha dicho en estas notas es real y es verificable. Por lo demás, no son sino algunos ejemplos entre centenares de ellos que se podrían citar. Sin embargo, son lo suficientemente expresivos, sin que para explicar lo que está ocurriendo en Chile haya que recurrir al recurso de las "conspiraciones". Claro que recurrir a esta frase es algo muy cómodo. El misterio, la imprecisión y la duda que los rodean les hablan mucho más a la imaginación popular que la sombría realidad de una burocracia absurda y de un reformismo infantilista.

ALTERNATIVAS OMINOSAS

(Fragmento del editorial del diario "El Tiempo", de Colombia)

Chile va a las elecciones a resolver un dilema tajante, que muchas veces nos ha hecho temer a los observadores imparciales que esté al borde de la guerra civil, cuyo prólogo podrían ser las elecciones, aunque sobre la situación argentina tiene la chilena una ventaja evidente: hay una alternativa clara, y el elector sabrá lo que hace cuando vote por uno y otro de sus términos. En el mundo se mira la elección chilena como la manera de saber categóricamente si un pueblo puede pasar del sistema democrático a la dictadura proletaria sin espasmos, sin conmociones violentas, sin traumatismos. Si triunfa Allende no habrá duda alguna de que en pocos meses se implantará firmemente —con o sin el apoyo de las fuerzas militares— el régimen socialista, radicalmente diferente de lo que tuvo Chile hasta hoy, y con considerables y progresivas limitaciones de la libertad y de la acción privada. Si triunfa la oposición se puede pensar que Allende sobreviva en el gobierno, pero el intento de socializar a Chile estará herido de muerte. No puede haber en América, y quizás en el mundo, una definición más categórica, por el sistema tradicional de tomar la opinión de los habitantes de un país sobre su sistema de gobierno.

Hay una que se aproxima en importancia, y que por tratarse de uno de los países más prestigiosos de la Tierra tendrá más resonancia. En Francia, una coalición, compuesta de los mismos elementos de la chilena —y, aunque los franceses no lo piensen así, siguiendo el ejemplo de Chile— es decir, comunistas, socialistas y algunos sectores de los partidos democráticos tradicionales, va a disputar el gobierno al movimiento degaullista en el poder. El gobierno se ha empeñado, como táctica política, en convertir la lucha en una alternativa tan tajante, pero menos voluntaria, que la de Chile. El Presidente Pompidou, que ha tenido dificultades y aún pequeños desastres en el manejo de la política y de la administración en los últimos tiempos, juzga que puede apelar al sentimiento burgués, moderado y asustadizo de la gran masa de opinión que siguió fielmente a De Gaulle por tantos años, si consigue que la alternativa comunista-socialista intimide a los electores y los lance en brazos del gobierno. Pero si ello no ocurre, la misma campaña del gobierno precipitará la gran crisis de Francia después de las elecciones, en el caso de que triunfe la alianza comunista-socialista. El volumen muy considerable de los dos partidos, que hasta ahora por sus invencibles diferencias habían hecho imposible organizar una coalición con expectativas electorales muy fundadas, es bastante para cambiar la fisonomía política de Francia, y tal vez también del grupo europeo del Mercado Común. Hay que recordar que el equilibrio de Italia es tan inestable como el de Francia, y por la misma razón: el poder del Partido Comunista, hasta ahora mantenido bajo control por alianzas de la derecha con el socialismo.

Es también muy probable que después de todo no ocurran cosas muy graves, y que las soluciones que dé el pueblo a estas alternativas, en Argentina, en Chile, en Francia, sean favorables para la paz general de las respectivas regiones y del mundo.

ENFRENTAMIENTO EN CHILE

Una misma situación puede ser enfocada desde millones de puntos de vista, pero nos vamos a conformar con solamente dos para apreciar la gravedad del enfrentamiento que se ha producido en Chile.

Podríamos decir que, como era dable esperar, en su firme camino hacia el socialismo el gobierno popular se enfrenta una vez más con la todavía poderosa oligarquía y con los partidos políticos reaccionarios que hasta el próximo mes de marzo ostentarán la mayoría opositora en el Congreso.

Apoyada por el boicót propiciado por el gobierno imperialista de los Estados Unidos, que ha impuesto la negativa total de los organismos internacionales de crédito a las operaciones a que tenía derecho pleno el actual gobierno chileno, y financiada por la CIA y por las multinacionales corporaciones del cobre y por la I.T.T., que aún tiene clavadas sus garras en el país, la oposición ha creado un desabastecimiento total de artículos de primera necesidad; ha fomentado la creación del Mercado Negro de todo cuanto es vital para la población y se

**POR ESTEBAN
MONCADA, DE
"EL SIGLO",
DE BOGOTA.**

apresta para crear la confusión y el caos que le servirán como plataforma electoral en las elecciones parlamentarias del próximo mes de marzo.

Y también podríamos decir que en 27 meses le han bastado al marxismo leninismo para demoler totalmente los mecanismos de producción del país; que el Presidente Allende ha cumplido con la primera etapa prevista por el siniestro sistema, pero que la torpeza personal del mandatario y el error congénito de sus secuaces ha provocado que, como a tanto terrorista, la bomba le estalle en la cara... Este gobierno demolió la produc-

ción agropecuaria, demolió la producción industrial y llevó a la bancarrota a la distribución y al comercio, sin sustituirlos por nada... por absolutamente nada. Este gobierno perdió el crédito en todos los organismos de crédito internacional, al dejar de pagar las deudas contraídas, al despojar clínicamente a los inversores privados nacionales y extranjeros; extorsionar al comercio y lanzarse a emitir papel moneda descabelladamente. Y en las vísperas de las elecciones parlamentarias de marzo, en las que de realizarse experimentaría una aplastante derrota, busca ahora monopolizar la distribución de los alimentos y exigir el registro de las personas que los precisan para subsistir, con el afán de coaccionarlas a votar por los candidatos de la Unidad Popular o quedar condenados irremediamente al hambre.

De más está decir que el primer enfoque corresponde al marxismo y que el segundo corresponde al no marxismo; que el primer enfoque cuenta con el

apoyo de las masas populares, de los intelectuales, de las asociaciones de iglesias cristianas pertenecientes al Tercer Mundo, y que el segundo enfoque pertenece a los agricultores grandes y pequeños, a los industriales grandes, medianos y pequeños, a los comerciantes grandes, medianos y pequeños, a la mayoría de los estudiantes universitarios, a la mayoría de los periodistas, a la mayoría de los dirigentes obreros responsables. En fin, a los que se tomaron ciento cincuenta años en construir un Chile que era digno del respeto de toda América y tal vez del mundo.

Estos últimos, se oponen a que al Estado Marxista que rige en Chile se le entreguen todos los frutos que todavía ha entregado lo que queda de la producción nacional. Porque quieren evitar la extorsión aún a costa de ir al paredón o a la cárcel.

El gobierno marxista insiste y con el apoyo de sus tres ministros de las Fuerzas Armadas, dice que impondrá sus términos y el racionamiento total de los alimentos.

Si esto no lo logra por las vías democráticas, los chilenos pueden ya irse despidiendo de las anunciadas elecciones parlamentarias de marzo.

EL NAUFRAGIO DE SALVADOR ALLENDE

(Del "Deutsche Zeitung", de Stuttgart)

El paso que dio el gobierno chileno del Frente Popular al racionar rigurosamente los treinta productos alimenticios fundamentales, se había hecho desde hace tiempo inevitable. Ya al comienzo de 1972 el Presidente Allende había anunciado una medida de esta especie. Pero él postergó cada vez más su puesta en práctica. Tenía, sin duda, el deseo de postergarla hasta después de la elección parlamentaria del 4 de marzo. Ahora, sin embargo, se encontraba sin escapatoria frente al colapso creciente del conjunto del abastecimiento.

Es característico de la improvisación que distingue a toda la política económica de Allende el que, aún ahora que debe ordenarse el racionamiento, faltan las más simples precauciones de organización: las tarjetas de racionamiento se encontrarán a disposición sólo "dentro de unos meses". Hasta entonces el gobierno pretende dominar la situación con dos métodos improvisados. Por un lado por una estricta administración obligatoria del mercado, y por otro lado por la movilización de las masas. Para ello el gobierno toma bajo su control todo el comercio mayorista de los productos racionados: como las fábricas de alimentos en el futuro podrán sólo hacer entregas al Estado, éste espera regular mejor la distribución hasta ahora defectuosa de sus productos y poderla controlar.

Como no se puede improvisar de la noche a la mañana un sistema estatal de distribución y como por ahora no se puede prescindir del comercio detallista, se organizan, al mismo tiempo, brigadas de denuncias formadas por partidarios fieles de la Unidad Popular (comandos de abastecimiento y precios). Ellos deben vigilar a los comerciantes y denunciar de inmediato todas las infracciones. Como quiera quearezca el resultado de esta doble ofensiva, ella hace evidente en cualquier caso el naufragio del "experimento Allende". El Presidente marxista ha querido demasiado de una vez: una revolución social dentro del marco y usando los medios de la democracia (o usando la expresión que Allende prefiere

"con un minimum de costo social") y, al mismo tiempo, una inmediata y sensible mejora en el standard de vida de las grandes masas. Este programa demasiado ambicioso funcionó al principio asombrosamente bien. Pero a las alzas masivas de remuneraciones y a las sumas gigantescas que invirtió el Estado para la compra de empresas privadas en el mercado libre (y con la cual el gobierno esperaba llevar adelante su política socializante a espaldas de la oposición parlamentaria), un estricto control de precios pudo contener hasta fines de 1971 la presión del exceso de poder de compra así creado. Esto se hizo posible sólo porque Chile tuvo que entregar importantes reservas de divisas para la importación de alimentos en lugar de inversiones productivas. Cuando las reservas de dólares se agotaron, la avalancha se descargó en el año pasado con tanta mayor violencia. Una tasa de inflación récord de 150% liquidó una buena parte de los voceados adelantados sociales. Cada vez fueron más las mercaderías que desaparecían de las tiendas ante las cuales las dueñas de casa esperaban noches enteras en largas colas para tener la oportunidad de conseguir todavía algo, inmediatamente después de la hora de apertura. Cuando no encontraban lo buscado, no les quedaba otro recurso que ir al mercado negro: allí se encuentra casi de todo, pero a un precio de 4 ó 5 veces más que el oficial.

Si las nuevas y draconianas medidas pueden dominar este cáncer parece cuestionable. Un sistema de racionamiento efectivo supone una administración funcional eficiente. Pero la administración chilena normalmente débil se ha visto afectada por su extremada politización bajo el gobierno del Frente Popular y ello no la ha hecho ciertamente más eficaz. Tal como están las cosas, la tarjeta de racionamiento es el único instrumento que permite por lo menos una mínima medida de distribución ordenada y socialmente justa. Pero el hecho de que el recurso a este instrumento haya llegado a ser imprescindible pronuncia un juicio definitivo sobre 27 meses de Unidad Popular.

"VISION DE CUBA"

(Eugenio Velasco, Editorial Universitaria. 63 páginas)

Mucho demoró el señor Velasco en publicar esta conferencia pronunciada en la Escuela de Ciencias Políticas y Administrativas, luego de su viaje a Cuba en 1969. El autor trata de ser objetivo y lo consigue. Indudablemente el señor Velasco quedó electrizado con Fidel Castro y su natural magnetismo, que con seguridad nace de la leyenda que se ha tejido en torno suyo. Para describir al tirano del Caribe hace un cuadro minucioso de su aspecto físico y reproduce, inclusive, algunas de sus chirimotas. La entrevista que se relata duró DOCE HORAS consecutivamente y, según Velasco, no hubo tema humano ni divino que no se abordó. Interesante resulta la descripción de los fatídicos "Comité de Defensa de la Revolución" que con tanto empeño tratan los comunistas de crear en Chile y de los Tribunales Populares que nada tienen de Tribunales como los conciben los cerebros jurídicos.

Pero sin duda el mayor acierto es la relación de lo que en Cuba representa la Universidad, las dificultades con que se encontró el comunismo luego que Castro declarara su filiación y arrastrara a su país a un régimen totalitario. No menos atractivo resulta el destino de la profesión de abogado y la importancia que luego de su decadencia se le asigna hoy en día, con otra proyección y otro enfoque, por cierto.

El señor Velasco tiene, indudablemente, aciertos en su conferencia. Cuando relata, por ejemplo, una anécdota en la cual participó un Decano chileno, de filiación marxista y de la Facultad de Medicina. Cuenta Velasco que el expositor cubano describió el sistema de salud adoptado por la revolución, luego de lo cual el chileno señaló su asombro y su aprobación, manifestando el beneficio que su implantación significaría para Chile. El expositor, entonces muy sorprendido, le indicó que la organización del Servicio de Salud había sido copiada del chileno...

Desgraciadamente, el señor Velasco no ha tenido una línea muy consecuente con la última declaración de principios que hace en su libro, ya que si bien luchó, encabezando en la Facultad de Ciencias Jurídicas de la Universidad de Chile toda una corriente antimarxista —lo cual le permitió mantenerse durante varios años como Decano, llegándose a postular su nombre como Rector de la Universidad—, luego del triunfo de Salvador Allende apareció en el carro de la victoria del cual, felizmente, se desembarcó para transformarse en candidato a senador de la oposición democrática. Es de esperar que no vuelva a producirse otro vaivén semejante.

Recomendamos a nuestros lectores este libro por la seriedad y objetividad con que ha sido concebido.

TODO EL MUNDO QUIERE MANDAR EN LA EPOCA DE LOS "COMPAÑEROS"

Por Emmanuel Francesco

Después de dos años que llegó al poder Salvador Allende, hemos considerado interesante hacer un balance provisorio de las relaciones económicas de nuestro país con Chile, lo que nos permitirá analizar paralelamente la situación económica de ese país.

Antes de Allende. Durante la presidencia demócratacristiana de Eduardo Frei, desde 1964 a 1970, los intercambios entre los dos países eran importantes. Chile ocupaba el cuarto lugar entre nuestros clientes latinoamericanos, y nos compraba, año bueno o malo, un término medio de 63 millones de francos suizos. Los sectores principales de nuestras exportaciones hacia Chile eran los relojes (5 a 6 millones al año) y maquinarias. Con la fábrica Dubied, Suiza servía todo el mercado de máquinas de tejer de Chile. Se tra-

Después de Allende. Después de la llegada al poder de Allende la situación económica de Chile se ha deteriorado rápidamente, y las relaciones comerciales con nuestro país han sufrido evidentemente. En 1971 las cifras que dimos para el período precedente se mantuvieron más o menos iguales, ya que el gobierno había heredado una importante reserva de divisas del gobierno anterior. En 1972, el 70% del sector de la industria textil, que pertenecía a grandes familias árabes, se estatificaron, y el nuevo patrón se niega a reconocer los tratos concernientes a las deudas contraídas bajo la administración del Presidente Frei. Las reacciones de los países proveedores de maquinarias a Chile son muy variadas. Las fábricas francesas, por ejemplo, no aceptan enviar piezas de repuesto, y menos aún maquinarias nuevas, mientras no se paguen las órdenes de pago en suspenso. Nuestra actitud es más suelta: seguimos enviando los repuestos, en la medida en que son pagados antes de enviarlos. Para el resto, nuestras exportaciones a Chile se reducen a poca cosa, fuera de las máquinas tejedoras que son muy apreciadas, ya que el gobierno de la Unidad Popular quiere desarrollar la pequeña industria.

Situación muy difícil. La situación general de la economía chilena en 1972 es bastante dramática. La producción de cobre no ha aumentado, a pesar de la inauguración de dos nuevas minas, y la caída mundial del precio del cobre no ha arreglado los negocios del país. Chile importaba antes alimentos por un valor de no más de 150 millones de dólares al año; por causa de la baja general de producción, y principalmente por causa del estancamiento de la reforma agraria, el país ha debido, en 1972, comprar por valor de US\$ 400 millones en productos alimenticios extranjeros. Este mismo año Chile debería haber pagado 400 millones de dólares por su deuda externa. El gobierno por falta de divisas se ha visto imposibilitado de hacer frente a sus obligaciones: ha tenido que renegociar el 75% para los 5 años venideros. El déficit previsto para 1972 es de entre 350 y 400 millones de dólares.

Una inflación terrible. A principios de 1971, el objetivo del gobierno de la Unidad Popular era el de una redistribución más equitativa de las entradas. Bloqueó los precios, y el primer aumento del costo de la vida de 50% pudo ser absorbido por las industrias que disminuyeron

ta de un mercado importante, ya que ese país tiene la industria lanera más desarrollada de América del Sur. Hoy día todavía, un experto de la cooperación técnica forma profesores para las escuelas de tejidos y para el mantenimiento de las máquinas. Suiza vendía además de las máquinas de tejer, turbinas. En todo el sector textil, Suiza compartía con Alemania un sitio especial.

En cuanto a nuestras compras a Chile, subían a cerca de 20 millones de francos suizos, sin contar 2 ó 3 millones de compra de cobre chileno, pero cuyo monopolio de exportación era norteamericano. Los productos que importábamos eran principalmente frutas secas, harina de pescado, y vino cuya cuota fijada para Suiza era de 30.000 hectolitros.

sus márgenes de ganancia y aumentaron sus rendimientos. Para reducir la cesantía, el gobierno creó nuevos empleos en el sector público. Pero como no lograba hacer frente a todas sus obligaciones tuvo que recurrir a un aumento en su emisión monetaria: 150% en 1971, 275% hasta agosto de 1972. Las empresas se pudieron mantener hasta fines de 1971, después se produjo el estallido inevitable de precios y salarios. En diciembre de 1972, el aumento de los precios en relación a septiembre de 1971, se calcula en más de 130%.

Para evitar un descontento demasiado grande en la población, el gobierno se ha visto obligado a conceder, desde el 1.º de octubre un aumento general de salarios del 100%, sin con eso conseguir compensar la totalidad de la pérdida de poder de compra. Este aumento representa para el sector público, una carga suplementaria de 38 millones de escudos.

Además, contrariamente a las previsiones optimistas del gobierno las industrias estatificadas sufren pérdidas importantes. Para el año 1972 hasta agosto,

sus déficit totales ascienden a 23 mil millones de escudos.

Las razones de estos fracasos son múltiples. A menudo se ha contratado gente sin preparación para reducir la cesantía. Además todo está politizado dentro de las fábricas. En la época de los "compañeros" todo el mundo quiere mandar.

La actitud de Suiza. Frente a esta situación nueva, Suiza, por intermedio de la Oficina de Seguros de la exportación, en Zurich, ha adoptado una actitud muy restrictiva. La mayor parte de los pedidos no se aceptan y no hay inversiones nuevas de nuestro país en Chile.

En lo que respecta a la cooperación técnica, las opiniones eran contradictorias. Por último el Consejo Federal estimó que había que distinguir la cooperación técnica de la situación política de un país, y así se ha continuado con la ayuda técnica. Tenemos actualmente en Chile especialistas en tres campos: refrigeración, turismo y tejido mecánico.

¿Cuál será el futuro? Depende de numerosos factores; pero se puede prever, desde ya, que las elecciones parlamentarias de marzo de 1973 a corto plazo, y las elecciones presidenciales de noviembre de 1976 a más largo plazo traerán verosíblemente a Chile por los caminos de una economía más próspera.

MARCHA POR ROBERTO THIEME

VIERNES 16 DE MARZO

18 horas

Salida desde Almirante Barroso 825, hasta Plaza Baquedano, Monumento M. Rodríguez.

MARCHA POR CHILE

MARCHA POR TI

ACTIVISMO Y ACCION DE MASAS

Por M. F. W.

El gigantesco aparato de publicidad del marxismo en Chile ha distorsionado absolutamente la imagen del Frente Nacionalista Patria y Libertad. Haciendo uso y abuso de todas las artimañas posibles el comunismo, fundamentalmente, que es el que en definitiva dirige y controla a este Gobierno, ha hecho creer a la opinión pública que el movimiento nacionalista es un grupo de choque y una organización violenta que carece de ideología. Y a todo ello se le agrega el remoquete de que es un movimiento fascista.

Sin ir más lejos, el domingo 11 de este mes Patria y Libertad realizó una concentración pública en el Teatro Normandic de Santiago. Canal 7 de Televisión, estación del Gobierno, pidió autorización para filmar el acto. La obtuvo, y sin problemas los camarógrafos cumplieron su misión. Sin embargo, en la noche de ese mismo domingo, el Canal 7, dirigido y orientado por el Partido Comunista, atacó arteramente a los nacionalistas y a sus dirigentes. Se mintió descaradamente y se presentó un acto público, que había sido autorizado por la Intendencia de Santiago, como una reunión sediciosa.

Pero la campaña en contra del nacionalismo ha llegado ya a las vías de hecho y tal como se informa en esta revista con documentos gráficos, el sábado 10 la sede de Rafael Cañas N° 214 fue objeto de un atentado que no llegó a mayores, pero que pudo terminar con el incendio de ese inmueble y los adyacentes.

Las amenazas telefónicas son constantes y se trata por todos los medios de atemorizar a los militantes, simpatizantes o adherentes del movimiento nacionalista.

Es una campaña sistemática destinada a aniquilar a un movimiento, como el nacionalista, que presenta desde su fundación una sólida resistencia al avance destructor del marxismo.

Frente a esta situación los medios de propaganda y difusión del nacionalismo resultan insuficientes. Se carece de los medios económicos como para responder aunque sea medianamente al adversario. Sólo se cuenta con esta revista, algunos programas de radio y de vez en cuando, con esfuerzo, con el dinero necesario como para pagar algunas inserciones en diarios.

POLITICA DE ACTIVISMO

La lucha del nacionalismo, entonces, se hace cada vez más dura y ello obliga a cada militante a transformarse en un activista permanente de las ideas nacionalistas. En un portavoz diario de las concepciones que guían a quienes se

han sumado a Patria y Libertad.

Luchamos contra tres elementos. De un lado la contrapropaganda del marxismo a través de sus medios de información. En segundo término la ninguna ayuda que nos proporcionan los demás sectores democráticos por ver en el nacionalismo un elemento competitivo. Y finalmente, la abulia de muchas personas para quienes resulta más simple y cómodo repetir los slogans que en nuestra contra lanza el marxismo que darse el trabajo de analizar qué pensamos, cómo sentimos, cuáles son nuestras metas y hacia dónde encauzamos nuestros propósitos.

En consecuencia, el nacionalismo a lo largo de todo el país debe imponerse una política de activismo intenso en todos los sectores de la población. Cada militante o persona que adhiera a las ideas nacionalistas no sólo debe defenderlas sino que ir conquistándose a nuevos elementos que estén dispuestos a luchar junto a nosotros.

Se debe recalcar hasta el cansancio que el nacionalismo es un movimiento ideológico que no defiende otros intereses que no sean los de Chile. Un movimiento que nació para unir a los chilenos y donde todos tienen un puesto que ocupar y una responsabilidad que cumplir. El nacionalismo tiene una concepción diferente de la vida, de la política y de lo que debe ser nuestro país. Patria y Li-

bertad no está ni con la derecha y la defensa de sus menguados intereses ni con la izquierda y sus afanes de imponer en Chile un Estado comunista.

La doctrina y las concepciones ideológicas del nacionalismo buscan por sobre todo unir e integrar a todos los chilenos en el trabajo por la grandeza y prosperidad de la nación. Sin odios ni diferencias sociales y con oportunidad para todos y donde cada uno cumpla con sus deberes y obligaciones. El nacionalismo no halaga a nadie ni hace la demagogia de los políticos tradicionales. Dice solamente que su derrotero es Chile y su progreso y por ende el avance de su pueblo como un todo organizado y unitario.

MASIFICACION DEL MOVIMIENTO

Pero también el nacionalismo debe propender con la urgencia que la situación del país impone, hacia una política de masificación. En torno de Patria y Libertad debe surgir un gran frente de masas donde se encuentren integrados todos quienes de una u otra forma quieran vencer al comunismo internacional.

Las últimas elecciones parlamentarias del 4 de este mes mostraron el descuido de los partidos tradicionales —hecho que habíamos constatado hacía ya más de un año— en materia de organiza-

ción y movilización de masas. Mientras el marxismo, y particularmente el comunismo, ha mantenido su esquema de organización de grandes sectores de la ciudadanía, la oposición y los partidos tradicionales en especial se lanzaron a una campaña política sin contar con la suficiente preparación de sus cuadros y darle importancia a lo que realmente significa una política de masas. Los resultados están a la vista. El marxismo pese a contar en su contra con grandes y graves problemas que afectan a todos los sectores, se permitió obtener una votación que ha dejado preocupados a muchos.

El nacionalismo no podía advertir esta situación en medio de la farándula política a que se vio volcado el país. Hoy, sin embargo, se debe sacar experiencia y aplicarla de inmediato.

Patria y Libertad debe abrirse a los grandes sectores de oposición para los cuales los partidos políticos no son una respuesta. Se debe impulsar una política amplia de difusión y organización, bases fundamentales de todo movimiento político. A lo largo de todo Chile el nacionalismo debe captar más adherentes y simpatizantes y transformarlos en combatientes de nuestra causa que se identifica con Chile. No se debe caer en el juego de élites de los partidos políticos. El adversario marxista es poderoso en organización, disciplina y activismo y además cuenta con el poder. El nacionalismo puede hacerse fuerte porque las condiciones actuales así lo permiten.

Patria y Libertad debe abrirse hacia los trabajadores, los campesinos, los pobladores y estudiantes, los comerciantes y profesionales, las mujeres en general y hacia todos aquellos que de una u otra forma sientan que el nacionalismo es una fuerza real que tarde o temprano se impondrá en Chile.

“NACIONALISMO PRESENTE”:

La voz del Frente Nacionalista Patria y Libertad de Antofagasta. Lunes, miércoles y viernes, a las 14.15 horas, por Radio Cooperativa. Comenta: Guillermo Cepeda Giusti.

ACTIVISMO Y ACCION DE MASAS

Por M. F. W.



ROBERTO THIEME



Archivo
Nacional
de Chile



EL MINISTRO de la Corte de Apelaciones, Rubén Galecio es el encargado del principal proceso en contra del líder ultraderechista, Walter Roberto Thieme y dos de sus lugartenientes capturados durante una tranquila cena la madrugada del domingo último en Las Condes. La acusación de la policía civil y por ende del Gobierno es por "asociación ilícita". Hasta ayer se comentaba en medios de izquierda la extraña y poco espectacular forma en que fue detenido Thieme presumiéndose —aunque con pocos argumentos— que "todo obedece a una entrevista en la Cárcel de Santiago con el ex general Viaux", quien debe salir en dirección al extranjero en los primeros días de septiembre.

Con metralletas vigilan celda de Roberto Thieme

Dos funcionarios de Prisiones armados de metralletas vigilan constantemente, en turnos de seis horas, el frente de la celda solitaria en que se encuentra confinado el líder ultraderechista Walter Roberto Thieme Schiersand desde la noche del lunes último en que el Ministro de la Corte de Apelaciones Rubén Galecio decretó su incomunicación por el delito de "asociación ilícita" con que está caratulado el proceso que dicho magistrado lleva a nombre de la justicia. Las medidas de seguridad en la Cárcel de Santiago se extremaron las últimas 48 horas a raíz de la espectacular y extraña detención del jefe máximo del movimiento clandestino "Patria y Libertad" y dos de sus lugartenientes, José Eugenio Fabres Echeverría

y Saturnino López Villalobos, en el interior del restorán "Innsbruck" de Las Condes la madrugada del domingo último.

El Ministro Galecio, que debió constituirse en el edificio de la prisión santiaguina y específicamente en el Segundo Juzgado del Crimen capitalino por medidas de seguridad y a petición de los abogados del prisionero principal que temían un atentado contra la vida de Thieme, trabajó hasta las diez de la noche del lunes pasado, completando siete horas de interrogatorios a Thieme, López y Fabres, todos acusados por la policía de Investigaciones en el delito de "asociación ilícita" contemplado en el artículo 292 del Código de Procedimiento Penal. Al final de la jornada, el ministro sumariante ordenó la incomunicación de los tres detenidos y casi de inmediato se concretaron las medidas de seguridad decretadas por la superioridad del Servicio de Prisiones. La misma noche del lunes pasado, varios funcionarios de la Tercera Comisaría de Carabineros custodiaron las cuatro esquinas exteriores de la prisión de General Mackenna, pero una vez finalizados los interrogatorios esa guardia anexa fue retirada, debido a que se reforzó el contingente de funcionarios de Prisiones.

Las medidas de seguridad adoptadas tanto por Prisiones como por el Servicio de Investigaciones el lunes último, movieron a comentario y establecieron que se presumía atentados en contra del líder ultraderechista, aunque muchos policías señalaron que "parecía sumamente extraña" la forma en que Thieme fue capturado en el restorán "Innsbruck" junto a siete varones y cuatro damas, la mayoría menores de edad, cenando tranquilamente. Varios detectives que habían participado en pesquisas destinadas a ubicar al jefe de "Patria y Libertad" manifestaron que "no era de extrañar la forma en que cayó Thieme, ya que se sabía que frecuentaba algunos restoranes en la comuna de Las Condes, sintiéndose muy seguro de que nadie lo reconocería".

Los policías que efectuaron esos comentarios agregaron

que la confianza perdió al líder ultraderechista, que ahora se encuentra confinado en una celda solitaria en la Cárcel de Santiago.

Pero la extrañeza de algunos policías "comprometidos" va más allá y trata de vincular el hecho de la detención "relativamente fácil" de Thieme con la permanencia del ex general de Ejército Roberto Viaux en la misma prisión y de otros "28 militantes de su movimiento" que comparten el mismo destino. Los encargados de custodiar la prisión de General Mackenna demostraron su inquietud por la tensión que rodea la categoría de los citados prisioneros. Muchos llegaron a decir que "menos mal que trasladaron a los extremistas de izquierda a la Penitenciera, poco antes que el general Vaux llegara a la Cárcel".

ESCASOS ARGUMENTOS

Los más osados comentaron en medios policiales que "algo" se está tramando para esta semana y que "la Cárcel con esos prisioneros está convertida en un verdadero polvorín". Lo cierto es que existen pocos argumentos de parte del sector izquierdo de nuestra política para señalar tales probabilidades de "conspiración" ya que es sabido que el general Viaux dejará de permanecer en prisión el 3 de septiembre próximo, cuando cumpla sus condenas y esté listo para salir del país con el fin de proceder a su pena de "extrañamiento", decretada por la Justicia Militar. El ex oficial, de acuerdo a ciertos antecedentes proporcionados por su familia, necesita alejarse de todo tipo de problemas como los que recayeron sobre su persona en los últimos años.

EXPULSADOS

El segundo personaje prisionero en importancia que permanece en la Cárcel santiaguina, Walter Roberto Thieme Schiersand habría "confesado", según la policía de Investigaciones, todo tipo de antecedentes y conexiones con representantes nacionales de la industria el comercio y el rodado —actualmente en huelga— autocalificándose también "autor intelectual" de todos los atentados terroristas, lo cual está en directa contraposición y no se compadece con la acusación oficial de la policía civil en su contra: "asociación ilícita".

En todo caso se ha sabido que cuando el jefe de la Brigada de Homicidios, Waldo Montecinos, le preguntó a Thieme —durante su permanencia en el cuartel central de la policía civil— sobre la militancia de los implicados en el asesinato del edecán naval de la Presidencia de la República, capitán Arturo Araya Peeters,

éste respondió escuetamente: "No son de Patria y Libertad, porque los expulsamos. Ustedes comprenderán que si algunos chiquillos se creen miembros del movimiento sólo por el hecho de adquirir un arma de fuego nosotros no podemos controlarlos. El del edecán fue un crimen estúpido lo reconozco pero esos muchachos ya habían sido marginados de la organización".

En relación a ese mismo punto se pudo saber ya en forma definitiva que el jefe del grupo ultraderechista que operó la madrugada del 27 de julio en el sector de Carlos Antúnez con Fidel Otaiza Vargás, fue Guillermo Bunster Titsch y que René Claverie Barbet fue el autor del disparo que impactó en el cuerpo del edecán Araya Peeters, causándole posteriormente la muerte. Hace algunos días un experto policía regresó de la ciudad de

Mendoza, donde fracasó en su gestión por ubicar a Bunster Titsch, presuntamente oculto por otros elementos de ultraderecha en dicha ciudad argentina. Por su parte, Claverie estaría oculto en Paraguay, donde también residen desde hace meses elementos de oposición cerrada al Gobierno de Salvador Allende.

El Servicio de Prisiones, en relación con los últimos tres detenidos de "Patria y Libertad", adoptó la decisión de ordenar una revisión médica a los prisioneros. Los tres estaban en óptimas condiciones físicas.

Hasta ayer en la tarde, el ministro Galecio no había ordenado otras detenciones en torno al proceso, pero de acuerdo con informaciones emanadas de Investigaciones, este servicio policial había decretado la búsqueda de diez elementos de "Patria y Libertad", que habrían sido mencionados por Thieme como "jefes de grupo" de la organización clandestina.



SEGUN LA POLICÍA DE INVESTIGACIONES, Walter Roberto Thieme dio a conocer los nombres de diez "jefes de grupo" de su organización clandestina, "Patria y Libertad". Aunque no existen órdenes de aprehensión de parte del ministro sumariante, Rubén Galecio, los policías trabajan en la ubicación y captura de dichos personajes.

Confidencial

Una profunda escisión se produjo hace algunos días en los movimientos de extrema izquierda ahijados en los últimos años por el MIR de acuerdo a informaciones que surgieron en la Cárcel de Santiago. Todo se vino a conocer con el traslado de los "ultra" a la Penitenciaría de la capital con ocasión del envío del ex general Roberto Viaux a la prisión de General Mackenna quien debe cumplir sus condenas el próximo 3 de septiembre.

El traslado de los extremistas de izquierda al establecimiento penal de Avda. Pedro Montt no se registró específicamente por medidas de seguridad a favor de Viaux, sino debido a que los dirigentes encarcelados de la secta terrorista "Vanguardia Organizada del Pueblo" encabezados por Daniel Vergara Buffat pidieron ser separados de los miembros del "Ejército de Liberación Nacional", "Fuerzas Armadas Revolucionarias" y otros.

Al parecer y según los comentarios recogidos al respecto, hubo disparidad de opiniones sobre la forma de actuar en el futuro y frente a la actual política estatal. Los "ultra" en esa forma se divorciaron "a la chilena" y cada cual se fue por su lado.

Reforzada la guardia en la Cárcel

27.1.73

72



Archivo
Nacional
de Chile

El Director General de Investigaciones, Alfredo Joignant, informa a los periodistas del arresto del dirigente de "Patria y Libertad", Walter Roberto Thieme. El funcionario se negó a dar pormenores de la acción policial



Entre dos detectives aparece al centro Roberto Thieme, dirigente máximo de "Patria y Libertad", cuando esperaba ser interrogado ayer por el Ministro de la Corte de Apelaciones, Rubén Galecio. Posteriormente, Thieme,

quien fuera detenido en un restaurante del barrio alto en la noche del sábado, quedó incomunicado en la Cárcel Pública

Trasladado a la Cárcel

20/11/73

Thieme Declaró Ante El Ministro Galecio

En medio de espectaculares medidas de seguridad fue trasladado al Segundo Juzgado del Crimen el secretario general de Patria y Libertad, Roberto Thieme, quien permanecía detenido desde la madrugada del domingo en el Cuartel de Investigaciones.

Por precaución, el Ministro Rubén Galecio se constituyó en el Segundo Juzgado, ubicado frente al Cuartel de Investigaciones, evitando de este modo el traslado del detenido hasta la Corte de Apelaciones, que se realiza en un momento posterior.

Poco después de las 13 horas salió desde la Corte el Ministro Galecio acompañado de la agendar Ema Muzuela y se dirigió al Segundo Juzgado del Crimen, desde donde pidió al detenido.

La calle General Mackenna estaba acordonada por un fuerte contingente de Carabineros, armados de metralletas. La policía civil, por su parte, había distribuido a sus efectivos de modo que formaban una calle entre los dos edificios.

Roberto Thieme cruzó la compacta barrera de policías rodeado, además, por una cincuentena de detectives que lo cubrían totalmente.

Roberto Thieme tiene cuatro procesos en su contra. Uno de ellos en la Justicia Militar, dos en las instancias a la Ley de Seguridad Interior del Estado y otro en el Segundo Juzgado del Crimen por el robo del avión del Club Aéreo en el que, luego de sufrir un accidente, huyó hacia Argentina.

El Fiscal Militar, que lo pro-

cesará por su participación en la sublevación del Regimiento de Artillería N.º 2, lo interrogará posiblemente en la mañana de hoy. Es posible que esta diligencia se cumpla en la Cárcel Pública, también por medidas de seguridad.

Previamente el Fiscal Fernando Lyon deberá pedir al Ministro Galecio la autorización correspondiente para interrogar al reo.

ERNESTO MILLER

En fuentes de Investigaciones se informó que tienen órdenes de detención en contra del actual jefe del Movimiento Patria y Libertad, Ernesto Miller, quien fue entrevistado el domingo en la noche por el Canal 13 de Televisión, luego de hacerse pública la detención de Thieme. También hay órdenes de detención en contra de otros

membros de este movimiento. **DETENCION EN VALPARAISO**
Fue detenido por investigaciones de Valparaíso, a base de una orden de la Fiscalía Militar, el jefe provincial del Movimiento Patria y Libertad, Claudio Fadda Corti.

El Prefecto de Investigaciones señaló que había asimismo una orden emanada de la Corte de Apelaciones, por lo cual dudaba hasta el mediodía de ayer si enviar al detenido a la Fiscalía Militar, a la Corte de Apelaciones o bien a la Intendencia de la Provincia.

El abogado del detenido, Mario Canales, se hizo presente en el cuartel policial para constatar la situación de su cliente, a quien encontró sometido a buen trato, mientras tramitaba la presentación de un recurso de amparo.



DOS CONFERENCIAS DISTINTAS. El 16 de julio de este año el líder de ultraderecha Roberto Thiepe ofreció una conferencia de prensa —arriba— para señalar que "lucharían contra el Gobierno de Salvador Allende desde la clandestinidad". Eso sorprendió a la policía, que lo creía asilado en Argentina, después de simular su muerte en Concepción con un falso accidente aéreo. Abajo, el director de Investigaciones, Alfredo Joignant, anuncia al mediodía de ayer que el jefe de Patria y Libertad había sido detenido mientras cenaba en un restorán de Las Condes y que con ello se aclaraban la mayoría de los atentados terroristas de los últimos días.

27.8.73

74

1-9-73

Fiscal Naval interrogó a Thieme

En las próximas horas se resolverá la encargaría de reo del líder del movimiento Patria y Libertad, Roberto Thieme, que en estos momentos se encuentra incomunicado en la Cárcel de Santiago.

En la mañana de ayer llegaron hasta el recinto penal el fiscal naval ad-hoc, Aldo Montagna y el general Nicanor Díaz Estrada, presidente de la Comisión Investigadora del homicidio del edecán Arturo Araya Peeters. Durante varios minutos dichos señores interrogaron al detenido, para inquirirle detalles sobre su posible participación en el hecho.

Como es sabido, Roberto Thieme ha sido interrogado toda la semana por los distintos magistrados y fiscales que tienen en sus manos los

diversos procesos en los cuales estaría implicado el líder de Patria y Libertad. Todos ellos han preferido llegar hasta la cárcel para cumplir este trámite, ya que, por razones de seguridad, Thieme no ha sido sacado del recinto penal.

El detenido ya ha sido interrogado por los ministros Estanislao Zúñiga y Gustavo Chamorro, quienes tienen a sus cargos los procesos por Ley de Seguridad Interior del Estado y la muerte de dos jóvenes demócratacristianos ocurridas en una parcela de La Reina, tiempo atrás. Además los fiscales Francisco Saavedra y Rolando Melo han hecho lo mismo, faltando sólo por constituirse el fiscal aéreo que procesará a Roberto Thieme por el robo de un avión.



EL GENERAL Nicanor Díaz Estrada, presidente de la comisión que investiga el homicidio del edecán Arturo Araya, llegó en la ma-

ñana de ayer a la Cárcel Pública junto al fiscal naval Aldo Montagna para interrogar a Roberto Thieme.

Estaba armado, pero no ofreció resistencia

Cenando tranquilamente cayó jefe de "Patria y Libertad"

En el interior del restorán "Innsbruck", situado en el número 340 de la calle Fernández Concha de la comuna de Las Condes, fue detenido anoche el jefe máximo del movimiento clandestino de ultraderecha, Walter Roberto Thieme Schiersand. Junto con el joven líder extremista fueron arrestadas diez personas, entre las que figuraban cuatro mujeres menores de edad.

La información del arresto de Thieme surgió en las primeras horas de ayer domingo, cuando la noticia se filtró en medios policiales. Al principio se dio a conocer que su detención había ocurrido en la Panamericana Sur, cuando éste se encontraba regresando de San Fernando y más tarde se le situó aprehendido en el restorán "München", pero finalmente se comprobó que el arresto había ocurrido quince minutos pasada la medianoche en el "Innsbruck", sin que la mayoría de los parroquianos se diera cuenta.

ESTRICTA VIGILANCIA

Reporteros de la División de Policía de "La Tercera"

llegaron alrededor de la nueve horas al cuartel de General Mackenna, pero se encontraron con la negativa de los funcionarios de guardia. Existía una orden superior que no permitía el ingreso de extraños al cuartel. Se dijo que se trataba de medidas de extrema seguridad. Eso vino a confirmar la detención del líder extremista.

Alrededor de las diez de la mañana llegó hasta el citado cuartel el diputado nacional, Gustavo Alessandri, acompañado de una dama y dos menores. El parlamentario señaló que se había preocupado por la detención de la estudiante, Gabriela Silva Cienfuegos, de 17 años y del allanamiento que la policía practicó de madrugada a la casa de ésta, en Manquehue 774. La madre de la muchacha expresó que los detectives habían llegado incluso con la llave de la puerta de calle —que estaba en poder de la joven en los momentos de la detención— y que registraron todas las dependencias, retirándose posteriormente con las manos vacías. El diputado Alessandri dijo que había conversado con el oficial de guardia, quien le aseguró

que la joven Gabriela sería puesta en libertad dentro de las próximas horas. Ello no ocurriría hasta pasado el mediodía.

LA DETENCIÓN

En el restorán "Innsbruck", sólo estaban dos empleados en la mañana de ayer. Uno de ellos, que se identificó como José Valenzuela manifestó textualmente:

— El grupo que encabezaba ese caballero rubio llegó al negocio como a las once de la noche. Pidieron de comer y poco después de las doce un sujeto llamó a ese señor para afuera. Luego, creo que lo detuvieron, al igual que sus acompañantes. El resto de los parroquianos no se dio cuenta de nada. Creo que estaban armados, porque después los detectives colocaron varias pistolas y revólveres en una silla, mientras esperaban refuerzos.

De acuerdo a la versión de dicho testigo —Thieme— que luce el cabello teñido de rubio y sumamente corto llegó con sus diez acompañantes en cuatro automóviles. Los detectives de la Subprefectura Móvil de

Servicios Especiales, también llegaron en cuatro patrulleras, al parecer alertados por un dato o "bombazo" —en jerga policial— que fue enviado a Investigaciones minutos después que el grupo de "Patria y Libertad" llegó al restorán. El empleado del negocio señaló que "no hubo resistencia" y comentó:

—Si hubiesen reaccionado a tiempo, quizás no estaríamos aquí para contarlos.

ALLANAMIENTOS

De acuerdo a otras informaciones que se recogieron en forma extraoficial el Servicio de Investigaciones practicó diversos allanamientos en las residencias de los demás detenidos junto a Thieme. Esto no fue confirmado por el director de la policía civil, Alfredo Joignant, quien recibió justo al mediodía a los reporteros, para indicar que efectivamente el líder extremista se encontraba detenido. Dijo:

— Puede anunciar oficialmente que el jefe de la banda terrorista "Patria y Libertad", Walter Roberto Thieme Schiersand ha sido detenido. También puedo decir que se han aclarado la casi totalidad de los últimos atentados terroristas ocurridos en el país. En contra del señor Thieme existen cuatro órdenes de aprehensión. La primera por sublevación militar, en la Segunda Fiscalía Militar; la segunda por hurto de un avión —donde simuló su muerte—, en la Fiscalía de Aviación; la tercera por infracción a la Ley de Seguridad Interior del Estado; y la cuarta por infracción al artículo 292 del Código de Procedimiento Penal. No hay más informaciones y espero que mañana, a la luz de nuevos antecedentes y sin entrar a violar sumarios, podemos decir algo más.

Joignant también dijo que había dado el orden de cerrar el cuartel y no permitir el ingreso de extraños, por una simple medida de seguridad.

MINISTRO PAILLAS

Alrededor de las 11,30 horas llegó al cuartel de la policía civil el Ministro de la Corte de Apelaciones de Santiago, Enrique Paillás, Peña, acompañado de una secretaria. A la salida, quince minutos después, manifestó que había concurrido debido a un recurso de amparo presentado por el abogado Enrique Turri en favor de Thieme. Se le respondió que cumpliendo por lo establecido por la ley, el detenido sería puesto a disposición de los tribunales dentro de las 24 horas, aunque no se especificó ante qué Juzgado. Se anticipa que Thieme sería entregado a la Fiscalía de Aviación, debido a que allí reside su causa más antigua la del hurto de una avioneta en la que simuló —en febrero pasado— un accidente aéreo en Concepción, apareciendo meses más tarde en Argentina.



MOMENTOS TENSOS. El Ministro Enrique Paillás Peña —arriba— de turno en la Corte de Apelaciones, comprobó la detención de Thieme. Al medio, la entrada del restorán "Innsbruck", donde fue arrestado el líder ultraderechista y finalmente abajo, detectives cuidan celosamente la entrada del cuartel de General Mackenna, donde permanecía el detenido hasta promediar la tarde.

"Drogado" chocó en su auto a liebre

Extraña aparición de ex jefe de Patria y Libertad

En extrañas circunstancias "apareció" ayer a las 10.30 horas Víctor Fuenzalida Dublé, el corredor de propiedades que desapareciera el día viernes a las 15.30 horas y cuyo caso fuera objeto de encontradas versiones.

A la hora señalada, un auto Peugeot de color blanco modelo 1968, patente DY-210 de Las Condes, era protagonista de un choque. Se trataba del mismo automóvil en el que Víctor Fuenzalida "había sido secuestrado por 5 individuos que lo obligaron a subir a un coche color burdeos". La colisión había sido contra la liebre AK-908 de Colina, perteneciente a la dotación de la línea Florida-Maipú, conducida por Juan Muñoz Herrera, de 45 años.

Los pasajeros fueron bajados del taxibus y una persona que pasaba por el lugar del suceso, en Circunvalación Américo Vespucio con 7 Oriente, reconoció al conductor del Peugeot y llamó a Carlos Fuenzalida, quien de inmediato se dirigió al sitio.

A LA COMISARIA

El conductor identificado por Carabineros como Víctor Fuenzalida, habría

dicho: "Me vienen siguiendo. ¡Avisen a mis familiares!" Después de ello, fue llevado a la 27ª Comisaría de La Granja para prestar declaraciones junto con el chofer de la liebre.

Media hora duró el procedimiento dentro de la comisaría. A las 11 horas, Fuenzalida fue trasladado en uno de los furgones a la Posta del Hospital Sótero del Río, donde se le prestó atención médica, comprobándose —según informe posterior— que "sólo tenía lesiones leves y un golpe en una pierna".

"ES UN SECUESTRO"

LA TERCERA, que siguió la trayectoria del presunto secuestrado desde minutos después del choque en Américo Vespucio, conversó con Carlos Fuenzalida Dublé, hermano de Víctor. Este, a su vez, fue una de las pocas personas que autorizó Carabineros para hablar con el protagonista principal de este suceso.

"Está machucado como membrillo —dijo—, y me respondió balbuceando que se había arrancado de sus secuestradores, quienes lo tenían drogado, al parecer, con inyecciones".

Para Carlos Fuenzalida, este hecho había sido planeado con varias semanas de anticipación. "Es muy curioso —manifestó— que alguien haya sabido todos sus pasos, aun cuando su trayectoria es bastante conocida. Incluso se sabía que él había sido integrante de los servicios de seguridad del Gobierno. Para haberlo secuestrado, como lo hicieron, deben haber estudiado primeros todos sus pasos".

"Pero, cómo fue que no ofreció resistencia cuando lo raptaron?"

"Porque se identificaron, seguramente, como integrantes de algún servicio de seguridad o lo encañonaron. Yo pienso, sin embargo, que ésta ha sido una venganza".

NADIE VIO NADA

Víctor Fuenzalida eludió por todos los medios el contacto con la prensa. Insistió —aun estando "anestesiado"— ante Carabineros para que se evitaran las fotografías y el diálogo con los periodistas. A sus familiares, sin embargo, les dijo que "lo venían siguiendo" y que "había logrado escapar", pero no contó nada respecto a quiénes lo seguían y de dónde venía.

Lo más extraño del caso es que nadie ha conseguido siquiera algún rastro de los presuntos "raptadores", los que, a juzgar por las informaciones que se tienen, "se los tragó la tierra".

Más adelante la policía indicó que "el conductor del automóvil estaba bien y que quedaba en libertad incondicional, por lo que se iba a su casa".

A las 13.30 horas de ayer, en distintos vehículos que

tomaron direcciones opuestas, familiares de Fuenzalida acompañaron a éste a la Clínica Alemana, donde se le presentaron atenciones médicas.

La familia, a todo esto, seguía repitiendo que se trataba "de un secuestro" y que los autores habían sido reconocidos por el raptado, como integrantes del desarticulado MIR.

LA BROMA EN VIDA

Por Percy



—¿PAPA, ¿A QUE SE LLAMA ABSTEMIO?
—SE LE LLAMA AL HOMBRE QUE TIENE EL VICIO DE NO TOMAR VINO.

Afirma su esposa luego de conversar con él:

Extremistas del MIR eran los secuestradores de Fuenzalida

Al proscrito Movimiento de Izquierda Revolucionaria, MIR, culpó Víctor Fuenzalida Dublé del secuestro que fue víctima el pasado viernes a las 15.30 horas. La declaración la formuló a su esposa, Carolina Cox Troncoso, cuando ésta le visitó en la 27ª Comisaría de Carabineros de La Granja.

El secuestrado corredor de propiedades y ex jefe del disuelto Movimiento Nacionalista "Patria y Libertad" apareció ayer por la mañana, cuando fue dejado en libertad por sus captores luego de ser "drogado y obligado a beber alcohol" por los sujetos que lo retuvieron contra su voluntad en un sitio desconocido del Gran Santiago por espacio de aproximadamente 65 horas.

Aunque él eludió, con la ayuda de la policía, a la prensa que quiso conocer de su propia boca los entretelones del extraño suceso policial, a primeras horas de la tarde de ayer Carolina Cox pudo entrevistarse con Fuenzalida luego de haber arribado a la unidad policial donde era mantenido. La dama llegó a la comisaría en compañía de sus cunadas y de inmediato fue invitada a ver a su cónyuge. Una vez dentro, conoció lo que realmente ocurrió.

Alrededor de una hora más tarde salió del recinto policial siendo abordada por los reporteros que desde horas antes esperaban conocer los entretelones del bullado caso policial, que alcanzó una significación mayor por la connotación política de la víctima.

Carolina Cox intentó excusarse, pero luego señaló: "Fue el MIR, él me dijo que fue el MIR". Mientras su cuñado Carlos Fuenzalida Dublé intentaba retirarla del lugar, agregó: "Lo obli-

garon a tomar tragos... lo vendaron y lo hicieron irse manejando su auto en esas condiciones". Cuando se le preguntó si logró reconocer el lugar donde fue mantenido por los secuestradores, señaló, "no pudo ver dónde, porque estaba vendado".

Finalizó su breve declaración a la prensa agregando que no podía dar más detalles, porque entorpecería las diligencias que la policía y los organismos de seguridad realizan para dar con la identidad y paradero de los autores del secuestro.

Lo que no señaló Carolina Cox es el porqué su esposo reconocía culpables del atentado en su contra al MIR, pero se supone que ello radica en las actividades que lo señalan como un ex jefe del Movimiento Nacionalista "Patria y Libertad", y seguramente por haber colaborado con organismos de seguridad.

En cuanto a su liberación, el hermano del secuestrado, Carlos Fuenzalida, señaló que se debió —al parecer— a que los terroristas se atemorizaron a raíz de las publicaciones aparecidas en el día de ayer en la prensa.

Carlos Fuenzalida fue el primer familiar que tomó contacto con el secuestrado. Cuando lo abrazó, éste no le reconoció, por lo que se señaló a la prensa que estaría drogado o cloroformado, y que en esas condiciones fue liberado por los delincuentes.

Aunque maltrecho, Víctor Fuenzalida logró escapar del desenlace que la familia temía sería el peor. Terminados los trámites policiales, fue retirado en medio de severas medidas de seguridad hacia "algún lugar de Santiago".



VÍCTOR FUENZALIDA reapareció en circunstancias que son investigadas. En la foto, Carabineros lo conduce al hospital, luego de protagonizar un accidente de tránsito.



CARLOS FUENZALIDA, hermano del "secuestrado": "Víctor venía arrancando y lo habían drogado".



DESPUES DE CHOCAR contra la parte posterior de la liebre, el automóvil conducido por Víctor Fuenzalida fue sacado del sitio del suceso y colocado en la posición que muestra la fotografía. En su interior, había facturas a nombre de su dueño y otros documentos.



EN MEDIO DEL ASEPIO periodístico y de la curiosidad del público que se aglomeró en el sector, Carolina Cox Troncoso, esposa del secuestrado, contó que su marido culpaba al MIR de lo ocurrido.

65 Horas Estuvo

(De la página 27)

ma Comisaría de Carabineros dijo a "El Mercurio" que "por el momento estaban a la espera del informe médico".

Testigos del accidente afirmaron a periodistas que "las lesiones —al parecer— habían sido de carácter leve". Agregaron sí que "el caminar bamboleante de Fuenzalida les dejó la impresión de que estaba "drogado".

El automóvil de Víctor Fuenzalida Dublé resultó con daños materiales de consideración en el tren delantero. Desde el lugar del choque fue trasladado hasta la Vigésimo Séptima Comisaría.

Periodistas de "El Mercurio" que llegaron hasta el sitio del accidente observaron que en el interior del Peugeot había una botella de pisco vacía, un plano de Santiago, un cordel, y una especie de factura a nombre de Víctor Fuenzalida Dublé. Este documento —según se explicó— correspondía a una reparación hecha en el mes de junio en un taller mecánico al automóvil.

Víctor Fuenzalida fue trasladado desde el lugar del choque en un furgón de Carabineros hasta la posta del Hospital Sótero del Río, donde se le atendió y se le practicó alcoholemia. Desde allí fue llevado —bajo medidas de seguridad— en el mismo vehículo policial hasta la Vigésimo Séptima Comisaría.

Se informó que el chofer de la liebre, Rodolfo Cabrera García, resultó con heridas leves en las piernas.

Averiguaciones practicadas por periodistas de "El Mercurio" en el sitio del accidente indicaron que Víctor Fuenzalida vestía una chaqueta de gamuza beige y pantalones café, y daba la impresión de andar bajo el efecto de drogas. El automovilista que lo ubicó en el Peugeot y llamó a su hermano Carlos lo reconoció por fotografías cuyas aparecidas en la prensa, "Es el mismo que sale hoy en los diarios", dijo a este rotativo una vecina del lugar.

Un amigo del chofer de la liebre expresó que Víctor Fuenzalida "tenía su chaqueta embarrada y manchada, producto de un revolcón".

Carlos Fuenzalida contó a los periodistas que "el hombre que ubicó en el coche a su hermano le dijo que éste le había manifestado: "Me vienen siguiendo... Me vienen siguiendo...".

SU HERMANO

Mientras esperaba mayores informaciones sobre su hermano, en las cercanías de la Vigésimo Séptima Comisaría de Carabineros, Carlos Fuenzalida dijo a "El Mercurio" que "en el primer contacto que tuvo con Víctor, éste no lo había reconocido. Posteriormente habló algunas palabras conmigo. Reiteró que había sido víctima de un secuestro. Parecía como que lo hubieran drogado o anestesiado. Estaba lesionado en la cara".

Carlos Fuenzalida contó que desde el día en que desapareció su hermano, se mantuvieron atentos a "cualquier llamado telefónico sobre la suerte que corrió, pero que éste no se produjo".

Expresó más adelante que "Víctor no bebía y no tenía problemas sentimentales".

Dijo que "su hermano le había dicho que había estado secuestrado en una casa, pero sin añadir por quiénes ni tampoco en qué sector quedaba el inmueble".

Más tarde expresó: "Razonablemente se trató de un secuestro. No hay ninguna evidencia que indique lo contrario".

Consultado si Víctor había recibido en el último tiempo algún tipo de amenaza, negó el hecho.

Interrogado sobre el tipo de lesiones que tenía su hermano, Carlos dijo: "Parecía golpeado, pero no puedo precisar por el momento la gravedad de las heridas".

Por otra parte, algunas versiones recogidas por "El Mercurio" entre algunos familiares de Víctor Fuenzalida, indicarían que éste "escapó de su lugar de reclusión forzada".

SU ESPOSA

Carolina Cox, esposa de Víctor Fuenzalida, llegó a la 27.a Comisaría de Carabineros poco después de las 13 horas de ayer. Ingresó a la unidad policial, donde permaneció breve tiempo. A la salida expresó a los periodistas que su "marido le había dicho que había sido secuestrado por extremistas del MIR".

Me contó que "lo golpearon, le vendaron los ojos, y lo drogaron. Además le obligaron a beber licor. Posteriormente lo colocaron drogado frente al volante del automóvil".

Carolina Cox subió en seguida a un coche particular y se alejó del lugar.

79

"No Tengo Nada Que

(De la página 27)

ta a sus superiores en el interior del cuartel.

Carabineros dejó en libertad a Victor Fuenzalida, catalogando de "leve" el choque que protagonizó contra un taxibús en Américo Vespucio y calle Siete Oriente.

Uno de los policiaas que lo sacó del automóvil en que viajaba dijo a "El Mercurio": "En un comienzo apenas podía hablar. Estaba visiblemente dopado. Tenía olor a éter o cloroformo. Además pedía que llamaran a su hermano. En el auto había una botella de licor vacía".

7/11/74
Caso de Víctor Fuenzalida Dublé:

65 Horas Estuvo Desaparecido

- Fue ubicado en su automóvil luego de haber chocado contra un taxibús
- "Parecía estar drogado o anestesiado", dijeron testigos del hecho



Víctor Fuenzalida Dublé, el secuestrado corredor de propiedades, quien apareció ayer en su automóvil Peugeot, blanco, luego de que este vehículo chocara por detrás a un taxibús, en Américo Vespucio con Siete Oriente



El automóvil que manejaba Víctor Fuenzalida Dublé, y que chocó contra un taxibús que tomaba pasajeros



Uno de los documentos hallados en el automóvil de Víctor Fuenzalida Dublé corresponde a una factura pagada por éste a un taller mecánico por la reparación de su coche

En su automóvil Peugeot, color blanco y patente DY-210 de Las Condes, que chocó con el taxibús "Florida-Maipú", patente AK-908, a las 10.30 horas de ayer, en Américo Vespucio con 7 Oriente, apareció el constructor civil y corredor de propiedades Víctor Fuenzalida Dublé, quien —según denuncias de sus familiares— había sido secuestrado el viernes pasado. Fue hallado recostado sobre el volante y con signos de estar "anestesiado o drogado" —de acuerdo a la versión entregada en fuentes policiales— por un automovilista, identificado como Carlos Arangua. Este último —según se dijo— avisó a Carlos Fuenzalida Dublé, hermano de Víctor, quien a su vez se comunicó con Investigaciones y Carabineros.

Desde el mismo momento en que se localizó a Víctor Fuenzalida Dublé efectivos policiales y de seguridad iniciaron las pesquisas para aclarar lo que ocurrió durante las 65 horas en que aproximadamente éste permaneció presuntamente secuestrado.

Las primeras diligencias al respecto se efectúan sobre la base de declaraciones de testigos del accidente y de familiares de Fuenzalida Dublé.

No hubo versión oficial sobre las lesiones recibida por Víctor Fuenzalida al chocar su Peugeot contra la parte posterior del taxibús, máquina que al ocurrir el accidente tomaba pasajeros. El capitán Juan Muñoz Herrera, de la Vigésimosépti-

(Continúa en la Pág. 30)

VÍCTOR FUENZALIDA:

"No Tengo Nada Que Decir"

Sólo en el interior de uno de los baños de la 27.ª Comisaría de La Granja, "El Mercurio" pudo llegar hasta Víctor Fuenzalida.

El constructor civil se lavaba las manos luego de que personal de Investigaciones lo interrogó y tomó sus huellas para confeccionar una tarjeta de antecedentes.

Fuenzalida estaba pálido. Vestía una chaqueta de gamuza beige con manchas de tierra y sus ojos no miraban fijo. "No voy a hacer declaraciones. No tengo nada que decir", manifestó apremiado por uno de sus familiares, que prácticamente empujó fuera al periodista de este diario.

De acuerdo a la información policial, Víctor Fuenzalida tenía un fuerte olor a cloroformo. Había ingerido alcohol y presentaba lesiones y contusiones en ambas rodillas.

Su inestabilidad al caminar y su apariencia de drogado hicieron que Carabineros lo llevaran al Hospital Sotero del Río, donde se le sometió a una alcoholemia y a un examen para detectar si había ingerido alguna sustancia que contuviera drogas. "El médico manifestó que habría que dejarlo hospitalizado. Nosotros teníamos instrucciones de traerlo aquí", manifestó un oficial mientras daba cuen-

80 (Continúa en la Pág. 30)

Ocurrió en El Arrayán, según sus familiares

Espectacular secuestro de corredor de propiedades

Cinco individuos que actuaron movilizados en un automóvil color guinda seca y una motocicleta secuestraron al corredor de propiedades Victor Fuenzalida Dublé, de 37 años, militante del disuelto movimiento Patria y Libertad. El suceso ocurrido el viernes último a las 15.30 horas fue dado a la publicidad a mediodía de ayer por la familia del empresario, agregando que están man que el móvil radica en razones de orden político. Queda abierta también la posibilidad de que el acto terrorista hubiera sido cometido por motivaciones económicas.

Antecedentes conocidos en la tarde de ayer indicaban que la policía trataba de identificar a un automóvil Fiat guinda seca (aunque los testigos presenciales hablaban de un Peugeot de ese color) y a un motociclista pelirrojo, cabello largo y de barba.

LOS HECHOS

Victor Fuenzalida Dublé, que trabaja junto a sus hermanos Osvaldo y Carlos en una oficina de corretaje de propiedades, salió el viernes último desde su domicilio particular, luego de almorzar, con destino a El Arrayán para pagar a los obreros que están construyendo su casa. "Llevaba alrededor de 2 ó 3 mil pesos en efectivo para cumplir esa obligación", relató a LA TERCERA Carolina Cox Troncoso, esposa del empresario.

La misma dio a conocer que su marido iría posteriormente a la oficina y más tarde regresaría —como lo hacía habitualmente— a su departamento de calle Carmen Silva. "Nunca faltó a almorzar o a comer, salvo en junio de este año cuando asistió a una comida de Patria y Libertad", señaló Carolina Cox.

Pasadas las 19 horas, Victor Fuenzalida no llegaba aún a su hogar. La esposa le esperó intranquila hasta las 20... 21... 22... 24 horas, pero no llegaba. Estaba muy preocupada pero —pese a que nunca ocurría— Carolina Cox pensó que su esposo se había quedado con algunos amigos. Su preocupación creció, sin embargo, cuando a la hora del comienzo del toque de queda su marido no retornó al hogar.

A primeras horas del sábado recién pasado, la dama partió rumbo al domicilio de Carlos, su cuñado, con quien se dirigió en forma inmediata a El Arrayán. Allí, sin alarmar a nadie, consultaron si Victor Fuenzalida había ido a pagar. Los obreros respondieron que no. Volvieron al centro, para iniciar las averiguaciones en unidades de Carabineros, recintos asistenciales y amistades, sin conseguir indicios del paradero de Fuenzalida.

Poco después volvieron a la construc-

ción que están ejecutando en El Arrayán (camino El Alto esquina de pasaje Madreselvas), donde hicieron consultas, esta vez más a fondo, obteniendo los antecedentes del secuestro de parte de dos trabajadores que lo presenciaron —sin saber qué ocurría, ni darle importancia al hecho— desde unas ventanas de la casa en construcción.

"Oímos —dijeron los obreros— que cuatro personas que venían en un auto color rojo guinda seca... parece que era un Peugeot... pararon a don Victor y le dijeron "pasa las llaves". Luego lo hicieron salir del auto de él y lo metieron en el auto rojo. Uno de ellos se subió al auto de don Victor y se fue manejando".

Enseguida relataron que también actuó en el secuestro un motociclista "que podríamos reconocer donde lo viéramos", el que lucía melena y barba.

Al hecho los trabajadores no le dieron mayor importancia por la forma en que accedió Victor Fuenzalida, sin oponer resistencia alguna, a entregar las llaves de su vehículo (modelo 1968, patente DY-210 de Las Condes, Peugeot blanco).

Con estos antecedentes, la familia acudió a la Tenencia de Lo Barnechea y a la Sexta Comisaría Judicial de Investigaciones (Román Díaz y Providencia) para estampar las denuncias correspondientes que serán ratificadas hoy ante el Sexto Juzgado del Crimen. Además se puso en conocimiento de estos hechos a los servicios de seguridad.

"Hoy pensamos —dijo Carlos Fuenzalida— interponer el recurso de Habeas Corpus (amparo) correspondiente ante los Tribunales.

MOVILES

Hablando de los posibles móviles, la familia de Victor Fuenzalida Dublé señala enfáticamente que "debe tratarse de una venganza política". Enseguida agregaron que "Victor se jugó la vida contra el régimen anterior, llegando incluso a operar una ametralladora punto 30 durante el tanquetazo de 1973, 29 de junio". Señalaron igualmente que durante algún tiempo prestó colaboración a los servicios de seguridad.

Carlos Fuenzalida dijo haber conversado hace aproximadamente 10 días con su hermano, quien le señaló que aun cuando mantenía amistad con personeros del disuelto movimiento Patria y Libertad, había cortado contacto con sus dirigentes porque él estimaba que no se podía criticar, públicamente, la gestión del Gobierno.

Por lo mismo, dijeron los familiares, creemos que el móvil del secuestro es político... una venganza.

LA BROMA EN VIDA

Por Percy



—¿CIERTO QUE ESTUVISTE CON LA VIDA EN UN PELO?
—SI, PERO ME SALVE A TIEMPO. FUE CUANDO MI MUJER ME ENCONTRO UN PELO RUBIO EN LA SOLAPA.



UN PEUGEOT BURDEOS y una motocicleta participaron en el secuestro, explica Isaias Díaz, cuidador de la propiedad que el constructor civil Victor Fuenzalida levanta en "El Arrayán". Este fue el lugar del hecho.

Aseguran carpinteros "Al patrón lo venían siguiendo harto rato"

"Parece que al patrón lo venían siguiendo un largo trecho", dijo a LA TERCERA el cuidador de la parcela de El Arrayán hacia donde se dirigía Victor Fuenzalida en el momento de su desaparición.

Los reporteros de nuestro diario llegaron hasta el camino El Alto, para conversar con los trabajadores que presenciaron los hechos.

Isaias Díaz Rodríguez, cuidador de la propiedad, señaló que Fuenzalida llegó hasta el lugar conduciendo su Peugeot de color blanco, solo, "como nunca lo hacía". En ese momento, Díaz trabajaba en la construcción de una vivienda, junto a cinco maestros carpinteros.

El automóvil del corredor de propiedades, según recuerdan los trabajadores, era seguido por un Peugeot color burdeos y una motocicleta. "Al llegar frente a la propiedad, se adelantaron y se cruzaron en el camino de don Victor. Se bajaron dos de las personas que iban adentro y le pidieron las llaves. El patrón no contestó nada y eso fue lo único que se escuchó. Después, sólo se sintió el ruido de los tres vehículos alejándose del lugar".

TRES MINUTOS

Según señaló Isaias Díaz, todo ocurrió en no más de tres minutos. "Nosotros seguimos trabajando el resto del viernes y la mañana del sábado".

En la tarde del sábado, carabineros de Lo Barnechea, a cuya jurisdicción corresponde el lugar, concurren a la parcela para conocer mayores detalles sobre lo ocurrido.

Dicen su esposa y hermanos "No creemos que sea venganza personal"

El móvil económico o de venganzas de orden personal fue descartado por familiares del corredor de propiedades secuestrado. Al respecto señalaron que Victor Fuenzalida Dublé no posee fortuna, y que en tal caso hubiera sido Osvaldo Fuenzalida, su hermano, o alguien de su grupo familiar (esposa o hijos) la víctima, por que éste "al menos en apariencia pública" figura como un hombre acaudalado.

La posibilidad de venganzas personales por otros motivos es también descartada. Carolina Cox señala "incluso con su ex esposa no están mal, por lo que no veo razón para una venganza personal".

Con esos antecedentes, la familia sigue indagando el paradero de Victor Fuenzalida. Hasta el momento no tienen indicio alguno. No se ha recibido mensaje exigiendo algún rescate o dando a conocer el porqué del secuestro.

De los hijos del corredor de propiedades, sólo Victor Manuel sabe lo ocurrido. Anoche se avisaría a las tres niñas que viven con su madre.

Carolina Cox señaló que la esperanza de ubicar a su esposo radica en los antecedentes que pueda entregar el público. Agregó que al momento de ser secuestrado vestía pantalón gris, camisa sport (sin corbata), chaqueta de gamuza café y calzado café rojizo. Mide aproximadamente 1.90 mt. de estatura y es delgado. Tiene 37 años de edad.

De valor no portaba nada, aparte del reloj (que lleva una insignia de Patria y Libertad) y sus demás efectos personales. El dinero sólo sumaba un máximo de 3 mil pesos. En cuanto al automóvil, fue denunciado su robo, por separado, y encargado a todas las unidades policiales.

Con todos estos antecedentes, la familia Fuenzalida Dublé recibió la esperanza de los servicios de seguridad en el sentido de que hoy se podrían tener novedades.



VICTOR MANUEL, único hijo varón del empresario secuestrado. En la fotografía junto a la segunda esposa de su padre.



OSVALDO FUENZALIDA, su hermano Carlos y Carolina Cox. Todos coinciden en considerar como posible móvil del secuestro "una venganza política".

1-11-77

EL CASO DEL CORREDOR DE PROPIEDADES:

"Escapada" de Un Secuestrado



SANTIAGO.— Arriesgando la vida logró escapar de sus secuestradores el dirigente nacionalista Víctor Fuenzalida Dublé, cuyo secuestro se registró el viernes último por la tarde. Fuenzalida reapareció ayer en la mañana, chocando contra una liebre del recorrido Florida-Maipú, evidentemente perseguido por dos individuos armados de metralletas que emprendieron la fuga cuando el Peugeot que guiaba Fuenzalida se estrelló en la parte posterior del vehículo de locomoción, accidente al cual se refieren los gráficos presentes. Foto superior; El estado en que quedó el auto del constructor, luego de chocar por atrás a una liebre del recorrido, cuyo chofer señaló que tras el vehículo iba una station Chevrolet de las nuevas con dos personas armadas de metralletas, que luego emprendieron la fuga. Foto inferior izquierda; Esta es la liebre que fuera embestida por el automóvil del secuestrado, que logró huir de sus captores, pese a la violencia del impacto, el vehículo resultó con daños de poca consideración. Foto del centro; El interior del Peugeot, sobre el volante, quedó apoyado Fuenzalida, vecinos que lo rescataron dijeron que éste mantenía la mirada extraviada como si estuviera drogado. Más tarde Carabineros confirmó el hecho; y, finalmente, en la foto inferior derecha, Carlos Fuen-

zalida, hermano del secuestrado, llegó hasta la Vigésimoséptima Comisaría para contactarse con su hermano. "Esto es obra del extremismo, pensé que lo encontraríamos muerto. Dentro de la gravedad, nos da alegría saber que tiene sólo algunos hematomas."

HABLA EL SECUESTRAO

SANTIAGO.— "Es muy probable que haya sido raptado por elementos extremistas del proscrito MIR, pero el móvil que tuvieron no se los puedo explicar, ya que no fui torturado ni maltratado de manera alguna." Así enfrentó a los periodistas Víctor Fuenzalida Dublé, quien fuera víctima de un secuestro el viernes recién pasado.

Más tarde agregó que "lo único que realmente puedo precisar es que todo ocurrió el viernes mientras me dirigía a calificar el sueldo de algunos de mis trabajadores".

"En esa oportunidad y mientras conducía me siguieron un Peugeot de color escote y una motocicleta. En un momento dado se me adelantó la moto, cuyo conductor me invitó a detenerme, al momento que a mi lado se colocaba el automóvil. Luego, dos sujetos me sacaron en forma relativamente violenta desde el interior de mi coche."

"Acto seguido me subieron a su vehículo mientras otros ocupaban el mío, después de quitarme las llaves. Procedieron a vendarme la vista y durante 30 minutos aproximadamente, viajamos no sé en qué dirección, pero puedo precisar que se trataba de un camino de tierra. Luego me di cuenta de que entrábamos a una casa donde, al parecer, había niños y mu-

(Siga en la Ult. Pág. Col. D)



"Escapada" de... (Viene de la 1ª

Jerés, ya que se escuchaban sus voces. "Allí me sentaron en una silla y me ataron de pies y manos. Todo esto sucedió supuestamente en un patio, ya que corría bastante viento, donde me dejaron por más de cuatro horas sentado, hasta que se me acercó un individuo, soltó mis ataduras y me llevó hasta el interior de una habitación donde fui interrogado. Sobre el interrogatorio no puedo manifestar nada para no entorpecer las diligencias que organismos de Seguridad están llevando a cabo. "Finalizado el interrogatorio fui llevado hasta una reja y atado nuevamente. Allí permanecí hasta el domingo cerca de las cuatro de la tarde. Puedo indicar esa hora —señala Fuenzalida—, ya que el sol pesaba muy fuerte. Nuevamente dos individuos me llevaron hasta la habitación y esta vez un médico procedió a ver mi estado de salud. "Una vez examinado procedieron a servirme un poco de sopa y una taza de té. Fue recién en ese momento que podría decir que jugaron con mi integridad, dado

que me inyectaron no sé qué droga. El hecho es que desperté en el interior de mi coche en Santa Rosa con Américo Vespucio. "No me pidan nada más, ya que no recuerdo nada aparte de lo ya narrado." Al ser consultado en torno a sus vinculaciones con Patria y Libertad, manifestó que "es verdad que fui militante activo de Patria y Libertad, pero dejamos de funcionar exactamente el día 11 de septiembre y de allí a la fecha no he tenido contacto con otros miembros del grupo". En cuanto a si el grupo de secuestradores hizo algún tipo de exigencias, señaló que "no conversaron en ningún momento de realizar exigencias de tipo político o económico, y los móviles reales de este secuestro los desconozco". Finalmente expresó que "a dos de los secuestradores los puedo reconocer en cualquier momento". "No tuve ningún tipo de amenaza anteriormente, pero sí supe que me habían estado siguiendo hace más de un mes", terminó diciendo. (ORBE).



Presidente del Movimiento Cívico "Patria y Libertad" Abogado Pablo Rodríguez Grez responde a un grupo de profesores de la Universidad Técnica del Estado

Señores profesores:

No obstante haber esperado varios días la carta que profusamente Uds. han hecho publicar en la prensa de Santiago, ésta no ha llegado a mis manos. Comprendo ahora que sólo los guía un propósito publicitario y que son Uds. instrumentos políticos para silenciar la voz de un hombre modesto, pero libertario. Es lamentable que profesores universitarios no vacilen en prestar sus nombres para injuriar a quien hace uso de un derecho en el régimen democrático, sin otra ambición que la de servir a su Patria.

Hace catorce años mi padre, en un gesto que lo enaltece, sacrificó su vida por un ideal y una causa justa, que según entiendo, Uds. compartían. Nadie desde entonces había invocado su memoria y su nombre; nadie le ha recordado como a uno de los fundadores de la Universidad Técnica del Estado, ni nadie ha reivindicado ni valorizado su sacrificio. Sin embargo, ahora ustedes, que ni siquiera me conocen, "publican" una carta para enlodarme. Estoy cierto que así no reaccionarían los verdaderos amigos de mi padre.

La causa que yo he abrazado es la causa de la inmensa mayoría de los chilenos que, como yo, están orgullosos de su clase y de sus antepasados. Aspiramos a que el pueblo de Chile sea árbitro soberano en la contienda planteada entre la Democracia y el marxismo, entre la libertad y el vasallaje.

No soy, como Uds. demuestran serlo, instrumento de nadie, salvo de las conciencias libertarias de los hombres y mujeres de trabajo de Chile. Jamás he claudicado de mis ideales y he aprendido desde muy joven a despreciar a los desleales, a los traidores y a los aduladores del amo.

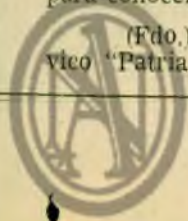
Pueden, por otra parte, comprobar que en la misma persona en que Uds. publican su carta, se injuria y se degrada la memoria y la vida de mi padre, sin consideración alguna por su trayectoria y honestidad. Esa es la calidad humana de la ralea que los acompaña y el nivel moral en que se debaten y al que los arrastran.

No sirvo intereses inconfesables. Mi único fin es evitar que Chile sea víctima de una tiranía irreversible y cooperar a que nuestro pueblo corrija las profundas injusticias económicas y sociales existentes, sin el sacrificio innecesario de su libertad y de su dignidad.

Tienen Uds. ahora, como yo, el deber moral de sancionar y repudiar a quienes profanan y mancillan el recuerdo de quien se dicen "grandes amigos". Estoy cierto que nada han hecho y que, por el contrario, siguen la conducta cobarde que fijan los rectores del pensamiento infamante y pueril.

Como hace precisamente catorce años que Uds. nada saben de mí, estoy llano a explicarles personalmente cuanto deseen saber sobre el movimiento que dirijo y sus propósitos. Será aquella una buena oportunidad para conocerlos y esclarecer mi posición y la de ustedes.

(Fdo.): **PABLO RODRIGUEZ GREZ**, presidente del Movimiento Cívico "Patria y Libertad".



Movimiento
Nacional
de Chile

83

Asume responsabilidad por las bombas

Amenaza de Asesinatos Lanza Directiva del MIR

Declara que no secuestró a Víctor Fuenzalida, pero advierte que se dispone a "ejecutarlo". (Inf. Pág. 15)

Gritó la Juventud:

¡VIVA CHILE, LIBRE Y DEMOCRÁTICO...!

Los chilenos libres se movilizaron en Santiago y Valparaíso

Pese a la fuerte lluvia y a los intentos de las hordas comunistas de impedirlo miles de hombres y mujeres se congregaron anteanoche en la U. Católica para respaldar la democracia, al llamado del movimiento Cívico Patria y Libertad.

El gimnasio, los patios, los corredores y grandes sectores de los alrededores de la casa universitaria se vieron repletos de una multitud enervada que escuchó los llamados de la juventud para dar su apoyo al movimiento que lucha por librar a Chile de las garras del marxismo.

Brigadas de la Juventud Comunista llegaron hasta la Universidad en un intento de provocar a los manifestantes y de impedir el acceso a la casa de estudios, pero fueron rechazados y expulsados de ella cuando trataron de agredir a algunas jóvenes asistentes. Debido a la fuerte lluvia, los organizadores del acto suspendieron el desfile silencioso que se había proyectado hacia la Plaza de la Libertad. Sin embargo, fueron miles los que desafiaron la inclemencia del tiempo y llegaron hasta el lugar indicado pese a las contramanifestaciones y provocaciones de los elementos marxistas.

A continuación damos a conocer el texto del discurso pronunciado por el Presidente del Movimiento Patria y Libertad, abogado Pablo Rodríguez Grez:



El abogado Pablo Rodríguez Grez, presidente del Movimiento Cívico Patria y Libertad, planteó con emoción, firmeza y claridad, la posición de este movimiento, que busca una salida constitucional para el grave momento histórico que vive Chile

"Amigos y compañeros universitarios: Ninguna manifestación en lo que va corrido de este movimiento ha tocado más profundamente la fibra combativa que nos guía para defender la libertad y la democracia en Chile. Esto es precisamente lo que nosotros queremos despertar; queremos despertar la conciencia de los que calladamente, de los que en el anonimato nos insultan y nos calumnian, porque tenemos la honrra de levantar la bandera de Chile...

Nada más grave puede suceder en la patria, que se pretenda silenciar la voz en la universidad. La universidad es por su misma esencia, por su contenido la universalidad del conocimiento, de la ciencia, de la técnica. ¿Cómo se atreven los cobardes y los canallas a silenciarnos precisamente en las aulas universitarias, que se hicieron para formar gente libre y gente honesta? Ahora todos saben que libertad es la que ellos defienden: es la libertad que les permite gritar, es la libertad que les permite amenazar. Si quieren el sacrificio de nuestras vidas por la libertad de Chile, tendrán el sacrificio de nuestras vidas si fuera necesario...

Quiéran cerrarnos todos los canales de expresión, quierén pisotear la libertad y mancillar a su Patria. Y ahí los tienen pretendiendo impedirnos que entremos al templo de la inteligencia, como lo dijo Miguel de Unamuno. Pero nosotros somos la respuesta a quienes pretenden sojuzgar y avasallar al pensamiento. Somos la respuesta porque estamos aquí, porque permaneceremos aquí y porque haremos que este Chile, sea un Chile grande, libre y democrático...

¿Acaso no hemos tenido que tolerar las peores y más infamantes campañas en contra nuestra? Y, sin embargo, ¿qué se hace en este instante? Chilenos quédense tranquilos... si no pasa nada, si no va a pasar nada... Lo mismo se dijo en Checoslovaquia: no pasa nada, no va a pasar nada. Lo mismo dijo Fidel Castro: vengo a restablecer la democracia... y hace once años que desapareció.

Y, sin embargo, democracia no es una palabra terrorista, como dicen los miserables pasquines que recorren este país: ni tampoco es una palabra que pretenda coartar la libertad del pueblo para elegir. El Movimiento Patria y Libertad postula lo más excelso a que es posible postular: entregarle al pueblo la decisión vital entre el vasallaje y la libertad, entre el marxismo y la democracia.

Pero se alzan en contra de nosotros porque saben que el pueblo jamás permitirá que una minoría prepotente, simplemente, se haga del poder para establecer en Chile un estado policial. Y, si por cualquier circunstancia, tienen confianza en el pueblo, si como lo pregonan sus políticos, es el pueblo el que debe resolver. ¿Por qué le cierran las puertas al pueblo de Chile para que en una contienda libre e informada decida el porvenir de la Patria?

Nuestra palabra es una palabra de libertad y de democracia. Queremos que sea el pueblo de Chile quien defina esta contienda fundamental. ¿Por qué se nos pretende negar este derecho? ¿Por qué se han transformado en criminales los que aspiran a que Chile continúe viviendo en un régimen democrático y libertario, dentro de los cánones de la constitución y de la ley? Simplemente porque con gritos pretenden acallar el pensamiento, porque con violencia pretenden acallar la inteligencia, pretenden conculcar las universidades, pretenden transformar la universidad en un laboratorio de monjes al servicio de una causa totalitaria. Nosotros no lo permitiremos...

Pero, porque la Universidad debe seguir siendo libre y porque Chile debe seguir siendo libre, se levantan los demócratas y escucharon el llamado de un conjunto de profesionales que se formaron en estas aulas y las de la Universidad de Chile. Y porque han escuchado ese llamado a lo largo de todo Chile, es que están adhiriendo incontinentemente al movimiento que postula entregarle al pueblo la decisión del Gobierno que aspira a darse... ¡Ah, cobardes, que se esconden bajo el anonimato, que lanzan infamias y calumnias en nuestra contra, y lo hacen única y exclusivamente guiados por el temor de que el pueblo decida, porque el pueblo resuelve, y resolverá seguir viviendo en libertad y en democracia...!

Sin embargo, nada les impide seguir invocando el nombre del pueblo. Han sometido todas sus cábalas y sus consignas a un proceso electoral, pero no son capaces de respetar el proceso electoral en sus últimas fases. Buscan acallarnos. ¿Y cómo se nos pretende acallar?! Desfigurando la imagen que tenemos ante Chile y sobre todo con la calumnia, con la blasfemia y con el dicerio. Esas son las armas del marxismo. El grito, la calumnia y el dicerio. Acallar la libertad, silenciar el pensamiento, conculcar la libertad. Pero nosotros que estamos en esta lucha, que seguiremos en esta lucha les ofrecemos desde aquí una sola palabra: Chile entero responde al grito de libertad, porque Chile es y seguirá siendo un país libre...

No seremos nosotros los que provoquemos una lucha fratricida entre los hermanos de este pueblo, pero tampoco aceptamos ni aceptaremos que se nos pretenda silenciar y amedrentar con una lucha fratricida. Si nos amenazan, si aspiran a una guerra civil, aquí nos encontrarán de pie, insobornablemente...

Pero en Chile no habrá guerra civil, señores. Y desde la Universidad se los notificamos. Si pretenden alzarse contra la verdadera voluntad del pueblo, nosotros por la fuerza y con las autoridades de la República restableceremos el orden si ello fuere necesario...

Nuestro llamado no se formuló a las grandes empresas, al monopolio ni al capital extranjero. Nuestro llamado se formuló al pueblo de Chile bajo sólo una gran consigna: la democracia debe conservarse, debemos preservar nuestro régimen democrático, pero con el compromiso insobornable de corregir las grandes injusticias que conlleva el sistema de vida. Por eso nosotros somos esencialmente demócratas, porque queremos rectificar la democracia, perfeccionarla e incorporar al pueblo a las grandes decisiones. Son ellos los que pretenden arrebatarle al pueblo la gran decisión histórica de vivir en libertad o en vasallaje...

Quiero agradecer en primer término la presencia sacrificada de ustedes y quiero agradecer la presencia sacrificada de la gente que desde fuera escucha nuestra palabra. Han quedado todos los locales estrechos para contener el fervor democrático y de lucha del pueblo chileno. Esto está demostrando que hemos esgrimido la gran espada de la libertad y que hemos izado el emblema patrio como el mejor símbolo de nuestra aspiración: la perfección y el progreso, dentro de un sistema democrático y libertario. Yo les agradezco a ustedes su presencia. Las inclemencias del tiempo, los arrebatos histéricos de nuestros contendores, los monigotes que se empuñan en las columnas de los pasquines a insultarnos no han conseguido nada. Ante todo está el fervor democrático de nosotros, está el fervor democrático del hombre y la mujer modesta de Chile. Y por ese fervor democrático Chile continuará siendo un país libre y nosotros podemos dar el sacrificio generoso de nuestras vidas para brindar por ella la libertad, la democracia y la justicia...

A los que quieren amedrentarnos, una última palabra: Vamos a suspender el desfile por la lluvia inclemente, pero que sepan los que quieren amedrentarnos, que este es el país de Bernardo O'Higgins, de Arturo Prat y de los Carrera. Y les voy a decir todavía que Manuel Rodríguez dijo: ¡Aún tenemos Patria, ciudadanos! Y que Bernardo O'Higgins lanzó también su consigna: ¡El que sea valiente, que me siga...! Y por eso todos los valientes nos siguen en esta hora dramática para la democracia chilena...

Ahora, demos una demostración más de lo que somos y del espíritu democrático que nos alienta. Disolvámonos tranquilamente, disolvámonos sin provocar. Tampoco aceptemos las provocaciones. Y demostremos una vez más, que seremos insobornables en la defensa de la democracia. El próximo viernes todos los chilenos libres marcharemos junto a nuestras mujeres, que partirán desde la estatua de Manuel Rodríguez por el centro de la ciudad de Santiago, para demostrar cuán viva está la libertad y cuán vivo está Chile...

Yo quiero terminar estas palabras con un solo gran grito, que me sale del fondo del corazón y con el cual creo interpretar a todos ustedes. Dice nuestra canción patria claramente, que: la tumba será de los libres o el asilo contra la opresión. Por eso estamos aquí de pie. ¡Viva Chile! ¡Viva libre, y viva democrático!



Todos los patios y pasillos de la Universidad Católica se vieron repletos de un público pleno de fervor que dio su respaldo a la democracia



Ni la lluvia ni las provocaciones de las turbas comunistas impidieron a la juventud de Patria y Libertad acudir al llamado de la patria en peligro de caer bajo el dominio de la gerra roja



Brigadas especializadas en choques de las Juventudes Comunistas trataron de impedir que se celebrara la reunión convocada por la juventud de Patria y Libertad en la Universidad Católica. Los jóvenes demócratas no se amilanaron y expulsaron a los que pretendieron realizar contramanifestaciones dentro del local

Clamor en Valparaíso.-

No Acallarán el Espíritu Libertario de Chile

El fervor democrático y libertario está llegando a todos los rincones de Chile. En Valparaíso el movimiento Patria y Libertad ha adquirido notable fortaleza, como quedó en evidencia en el acto realizado el martes en el Teatro Imperio de ese Puerto.

Fueron miles las personas que hubieron de conformarse con oír desde fuera del local las palabras del abogado Pablo Rodríguez que llegó hasta Valparaíso llevando la bandera de la libertad y de la democracia.

Las expresiones del Presidente del Movimiento Patria y Libertad, algunas de las cuales damos a continuación, provocaron impacto entre los asistentes que terminaron la reunión entonando el Himno Patrio con unción y patriotismo.

"No se trata de elegir a una persona que haya obtenido la segunda mayoría para que haga gobierno. No se trata de eso. Se trata de darle al pueblo la oportunidad para que sea solamente el pueblo el que defina la gran disyuntiva entre democracia y marxismo."

"La libertad se mantendrá en nuestra tierra pase lo que pase y cueste lo que cueste".

"Somos libertarios dentro del marco de la constitución y la ley. No queremos vulnerarlas, pero que sepan nuestros adversarios y se lo volvemos a notificar: no toleraremos que ellos se sal-

gan de la Constitución y de la Ley porque entonces recobramos nuestro derecho para restablecer la libertad por la fuerza si fuera necesario..."

"No estamos defendiendo sistemas económicos, no estamos defendiendo la libertad económica, estamos defendiendo la libertad del espíritu y por la libertad del espíritu los pueblos se alzan, combaten y luchan, porque esa es la única libertad que debe prosperar en el mundo en que vivimos. Somos representantes del auténtico sentimiento libertario y democrático de Chile..."

"Ellos, los comunistas, responden de la democracia de Rusia, de Checoslovaquia, de Hungría, de Cuba. Pero nosotros entendemos otra democracia, nosotros no entendemos otra democracia que no sea la que defiende la libertad de pensamiento, la libertad de conciencia y la libertad de expresión. Y si ellos quieren conculcarla, que no vengan con esta farsa burda, porque el pueblo no lo acepta y porque esta burla puede volverse violentamente contra ellos".

"El Partido Democratacristiano está aguiando en toda su significación el peligro que pesa sobre la democracia. Y por eso tengo la convicción que el Partido Democratacristiano en el día de mañana le dirá NO al señor Allende, porque la libertad de Chile no se vende..."





Una incalculable multitud se dio cita en el Parque Bustamante para escuchar la palabra del presidente del Movimiento Patria y Libertad, abogado Pablo Rodríguez Grez, y dar un respaldo a la cruzada por la defensa de la libertad y la democracia, amenazadas por el marxismo totalitario.

Convocadas por Patria y Libertad.

La Mujer Ratificó su Vocación Democrática

Su irreductible vocación democrática ratificó la mujer chilena al asistir en forma masiva a la concentración convocada por el departamento femenino de Patria y Libertad, realizada el viernes en el Parque Bustamante.

Al pie del monumento al libertario Manuel Rodríguez se congregaron miles y miles de mujeres de toda condición social y de toda edad, uniéndose bajo la consigna de hacer respetar la Constitución y la ley para preservar la democracia amenazada por la garrá comunista.

Desde tempranas horas se congregaron en las cercanías del parque grupos que se organizaron en forma pacífica al comienzo del acto cívico. Al comenzar éste, como ya es habitual en las concentraciones organizadas por el Movimiento Patria y Libertad, los asistentes entusiasmados con profunda unión el Himno Patrio. Luego ocupó la tribuna el presidente del Movimiento, abogado Pablo Rodríguez Grez, cuya presencia fue recibida con prolongados aplausos.

En el intertanto grupos de choque formados por elementos marxistas, que se identificaban en sus gritos como miembros de las juventudes comunistas, trataron de provocar a las mujeres congregadas. Su intento fue desbaratado por la decidida acción de jóvenes democratas que los hicieron alejarse del lugar.

Luego del discurso del abogado Pablo Rodríguez Grez se organizó un desfile hacia la Plaza Bulnes, manifestación que resultó extraordinaria por el número de participantes que llenaron más de diez cuadras a lo largo de la Alameda.

El desfile, que fue encabezado por Pablo Rodríguez, fue objeto de contramanifestaciones de parte de los elementos extremistas, que pretendían ac-

llar las voces libertarias de las mujeres. Los hechos más graves ocurrieron frente a la Federación de Estudiantes de Chile cuyo local salió una poblada y trató de impedir el paso de la enorme columna. Nuevamente los jóvenes que protegen a las manifestantes dispersaron a los totalitarios, quienes sólo pudieron lanzar, escondidos en la sombra, criminales pedradas que causaron algunos heridos. Sin embargo, la marcha continuó y cumplió el programa que se había trazado.

A continuación damos a conocer parte del discurso pronunciado por el abogado Pablo Rodríguez Grez.

Demócratas chilenos, una vez más el movimiento Patria y Libertad ha decidido reunirse, queremos —a través de estas concentraciones— redoblar nuestro espíritu combativo en defensa de la libertad de los chilenos. Somos víctimas de una campaña porfetrá y ormedida para arrastrarnos a lo que no somos o para darnos una imagen que no nos corresponde. Sin embargo estamos aquí reunidos una vez más, dispuestos a demostrar lo que somos. Esencialmente democratas al servicio de un Chile libre, progresista y democrático.

Siempre será necesario señalar que es lo que pensamos, a que aspiramos y por que se nos combate. Las mujeres de Chile, representadas en este puñado de mujeres valientes, van a recorrer las calles de Santiago para decirle a los provocadores que no conseguirán acallar nuestra voz, porque nuestra voz corresponde a la del espíritu auténticamente chileno, que es el espíritu del hombre y la mujer democrática de nuestra patria.

Nuestra causa ha llamado a los democratas de todos los partidos políticos, de todas las ideologías. Aquellos que sienten la libertad de su patria y a

aquellos que no quieren vivir bajo la opresión y el esclavismo totalitario y por eso nosotros hemos sido escuchados a través de Chile y por eso hoy día desesperadamente nuestros coniderores se alzan en provocaciones indignas para quienes sólo levantan la bandera de Chile, la bandera de su Constitución y sus Leyes. Nuevamente vamos a explicar nuestro pensamiento, que quieren los democratas chilenos? Una cosa simple, pero profundamente valiosa: queremos conservar un régimen libertario y democrático en donde los derechos fundamentales de la persona humana no sean pisoteados ni conculcados. Por eso se alzan contra nosotros, nos provocan, nos denigran y nos insultan a pesar de que estamos en el marco de la Constitución y la Ley; en el marco de las instituciones fundamentales de Chile. Aspiramos a que el Congreso Pleno le dé la oportunidad al pueblo de Chile para que resuelva la disyuntiva entre la tiranía y el vasallaje o la democracia y la libertad. Y aspiramos a que sea el pueblo el que resuelva —y entendiéndolo claramente— dentro de los derechos que consagra la Constitución y la Ley, por eso no somos provocadores, no somos golpistas ni sediciosos. Si el Congreso Pleno, como es su deber moral, y como inevitablemente habrá de ocurrir, le da esta oportunidad al pueblo significará que le habrá cerrado las puertas definitivamente a un férreo prepotente de un país que quiere establecer en Chile un totalitarismo comunista al servicio de potencias extranjeras.

Esto señores, no es un movimiento que llame a la insurrección armada. No es un movimiento que llame al desconocimiento de la voluntad popular. Es, por el contrario, un movimiento cuyo único objeto, cuya única finalidad es precisamente el que la voluntad popular, clara, libre e informadamente expresada pueda decirle al gobierno quienes serán los chilenos. Y esto está en la Constitución y las leyes. De modo que las infamias que nos lanzan solamente retratan al infamante pasajero que nos pretende insultar, denigrar y desvirtuar nuestro pensamiento, porque nuestro pensamiento es digno y es claro: El respeto a la Constitución Política del Estado y sobre todo el respeto a la democracia y la libertad.

Quieren vincularnos a ciertas aventuras de carácter terrorista. ¿Que cosa más estúpida! Que nosotros que hemos levantado la bandera de Chile y de la Constitución Política del Estado podamos venir mezclados en actos terroristas, eso excluye toda posibilidad de lucha dentro del movimiento. Nuestro movimiento jamás será un factor para lesionar la infraestructura económica del país, porque la infraestructura económica del país está al servicio de todos los chilenos. No tenemos y no tendremos jamás conexión alguna con movimientos terroristas. La defensa que hacemos de la democracia es con la bandera de Chile, es con la voluntad de lucha dentro de la Constitución y la Ley. Por que nosotros aspiramos a que el pueblo resuelva esta contienda, como consecuencia necesaria de que el Parlamento, a través del Congreso Pleno, entregue al pueblo la decisión definitiva. Porque postulamos a esto, somos objeto de los más crueles y más increíbles, de unos e impróperos.

La experiencia política que está viviendo mi Patria está demostrando claramente cuáles son las intenciones totalitarias del señor Allende y de su camarilla. Y lo está demostrando el hecho de que el Partido Demócrata Cristiano que responsablemente solicitó garantías reales, ha sido vulgarmente tramulado por la Unidad Popular mediante un comunicado de palabras, un mundo de palabras —como dijo el Presidente Frei— en donde no se da rienda suelta a la verdad, sino que se defiende la preservación del régimen democrático. Esta es la demotación. Quienes quieren garantizar la democracia es porque pretenden conculcarla. Si se les oídieron garantías y no las dan, quiere decir que proyectan transformar este país en un nuevo satélite del totalitarismo soviético. Yo he venido diciendo y lo repito en esta tarde. Nosotros no tenemos vinculación con ningún movimiento, con ninguna intención, con ninguna

proyección sediciosa. Los sediciosos son única y exclusivamente ellos. Y son sediciosos porque no aceptan el juego democrático hasta sus últimas y extremas consecuencias. El juego democrático significa dos instancias en el proceso electoral: una instancia electoral y una instancia en el Congreso Pleno. Los verdaderos demócratas debemos adherirnos a las dos instancias. No tenemos por que cerrar el proceso cuando sólo una de esas instancias se ha agotado. El pueblo de Chile tiene en el Congreso Pleno el mejor respaldo de la preservación democrática a que aspiramos. Y por eso el Congreso Pleno cerrará las puertas al señor Allende y a su camarilla antidemocrática.

Como no hay razonamientos en nuestra contra, como nada



Un ejemplo de civismo, que permite mirar con optimismo el futuro de Chile, dieron las mujeres que concurren al acto convocado por Patria y Libertad. Nada pudieron las herdas comunistas para detenerlas en su decisión de concentrarse y marchar en forma silenciosa para demostrar su vocación democrática.

es incompatible ser chileno y ser totalitario; porque creemos que es incompatible vivir en libertad y vivir bajo el comunismo, porque creemos que es incompatible el espíritu del chileno con el vasallaje. Esa es nuestra consigna; esa es nuestra palabra.

Nadie duda, ni nadie puede dudar, que la democracia que nosotros vivimos requiere ser perfeccionada, y debe ser perfeccionada por que conlleva profundas y dramáticas injusticias. Todos los chilenos estamos conscientes de eso. No hemos alzado nuestra voz ni nuestra bandera de lucha en defensa de intereses ni de sistemas económicos. Hemos alzado nuestra voz en defensa de lo que es y debe seguir siendo auténtica y genuina: un Chile libre. Por eso nos han seguido; por eso nos seguirán siguiendo a través de todo Chile, y por eso este movimiento en el día de mañana podrá contar con una victoria aplastante, porque el pueblo de Chile debe ser oído por quien corresponde en el momento que corresponde.

Lo que hemos dicho ayer y lo reiteramos ahora sin vacilaciones de ninguna especie es algo muy distinto. Si pretenden amedrentarnos, si pretenden transformarnos en cobardes y pusilánimes, porque nos amenazan con una guerra civil, nosotros estaremos al lado de la autoridad para impedir cualquier insurrección, porque siendo minoría pretendemos gobernarse y apoderarse del poder.

Por lo tanto, yo digo responsablemente. Ellos son los antidemocráticos. Nosotros estamos con la bandera de la Patria y la Constitución Política del Estado, somos conscientes y comprendemos que debemos reformar, modernizar nuestras instituciones fundamentales. Y porque estamos conscientes de eso, hemos asumido el compromiso insoportable de mantenernos adictos al régimen democrático, pero dentro de un plano de reformas verdaderas y efectivas. Yo hago esta tarde y ante la Junta Nacional del Partido Demócrata Cristiano un llamado, profundamente vehemente, porque soy un hombre joven —aunque los duela a los políticos tradicionales— que sepan los demócratas chilenos que aquí está el pueblo de Chile y saldremos a las calles a defender su decisión democrática y

que depositamos en ellos la confianza para salvar la libertad de Chile.

El setenta por ciento de los chilenos tiene una clara vocación democrática; el setenta por ciento de los chilenos sufre la justificada angustia de que se establezca en nuestra patria una tiranía avasalladora. Y en el nombre de ese setenta por ciento yo le digo a la Democracia Cristiana, los chilenos de corazón, los verdaderos patriotas, los defensores cuando sea necesario y como sea necesario para que salve la democracia en peligro. No nos pueden entregar mediante cálculas políticas al totalitarismo, que seguramente impondrá en Chile el señor Allende y que no habrá ni podrá existir nada que nos logre deshacer esta mal irreversible. Por eso, demócratas chilenos, sepan que estamos con ustedes en tanto ustedes estén con la democracia y estén con el pueblo de Chile.

El Congreso Pleno es un organismo de generación popular. Nosotros hemos hecho a los miembros del Congreso Nacional. Nosotros los hemos colocado en los cargos que ocupan actualmente. Exigimos, en consecuencia, que no traicionen la vocación democrática del pueblo de Chile y que respondan a lo que nosotros suponemos darán nuestra representación.

Para nosotros, es esencial que entendiendo las aspiraciones que nos guían en este movimiento no son aspiraciones personales. Ya, en lo íntimo, no tengo nada que perder en el terreno de los intereses. Ud, tampoco tienen nada que perder en el terreno de los intereses. Esta es una lucha de la libertad.

No creamos en la libertad económica. No nos interesa la libertad económica. Nos interesa la libertad del alma. Nos interesa la libertad de expresión. Nos interesa la libertad del pensamiento.

No queremos que el pueblo se convierta en una marioneta en su boca. Queremos que todos nosotros, en cada instante, en cada momento, podamos perfeccionar nuestras libertades. Eso es Chile y eso ha sido Chile! No tenemos derecho a deformar y a transformar Chile, sino en la medida en que nosotros estamos capaces de darle respaldo a esas transformaciones.

Como no hay razonamientos en nuestra contra, como nada



Las jóvenes de Patria y Libertad mostraron su temple a rechazar los intentos totalitarios de los comunistas que, en gran número, pretendieron impedir el desfile de las mujeres. En varias oportunidades se produjeron choques, en los que los roicos debieron huir hacia las sombras para evitar un justo castigo por su provocación.

Vibrante Acto en Estadio Chile.-

La Democracia Dijo Presente

Con un lleno completo, y una asistencia que desbordó el Estadio Chile, se realizó anoche la concentración a que convocó el Movimiento Patria y Libertad.

Todos los oradores abundaron en vibrantes expresiones de defensa a la democracia y la libertad, expresiones que fueron recibidas con gran entusiasmo por la desbordante concurrencia.

El fervor patrio llegó a su punto culminante antes de que iniciara su intervención el presidente de esta organización, Pablo Rodríguez. En esos instantes la multitud, de pie, entonó la Canción Nacional.

A continuación damos a conocer el texto íntegro de la intervención del abogado Pablo Rodríguez.

"Amigos y compañeras... Es para mí una satisfacción muy profunda encontrar en esta tarde que millones y millones de chilenos han escuchado el llamado. Han escuchado el llamado que va dirigido más al corazón y al sentimiento, han escuchado el llamado de la patria que se mantiene y se mantendrá limpia y consciente...

Cientos de personas han quedado sin poder incorporarse a esta concentración magnífica. Cientos de personas recorren las calles voceando nuestra palabra de libertad y de democracia. Yo quiero abarcar a quienes han hecho posible este acto, a las imprentas que gratuitamente —para cerrar la boca a los pasquines miserables— nos regalaban los volantes que hoy día surcan el cielo de Santiago llamando a la libertad y a la democracia. Quiero agradecerle a los pilotos que cruzaron el cielo de Chile llamando a esta concentración. Pero por sobre todo quiero agradecer a los hombres y a las mujeres modestas que han aportado su

concurso en forma honesta y leal, que sepan ellos —y yo se los digo desde esta tribuna— que cada centavo que ellos nos entreguen para esta causa, será una nueva bandera de lucha en este gran combate por la libertad de Chile.

Yo no he querido contestar a nuestros adversarios, como lo hacen ellos, escondidos en las columnas de los pasquines. Les voy a contestar aquí, ante ustedes, ante el pueblo auténticamente chileno que reclama su libertad y que está dispuesto a defenderla, incluso con su propia vida.

Les vamos a decir —y queremos que lo entiendan con claridad y nuestros adversarios que quieren somos, que queremos y cómo vamos a obtener la victoria. Aquí estoy y emplazo públicamente, para que los calumniadores de siempre vuelvan a alzar su voz al son capaces. Aquí estoy —un hombre modesto, un profesional formado en las universidades chilenas— para servir a los chilenos. No soy, no he sido, ni seré jamás abogado de los latifundistas, abogado de los monopolios, ni abogado de los canes. Mienten, calumnian, difaman, eso hacen, mienten, calumnian, difaman... Y estamos aquí reunidos los hombres, las mujeres modestas de Chile. En Patria y Libertad no tienen cabida los monopolios; en Patria y Libertad no tienen cabida las empresas extranjeras, ellos —como nuestros adversarios— están muy ocupados en deshacerse de sus riquezas y en salir de la patria, nosotros permaneceremos en la patria. Ellos quieren saquear la patria y nosotros nos oponemos a que lo hagan...

un crimen ejercer un derecho, decir que tenemos que seguir siendo libres, ha pasado a ser un delito. Yo les digo y a ustedes y frente a miles y miles de adeptos a este movimiento que a través de Chile se están concentrando junto a nosotros: no hemos cometido un crimen, hemos izado la bandera de Chile que la quieren manchar en un Estado comunista, totalitario y entreguista al servicio de potencias extranjeras.

Pero señores... ¡cómo vamos a consumir este crimen, este crimen contra la patria de defender la libertad! Lo vamos a consumir mediante el uso irrestricto de los derechos que nos consagra la Constitución y las leyes. Yo digo en esta tarde —y que sea éste un mensaje muy claro— ¡Exigimos del Supremo Gobierno que se nos respete la libertad, mientras vivamos en un Estado democrático!... Nuestros adversarios, que son maestros en la táctica de la mentira, que han hecho de la calumnia una estrategia casi perfecta, nos han lanzado todas sus calumnias, ya no les queda en su abundante diccionario de desuertos y de groserías que lanzarnos ni qué decirnos...

Yo también les digo en esta tarde a ustedes, las groserías de ellos me dignifican, porque estoy defendiendo a Chile y porque ellos están vendiendo a su patria...

Pero yo quiero que dialoguemos esta tarde. Que dialoguemos y que nos planteemos los problemas que está viviendo Chile con serenidad, con tranquilidad, como corresponde a los democratas... sin ofuscamiento... Hay algunos que lanzan por ahí dictarios contra nosotros... Nos dicen "momios"... Momios, porque defendemos a Chile, porque defendemos su Constitución, porque defendemos sus leyes, porque defendemos lo más caro y lo más amado de la tradición patria... Y quiero que reflexionemos con serenidad, porque muchos de los que debían estar esta tarde con nosotros están probablemente escuchando mi palabra, pero están atemorizados, amedrentados... Chile tiene una historia patria y la historia patria en Chile ha demostrado una cosa que no será excepción en esta oportunidad, siempre que se levanta una voz gritando libertad, Chile entero se puso de pie junto a él para conservarla, mantenerla y perfeccionarla...

La historia de Chile no nos va a traicionar, porque la historia de Chile está en todos nosotros, está en cada gota de sangre de nuestro pueblo, está en cada instante de sacrificio y de trabajo. Por eso, en este movimiento están los trabajadores, están los obreros, están las dueñas de casa, está la juventud de Chile y no están los prostituidos por el marxismo, por el totalitarismo y por



El Estadio Chile se hizo estrecho para contener a la multitud que se dio cita para atender al llamado que le formuló el Movimiento Patria y Libertad. Centenares de personas quedaron fuera del local.



El abogado Pablo Rodríguez tuvo a su cargo el discurso de fondo de la reunión celebrada anteanoche por el Movimiento Patria y Libertad, en el Estadio Chile

un comunismo dominante y avasallador... Pero nosotros entendemos, hemos entendido siempre que la democracia se defiende a través de reformas profundas, nosotros queremos la perfección de la democracia, nosotros creemos necesario que la democracia sea un sistema que corrija profundas injusticias en Chile. Pero hay un hecho importante, quienes nos combaten en este instante, como agentes de potencias extranjeras, dirigidos y gobernados por potencias extranjeras, nos dicen a nosotros que van a traer el desarrollo económico, que van a traer el bienestar y nos dicen que nos lo van a traer a costa de la libertad. Yo les digo a ustedes y lo está diciendo también la historia de la Humanidad: ¡Nos van a quitar la libertad, pero tampoco nos van a dar el desarrollo económico, porque nunca, ninguno de esos países lo ha conseguido verdadera e integralmente, nosotros no nos dejaremos humillar, no seguiremos viviendo de rodillas, seguiremos viviendo de pie como auténticos chilenos, porque nuestra historia patria así lo exige y porque nuestras tradiciones nos lo imponen.

Se habla hoy día de que es necesario dar garantías para que subsista la libertad. Yo les voy a demostrar a ustedes —y guarden calma un segundo—, yo les voy a demostrar a ustedes cómo ellos mismos se engañan y cómo ellos engañan al pueblo. ¿Quiénes son los garantes de la libertad? ¡Asombrense, señores, los garantes de la libertad en Chile —al decir de dos senadores del Partido Comunista— es el Partido Comunista... ¡Eso son los garantes de la libertad en Chile! ¿Y de qué democracia son garantes? De la democracia de Cuba, de la democracia de Checoslovaquia, de la democracia de Hungría... Así no se engaña al pueblo, es demasiado burdo. Por eso nosotros los reiteramos lo que ya dijimos en la primera manifestación, honestamente no pasará, ¡no pueden pasar! porque ante todo está el pueblo de Chile...

Pero lo que resulta curioso es que ellos mismos se caigan en su juego de ideas. El presidente accidental del Partido Radical dice: "el Partido Radical dentro de la Unidad Popular es garante de la democracia en Chile". ¿Ellos mismos, señores, si ellos mismos reconocen que está en peligro la democracia, porque que no otra cosa significa que el presidente del Partido Radical diga que ellos responden de la democracia, es porque sus socios están mirando la democracia, esa es la demostración... ¡sus socios no son democráticos!... Pese a estos dos garantes —el Partido Comunista y el Partido Radical— el Partido Demócrata Cristiano está exigiendo garantías serias de estabilidad democrática. Yo quiero decirles responsablemente, con la máxima honestidad, que respeto profundamente la posición —he a través de decir un poco ingenua— del Partido Demócrata Cristiano. La razón porque ellos también están de acuerdo en que la democracia está en peligro. Están de acuerdo que la democracia está en peligro, porque de otra manera no estarían exigiendo garantías... Es obvio entonces, que el Partido Radical reconoce que sus socios son totalitarios y que la democracia está en peligro. Yo les digo en este momento —y tengo junto

a mí a muchos democratas cristianos en el Movimiento Patria y Libertad—, llamo al resto de los democratas cristianos a incorporarse en esta cruzada democrática...

Nosotros tenemos un puesto junto a ellos y ellos tienen un puesto junto a nosotros. Aquí estamos defendiendo la democracia, la democracia no se va a defender con contratos, con garantías ni con prendas; la democracia se defiende en la única forma en que puede auténticamente defenderse: un derecho íde pie, reclamando y gritando por sobre todas las cosas: somos libres, mantenemos la libertad cualesquiera sean los riesgos que sobre nosotros pesen!

Rehuyen el enfrentamiento porque saben muy bien dos cosas, saben que el pueblo chileno es esencialmente libertario y saben algo más interesante, saben que Chile no se vende, que la libertad no se transa y porque lo saben rehuyen el enfrentamiento electoral. No quieren ahora que sea el pueblo el que resuelva y quienes piden que sea el pueblo el que resuelva, pasan a ser sediciosos y totalitarios y ellos se abrazan a la Constitución. Estos son los que invocan la Ley, los que invocan los derechos del pueblo. Nosotros tenemos una sola gran aspiración en Chile: la aspiración de preservar y perfeccionar la democracia. Esa es la gran aspiración del pueblo chileno que se expresa por mi boca y precisamente por eso este llamado ha cundido en todos los rincones de Chile...

Y ahí están quienes nos atacan, ¿quienes nos están atacando? Nos atacan los pasquines que prostituyen las conciencias, nos atacan los pasquines que han sido siempre los traficantes de la honra. Yo, en esta tarde, como decía hace un instante, les contesto a estos pasquines. La democracia está en el Estadio Chile, que es el símbolo del patriotismo; la democracia está en ustedes; la democracia está en el corazón, en la boca y en la palabra del pueblo que ha accedido a nuestro llamado en un instante frenético en que la amargura para muchos es, en este momento, una espina clavada en el corazón. Pero que para nosotros la angustia de la derrota electoral se transformó en fervor de lucha y este fervor de lucha lo llevaremos hasta las últimas consecuencias para defender y amparar la libertad y la democracia...

Pero muchos se preguntan, con justificada razón, ¿qué va a suceder en el futuro? ¿Qué va a pasar en los días que vienen? ¿La democracia está acaso sujeta a un plazo? Este plazo se vence irreversiblemente el 23 de octubre. Yo quiero conversar con ustedes para saber que le va a pasar a la democracia, que es nuestra máxima aspiración y la única razón de la defensa que hacemos. Algunos dicen —con ese espíritu pusilánime— que nosotros estamos llevando al país a una guerra civil. Los que piensan que llevamos a Chile a una guerra civil es porque tienen temor de ejercer los derechos que nos da el sistema democrático y porque tienen miedo y son cobardes de ejercer las libertades. Yo digo aquí, como dije en el Teatro Nacional, vamos a defender la democracia dentro del marco de la Constitución y las leyes. Si quieren la guerra civil, aquí nos encontrarán de pie... No seremos nosotros los que provoquemos una lucha fratricida; no seremos nosotros los que provoquemos esta tragedia para Chile, pero si pretenden arrollarnos, que entiendan con claridad que la dignidad de un pueblo no se arrodilla, que la libertad no se vende, que la Patria está intacta... ¿Cómo estamos nosotros combatiendo ante esta disyuntiva trágica para los chilenos? ¿Cómo estamos combatiendo la posibilidad de que Chile caiga en las redes de un Estado policial? Allí en la agencia de Moscú en Santiago, en la prensa de ellos que obedece las consignas que rigurosamente les mandan a través de los comités centrales de los partidos comunistas internacionalizados, se dice que nosotros los vamos a defender mediante un golpe de Estado. No es cierto, señores, la libertad no se va a defender con un golpe de Estado, la libertad se va a defender con un golpe de patriotismo, la libertad se va a defender con un golpe que la juventud, en que los hombres, las mujeres y los trabajadores vamos a salir a las calles, vamos a ofrecer nuestras vidas, si es necesario, porque la libertad tiene que existir en Chile.

Tienen ellos hoy día la responsabilidad de llevar a Chile a un enfrentamiento fratricida, nosotros lo dijimos ayer y lo reiteramos hoy, respetamos la Constitución Política del Estado, no somos sediciosos, pero si que responsabilizamos a las autoridades del Estado de que

hay un personaje en Chile que está llamando a la insurrección. Hace sólo una semana el candidato del marxismo, el candidato del comunismo internacional, decía claramente que si el Congreso Pleno no lo designaba Presidente de la República, se tomarían las fábricas y las oficinas públicas. Si así quieren actuar nosotros les advertimos que restableceremos el orden en Chile y usaremos la fuerza si es necesario para hacerlo.

Yo no podría terminar estas palabras sin antes referirme a dos hechos que me han conmovido profundamente, mucha gente en los más increíbles rincones de Chile se han acercado a mí, me han estrechado la mano y me han dicho, que por lo menos hay una voz que nos dice que aún tenemos democracia. Mucha gente humilde y modesta se ha acercado a mí para abrazarme porque estoy defendiendo la democracia. Yo señores, les digo desde el fondo de mi corazón: probablemente nuestros adversarios tienen razón cuando dicen que yo no soy nada si soy nadie, pero yo en este momento soy el corazón y el espíritu de ustedes y yo en este momento me alzo para decir: aquí están los miles y miles que escucharon mi llamado, mi llamado no ha sido en vano; mi llamado ha sido oído desde Arica a Magallanes y aquí estamos luchando y aquí está la voz vibrante del pueblo de Chile... Me informaron en este momento que más de 20 mil personas se concentran en las proximidades del estadio. Yo quiero manifestarles a ustedes aquí estoy con la misma humildad, con la misma modestia con que abracé esta causa noble de la libertad y la democracia. He levantado una bandera que se pasea por todas las páginas de la Historia de Chile; no ha llegado el momento en que esa bandera sea manchada y ahí están los que fueran aguardar nuestra presencia y los que tienen su corazón puesto en este Movimiento dispuesto a respaldar la democracia y la libertad. ¡Cuán profundamente arraigada está la democracia y la libertad en Chile! ¡Cuán equivocados están nuestros contendores cuando piensan que han logrado conculcarla y mancharla! Nosotros terminamos este acto con un solo gran grito, con un solo gran llamado: Viva la Patria, viva la Libertad, viva la Democracia...



Antes de que se iniciara el acto celebrado anteanoche por el Movimiento Patria y Libertad, las puertas del Estadio Chile fueron cerradas ante la imposibilidad de que cupiera más gente. Miles de adherentes a este movimiento debieron permanecer en los alrededores del Estadio, o regresar a sus hogares. Luego del vibrante acto se realizó un improvisado desfile que llevó hasta el centro de la ciudad

Pero observamos todavía un fenómeno muy curioso. Observamos un marxismo en des-

(Esta publicación se financia con parte de las donaciones recibidas del público asistente).



Intervención del Presidente del Movimiento Cívico Patria Y Libertad, Abogado Pablo Rodríguez Grez, Fijando la Posición del Movimiento que Preside Ante la Situación Política Actual

DEMOCRATAS DE CHILE:

El Movimiento Cívico Nacional "Patria y Libertad" considera un deber ineludible fijar su posición frente a las negociaciones realizadas entre el Partido Demócrata Cristiano y la Unidad Popular. Aun cuando dichas gestiones no han culminado en la ratificación y apoyo oficial de los parlamentarios de dicha colectividad política a la exigua mayoría electoral del marxismo, es necesario, desde ya fijar las responsabilidades que reservará la historia a quienes tienen en sus manos la preservación de la democracia como sistema de convivencia.

No podría, por otra parte, silenciarse nuestra posición si, como hemos podido comprobarlo a lo largo de Chile, el movimiento que preside ha encontrado un respaldo multitudinario que, a pesar de todo, nos obliga a mirar con optimismo el futuro de nuestra patria.

Hemos sido víctimas del más cobarde y artero de los ataques, por el solo hecho de haber ejercitado un legítimo derecho en un país democrático. Sin embargo, lentamente, se ha ido esclareciendo la verdad, dejando a los plumarios al descubierto, sumergidos en sus propias infamias y miserias. Esto ha servido para que los chilenos aprecien el nivel moral del equipo marxista, que no trepida en nada para conseguir sus propósitos totalitarios. Ellos no respetan a nadie, pero son intransigentes cuando se trata del respeto a sí mismos. Nosotros responsabilizamos directamente al candidato marxista de esta maniobra antidemocrática, ya que cuanto se realiza para denigrarnos, escarnecernos y desfigurar nuestros verdaderos objetivos, sirve las ambiciones personales y partidistas del señor Allende. Quien se vale de estos medios, sea mediante la instigación o la complacencia tácita, retrata su verdadera filosofía antidemocrática y desmiente las líricas afirmaciones de respeto por el pensamiento del adversario. El señor Allende nada ha hecho por elevar el nivel de esta lucha cívica. Por el contrario, se ha sumado a la demasiada larga cadena de injurias en contra de este movimiento patriótico y libertario. El país juzgará su conducta y la de quienes, por halagar al amo, son capaces de cualquier infamia y de cualquier tropelia.

Mañana, si el marxismo se adueña del poder, esta estrategia será aplicada sin restricción, pero entonces la máquina del Estado estará al servicio de la opresión moral y del esclavismo físico. Es esto lo que los auténticos chilenos tratamos de evitar con procedimientos y acciones intachables.

Al parecer ninguno de estos hechos irrefutables y públicos conmueve a la directiva de la democracia cristiana, la misma que en secreto pactaba con el abanderado del marxismo antes de la contienda electoral.

Es necesario que Chile conozca la verdad de las mal llamadas "garantías constitucionales". Ellas importan un gran fraude político al pueblo de Chile y entregan nuestra democracia sin reserva a la voracidad totalitaria del marxismo.

En primer término, la incorporación de dichas garantías a la Carta Fundamental no podrá concretarse antes de cuatro o cinco meses, como consecuencia de los trámites que la propia Constitución consagra para la aprobación de las reformas que afecten su texto. Así las cosas, el Gobierno de la República sería entregado a la minoría marxista sin cortapisa ni obstáculo ninguno que impida efectivamente el establecimiento de una tiranía irreversible. Por lo tanto, la democracia se transa por un mero proyecto de ley y no por un estatuto jurídicamente válido y vigente.

En segundo término, debe señalarse que los preceptos constitucionales importan principios generales que deben reglamentarse mediante leyes que consagren derechos concretos y específicos. En nuestra actual Constitución existen instituciones y preceptos que, no obstante mantenerse por más de cuarenta años en su texto, no han sido reglamentados, quedando reducidos a un mero enunciado romántico, pero inoperante. Tal es el caso de los Tribunales Contencioso-Administrativos y de la Indemnización, que la Constitución acuerda a las personas procesadas y absueltas en juicios criminales. De lo expuesto se infiere que las garantías acordadas —en caso de llegar algún día a ser disposiciones constitucionales— pueden no reglamentarse y, por lo mismo, transformarse en meros enunciados líricos; o pueden reglamentarse alterando la intención que se les atribuye hoy día, pero fijarles otro sentido y finalidad. Así ocurrirá, por ejemplo, con el estatuto de los partidos políticos, con la libertad de tránsito para permanecer o salir del territorio nacional, etc.

En tercer término, las garantías señaladas en el acuerdo relacionado de nada servirán si no subsiste un Poder Judicial autónomo, independiente y no militante. La llamada Unidad Popular ha planteado al país una reestructuración integral de la administración de justicia. Se pretende crear un Tribunal Supremo —llamado a sustituir a la actual Corte Suprema de Justicia— cuyos integrantes sean elegidos por la Asamblea del Pueblo, único órgano legislativo de constitución eminentemente política. A su vez, este Tribunal Supremo generará a las demás jerarquías judiciales. En suma, ninguna duda cabe que la judicatura en un eventual gobierno de la llamada Unidad Popular, será estrictamente política y militante, y que la aplicación de la ley se realizará de acuerdo a la voluntad omnipotente del partido gobernante. El estatuto de garantías en nada se refiere al Poder Judicial, dejando la aplicación de la ley al arbitrio soberano de los jueces marxistas. La consagración de un derecho no representa una prerrogativa efectiva, concreta y verdadera, si junto a él no se entrega a su titular los medios para ejercerlo y hacerlo respetar.

Finalmente, y para no cansar a los señores auditores, la garantía referente a las Fuerzas Armadas no tiene significación ni trascendencia alguna, si conserva el Jefe del Ejecutivo las atribuciones para designar a su arbitrio a los altos mandos.

En consecuencia, las llamadas garantías de-

mocráticas no pasan de ser un mero proyecto de ley sin valor jurídico ninguno; cuya reglamentación, de realizarse algún día, puede desvirtuar su sentido e intención; cuya aplicación, en el mejor de los casos, será entregada a tribunales ideológicamente comprometidos y militantes; en un estado en que las Fuerzas Armadas serán dirigidas y promovidas por un marxista consecuente y obstinado.

Fácil resulta comprender que la democracia cristiana no ha salvaguardado nuestro sistema de libertades públicas y que ofrece al país "un gran fraude" para sus ambiciones democráticas y libertarias.

Pero hay quienes sostienen que la palabra de Salvador Allende es garantía suficiente de respeto y de seguridad. Sobre este particular un hecho histórico que no puede ser desmentido:

FIDEL CASTRO DIJO: "Los principios de la Constitución son los que regirán nuestro Gobierno". Discurso del 14 de enero de 1959 en el Club Rotario de La Habana.

FIDEL CASTRO DIJO: "Nuestra revolución no perseguirá ninguna idea; no las teme, no las ahoga y por eso respetaremos el derecho de hablar del más reaccionario, como el derecho de hablar del más radical". Discurso del 8 de mayo de 1959 en la Plaza Cívica de La Habana.

FIDEL CASTRO DIJO: "Nuestro ideal es una sociedad donde todos tengan derecho a sus ideas políticas, ya sean mayoría o sean minoría". Discurso del 5 de mayo de 1959 en Montevideo.

Recordemos ahora que ningún gobernante ha merecido más elogios del candidato marxista que Fidel Castro; que nadie como él ha interpretado de manera más genuina su filosofía política y que no existe en la vida pública chilena un defensor más leal de la revolución cubana y de su tirano.

Pero el cuadro no se agota aquí, para quienes piensan que sólo la Unidad Popular puede asegurar la paz social, allí tienen los primeros enfrentamientos con los extremistas que, incapaces de aguantar la hora del poder y la venganza, profanan a nuestros héroes, a nuestras universidades y a las más caras y altas tradiciones patrias.

Se insiste ante los timoratos y pusilánimes que la elección en el Congreso Pleno, si no favorece al abanderado del marxismo, podría desatar una guerra civil. Con esta amenaza han conseguido quebrar la resistencia democrática de sectores importantes dispuestos a evitar un enfrentamiento fratricida aun a costa de la eludición y del entreguismo:

El propio Presidente del Senado ha formulado una denuncia concreta sobre las escasas garantías del Congreso Pleno y de sus miembros para adoptar una resolución soberana y libre de presiones ilegítimas. No creemos que la amenaza pueda concretarse en un acto subversivo. Es más, estamos convencidos que la fuerza pública, con el concurso de los hombres libres, está en situación de reprimir y sancionar cualquier intento descontrolado de una minoría irresponsable y prepotente. Si así no ocurriera, significa que desde ya estamos entregados al vandalismo y la anarquía, lo cual, ciertamente, difiere en mucho de la verdad.

Ningún pronunciamiento o decisión política puede fundarse en el amedrentamiento, el temor a la represalia o a las consecuencias ilegítimas e inmorales que de ella devenguen. Tal actitud implica un gesto de cobardía que no condice con la fibra combativa y resuelta de nuestro pueblo.

Para desfigurar nuestra imagen pública han pretendido vincularnos a aventuras terroristas que repudiamos sin vacilaciones. Estos procedimientos sólo sirven a los extremistas, que encuentran en el caos, su campo de acción más propicio. La infraestructura económica de Chile ha sido construida por nuestro pueblo y nadie tiene derecho a atentar en contra de su esfuerzo y de su sacrificio. Fracasados en su intento y al descubierto de su infamia, se sostienen otras calumnias, esta vez para relacionarnos a intereses inconfesables. Reiteramos: nada nos liga a la empresa monopólica, al capital extranjero, ni a los clanes económicos. Sostenemos que la democracia debe perfeccionarse mediante la corrección de las injusticias e iniquidades existentes, pero también a través de la restauración de los grandes valores patrios hoy postpuestos y subalternos.

Como nada pueden demostrar seguirán calumniando, sustituirán el argumento por la afirmación irresponsable, la razón por la grosería. Ese es el marxismo, ahora en lucha tras el poder, mañana, probablemente, sojuzgando la conciencia. ¡Chilenos, aún es tiempo de frenar esta amenaza que impiadosamente caerá sobre el pueblo y que marcará para siempre el futuro de Chile!

EL MOVIMIENTO CIVICO PATRIA Y LIBERTAD, que ha demostrado su consecuencia y rectitud política, se hace un deber en plantear estos hechos, en la esperanza que la reflexión serena, el patriotismo y el valor moral de quienes deben juzgar y decidir la historia, no amaguen la libertad y la democracia en Chile.

Seguiremos, insobornablemente, esta campaña, sin otro derrotero que la grandeza de Chile y de su pueblo. No nos dejaremos amedrentar por la amenaza, ni el atentado cobarde, ni la injuria infamante. Nuestro único fin es la perfección de la democracia y la subsistencia de la libertad.

Reiteramos, una vez más, nuestro patriótico llamado a las bases gremiales, juveniles y poblacionales de la democracia cristiana para que, a través de sus organizaciones y representantes, hagan pesar la voluntad democrática de Chile en el seno del partido. Sólo ellos pueden hacer comprender a sus dirigentes que las garantías no tienen ni tendrán significación alguna, por su insuficiencia y su naturaleza, y que este error histórico hará a nuestro pueblo, irrevocablemente, víctima del esclavismo totalitario. Muchas gracias...

Santiago, octubre 15 de 1970.

Señor

Rodrigo Rojas Andrade,
Director del diario "El Siglo",
Lira 363.

PRESENTE

Señor Director:

En el diario que usted dirige se publicó el 14 de octubre un editorial titulado "Pablo Rodríguez y la subversión". Sobre el particular me permito puntualizar lo siguiente:

Como presidente del Movimiento Cívico Patria y Libertad fui designado para fijar la posición del movimiento ante la actual situación política y, al mismo tiempo, dar a conocer nuestra opinión jurídica de las llamadas "garantías constitucionales", que el Partido Demócrata Cristiano exigió al candidato que obtuvo una infima mayoría en la reciente elección presidencial, senador Salvador Allende.

El editorial a que hago referencia, si bien es cierto comenta mi intervención radial, adolece de sustanciales y premeditados errores, y su comentario es malintencionado y artero.

Sostiene el editorialista que el Movimiento Patria y Libertad no puede quejarse de haber recibido insultos y denuestos. Sin remitirnos a otras publicaciones que obedecen ciegamente a la llamada Unidad Popular, me referiré a lo que ha escrito sobre el movimiento y sobre mi persona el diario que usted dirige, que, como es de dominio público, es el portavoz del Partido Comunista chileno.

"El Siglo" ha dicho que yo defiendo profesionalmente a los integrantes del "clan Yarur". La verdad es que no conozco ni de vista, ni he actuado como abogado, ni he tenido siquiera trato por intermedio de otras personas con la familia Yarur. A esto hay que agregar que tampoco he sido jamás abogado de ningún clan ni de empresa monopólica alguna.

"El Siglo" dijo que yo estaba casado con una persona de apellido Simonetti. La verdad es que no conozco a nadie con ese apellido, y mi esposa tiene otro muy distinto.

"El Siglo" sostuvo y sostiene que nuestro movimiento y especialmente yo, que lo presido, estamos vinculados a ciertos actos de terrorismo. La verdad es que nuestra actuación ha sido y seguirá dentro del marco de la Constitución y la ley y que rechazamos toda acción violenta o terrorista. A mayor abundamiento le puedo informar que el Ministro en Visita designado para investigar a los culpables de estos actos de terrorismo ni siquiera me ha citado a su comparecencia, no obstante lo que ustedes han informado.

El diario que usted dirige, señor Director, en forma concertada con dos pasquines miserables, cuyas columnas son un diario insulto a la conciencia ciudadana por las calumnias y el vocabulario que emplean, insisten en motejarnos de "ultraderechistas". La verdad es que consideramos el marxismo un régimen totalitario que, en el eventual caso de llegar al Poder, sojuzgará las libertades públicas y convertirá a Chile en un Estado Policial al estilo de todos los regímenes marxistas, que por fortuna son pocos en el mundo. Es por esta razón que continuaremos esta cruzada, dando la cara y sosteniendo virilmente nuestra oposición a que sea el Partido Comunista, quien se aproveche de una precaria victoria obtenida fraudulentamente en las urnas.

Conviene representar a usted el contrasentido que implican las llamadas "garantías constitucionales" en relación a la conducta que observa el Partido Comunista y su prensa, antes de controlar el Gobierno de Chile. Nadie puede creer que los marxistas mantendrían en el país el imperio de la Democracia, ya que ello supone un diálogo libre y respetuoso entre todos los sectores de opinión.

Si ustedes mienten impunemente para desfigurar nuestros propósitos, ¿qué posibilidades existen de que mañana subsista un diálogo real y democrático? ¿En razón de qué factor ustedes no mentirán y sojuzgarán a los hombres libres si controlan la plenitud del poder? ¿Por qué ustedes serían distintos de lo que son los comunistas en las demás tiranías que controlan?

Esta es nuestra verdad. Nuestra lucha es por un Chile libre y democrático. No representamos sistema económico alguno ni defendemos intereses monopólicos, pero sí daremos una lucha frontal para impedir que el marxismo deje caer su garra sobre nuestro país. Lo que se diga en contrario es falso y artero.

Como usted puede apreciar, señor Director, nos han atacado con mentiras, como atacan los cobardes, y su diario ha sido también uno de los periódicos que ha mentido deliberadamente. Sin embargo, le puedo decir que ni el Movimiento, ni yo que soy su presidente, dejaremos de señalar que el marxismo no tiene cabida en Chile, país tradicionalmente libre y democrático.

PABLO RODRIGUEZ GREZ

Presidente

MOVIMIENTO CIVICO NACIONAL "PATRIA Y LIBERTAD"

79

Presidente del Movimiento Cívico "Patria y Libertad" Abogado Pablo Rodríguez Grez responde a un grupo de profesores de la Universidad Técnica del Estado

Señores profesores:

No obstante haber esperado varios días la carta que profusamente Uds. han hecho publicar en la prensa de Santiago, ésta no ha llegado a mis manos. Comprendo ahora que sólo los guía un propósito publicitario y que son Uds. instrumentos políticos para silenciar la voz de un hombre modesto, pero libertario. Es lamentable que profesores universitarios, no vacilen en prestar sus nombres para injuriar a quien hace uso de un derecho en el régimen democrático, sin otra ambición que la de servir a su Patria.

Hace catorce años mi padre, en un gesto que lo enaltece, sacrificó su vida por un ideal y una causa justa, que según entiendo, Uds. compartirían. Nadie desde entonces había invocado su memoria y su nombre; nadie le ha recordado como a uno de los fundadores de la Universidad Técnica del Estado, ni nadie ha reivindicado ni valorizado su sacrificio. Sin embargo, ahora Uds., que ni siquiera me conocen, "publican" una carta para enlodarme. Estoy cierto que así no reaccionarían los verdaderos amigos de mi padre. á

La causa que yo he abrazado es la causa de la inmensa mayoría de los chilenos que, como yo, están orgullosos de su clase y de sus antepasados. Aspiramos a que el pueblo de Chile, ese árbitro soberano en la contienda planteada entre la Democracia y el marxismo, entre la libertad y el vasallaje.

No soy, como Uds. demuestran serlo, instrumento de nadie, salvo de las conciencias libertarias de los hombres y mujeres de trabajo de Chile. Jamás he claudicado de mis ideales y he aprendido desde muy joven a despreciar a los desleales, a los traidores y a los aduladores del amo.

Pueden, por otra parte, comprobar que en la misma persona en que Uds. publican su carta, se injuria y se degrada la memoria y la vida de mi padre, sin consideración alguna por su trayectoria y honestidad. Esa es la calidad humana de la ralea que los acompaña y el nivel moral en que se debaten y al que los arrastran.

No sirvo intereses inconfesables. Mi único fin es evitar que Chile sea víctima de una tiranía irreversible y cooperar a que nuestro pueblo corrija las profundas injusticias económicas y sociales existentes, sin el sacrificio innecesario de su libertad y de su dignidad.

Tienen Uds. ahora, como yo, el deber moral de sancionar y repudiar a quienes profanan y mancillan el recuerdo de quien se dicen "grandes amigos". Estoy cierto que nada han hecho y que, por el contrario, siguen la conducta cobarde que fijan los rectores del pensamiento infamante y pueril.

Como hace precisamente catorce años que Uds. nada saben de mí, estoy llano a explicarles personalmente cuanto deseen saber sobre el movimiento que dirijo y sus propósitos. Será aquélla una buena oportunidad para conocerlos y esclarecer mi posición y la de Uds.

(Fdo.) PABLO RODRIGUEZ GREZ, presidente del Movimiento Cívico "Patria y Libertad".

57174

Receso de "Patria y Libertad"



EL ABOGADO PABLO RODRIGUEZ GREZ, ex jefe nacional de Patria y Libertad, constató durante una visita a Europa y varios países latinoamericanos que la campaña antichilena está orquestada desde Moscú.

El Movimiento Nacionalista Patria y Libertad entró ayer oficialmente en receso, según lo anunció su ex jefe nacional Pablo Rodríguez Grez. El ex dirigente máximo de esta organización ofreció una conferencia de prensa en su estudio de abogado para comunicar públicamente el acatamiento de esa orden de la Junta y al mismo tiempo para referirse en detalle al resultado de su reciente viaje por varios países de Europa y América.

Si la Junta de Gobierno—expresó Rodríguez— ha declarado en receso a los partidos políticos democráticos lo lógico es que nuestro movimiento también acate esa norma. El silencio político es lo que más le conviene a Chile en este instante y ojalá sea lo más prolongado posible. Acto seguido formuló un llamado a quienes habían militado en Patria y Libertad para que abandonaran las tareas partidistas y regresaran de inmediato a sus centros de trabajo. Informó además que los bienes de la organización en el caso de las sedes, serían destinados a trabajos de promoción social.

Respecto de su recorrido por Europa y algunas naciones latinoamericanas Pablo Rodríguez dijo que había constatado la magnitud de la campaña marxista contra Chile. "Es una campaña a nivel internacional — indicó — proyectada y financiada desde Moscú, con dos subse-des, Italia para el mundo europeo y México para los países latinoamericanos. Contó que en todas las capitales que visitó trató de tomar contacto con periodistas. En algunos puntos como en Francia pudo cumplir su propósito pero en Roma desde que llegó fue objeto de violentos ataques personales a través de la prensa. Dijo que en Roma se recolectan diariamente unos mil dólares para financiar la campaña antichilena. Destacó por otra parte la intervención directa de las autoridades mexicanas en lo que él calificó como sistemático desprestigio hacia Chile. Aseguró que en ese país había una maquinaria montada para desfigurar la realidad chilena.

Pág. 2 • LA TERCERA de La h



De un año a sesenta días de presidio:

7/10/75

Corte Suprema Redujo Pena Impuesta a Thieme

■ Queda sujeto a vigilancia del Patronato de Reos

La Corte Suprema redujo a sesenta días la pena de un año de presidio que se le había impuesto a Walter Roberto Thieme por el delito de hurto de una avioneta. Este tiene la pena remitida, pero deberá quedar sujeto a la vigilancia del Patronato de Reos.

Thieme, ex Secretario General del disuelto Movimiento Nacionalista "Patria y Libertad", había sido condenado a un año de presidio por el hurto de una avioneta de propiedad del Club Aéreo de Tobalaba, aparato con el que simuló un accidente el 23 de febrero de 1973. La sentencia fue confirmada posteriormente —en todas sus partes— por el tribunal máximo.

Más tarde, la Corte Suprema tuvo que volver a ver la causa, ante un recurso de reposición presentado por el abogado de Thieme, Pablo Rodríguez Grez quien solicitó que se reconsiderara el dictamen, y se absolviera a su defendido.

El fallo definitivo del alto tribunal aparece pronunciado por los Ministros Eduardo Ortiz, Víctor Manuel Rivas del Canto, Osvaldo Erbetta, Emilio Ulloa, Marcos Aburto y el

Auditor General del Ejército, Osvaldo Salas Torres.

Tal resolución fue acordada con el voto en contra del Ministro Eduardo Ortiz, quien estuvo por no dar lugar a la reposición, porque "los hechos probados en el proceso tipifican incuestionablemente el delito de hurto de una avioneta y porque el propósito de lucro de Thieme quedó también de manifiesto al establecerse que usó prolongadamente la especie, sacando un provecho de ella en la consecución de sus probables ideales políticos".

92

Víctor Fuenzalida Dublé:

31/10/77

Denunciado Secuestro de Corredor de Propiedades

- Familiares culpan a grupos de extrema izquierda
- "Mi hermano fue dirigente de Patria y Libertad", señaló Osvaldo Fuenzalida

Cuatro sujetos movilizados en un automóvil Peugeot y un motorista secuestraron el pasado viernes al corredor

de propiedades Víctor Fuenzalida Dublé y lo mantienen aún en algún lugar desconocido, según denunciaron ayer

miembros de su familia a la prensa.

Fuenzalida, de 42 años, fue militante activo del Movimiento

Nacionalista Patria y Libertad, llegando a convertirse en uno de sus principales dirigentes.

Según estimó su hermano, Osvaldo Fuenzalida, quien preside la Asociación de Corredores de Propiedades, "el rapto tiene todas las características de un secuestro político, atribuible a alguna organización de extrema izquierda".

Osvaldo Fuenzalida y otro hermano, Carlos, dieron cuenta del hecho a la policía una formada y a Investigaciones, que hasta el momento no han informado de resultados positivos, según manifestaron.

LOS HECHOS

El secuestro, según lo informado, ocurrió el viernes, a las 15 horas, cuando Víctor Fuenzalida llegaba hasta una casa en construcción, de su propiedad, ubicada en el Camino El Alto, en el sector de "El Arrayán".

Alfonso Díaz Rodríguez, uno de los trabajadores de la obra y cuidador del recinto, relató a "El Mercurio" que, mientras trabajaba en los estucos de una pared, sintió que llegaba el automóvil (un Peugeot blanco, patente DY-216, de Las Condes) de Fuenzalida. "Casi justo detrás venía otro Peugeot, color burdeo, con cuatro personas, señaló el cuidador. Los individuos se bajaron y le dijeron a don Víctor: "Pásanos las llaves". Después no pude ver bien, pero sentí que sacaron a don Víctor de su auto y lo introdujeron en el que venían. Al mismo tiempo llegó otra persona en una moto, que al parecer vigilaba, y uno de los secuestradores tomó el auto de don Víctor y de inmediato se fueron todos los vehículos en dirección a Santiago".

La operación no demoró más de uno o dos minutos, por lo que los trabajadores (cuatro en total) que se encontraban en la obra, no pudieron percatarse de otros antecedentes.

Según dijo Díaz, uno de los maestros pudo ver al motorista, "un individuo de mediana edad y barba".

Otro de los trabajadores, el

(Continúa en la Pág. 29)



El cuidador de la vivienda de "El Arrayán", Isaias Alfonso Díaz Rodríguez, quien es testigo del hecho, muestra el lugar donde se estacionó el Peugeot que transportaba a los secuestradores. A la izquierda, otro de los trabajadores, Guillermo Saavedra.



Su actual esposa, Carolina Cox: "Hace apenas dos meses que nos casamos".



Osvaldo Fuenzalida, en el jardín de su casa: "No sabemos a qué atenernos, pero suponemos una acción de extrema izquierda".



El lugar donde, según la familia Fuenzalida, ocurrió el rapto. Camino El Alto esquina del Pasaje Las Madreselvas. Al fondo, en desnivel, la casa en construcción desde donde la acción fue advertida por los trabajadores.



Fuenzalida también incursionó en el automovilismo. El grabado lo muestra junto a un amigo, hace varios años, cuando practicaba este deporte.



Archivo Nacional de Chile

Denunciado Secuestro

(De la página 21)

maestro carpintero Guillermo Saavedra Sánchez, contó que ellos esperaban todos los viernes a Fuenzalida, "porque nos pagaba la semana".

LA FAMILIA

Por su parte, Carlos Fuenzalida, quien trabajaba junto a sus dos hermanos en la oficina de corredores de propiedades de Osvaldo Fuenzalida, relató que el viernes, Víctor se retiró temprano y fue a su casa a almorzar, para llegar a buena hora a pagar a los trabajadores de la obra.

Agregó que, al no tener conocimiento de su paradero durante toda la tarde y luego en la noche, hicieron la denuncia correspondiente en la comisaría de Lo Barnechea, y

más tarde en el cuartel de Investigaciones de Providencia.

"Además, hemos hecho averiguaciones a nivel de fuerzas de seguridad del Gobierno, para saber si se trataba de un operativo de inteligencia; pero todas las autoridades con quienes hemos conversado nos han dicho que las características del hecho no corresponden a una acción de seguridad", dijo.

Fuenzalida es casado en segundas nupcias con Carolina Cox, con quien contrajo matrimonio hace dos meses. Tiene cuatro hijos, cuyas edades van desde los siete a los trece años, de su primera esposa, Margarita Montt.

SU ACTIVIDAD POLITICA

Víctor Fuenzalida, según contaron sus familiares, ingresó tempranamente en el Movimiento Patria y Libertad, adoptando una actitud "dura" en la lucha contra el anterior gobierno.

El 29 de junio de 1973, día del "tancazo", actuó en operaciones armadas en el barrio alto.

A partir de ese momento, agregan los familiares, cuando fue descabezada la directiva del Frente, Fuenzalida pasó a tomar parte en las actividades ejecutivas clandestinas, convirtiéndose en "hombre clave" de la organización.

Después del derrocamiento del Gobierno de Alessandri y el ascenso al poder de la Junta Militar, Fuenzalida abandonó el movimiento.



Archivo
Nacional
de Chile

Bitte nicht knicken!

WEINMANN HAMBURG

Kronsaalsweg 40
Postfach 54 02 68
2000 Hamburg 54



Drucksache

Wenn verzogen, bitte
mit neuer Anschrift zurück!

Post



WEINMANN

GOTTLIEB WEINMANN

GERÄTE FÜR MEDIZIN UND ARBEITSSCHUTZ

G. M. B. H. + CO.

KRONSAALSWEG 40 · POSTFACH 540268 · 2000 HAMBURG 54



D 10 86/29

Archivo
Nacional
de Chile

95

Widow, José M. Ibáñez y la Democracia

Por Gonzalo Ibáñez S.M.

EN días pasados, el Padre José M. Ibáñez se hace cargo de mis comentarios acerca del tema "Democracia e Ideología Democrática", lamentándose de que yo no recogiera en ella lo sustancial de su crítica al libro de Juan A. Widow, "El hombre, animal político". Lo cierto es que no me interesa polemizar, sino sólo desarrollar el tema mencionado tomando pie tanto en el libro de Widow como en la crítica del P. Ibáñez. Llamado, con todo, a terreno, no me parece propio excusar mi parecer.

Desde luego, la crítica del P. Ibáñez parece excesiva: en el fondo acusa a Widow de sostener que ser cristiano y discípulo de Santo Tomás exigiría ser antidemócrata. El error de esta imputación aparece claro para quienquiera lea el libro desapasionadamente. Si es cierto que desde una perspectiva tomista y de magisterio pontificio, *en principio* no se puede estar ni en pro ni en contra de una determinada forma de gobierno: monarquía, aristocracia o democracia. El problema de determinar la forma de gobierno lo deberán encarar las distintas sociedades de acuerdo a las peculiaridades de cada una; la solución que resulte prudente para alguna de ellas no necesariamente es la que corresponde aplicar en otra. Y al respecto, Widow no dice ni mucho más ni mucho menos.

Interesa entonces en un debate de ciencia política no tanto lo que versa acerca de las formas de gobierno, sino lo que se ocupa de los principios sobre los que un gobierno, sea cual fuere su forma, debe sustentar su acción para ser considerado justo. A estos principios, Widow consagra la mitad de su libro. En este sentido convendría destacar el mérito de esta obra, escrita en un país como el nuestro, en que la discusión política se hace las más de las veces de clichés, de lugares comunes y de banalidades, cuando no de insultos y amenazas.

Acusa el P. José M. Ibáñez a Widow de dejar francamente mal parada a la democracia. Pero, ¿es Widow quien la deja mal parada? ¿No la dejan así, más bien, muchos de los sedicentes "demócratas" que ideologizan la democracia para hacer de ella el manto protector de sus desaguisados? Son varios ya los estudios que muestran cómo no pocas veces la democracia pavimenta el camino al totalitarismo, como ocurrió en el caso de Robespierre y de Hitler. La experiencia chilena es, al respecto, aleccionadora. Y no está de más recordar que connotadas democracias

dejan impune un tipo de homicidio como el aborto y que, aun, sus gobiernos se hacen coautores del genocidio respectivo al pagar, como en Francia y como se pretende ahora en España, el costo de la "operación" cargándolo a las cuentas de la Seguridad Social. Y todo esto en nombre de los derechos humanos.

No quiero con esto condenar en bloque la democracia —tampoco lo hace Widow—, ni negar que en otros sistemas se producen iguales o peores calamidades, pero sí dejar en claro que, como cualquiera forma de gobierno, la democracia es susceptible de corrupción y abuso. Y que esa corrupción y abuso le son connaturales cuando se entiende por ella la versión rousseauiana.

Por lo demás, y este es un hecho de la causa, hoy se habla de democracia mucho más en este último sentido, aunque disfrazándolo, que en el clásico. De ello es muestra la insistencia en considerar a la democracia como la única forma legítima de gobierno, pues sólo a través de ella se expresaría la "auténtica" voluntad popular —el "consenso" como suele decirse ahora—. Si, a veces, se respeta el orden natural de la sociedad es más por razones tácticas que de principios.

A mi modesto parecer el análisis que hace Widow de las principales versiones ideológicas de la democracia: liberalismo, democracia cristiana, socialismo y comunismo, es de lo más completo que se ha producido en el país. Es posible que falten algunas otras versiones, pero, en todo caso, ese análisis constituye un primer paso notable en el esfuerzo por iniciar un debate político serio.

Y no se diga que Widow no distingue entre ideología democrática y democracia a secas, como forma de gobierno. Es éste otro de sus méritos: mostrar que existe una versión original de democracia que en la discusión actual queda sepultada. Ya el hecho de haber tratado de ésta en la primera parte, y de la versión ideológica al final, muestra a las claras su propósito de distinguir y de impedir las confusiones: "Es obvio, en consecuencia, que cuando se habla de democracia hay que comenzar por establecer estas diferencias, precisando cuál es el significado que se da al término. Es la condición mínima para que tenga seriedad lo que se vaya a decir (...). Lo relativo a la democracia entendida como soberanía de la voluntad popular, será examinado en la última parte de esta obra, en que se

trata de los sistemas ideológicos. En el capítulo siguiente de esta misma parte, referente a la interna constitución del organismo político, se tratará sobre la participación del cuerpo social y sobre su vinculación necesaria con el gobierno; también se verá esto al considerar más adelante lo propio del llamado régimen mixto. Ahora corresponde, por consiguiente, tratar sólo lo pertinente a la democracia entendida como régimen o forma de gobierno" (p. 113). Tampoco se diga que Widow abusa de la doctrina pontificia para condenar toda democracia: "Este magisterio (el pontificio) condenó desde que comenzó a manifestarse como doctrina y como práctica revolucionaria, la ideología democrática, es decir, el sistema fundado en el principio de la soberanía del pueblo. Por cierto, nunca condenó el régimen democrático de gobierno, pero éste, como ya se ha visto, no es lo que se pone en cuestión con esta ideología (...). Lo que ha condenado la Iglesia es la filosofía democrática, no el régimen" (p. 250).

La prudencia del magisterio eclesiástico oficial queda de manifiesto en la afirmación de San Pío X: "... hay error y peligro en atar sistemáticamente al catolicismo a una forma de gobierno; error y peligro que son más graves cuando se cifra la religión en un género de democracia cuyas doctrinas son erróneas..." (*Notre Charge Apostolique*). Contrasta esta prudencia con la actitud de tantos clérigos y laicos "comprometidos" para quienes la democracia ha venido a reemplazar en la práctica a la redención; que hablan de ella como "el nombre profano del cristianismo" y que, sin más, consideran a las "virtudes democráticas" como sinónimo de las evangélicas.

La democracia es, sin duda, una forma válida de gobierno y, en el caso chileno, por ejemplo, puede constituir la solución más atinada para nuestras dificultades políticas. Pero la inflación casi grotesca de los adjetivos que la suelen acompañar, el afán de sacralizar lo que de suyo es profano y de otorgar valor absoluto a lo que siendo importante tiene, con todo, valor relativo, muestra que no se la busca sólo como forma de gobierno, sino como vía que puede desembocar en los más insólitos destinos.

La hipertrofia de una institución suele acarrear su destrucción. Si se quiere defender a la democracia parece entonces conveniente preocuparse de estos aspectos, no sea que por colar los mosquitos se dejen pasar los camellos.

2-2-85

Widow, Ratzinger Y la Democracia

19-5-88

Por José Miguel Ibáñez Langlois

EN un artículo reciente de esta misma página, Gonzalo Ibáñez Santa María emprende —en términos ponderados y muy atendibles— la defensa del libro de Juan Antonio Widow, *El hombre, animal político*, frente a los reparos que le dirigiera yo, principalmente en torno al concepto de "democracia": concepto que sale francamente malparado de las páginas de aquel libro. La defensa de Gonzalo Ibáñez S. M. es casi perfecta, y tiene el único inconveniente de estar hablando de un tercer tema, que no es ni el tema del libro de Widow ni el tema de mi artículo en cuestión. (¿Será éste un destino de los debates intelectuales en Chile: hablar siempre de cosas distintas?)

En efecto, el propósito de Ibáñez Santa María en su artículo es liberar el "sentido auténtico de la democracia" de la "deformación rousseauiana de ese concepto". Nada más noble ni más urgente que este propósito, en el ámbito de la filosofía política, y también de la doctrina social de la Iglesia. Si se tratara de diferenciar la "democracia verdadera" y la "ideología democrática de Rousseau", para rescatar la primera y refutar la segunda, yo estaría completamente de acuerdo con J. A. Widow, igual como estoy completamente de acuerdo con G. Ibáñez, y también con la doctrina social de la Iglesia al respecto, que se identifica con esa diferencia, refutación y rescate. Pero nada parecido contiene el libro de Widow, que no dedica atención ni simpatía alguna al "sentido auténtico de la democracia", ni pretende "rescatarla" de nada, y en cambio dedica capítulos enteros a demoler la "ideología democrática", dejando en el lector la impresión viva de que "democracia" e "ideología de Rousseau" son la misma cosa, y que una y otra son, por tanto, igualmente perversas.

J. A. Widow puede ser tan anti-democrático como quiera, pero cuando piensa y escribe en una perspectiva que se supone ligada a la filosofía de Santo Tomás y a la doctrina de la Iglesia, debe distinguir cuidadosamente entre su propia opinión personal y aquellas instancias superiores. Para éstas la democracia no es, por cierto, ni

un dogma de fe ni un postulado necesario del derecho natural, pero tampoco es un producto ideológico maligno y rechazable. De allí mi insistencia en el "pluralismo", que goza de tan poco crédito a los ojos de Widow: se le respeta su opinión política personal, pero él debe respetar la de otros cristianos que, a su vez, pueden ser tan democráticos como quieran, sin ser por eso sospechosos de herejía.

La diferencia entre la democracia como régimen de gobierno y la democracia como ideología de Rousseau es constante en el Magisterio de la Iglesia, y tal vez sus dos momentos cumbres sean las Encíclicas de León XIII —la *Immortale Dei* y la *Diuturnum illud*, que rechazan la ideología del poder popular— y el Mensaje de Pío XII en la Navidad de 1944, *Benignitas et humanitas*, que establece la plena legitimidad y conveniencia de la democracia contemporánea y las condiciones para su ejercicio correcto. A medio siglo de distancia, y con matices lógicamente distintos, ambos papas —así como todos los intermedios y los posteriores— enseñan en forma unánime la misma doctrina: toda autoridad viene de Dios y está regulada por el derecho natural; de allí que hacer del pueblo la fuente originaria y autónoma del poder y de éste un instrumento de la "voluntad general" sin sujeción a norma superior alguna, es un grave desorden, precisamente el que se contiene en la filosofía política de Rousseau.

En cambio, la democracia como participación activa del pueblo en la gestión de la cosa pública es, para la Iglesia, del todo necesaria frente a los totalitarismos de variada especie, y las instituciones que esta democracia suele darse hoy a sí misma para hacer efectiva esa participación —elecciones libres, sufragio universal, separación de los tres poderes, etc.— son, si no necesarias (pues sus formas posibles son múltiples), al menos legítimas y convenientes. En suma, el pueblo elige su forma de gobierno y designa a sus mandatarios, pero no les confiere la autoridad a partir de sí mismo —como si el pueblo fuera la fuente primera y última del poder—, pues la autoridad, con todas sus prerrogativas y sus de-

beres morales, procede en última instancia de Dios y no de la multitud, y por eso su ejercicio está sujeto a la ley moral y no al capricho de las eventuales mayorías.

Esta distinción es, con algunos énfasis diferentes, la que parece hacer suya el artículo de Gonzalo Ibáñez S. M., y es por cierto mi propia idea, fiel a la doctrina social de la Iglesia. Pero en vano buscaríamos en el libro de J. A. Widow la valoración democrática positiva de Pío XII en su mensaje navideño de 1944, y de los Pontífices siguientes en sus respectivos magisterios. Para Widow, debatir hoy acerca de la democracia es debatir sobre Rousseau; de allí su enconado espíritu antidemocrático. Puede contrastarse su posición con la del Cardenal Ratzinger, que espero no parezca sospechoso de error doctrinal, en su calidad de Prefecto de la S. Congregación para la Doctrina de la Fe. En un documento no magisterial, pero muy significativo, el ensayo titulado *Fe cristiana y democracia pluralista*, Joseph Ratzinger se plantea con un gran realismo las posibilidades actuales de la democracia, en la cual ve ciertamente algo más que un producto ideológico de Rousseau: "Reiteramos que la democracia es un producto de la fusión de la herencia griega y cristiana y, por eso mismo, no puede sobrevivir si no es inmersa en ese contexto que la fundamenta. Si no se reconoce esto y no se aprende a vivir la democracia abierta al cristianismo y el cristianismo a su vez abierto al Estado democrático libre, nos habremos, inevitablemente, jugado la democracia".

Muchos otros asuntos del mayor interés contiene el ensayo del Cardenal Ratzinger, que no me es posible comentar en la brevedad de estas líneas. Sólo quiero llamar la atención sobre su *realismo*, que frente a las utopías y los mesianismos actuales nos urge a aceptar la imperfección intrínseca de todo lo político, y a buscar formas de gobierno —democráticas, en su opinión— que sean las mejores posibles dentro de sus inevitables limitaciones. Lo cual se parece mucho al célebre aforismo de Churchill en defensa de la democracia, como la peor forma de gobierno que se conoce..., con la excepción de todas las demás.

10.1.78



Archivo
Nacional
de Chile

Democracia e Ideología Democrática

Por Gonzalo Ibáñez S.M.

5-5-81

EL comentario que el P. José Miguel Ibáñez hace el domingo 7 de este mes sobre el libro "El Hombre, Animal Político", cuyo autor es el profesor Juan A. Widow, pone sobre el tapete un tema de máxima importancia: el sentido de la democracia y la deformación que ella sufre en manos de Juan Jacobo Rousseau, deformación que en los hechos la ha acompañado hasta nuestros días. De la acepción tradicional de democracia, Widow se ocupa al tratar de las diversas formas de gobierno. De la deformación, que él denomina "ideología democrática", se ocupa en la última parte, dedicada precisamente a las distintas ideologías.

La democracia como forma de gobierno es un sistema en el que la gestión gubernamental corresponde a todos o, más comúnmente, a aquellos a quienes todos o una mayoría elijan. Quienes son así determinados disponen del mando suficiente para ejercerlo según su leal saber y entender; disponen de poder suficiente para hacer cumplir sus decisiones y son responsables de la prudencia o imprudencia de su gestión. Es decir, se elige al gobernante, pero no los principios de gobierno. Estos, en democracia o en cualquier otra forma de organización política, vienen dados por la misma naturaleza social de las personas.

El pensamiento de Rousseau es radicalmente diferente. Sus tesis son de sobra conocidas para insistir en ellas. Recordemos sólo la fundamental: la identificación de la libertad con la bondad, esto es que el hombre perfectamente libre y autónomo y que hace siempre su voluntad, obra siempre el bien. Tal habría sido la situación de nuestros antepasados cuando vivían aislados, al modo del buen salvaje, en un estado de "naturaleza" presocial. La sociedad, según esa tesis, encadena al hombre y, en la medida que lo hace perder libertad, lo corrompe. Como es un hecho, con todo, que no puede volverse al estado presocial, habrá entonces que organizar la sociedad de modo que el hombre sea tan libre y, por ende, tan bueno como antes.

98

De aquí brota el "Contrato Social", en virtud del cual cada uno y todos se dan por entero, con todos sus derechos, a la sociedad. Se produce así una sublimación del individuo en la sociedad que hace que la voluntad de ésta, la *volonté générale*, sea la expresión más perfecta de la voluntad de cada individuo. En esta sociedad, en consecuencia, el individuo es perfectamente libre y

bueno, porque siempre será su voluntad la que se hace. Si, por azar, hay contradicción entre la voluntad particular y la general, es esta última la que debe primar, porque es la única y auténtica voluntad del individuo: obligarlo a adecuarse a ella no es sino obligarlo a ser "libre".

En la medida que la voluntad general expresa la plena libertad individual, es siempre recta y siempre quiere el bien. Quien la manifiesta en la sociedad es el "soberano", que, por lo visto, en el decir de Rousseau, "...por ser lo que es, es siempre lo que debe ser". Nada hay por sobre su voluntad. Es él quien decide qué es lo bueno, qué es lo malo; qué es lo verdadero, qué es lo errado; qué es lo justo, qué es lo injusto. De más está decir que la cuestión política fundamental, en esta hipótesis, se transforma en la conquista del poder para así constituirse en el oráculo infalible de tal voluntad que, según el mismo Rousseau, no se identifica siempre con la de la mayoría.

Sea quien fuere el que triunfe en la lucha por el poder, resulta evidente que la teoría que acabamos de esbozar viene a constituir la quinta esencia de lo que se conoce como *régimen totalitario*. Al desligar al soberano de toda normativa natural a la cual deba subordinar los dictados de su voluntad, se legitima, sin más, todo lo que brote de esa voluntad. Si él es el criterio de verdad, no hay cómo demostrar que se ha equivocado. En este esquema la sociedad aparece como algo que no tiene ninguna consistencia natural, como algo que se hace radicalmente a partir de la idea "clara y distinta" de los que detentan el poder.

A pesar de la extravagancia y tinte totalitario, la influencia de estas ideas en el mundo contemporáneo ha sido considerable. Desde luego, la Teología de la Liberación ha retomado el mito de la bondad natural del hombre y de que la sociedad lo corrompe. No otra cosa es su pretensión de que para construir la civilización del amor, hay que partir de una reforma radical de las estructuras sociales. El derecho público de la mayoría de nuestras naciones se ve también tocado: el dogma de la soberanía de la voluntad popular refleja la tesis de la *volonté générale*. Y no parece muy descaminado señalar que en frecuentes llamados al *consenso* se esconde similar tesis: es cierto que la sociedad no se sostiene si no hay un consenso acerca de sus bases, pero no cualquiera de ellos es útil para estos efectos.



Juan Jacobo Rousseau (1712-1778), autor del "Contrato Social".

En cambio, en el lenguaje político contemporáneo el consenso aparece más bien vacío de contenido sustantivo y presto entonces a ser comprendido como el resultado del poder decisorio de aquellos que alcanzan éxito en la lucha electoral y en las eventuales negociaciones que le sigan. Simplemente lo que ellos afirmen representará el consenso "profundo" de las voluntades individuales, aunque haya algunas o muchas que particularmente discrepen; ellas tendrán que ser forzadas a ser "libres".

Es cierto que no pocos son los que procuran evitar las consecuencias más radicales de estas ideas, pero sin atreverse a atacarlas en su esencia misma. De aquí deriva el equívoco que rodea a muchas formas "democráticas" contemporáneas que, respetando en los hechos un cierto orden natural de la sociedad, se reconocen, no obstante, tributarias de aquellas ideas. El error sólo se aprecia, muchas veces, cuando las peores consecuencias se producen.

El punto es de extrema gravedad: ¿por qué en el mundo contemporáneo las tesis de Rousseau han llegado a disfrutar de tan alto grado de aceptación aunque muchos abominen de sus consecuencias? Desde luego, cabe destacar el ancho campo que abren a la dema-

gogía, al contrabando ideológico, y también, por qué no decirlo, a la pereza. Para sostener la infalibilidad de unos postulados basta presentarlos como expresión de la voluntad popular. Todas las audacias quedan permitidas y así se ahorra el estudio, la investigación, el análisis, el debate serio para fundamentar las propias posiciones. El país se convierte de este modo en botín de la lucha demagógica, de las técnicas electorales y de comunicación de masas.

La vida política chilena, sin ir más lejos, ha sido víctima de este fenómeno: el campo intelectual lo han ocupado las consignas fáciles, los lugares comunes repetidos hasta el cansancio y llenos de nada, frases para el bronce, modelos infalibles, etiquetas carentes de toda sustancia. Ello puede explicar el asombro de quien, como el P. José Miguel Ibáñez, al leer la obra de Widow se encuentra con un contenido sustancial del cual está ausente toda etiqueta. Y puede explicar aunque no justifico el ex-abrupto con que él termina su crítica: da la impresión que se le escapó la presa, poniéndose en un nivel en que no puede ser vapuleada fácilmente.

Widow ciertamente no ha seguido el camino habitual para explicar la acción política. Pero ha hecho bien. De una vez por todas hay que comenzar el debate por donde corresponde: por los principios del orden político. Es en este plano en el que, antes que nada, debe buscarse el consenso; si ahí no lo hay, el consenso sobre las formas políticas será siempre equívoco y falaz. El aporte de Widow resulta en tal sentido fundamental. Respecto de la democracia, el mejor servicio que se le puede prestar es el de liberarla de la deformación rousseauiana —que se hace particularmente odiosa por sus pretensiones de infalibilidad— y de afirmar su sentido clásico. Así, quienes gobiernan sabrán que pueden equivocarse, que lo que dicte su voluntad o la voluntad de la mayoría no necesariamente se identifica con lo bueno, lo justo o lo verdadero; y que en caso de mal gobierno se abre la posibilidad moral de procurar un cambio de régimen. Serán entonces prudentes y tendrán cuidado.

Podrá o no encontrarse a Widow la razón en lo que afirma —habría que ver los argumentos contrarios—, pero es ineludible que quienes pretenden actuar en el campo político con seriedad, deben presentar antes que nada sus respuestas a los problemas que él enfoca y desarrolla en su obra.

Democracia versus Aburrimiento

Por J. Miguel Ibáñez Langlois

DEBERAN excusarme los lectores que esperan literatura en estas columnas. También yo preferiría ocuparme de la última novela de Malamud, o de los primeros cuentos de una joven narradora chilena, y no de cuanto dice o no dice J. A. Widow en la página 113 de su libro sobre el animal político. Leyendo los descargos que el autor hace ante mis observaciones críticas, así como la doble defensa que de él emprende su colega G. Ibáñez S.M., y releyendo mi propio artículo intermedio, he sentido que esta polémica entorpece ya en una fase de aburrimiento tan avanzado que me dispensaba de continuar en ella. Pero algunos "notables de la ciudad", congéneres míos como doctores, académicos y autores, de diversas tendencias (soy pluralista en mis amistades) y en forma separada (no estoy ligado a grupo político alguno) me han convencido de que los mencionados artículos dejaban tales ambigüedades en estado de flotación, que —aún a riesgo de acumular tedio sobre tedio— hacían conveniente esta nueva participación mía (espero que la última).

No deja de ser curioso, desde luego, que Ibáñez S. M. y Widow hayan tomado la palabra en nombre del pluralismo, para reivindicar la legitimidad de opciones políticas no democráticas (que yo no impugne). El pluralismo fue mi propia bandera de entrada en esta polémica, frente a la visible exclusión que Widow hace de respetables teorías democráticas, profesadas por no menos respetables porciones de la ciudadanía y del pueblo cristiano, como si ellas fueran un atentado contra la ley natural y contra la fe católica. Si en el curso de esta polémica ambos auto-

res han acrecentado el rango de su pluralismo, y han matizado el rango de sus exclusiones, tal vez este solo fruto justificaría la utilidad de nuestra polémica.

Pero hay también otros efectos positivos de ella. En sus sendos artículos, Ibáñez S. M. y Widow se han preocupado de "rescatar a la democracia de sus deformaciones", y de distinguir entre la errónea ideología de Rousseau y los sentidos auténticos y positivos del término "democracia". Me alegro mucho de tales preocupaciones, ya que ellas brillan por su ausencia en el libro de Widow, dedicado como está a impugnar toda teoría democrática en bloque. Se argüirá, como hace Ibáñez S. M., que ese libro distingue y considera a la par ambas cosas: la democracia como régimen de gobierno —de suyo legítimo— y la democracia como ideología rousseauiana de la voluntad popular —de suyo rechazable como totalitaria. En efecto, esa distinción existe en el libro. Pero tanto Ibáñez S. M. como Widow se cuidan mucho de no detallar el número y la calidad de páginas dedicadas a una y otra realidad. A la democracia como régimen de gobierno se dedican escasas 2 páginas (dos), y aun ellas sembradas de reservas y cláusulas críticas. En cambio, se dedican más de 50 páginas (cincuenta) a la demolición de las diversas formas de la ideología democrática, entre ellas muy especialmente la de Maritain, a quien se equipara en todo momento con Rousseau, es decir, con el totalitarismo, cuando no con el propio Lenin.

Viene a cuento citar un pasaje importante de Juan XXIII en la Encíclica *Pacem in terris*: "Es también completamente necesario distinguir entre las

teorías filosóficas falsas sobre la naturaleza, el origen, el fin del mundo y del hombre, y las corrientes de carácter económico y social, cultural o político, aunque tales corrientes tengan su origen e impulso en tales teorías filosóficas. Porque una doctrina, cuando ha sido elaborada y definida, ya no cambia. Por el contrario, las corrientes referidas, al desenvolverse en medio de condiciones mudables, se hallan sujetas por fuerza a una continua mudanza. Por lo demás, ¿quién puede negar que, en la medida en que tales corrientes se ajusten a los dictados de la recta razón y reflejen fielmente las justas aspiraciones del hombre, puedan tener elementos moralmente positivos dignos de aprobación?"

Con referencia a esta necesaria distinción entre "doctrina" y "corriente histórica", el Magisterio posterior ha negado, por ejemplo, que ella se haya producido en la evolución del marxismo: las "corrientes marxistas" siguen tan esencialmente prisioneras de la "doctrina de Marx", que deben ser rechazadas. Muy distinto es el caso de la "ideología democrática", ciertamente falsa en su origen (Rousseau: 1712-1778). Por citar una fecha representativa, para Pío XII en 1944 ya diversas "corrientes" democráticas se han liberado lo bastante de la matriz de su "doctrina" original como para merecer su franca aprobación. Pues bien, para Widow e Ibáñez S. M. ese proceso, en 1985, no se ha producido aún. La teoría democrática contemporánea, en todo lo esencial, seguiría cautiva en el interior del siglo XVIII.

A partir de este cautiverio, Widow afirma que "el totalitarismo es una propiedad de la democracia moderna, con

ella ha nacido y con ella se identifica", y esto quién sabe por cuántas décadas más, dentro de la aparente inmovilidad de la historia, que sigue arrastrando Ideas platónicas inmutables, al parecer. La relación entre democracia y totalitarismo no es ciertamente un invento de Widow, pero conviene precisar cuidadosamente sus términos. Genaro Arriagada, siguiendo a Tolman, reconoce con exactitud la criatura totalitaria que se incuba en Rousseau; Miguel Podarowski, dentro de este mismo debate, cita a Revel (*Cómo terminan las democracias*) para confirmar esta relación. Pero tanto Tolman como Revel, que hablan a partir de la teoría democrática, reconocen el totalitarismo como una amenaza externa de la democracia. "La democracia está menos amenazada que nunca desde el interior y más que nunca desde el exterior", escribe Revel. Luego es muy distinto afirmar la realidad de esta amenaza totalitaria procedente de Moscú, y aun la indefensión de la democracia frente a ella, que afirmar: "El totalitarismo es una propiedad de la democracia moderna" (Widow).

Revel habla de la "industria de la culpa" —de origen principalmente marxista— que hace a las democracias occidentales sentirse culpables de cuanto mal hay en el mundo. Ibáñez S. M. parece plegarse a esta industria cuando achaca a esas democracias los crímenes evidentes del aborto, homicidio y genocidio. Que sepamos, ellos no son de filiación democrática, y no costaría mucho relacionarlos, en harto mayor medida, con los regímenes tiránicos y/o totalitarios del mundo actual. Y basta por hoy: no quiero fomentar la industria del aburrimiento.

11-9-85

99

El Animal Político y la Democracia

Por José Miguel Ibáñez Langlois

UNA mezcla desconcertante de aciertos y ambigüedades, de críticas fundadas y ataques contra molinos de viento, contiene el libro de Juan Antonio Widow *El hombre, animal político*, publicado hoy por la Academia Superior de Ciencias Pedagógicas de Santiago. Con el subtítulo de *Orden social, principios e ideologías*, el autor aborda los fundamentos de filosofía política y derecho natural en torno a la sociedad y el Estado, las formas de gobierno, la economía, las tendencias ideológicas actuales, etc. Si se trata de sus "opiniones personales"—expresión que Widow descalifica desde la primera línea—no haría yo cuestión de ellas. Pero, dado que sus juicios se formulan en una cierta relación de identidad con la filosofía de Santo Tomás de Aquino y con la doctrina social de la Iglesia, me parecen indispensables algunos esclarecimientos.

Hay páginas brillantes, argumentos sólidos y una singular claridad pedagógica en capítulos enteros de esta extensa obra. Pero muy pronto se advierte el sesgo personal de las "opiniones" políticas del autor. Por ejemplo, en las magras dos páginas que dedica a los "derechos humanos". Es cierto que, desde la terminología en adelante, esta cuestión es ambigua y se plantea con frecuencia desde bases ideológicas inaceptables. Pero rozar el problema desde el exclusivo ángulo crítico, sin intentar una conceptualización válida de esos derechos, ni un esbozo del contenido de los principales entre ellos, ni una jerarquía, ni siquiera un elenco enumerativo, como si en la actualidad no plantearan dramáticos desafíos mo-

rales, representa una visión sumamente reductiva y minimista del problema.

Un poco más adelante ocurre lo mismo con el concepto de "pluralismo político". El autor se limita a una crítica del "relativismo moral" que ese concepto implicaría. Se echa de menos una visión afirmativa del sano e indispensable pluralismo político en todo estado de derecho, no en razón de ningún relativismo, sino de la *relatividad* de tantos problemas políticos, cuya substancia ética es limitada o genérica, y por eso mismo deja un amplio margen a las opciones personales, en función de los factores técnicos, culturales, individuales y, en suma, *opinables* que ellos encierran. Y, puesto que el autor habla desde el Decálogo y la Redención, también se echa de menos una mención al amplio margen de pluralismo político necesario *entre los católicos*. Widow ve en la entraña de todo partido político una profunda tendencia "a constituirse en partido único"; es de temer que este peligro también se incube, en términos analógicos, dentro del absolutismo y la rigidez filosófica con que él enfrenta el asunto del pluralismo político.

Una buena parte del libro está dedicada a los sistemas ideológicos. Su crítica del fondo mismo de toda "ideología" es válida, lúcida y reconfortante en muchos aspectos. Sin embargo, su casi "demonización" de las ideologías es un arma de doble filo, en cuanto se presta a condenar intrínsecamente como "ideológica" cualquier idea que no sea del gusto del autor. Si el dilema esencial se plantea entre "ideología" y "realidad", el poder efectivo que Wi-

dow se atribuye en las páginas siguientes para establecer qué es ideológico y qué es real resulta desmesurado. Así ocurre con el "liberalismo": Widow no trata mejor a F. von Hayek que a Locke o a la francmasonería; una misma herejía ideológica atraviesa todo lo liberal de punta a cabo. Que ciertas formas de neoliberalismo planteen problemas económicos reales y ofrezcan, en cierta medida, soluciones también reales a través del mercado, es cosa que sucumbe en estas páginas bajo las acusaciones de ideología y error filosófico que las invalida.

Pero el clima de la condenación ideológica se produce en torno a la "ideología democrática". Prácticamente todo lo "democrático" parece a Widow "ideológico", por tanto condenable. Su crítica del pensamiento de Rousseau es fundada y penetrante, y debemos celebrarla por su lucidez. Sin embargo, ¿es identificable con el pensamiento de Rousseau todo lo que, hoy en día, se llama "democracia"? Así lo supone el autor, salvo algunos matices y distinciones muy poco operativas en su juicio final. Se diría que padece de una fijación rousseauiana. Sólo así se explican afirmaciones como éstas: "Desde el proyecto de un sistema democrático cargado de pragmatismo liberal, hasta la gran revolución bolchevique, pasando por los experimentos jacobino o nacionalsocialista, todos son criaturas nacidas de la misma matriz, la concepción rousseauiana". Por eso, y sin mediar matiz alguno, "una de las consecuencias propias de la ideología democrática es lo que hoy se designa con el nombre de *totalitarismo*". En

efecto, "todo sistema fundado en la ideología democrática es totalitario"; "el totalitarismo es una propiedad de la democracia moderna, con ella ha nacido y con ella se identifica". Asombroso.

Hay algo de caricaturesco en el tratamiento de este problema: en las citas, por ejemplo, las ilustraciones. Lo menos que puede alegarse ante tales simplificaciones es la distinción, exigida por Juan XXIII, entre una idea filosófica falsa y la corriente económica, social y política que deriva de ella: la idea es inmutable en su error, la corriente es mudable en la historia. ¿Es el mundo democrático moderno la encarnación viva y literal de la idea de Rousseau en 1750? Pretenderlo en 1985 es peregrino, como también lo es este juicio a propósito de la democracia cristiana, tratada como la bestia negra de nuestros días: "No hay diferencias esenciales entre la concepción de Rousseau y la de Maritain, y tampoco, como se verá luego, entre la de ambos y la democracia soviética". ¿Un poco de diferenciación—un poco más de *esprit de finesse*, un poco menos de *esprit de geometrie*—si se nos hace el favor!

Es una lástima que Widow, después de derribarlo todo, no nos haya confiado su propia solución alternativa y positiva. Tenemos que conjeturarla por vías indirectas: ¿una monarquía de derecho divino con paliativos aristocráticos, una dictadura ilustrada, un "fascismo cristiano"? De haberla explicitado, nos habría conferido a los lectores la posibilidad de juzgar cuánto hay de *realidad* y cuánto de *ideología* en su posición personal.

2-4-85

100

En Torno a la Democracia y el Aburrimiento

Por Juan Antonio Widow

ES lamentable tener que contribuir a aumentar el tedio que esta discusión causa al P. José Miguel Ibáñez, pero ante lo dicho e imputado por él no me queda más que insistir en afinar razones que hasta el momento, al parecer, han resbalado.

El P. Ibáñez me acusa de excluir "respetables teorías democráticas, profesadas por no menos respetables porciones de la ciudadanía y del pueblo cristiano, como si ellas fueran un atentado contra la ley natural y contra la fe católica". Se queja de que dedique cincuenta páginas de mi libro a "demoler" estas teorías (por lo menos reconocerá que no las demuelo de un plumazo), al lado de las mínimas dos páginas en que trato de la democracia como forma de gobierno. En todo caso, la cuestión en disputa parece ir delimitándose: no habría mayor problema respecto del régimen democrático entendido en este último sentido (el de las dos páginas); tampoco lo habría con la democracia en cuanto participación (al menos no se ha cuestionado el número de páginas en que se trata este tema). Lo que se hallaría en discusión sería la "teoría democrática contemporánea", la cual, aunque originada en Rousseau, habría tomado a estas alturas un rostro distinto, no siendo por ello incompatible con la ley natural y la fe católica.

Se trata, en consecuencia, de discutir acerca de las verdades o falsedades contenidas en una teoría, de la legitimidad o ilegitimidad moral de su aplicación como principio del orden político, y no acerca de la mayor o menor respetabilidad de las personas (por grande o mínima que sea la porción de ellas). Que las mismas teorías sean respetables o no, depende de lo que en ellas se afirme o se niegue. Sería deseable que, para analizar estas teorías con objetividad, el P. Ibáñez no confundiera los planos. ¿Es que infiere que por criticar una teoría voy a salir dando de puntapiés a esos respetables cristianos que él se siente en la obligación de defender?

No voy a abundar en lo que ya he expuesto en mi libro; ahí está para el que quiera enterarse de lo que en verdad digo; pero es menester aclarar ciertos puntos. Aunque parezca

raro al P. Ibáñez, al criticar una teoría no juzgo la conciencia de quienes las sostienen. Me atengo sólo a lo que puede ser objeto de un juicio intelectual. Y este juicio lo fundo mediante razones que —lo lamento— se extienden a lo largo de cincuenta páginas. Si es falso, creo que no sería tan difícil ni tedioso —al menos para otras porciones de también respetables ciudadanos— demostrarlo, tomando pie en lo que digo y en las razones que aduzco, no en versiones malhumoradas.

Es obvio que el tiempo decanta y diluye muchas teorías y actitudes ideológicas, pues, al fin y al cabo, los hombres siempre tienen que remontarse al orden natural para seguir sobreviviendo. Hasta el mismo Stalin tenía que respetar ese orden cuando cuidaba de su digestión o cuando reglamentaba el tránsito de Moscú. Pero esto no es argumento para concluir que una teoría contemporánea derivada de las concepciones rousseauianas haya perdido los caracteres que hacían a éstas contrarias al orden natural y a la fe católica. Es posible que así haya ocurrido, pero para tener certeza habría que demostrarlo, y la única vía para esto es el examen riguroso de lo sostenido en esa teoría. El examen que yo he hecho del pensamiento político de Maritain —y me parece que es éste el punto álgido en cuestión—, tal como está expuesto en sus escritos, me ha llevado a la conclusión de que ahí están sostenidas las tesis principales de Rousseau. Por cierto, no pretendo ser "dueño de la verdad", como hoy se dice, ni reclamo ninguna infalibilidad: pero lo que he dicho lo he probado, y no sería pedir mucho que, para refutarme, no se me acusara de faltar el respeto a determinada cantidad de cristianos, sino que se expusiera objetivamente por qué mis juicios son falsos.

El P. Ibáñez dice que Pío XII, en 1944, habría dado su "franca aprobación" a las corrientes democráticas que, provenientes de la matriz rousseauiana, se hallarían a esta altura suficientemente liberadas de ella. Otra vez hay que exigir la lectura completa y objetiva de un texto, ahora el del mensaje pontificio de la Navidad de 1944. Pío XII sale allí al paso de las democracias que demostraban sus bondades me-

dante sus triunfos en la guerra, y aplica un criterio que ha sido constante en la moderna doctrina social de la Iglesia: mostrar cuál es el único sentido recto que pueden tener terminologías o conceptos en boga, y rescatar los valores auténticos que se pierden en el remolino de las ideologías. No da por tanto Pío XII su aprobación a determinadas "corrientes" independizadas de la paternidad de Rousseau, sino que fija las normas a las cuales debe atenerse cualquier democracia para respetar los principios de la ley natural y de la Revelación. Y lo que ese mensaje destaca como lo más positivo de la democracia, es lo que ella comprende en cuanto sistema de participación del pueblo ante el gobierno, sistema que es la concreción de su derecho básico a ser oído por éste: así es como Pío XII afirma algo que retomo en mi libro, y es que esa sana democracia es compatible con cualquier forma de gobierno, republicana o monárquica.

Por último, el P. Ibáñez sostiene que los crímenes que, como el aborto, han sido legalizados por el voto de mayorías en numerosas democracias contemporáneas, no son de filiación democrática. Sorprende la facilidad con que descarga de su responsabilidad a esos regímenes. Tales leyes, en efecto, no son accidentes ni tropiezos de un sistema cuyo criterio definitivo para decidir qué es lo bueno y lo malo es, precisamente, el de la llamada voluntad popular. La aprobación de esos crímenes está comprendida dentro de las posibilidades normales de un sistema legislativo como éste, en que sólo las mayorías deciden sobre el contenido de los normas. Es el criterio de gobierno que, según dice Pío XII en el mismo mensaje de 1944, "atribuye a la legislación del Estado un poder sin freno ni límites, y que hace también del régimen democrático, a pesar de las contrarias, pero vanas apariencias, un puro y simple sistema de absolutismo".

Es una lástima que a nuestro crítico lo invada tan pronto el aburrimiento. Los temas que se han tocado en este debate son, precisamente, los más necesitados de aclaraciones en estos momentos, en que nuestra patria encara un proceso de institucionalización política que debe ser llevado más al son de razones que de pasiones.



Jacques Maritain.

Democracia, Demócratas y Antidemócratas

Por Juan Antonio Widow

9-6-85

PARA encarar el tema de la democracia con el rigor que exige la tarea intelectual, es indispensable comenzar por la debida precisión del sentido del término. En los dos artículos que, en estas páginas, ha dedicado al tema el P. José Miguel Ibáñez, y en el de Genaro Arriagada, esa definición no aparece, o se da en buena parte por sabida. No pongo en duda que la intención de los articulistas sea la de defender valores auténticos, pero aquí se trata, primordialmente, de un análisis y de un juicio de principios y la exigencia básica para ello es la de precisar el significado de una palabra que, desde los inicios de su historia, ha estado marcada por el equívoco.

Hoy se usa el término *democracia* con tres sentidos diversos. Se excluye el significado original, la corrupción del régimen de la multitud, que algunos traductores de Platón y de Aristóteles —quizás movidos por el pudoroso celo de quien quiere ocultar pecados pretéritos— lo han vertido como *demagogia*. De esos tres sentidos, el primero corresponde al régimen o forma de gobierno en que la multitud o la mayoría elige a legisladores y gobernantes; como es sabido, la democracia así entendida no comprende la definición, por las mayorías, de los principios del orden legal y del gobierno, sino sólo la designación y, eventualmente, el juicio de esos legisladores y gobernantes. El segundo sentido, que se refiere a una de las propiedades del llamado régimen mixto, es el de la participación del pueblo en la gestión de gobierno, no para gobernar sino para hacerse presente, de modo activo y permanente, ante los gobernantes; esta democracia es compatible con cualquier forma de gobierno, y admite diversas formas institucionales, pues lo esencial en ella es la existencia de canales eficaces para la comunicación, sin in-

terferencias ni distorsiones entre gobernantes y gobernados. El tercer sentido es el que adquiere el término a partir, sobre todo, de Rousseau: no se trata ya de formas de gobierno ni de la participación del pueblo, sino de la constitución misma de la sociedad sobre la base del individuo autónomo; esta democracia, la de la voluntad popular, admite también cualquier forma de gobierno, y excluye por principio la participación del pueblo, ya que desconoce la existencia de las sociedades naturales básicas e intermedias.

Los juicios sobre el valor de la democracia suponen, como cuestión previa, esta precisión de significados. De otra manera ese juicio no puede ser justo. Como forma de gobierno, sin perjuicio de sus méritos intrínsecos ese valor está condicionado por las circunstancias en que se aplique. Como participación del pueblo en la gestión política, es condición de buen gobierno, pues es causa de una mayor cohesión interna de la sociedad civil, al promover el más directo interés de las partes por el bien común; por lo mismo, favorece en mayor grado la justicia en las relaciones sociales. Como sistema asentado sobre la autonomía de la voluntad popular, la democracia suele ser estimada de manera absoluta y dogmática, como la única forma moralmente válida de organización de la sociedad humana; al exigir la adhesión total del individuo en su conciencia y en su conducta es por ello totalitaria y destruye la sociedad al introducir la división maniquea entre demócratas (los buenos) y antidemócratas (los malos).

En "El hombre, animal político" fundo mi análisis del tema sobre la distinción de los sentidos del término, siendo mis juicios los que sucintamente señalo. Quien haya leído el libro completo puede verificarlo. Por otra parte, esto no se

aparta de lo enseñado sobre esta materia por Santo Tomás de Aquino y por el magisterio de la Iglesia.

En cuanto a la vigencia en nuestros días de la concepción ideológica y totalitaria de la democracia, habría de inferirse, de lo sostenido por el P. Ibáñez y por Arriagada, que ella ha quedado históricamente confinada al pensamiento de Rousseau y a unos cuantos ensayos revolucionarios al estilo del jacobino. Sin embargo, el mismo uso equívoco del término, proyectado al orden concreto de la acción, ha jugado a favor de su sentido más radicalizado. Actualmente son pocos los que, diciéndose partidarios de la democracia, sostengan que ésta no consiste en un sistema legislativo en el que sólo la voluntad de las mayorías determina el contenido de las leyes. Se prefiere atribuir a esas mayorías una bondad natural —y ya estamos en Rousseau—, que sólo requiere de adecuada guía y educación para no obnubilarse, antes que afirmar la necesidad del reconocimiento de principios morales inmutables como criterio básico de validez para cualquier ley. Ante la vigencia de leyes injustas o directamente criminales —como es el caso, el más chocante sin duda, pero no el único, de las que favorecen el aborto en la mayoría de las democracias occidentales—, el único remedio propuesto es el de procurar que otra mayoría las derogue. Pío XII dice, en *Benignitas et humanitas*, que la democracia sana es la que está "fundada sobre los inmutables principios de la ley natural y de las verdades reveladas"; es, en otras palabras, la que no admite que los criterios básicos que disciernen lo justo de lo injusto entren en el juego electoral.

Arriagada confunde tiranía y totalitarismo. Este último es un fenómeno moderno, del cual se encuentran antecedentes en algunas sectas heréticas cristianas, como los anabaptistas, pero adquiere su actual vigor y extensión con la ide-

ologización de la democracia. Consiste, a diferencia de las simples tiranías, en exigir de todo ciudadano una adhesión interior y completa al sistema, un acatamiento incondicional y religioso a lo que disponga la voluntad del pueblo, según es interpretada infaliblemente por sus guías. En el totalitarismo, fe, religión y política se confunden.

La influencia de esta versión ideológica de la democracia, sobre todo en los medios cristianos, se ha visto favorecida en nuestros días por la difusión y aceptación del pensamiento político de Maritain. Es verdad que éste rechaza el concepto rousseauiano de "soberanía popular", como lo hace ver Arriagada, pero lo reemplaza por el de "plena autonomía del pueblo": no es necesario saber mucho de etimologías para reconocer que son términos prácticamente sinónimos. Maritain afirma que el sistema democrático es el único moralmente válido y aceptable; sostiene que la adhesión a los principios del sistema ha de darse en las personas mediante un acto interior de fe, cuya expresión es el "credo democrático", y piensa que es necesario que exista en la sociedad una minoría de "profetas" capaz de guiar al pueblo. Estas tres afirmaciones coinciden con lo esencial del sistema de Rousseau; ha ocurrido, por esto, que la democracia llamada cristiana, cuando se ha planteado sobre bases ideológicas, no sólo no ha impedido los progresos del totalitarismo, sino que los ha facilitado.

Creo que si el problema político se planteara no como disyuntiva entre democracia y antidemocracia, sino como necesidad de enunciar las bases ciertas para un régimen *justo*, habría bastante más libertad de espíritu para buscar y descubrir los medios adecuados —incluidos los democráticos— para lograr ese fin.

Filósofo Juan Antonio Widow

16-6-51

"Hay que llevar la política al plano de la inteligencia"

Con la presencia del Subsecretario del Interior, Alberto Cardemil, y el director de Bibliotecas, Archivos y Museos, Enrique Campos Menéndez, se realizó la ceremonia de lanzamiento del libro "El Orden Político" del reverendo padre Osvaldo Lira.

Al acto, efectuado en la Sala Alonso de Ercilla de la Biblioteca Nacional, asistieron además, el edecán naval del Presidente de la República, comandante Pedro Arrieta, y el filósofo y académico doctor Juan Antonio Widow.

Al hacer uso de la palabra, el filósofo y académico Juan Antonio Widow relató en breves términos la obra del padre Lira, señalando que "al leer el libro desde las primeras líneas, uno tiene presente al autor ya que son palabras dichas, traen consigo todo el vigor, toda la energía y ese arremeter propio de Osvaldo".

Más adelante, manifestó que "el tema político está siendo rescatado para la inte-

ligencia, desde la pasión, los grupos de poder, las ambiciones, desde todo ese terreno penumbroso, indefinido en que las palabras no se dicen para expresar conceptos o para pronunciar verdades, sino para ganar posiciones".

Asimismo, señaló que "en nuestra patria hay que rescatar la política, hay que llevarla al plano de la inteligencia puesto que es únicamente en ese plano donde se nos dan los criterios para juzgar el bien y evitar el mal".

103



Archivo
Nacional
de Chile

Democracia Totalitaria

Señor Director:

Me ha extrañado, en el comentario al libro "El hombre, animal político" del profesor Juan Antonio Widow, que se publicó en "El Mercurio" del 7 de abril pasado, el asombro manifestado por el articulista ante la expresión "democracia totalitaria", usada por el Dr. Widow.

Desgraciadamente, la democracia totalitaria es una realidad indiscutible, y no es algo contradictorio, sino más bien paradójal. Aristóteles comprueba que muchas democracias de su tiempo eran tiránicas y opresoras. Las democracias modernas, transformadas a partir de Rousseau en modelos ideológicos, fueron severamente criticadas por Taine y por Tocqueville. Las democracias que provienen de la Revolución francesa e inspiradas por ella, imponen en muchos casos la tiranía de la supuesta mayoría. Baboeuf y los blanquistas incluyen la democracia en el proceso de la revolución comunista, como una de las etapas indispensables para llevar a la sociedad al comunismo totalitario. Esta doctrina fue acogida por Marx en su "Manifiesto Comunista" de 1848 e incluida en su programa del Partido Comunista Mundial en 1850. Y aún mucho antes, Marx aceptaba esta doctrina, en 1842, cuando era director del "Rheinische Zeitung", cuyo subtítulo era "el órgano de la democracia"; así Marx, en nombre de la democracia, luchaba por el totalitarismo comunista, como lo demuestra el libro de Leopoldo Schwarzschild, "El prusiano rojo". Y Lenin, siguiendo a Marx y a su doctrina de la revolución comunista mundial (die Weltrevolution), concibe la revolución mundial bolchevique (der Weltoktober) también con las cuatro etapas: burguesa, democrática, socialista y proletaria. De este modo, en el marxismo-leninismo, la democracia y el socialismo son solamente etapas hacia el comunismo totalitario. Más aún, desde que la democracia rousseauiana llegó a la deificación del hombre y del pueblo, es totalitaria en el más estricto sentido de la palabra, pues es un imanentismo: es la democracia-religión.

El profesor Widow, comprobando la existencia de las democracias totalitarias, no introduce ninguna novedad, pues ya en 1952 apareció la famosa obra de J. L. Talmon "The origins of totalitarian democracy", provocan-

do una discusión, en la cual muchos especialistas en estas materias aplaudieron las opiniones de Talmon. Además, antes que Talmon, hablan de la democracia totalitaria Bertrand de Jouvenel, Bernanos y otros, por los años 1945 y 1946. Actualmente, muchos autores de renombre reconocen que se dan democracias totalitarias, tanto en el plano de las doctrinas e ideologías como en el de las realidades históricas. El reciente libro de J. F. Revel, "Cómo terminan las democracias", demuestra que las democracias frecuentemente llevan al totalitarismo. La Constitución de 1980 plantea la necesidad de una "democracia protegida", para impedir que sea manipulada como una etapa hacia el comunismo. El libro del profesor Widow, como el publicado anteriormente por el profesor Ricardo Cox Balmaceda, "Crisis democrática", tienen el mérito de contribuir a tomar conciencia de este problema.

Miguel Poradowski

Nacional
de Chile

22-5-85 104

Lion Antonio Vidar.



Archivo
Nacional
de Chile



BLV Verlagsgesellschaft mbH

Postfach 40 03 20 · Lothstraße 29
8000 München 40



Streifbandzeitung

Imprimés à taxe réduite

Printed papers at special reduced rate

Wenn unzustellbar, zurück.

B 20140 E

196204

1

SOCIEDAD BENEFACTORA
Y EDUCAC. DIGNIDAD
CASILLA 244

PARRAL

CHILE



Archivo
Nacional
de Chile

105

Pablo Rodríguez: "Sustitución del Equipo Civil, Carta de Triunfo del Presidente"

OSORNO (Tito Geisser Alonso).- "Los chilenos necesitamos soluciones nuestras, una democracia original, una democracia que se avenga con nuestra forma de ser, con nuestra propia idiosincrasia, con el alma de este pueblo que no tiene ningún parentesco con otros que pueden ser tan respetables como nosotros. Pero entendamos bien; una democracia distinta, una democracia que se avenga con nosotros es el concepto que hemos planteado los nacionalistas. O sea, una democracia neo-orgánica", expresó el abogado Pablo Rodríguez, autoridad máxima del Movimiento Nacionalista que encabeza junto a Gastón Acuña y Federico Willoughby.

—¿Cuál es su posición en este instante con respecto al Gobierno?— le consultó LAS ÚLTIMAS NOTICIAS.

"Yo hago un distinguo —que me parece importante— entre régimen y Gobierno. Yo estoy absolutamente con el régimen militar y específicamente con el Presidente de la República, que lo encabeza. Y lo estoy porque el Presidente de la República y las Fuerzas Armadas evitaron que Chile cayera en una dictadura totalitaria marxista, y esto, a mi juicio, es un beneficio que parece que el país todavía no alcanza a medir en toda su dimensión. En este instante, Chile podría ser la segunda Cuba del continente americano y, por lo tanto, la gratitud que debemos a las Fuerzas Armadas y de Orden al haberlos liberado de una dictadura oprobiosa e irreversible, yo creo que infinito y desgraciadamente, repito, o los chilenos tenemos mala memoria o las nuevas generaciones que no vivieron en profundidad ese proceso no pueden medir la gratitud que debemos a las Fuerzas Armadas".

Los equipos, no

"En cuanto al gobierno", agrega el abogado Rodríguez, "a los equipos que trabajan junto al Gobierno y a los planes de Gobierno, yo he manifestado mi desacuerdo desde hace muchísimos años y en forma reiterada. Yo no estoy de acuerdo con las políticas económicas que ha implementado el Gobierno ni estoy de acuerdo con algunos enfoques constitucionales que —si bien es cierto que el Presidente de la República no ha hecho suyos— los han proclamado personas que están muy próximas al Presidente y a los equipos políticos que, hasta este momento, han jugado un papel prepon-

derante en el ejercicio del poder. De modo que yo me declaro partidario del régimen, pero discrepo fundamentalmente del Gobierno en cuanto a las políticas que se han implementado y en cuanto a los equipos civiles de que se ha valido para realizar estas políticas".

Solución en la manga

—Cuando usted habla de equipos civiles, ¿significa que el Gobierno debiera ser militarista ciento por ciento?

"No. Rotundamente no y creo que en este momento menos que nunca. Yo creo que el Presidente de la República y las Fuerzas Armadas tienen a su disposición el deseo y la capacidad de trabajo de la inmensa mayoría de los chilenos, pero creo que la inmensa mayoría de los chilenos estaría dispuesta a contribuir con este Gobierno aportando su esfuerzo, su inteligencia, su capacidad, su preparación, en la medida en que hubiese un cambio en la política económica y en la política institucional que hasta este momento se ha aplicado. Y creo, por lo tanto, que el Presidente de la República tiene una carta de triunfo en la manga, que es la sustitución del equipo civil y de los planes que hasta este momento se han ido implementando".

La "receta"

"Creo que es fundamental que todos los chilenos comprendan el proceso político, que todos los chilenos se hagan carne de la realidad que estamos viviendo para no ser inducidos una vez más a error. Fueron demasiado amargos, fueron demasiado negros los días que transcurrieron entre 1970 y 1973... Estuvimos demasiado cerca de un precipicio y, por qué no decirlo, estuvimos a punto de perder la libertad, que es uno de los bienes más preciados e importantes que existen".

"Los nacionalistas", manifiesta Pablo Rodríguez, "estamos luchando, porque de alguna manera debemos construir la unidad nacional. Pero la unidad nacional se va a construir en la medida que seamos capaces de crear un sistema que, en primer lugar, les dé a todos una igualdad de oportunidades; que, en segundo término, erradique la extrema miseria, y que, en tercer lugar, nos permita a todos participar, sin excepción de ningún tipo... Sin exclusiones odiosas. Esa es la lucha de los nacionalistas, vale decir, la unidad nacional".

ERA previsible. La crisis económica ha generado una creciente efervescencia social. Por su parte, los políticos procuran aprovecharse de ella para poner en jaque al régimen y recuperar las posiciones perdidas. El Gobierno sigue oscilando entre la apertura hacia las cúpulas políticas y la apertura hacia las fuerzas vivas de la nación. Todos, cual más cual menos, aguardamos expectantes una definición que no podrá postergarse por mucho tiempo.

En medio de este panorama, que ha servido para que las opciones políticas se decanten y se adopte la línea que decidirá el destino de Chile en los próximos años, se ha desatado una campaña internacional casi tan intensa como la que siguió al pronunciamiento militar del 11 de septiembre de 1973. Con sospechosa uniformidad casi toda la prensa mundial, especialmente la europea, ha elevado el "caso chileno" al primer plano de la información, proyectando la sensación de que nos encontramos ante un colapso inminente. Como es ya habitual, todas las manifestaciones de descontento se magnifican y las medidas del Gobierno, que no vacilo en calificar de mesuradas, se presentan como revestidas de una brutalidad incalificable.

¿Por qué este pequeño y apartado país suscita tanta preocupación?

A mi juicio tres factores influyen poderosamente en la reacción de los medios de comunicación con respecto a Chile:

1.- Los tres grandes movimientos ideológicos internacionales -la democracia cristiana, la socialdemocracia y el marxismo- están empeñados en el derrocamiento del Gobierno de las Fuerzas Armadas. Como se dice entre nosotros, cada uno de ellos tiene un "hacha que afilar", lo cual los induce a apoyar descaradamente a los partidos políticos con que se identifican. El poder de propaganda que acumulan estas grandes organizaciones inunda todas las comunidades nacionales, tanto en el Este como en el Oeste, y predispone a los hombres y las mujeres independientes en contra de nuestras autoridades. La campaña a que aludo ha tenido altos y bajos, pero nunca ha cesado. Ahora recrudece

Análisis político

¡Saquen las manos de Chile!

Por Pablo Rodríguez Grez



frente a las dificultades económicas que nos golpean y los problemas políticos que de ellas derivan.

2.- La acción pertinaz de los exiliados -muchos de los cuales se han dedicado durante años a denigrar a su país y crearle una atmósfera hostil. Esta actividad se ve estimulada por las giras que periódicamente realizan, entre otros, Gabriel Valdés Subercaseaux, el Cardenal Raúl Silva Henríquez, algunos dirigentes sindicales al servicio de determinadas colectividades políticas y personeros de segundo orden que se sirven de sus conexiones con organismos internacionales o religiosos para este fin abyecto.

3.- Finalmente, esta multimillonaria campaña obedece a una vieja y eficiente táctica, ideada en la Unión Soviética, que jamás ha dejado de rendir frutos abundantes. Ella consiste en desmoralizar a todos los regímenes democráticos que de una u otra forma manifiestan simpatía o adhesión hacia la causa que se combate. Pudieron en el pasado aislar a Franco en España, a Perón en Argentina y a Estados Unidos en Vietnam. Hoy extreman su empeño en liquidar a los gobiernos de Chile y de Israel. Para estos efectos la consigna ahoga la información veraz de modo que los pueblos actúen instintivamente impulsados por una propaganda dirigida con perfidia profesional.

¿Seremos también nosotros víctimas de esta estrategia desquiciadora?

LO concreto es que no podemos ignorar las presiones a que estamos sometidos. Cada chileno, cualquiera que sea su condición, debe saber que existen entre nosotros quienes obedecen y se mueven según las instrucciones que reciben desde el exterior. Opciones puede haber muchas, pero es inaceptable rendirse a aquellos que provienen del más poderoso en el mundo internacional.

El Gobierno, más allá de toda diferencia, debe reivindicar el principio de autodeterminación. Ni agentes exteriores en Chile, ni frailes extranjeros incitando a la violencia, ni recursos al servicio de movimientos amarrados a ideologías foráneas. Mientras esto no sea compartido por todos los que vivimos en esta tierra, seguiremos siendo una nación dependiente expuesta a los vaivenes de la política mundial.

Pienso, por lo mismo, que el planteamiento del Presidente de la República, en cuanto rechaza los imperialismos ideológicos, cobra hoy día mayor vigencia y debería transformarse en el eje de cualquier proyecto político y económico.

LA interdependencia internacional del mundo moderno, argumento predilecto de quienes aceptan vivir de rodillas frente a las grandes potencias, no puede traducirse en el sojuzgamiento de las conciencias ni en la imposición de un colonialismo mental. La realidad, por desgracia, no da margen a esquivar la campaña que nos afecta. Rendirse a ella es un acto de cobardía y de traición.

- "LA TERCERA de La hora" domingo 29 de mayo de 1983 Pág. 3

Pablo Rodríguez Desmiente A "Qué Pasa"



Pablo Rodríguez.

El abogado Pablo Rodríguez Grez ha dirigido al director de la revista "Qué Pasa", Roberto Pulido, la siguiente carta:

"De mi consideración:

"He leído con asombro e indignación una crónica que, bajo el título 'Pinochet volvió de vacaciones', me hace aparecer encabezando una oscura maniobra destinada a producir la renuncia del actual Ministro del Interior. Todo lo allí expresado es absolutamente falso. Jamás he sostenido conversación alguna con el señor Subsecretario de Agricultura, don Simón Figueroa, sobre materias políticas. Mis escasos contactos con él se han reducido a compromisos de carácter social. Desconozco, por lo mismo, su pensamiento sobre las materias de que trata la crónica de 'Qué Pasa'. Yo propio puedo decir en relación al periodista señor Manuel Salgado. Respecto de Saverio Sprovera, si bien es amigo personal del suscrito, tampoco he tenido contacto con él desde hace más de un año.

"Señor Director, yo comprendo que por subalternas pasiones o resentimientos personales pueda atacarse la posición política que sustento. Pero nunca creí posible que esa re-

vista descendiera al terreno de la intriga, falseando groseramente los hechos o recogiendo rumores sembrados por mentes enfermas o desconformados morales. No ha sido ésa la línea de vuestra revista, en la cual colaboré durante varios meses con la mayor lealtad y entusiasmo. Yo no participo en este tipo de maniobras palaciegas. Mi posición es ampliamente conocida. No se aviene con mi carácter el uso de estos recursos innobles.

"Le ruego, por consiguiente, publicar esta carta en la misma página y con los mismos caracteres de la crónica que desmiento, todo ello en conformidad a lo previsto en el artículo 11 de la Ley N° 16.643. Lamento tener que hacer llegar esta nota por medio de un Ministro de Fe, pero la actual conducción de la revista me obliga a ello en resguardo de mi honor.

Pablo Rodríguez
Grez"

Archivo
Nacional
de Chile
LUN 18-2-83

"El Nacionalismo Le Desea Éxito al Diálogo"

"Queremos que Chile sea una nación moralmente sana y no al servicio de mezquinos intereses partidistas", señaló en parte de su intervención el abogado Pablo Rodríguez Grez, al fijar la posición de los nacionalistas ante un millar de jóvenes reunidos en la sala del teatro "El Ángel".

El acto tuvo por finalidad dar la bienvenida a los participantes en el Primer Ampliado Nacional de Juventudes Universitarias Nacionalistas.

Luego de intervenir Renán Colvin, a nombre de los jóvenes nacionalistas de Valparaíso, y Enrique Estay, por el Consejo Nacionalista de la Escuela de Derecho de la Universidad de Chile, se dirigió a los presentes el abogado Pablo Rodríguez. Este comenzó su intervención señalando que el imperativo de la hora actual de los nacionalistas es "asumir la unidad frente a los adversarios".

Acto seguido, efectuó un crítico análisis de la trayectoria política del país, señalando que lo que Chile conoció fue una "democracia llena de fallas lamentables", y que ese sistema "no hizo sino frustrar sistemáticamente las as-



Pablo Rodríguez en el teatro "El Ángel".

piraciones del pueblo".

Junto con culpar a los partidos y a los políticos de hacer un uso monopólico del poder, que llevaron al país por diferentes y "contradictorios" regímenes en los últimos 46 años, los descalificó para transformarse en interlocutores válidos en la hora actual.

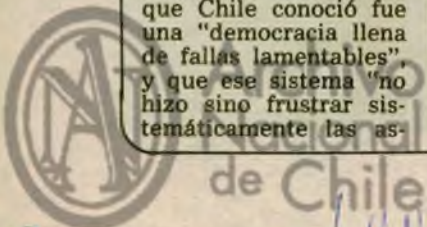
Pablo Rodríguez fijó la posición de los nacionalistas frente al actual proceso de apertura: "Primero, seguir luchando para que la Constitución de 1980 se siga implementando, pues recoge la voluntad nacional al haber sido aprobada por el 67% por ciento de la población", y "segundo, por estrategia política, porque las circunstancias han llevado al gobernante a esta apertura, el nacionalismo no está

contra el diálogo y desea que tenga éxito".

Agregó Rodríguez que si esta apertura "da resultados, el país no está condenado a regresar al pasado. La apertura no significa un renunciamiento al cambio institucional. Si esta apertura no tiene resultado, significa que el país va a entender lo que hemos predicado en estos 10 años: que con los políticos no se puede trabajar".

Frente a los actuales problemas que atraviesa el país, Pablo Rodríguez indicó que "el problema de Chile es económico y que la crisis económica genera eferescencia. Los políticos se aprovechan de ello diciendo que una vuelta a la democracia va a solucionar todos los problemas. Nada más falso. Pedimos al gobierno que salte la valla de un sistema económico fracasado y establezca los medios que permitan un desarrollo que satisfaga los anhelos de progreso del pueblo".

El abogado Rodríguez también lanzó críticas al movimiento gremialista, al que acusó de haber actuado como un "partido único", ocupando cargos públicos y estableciendo una política económica "cuyos lamentables resultados están a la vista".



LUN 27-8-83 109

LO que primero impacta son sus ojos verdes de mirada penetrante. Nos recibe en su oficina de calle Huérfanos y la acogida es muy cordial. Su actitud rompe de inmediato el esquema mental formado a priori, de que nos encontraríamos con una persona dura, mal genio, autoritaria. Nunca había dado una entrevista humana. Pero se decide a hablar y de ahí para adelante no deja de contestar ninguna pregunta.

Estamos frente a esta controvertida figura pública que es Pablo Rodríguez Grez, abogado, columnista de LA TERCERA, cuarenta y cinco años, casado con María Eugenia Varela, padre de cuatro hijos y fundador del movimiento cívico nacionalista, hoy disuelto, Patria y Libertad.

¿Cuál es la cara secreta de este hombre que algunos sectores de la opinión pública catalogan de revoltoso, rebelde, politiquero y muchos otros de antidemocrático y fascista? ¿Qué piensa él de estas etiquetas que le colocan? Nos responde:

—Me molesta muchísimo la maledicencia. Creo ser demócrata en el buen sentido de la palabra. Reclamo con energía de hombre maduro, la necesidad de revisar los conceptos. Creo indispensable, y lo digo con espíritu abierto, perfeccionar la convivencia pacífica y fijar reglas que no dejen a nadie fuera del sistema. Estimo que los chilenos debemos forjarnos un ideario muy amplio y muy generoso, para proteger todo lo bueno que tiene este pueblo. Eso no puede ser fascismo, ni odio de clases, ni revanchismo social. Por lo mismo, me parece injusto que se me califique de antidemocrático. Lo que más me molesta es que el calificativo obedezca a los intereses de mis adversarios políticos. Ellos saben perfectamente bien que no es así, pero repiten el cargo para conseguir ventajas. Ese es el estilo que debemos superar”.

¿Qué significa para usted ser Pablo Rodríguez, hombre público?

—“Lo que no me gusta es estar permanentemente en boca de la gente con comentarios que en general son muy pequeños. Lo que sí me gusta es el juego de las ideas. Me encanta poder representar y defender una idea. Combatir por lo que creo razonable, justo y adecuado para el país”.

¿Tiene usted ambiciones personales?

—“Nunca he ambicionado tener altos cargos. Reconozco sí que tengo la ambición de que el proyecto político que los nacionalistas defendemos sea realidad en Chile. Que se concrete conmigo o con otra persona, carece de importancia. Quisiera morirme bajo una constitución nacionalista en Chile”.

Sin embargo, usted fue líder de un movimiento que se consideró violentista. Hablo de Patria y Libertad.

—“Patria y Libertad no fue un movimiento violentista. Nosotros no propiciamos la violencia. Sosteníamos sí la necesidad de defenderse. No era posible que las mujeres en el tiempo de la UP salieran a una manifestación pública y fueran agredidas sin que nadie las defendiera. Nunca salimos a la calle para atacar,

siempre fue para defender, jamás nadie podrá decir que nuestro movimiento asesinó a alguien. Pero sí tenemos mártires. Mario Aguilar, asesinado en las esquinas de Huérfanos y Ahumada. Mario Castillo, muerto en Chillán y hasta el propio Rolando Matus, que era de Patria y Libertad, no del Partido Nacional. Son mártires y víctimas de la Unidad Popular.

Fue además un movimiento caracterizado por una tremenda generosidad. No luchó para conquistar el poder para sí. Su objetivo fue resolver un problema de Chile. Por esa razón, el día que se produjo el pronunciamiento militar terminó su razón de ser. No podía seguir subsistiendo porque había que respetar el receso político. Lo que duele es que estas cosas nunca se dicen. Nunca se habla nada que favorezca a Patria y Libertad”.

“Nadie tiene el monopolio de la verdad y la razón. Vivo empeñado en aceptar la posición de los demás”.



Muchas personas tienen la impresión de que usted es un hombre duro y de mal carácter. ¿Cómo es usted en la intimidad familiar?

—Bueno, no soy yo el mejor juez de mí mismo. Pero, por lo que me dicen los niños y mi mujer, soy hombre de muy buen genio. Autoritario es cierto, y muy sentimental. Pienso que mi estilo de hablar me ha dado esa fama de intransigente y absoluto. Sin embargo, tengo muy desarrollado el sentido de autocrítica y, probablemente, encubro una natural timidez con una apariencia muy segura”.

¿Qué es para usted el amor?

—Siento que el amor es una de las pocas cosas de la vida que justifican todos los sacrificios y sufrimientos que a cada uno nos tocan. Sin amor nada tendría razón de ser”.

LA CARA DESCONOCIDA DE PABLO RODRIGUEZ

**-Aunque se define como autoritario, se considera hombre de buen genio y muy sentimental.
-Confiesa vivir en un permanente empeño por colocarse en el lugar de los otros.**

Por Marta Olivos Marchant



¿Qué papel juega su esposa en su vida?

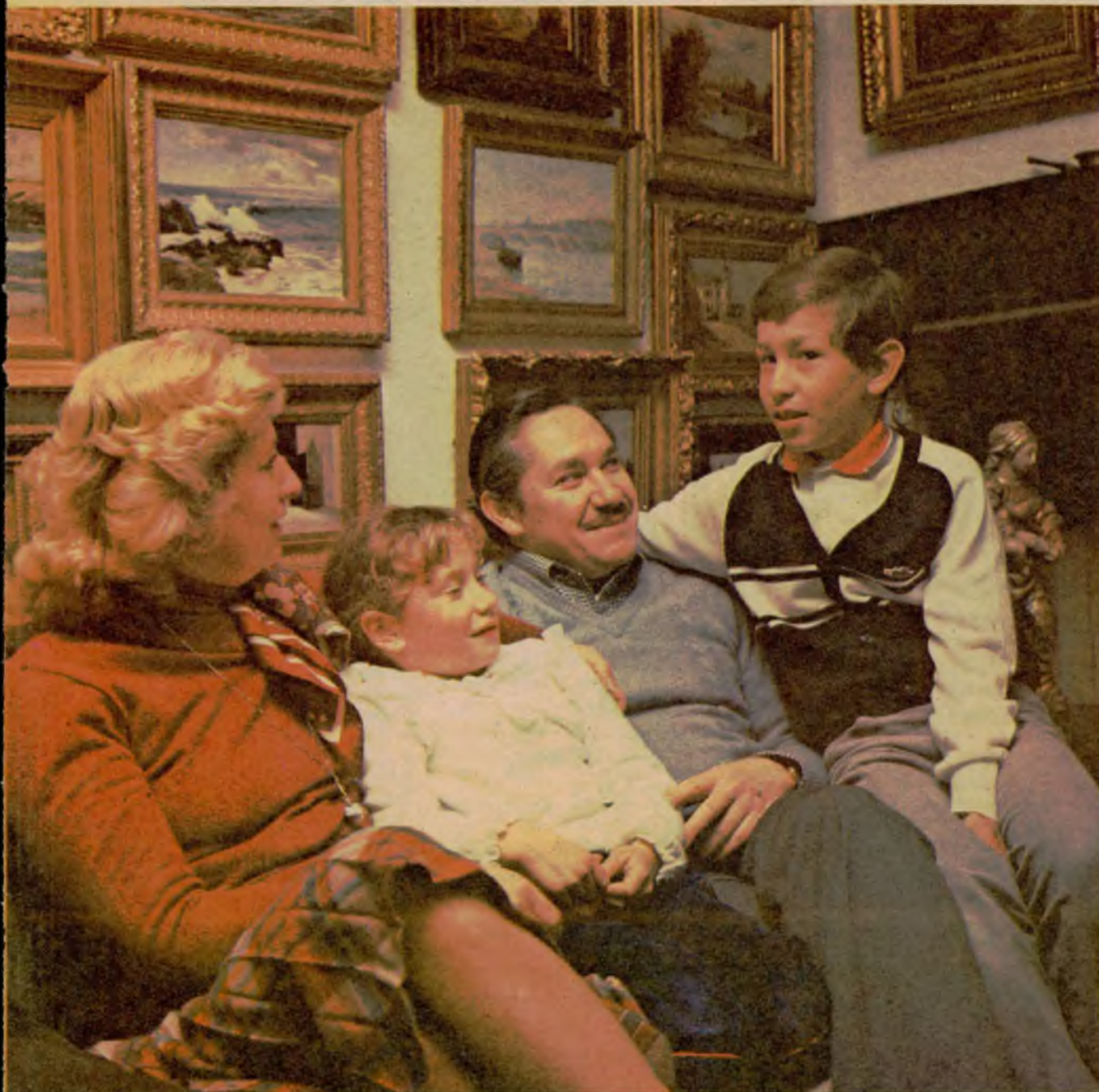
—“Ella ha sido y es una gran colaboradora. En los tiempos que yo dirigía Patria y Libertad, ella sufrió todos los avatares de la época. Claro que me apoyaba con un silencio muy expresivo, pues ella no era optimista, no creía que las Fuerzas Armadas iban a intervenir. Por lo tanto creía que yo asumía un riesgo que no iba a tener resultados positivos. También me perseguían y gran parte del tiempo en esa época no tenía domicilio fijo. Además después del tanquetazo del 29 de junio nos destruyeron casi totalmente la casa”.

¿Cuál es su mayor defecto?

—“Ser un pésimo fisicomista. Las personalidades no se me borran jamás, pero sí los rostros. Muchas personas creen que soy ingrato cuando no las reconozco. Tan pronto me advierten donde nos conocimos, automáticamente las ubico y evoco nuestros contactos.

Tal vez otros de mis defectos sea aproximarme con dificultad a la gente. Pero vencida la barrera natural me entrego sin reservas. María Eugenia opina que, a veces,

LA PINTURA CHILENA ocupa muchas de sus horas libres.



ENAMORADO DE SU MUJER, es un gran aficionado a la vida familiar. En la foto, junto a María Eugenia y a sus hijos menores, Felipe y Carolina.

soy demasiado ingenuo, que creo mucho en la gente y, por lo mismo, estoy expuesto a sufrir grandes desilusiones. Así ha ocurrido".

¿Se cree usted poseedor de la verdad absoluta?

"Vivo en un permanente empeño por aceptar la posición de los demás, por colocarme en el lugar de los otros y me repito mil veces al día que nadie tiene el monopolio de la verdad y la razón. También he aprendido que en un conflicto la verdad y la razón son generalmente compartidas. Son escasísimas las situaciones en que una de las partes tiene toda la razón y dice toda la verdad. Observe usted, cuando una persona relata una discusión, siempre tiene la razón el que la cuenta. Uno vive como Jalisco, "nunca pierde", y probablemente, eso es bueno porque ayuda a ser feliz".

¿Qué es lo que más le molesta?

"La injusticia. A combatirla dedico mi profesión. La miseria, razón por la cual lucho políticamente para conquistar una sociedad más digna. La falsedad, a la que debe descubrirse y denunciarse donde quiera que se halle. La maldad, que para mí es consecuencia de una verdadera enfermedad del espíritu.

Cuando logremos superar la

injusticia, la miseria, la falsedad y la maldad del hombre, el mundo será infinitamente más perfecto. El desafío es comenzar por uno mismo. Depurándose interiormente. El sólo intentarlo es fuente de enorme satisfacción personal".

La entrevista transcurre en una atmósfera de simpatía y cordialidad. Profesor de la cátedra de Derecho Civil de la Universidad de Chile por muchos años, se declara gran amigo de sus amigos.

¿Y tiene amigos que no participan de sus ideas?

"Desde luego. A muchos los conocí en el colegio o en la universidad. Pertenecen a lo que yo llamo el "inventario personalísimo" donde la política no tiene cabida alguna".

Nos cuenta que estudió preparatorias en la Escuela Abelardo Núñez, anexa a la Normal, la cual recuerda con gran orgullo. Comenta entusiasmado que fue regidor y alcalde de ese colegio que se administraba con un sistema de municipalidades. De allí, pasó al conocido Internado Barros Arana, donde alternaba los estudios de los ramos humanísticos (me iba pésimo en los ramos que no me gustaban) con la actividad propia de un alumno, en el que desde muy joven afloraron las dotes de líder.

"La juventud tiene que aportar vehemencia, e idealismo. Un sentido absoluto de la vida".

Como no "se andaba con chicas" cuenta que en el año 1952 llevó al Barros Arana a un alzamiento estudiantil. Riendo, recuerda como él, junto al resto de sus compañeros se arrancaron del Internado, para lo cual fue necesario derrocar al centro de alumnos elegido, el que no era partidario de esa minirrevolución.

¿Qué ideas políticas tenía usted en esa época?

"Era simpatizante del Partido Radical, simpatías que aún persisten. Creo que es el único partido en Chile, dentro del contexto de partidos que conocimos posteriormente, que ha mantenido su raijambre nacional".

¿Y cómo se concilia el Pablo Rodríguez pluralista en amistades con el luchador político de los años de colegio y con aquel que enfrentó casi solo al marxismo en los comienzos de la Unidad Popular?

"Alguien dijo que la juventud es una enfermedad maravillosa

que se cura con los años. Es evidente que las cosas no se miran de la misma manera en diferentes etapas de la vida. Es el orden natural del mundo. La juventud tiene que aportar vehemencia, agresividad, idealismo y, por que no decirlo, un sentido absoluto de la vida. En la madurez no debe perderse la energía para combatir por lo que uno cree justo y verdadero. Pero la energía, no se traduce entonces en agresividad y vehemencia. Las cosas se pesan con más detención. Y, lo que es más importante, se abre el espíritu hacia la cuota de razón que siempre tiene el adversario".

¿O sea que usted cree en la experiencia y madurez que da la vida?

"Ciertamente. Mi padre que era un hombre extraordinario, me decía que la experiencia tenía un valor inmenso. La vida me ha demostrado que mi padre tenía la razón. Me he pegado muchos costalazos y he aprendido mucho de ellos.

¿Cómo fue la relación con sus padres?

"Excelente. Una de las cosas más ricas que me ha tocado vivir. Amé entrañablemente a mi padre, perdiendo de vista a mi madre quien, como toda mujer, escondía sin aspavientos una riqueza inconmensurable. El destino fue bueno y malo conmigo. Sólo a la muerte de mi padre conocí a mi madre con toda su infinita ternura, sensibilidad, modestia y amor por todo el mundo. Tuve la desgracia de perderla a ella en 1974.

¿Cómo enfrentó esos momentos tan dolorosos?

"Me puse corbata negra hace 27 años, cuando murió mi padre. Seguí con ella cuando murió mi hermano, mi mamá y mi hermana. Creo que la seguiré usando toda mi vida. Es un símbolo de respeto hacia ellos. No logro entender por qué partieron todos tan prematuramente. Fue algo terrible para mí perder a toda mi familia original. Experimenté una sensación muy terrible, algo así como la pérdida del propio centro de equilibrio".

¿Pese a estos dolorosos golpes, es usted un hombre de fe?

"Siempre he sido un hombre de mucha fe. Me pregunto a veces si no somos conducidos en nuestros actos por una fuerza superior. Suceden cosas que no pueden ser sólo obra de la coincidencia".

¿Qué le gustaría que dijeran de usted después de su muerte?

"Creo que nadie muere. La vida es un tránsito. Importa poco lo que digan de uno cuando desaparece. Lo importante es dejar una huella. Cumplir con su cometido. Todos tenemos una misión que desempeñar en esta vida. Lo que interesa es abocarse a ella con dedicación, entregando lo mejor de sí mismo. No dejarse arrastrar por pequeñas pasiones. Ser generoso. Ayudar todo lo que se pueda. Luchar interiormente por ser cada día más perfecto. Ese debería ser el deporte favorito de todos los seres humanos. No importa que al momento de partir no se diga nada de uno, pero sí que se vea la huella".

LO que primero impacta son sus ojos verdes de mirada penetrante. Nos recibe en su oficina de calle Huérfanos y la acogida es muy cordial. Su actitud rompe de inmediato el esquema mental formado a priori, de que nos encontraríamos con una persona dura, mal genio, autoritaria. Nunca había dado una entrevista humana. Pero se decide a hablar y de ahí para adelante no deja de contestar ninguna pregunta.

Estamos frente a esta controvertida figura pública que es Pablo Rodríguez Grez, abogado, columnista de LA TERCERA, cuarenta y cinco años, casado con María Eugenia Varela, padre de cuatro hijos y fundador del movimiento cívico nacionalista, hoy disuelto, Patria y Libertad.

¿Cuál es la cara secreta de este hombre que algunos sectores de la opinión pública catalogan de revoltoso, rebelde, politiquero y muchos otros de antidemocrático y fascista? ¿Qué piensa él de estas etiquetas que le colocan? Nos responde:

"Me molesta muchísimo la maledicencia. Creo ser demócrata en el buen sentido de la palabra. Reclamo con energía de hombre maduro, la necesidad de revisar los conceptos. Creo indispensable, y lo digo con espíritu abierto, perfeccionar la convivencia pacífica y fijar reglas que no dejen a nadie fuera del sistema. Estimo que los chilenos debemos forjarnos un ideario muy amplio y muy generoso, para proteger todo lo bueno que tiene este pueblo. Eso no puede ser fascismo, ni odio de clases, ni revanchismo social. Por lo mismo, me parece injusto que se me califique de antidemocrático. Lo que más me molesta es que el calificativo obedezca a los intereses de mis adversarios políticos. Ellos saben perfectamente bien que no es así, pero repiten el cargo para conseguir ventajas. Ese es el estilo que debemos superar".

¿Qué significa para usted ser Pablo Rodríguez, hombre público?

"Lo que no me gusta es estar permanentemente en boca de la gente con comentarios que en general son muy pequeños. Lo que sí me gusta es el juego de las ideas. Me encanta poder representar y defender una idea. Combatir por lo que creo razonable, justo y adecuado para el país".

¿Tiene usted ambiciones personales?

"Nunca he ambicionado tener altos cargos. Reconozco sí que tengo la ambición de que el proyecto político que los nacionalistas defendemos sea realidad en Chile. Que se concrete conmigo o con otra persona, carece de importancia. Quisiera morirme bajo una constitución nacionalista en Chile".

Sin embargo, usted fue líder de un movimiento que se consideró violentista. Hablo de Patria y Libertad.

"Patria y Libertad no fue un movimiento violentista. Nosotros no propiciamos la violencia. Sosteníamos sí la necesidad de defenderse. No era posible que las mujeres en el tiempo de la UP salieran a una manifestación pública y fueran agredidas sin que nadie las defendiera. Nunca salimos a la calle para atacar,

siempre fue para defender. Jamás nadie podrá decir que nuestro movimiento asesinó a alguien. Pero sí tenemos mártires. María Aguilar, asesinada en las esquinas de Huérfanos y Ahumada, María Castillo, muerta en Chillán y hasta el propio Rolando Matus, que era de Patria y Libertad, no del Partido Nacional. Son mártires y víctimas de la Unidad Popular.

Fue además un movimiento caracterizado por una tremenda generosidad. No luchó para conquistar el poder para sí. Su objetivo fue resolver un problema de Chile. Por esa razón, el día que se produjo el pronunciamiento militar terminó su razón de ser. No podía seguir subsistiendo porque había que respetar el receso político. Lo que duele es que estas cosas nunca se dicen. Nunca se habla nada que favorezca a Patria y Libertad".

"Nadie tiene el monopolio de la verdad y la razón. Vivo empeñado en aceptar la posición de los demás".



Muchas personas tienen la impresión de que usted es un hombre duro y de mal carácter ¿Cómo es usted en la intimidad familiar?

"Bueno, no soy yo el mejor juez de mí mismo. Pero, por lo que me dicen los niños y mi mujer, soy hombre de muy buen genio -autoritario es cierto- y muy sentimental. Pienso que mi estilo de hablar me ha dado esa fama de intransigente y absoluto. Sin embargo, tengo muy desarrollado el sentido de autocrítica y, probablemente, encubro una natural timidez con una apariencia muy segura".

¿Qué es para usted el amor?

"Siento que el amor es uno de las pocas cosas de la vida que justifican todos los sacrificios y sufrimientos que a cada uno nos tocan. Sin amor nada tendría razón de ser".

LA CARA DESCONOCIDA DE PABLO RODRIGUEZ

**-Aunque se define como autoritario, se considera hombre de buen genio y muy sentimental.
-Confiesa vivir en un permanente empeño por colocarse en el lugar de los otros.**

Por Marta Olivás Marchant



¿Qué papel juega su esposa en su vida?

"Ella ha sido y es una gran colaboradora. En los tiempos que yo dirigía Patria y Libertad, ella sufrió todos los avatares de la época. Claro que me apoyaba con un silencio muy expresivo, pues ella no era optimista, no creía que las Fuerzas Armadas iban a intervenir. Por lo tanto creía que yo asumía un riesgo que no iba a tener resultados positivos. También me perseguían y gran parte del tiempo en esa época no tenía domicilio fijo. Además después del tanquetazo del 29 de junio nos destruyeron casi totalmente la casa".

¿Cuál es su mayor defecto?

"Ser un pésimo fisionomista. La personalidad no se me borran jamás, pero sí los rostros. Muchas personas creen que soy ingrato cuando no las reconozco. Tan pronto me advierten donde nos conocimos, automáticamente las ubico y evoco nuestros contactos.

Tal vez otros de mis defectos sea aproximarme con dificultad a la gente. Pero vencida la barrera natural me entrego sin reservas. María Eugenia opina que, a veces,

LA PINTURA CHILENA ocupa muchas de sus horas libres.



ENAMORADO DE SU MUJER, es un gran aficionado a la vida familiar. En la foto, junto a María Eugenia y a sus hijos menores, Felipe y Carolina.

soy demasiado ingenua, que creo mucho en la gente y, por lo mismo, estoy expuesto a sufrir grandes desilusiones. Así ha ocurrido".

¿Se cree usted poseedor de la verdad absoluta?

"Vivo en un permanente empeño por aceptar la posición de los demás, por colocarme en el lugar de los otros y me repito mil veces al día que nadie tiene el monopolio de la verdad y la razón. También he aprendido que en un conflicto la verdad y la razón son generalmente compartidas. Son escasísimas las situaciones en que una de las partes tiene toda la razón y dice toda la verdad. Observe usted, cuando una persona relata una discusión, siempre tiene la razón el que la cuenta. Uno vive como Jalisco, "nunca pierde", y probablemente, eso es bueno porque ayuda a ser feliz".

¿Qué es lo que más le molesta?

"La injusticia. A combatirla dedico mi profesión. La miseria, razón por la cual luché políticamente para conquistar una sociedad más digna. La falsedad, a la que debe descubrirse y denunciarse donde quiera que se halle. La maldad, que para mí es consecuencia de una verdadera enfermedad del espíritu. Cuando logremos superar la

injusticia, la miseria, la falsedad y la maldad del hombre, el mundo será infinitamente más perfecto. El desafío es comenzar por uno mismo. Depurándose interiormente. El sólo intentarlo es fuente de enorme satisfacción personal".

La entrevista transcurre en una atmósfera de simpatía y cordialidad. Profesor de la cátedra de Derecho Civil de la Universidad de Chile por muchos años, se declara gran amigo de sus amigos.

¿Y tiene amigos que no participan de sus ideas?

"Desde luego. A muchos los conocí en el colegio o en la universidad. Pertenecen a lo que yo llamo el "inventario personalísimo" donde la política no tiene cabida alguna".

Nos cuenta que estudió preparatorias en la Escuela Abelardo Núñez, anexo a la Normal, la cual recuerda con gran orgullo. Comenta entusiasmado que fue regidor y alcalde de ese colegio que se administraba con un sistema de municipalidades. De allí, pasó al conocido Internado Barros Arana, donde alternaba los estudios de los ramos humanísticos (me iba pésimo en los ramos que no me gustaban) con la actividad propia de un alumno, en el que desde muy joven afloraron las dotes de líder.

"La juventud tiene que aportar vehemencia, e idealismo. Un sentido absoluto de la vida".

Como no "se andaba con chicas" cuenta que en el año 1952 llevó al Barros Arana a un alzamiento estudiantil. Riendo, recuerda como él, junto al resto de sus compañeros se arrancaron del Internado, para lo cual fue necesario derrocar al centro de alumnos elegido, el que no era partidario de esa minirrevolución.

¿Qué ideas políticas tenía usted en esa época?

"Era simpatizante del Partido Radical, simpatías que aún persisten. Creo que es el único partido en Chile, dentro del contexto de partidos que conocimos posteriormente, que ha mantenido su raijambre nacional".

¿Y cómo se concilia el Pablo Rodríguez pluralista en amistades con el luchador político de los años de colegio y con aquel que enfrentó casi solo al marxismo en los comienzos de la Unidad Popular?

"Alguien dijo que la juventud es una enfermedad maravillosa

que se cura con los años. Es evidente que las cosas no se miran de la misma manera en diferentes etapas de la vida. Es el orden natural del mundo. La juventud tiene que aportar vehemencia, agresividad, idealismo y, por que no decirlo, un sentido absoluto de la vida. En la madurez no debe perderse la energía para combatir por lo que uno cree justo y verdadero. Pero la energía, no se traduce entonces en agresividad y vehemencia. Las cosas se pesan con más detención. Y, lo que es más importante, se abre el espíritu hacia la cuota de razón que siempre tiene el adversario".

¿O sea que usted cree en la experiencia y madurez que da la vida?

"Ciertamente. Mi padre que era un hombre extraordinario, me decía que la experiencia tenía un valor inmenso. La vida me ha demostrado que mi padre tenía la razón. Me he pegado muchos costalazos y he aprendido mucho de ellos.

¿Cómo fue la relación con sus padres?

"Excelente. Una de las cosas más ricas que me ha tocado vivir. Amé entrañablemente a mi padre, perdiendo de vista a mi madre quien, como toda mujer, escondía sin aspavientos una riqueza inconmensurable. El destino fue bueno y malo conmigo. Sólo a la muerte de mi padre conocí a mi madre con toda su infinita ternura, sensibilidad, modestia y amor por todo el mundo. Tuve la desgracia de perderla a ella en 1974.

¿Cómo enfrentó esos momentos tan dolorosos?

"Me puse corbata negra hace 27 años, cuando murió mi padre. Seguí con ella cuando murió mi hermano, mi mamá y mi hermana. Creo que la seguiré usando toda mi vida. Es un símbolo de respeto hacia ellos. No logro entender por qué partieron todos tan prematuramente. Fue algo terrible para mí perder a toda mi familia original. Experimenté una sensación muy terrible, algo así como la pérdida del propio centro de equilibrio".

¿Pese a estos dolorosos golpes, es usted un hombre de fe?

"Siempre he sido un hombre de mucha fe. Me pregunto a veces si no somos conducidos en nuestros actos por una fuerza superior. Suceden cosas que no pueden ser sólo obra de la coincidencia".

¿Qué le gustaría que dijeran de usted después de su muerte?

"Creo que nadie muere. La vida es un tránsito. Importa poco lo que digan de uno cuando desaparece. Lo importante es dejar una huella. Cumplir con su cometido. Todos tenemos una misión que desempeñar en esta vida. Lo que interesa es abocarse a ella con dedicación, entregando lo mejor de sí mismo. No dejarse arrastrar por pequeñas pasiones. Ser generoso. Ayudar todo lo que se pueda. Luchar interiormente por ser cada día más perfecto. Ese debería ser el deporte favorito de todos los seres humanos. No importa que al momento de partir no se diga nada de uno, pero sí que se vea la huella".

Pablo Rodríguez y Federico Willoughby responden a ataque

EL abogado Pablo Rodríguez Grez y el periodista Federico Willoughby enviaron las siguientes cartas a Roberto Pulido, director de la Revista "Qué Pasa":

De Pablo Rodríguez.
"He leído con asombro e indignación una crónica que, bajo el título "Pinochet volvió de vacaciones", me hace aparecer encabezando una oscura maniobra destinada a producir la renuncia del actual Ministro del Interior. Todo lo allí expresado es absolutamente falso. Jamás he sostenido conversación alguna con el señor Subsecretario de Agricultura, don Simón Figueroa, sobre materias políticas. Mis escasos contactos con él se han reducido a compromisos de carácter social. Desconozco, por lo mismo, su pensamiento sobre las materias de que trata la crónica de "Qué Pasa". Lo propio puedo decir en re-

lación al periodista señor Manuel Salgado. Respecto de Saverio Sprovera, si bien es amigo personal del suscrito, tampoco he tenido contacto con él desde hace más de un año.

Señor director, yo comprendo que por subalternas pasiones o resentimientos personales pueda atacarse la posición política que sustento. Pero nunca creí posible que esa revista descendiera al terreno de la intriga, falseando groseramente los hechos o recogiendo rumores sembrados por mentes enfermas o desconformados morales. No ha sido esa la línea de vuestra revista, en la cual colaboré durante varios meses con la mayor lealtad y entusiasmo. Yo no parti-

cipo en este tipo de maniobras palaciegas. Mi posición es ampliamente conocida. No se aviene con mi carácter el uso de estos recursos innobles.

Le ruego, por consiguiente, publicar esta carta en la misma página y con los mismos caracteres que la crónica que desmiento, todo ello en conformidad a lo previsto en el Artículo 11 de la Ley N° 16.643. Lamento tener que hacer llegar esta nota por medio de un ministro de fe, pero la actual conducción de la revista me obliga a ello en resguardo de mi honor".

Pablo Rodríguez Grez.

De Federico Willoughby
"Nuevamente, en la edición N° 619 de ese semanario, se me hace apa-

recer en enredos e intrigas que deforman negativamente el carácter de mi relación con S.E. el Presidente de la República, capitán general don Augusto Pinochet Ugarte, y su Gobierno.

Igualmente se pretende allí involucrar a altos oficiales institucionales y funcionarios de gobierno que han negado terminantemente la veracidad de esas informaciones.

Le aseguro enérgicamente que todo lo dicho en la referida crónica es falso de la más absoluta falsedad. Revistiendo, además, una odiosidad y bajeza que no practicamos los periodistas profesionales, aún cuando tengamos distintos puntos de vista.

No me extraña, entonces, la situación de esa empresa cuando veo que se recurre a enlodar en forma anónima la honra ajena, que es un engaño a sus lectores.

En la prensa debe decirse como periodista lo que puede sostenerse como caballero; como esa condición no se da, debo acogerme al amparo legal, rogándole dar publicidad a este desmentido en igual forma a la que he sido aludido, en los números 617, 618 y 619, en resguardo de mi honra, conforme al estado vigente y a la Ley 16.643, Artículo 11.

El señor notario dará testimonio del recibo de ésta".

Federico Willoughby
Macdonald.

Nada con los que se cuelgan

Señor director:

EN la edición del 26 de enero su diario publicó una carta bajo el título "Se cuelgan y lucran", firmada por doña Marta Quezada Lastra, en la cual manifiesta su inquietud por saber si los consumos fraudulentos de energía eléctrica son de cargo de CHILECTRA Metropolitana o si ésta los traspasa a los usuarios con medidor. Fundamenta su inquietud en los muchos robos de corriente que, a su juicio, "a nadie les llaman la atención" y denuncia un caso concreto de calle Padre Tadeo, altura 5.000.

Al respecto, cabe señalar lo siguiente:

1.- CHILECTRA Metropolitana procede a facturar mensualmente los consumos de energía eléctrica registrados en cada medidor. En consecuencia, es impropio suponer que la empresa traspasa, a los clientes, el valor de los consumos

que personas inescrupulosas realizan en forma fraudulenta:

2.- El costo de lo que representan los consumos fraudulentos son de cargo de la empresa y, por ello, cuenta con oficinas especializadas para efectuar las inspecciones e investigaciones pertinentes, que hacen posible llevar a la justicia ordinaria a los culpables del delito de hurto de energía.

3.- En el caso concreto que señala la señora Quezada, que desde ya agradeceremos, lamentablemente no se ha podido comprobar dicha denuncia, por cuanto no especifica dirección, aun cuando la empresa ha efectuado la correspondiente inspección en calle Padre Tadeo, entre Tucumán y Samuel Izquierdo.

EUGENIO RENGIFO LIRA
Jefe de Relaciones Públicas

CHILECTRA Metropolitana.

Paseo a la playa

Señor director:

QUISIERAMOS solicitarle a través de su periódico insertar estas breves líneas de agradecimiento para el alcalde de San Miguel, Sr. Juan Carlos Bull, por favorecernos con un lindo paseo al balneario de Cartagena, el 2 del presente, a quienes no podemos ha-

cerlo con nuestros escasos medios.

Creemos que este noble gesto es digno de destacar, y esperamos que sirva de ejemplo para las demás comunas del Gran Santiago.

Quedando a sus gratas órdenes, JUNTA VECINAL Y VECINOS SECTOR N° 41, comuna San Miguel, Santiago Sur.

FURA
El automóvil triunfador en Europa
Cómpralo en
Tattersall Automotriz
• Recibimos su vehículo en parte de pago
• Créditos directos 3,95% E.M.N.
Stgo: Vicuña Mackenna 680 • Bustamante 685 - 736 • Placer 880
Los Angeles - Colón 720

COMPARTIR Hogar de Cristo es

Nuevo SUBARU 5GL

¡El auto que las tiene todas:

Rendimiento excepcional, para los tiempos actuales.	Tracción delantera. Suspensión McPherson. Frenos de Doble Circuito Hidráulico Diagonal Servoasistido.	Cinco personas ampliamente cómodas. Gran visibilidad. Como en los grandes.	Como usted esperaba. Definitivamente a su alcance.
CIUDAD 21 KMS/LI.*	CARRETERA 29 KMS/LI.*		\$319.000
Máxima economía.	Máxima tecnología.	Máxima comodidad.	...y mínimo precio.

Téngalo usted!

El Nuevo Subaru 5GL '82, de 5 puertas, tracción delantera, ágil motor 700 cc y ruedas de Aro 12, es único en su clase. Otro paso adelante de la avanzada ingeniería Subaru. Dotado de superior tecnología y comodidad, lo mismo que automóviles de 1.800 cc y más. Con rendimiento de combustible que lo convierte en el auto más económico de estos tiempos. 7 modernos colores a elección. Y todo, al mínimo precio posible.

*Tenga usted ahora, este verdadero Superdotado! Suba... Suba al Nuevo Subaru 5GL. Visite cuanto antes INDUMOTORA y su Red de Distribuidores.

INDUMOTORA
Av. Bilbao 0102, Fono: 2220504. Sta. Rosa 537, Fono: 2220582. Concepción O'Higgins 99, Fono 25930 y su Red de Distribuidores.



FEBRERO '83 MES DE OFERTAS

ANDES MOTORS

REPUESTOS FIAT

Gata (Importada)	
Mod. 600 y Z - 750	\$ 1.000
Piñola freno mano	
Mod. 125 5 Vel	\$ 400
Rodamiento rueda tras y del Mod. 147 - 128 y Z - 1.100	\$ 650
Bomba gasolina Mod. 147	\$ 635

REPUESTOS PEUGEOT

Óptico Trapezoidal (tipo Sev frances) Mod. 504	\$ 2.500
Platino tipo Prestolite Mod. 404-504	\$ 100
Gata importada Mod. 404	\$ 1.100

Precio neto. IVA incluido

10 de Julio 1462
Fonos: 64570 - 68768
SANTIAGO
Sucursales en:
Valparaíso - Concepción
Temuco - Osorno

114

Pablo Rodríguez enjuicia al Parlamento

El abogado y columnista de LA TERCERA Pablo Rodríguez entregó la siguiente declaración pública:

“**H**E leído, no sin estupor, la débil defensa que del Congreso hace un grupo de “ex parlamentarios” nacionales que ha resuelto solidarizar públicamente con don Engelberto Frías, a propósito del debate que suscitaron sus declaraciones a la Revista “Cosas”. Es ésta una forma hábil de eludir el tema que nos preocupaba. El problema planteado decía relación con la fórmula propuesta por los “ex políticos” para resolver de una plumada la angustiosa situación económica que nos afecta: “volver a la democracia”. Sea dicho de paso que durante los años de bonanza económica (1977-1981) no leí, no escuché ni conocí una sola expresión de adhesión de estos mismos personeros hacia quienes, por todos los medios de que disponíamos, advertimos los inconvenientes del modelo económico que se implementaba. Este hecho no les impide ahora alzarse como héroes de una batalla en que no participaron y en la cual no les cupo ni siquiera el controvertido rol de “gasfiteros” u “opositores larvados”. No es justo disfrutar silenciosamente del auge y capitalizar el fracaso cuando aquél declina. Así ha sucedido siempre con los políticos. El tiempo transcurrido demuestra que su estilo no ha cambiado.

En la generosa numeración de las realizaciones que los ex parlamentarios reclaman como propias, allegan a su molino agua que no les pertenece. En magistral recuento se arrojan desde la insipiente poesía de Pablo Neruda y Gabriela Mistral hasta la caída del marxismo, omitiendo el lastre que representó la existencia de un Parlamento que en lugar de contribuir al engrandecimiento de Chile se transformó en una rémora que difícilmente pudimos sobrelevar y que nos precipitó a una crisis política sin precedentes anteriores.

Pero la historia está al alcance de todos. No es posible que estos distinguidos tribunos la ignoren o la deformen al extremo de reivindicar para sí lo que este país consiguió progresar pese a la obstrucción parlamentaria.

En mi respuesta deseo abordar dos cosas y sobre ellas reflexionaré. Generalizar demasiado vuelve estériles las discusiones y nadie saca de ellas enseñanzas útiles.

1. Afirmé en mi réplica a don Engelberto Frías (16 de diciembre) que la descripción que hacía de los políticos nos situaba en otro país; que la regla general era muy distinta; que en el Parlamento se concentró lo peor de Chile; que en él predominaban la incapacidad, la demagogia y el electoralismo más servil. Agregué que hubo excepciones, pero que ellas no hacían más que confirmar la regla. Estas expresiones no son fruto de mi imaginación ni corresponden íntegramente a vivencias personales, puesto que, por razones obvias, no soy testigo presencial del largo proceso de descomposición parlamentaria que afectó a este país. Es la Historia la que con imparcialidad recoge y encierra esta oscura realidad que no debe quedar en el olvido a riesgo de volver a imponérsenos en el futuro.

Es tan evidente que la composición de ambas Cámaras era un obstáculo para que Chile pudiera

superar el letargo en que lo mantuvo por tanto tiempo la demagogia electoralista, que los más agudos y perspicaces historiadores han llegado al punto de ensalzar el intervencionismo electoral y hasta el cohecho como antídoto frente a la estulticia de los parlamentarios. Gonzalo Vial Correa en su Historia de Chile, Tomo II, página 586, nos dice: “Ya vendrá la dictadura de los políticos y de las Cámaras”. Así comentó la victoria revolucionaria del 91 el cáustico balmacedista Eduardo de la Barra. Hemos visto el cumplimiento de la primera parte de este augurio. La segunda tampoco demoró en realizarse. Más adelante, analizando el “precio” de los cargos parlamentarios, el mismo autor nos señala: “El costo de los cargos políticos subió vertiginosamente. El año 1906 según Ramón Subercaseaux el “precio de una senaduría oscilaba desde los 30.000 a los 300.000 pesos. Hacia 1910 el voto se pagaba en 15 pesos. También en 1910 una diputación cualquiera significaba invertir 50.000 pesos”. (Página 589). Raúl Marín Balmaceda, en su libro “No Demagogia”, publicado en 1955, comenta la opinión de uno de los más esclarecidos historiadores chilenos, Alberto Edwards, quien defiende el intervencionismo electoral al extremo de exclamar: “Debía levantarse en este país una estatua a lo que fue la intervención electoral”. Por su parte, Marín Balmaceda agrega textualmente: “Eso es decir, clara y sinceramente, la verdad”. La generación libertaria del año 1920, que tanta influencia tuvo en nuestro desarrollo político, decía, en su órgano oficial “Claridad”, el 10 de enero de 1921: “Debidamente representado en el Parlamento de Chile está -sin duda alguna- el 50 ó 60 por ciento de analfabetos de nuestra población. Pero no ocurre lo mismo con los imorales: tienen una representación superior a la que honradamente les corresponde”. En 1925

frente a la resistencia de la clase política para poner fin al régimen parlamentario, el inspector general del Ejército, general Mariano Navarrete, respaldando al Presidente Alessandri, recién repuesto en la Primera Magistratura, señalaba:

“Los resultados del sistema parlamentario han sido desastrosos para el país. Un balance hecho a la ligera demuestra que su aplicación ha tenido como consecuencia la completa corrupción de todos los servicios públicos, la paralización del progreso en todas las actividades nacionales y la anulación de la personalidad del Presidente de la República, único responsable de la dirección de los negocios del Estado”. Gracias a este apoyo fue posible la promulgación de la Constitución de 1925 que puso atajo temporalmente a las corruptelas parlamentarias y partidistas.

Pero ha sido Mario Arnello, ex parlamentario nacional, en su obra “Proceso a una democracia”, basado en el pensamiento político de Jorge Prat Echaurren, quien con mayor claridad ha desentrañado la inoperancia del Parlamento y los abusos en que se incurrió al legislar. Al tratar de la “Crisis del Parlamento”, Mario Arnello dice: “La crisis de los partidos políticos ha llegado al grado de comprometer gravemente al Parlamento y el régimen mismo. La acción de los parlamentarios que han devenido en los profesionales rentados de la política ha transformado el acto de legislar en un medio de favorecer intereses de grupo, sectores privilegiados, y a sus propias clientelas electorales. Los parlamentarios se han transformado, así, en verdaderos dispensadores de privilegios. Si alguien lo duda o lo niega, ahí tiene un sistema previsional -las 514 normas diversas en materia previsional, discriminatorio e injusto, que han dado al país los parlamentarios, dando a

unos lo que niegan a los demás” (Pág. 42). El ex parlamentario del Partido Nacional agrega datos que indignan con sólo pensar lo que ellos representan: 1.- El Senado trabajaba un total de 200 horas anualmente, equivalentes a 25 días y a una hora diaria de trabajo en el año... 2.- De la totalidad de leyes dictadas entre 1926 y 1964, sólo el 7,36% eran leyes de carácter general, el 40,43% de carácter particular (en favor de grupos de presión) y el 51,4% de carácter individual. Esta legislación es prueba irrefutable de discriminación y favoritismo. 3.- Los parlamentarios, nos señala Jorge Prat, se aumentaban la dieta inconstitucionalmente varias veces, tenían un sistema previsional de excepción y hasta se declararon jurídicamente incapaces de afianzar y avalar créditos para evitar tener que decir no a sus electores... “traspasaron esa falta de entereza a una ley, que dice “no” por ellos”.

Más recientemente, en 1973, el entonces presidente del Partido Nacional, Sergio Onofre Jarpa, en su libro “Creo en Chile”, refiriéndose a la institucionalidad de entonces, señala: “Un Ejecutivo débil e inoperante, sin voluntad o sin medios legales para romper el cerco de los intereses partidistas. Parlamentarios que legislan sin estudiar ni conocer los problemas, preocupados sólo de mantener sus clientelas electorales o aprobar leyes en su solo beneficio” (Pág. 58). En seguida, sin remilgos, agrega: “En Chile ha hecho crisis el sistema político” (Pág. 113).

Finalmente el propio don Jorge Alessandri, en su Mensaje al país el día 7 de abril de 1959, decía sobre el Parlamento:

“Para conservar en Chile la democracia y para que a través de sus instituciones sea posible atender las exigencias impostergables del país, es preciso que se comprenda, por sobre tendencias o ideologías políticas, que es necesario modificar substancialmente el criterio con que se ha venido legislando. Esta grave afirmación es fruto de la experiencia que llevo como Primer Mandatario y del cuidado atento que, desde hace muchos años, vengo prestando al proceso de nuestro desarrollo económico y a la influencia decisiva que la legislación dictada durante este tiempo ha tenido en la caótica situación económica y social de nuestro país”.

He citado a personas que presumo próximas a los ex parlamentarios nacionales. No he querido mencionar otras personalidades tan brillantes como

Vicente Huidobro, que llegó a decir, en 1925, que el Congreso “era una feria sin pudicia de la imbecilidad. Un Congreso para hacer once buenas y discursos malos”. (Balance Patriótico publicado en la revista “Acción”, N° 4 del 8 de agosto de 1925).

Volviendo a la historia más reciente, no puede olvidarse que don Carlos Ibáñez del Campo -salido del Senado- pretendió disolver el Parlamento ante la impotencia de controlar sus excesos, declarándose prisionero del Congreso. Tampoco puede olvidarse que don Jorge Alessandri -salido del Senado- sufrió un obstruccionismo que llegó a extremos tales como frenar durante ocho meses una ley de emergencia con ocasión del terremoto de 1960 y de aprobar leyes, luego de 2 años y medio de tramitación, a sabiendas que no podían cumplirse por carecer de financiamiento (Ley 15.386 sobre Revalorización de Pensiones). Tampoco puede olvidarse que don Eduardo Frei -salido del Senado-, a pesar de contar con mayorías parlamentarias afines, se enfrentó varias veces con el Congreso que, inclusive, le impidió salir de Chile para cumplir un compromiso en Estados Unidos y no faltaron voces dentro de su propio partido que le sugerían sobrepasar aquel impedimento. Tampoco puede olvidarse que Salvador Allende fue elegido Presidente de la República por el Congreso Pleno, el cual ratificó una mayoría electoral de apenas un tercio de la masa ciudadana, a sabiendas de que entregaba el Gobierno a un marxista-leninista confeso y declarado.

Lo concreto es que no ha sido el Parlamento en nuestra historia un acicate de desarrollo y de progreso, sino, por el contrario, un obstáculo que evitó una evolución positiva y adecuada de la imperfecta democracia chilena. Esa circunstancia impulsó al Gobierno Militar, con el beneplácito de la ciudadanía, a clausurar el Congreso Nacional y a dos tercios de la misma a aceptar que la Junta de Comandantes en Jefe de las Fuerzas Armadas desempeñe las funciones legislativas hasta 1989. Decir lo contrario es negar una evidencia histórica que nadie con una mediana cultura cívica puede desconocer.

2.- El otro punto que deseo abordar es mi extrañeza de que sean ex parlamentarios nacionales, probablemente la única colectividad política que tuvo el coraje de representar la crisis del sistema político que sufrimos, los que ahora salgan en defensa de un régimen colmado de vicios e inoperante. Sus planteamientos de ayer distan muchísimo



PABLO RODRIGUEZ GREZ.

de lo que reclaman sus ex parlamentarios hoy día. Yo pienso que todos ellos tienen un lugar en la gran trinchera que deberíamos construir en defensa de nuestra patria los chilenos que no queremos retroceder en el tiempo ni permitir que se confundan la libertad y la democracia con el electoralismo, el abuso y la demagogia. ¿Cómo conciliar sus palabras con la adhesión que en otra oportunidad prestaron al proyecto de reforma constitucional de don Jorge Alessandri, destinado a superar, precisamente, el desmoronamiento institucional que ya entonces se preveía? ¿Cómo conciliarlas con los llamados que en 1973 hacía el Partido Nacional, para emprender una profunda rectificación constitucional y moral?

Yo creo que es hora de reflexionar con honradez. Los slogans, los lugares comunes y los juicios grandilocuentes no conducen a ninguna parte. Lo que está en juego no es de responsabilidad exclusiva del Presidente de la República y las Fuerzas Armadas, mucho menos de sectores elitistas ajenos al alma nacional y al progreso social. La responsabilidad recae en esa enorme mayoría silenciosa que aguarda esperanzada la construcción de un orden más justo, y que reclama voceros honestos y bien intencionados. Si los ex parlamentarios nacionales han roto su largo silencio con el objeto de expresar aquella inquietud, yo aplaudo a mis contradictores y los insto, sin más representación que mi amor a Chile, a incorporarse a una cruzada patriótica que culmine con la fundación de una democracia auténtica en que la participación consciente de todos los sectores sustituya a la demagogia, la politiquería y al electoralismo profesional. Apoyar con desprendimiento la creación del nuevo sistema institucional, dejando atrás odiosidades y miserias, es el desafío que enfrentamos. De poco sirve revisar un pasado triste y chato, salvo para convocar a los hombres y mujeres que aman esta tierra a la tarea innovadora en que se encuentra empeñado el Gobierno Militar y evitar que se repitan los mismos errores que nos empujaron a lo que fuimos en el pasado”.

Bautizo 28/1/79

.....
Ha sido bautizado Pablo, hijo del señor Eduardo Díaz Herrera y de la señora Bárbara del Río de Díaz.

Fueron sus padrinos el señor Pablo Rodríguez y la señora María Angélica Varela de Rodríguez. 116



Archivo
Nacional
de Chile

fu 25-12-84

5 del país

Por impulsivo salió Pablo Rodríguez de la Acción Nacional

SANTIAGO. (UPI).— El presidente del Movimiento de Acción Nacional (MAN), Federico Willoughby aseguró ayer “que la renuncia de Pablo Rodríguez obedece a su impulsivo carácter”.

Willoughby formuló esa aclaración al consultársele por la dimisión del exlíder de Patria y Libertad.

Agregó el presidente del MAN que “la comisión política ha estimado que la decisión de Pablo Rodríguez obedece a su carácter y esperamos que la medite con mayor seriedad”.

Clarificó Willoughby que “en el seno del MAN no ha pasado nada que venga a trizar la estructura interna del movimiento ni tampoco hará cambiar su línea política”.

Finalmente, el líder del MAN reiteró que “esperamos que Pablo Rodríguez medite la decisión adoptada y retorne a nuestras filas”.



Pablo Rodríguez Grez

117

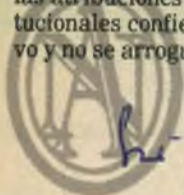
Pablo Rodríguez:

Tribunales deben reconocer atribuciones del Legislativo

SANTIAGO. (EL SUR).— El abogado Pablo Rodríguez Grez desmintió terminantemente que fueran asumir como jefe del equipo de abogados del Ministerio del Interior o como asesor jurídico directo del Presidente de la República.

El jurista insistió en que no ha asumido ni le han ofrecido cargo alguno en el gobierno. Sobre una consulta acerca de si es partidario o no que la Junta de Gobierno dirima la contienda de competencia o si prefiere una ley interpretativa, Pablo Rodríguez dijo que lo interesante es que los tribunales reconozcan las atribuciones que las normas constitucionales confieren al Poder Legislativo y no se arroguen atribuciones que en

definitiva arrastran al país a conflictos de poderes.



Nacional
de Chile

Lógica Política

7-2-84

Señor Director:

En los últimos años y en innumerables artículos, entrevistas, charlas, conferencias y publicaciones, don Pablo Rodríguez Grez, dirigente del M.A.N., ha atacado insistentemente a dos grupos que han colaborado con el actual gobierno. El señor Rodríguez les atribuye a los gremialistas y a los chicago boy todos los males ocurridos o que puedan ocurrirle al país. Por otra parte, siempre ha sostenido que es leal y siente admiración por el general Pinochet.

He leído con sorpresa que don Pablo recientemente ha declarado que "el Presidente de la República es el primer gremialista y chicago boy del país".

Señor Director, de política no entiendo mucho, pero si la lógica no me falla, no encuentro fácil ser leal y admirador de alguien a quien creo el jefe directo de los causantes de tanto mal.

Roberto Troncoso P.

119

Lógica Política

Señor Director:

Me refiero a una carta aparecida en "El Mercurio" el día 7 de febrero en curso, en la cual don Roberto Troncoso me reprocha falta de lógica por mis ataques constantes a "chicago boys" y "gremialistas" y mis declaraciones paralelas de lealtad a la persona del Jefe del Estado. Pienso que estas observaciones merecen una explicación, ya que apuntan a un hecho aparentemente contradictorio pero veraz.

Efectivamente he sostenido, durante diez años, que la combinación "gremialistas"- "chicago boys" corresponde a una sola posición política, cuya finalidad última consiste, ni más ni menos, que en la reconstrucción del poder que la oligarquía criolla perdió —pienso que irremisiblemente— el año 1920. Del mismo modo, advertí, quizá si majaderamente, que esta fórmula económico-institucional no tendría éxito y arrastraría al país a una crisis política y social de impredecibles consecuencias.

Pensaba, equivocadamente es cierto, que tan pronto el Jefe del Estado comprendiera la magnitud del fracaso rectificaría profundamente la dirección del Gobierno, abandonando el proyecto adoptado en 1973.

Por desgracia, yo no estaba en la razón.

Lo ocurrido en 1983 revela que, no obstante el estruendoso fracaso del modelo económico y las consecuencias políticas que de éste se siguen, el Presidente ha persistido, con mayor énfasis que nunca, en mantener los lineamientos fundamentales del esquema ultraliberal. Así las cosas, mantener mi adhesión a él, implicaría una falta elemental de lógica política, convencido, como estoy, que no introducirá los correctivos que en este momento la inmensa mayoría del país reclama y que, hasta ayer, sólo demandaba una escasa minoría a la que se menospreció, incluso, motejándola con el apelativo de "gasfiteros".

Lamentablemente, todas nuestras aprensiones en el sentido de que no podía dilapidarse el capital político del régimen —que se expresaba en la adhesión ciudadana que suscitaba el Primer Mandatario— fueron desoídas. Aquel capital era el único instrumento que habría permitido la renovación del sistema político y la construcción de la verdadera unidad nacional.

De allí que, en el seno de la Comisión Política del Movimiento Acción Nacional

(MAN), haya abogado por una línea de independencia constructiva, lo cual no implica sumarse a la disidencia, o a la oposición o cooperar en tareas de obstruccionismo.

Mi lealtad se mantiene incólume con el régimen de las FF.AA. y de Orden. Ella deriva de la gratitud que les debemos por haber evitado que Chile cayera en manos del comunismo internacional y del hecho indiscutible de que los compromisos, solemnemente asumidos el 11 de septiembre de 1973, permanecen incumplidos, puesto que ni ha surgido la nueva institucionalidad que se ofreció ni se han superado los problemas de una economía destruida ayer por la ultrazquierda y hoy por la ultraderecha.

Pablo Rodríguez Grez



Movimiento
Acción Nacional
de Chile
MAR 2 1984
120

Lógica Política

Señor Director:

En los últimos años y en innumerables artículos, entrevistas, charlas, conferencias y publicaciones, don Pablo Rodríguez Grez, dirigente del M.A.N., ha atacado insistentemente a dos grupos que han colaborado con el actual gobierno. El señor Rodríguez les atribuye a los gremialistas y a los chicago boy todos los males ocurridos o que puedan ocurrirle al país. Por otra parte, siempre ha sostenido que es leal y siente admiración por el general Pinochet.

He leído con sorpresa que don Pablo recientemente ha declarado que "el Presidente de la República es el primer gremialista y chicago boy del país".

Señor Director, de política no entiendo mucho, pero si la lógica no me falla, no encuentro fácil ser leal y admirador de alguien a quien creo el jefe directo de los causantes de tanto mal.

Roberto Troncoso P.

121 7-2-84

PABLO RODRIGUEZ GREZ ESTUVO EN NUESTRA CIUDAD

Con la presencia en Talca del dirigente nacional del M. A. N. (Movimiento de Acción Nacional) Pablo Rodríguez Grez, se llevó a cabo una reunión preliminar el 27 del corriente con la asistencia de aproximadamente 60 personas, donde se constituyó el comité organizador del movimiento para la región, el que planificará un encuentro de todos los nacionalistas de la Región del Maule en el mes de marzo, para el cual desde ya están invitando a todos los que se sientan motivados por los principios e ideales del nacionalismo chileno.

Mañana 29-1-84

"Declaraciones de Pablo Rodríguez Son Personales"

- Comisión Política debe decidir si las apoya o si rechaza afirmaciones formuladas por el dirigente nacionalista, referidas al Presidente de la República.
- MAN nació para integrar a los nacionalistas y no para desquiciar esta corriente de pensamiento, señaló Cruz-Coke.

El dirigente del Movimiento de Acción Nacional (MAN), abogado Carlos Cruz-Coke Ossa, dijo ayer que las declaraciones formuladas por Pablo Rodríguez, según las cuales "el Presidente de la República es el primer gremialista y Chicago Boy del país", son "a título personal", y no representan el pensamiento de la totalidad de la Comisión Política de esa colectividad.

Cruz-Coke informó que el miércoles pasado, a las 19 horas, se reunió la Comisión Política del MAN, en la sede de la Corporación de Estudios Nacionales, para analizar tales afirmaciones. "En dicha oportunidad dijo Rubén Díaz, Gustavo Cuevas Farren, Renato Maino y yo, rechazamos dichas declaraciones, recordando que estatutariamente los directivos del Movimiento no pueden hacer declaraciones a título personal, sin que ellas hayan sido aprobadas por la Comisión Política".

Indicó que la reunión del miércoles pasado quedó pendiente para ayer, oportunidad en la cual se continuó debatiendo el punto, para "catalizar definitivamente el problema y ver si la Comisión Política está de acuerdo en apoyar las declaraciones de Pablo Rodríguez y, por lo tanto, transformar el Movimiento en una entidad de oposición, o si se acepta la posición nuestra, que es de solidaridad en estos momentos difíciles para con el Gobierno". Una declaración sobre los resultados de esta reunión se entregará hoy.

Expresó que "nuestra postura no es de un entreguismo irreflexivo, sino una posición de natural lealtad con un Gobierno que se inspira en similares principios a los que dieron forma al Movimiento".

Cruz-Coke fundamentó sus declaraciones con una nota en la que señala que "El Movimiento de Acción Nacional (MAN) fue fundado el 15 de octubre de 1983, con objetivos bien precisos que compartimos y seguimos compartiendo: 1.— Unir al nacionalismo chileno; 2.— Sentar las bases de una ideología nacionalista que trascendiera más allá del Gobierno de las Fuerzas Armadas; 3.— Presentar a Chile una alternativa política capaz de llenar un vacío que superara las cúpulas políticas partidistas; 4.— Constituir un factor de integración en la vida política

nacional, hoy absolutamente desintegrada; y, 5.— Otorgar a chilenos y chilenas que apoyan al régimen de las Fuerzas Armadas, un canal de expresión mediante un mandato de lealtad hacia el actual régimen político".

Añade que "ninguno de estos propósitos se ha cumplido. Al contrario, hemos pasado a ser una cúpula partidista más, con el agravante de que nuestra acción -que debió ser integradora- se ha transformado en desquiciadora, al extremo de que mediante ataques continuos y sostenidos al Supremo Gobierno, prácticamente han colocado al Movimiento en una línea de oposición implacable al régimen militar. Incluso, un personero del Comité Ejecutivo ha llegado hasta la injuria en contra del Jefe del Estado, en varias oportunidades, por la prensa".

Indica luego que "independiente de la crítica de que puede ser objeto la política económica y social del Supremo Gobierno, precisamente ahora que atraviesa por momentos difíciles, es cuando más requiere del apoyo de todos los chilenos y chilenas de buena fe y especialmente, de aquellos que tenemos un compromiso de gratitud con las Fuerzas Armadas, que nos salvaron de la dictadura marxista y han construido una nueva institucionalidad, en la que creemos y seguiremos creyendo".

Expresa que "por otra parte, al constituirse el Movimiento, partimos de bases precisas, en orden a que toda expresión de política contingente emanaría sólo del Comité Ejecutivo y de su Comisión Política. Se ha hecho caso omiso a esta norma y en innumerables oportunidades, dirigentes han opinado públicamente lo que les place, comprometiendo gravemente la disciplina interna, y poniendo en jaque nuestra identidad política y doctrinaria".

Finalmente señala que "por consiguiente, no obstante nuestros esfuerzos por hacer imperar la cordura, incluso en lo contingente, ellos se han estrellado con actitudes contumaces, donde la pasión ha abierto paso a términos tales, que se le están entregando a la oposición todos los elementos necesarios para debilitar y acaso destruir al régimen militar".

¿La democracia en Chile será en el futuro un mito?

Por Carlos Castro Suritain



No cabe duda que nuestros políticos han perdido en los últimos años el "training". No se explica de otro modo que no hayan salido en defensa de nuestra larga "tradición democrática" que se empeñan en exaltar. Don Pablo Rodríguez Grez, que durante varios años figuró entre los columnistas de este diario, ha demostrado que históricamente la democracia no fue más que un espejismo, utilizado por una aristocracia todopoderosa en el pasado remoto y por una oligarquía plutocrática en el pasado reciente. Comparto su afirmación en el sentido de que el país marchaba hacia la democracia y que en esa dirección caminamos a paso forzado hasta 1964. Es un hecho indiscutible que desde 1833 hasta promediar el siglo XX, se fue incorporando al sistema político chileno una masa cada vez más voluminosa, y que de la sociedad provinciana pasamos súbitamente a la sociedad moderna, tan hondamente influida por la tecnología deshumanizante. Es también indiscutible que la generación dirigente, que gravitó en la vida política del país, se habituó a convivir con el comunismo y a tolerarlo como una manifestación más de las tendencias democráticas. Por desgracia se olvida que, como consecuencia de la Segunda Guerra mundial y de la alianza entre Estados Unidos, Gran Bretaña y la Unión Soviética, el marxismo internacional atenuó sus tácticas revolucionarias -se aburguesó, diría un camarada- para dar mayor

consistencia a la lucha contra el naciismo que, hasta 1945, constituía el peligro más relevante para capitalistas y socialistas. De allí que el Frente Popular -organizado desde Moscú- no conformara un peligro para la legalidad democrática y que los excesos que en 1938 -luego de la victoria electoral de don Pedro Aguirre Cerda- se pronosticaban, no llegaran jamás a consumarse. Pero el comunismo cambió de táctica. La guerra fría lo hizo volver a sus estrategias revolucionarias y, a partir de entonces, se transforma en un peligro latente y omnipresente para todas las democracias occidentales.

Es aquí donde el libro sobre el Mito de la Democracia en Chile pone su acento. El sistema democrático, tal como lo concebimos históricamente, no funciona entre nosotros, o, lo que es más grave, está condenado a perecer tal como sucedió en 1973. El señor Rodríguez Grez dedica todo un capítulo a analizar el tránsito entre la autocracia consagrada por Portales y su generación y la democracia formal (De la democracia selectiva a la democracia de masas), para concluir que los escollos que surgen en este proceso son insuperables.

Se trata de una tesis bien afincada en hechos históricos irrefutables, que conocemos a través de nuestros estudios o de la experiencia personal.

¿Qué ocurre con tanto político que día a día pontifica sobre la democracia? ¿Por qué no han salido al encuentro de esta tesis para refutar sus fundamentos? Hacer política no consiste en divagar sobre superficialidades o hechos contingentes. Hay que penetrar en las profundidades de la historia y sacar conclusiones. Nada de eso ha ocurrido y, me temo, ocurrirá en este caso.

PABLO RODRIGUEZ GREZ EL MITO DE LA DEMOCRACIA EN CHILE

TOMO I

1833-1973

DE LA AUTOCRACIA
A LA DEMOCRACIA FORMAL

Tampoco he visto a ningún "politólogo" democrático y cristiano salir en defensa del gobierno de Eduardo Frei o refutar los argumentos que se esgrimen para demostrar su responsabilidad en el advenimiento del Gobierno marxista. ¿O es que no tienen argumentos?

Así las cosas, parece que efectivamente la democracia en Chile fue un mito y, lo que resulta todavía más desalentador, es que seguirá siéndolo en el futuro.

Polémico libro lanzó el abogado Pablo Rodríguez

En un acto celebrado en un céntrico hotel de Santiago, fue presentado el libro del abogado y profesor universitario Pablo Rodríguez Grez "El mito de la democracia en Chile". La ceremonia fue patrocinada por la Corporación de Estudios Nacionales, cuyo presidente Carlos Castro Sauritain presentó la obra.

A continuación, el autor hizo uso de la palabra para referirse al contenido de su libro. Manifestó que "éste tiene por objeto demostrar que en Chile jamás ha existido un régimen democrático, de acuerdo al concepto verdadero del vocablo". Añadió que la definición de democracia que postula puede que sea controvertida, pero que a su juicio ella representa una visión científica de la misma.

Refiriéndose al plan de su obra, Rodríguez señaló que en ella se analizan los diferentes gobiernos nacionales, a partir de la primera Constitución de 1833 hasta el Pronunciamiento Militar de 1973.

En ella se pasa revista al surgimiento de la partitocracia. Se examinan la aparición del comunismo y los mecanismo que éste utiliza para adueñarse del poder, lo que culmina con el advenimiento de Salvador Allende a la Presidencia de la República. Se recuerda cómo éste asumió el poder tras haber firmado con la Democracia Cristiana el Estatuto de Garantías Constitucionales, ley que Allende calificaría posteriormente como recurso estratégico, desatando una anarquía que culminó con el clamor nacional exigiendo la intervención de las FF.AA.

El libro presentado en esta ocasión es el primer tomo de una obra más amplia que abarca otros dos: "La opción nacionalista" y "El gobierno militar".



Pablo Rodríguez aparece firmando los primeros ejemplares de su libro "El mito de la democracia en Chile", luego del lanzamiento de su polémico libro. A su lado aparece Lucía Pinochet Hiriart, presidenta de la Fundación Nacional de la Cultura.

15-9-81



16-2-81



Archivo
Nacional
de Chile

2^a 27-11-85

Libro de Pablo Rodríguez

Señor Director:

Soy un lector regular de "La Segunda", la que leo día a día durante la semana. Me ha extrañado mucho el no haber encontrado una sola línea en los últimos meses sobre el libro de don Pablo Rodríguez Grez "El Mito de la Democracia en Chile", que ha figurado entre los más leídos en el país. No me explico por qué razón las columnas del prestigioso diario que Ud. dirige se refiere frecuentemente a las actividades del señor Rodríguez, ya sea por su afición a la pintura chilena, sus visitas al Palacio de La Moneda o las posibilidades de que ocupe un alto cargo público. Pero, cuando escribe un libro de indudable importancia en el medio político, se omite toda referencia al mismo.

¿Debo pensar que existe animadversión en su contra? ¿O se trata de una involuntaria omisión?

Carnet N° 7.416.098—0

N. de la R.: Ni lo uno ni lo otro. Solicitamos en su momento una entrevista al autor, la que no pudo concretarse por falta de respuesta a nuestra solicitud.

126

El Mito de la Democracia en Chile

1883-1973

El Mito de la Democracia en Chile. Tomo I 1883-1973. De la Autocracia a la Democracia Formal (Ediciones Eves, 318 págs.). Su autor no precisa de presentación, se le reconoce como profesor de mérito en la cátedra universitaria y uno de los más destacados en su profesión: la de abogado. Tres libros a su haber, dos de índole jurídica y el tercero incursiona derechamente en la política. Siguiendo esa perspectiva, lo hace ahora en el ámbito de la reflexión histórica, con una tesis que patentiza el título del libro en toda su connotación semántica: la ausencia de un régimen auténticamente democrático en nuestro particular desarrollo institucional.

Para fundamentar lo anterior recurre en su discurso a nuestros más esclarecidos estudiosos del tema, Francisco Encina, Alberto Edwards, Julio Heise, Bernardino Bravo, Gonzalo Vial, Fernando Silva, entre otros, como asimismo a fuentes directas.

Notable por su fuerza resulta la reproducción de aquel relato autobiográfico que escribiera en 1885 el Presidente Santa María, y en el cual éste expresa: "Entregar las urnas al rotaje y a la canalla, a las pasiones insanas de los partidos, con el sufragio universal encima, es el suicidio del gobernante, y yo no me suicidaré por una quimera..."

Antes de entrar de lleno al segundo capítulo, que dedica al análisis del desenvolvimiento institucional republicano y que el autor nos ofrece en cinco etapas, denominadas a) período del "gran elector" (1833-1874); b) período del "gran interventor" (1874-1891); c) período parlamentario. Caudillismo y cohecho (1891-1925); d) período de asentamiento institucional (1925-1932); y e) período democrático formal. Demagogia, Politiquería, Internacionalización e Infiltración marxista (1932-1973), estudia previamente la democracia, su concepto, elementos y presupuestos que la condicionan. Descarta allí la posibilidad de constituirla en una filosofía de vida a la manera mariteniana, centrándola en lo que es: un método político sin más, un instrumento, pero "en todo caso el que más se aproxima al ideal de libertad a que aspira la filosofía cristiana de Occidente".

Seguidamente, pasa a estudiar aquellos factores que a su juicio explican y determinan la evolución que ha experimentado el ya referido sistema institucional, enumerando entre ellos la aparición de los

partidos de clase, la masificación del electorado, la irrupción de los medios de comunicación, la demagogia, etcétera.

Notables son las páginas que dedica al fenómeno del partidismo, enfermedad más peligrosa y frecuente de la democracia formal, que consiste "en la exacerbación del espíritu partidista". Siguiendo los escritos que sobre el particular publicase Eduardo Frei, hace claridad en que dicha enfermedad lejos de erradicarse, se fue intensificando con el correr del tiempo, pese a la clara percepción que de ella tuvieron algunos de nuestros más recientes gobernantes.

A su tiempo, cuando la política se convierte en una pugna constante de intereses de clases, surge, según Rodríguez, la demagogia como estilo y táctica electoral, meta esta última que, como se demuestra, es explotada por todos los partidos, "formándose así un pueblo amargado, desesperado y lleno de resentimientos", producto, nos dice, de "esperanzas incumplidas que finalmente terminan por sepultar la credibilidad de los chilenos". Por otra parte, el veleidoso comportamiento de nuestro electorado entre 1946 y 1970, que eligió cinco gobiernos de signos ideológicos contrapuestos, encuentra bajo su dominio su más certera explicación.

Nos sumerge posteriormente el autor en los programas de dos movimientos con los cuales termina el ciclo que llama democrático formal



o demoliberal; el de la democracia cristiana y el de la unidad popular, a los que, siguiendo a don Mario Góngora, califica de planificaciones globales fracasadas, escurtando sus objetivos centrales y las razones de sus respectivas caídas.

Cierra esta obra un epílogo en el cual Rodríguez nos entrega sus conclusiones más relevantes: la ausencia en Chile de un régimen auténticamente democrático, la imposibilidad de alcanzarlo en el contexto de la democracia liberal, el rompimiento de nuestra unidad nacional como subproducto del sistema político, en fin, la necesidad urgente de reconstruir el alma nacional. Para vivificar esta última, ofrece un camino en un futuro segundo tomo, que llamará "La Opción Nacionalista": "la tarea más urgente del ciclo histórico que nos ha correspondido vivir".

En suma, estimamos que el análisis crítico que Pablo Rodríguez somete a la consideración de sus lectores corre a la par en dos vertientes: la institucional y la humana. La primera, en cuanto es evidente que nuestra institución jurídico-política no sólo hace crisis en 1973, sino que al restaurarla bajo un mismo enfoque se está reeditando un error histórico, y, la segunda, en cuanto a que mientras el animal político nuestro no experimente una verdadera catarsis en sus hábitos y conductas, la irracionalidad seguirá presidiendo su comportamiento.

Pedro Ortúzar Meza

24-9-85 127

Pablo Rodríguez sostiene que la democracia ha sido un mito

● En libro de reciente aparición, el conocido abogado realiza un análisis acucioso que lo lleva a sostener que entre 1833 y 1973 jamás hubo un real régimen democrático.

Su interés de demostrar que en Chile, entre los años 1833 y 1973, jamás hubo un real régimen democrático, movió al abogado y profesional universitario Pablo Rodríguez a desarrollar un profundo análisis sobre el tema "El Mito de la Democracia en Chile", libro de reciente aparición.

La obra, destinada a convertirse en un texto polémico, por el gran acopio de hechos y antecedentes que desnuda a partidos, movimientos o "personajes", analiza las diversas etapas de la historia política chilena.

Desde el Gobierno autocrático de Prieto y su ministro Portales, para seguir con Bulnes, Montt, Pérez, Errázuriz, Pinto, Santa María, Balmaceda y la Revolución del 91, hasta el giro político que llevó a La Moneda a Arturo Alessandri y los convulsionados días de Marmaduque Grove; el golpe que derrocó a Ibáñez y el breve Gobierno de Juan Esteban Montero.

Se cuentan el debilitamiento de la derecha política y el surgimiento de la partitocracia; el nacimiento de los partidos políticos de clase y el comienzo de los gobiernos "mediocráticos". La aparición del comunismo, y cómo éste usa y abusa de todos los frentes para adueñarse del poder, lo que culmina con el advenimiento del socialista Salvador Allende en su cuarta postulación a la Presidencia de la República. Se recuerda cómo éste asumió el poder tras haber firmado con la Democracia Cristiana el "Estatuto de Garantías Constitucionales", ley que Allende calificaria, posteriormente, como recurso estratégico.

Al respecto, el autor profundiza en esos momentos difíciles y decisivos para el país. Recuerda, por ejemplo, la intervención de don Jorge Alessandri, de quien señala textualmente: "El último paso lo dio, paradójicamente, el propio Jorge Alessandri, quien antes del Congreso Pleno llamó a votar por Allende, a quien calificó como un "demócrata". Así se esfumó —dice el autor— toda posibilidad de resistir la caída de Chile en manos de una combinación marxista. Lo que sucedió después —agrega— nos lo teníamos bien ganado".

Pablo Rodríguez, además, entrega detalles insospechados de diversos gobiernos, el mito de algunas "relevantes" figuras políticas y los veleidosos cambios del electorado que, sucesivamente, llevaron a la Primera Magistratura a Pedro Aguirre Cerda, Juan Antonio Ríos, González Videla, Ibáñez —reelegido—, Jorge Alessandri y Eduardo Frei.

Asimismo, lo que fuera el "Tancazo" del año 1969, los asesinatos de Pérez Zujovic y del general Schneider, y el "Tancazo" del 29 de junio de 1973.

Cada una de estas situaciones las desarrolla acuciosamente, producto de una investigación histórica llevada al papel en forma amena y reveladora.

LUN 18-9-88

Polémica por libro de Pablo Rodríguez

Una intensa polémica se ha formado después de la aparición del libro *El Mito de la Democracia en Chile*, cuyo autor es el abogado Pablo Rodríguez Grez. Al mismo tiempo, se ha transformado en éxito de librería.

Por encontrarlo de sumo interés damos a conocer la carta enviada a nuestro diario por Enrique Valenzuela:

"Don Ulises Guerra, en un comentario, sobre el libro *"El Mito de la democracia en Chile"*, de don Pablo Rodríguez Grez, sostiene que el autor imputa injustamente la responsabilidad de que Chile haya transitado hacia el marxismo al Partido Demócrata Cristiano. Afirma que, a su juicio, ello fue consecuencia del espíritu de la época y de la influencia que ejerció, sobre la generación de los años sesenta, la revolución cubana de Fidel Castro.

Discrepo profundamente de esta apreciación. La Democracia Cristiana y concretamente la candidatura presidencial de Eduardo Frei en 1964, se planteó como alternativa frente al marxismo. Ofreció al país evitar el ascenso al poder del Partido Comunista siguiendo el programa de la Democracia Cristiana, el mismo que se insistía no podía transarse "ni por un millón de votos". Pienso que el país en 1964, como lo sostiene el señor Rodríguez en su libro, no votó por Frei sino, mayoritariamente, contra Allende. Creer lo contrario llevó a la Democracia Cristiana a la posición mesiánica que incluso hoy día reconocen con honestidad sus principales líderes.

El estudio de don Pablo Rodríguez señala cuatro errores medulares de la administración de Frei y demuestra que ellos llevaron al país a escoger la alternativa marxista que, en 1964, había sido rechazada por mayoría aplastante.

El error político, que aisló al partido de gobierno y profundizó las diferencias entre la centro-derecha y la Democracia Cristiana. El error económico, que significó "la chilenización del cobre", que el mismo gobierno transformó a poco andar en una "nacionalización pactada", para votar, al cabo de dos años, en el Congreso Pleno, el proyecto

de Allende que impuso la "nacionalización forzada"; y la "reforma agraria" que permitió el empobrecimiento de la agricultura y la agitación campesina por activistas del extremismo marxista. El error social, que comenzó por organizar cuerpos intermedios a través de la "promoción popular", que luego fueron controlados con facilidad por el Partido Comunista y sus compañeros de ruta. Finalmente, el error institucional, que culminó con la crisis en las Fuerzas Armadas, en los Tribunales de Justicia, en la Iglesia, en la universidad y en el propio partido de gobierno.

El señor Rodríguez no inventa nada. Recopila hechos porfiados e inmovibles que todos los chilenos deberían pesar para no volver a incurrir en los mismos errores. Lo históricamente indesmentible es que habiendo surgido la candidatura de Frei como alternativa frente al marxismo, fue ese Presidente y no otro el que debió terciar la banda presidencial en el pecho de un marxista.

Es cierto que el ambiente que existía en 1964 adelante estaba infectado por el comunismo y la revolución cubana. Pero también es cierto que la Democracia Cristiana creció electoralmente para combatir ese ambiente e hizo creer a los chilenos que serían capaces de dominarlo. Falló entonces en su raíz y el país debe medir esta consecuencia ahora, antes de que volvamos a recorrer el mismo camino.

He leído *"El Mito de la Democracia en Chile"* y pienso que la amena relación de hechos que en él se hace sirve para formar una idea precisa de lo que ha sido el proceso político en Chile. Algo debería decirnos la comprobación de que en Chile han fracasado sucesivamente la derecha, el centro y la izquierda. ¿No será que la falla está en los chilenos? 129



Archivo
Nacional
de Chile

Sobre la democracia en Chile

Ulises Guerra



27-10-81

Con el título de "El mito de la democracia en Chile", Pablo Rodríguez Grez, ex columnista de LA TERCERA, ha dado a conocer su pensamiento histórico-político. Para quienes siguieron sus artículos durante varios años, el autor no hace más que ratificar su pensamiento. En efecto, para el señor Rodríguez no ha existido "democracia" en Chile, ya que no tuvo este sello el sistema implantado en la Constitución de 1833 que rigió hasta 1925, ni tampoco a partir de entonces, bajo la nueva Constitución.

Hasta 1920 el Gobierno de la República fue dominado absolutamente por la aristocracia castellano-vasca que, con el correr del tiempo, como lo reconoce el autor, devino en una oligarquía terrateniente y minera. En este período, sea por una espontánea sumisión popular, sea por el poder del dinero o por otros factores, el pueblo no tuvo participación alguna y vivió al margen del sistema político. Pero desde la elección presidencial que llevó a La Moneda a don Arturo Alessandri Palma, el sistema comenzó a evolucionar a través de una lenta pero progresiva incorporación de las masas a la actividad política y la dirección de la vida pública. Primero fue la clase media que llegó al Gobierno con la figura imborrable de don Pedro Aguirre Cerda, Juan Antonio Ríos, Gabriel González Videla, Carlos Ibáñez del Campo y Eduardo Frei. El Gobierno de Jorge Alessandri, por sólo un sexenio, hizo volver al poder a los restos de una oligarquía desgastada, asimilada a la nueva realidad política, cuyas estructuras sociales ya no dominaba y que solamente fue capaz de administrar el Estado. Pero si el país fue evolucionando y aproximándose cada vez más al ideal democrático -no siempre bien definido ni comprendido- a partir de 1970, por la influencia del marxismo internacional, retrocede a una situación crítica

que termina por destruir las bases de la convivencia en un empeño, felizmente frustrado, por transformar a Chile en un Estado comunista al estilo cubano.

El autor gasta demasiados esfuerzos en demostrar que la Democracia Cristiana abrió camino al comunismo, sin reparar que la influencia internacional y propagandística de la revolución cubana caló muy hondo en la juventud de los años sesenta y que ella se infiltró en el pensamiento cristiano, desviándolo en función de una concepción ideológica que es ajena al ideario social de la Iglesia.

Creemos que con o sin el Gobierno de Frei el comunismo habría avanzado del mismo modo. La culpa no fue de la Democracia Cristiana sino de la atmósfera que entonces reinaba en Chile y en el resto de América, cosa que, por lo demás, el autor acepta en su libro.

En lo que sí estamos de acuerdo es en el enfoque sobre el Gobierno de la Unidad Popular y, muy particularmente, en la descripción de la estrategia aplicada que pudo llevar al país a la guerra civil o la desintegración de sus instituciones. En esta materia hay que reconocer que Pablo Rodríguez es consecuente cuando declara su gratitud a las Fuerzas Armadas por habernos liberado de este peligro, no obstante los años transcurridos desde el pronunciamiento militar.

El autor señala, tajantemente, que nuestro país no podrá construir la democracia con el "instrumental" consagrado en la Constitución de 1980. Ha dejado para una nueva oportunidad la descripción de lo que llama la opción nacionalista. Podemos estar en lo medular de acuerdo con su obra, pero deberemos esperar el próximo volumen para comprobar si estamos también de acuerdo con la receta. El diagnóstico es importante, pero más importante es el tratamiento.

Lo culpó de fraguar la caída del general Pinochet

Polémica por imputación de Pablo Rodríguez a EE.UU.

Diversas reacciones provocaron ayer entre dirigentes de corrientes de opinión las declaraciones formuladas por el abogado Pablo Rodríguez por medio de las cuales acusa al Departamento de Estado norteamericano de estar fraguando la caída del gobierno del Presidente Pinochet, impulsando el llamado "Acuerdo Nacional" suscrito por sectores de oposición al régimen.

NO ES EFECTIVO

Uno de los personeros entrevistados por LA TERCERA fue el ex presidente del Movimiento Liberal Pedro Esquivel, quien manifestó al respecto: "No es efectivo lo que el señor Rodríguez afirma, por cuanto a los contactos que yo he tenido en representación del Movimiento Liberal en la embajada norteamericana, lo único que ha trasuntado es la unánime opinión del Departamento de Estado; es que el problema de la salida de Chile de la actual situación, es un problema que sólo atañe a los chilenos."

"También significa que el Departamento de Estado sí que ha tenido una preocu-

pación por la situación que estamos viviendo, pero en ningún caso ha tenido intervención de ninguna especie y eso me consta personalmente. Tampoco acepto las opiniones de Rodríguez, por cuanto significa que nos descalifica a todos aquellos que, de alguna manera, estamos interviniendo en este problema, por cuanto poco menos que a los dirigentes políticos nos declara incapaces de buscar las soluciones adecuadas".

SALIDA AIROSA

Por su parte, el secretario general de la Unión Radical, Leopoldo Brull, dijo: "De la sola lectura del Acuerdo Nacional y de lo que han venido planteando los firmantes de él,

se desprende que está buscando el tránsito hacia la democracia plena en forma pacífica por la vía de un diálogo, que tendrá que ser necesariamente con las FF.AA. Aquí nadie pretende derrocar a nadie y no hay injerencia alguna del Departamento de Estado de los Estados Unidos".

CONSULTAS

Utra reacción pertenece al vicepresidente de la Socialdemocracia, Arturo Venegas, quien viajó a Estados Unidos en septiembre atendiendo una invitación del Departamento de Estado. "Efectivamente -dice- estuve en Washington invitado por el Departamento de Estado, como también lo estuvo el Subsecretario del Interior, Alberto Cardemil. Y en lo que a mí respecta, jamás escuché en el Departamento ninguna de las apreciaciones que se le imputan por parte del señor Rodríguez. Además, si las hubiera escuchado las habría rechazado absolutamente."

"Lo único que escuché fueron consultas acerca de la actividad general de Chile y en ningún caso opiniones del Departamento de Estado, ni mucho menos instrucciones. Por otra parte, el Acuerdo Nacional no se elaboró con el objetivo que indica el señor Rodríguez, sino que con el propósito de buscar un entendimiento con el Gobierno chileno para lograr un retorno pacífico y convenido a la democracia con las FF.AA."

TORPEZA

Sobre el mismo tópico, Fernando Ochagavía, miembro de la Comisión Política del Partido Nacional, expresó: "Yo creo que el Acuerdo Nacional está absolutamente por encima de las opiniones que puedan tener otros gobiernos democráticos del mundo occidental. Un Acuerdo que abarca desde la izquierda democrática a la derecha democrática y que excluye al PC y al MDP, es un mentís a los grupos que aparecen en una actitud inmovilista absolutamente ajena a la aspiración de los chilenos que quieren una vía que permita volver a la democracia en términos de que no entremos a un proceso de quebrantos ni de anarquía".

En cuanto a la acusación en el sentido de que el Acuerdo es impulsado por el Departamento de Estado, dijo que lo consideraba "una torpeza por el Departamento de Estado; mirado desde un punto de vista geopolítico, le interesa que en Chile no se viva un proceso de anarquía".

ANTECEDENTES

Por su parte, Adolfo Santibáñez, miembro de la Comisión Política de los Talleres Socialistas, manifestó su opinión de esta manera: "No es primera vez en la historia que los EE.UU. intervienen en los procesos internos políticos de otros países. En Chile hay antecedentes que nacen de la propia investigación hecha por el Senado norteamericano y que reflejan la intervención que ese país tuvo durante el gobierno de Allende."

"En cuanto a que el Acuerdo Nacional está impulsado por el Departamento de



Raúl Orrego: "La calidad moral y política de Pablo Rodríguez me hacen creer que es cierta la denuncia que él está haciendo".



Pedro Esquivel: "No es efectivo lo que el señor Rodríguez afirma".

Embajada norteamericana no hace comentarios

Sin comentarios recibió ayer la embajada de Estados Unidos recientes declaraciones del abogado Pablo Rodríguez, en las cuales reiteró su convencimiento de que hay planes en el Departamento de Estado para derrocar al gobierno del Presidente Augusto Pinochet, a través del Acuerdo Nacional para la transición a una plena democracia.

Consultado el Departamento de Prensa de la misión diplomática, se indicó que no habría comentarios fuera de los formulados el martes último por el encargado de negocios, George Jones.

Ese día y tras una reunión con el Canciller Jaime del Valle, Jones aseguró que el Departamento de Estado "no tuvo absolutamente nada que ver" con ese Acuerdo Nacional.

"En el Acuerdo, dijo, no tuvimos nada que ver. El acuerdo es algo netamente chileno y nosotros hemos expresado sólo nuestra opinión, pero no tenemos nada que ver con su iniciación ni con su redacción".

En esa oportunidad se le dijo que el abogado Pablo Rodríguez había señalado en una entrevista que el acuerdo se había gestado en Washington, a lo que él contestó:

"Todo el mundo tiene su punto de vista político, y hay una gran tentación de decir lo que uno cree que va a pasar, que su punto de vista va a ser el más creíble o más aceptado".

Dice Rodríguez

"Acusación está basada en hechos públicos, ciertos e indesmentibles"

Ante las reacciones contrarias a sus apreciaciones por parte de dirigentes políticos, el abogado Pablo Rodríguez ratificó a LA TERCERA sus conceptos vertidos en torno a manipulaciones del Departamento de Estado norteamericano, para desestabilizar el Gobierno del Presidente Pinochet, a través de las acciones de los firmantes del Acuerdo Nacional, señalando lo siguiente:

"He formulado una acusación basada en hechos ciertos, públicos e indesmentibles. No basta con afirmar algo sino que debe probarse; por lo mismo, emplazo a los suscriptores del Acuerdo Nacional a que nieguen si en enero pasado no se reunieron con el Subsecretario de Estado para Asuntos Latinoamericanos en Santiago de Chile y bajo el patrocinio de la Embajada norteamericana, para conversar la posibilidad de crear un bloque opositor de centro, no marxista, moderado, que diera seguridad a los Estados Unidos, de que Chile no transitaría al comunismo si terminaba el Gobierno militar."

"Los emplazo, igualmente, a que digan si no es verdad la noticia traída por el cable, de



Pablo Rodríguez emplazó a los firmantes del Acuerdo.

que, suscrito el Acuerdo, se constituyó un representante de cada partido en el Departamento de Estado dando cuenta del Acuerdo y, finalmente, para que digan si los discursos en el Senado norteamericano de Edward Kennedy llaman o no a ejercer presiones sobre Chile para el derrocamiento del Gobierno militar.

"Mis acusaciones están fundadas en hechos concretos; no son meras opiniones ni apreciaciones infundadas".

Estado, no tengo constancia, pero sí hay elementos claves que determinan que la voluntad política del Gobierno de Estados Unidos es que en Chile se produzcan avances concretos dentro de una evolución pacífica hacia la democracia, así lo demuestra el acuerdo del Senado y de la Cámara de Representantes. No creo que el Gobierno de EE.UU. pretenda derrocar al Presidente de Chile".

"MUY GRAVE"

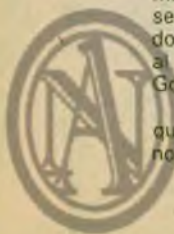
Mientras tanto, el dirigente sindical y cooperativista Raúl Orrego califica la denuncia de Pablo Rodríguez como de "muy grave", y al respecto dice: "La calidad moral y política de Pablo Rodríguez me hacen creer que es cierta la denuncia que él está haciendo

"Por otra parte, al parecer, estos políticos liberales que conforman el Departamento de Estado desconocen que en Chile el pueblo chileno en 1980 aprobó una Constitución por la inmensa mayoría ciudadana, en la cual se establecen claramente los plazos para llegar a una institucionalidad democrática. Si es verdadera esta confabulación para derrocar a un gobierno legítimamente constituido, es un nuevo error histórico, como los que han cometido no tan sólo en países de América Latina, sino que también de Asia y África".

INTERPRETACIONES

Ricardo Lagos, socialista y vicepresidente de la Alianza Democrática, opinó sobre las palabras del abogado Rodríguez lo siguiente:

"En primer lugar, no me preocupa comentar lo que diga don Pablo Rodríguez. Creo que la política debe realizarse a otro nivel. Y respecto de las interpretaciones del Departamento de Estado en su nueva política hacia Chile, tal vez el señor Rodríguez se esté refiriendo a 1973, época que él conoce perfectamente bien, y que la opinión pública recuerda especialmente a aquellos que tuvieron actitudes tan profundamente antidemocráticas".



¿Hubo Democracia en Chile?

Por Bernardino Bravo Lira

No deja de ser arriesgado hablar de democracia hoy en Chile. Los ánimos están caldeados. Así lo muestra la polémica que desató recientemente el libro de Juan Antonio Widow, *El hombre, animal político* (Santiago, 1984). Dentro de la rica temática de esta obra doctrinal, sólo dio lugar a controversia lo referente a la democracia. Por eso, suena desafiante el título y la tesis del libro de Pablo Rodríguez, *El mito de la democracia en Chile* (vol. I, Santiago, 1985).

El autor es uno de esos demócratas que rechazan la democracia en las formas en que ha existido y existe históricamente y llaman a realizar otra democracia —ideal— a la que ellos llaman real. Para él nunca ha habido democracia en Chile: es un mito.

La tesis está fundamentada en una definición de la democracia —para saber de qué se habla— y en un análisis político de la evolución institucional de Chile desde 1833 hasta 1973.

Una Democracia Formal

Precisar el sentido de la palabra democracia no es empresa fácil. Para este término hay más de un centenar de definiciones. Pero no se puede prescindir de ello si se quiere abordar el tema con un mínimo de rigor intelectual.

Para el autor, la democracia es un medio, no un fin: "Rechazamos, por tanto, el intento de dar a la democracia el alcance de una filosofía o de elevarla al rango de un valor en sí mismo" (p. 23) como lo hace Maritain. En cambio, basado en Schumpeter, afirma que "la democracia no es más que un sistema político en el cual concurren tres elementos fundamentales: autoridades políticas legitimadas por la voluntad soberana del pueblo, Estado de Derecho y reconocimiento de los derechos primarios de la persona humana". Y recalca: "Lo demás es adjetivo, secundario, instrumental" (p. 23).

El segundo capítulo está dedicado a los cinco períodos que el autor distingue en la trayectoria institucional de Chile entre 1833 y 1973. Pero concentra su atención sobre el último, 1932-1973, cuyo análisis en los capítulos 3 y 4 constituye la parte central de la obra.

Admite que en esta etapa existió en Chile cierta forma de democracia: la democracia liberal, que él califica de formal. Su evolución es objeto de un minucioso análisis, destinado a mostrar cómo se pasa de una democracia selectiva a una democracia masificada. Aquí los partidos políticos tuvieron un papel a menudo decisivo. El período termina con lo que el autor, siguiendo a Silva Vargas y a Góngora, llama el fracaso de las planificaciones globales. De ellas se ocupa en el capítulo 4, dedicado al gobierno de la democracia cristiana y al de la Unidad Popular.

El examen es agudo, descarnado y, quizás, demasiado severo para con la democracia cristiana.

El Sexenio Demócratacristiano

Es cierto que Frei se presentó en la elección presidencial de 1964 como una alternativa frente al marxismo. También es cierto que terminó por entregar el poder precisamente al marxista Allende en 1970. Incluso, podría concebirse que eso revela su fracaso. Pero de ahí a reducir el gobierno demócratacristiano a la suma de cuatro grandes errores —político, social, económico e institucional— hay mucho trecho. En esta parte la exposición es un tanto unilateral, pero en ningún caso gratuita, porque se funda en los hechos.

Así, dice, por ejemplo: "pocos partidos han sido tan sectarios en el ejercicio del poder. Este defecto lo reconocen hasta el día de hoy sus principales personeros. Las palabras de Frei sobre (o mejor, contra) el partidismo fueron borradas como por encanto: El partido practicó el sectarismo y se hundió con él. Todos los funcionarios, todos los enfoques y planteamientos que no tuvieran el sello del grupo gobernante, estaban condenados anticipadamente al fracaso. Estos procedimientos en el juego democrático liberal son fatales" (p. 234). Pero esto no es exclusivo del Partido Demócrata Cristiano. La figura del presidente ejecutor de un programa partidista, que gobierna sólo con el partido o combinación de partidos que contribuyó a su elección fue encarnada sucesivamente por Frei y Allende, los dos últimos Jefes de Estado del período.

Es indudable que el Partido Demócrata Cristiano tuvo una gran responsabilidad en la entrega del poder a los marxistas encabezados por Allende. Pero la famosa *aclaración de intenciones*, anterior a la elección, fue obra de algunos altos dirigentes que actuaron a espaldas de la masa del partido y se impusieron a ella. Allende no llegó, pues, a la presidencia por una vía democrática, por votación popular, sino por una vía oligárquica, con los votos de los parlamentarios demócratacristianos, que obtuvo mediante una componenda entre cuatro altos dirigentes partidistas, según lo hemos mostrado en nuestro libro *Régimen de gobierno y partidos políticos en Chile 1924-1973* (Santiago 1978): "La suerte del régimen se decidió, pues, dentro del más puro estilo oligárquico por unos cuantos dirigentes de partido. En el seno de un círculo al cual únicamente ellos tenían acceso, demócratacristianos y marxistas dispusieron del mando supremo ni más ni menos como antaño pudo haberlo hecho la más selecta cábal política de la época parlamentaria" (p. 31).

Todo esto no tiene, por cierto, mucho de democrático.

El Trienio Marxista

El examen de los mil días de Allende es más breve, demasiado escueto. No es tanto un análisis como una crónica que refresca la memoria sobre lo que fue el trienio que terminó, como ha dicho Góngora, en "una guerra civil todavía no armada, pero catastrófica, análoga a los últimos días de la República Española antes de julio de 1936".

Comienza por la definición de la línea de gobierno a seguir: "Inmediatamente de asumido el gobierno, se presentó a la Unidad Popular una disyuntiva trascendental: el camino político (procurando la reforma de la Constitución para afianzar el socialismo) o el camino económico..." (p. 278). Luego describe la gestión económica, la reforma agraria, la nacionalización del cobre y los sucesivos conflictos por el área social de la economía, la vía armada y la escuela nacional unificada. Se echa de menos aquí una consideración del método de los resquicios legales y de la disociación de la legalidad a que alude el propio Allende en sus mensajes presidenciales al inaugurar cada período legislativo.

La dislocación de la legalidad viene de antes y llega a su punto máximo bajo Allende. Este quiebre se produce primero en el plano doctrinario. Con beata complacencia de "espíritus avanzados" se habla de *legalidad formal*, primero, de *legalidad sobrepasada*, después, para terminar en la *violencia institucionalizada* o violencia immanente al sistema, expresión que lanzara Francois Houtart desde una confortable cátedra en Lovaina. Como remedio se propone en Chile una

PABLO RODRIGUEZ GREZ EL MITO DE LA DEMOCRACIA EN CHILE

TOMO I

1833-1973

DE LA AUTOCRACIA A LA DEMOCRACIA FORMAL

revolución en libertad o una vía legal hacia el socialismo. En el hecho este auge de las ideologías corre parejas con un abandono de lo concreto, del esfuerzo constructivo y creador de nuevas soluciones: todo se reduce a cuestión de poder y de estructuras, cuando no de lucha de clases y conquistas del poder total. Se descalifica de antemano el reformismo y se propugna, en cambio, la revolución: una revolución ejecutada por él o los partidos que detentan el poder, conforme a los dictados de su ideología, desde el gobierno y con los medios del Estado.

Todo esto tampoco tiene mucho de democrático.

Los Partidos Políticos Chilenos en el Siglo XX

Un elemento clave en el período 1932-1973 son los partidos políticos. Además de las alusiones a lo largo de toda la obra, el autor les dedica casi completamente el capítulo 3.

Sostiene que durante el siglo XX "la identidad de cada partido con un segmento social se va acentuando a través del tiempo" (p. 166). No es este el lugar para examinar el punto, pero dista mucho de ser claro que los partidos políticos chilenos del siglo XX se convirtieran en partidos de clase. Antes bien, como hemos expuesto en diversos estudios, uno de los hechos más característicos del siglo XX es la decadencia

de los antiguos partidos parlamentarios —como fueron el conservador, liberal o radical— y el surgimiento de partidos extraparlamentarios, como fueron el comunista, la Falange Nacional y la democracia cristiana y el socialista. Estos partidos fueron ideológicos. Están fundados en una ideología y no en relaciones personales como los partidos parlamentarios que tienen un ideario, pero no una ideología. El autor desgraciadamente no distingue ambas cosas y considera ideario e ideología como sinónimos.

Precisamente porque se trata de partidos ideológicos su llegada al gobierno en 1964 da principio a la época de las grandes planificaciones globales.

Una vez en el poder, substituyen la búsqueda del bien común por la realización de los dictados de la propia ideología. De ahí que para ellos gobernar no sea una tarea por naturaleza común a todos, en la que cada cual participa según su propia condición y competencia, sino la oportunidad histórica de un partido para imponer a todos un programa trazado por sus dirigentes de acuerdo a la propia ideología. En consecuencia, como ejecutores del mismo, sólo admiten a quienes comparten su ideología y se subordinan a sus dirigentes. Esta es la raíz profunda de ese "sectarismo" de que habla el autor a propósito del partido demócrata cristiano, pero que también es propio —y en qué medida— de los partidos marxistas.

Lo cual tampoco tiene mucho de democrático.

Partidos Políticos y Régimen de Gobierno

Tal vez el mayor vacío de la obra que comentamos es precisamente el olvido de la relación que en todo momento existió en Chile entre partidos políticos y régimen de gobierno. Desde que surgen los partidos propiamente tales, en la segunda mitad del siglo XIX, las sucesivas etapas del régimen de gobierno corresponden a sucesivas formas del gobierno de partido. Así tenemos que entre 1861 y 1891 hay un gobierno de partido moderado por el presidente, entre 1891 y 1924 un gobierno de partido manejado por los dirigentes partidistas y entre 1933-1973 un gobierno de partido manejado conjuntamente por el presidente y los dirigentes partidistas. Dentro de este último pueden señalarse tres fases muy claras que el autor distingue pero no llega a caracterizar de modo convincente: el régimen se estabiliza entre 1933 y 1952 bajo el predominio de los partidos parlamentarios, entra en crisis a partir de 1952 con la decadencia de los partidos parlamentarios y se descompone entre 1964 y 1973 bajo el predominio de los partidos extraparlamentarios.

Así se desvanecieron los últimos elementos que en Chile mantenían en pie lo que el autor llama una democracia formal.

A la luz de lo anterior, la situación actual no es tan dramática. Hay que reconocer que, pese a lo que se dice, en Chile existe al presente casi unanimidad en cuanto a restaurar el gobierno de partido y un parlamento. Esto nadie lo discute, ni el gobierno ni la oposición, y está, a mayor abundamiento, contemplado en la Constitución. Las diferencias —muy profundas, por cierto, pero no insalvables— están en la forma y en el plazo en que ello debería realizarse.

Una obra como ésta contribuye a clarificar un debate que toca de cerca el futuro político de Chile.

* Bernardino Bravo Lira es profesor de la Universidad de Chile y miembro de número de la Academia Chilena de la Historia.



Pablo Rodríguez en el palacio presidencial

Pablo Rodríguez en La Moneda

Faltando 5 minutos para el mediodía, ingresó al Palacio de la Moneda el abogado Pablo Rodríguez Grez.

Rodríguez ingresó directamente al despacho presidencial, sin hacer declaraciones a la prensa. Su acceso se vió facilitada pues un funcionario le aguardaba a la entrada permitiendo su paso sin necesidad de sacar pasaporte.

58-2-85
32

Renuncia Pablo Rodríguez

El abogado Pablo Rodríguez confirmó esta mañana a "La Segunda" su renuncia al Movimiento de Acción Nacional.

Junto con confirmar la noticia de su alejamiento de este Movimiento, Pablo Rodríguez rehusó hacer mayores declaraciones a la prensa. Sólo señaló que los motivos eran "asuntos internos".

24 3-1-65 134

El mito de la democracia

Por Patricio Vildósola



Como se ha hablado tanto de la democracia en Chile, desearía dar mi opinión sobre un libro, que realmente refleja lo que significa la democracia en Chile y se titula "EL MITO DE LA DEMOCRACIA EN CHILE".

El peor mal para la adecuada evolución política es la tradicional mala memoria de los chilenos. Resulta casi increíble que, al cabo de doce años, un gran porcentaje de nuestros compatriotas haya olvidado las pesadumbres, los peligros y los odios que desató la Unidad Popular y su gobierno. Al promediar el año 1973 el país vivía un caos ingobernable. El Partido Comunista y sus aliados habían concebido maquiavélicamente un proyecto revolucionario que, junto con desatar el odio de clases, había destruido la agricultura, la industria, la banca, la actividad profesional, comercial, minera, etc. Para nadie era extraño que la única solución posible no la ofrecían los políticos tradicionales, incapaces de poner atajo a esta "tercera anarquía", sino las Fuerzas Armadas y de Orden que constituyen la reserva moral de la Patria.

Los dirigentes políticos por aquella época golpeaban desesperadamente la puerta de los cuarteles y afirmaban sin escrúpulos que los uniformados debían actuar para preservar la libertad y el imperio de la ley.

Allí está, por otra parte, la declaración formulada por la Cámara de Diputados, la Corte Suprema, la Contraloría General de la República, los colegios profesionales, los sindicatos y los gremios. Todos ellos, unánimemente, en su momento, reclamaban la intervención militar.

Pero ha transcurrido el tiempo y las cosas del pasado comienzan a olvidarse. Es una tarea patriótica rememorar estos hechos y, por sobre todo, iluminar el entendimiento de la juventud que no sufrió ni vivió aquella valiosa, pero desquiciadora experiencia.

El libro "EL MITO DE LA DEMOCRACIA EN CHILE" de Pablo Rodríguez Grez tiene ese mérito. Sistemáticamente analiza y actualiza el pasado histórico. Desde 1833 hasta 1973, a partir de lo que el autor llama "la autocracia" -fundada por el Ministro Portales- para culminar en "la democracia formal" -que se desplomó con Salvador Allende un 11 de Septiembre de 1973. No puede hacerse política sin conocer nuestra historia. Es absurdo seguir haciendo alarde de un "honroso pasado democrático" si, como demuestra el autor de este libro, jamás hemos vivido un régimen democrático, sólo una apariencia engañosa y formal. Es importante analizar, además, la evolución del sistema político y comprobar que el marxismo no llegó al poder por una simple casualidad histórica. El triunfo electoral de la Unidad Popular responde a una dirección que no escogió el pueblo sino directivas oligárquicas y estrategias políticas preparados en el extranjero y con recursos provenientes de Cuba, Alemania Oriental y la Unión Soviética.

Es infantil hablar de democracia y transformar este término en una panacea, cuando todos los elementos políticos han usado y abusado del dinero, la propaganda electoral, la influencia estatal, las conexiones extranjeras y hasta la fuerza bruta para imponerse sobre la verdadera voluntad popular.

9-2-86 135

~~Suñ 7-2-86~~



CONVOCATORIA.- El dirigente nacionalista Pablo Rodríguez, en la foto, dijo que convocaría a una gran asamblea de empleadores y trabajadores para modificar algunos aspectos del plan laboral. Respondió así a la posición del Comando Nacional de Trabajadores que dijo que el gobierno estaría empujando al movimiento sindical a la ilegalidad. El dirigente del MAN (Movimiento de Acción Nacional) añadió que "la legislación vigente hay que respetarla, nos guste o no nos guste, sin perjuicio de luchar para rectificarla". 136

CONTROL SECTION
DATES

El Archivo Nacional de Chile
se encuentra en el edificio
de la Universidad de Chile,
Calle 1321, Santiago, Chile.
Teléfono: 22111111



Archivo
Nacional
de Chile

Pablo Rodríguez se pronuncia sobre la restauración de la democracia

Un planteamiento sobre la restauración de la democracia formuló recientemente el abogado Pablo Rodríguez durante su intervención en un foro-panel organizado por la Corporación de Estudios Nacionales, sobre el sentido de la democracia en Chile.

"En dicho panel -sostiene el abogado- afirmé tajantemente que el país no estaba en situación de restablecer el régimen democrático liberal que rigió hasta 1973. Para comprobar dicho aserto señalé que se oponían a la subsistencia de dicho régimen cinco escollos fundamentales, sin perjuicio de otros muchos de menor importancia".

"En efecto -agrega-, la organización de los partidos políticos obedece a una ley sociológica, enunciada por el italiano Pareto, según la cual todos ellos tienden a la oligarquización. De esta suerte, los partidos terminan dominados por minúsculas directivas que concentran toda la influencia y resuelven soberanamente la suerte y dirección de la colectividad. Este fenómeno se une al desplazamiento a las directivas políticas de las facultades que la Constitución confía a los poderes públicos (partitocracia), lo cual termina radicado en reducidos grupos, que se generan de espaldas a la ciudadanía, la plenitud del poder. La oligarquización de las directivas políticas -de un lado- y la "partitocracia" -del otro- determinan el destino último del sistema democrático liberal. El país tiene experiencias aleccionadoras sobre esta materia. Mientras imperó entre nosotros aquel régimen, eran los dirigentes de los partidos quienes legislaban (no los parlamentarios), quienes imponían las decisiones del Gobierno (no el Presidente de la República) y quienes dirigían el Estado. Nada de lo sucedido en los últimos trece años permite asegurar que este fenómeno, tan dañino para la institucionalidad, no vuelva a repetirse. Por el contrario, los partidos parecen haberse fortalecido como consecuencia del vacío político que generó su disolución y la ausencia de otros cauces o sucedáneos.

programas inspirados en un reduccionismo demagógico y el consignismo efectista, son los elementos que deciden las elecciones.

"Finalmente, siempre refiriéndonos a los factores más significativos -expresa el prestigioso abogado-, la influencia del marxismo-leninismo, a partir de 1950, ha sido determinante en el juego político

guerra civil' y simultáneamente intensificamos la preparación combativa de aquellos militantes que trabajan en este frente (militar) y los apertrechamos de algún armamento. Por aquellos días, la CUT llamó con el resuelto apoyo de los comunistas y socialistas a la formación de comisiones de defensa de las industrias y al mismo tiempo a convertir dichas comisiones en unidades de combate, de hecho milicias obreras". Esta cita ahorra todo comentario. El Partido Comunista jamás ha desdeñado la lucha armada, utiliza las consignas más generosas para encubrir sus torvos propósitos violentistas y en 1973 ya era una fuerza miliciana dispuesta al enfrentamiento.

"¿Cabe pensar en una democracia liberal, en la cual vuelvan a imperar sin contrapeso los partidos políticos, como sucedió en el pasado?"

"¿Puede Chile sustraerse de leyes sociológicas ineludibles que históricamente demostraron tener plena vigencia?"

"¿El comunismo, al reconquistar un espacio en el orden institucional, depondrá sus fines totalitarios y su doble juego democrático y subversivo?"

"Podríamos todavía insistir en un sinnúmero de factores que operan en la misma dirección. Así sucede con la influencia y apoyo internacional, con el debilitamiento de las ideologías, con la situación de dependencia de nuestra economía, con las fricciones que se gestan al amparo de la relación capitalista de producción, etc.

"Para terminar -manifiesta Pablo Rodríguez- un último factor decisivo. La democracia exige un alto nivel de cultura cívica de la población. Ahora, más que nunca, es necesario una enorme capacidad para sustraerse de la propaganda atosigante, de la demagogia, de las pasiones delirantes que incuba la lucha por el poder, de los postulados reivindicacionistas de clase y de la envidia y el resentimiento forjados por años de prédica disolvente.

"¿Tiene nuestro pueblo esa cultura mínima?"

"¿Será capaz de neutralizar la contienda demagógica y obrar con madurez, desapasionamiento y conocimiento de causa?"

"La respuesta parece obvia. No se piense que estas dudas implican un rechazo a la democracia o una proposición para mantener indefinidamente una estructura hermética de poder. No. Lo que queremos decir es que debemos recrear el concepto de democracia, partiendo de lo esencial y despojándolo de lo adjetivo o meramente instrumental. Asimismo, que es posible alcanzar la democracia, pero adecuándola a nuestra idiosincrasia y no a un modelo impuesto que terminará por asfixiar el cuerpo social hasta destruirlo", concluye el abogado.



El abogado Pablo Rodríguez dio a conocer sus planteamientos sobre la restauración de la democracia en un foro-panel.

y lo seguirá siendo, aun en el supuesto de que se le prive de un espacio dentro del orden democrático. Para nadie es un misterio que varios partidos no marxistas están dispuestos a asegurar al comunismo un lugar en el sistema a cambio de un apoyo electoral que les permita conquistar el poder.

"El marxismo es el único movimiento capaz de adaptar su estrategia -sin ningún escrúpulo moral- de acuerdo a las circunstancias, y de aquí arranca su ventaja sobre las demás corrientes políticas. Prueba de ello es el siguiente párrafo de Luis Corvalán Lepe, que forma parte del "Informe al Pleno del Partido Comunista de agosto de 1977" y que se publica en la revista "Chile-América" (números 35-36 de septiembre y octubre de 1977, pág. 80): "...al sostener desde 1956 la posibilidad de la vía pacífica en nuestro país, tuvimos en cuenta, primero, que se trataba sólo de una posibilidad, y segundo, que de abrirse paso a la revolución por dicha vía, en algún momento podría surgir la alternativa de la lucha armada. Consecuentemente nos ocupamos desde 1973 de la preparación militar de los miembros del partido... Cuando después de las elecciones de marzo de 1973 estaba claro que la reacción buscaría el derribo del Gobierno a través del golpe de Estado, lanzamos la consigna 'no a la

"Otra ley sociológica ineludible -plantea el abogado Pablo Rodríguez- revela que los cuerpos sociales intermedios (colegios profesionales, gremios, sindicatos, etc.) son completamente absorbidos por los partidos cuando éstos concentran la suma del poder. En nuestra sociedad política este hecho también ha sido cabalmente demostrado por la experiencia. Recuértese el papel que desde 1964 jugaron las federaciones estudiantiles, la Central Unica de Trabajadores, los colegios profesionales y demás organismos de esta índole. Todos ellos eran meros apéndice de las directivas políticas.

"Es un hecho, igualmente indiscutible, que nuestros partidos, al pasar de una sociedad selectiva a una sociedad masificada, en lugar de reafirmar sus coincidencias ideológicas para integrar a la nación, se identificaron con los intereses que sustentaban las diversas clases sociales, transformándose en herramientas reivindicacionistas que agitaban la contienda cívica hasta extremos explosivos. Entre 1925 y 1973 el universo electoral aumentó diez veces, mientras la población apenas se duplicaba. Esto fue consecuencia de que el porcentaje de la población inscrito en los registros electorales creció de un 7,7% a un 44,1%. En este universo electoral, los medios de comunicación social, los

Polémicas declaraciones del nacionalista acerca de la prolongación del Gobierno, las conductas opositoras, los últimos hechos violentistas, el Acuerdo de la DC y los nacionales

Es un hombre con historia. Exiliado en julio del 73 como consecuencia de su participación en el tanquetazo, regresó en la clandestinidad a Chile. Sólo en septiembre, el 18, pudo pisar las calles santiaguinas, para tener en marzo del 74 su primer contacto con el hombre que él consideraba "el Libertador de la Patria". Desde el 74 hasta el día de hoy, cerca en un principio y lejos ahora de Pinochet, con el mismo tesón de su lucha anterior, combate todo aquello que va en contra del nacionalismo que él profesa, y entre eso está la política económica de los Chicago boys y el planteamiento político de la UDI, más todo lo político tradicional. Pero la lucha en esta etapa es distinta. Pablo Rodríguez, en la actualidad, utiliza la razón, la pluma, 500 artículos en LA TERCERA y dos libros, "El mito de la democracia" y "Una revolución pendiente", son el testimonio fiel de este hombre que hoy como ayer está sujeto a todo tipo de críticas. "De todas, dice, hay una que me interesa aclarar: Jamás he sido asesor ni consejero de este Gobierno. No he desempeñado cargo alguno en él, así es que no puedo aceptar que se me responsabilice de lo "que ha hecho".

Y continúa: "Si el Gobierno retomara la vertiente nacionalista bajo cuya aspiración nació, no vacilaría en transformarme en su más decidido partidario, pero no puedo serlo de un gobierno comprometido con el neoliberalismo que creo contrario a la idiosincrasia misma del pueblo chileno. Por eso estimo que su obra no perdurará más allá de sus días".

¿Qué piensa Ud. sobre las declaraciones del Presidente, acerca de que su período es de 16 años y no de 8 como lo señala la Constitución?

"Creo que las palabras del Presidente han sido mal interpretadas o tergiversadas intencionalmente. El período constitucional es de 8 años y concluye el 11 de marzo del 89. De eso no hay duda alguna. Lo que el Presidente dijo es que el espíritu de la Constitución fue fijar 8 años como período de transición para normar la nueva democracia y 8 años siguientes, sin elecciones presidenciales, para aplicar esta nueva normativa".

Confianza irrestricta

No le parece extraño lo contradictorio de las interpretaciones. La oposición, e incluso gente no tan alejada de Pinochet, tiene una imagen muy distinta de la suya.

"Lo que pasa es que la oposición está muy nerviosa y tiene razón para estarlo. En la medida que la situación económica se componga, en la medida que continúe el historial violentista en que están empeñados, en la medida que siga la injerencia extranjera, la oposición pierde cada día más posibilidades de llegar al poder y eso repercute en la acentuación de su sistema nervioso. La oposición debería reconocer la Constitución; en ella existen todos los mecanismos para que, si tienen respaldo ciudadano, lleguen al poder".

Pienso que más que nervios es confianza. ¿Hasta dónde llega la suya Sr. Rodríguez?

"No es que tenga o no tenga confianza en Pinochet. Pienso que hay una Constitución que se va a cumplir rigurosamente, porque las Fuerzas Armadas han empeñado su palabra en ello. Quien piense lo contrario, abre un abanico de posibilidades tan grande que, aquí en Chile, puede pasar cualquier cosa".

Pero, a su juicio, ¿quién será Presidente a partir del 89?

"El procedimiento está fijado en la Constitución. La Junta de Comandantes en Jefe propone un candidato a la ciudadanía. Esta se pronuncia mediante un plebiscito. Si aprueba la Constitución, queda designado el Presidente; en caso contrario, en 1990 se verifica una elección abierta con intervención de los partidos políticos".

Eso está claro y es lo que la oposición no acepta, porque se aparta de nuestra tradición democrática al entregar a la Junta Militar un candidato único.

"Para los políticos, el sistema es malo porque ellos presienten que en ese esquema no tienen la menor posibilidad de satisfacer sus ambiciones. Para mí es bueno porque una contienda electoral luego de 16 años de receso



"¡Hablemos con hechos, no con palabras; las palabras de los políticos valen bastante poco!", enfatizó Pablo Rodríguez a LA TERCERA.

Pablo Rodríguez

"La oposición está nerviosa: Cada día pierde más posibilidades"

Por Sandra Larrain

Fotografía: Samuel Mena

político y en medio de una polarización muy aguda, puede llevar al país a un enfrentamiento. Por otra parte, si la ciudadanía aprueba la proposición de la Junta, la autoridad del Presidente queda legitimada por voluntad popular".

Le insisto, ¿será el Presidente Pinochet?

Creo que es prematuro hacer pronósticos. Todo depende de la situación que prevalezca en 1988. Si la oposición sigue empeñada en una escalada violenta, si mantiene su criterio de negar legitimidad a la Constitución y si la intervención extranjera no se detiene, creo que las Fuerzas Armadas y el país respaldarán a Pinochet. Paradojalmente, quienes se empeñan en que Pinochet no deje la presidencia son precisamente sus enemigos, que, en la medida que incitan al caos, atormentan al Presidente e inducen a la ciudadanía a apoyarlo.

Derechos ciudadanos

¿Qué opina de la outopostulación de Federico Willoughby ante la Junta Militar?

"Al principio creí que era un chiste. Pero luego analizando sus objetivos, me parece un recurso para desacreditar el procedimiento constitucional o para enturbiarlo, de modo que las declaraciones del Presidente -de que su gobierno se prolongará después del 89- caigan en el vacío. Lo más repugnante de todo esto es que se hace en medio de rendidas alabanzas a las Fuerzas Armadas y a la persona del Presidente de la República. Yo creo que Willoughby siempre marcha de la mano de la Embajada Norteamericana.

Permitame hacerle un alcance acerca de la escalada violenta y de la incitación al caos que Ud. señala de origen opositor. La oposición sostiene, por el contrario, que es una estrategia del Gobierno para justificar, en el 89, su perpetuidad en el poder.

Si la oposición cree que la violencia la desata el Gobierno es porque ella le favorece. Por lo tanto, la oposición debería hacer todo lo posible porque no existiera y abstenerse de las prácticas de movilización social.

Ahora, si ella perjudica al Gobierno, la oposición, está en la estrategia correcta. Personalmente creo que, indiscutiblemente, favorece al Gobierno, ya que el ambiente de polarización, terrorismo y violencia le da a la ciudadanía la sensación de que los militares no pueden volver a sus cuarteles. De ahí que denuncie el hecho paradójico de que la oposición esté haciendo lo humanamente posible porque el Gobierno militar perdure más allá del 89.

Pero, entonces, ¿qué debería hacer la oposición para alcanzar sus objetivos?

Lo contrario de lo que hace actualmente. En primer lugar, reconocer la legitimidad de la Constitución -ya tendrá tiempo de legitimarla si cuenta con el apoyo del pueblo.

En segundo lugar, demostrar con hechos que repudian la violencia y las presiones terroristas. Y, en tercer lugar, rechazar la injerencia extranjera. Pero si Ud. mira el acontecer político, todos los partidos de oposición hacen lo contrario: desconocen la Constitución -a lo más dicen que es un hecho dado-, incentivan la violencia y el terrorismo y se apoyan en

gobiernos extranjeros para presionar a la Fuerzas Armadas.

Si, pero yo le hablo de personas, ciudadanos con derechos a ser escuchados, a que sus proposiciones se estudien, se debatan y eso no lo han obtenido por las vías normales....

Y Ud. cree que eso se consigue con presión, movilización y violencia ¡Al contrario! Le da las armas al Gobierno para que cierre más las puertas. Lo que deben hacer es ponerse de acuerdo todos los sectores políticos para crear las bases de una institucionalidad que asegure un tránsito tranquilo a la democracia del 89, adelante.

Falsos juramentos

De eso ya hay intención manifiesta. Pero nos quedamos en las intenciones no más. En el momento de precisar, ahí las intenciones se desvanecen. Y tenemos una DC que jura una fidelidad sin mácula a la democracia, y sin embargo está aliada al MDP...

Cosa que niega y atribuye a... Claro, cosa que niega pero que se evidencia en los pactos de la universidad, los sindicatos, y los entendimientos personales de los políticos. ¡Hablemos con hechos no con palabras, las palabras de los políticos valen bastante poco!

Con esa opinión, Sr. Rodríguez, ¿cuál es su punto de vista acerca de la alianza entre la derecha y la Democracia Cristiana como medio para dar confianza al país en el futuro?

"Mire, la DC puede aliarse, circunstancialmente, contra el Gobierno de Pinochet, con la derecha. Eso se desprende de "las declaraciones de amor" que recíprocamente se hacen y de las seguridades que dan ambos en la búsqueda del restablecimiento de la democracia. Pero esa alianza se disipa si se trata de definir el próximo gobierno. En esa etapa la DC marchará de la mano con la izquierda. Me temo que, una vez más, como sucedió en el 64, la derecha será políticamente explotada por la DC. Tenga Ud. la seguridad de que cuando se trate de hacer gobierno, la DC se unirá con la izquierda contra la derecha.

¿Aun si la DC le ofrece seguridades democráticas a la Derecha?

Eso me parece interesante. La Derecha, sabe que está derrotada anticipadamente por su política neoliberal de respaldo a la UDI y los Chicago boys buscan algunas garantías: la propiedad privada, la libre empresa, la apertura de la economía, el rol subsidiario del Estado, la mantención del Plan Laboral, etc... Sería bueno saber si la DC estaría dispuesta a comprometerse a mantener estas "conquistas derechistas". Yo me temo que subterráneamente den esas seguridades, pero que públicamente las oculten. Lo mismo sucede con los comunistas. El país no sabe a qué acuerdo ha llegado la DC con ellos. Incluso se ha denunciado que Gabriel Valdés se ha reunido en Europa con Luis Corvalán. Como ud. puede observar los políticos siguen el juego de siempre: una cosa es lo que dicen y otra lo que hacen.

Muchos opinan que la Derecha al proponer el acuerdo a la DC la emplaza a definirse como una DC de Centro.

La Derecha no tiene personería para exigir tal

cosa. Si bien es cierto la DC es un partido ambiguo, vago en sus planteamientos, no es menos cierto que la Derecha está en la oposición, en el gobierno y en un plan de mea culpa y de arrepentimiento. Cómo puede exigir definición si existen Ministros de Estado derechistas, si el gobierno se define como de Derecha, los postulados de los Chicago boys y la UDI son Derecha y si, al mismo tiempo, tiene gente en la oposición más extrema, como el Acuerdo Nacional y la Alianza Democrática. Con esto, no hay autoridad moral para exigir definición, a lo más garantías.

El asunto es que, con autoridad o sin ella, al exigirlos lleva a la DC a claudicar de planteamientos reformistas populares que la situaron en la Centroizquierda, de ahí que no haya consenso frente al acuerdo.

Mire, en política es así. La DC necesita de la Derecha para tranquilizar a los sectores de alta influencia económica, pero por otra parte necesita repudiar a la Derecha para conquistar a los sectores izquierdistas. Su juego es ambivalente. La ama para tranquilizar a algunos y la odia para tranquilizar a otros.

Hechos acusadores

No le parece un sin sentido, entonces, que la Derecha en vez de buscar acuerdo y unidad en la Derecha lo busque en el lugar equivocado.

Creo que los nacionales tienen una misión que cumplir dentro de la Derecha: tratar de morigerar la posición de la DC y de los socialistas y tratar de crear un mínimo de garantía para un eventual gobierno DC izquierdista.

Mientras la UDI respalda al gobierno, la Unión Nacional le da una nueva cara a la Derecha, transformándola en una cosa distinta y novedosa. Si tenemos Derecha para cualquier cosa. Para darles el gusto a la izquierda, al gobierno y para hacer una operación de cosmetología y crear una nueva alternativa. Y, como si fuera poco, está don Sergio Onofre Jarpa, que no será de izquierda supongo yo, que tiene un Frente del Trabajo antipartido político aparentemente. Este es el juego eterno de la Derecha: estar en todas partes para no perder en ninguna.

En menos de 30 días el país se paralizó por 48 horas, hubo 8 muertos, 2 jóvenes quemados, 18 dirigentes y cientos de estudiantes universitarios detenidos, etc. Esto es interpretado por la oposición como un fracaso del régimen en sus propósitos de poner fin al caos y a la polarización del país, y afirma que estamos muy cerca del 73.

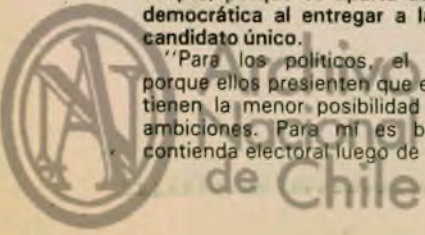
Hay una diferencia rotunda que destacar. En el 73 el problema era esencialmente político, el país era conducido por un modelo institucional de corte marxista totalitario que la inmensa mayoría repudiaba. En el día de hoy el problema es esencialmente económico, consecuencia de una política económica sin éxito -la de los Chicago boys y la UDI- y con poco sentido político en el aspecto democrático. Por lo tanto, es efectivo que existe una polarización y condiciones para que se plantee una revolución, pero si volviéramos a una etapa de crecimiento sostenido gran parte de las tensiones se aliviarían. Al parecer la crisis económica tiende a resolverse, pero no creo que el crecimiento sea de tal magnitud que el gobierno recupere el apoyo que tenía en el 80.

Sr. Rodríguez, lo económico no es todo. Ya hablamos de ello: los profesionales, los trabajadores, los universitarios, los políticos, la gran masa está luchando por su representatividad.

Es efectivo. La política de la UDI y de los Chicago boys fue sostenidamente la de disolver los cuerpos sociales intermedios. Hoy no hay canales de expresión ciudadana y eso hace que el gobierno no dé respuesta a las peticiones gremiales, lo que deriva en malestar cívico, efervescencia y protestas. Ahora yo quisiera saber cuál es el porcentaje real de chilenos que se jugarían por el derrocamiento del gobierno. Tengo absoluta seguridad que es una fracción ínfima de la ciudadanía porque la mayoría piensa llegar al 89 y resolver, por los canales constitucionales, las discrepancias y divergencias políticas.

¿No le parece a Ud., entonces, que no es tan fácil atribuirles toda la responsabilidad en los hechos del 2 y 3 de julio a los dirigentes de la Asamblea de la Civilidad?

-Bueno. Yo creo que el mejor camino para establecer responsabilidades es el judicial. Durante años escuché a la oposición decir que no podía aplicarse el artículo 24 transitorio de la Constitución y que si se imputaba algún delito a alguien debía recurrirse a los tribunales. Ahora se dice que esto constituye una represión inaceptable. Tengo confianza en los jueces chilenos y creo que si estos personeros cometieron delitos, serán condenados y si son inocentes serán absueltos.





Pablo Rodríguez.

Presentarán libro de Pablo Rodríguez

El viernes 1º de agosto la Corporación de Estudios Nacionales, que preside Carlos Castro Sauritain, presentará oficialmente el libro del conocido abogado y político Pablo Rodríguez Grez titulado "El mito de la democracia en Chile (Tomo II). Una revolución pendiente". La ceremonia tendrá lugar a las 19:30 horas en el salón Roble del hotel Galerías.

Al lanzamiento de esta nueva obra política de Rodríguez han sido invitadas importantes figuras de la política criolla y personalidades de las distintas actividades del país. 139

LUN 20-7-86



Archivo
Nacional
de Chile



Arc
Nac
de C

Política

Pablo Rodríguez está dispuesto a fundar un "partido antipartido"



Pablo Rodríguez, exlíder del Movimiento de Acción Nacional.

"Es obvio que el nacionalismo deberá luchar en el futuro por la conquista del poder. Para estos efectos es posible, si las circunstancias lo aconsejan, fundar un 'partido antipartido' que recoja nuestras convicciones".

La afirmación anterior corresponde al exdirigente del Movimiento de Acción Nacional, Pablo Rodríguez, quien expuso sus puntos de vista respecto de los partidos en una nota enviada a la revista "Alternativa".

Al contestar los cargos que le hace un dirigente actual del MAN, Rodríguez puntualiza que "la posición del nacionalismo jamás ha consistido en suprimir los partidos políticos por ley. Eso sería absurdo y atentaría contra la libertad de asociación. Lo que se pretende es otra cosa. Se trata de confiar la generación del poder político a los cuerpos sociales intermedios, transformando a los partidos en 'corrientes de opinión', llamadas a influir de acuerdo al respaldo que susciten sus ideologías. Creemos nosotros que, de esta manera, la democracia partitocrática y oligárquica se convertiría en una

democracia participativa".

"Los partidos políticos en su apogeo -añade- apenas si representaron a un 7 por ciento de la ciudadanía, están indisolublemente ligados a organismos y potencias extranjeras, viven en función del electoralismo demagógico y, como si fuera poco, una corriente totalitaria o participa del sistema, en cuyo caso lo corrompe; o es excluida del sistema, en cuyo caso una parte de la ciudadanía queda al margen de la vida institucional con el peligro consiguiente".

"Es obvio -dice Pablo Rodríguez- que el nacionalismo deberá luchar en el futuro por la conquista del poder. Para estos efectos es posible, si las circunstancias lo aconsejan, fundar un 'partido antipartido' que recoja nuestras convicciones. Ello no importa una contradicción, toda vez que deben usarse todos los instrumentos que dispensa el sistema para influir en la opinión ciudadana. También es posible sustituir el partido por un movimiento, siempre que las leyes llamadas a desarrollar las normas constitucionales permitan la expresión política adecuada por este medio".

Pablo Rodríguez señala que cuando participó en la revisión del anteproyecto de ley sobre partidos políticos, en el seno del MAN, lo hizo "en el convencimiento de que si fatalmente han de existir partidos que monopolicen la generación del poder, como se desprende de los postulados del gobierno, es preferible que ellos estén encuadrados en la ley".

"El nacionalismo -sostiene- es corporativista, anticapitalista, antiimperialista, contrario a la lucha de clases y a las oligarquías políticas, defensor de la participación en todas las áreas del quehacer nacional y fervoroso partidario del Estado integrador en remplazo del Estado burgués y de la dictadura del proletariado. Quien no entiende de esta manera el nacionalismo no lleva más que una etiqueta que, como ha ocurrido en el pasado, sólo puede ser fuente de frustración y desengaño".

Una revolución pendiente

Por Ulises Guerra

El abogado Pablo Rodríguez Grez ha entregado al público el segundo tomo de su obra "El mito de la democracia en Chile", que lleva por título "Una revolución pendiente". Se trata de un libro que aborda tres cuestiones distintas: la idiosincrasia del pueblo chileno, las causas de la revolución pendiente y la opción nacionalista.

La primera cuestión es apasionante. Se examinan allí los defectos y las virtudes del chileno y la interrogante, siempre latente, de si existe un "tipo" especial que caracterice a la generalidad de los habitantes de este país. Comienza el autor por remontarse a nuestros orígenes, a la sábana genética paterna y materna de la raza, a la influencia de las corrientes inmigratorias y a los cambios experimentados con el correr del tiempo. Es interesante conocer opiniones originalísimas como las de Nicolás Palacios, autor de "Raza Chilena", para quien en nuestros rasgos predomina el tipo germánico-teutón que habrían aportado los primeros colonizadores de origen godo. Tesis muy discutida, pero con sólidos fundamentos en la historia de la conquista hispana.

Esta influencia explicaría una cierta beligerancia de la naturaleza chilena, en ascenso cuando se enfrenta a conflictos bélicos y en decadencia en tiempos de paz.

La segunda parte se refiere a las causas de la revolución pendiente. Afirma el autor que, desde mediados de siglo pasado, Chile anhela una transformación profunda de sus instituciones y de sus hábitos.

Históricamente se sitúa en

1952, cuando fue elegido Presidente de la República don Carlos Ibáñez del Campo en brazos de un movimiento que aspiraba poner fin al sistema democrático liberal, en el cual predominaba incontrarrestablemente el poder de los partidos políticos. Para Pablo Rodríguez las causas de esta revolución se han acentuado al extremo de colocarnos entre una revolución marxista y una revolución nacionalista. No hay duda que el proceso de polarización que vive el país habrá de tener una solución. Las tensiones sociales tienen que vaciarse paulatina y ordenadamente o precipitarse con la violencia propia de un suceder revolucionario. En esta parte el autor interpreta, a nuestro juicio, lo que ocurre en Chile, cada día más confundido y convulsionado.

Hay que reflexionar en este análisis y contribuir a evitar un desenlace que es previsible, según lo demuestra este libro. Si el país, como la mayoría piensa, tiene que sufrir transformaciones profundas, es necesario encauzarlas a través del derecho, conforme a nuestras mejores tradiciones.

La tercera parte del libro se refiere a la opción nacionalista. En síntesis, el autor contrapone dos concepciones: la marxista y la nacionalista. La primera inspirada en "la lucha de clases" y que conduce a la "dictadura del proletariado"; la segunda inspirada en "la integración social" y que conduce a un Estado nacional. La revolución nacionalista envuelve varios supuestos: la transformación de las instituciones, a fin de que ellas sirvan realmente a la unidad nacional; el

establecimiento de una democracia corporativa u orgánica en la cual todos acceden a la generación y manejo del poder político; la empresa integrada, en la que capitalistas y trabajadores comparten las utilidades que genera el proceso productor conforme a su aporte a la gestión económica; el fortalecimiento de la cultura nacional para no perder la identidad histórica que nos distingue; etc... El planteamiento es coherente. Probablemente muy ambicioso, pero atractivo y hasta desafiante.

El lector terminará planteándose muchas interrogantes. Cada capítulo abre un sinnúmero de preguntas. ¿Carece el chileno de condiciones y aptitudes para encarar el desarrollo económico? ¿Hay un abismo entre nuestra capacidad productiva y nuestras aspiraciones? ¿Si estamos forzados a vivir una revolución, de qué manera podemos encauzarla? ¿Estamos condenados a resolver la polarización mediante una transformación abrupta o es aún posible un desenvolvimiento evolutivo?

La aparición de la "Revolución pendiente" ha sistematizado el pensamiento nacionalista del autor. Se puede estar de acuerdo o en desacuerdo con sus puntos de vista, pero la opción existe y es una alternativa para el futuro de Chile. Reclamamos atención para este libro. Lo más negativo es el silencio a que los políticos condenan planteamientos originales, cuando ellos superan los esquemas tradicionales. Si, como cree el autor, el país vivirá una revolución no hay duda de que entre el marxismo y el nacionalismo el pueblo optará por las soluciones integracionistas del nacionalismo.

Pablo Rodríguez

“En Chile sólo queda una revolución pendiente”

En un ambiente político enrarecido, en el que la pauta la imponen la diatriba, la improvisación irreflexiva y los virajes erráticos, Pablo Rodríguez Grez vuelve a la carga con un rumbo definido, un análisis estricto y un cúmulo de observaciones que nada deja al azar. Su primera irrupción (“El Mito de la Democracia en Chile”, Tomo 1) removi6 el escenario de tal modo que a nadie podía dejar contento, pues cada uno de los protagonistas encontró en aquel texto argumentos que no podía menos que reconocer como ciertos, ya que su mismo realismo revelaba la dosis de falacia, oportunismo o ingenuidad que durante tantos años rigieron el acontecer político cotidiano y la conducta de sus protagonistas. Pero muy pocos, explícitamente, podían admitir públicamente verdades tan inconfortables.

Es que Rodríguez no tiene la menor intención de dejar contento a nadie, como lo confirma este segundo volumen, que titula “El Mito de la Democracia en Chile: Una Revolución pendiente”. Aquí el autor emprende -con una acuciosidad que se echa de menos en la frondosa literatura que los politicólogos de hoy lanzan diariamente a la vitrina de la actualidad- un examen desusadamente crítico de las raíces de la crisis. Expone con fría pasión los orígenes de nuestra idiosincrasia y los efectos de la conformación mental y ética de nuestro pueblo sobre la convivencia social de la nación a través de

los años. Con la misma objetividad desapasionada, despliega sus observaciones sobre las virtudes del alma chilena. No elude la problemática religiosa y describe al que denomina “el chileno tipo” en una síntesis de virtudes y defectos que se aleja tanto del menosprecio como del elogio (tan inmerecido éste como injusto el primero).

Para Pablo Rodríguez, hay una sola -entre las tantas que Chile ha soportado- revolución que sigue pendiente: aquella en la que la igualdad de oportunidades en todo orden de cosas quede consagrada por el establecimiento de un nuevo régimen en el que cada uno, según sus aptitudes, pueda aspirar a comunes metas: la habitación, la salud, la justicia, la participación democrática...

Política, sociología, economía. Todo pasa a través del prisma analítico del autor, para llevar al lector a una conclusión categórica: la revolución que Chile necesita sigue en el limbo de los anhelos incumplidos y es urgente bajarla de allí para concretarla en hechos.

En varios aspectos -y, quizás, en más de varios- se podrá discrepar de los puntos de vista de Pablo Rodríguez. Pero se trata de juicios puntuales cuyo acierto de conjunto nadie podrá desconocer, si se para a considerar sin ofuscación los planteamientos del autor que aguda y -tal vez- implacablemente desnudan móviles y conductas de quienes se mueven, ruidosa o sigilosamente, en los círculos del poder.

Una revolución pendiente

Por Patricio Vildósola



Con este nombre ha aparecido el segundo tomo de la obra del abogado Pablo Rodríguez Grez sobre el mito de la democracia en Chile. Quienes hayan leído la primera parte habrán llegado a la necesaria conclusión de que jamás Chile ha vivido un régimen democrático y que el slogan de 160 años de libertad y democracia no pasa de ser una mascarada a veces sangrienta. Sería bueno que en nuestros liceos se conociera esta obra para evitar que la juventud sea engañada por los que predicán un retorno al pasado demagógico y politiquero.

El segundo tomo plantea una cuestión fundamental. Se señala allí que Chile aspira a una gran transformación de sus estructuras políticas, sociales y económicas y que este anhelo está vigente desde mediados del presente siglo. Con argumentos irrefutables se analiza nuestra evolución política y el fracaso de las llamadas "planificaciones globales", que nos llevaron a un gobierno demócratacristiano que surgió como alternativa frente al marxismo y que terminó entregando el poder a un marxista comprometido con Fidel Castro y la Unión Soviética.

La transformación revolucionaria -en el buen sentido de la palabra- a que aspira la inmensa mayoría de la ciudadanía, tomará uno de dos caminos: nacionalismo o marxismo. El autor es claro al señalar que el país o se integra y construye la unidad de todos los sectores y segmentos sociales o caerá fatalmente en el comunismo. Por eso se insiste y se demuestra que la única opción frente al totalitarismo marxista y la dictadura del proletariado es la unidad nacional y la construcción de una verdadera democracia. En el fondo, el planteamiento ha sido reiterado por el Presidente de la República, para quien la disyuntiva de Chile es democracia o caos, lo cual, en el fondo, coincide con unidad o desintegración nacional.

Creo indispensable llamar la atención sobre esta tesis. En la medida que la ciudadanía comprenda que debemos encarar el marxismo a través de una transformación profunda, será posible preservar los avances conseguidos por este gobierno y evitar que una oposición violentista nos haga retroceder en el tiempo.

No menos importante es la primera parte de este libro que se refiere a la idiosincrasia del pueblo chileno. En ella se analizan los defectos y las virtudes que caracterizan a nuestra raza, remontándose a los orígenes, pero sin perder de vista la perspectiva actual. Es cierto, como afirma el autor, que la democracia supone una gran dosis de cultura cívica, de sacrificio laboral y de disciplina social. Hacen mal los políticos en engañarnos repitiendo consignas para hacernos creer que por el hecho de devolver a los partidos el poder político, se resolverán como por encanto nuestros problemas. Esta falsedad puede llevarnos a sufrir una enorme frustración que, como siempre, aprovechará el comunismo para sembrar el odio y la discordia.

El libro termina con una acabada descripción de lo que es el ideario nacionalista, poniéndose acento especial en la igualdad de oportunidades que conduce a un régimen más justo, en el rol del Estado, en una nueva concepción de la empresa -reconociendo que es la propiedad privada de los medios de producción el sistema que más se aviene con el desarrollo económico- y la libertad, y en una auténtica democracia, en que nadie quede excluido de la participación a través de los cuerpos sociales intermedios.

Es bueno repetir lo que señala el autor en orden a que no se pretende suprimir a los partidos políticos, como lo denuncian los marxistas majaderamente. El problema, según Pablo Rodríguez, es otro. Hay que arrebatar la plenitud del poder político a los partidos y depositarlo en los cuerpos intermedios. En esta materia no hay que olvidar que la Constitución de 1980 constituye un avance formidable al crear los Consejos de Desarrollo Comunal y Regionales de Desarrollo, encargados de participar efectivamente en el gobierno de las comunas y regiones. En el mismo sentido hay que mencionar al Consejo Económico y Social, que debería tener, en el futuro, reconocimiento constitucional.

En síntesis, una revolución pendiente es un libro que debe leerse, porque condensa el pensamiento nacionalista que tengo la íntima certeza que recoge el anhelo de las grandes mayorías silenciosas.

de Chile

28-9-86

143



El abogado Pablo Rodríguez dijo ayer que los partidos políticos están dirigidos por pequeñas oligarquías que, en el fondo, detentan el poder político en una sociedad de concepción liberal.

Pablo Rodríguez criticó a los partidos políticos

El abogado Pablo Rodríguez dijo ayer que un conjunto de leyes sociológicas demuestran que la concepción liberal de la sociedad, basada en el sufragio universal y en la existencia de partidos políticos, conduce al colapso institucional.

Esas colectividades, a juicio del personero, están manejadas por pequeñas oligarquías que, en el fondo, son las que controlan el poder político. Destacó, asimismo, que "el destino de los partidos políticos es la conquista del poder y lo hacen a cualquier precio para aplicar su ideología y darle a la sociedad una determinada fisonomía".

El profesional ofreció ayer una conferencia sobre el "Poder Social y Poder Político", en el Hotel Galerías, que contó con el auspicio de la Corporación de Estudios Nacionales, que preside Carlos Castro. Entre los participantes había representantes de las Academias de Guerra de las Fuerzas Armadas y del Instituto Superior de Carabineros.

Pablo Rodríguez señaló que los partidos políticos derivaron en colectividades ideológicas que son globalizantes en las cuales priman los grandes planteamientos de las internacionales, entre ellas la marxista, la demócratacristiana, la liberal y la socialdemócrata.

Se refirió, igualmente, a la partitocracia que, según planteó, es el desplazamiento del poder político a las directivas de los partidos. Recordó, igualmente, que durante la candidatura presidencial de Carlos Ibáñez del Campo "el país entero quería una dictadura, una revolución institucional de fondo que terminara con los abusos de los partidos políticos".

ESCOLLOS

En su primera parte de la conferencia, Pablo Rodríguez hizo mención a los principales escollos que se presentan a la transición a la democracia. Entre ellos citó "la actitud violentista del Partido Comunista, que ha roto con la actual institucionalidad; la posición de las cúpulas políticas que no quieren admitir la institucionalidad actual y la escandalosa intromisión extranjera en nuestros asuntos, "que se ha debido a la internacionalización de la política chilena, debido a que los partidos políticos están dominados por ideologías extranjeras".

Posteriormente, desarrolló lo que se entiende por sociedad liberal y por sociedad orgánica.

Archivo Nacional de Chile
30 - 10 - 86 144

La Hora de los Duros

Señor Director:

"La Semana Política" del domingo 5 de octubre afirma que la "injerencia del Departamento de Estado no deja de satisfacer a los nacionalistas más duros, que ven cómo se les presenta una oportunidad que ya creían perdida". Agrega que éstos "nunca han mirado con simpatía el itinerario constitucional de transición a la democracia ni la política económica fundada en la libertad de los mercados y la apertura al exterior". Al referirse a mi libro "El Mito de la Democracia en Chile", tomo II, titulado "Una Revolución Pendiente", se afirma que: "las voces más representativas del nacionalismo han hecho presente también que existe todavía 'una revolución pendiente', implicando con ello una crítica al modelo de economía libre y abierta". También sostiene que la presión de EE. UU. brinda al nacionalismo una triple y valiosa oportunidad, pues: "el clima de inquietud social y política que indudablemente provocaría un nuevo 'ajuste recesivo' derivado de la atrición externa por la suspensión de los créditos a Chile, justificaría postergar indefinidamente la transición a la democracia"; en seguida, sería un "poderoso argumento para propiciar una moratoria en el pago de intereses de la deuda externa, postura que siempre ha sido de su agrado", y, en tercer término, la imposición de una "economía de guerra derivada de las represalias norteamericanas" justificaría "volver a intervenciones y controles estatales y elevadas tarifas arancelarias, que siempre han predicado". Termina expresando que: "Se abre, pues, la oportunidad para el modelo populista y estatista".

Los nacionalistas votamos afirmativamente la Constitución de 1980 y aceptamos el período de transición que consagra. Discrepamos, es cierto, de su implementación, pues, hasta ahora, las leyes complementarias (proyectos en su mayoría), tienden a configurar el mismo modelo político establecido en la Carta de 1925. Las innovaciones introducidas al régimen político no pasan de ser "precauciones" destinadas a impedir que se repita lo ocurrido entre 1970 y 1973. Quien conozca la evolución histórica de Chile concluirá que hay numerosos factores que condenan irremisiblemente el modelo democrático liberal al colapso. Nuestra disidencia, por tanto, no se refiere a la transición, sino al hecho de volver a depositar en partidos políti-

cos ideológicos la plenitud del poder en desmedro de los cuerpos sociales intermedios, que recogen mejor la realidad y problemas del país.

No es cierto que el nacionalismo impugne una economía fundada en la libertad de mercado y en la apertura al exterior. A nuestro juicio, en ella corresponde al Estado un rol importante, que se traduce en la fiscalización, promoción y control de la actividad privada, en la planificación de los recursos para evitar duplicidades o derroches y en la producción directa en las áreas estratégicas, que no deben quedar a merced de un puñado de empresarios o del capital foráneo. Así, atendiendo a nuestro desarrollo económico y social, hemos propuesto áreas de competencia restringida —susceptibles de entregarse a los trabajadores mediante la inversión de sus recursos previsionales—. No impugnamos la apertura al exterior para un aprovechamiento óptimo de nuestras ventajas comparativas, pero no se puede ser absoluto. Es posible crear, por medio de la introducción de aranceles diferenciados y con el estímulo del Estado, polos de desarrollo industrial que, sin obstruir el crecimiento del sector primario, eviten el permanente deterioro de los términos de intercambio que golpea a nuestra economía.

En mi libro "Una Revolución Pendiente" planteo estas ideas que distan mucho de rechazar una economía libre y abierta al exterior. Hablamos de "revolución" —término que trae evocaciones negativas— porque sostenemos la necesidad de redefinir las relaciones de producción, sin abolir la propiedad privada sobre los medios de capital. En esta materia están de acuerdo con nosotros hasta los más calificados liberales europeos, para quienes el "capitalismo", como sistema de producción, es superable.

Rechazamos toda injerencia externa. Es inadmisibles, pues, la imputación de que queremos aprovechar estas intromisiones. Se nos presenta punto menos que celebrando una posible recesión y sus secuelas sociales, propiciando una "economía de guerra" para retornar al estatismo y a la intervención y, aun, una moratoria en el pago de los intereses de la deuda externa. Si tales hechos ocurrieran, serían lamentables y negativos para todos los chilenos y ninguna fracción de ellos podría celebrarla.

Por último, no aspiramos a un modelo "populista y estatista". En esta materia, se confunde la defensa de los intereses colectivos con el populismo demagógico, que siempre hemos condenado, y la correcta definición del rol del Estado con un estatismo extremo, que repugna nuestro pensamiento. El comentario no lleva a esclarecer las ideas, tarea indispensable para

superar los prejuicios que ensombrecen las primeras manifestaciones de convivencia democrática. Si su autor conoce "Una Revolución Pendiente", no puede atribuirme, como lo hace, intenciones tan divorciadas de lo allí expresado.

Pablo Rodríguez Grez



Nacional
de Chile

15 → 10 - 86

145

OFRECIO CONFERENCIA AYER:

Juicios sobre la Transición Del Abogado Pablo Rodríguez

■ Dirigente nacionalista abordó el tema "Poder Social y Poder Político".

El abogado Pablo Rodríguez planteó ayer que el atentado contra el Presidente Pinochet y el hallazgo de arsenales subversivos avalan su anterior afirmación de que "la transición pacífica a la democracia hallará obstáculos muy difíciles de superar, los cuales provienen de la intransigencia de la oposición democrática para ajustarse a la normativa constitucional y del marxismo en provocar una ruptura institucional del país".

Rodríguez expuso ayer el tema "Poder Social y Poder Político" en una conferencia dictada en un céntrico hotel, dentro de un ciclo organizado por la Corporación de Estudios Nacionales.

Partió señalando que su planteamiento se desarrollaba en el libro "Una Revolución Pendiente". Indicó que esta denominación no obedecía a una "premonición intuitiva", sino al "análisis objetivo de la situación política chilena".

Recordó que luego de publicado el segundo tomo de su obra "El Mito de la Democracia en Chile", se produjo la decisión del marxismo por la vía violentista, el atentado contra la vida de S.E. y el hallazgo del armamento proveniente de Cuba y la Unión Soviética. Hechos, que insistió, avalaron su afirmación de que la transición pacífica deberá enfrentar barreras de difícil traspaso.

Más adelante, sostuvo que la sociedad política puede ser definida desde dos perspectivas: una liberal y otra orgánica. Según la primera "se trataría de una realidad mecánica, atomizada, contractual y generada por el hombre, en donde cada ciudadano se conecta directamente con el Estado y goza de una ínfima cuota de poder político". Añadió que "en esta concepción, el poder político se genera a través de los partidos y del sufragio universal".

El abogado nacionalista definió a los partidos como "agrupaciones artificiales que nacieron en torno a líderes y planteamientos muy simples, hasta llegar a abrazar ideologías globalizantes, como sucede hoy con el marxismo, el socialcristianismo y el neoliberalismo, entre otras".

Insistió en que el objetivo de los partidos es "conquistar el poder, incluso más allá de las fronteras nacionales y aplicar la ideología en una constante tentación totalitaria". Sobre el "sufragio universal inorgánico" señaló que se fundaba "en supuestos errados como el que todos los hombres son iguales, en circunstancia de que las leyes biológicas, genéticas y físicas demuestran que son radicalmente distinto; que todos los hombres tienen idénticos intereses sociales; en la arbitrariedad de los sistemas electorales y en la omnipresencia e infabilidad del principio de la mayoría".

Rodríguez Grez aseguró que este sistema político conduce inevitablemente a la "oligarquización" de los partidos, "lo cual hace ilusoria la participación democrática; la identidad de és-

tos con determinadas clases sociales; la absorción de los cuerpos sociales intermedios; el reduccionismo demagógico y el uso de los medios de comunicación social como instrumento determinante de las luchas electorales; el predominio de las grandes internacionales ideológicas y la internalización de la política, y la partidocracia y la transferencia a las directivas políticas de los poderes que se confían a las autoridades públicas".

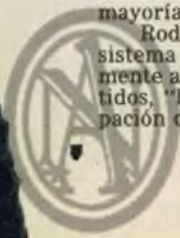
Luego, frente a la concepción liberal describió la concepción orgánica. "Según ella -dijo- la sociedad política es una sociedad integrada por sociedades menores, un organismo natural y no un mecanismo contractual". Rodríguez sostuvo que "entre el individuo y el Estado se ubican los cuerpos intermedios que son los que integran el Estado".

Señaló que el hombre, social y políticamente, no es "unidimensional" como lo concibe el liberalismo, sino "pluridimensional, puesto que participa en varios cuerpos intermedios desde los cuales desarrolla su función". Analizó también el principio de la subsidiariedad y totalidad "que -dijo- reglan el funcionamiento de la sociedad política".

Opinó que habían diversas maneras de generar el poder político en la sociedad orgánica, "sea mediante la expresión política de los cuerpos sociales intermedios, sea a través de la selección de los candidatos por éstos y su consagración por el sufragio universal, como forma de mantener ese «resabio» que nuestra cultura se empeña en elevar al rango de valor superior, sea mediante la generación de una cámara política y otra corporativa, como los postula, entre otros, Gonzalo Fernández de la Mora".

Finalmente, analizó las disposiciones de la Constitución de 1980 que crea los Consejos de Desarrollo Comunal y los Consejos Regionales de Desarrollo. Estimó este sistema como "malo", puesto que "se intenta hacer convivir el poder superior de los partidos con el poder limitado de los cuerpos intermedios, en una mezcla que, sin duda, permitirá la absorción de los segundos por los primeros".

30-10-86



Nacional
de Chile

En respuesta a Patricio Vildósola

Pablo Rodríguez fustigó a políticos tradicionales

El abogado Pablo Rodríguez planteó que grupos políticos tradicionales han recurrido al desprestigio y la caridad internacional para influir en la vida interna de Chile.

"Son y serán incapaces de generar una opción civil que evite que el comunismo o la anarquía vuelva a dominar en nuestras fronteras", manifestó el abogado Rodríguez. Preciso los conceptos emitidos en una conferencia ofrecida en la Academia de Estudios Políticos y Estratégicos, sobre la realidad política actual, a raíz de un comentario formulado por el columnista de LA TERCERA, Patricio Vildósola.

La crítica de Pablo Rodríguez a los sectores políticos civiles no distingue entre partidarios y adversarios del gobierno, puesto que unos y otros, según señaló, con muy escasas y honrosas excepciones, parecen más empeñados en conquistar el poder "a como dé lugar" que en resolver los graves problemas que afectan a Chile en la hora actual.

De la misma manera, denunció "la estrategia opositora de enfrentar el plebiscito de 1989 bajo el esquema político del pasado, precisamente lo que la Constitución procura evitar al establecerse la consulta plebiscitaria".

"A tal extremo llega la



Pablo Rodríguez

politiquería en las cúpulas partidistas -manifestó- que se ha ideado levantar un candidato, que no será candidato sino una encarnación del "NO" en el proceso plebiscitario. De este modo, se piensa, se reanudarán las elecciones políticas, aun cuando encubiertas bajo apariencias y supuestos tácticos. Se procura con este procedimiento burlar la intención del constituyente que, para evitar un enfrentamiento político electoral en 1989, estableció el sistema de proponer un candidato a la ciudadanía para que ésta, libre y soberanamente, lo apruebe o lo rechace".

También fue crítico, particularmente, con la derecha, señalando que no honraba a esta corriente política la multiplicidad de posiciones que se observa en su seno.

"Así sucede -dijo- con la fracción "republicana" en la extrema posición; con la fracción "nacionales" en oposición atenuada; con la fracción "Unión Nacional" con postura de independencia del gobierno; con el "Frente Nacional del Trabajo", de apoyo crítico y con la UDI de adhesión originalmente furibunda, pero cada vez más diluida".

Destacó, también, que "el cuadro opositor es aún más desalentador, porque mientras el Partido Comunista busca un rupturismo subversivo que desate la revolución marxista; el Partido Demócrata Cristiano intenta dividir a las Fuerzas Armadas y de Orden, mediante la infiltración de lo que denomina "militares no continuistas" y los derechistas en la oposición llaman a la reforma de la Constitución, para conseguir una elección "abierta" y la flexibilidad de las normas relacionadas con la modificación de ella". 147

Es un hombre golpeador. Cada cierto tiempo Pablo Rodríguez Grez, abogado y nacionalista neto, salta al tapete. Hoy lo está por "La revolución pendiente", libro que se encuentra en el velador de más de una autoridad chilena.

Por mi parte, estoy en las etapas de las segundas rondas. Después del atentado al Presidente de la República, los cambios de apreciaciones respecto a lo que puede suceder o a las expectativas que se pueden tener en Chile adquieren una especial relevancia, para una ciudadanía que todavía no se repone del shock del hecho inédito en Chile. Y, en honor a la verdad, hay que reconocer que pocos se atreven a hablar. Pablo Rodríguez, sí. Un libro y el peso de los hechos fueron la causa del segundo encuentro.

Pablo Rodríguez Grez, abogado

"Pinochet puede hacer la revolución en Chile"

Por Sandra Larraín

Fotos: Luis Zavala

Además, por esas extrañas coincidencias del destino, el libro citado y el documento "Chile, ahora" fueron publicados casi a un mismo tiempo. A nadie sorprendería este hecho, si ellos no representarían las fuerzas antagónicas que más cerca han estado de Pinochet durante su gobierno. "Chile, ahora", es la declaración de principios de la UDI, con su firme adhesión al pensamiento de los Chicago boys y de la filosofía neoliberal. "La revolución pendiente", es la declaración de Pablo Rodríguez y el nacionalismo. Esta aparición prácticamente simultánea, y quiero pensar que no deseada, pone en evidencia la lucha implacable que tuvo sus inicios en el 74 y dura hasta nuestros días.

¿Quién tiene la razón? Sólo el tiempo y los hechos lo dirán. Y, quizás, por qué no, el Presidente Pinochet.

Por ahora...
"En su libro "La revolución pendiente" Ud. demuestra tener una gran capacidad de crítica, ¿es tan implacable

consigo mismo como con los demás?

-Tengo capacidad de auto-crítica bastante desarrollada. Creo ser el más severo de los críticos conmigo mismo.

Críticas de un creyente

-Y entre los defectos con que Ud. caracteriza a los chilenos, ¿con cuál se identifica más?

-Reconozco, como todos los chilenos, tener un marcado individualismo, aunque no me lleva ni a la envidia ni al egoísmo como sucede en muchos casos.

-También habla de la indisciplina social, ¿se considera Ud. un indisciplinado?

-Creo ser un poco más disciplinado que el medio chileno en cuanto a mi trabajo y a mi forma de vida. Hay otros defectos como el derroche, la calidad de víctima.

-No me diga que Ud. es derrochador y juega a la víctima

-Soy derrochador como todos los chilenos. En el fondo, comparto gran parte de lo que es el chileno.

-¿Católico observante?

-No soy católico, pero debo confesar hidalgamente que soy un ferviente creyente en Dios aunque mi relación con El es directa, sin intermediarios.

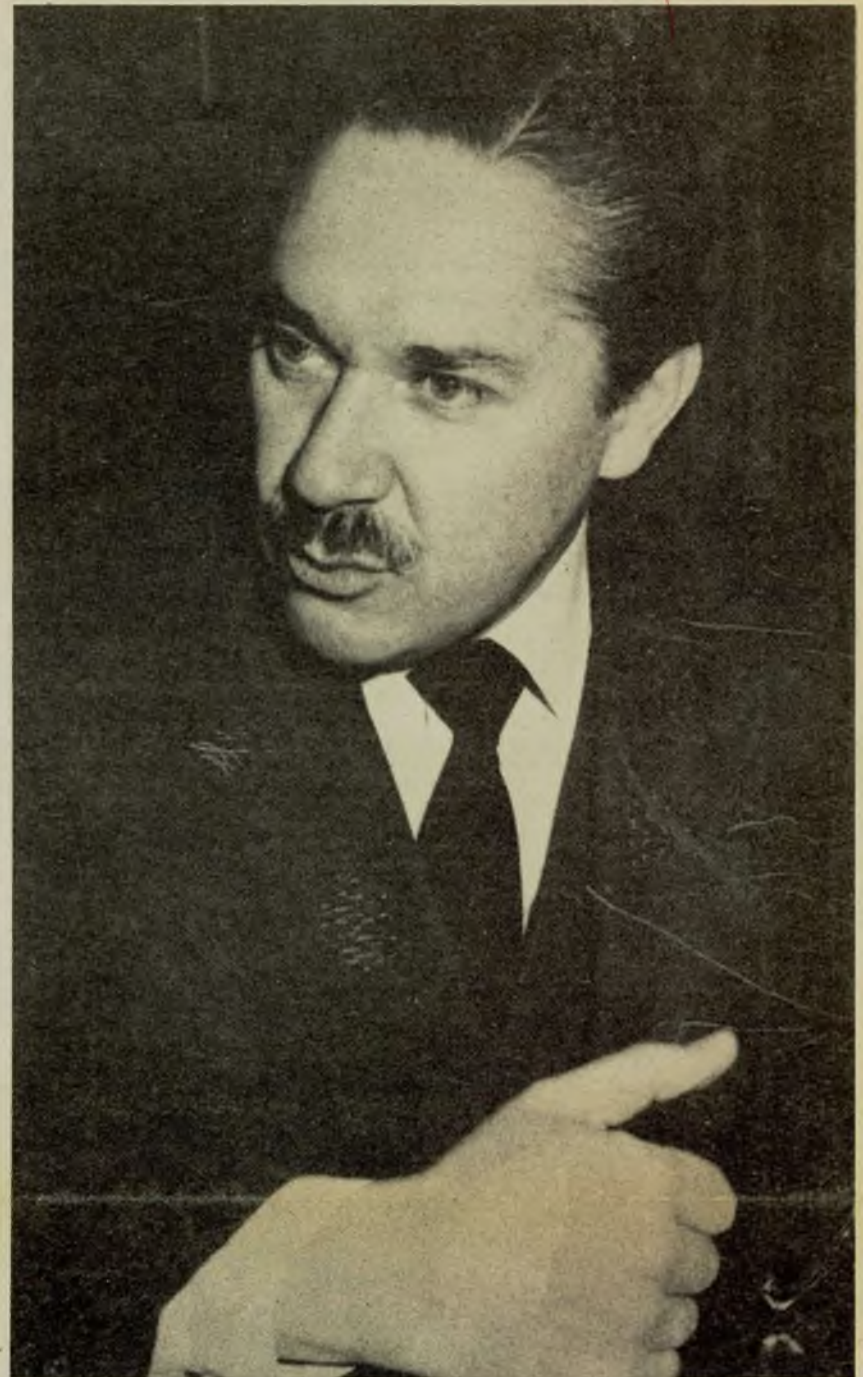
-¿Y eso, lo deja en libertad para hacer duras críticas a la Iglesia en su libro?

-Mis críticas no son duras, son absolutamente reales y respetuosas.

-¿Le parece a Ud. que poner a la Iglesia al servicio del marxismo no es duro y es respetuoso?

-Pero si eso no lo digo yo, lo dicen, incluso, sacerdotes. Yo soy un infante frente a las críticas que plantea el padre Miguel Paraddosky. Mi crítica es porque la Iglesia está implicada en el proceso político. La Teología de la Libera-

(Sigue en la siguiente página)



SUMARIO

Bancos:
El sistema bancario cambia de traje. Modificaciones no dejan satisfechos a los empresarios. (Páginas 4 y 5)

Ley:
La Ley de Bancos trata de evitar que el Estado absorba las pérdidas bancarias y estatice estas entidades. (Páginas 6 y 7)

Drogadictos:
Reportaje testimonio al drama de los drogadictos. Buscando comunicación los se enredan en la marihuana. (Páginas centrales)

A.F.P.:
Subsecretaria de Previsión señala que "desafiliarse de la A.F.P. no es un juego gratuito". (Páginas 10 y 11)

sabimet
es acero



- Barras para hormigón armado
- Barras redondas - planas - cuadradas
- Perfiles ángulos
- Planchas laminadas en frío
- Planchas laminadas en caliente
- Planchas para pisos
- Planchas gruesas
- Planchas zinc-cap
- Cañerías negras y galvanizadas
- Tubos redondos - cuadrados y rectangulares
- Perfiles para puertas y ventanas
- Perfiles abiertos doblados (ángulos - canales - costaneras)
- Coque metalúrgico
- aceros especiales

Distribuidor de productos

CAP

compac
TECNOLOGIA APLICADA

YH MANUFACTURAS DE TUBOS DE ACERO S.A.

artrecos
es coque

Pinochet... (Viene de la página anterior)

ción está inspirada por personas de marcada influencia marxista. La Iglesia en el mundo está dividida, hay un sector claramente marxista y otro tradicionalista. Hablo de un hecho histórico que nadie puede negar. Lo digo en mi libro. Además planteo que en estos momentos se ha comprendido que sin la Iglesia Católica será muy difícil un movimiento real de masas que permita el triunfo del comunismo en América Latina. El comunismo en este continente, sin estar aliado con la Iglesia, no tiene ningún destino. ¿Qué sucedió en Nicaragua? La Iglesia Católica fue la punta de lanza del comunismo, esta experiencia que dio pleno resultado quiere ser aplicada en otras naciones.

-¿O sea, que para Ud. la Iglesia en Chile es la punta de lanza de los comunistas?

-Decirlo, enfáticamente, en esos términos, es una exageración. Sin embargo, no tengo ninguna duda que se pretende conseguir ese resultado. Que hoy día lo sea no, pero que lo puede ser mañana, sí.

-Y, según Ud. la Iglesia también es responsable de miseria, de subdesarrollo. ¿Tampoco es dura esta crítica?

-La posición de la Iglesia, desgraciadamente, no sirve al desarrollo económico. Si seguimos sus enseñanzas, en donde se exalta la pobreza y no así la riqueza -"es mucho más fácil que un camello entre por el ojo de una aguja que un rico entre en el reino de Dios"-, el desarrollo económico es muy difícil. Los cristianos, los católicos no somos partícipes del nuevo espíritu capitalista, desbordante en afán de riqueza y de utilidad. El protestante sí lo tiene.

-¿Se imaginó Ud. que en Chile se atentara contra el Presidente de la República?

-El atentado al Presidente es algo completamente ajeno a la manera de ser de Chile. A mi modo de ver es una confirmación que las causas que pueden desatar en Chile una revolución están presentes. Jamás en la historia de este país se había visto preparar y desarrollar un acto de manera

tan coordinada, cruel y salvaje. Insisto, es la reafirmación más dramática de que en Chile estamos viviendo el preludio de una posible revolución.

Golpe de timón

-Después de los hechos, ¿sigue Ud. pensando que la polarización en Chile no tiene los ribetes de la del 73?

-La situación es diametralmente distinta. En el 73 estábamos polarizados porque Allende nos conducía a la dictadura del proletariado. Hoy lo estamos porque el Gobierno militar nos conduce a un sistema democrático distinto al que se conocía hasta la Constitución del 25.

-Por lo que plantea en su libro, a Ud. también le pena la Constitución del 80...

-Mire, la Constitución del 80 se hizo sobre la base de todos los errores que se cometieron entre el 70 y el 73, es decir, las grandes reformas se hicieron en donde la Constitución del 25 falló y permitió la imposición del marxismo. Dicho en otras palabras, las modificaciones son parches constitucionales.

-Pero eso no es todo...

-Hay otras dos cosas que me preocupan: la falta de flexibilidad y extrema rigidez en cuanto a modificaciones constitucionales, y la creación de leyes de quorum calificado y de leyes orgánicas constitucionales, en donde se requiere mayorías especiales para modificarlas. En un país como el nuestro, sujeto a una rápida evolución, con gran necesidad de anhelo de cambio, estos escollos jurídicos para modificar y rectificar el sistema institucional pueden llevarnos a situaciones revolucionarias muy graves.

-Me puede explicar, entonces, ¿por qué votó en favor de ella?

-Cualquiera fuese la Constitución, era un paso importante darle una consolidación constitucional a la Junta de Gobierno. No tengo ninguna duda, en este momento, de

que Chile está mucho mejor con la Constitución del 80 que sin ella.

-En "La revolución pendiente" Ud. plantea que en este momento es necesario un "golpe de timón"; ¿consolida esa expectativa el Estado de Sitio?

-La represión, como respuesta a la subversión, puede ser necesaria en un momento determinado, pero paralelamente hay que resolver los problemas sociales que subyacen en la sociedad chilena. Uno de esos grandes problemas es la falta de ideales de la juventud, un ideal noble, generoso, altruista. Nadie se hace matar por el equilibrio de la balanza de pago ni la deuda externa. La gente muere por la justicia, la integración y la igualdad social.

-En suma, ¿cuál es el golpe de timón?

-El golpe de timón, para mí, es darle al país una gran orientación, que la juventud tenga ideales que enarbolar y por los cuales vivir. Mientras sigamos con el criterio economicista, la gran masa ciudadana no se va a mover porque no se siente interpretada. Al contrario, será más sensible a los sectores subversivos, con ideologías falsas, pero atractivas.

-Señor Rodríguez, mientras Ud. plantea en su libro que las grandes modernizaciones de la filosofía neoliberal son causa de la revolución pendiente, la UDI en Chile ahora la muestra como el motor de desarrollo del país, ¿a quién creerle?

-Uno es un libro inspirado en el pensamiento nacionalista y el otro en el neoliberalismo.

-Eso está claro, pero, ¿cómo se llega a criterios tan disímiles respecto a lo que es bueno o malo para un país?

-Los nacionalistas nos interesamos por la integración social, por eso hemos visto en esas modernizaciones un traspié muy grande. Detrás del neoliberalismo se esconde una concepción política, social y económica distinta a la nuestra. En lugar de ser un elemento integrador, al darle mayor fuerza a un sector en desmedro del otro, produce un efecto desintegrador dentro de la sociedad chilena.

-En términos concretos, ¿cuál es el quid de sus desencuentros con la UDI?

-El documento de la UDI plantea más privatización de las empresas públicas y nosotros planteamos que hay áreas que deben ser manejadas por ellas, ya que son áreas estratégicas de la producción; mientras ellos dicen, sres., queremos más universidades privadas para crear élites todopoderosas, nosotros queremos fortalecer las universidades del Estado, de manera que todos tengan acceso a ellas y que no exista educación de primera y segunda clase; mientras ellos dicen abramos los canales de televisión privada para que la gente con grandes recursos tenga influencia de carácter político-social, nosotros planteamos que las preferimos en manos de las universidades. En síntesis, contra todo esto estamos nosotros, porque esto nos polariza cada día más.

Los desencuentros y el Presidente

-Me puede explicar entonces, Ud. que conoce al Presidente, ¿por qué se ha prestado a impulsar lo que encierra el



"La Iglesia Católica fue la punta de lanza del comunismo en Nicaragua -sostiene Pablo Rodríguez-. Esa experiencia se quiere aplicar en otros países".



"Si el país va a la desintegración por la Constitución del '80, el Presidente preferirá al país y no a la Constitución"

peligro que usted señala?

-Quiero hacer una declaración de principios. Le tengo un gran afecto al Presidente de la República, es un hombre muy bien inspirado, un patriota ciento por ciento, que pone en riesgo su vida y la de su familia por sostener un régimen militar frente a la amenaza del comunismo. El no es, integralmente, responsable de esta situación. El ha sido consecuente y si él sintiera, realmente, una inspiración nacionalista, creo que podría rectificar profundamente la línea de su Gobierno.

-A su juicio, ¿cuáles han sido los errores del Presidente Pinochet?

-El error fue encerrarse bajo la influencia de los Chicago boys y de la UDI. Si el Presidente hubiera tenido mayor apertura hacia los sectores nacionalistas que lo han acompañado lealmente en su administración, hubiese podido rectificar muchas de las cosas no acertadas. Además, pienso que, aunque aparezca favorecido por ello, es víctima de la no existencia de una alternativa frente a él.

-Eso dice Ud., pero hay muchos que se ven con la banda presidencial.

-Si consultamos al hombre medio -las encuestas hablan de un 70% de los chilenos-, éste piensa que no hay nadie, en Chile, capaz de resolver los problemas nacionales.

-Quiere decir, entonces, que

el Presidente Pinochet ¿debe seguir más allá del 89?

-Si la situación se mantiene, con sacrificio personal, tendrá que seguir más allá. Aquí no se ve alternativa política y, por otra parte, la oposición sigue cometiendo un error grave. Mientras la oposición no se encuadre y no acepte la Constitución del 80, el problema político no tiene solución. Con la tesis de la ingobernabilidad, la movilización social, el apoyo al terrorismo y, de alguna manera, la protección a la subversión, la oposición nos está llevando a la revolución.

-A su juicio, ¿qué pasará en Chile?

-Llegará el 89 sin modificación de la Constitución, iremos a un plebiscito, donde el candidato será el actual Presidente y, si la situación sigue como está, es probable que tenga éxito.

-Hace dos meses no opinaba lo mismo.

-Los últimos acontecimientos son claramente decisivos. Lo que no puedo predecir es si el Gobierno tendrá la capacidad política para mantener y capturar el apoyo espontáneo que la ciudadanía le ha brindado.

-Y no cree Ud. que todos los errores por Ud. señalados -plan laboral, previsión social, municipalización, enseñanza, privatización, etc.-...

-Ud. es la que está en el error. Esos no son errores para el Gobierno, esa es una tendencia del Gobierno. Dentro de esa tendencia lo ha hecho bien.

-Una tendencia inoperante a juicio de muchos, Sr. Rodríguez, incluso del suyo, ¿no es eso error?

-El neoliberalismo se ha construido bien. Yo no diría, como dicen muchos, que el Gobierno dejó la tendalada en todos los sectores. El Gobierno construyó el neoliberalismo y éste no es para Chile. Si yo estoy equivocado y lo es, entonces, hemos tenido el mejor gobierno de la historia. Pinochet, al contrario de Allende, en términos de construir el comunismo, ha sido tremendamente eficiente en términos de construir el neoliberalismo.

Responsabilidad compartida

-¿Quiere decir, entonces, que no sólo Rusia es culpable de lo que sucede en este país?

Hay una conjunción de causas. Lo primero es el marxismo y su campaña de hostigamiento contra Chile. Lo segundo, la oposición miope de este país, que le ha dado al Presidente la batalla en el

plano de la guerra, en vez de hacerlo en el plano de lo político. En tercer lugar, la tolerancia y la división de la Iglesia, que se ha transformado si no en agente, en encubridora de la acción subversiva. En cuarto lugar, la responsabilidad de la sociedad chilena que se ha dejado llevar por la campaña de incredulidad.

-Con este panorama, ¿ve Ud. alguna salida positiva al problema que nos afecta?

-Si la ciudadanía tiene una actitud resuelta en favor de un desarrollo democrático progresivo, si la Iglesia se neutraliza desde el punto de vista político, si la oposición se encuadra dentro del sistema constitucional, creo que el marxismo se podrá aislar. Si no lo conseguimos, podemos llegar a una revolución.

-Ud. pide que cambien la ciudadanía, la Iglesia, la oposición, ¿no le parece que el Gobierno también tiene su resto de responsabilidad?

-El marxismo tiene que tener cuidado, porque aquí el que puede hacer la revolución es el Presidente Pinochet. Pinochet puede corregir algunos aspectos de su programa neoliberal de gobierno y conducir al país por un sendero diametralmente distinto al que lo ha hecho.

-¿No peca de optimista, Sr. Rodríguez?

-No. Es difícil; sin embargo, pienso que si el país llega a un estado de beligerancia extrema, Pinochet puede hacer la revolución. El no llevará al país al holocausto por la Constitución del 80. Hasta este momento está empeñado en aplicarla, pero si ella significa llevar a Chile a una guerra civil, el Presidente de la República preferirá al país.

-Y Ud., Sr. Rodríguez, ¿cómo cumplirá con su cuota?

-Voy a tratar de organizar un gran movimiento nacionalista chileno. El esfuerzo que hago al escribir esta trilogía está, precisamente, destinado a aclarar las ideas nacionalistas para que el día de mañana tengan una expresión orgánica dentro de la vida política chilena.

-¿Me puede explicar cómo un movimiento que es incapaz de unidad en sí mismo puede llevar al país a la unidad como Ud. plantea?

-El nacionalismo no está dividido, puesto que no hay ningún movimiento nacionalista que recoja auténticamente esta concepción política. Lo que ocurre es que el nacionalismo está indefinido, lo que es una cosa diferente. Lo que sucedió en el Movimiento de Acción Nacional, la división entre corporativistas y liberal, se debe a esto.

INFORMATIVO DEL

AGRO



JUNTO A SU DIARIO

MAÑANA
Archivo
Lunes

3ra
de
la hora

SIEMPRE PRIMERA

¿Asesor presidencial? El abogado Pablo Rodríguez responde categóricamente: "Durante trece años consecutivos no he tenido responsabilidad de ningún orden en este Gobierno. No he sido ni siquiera miembro de una comisión para estudiar un artículo de un decreto supremo. No he desempeñado ninguna función ejecutiva ni de asesoría de ningún tipo. Al Presidente de la República no lo veo -conversando de política- desde hace más de un año. Sólo me he encontrado con él en reuniones sociales. De modo que no tengo ninguna participación en lo que ha ocurrido ni, mucho menos, en lo que se proyecta hacia el futuro. Y si fuera asesor, sería el peor del mundo, puesto que todas las recomendaciones que he hecho -y que son de público conocimiento- no han sido escuchadas. No se me escuchó cuando advertí los inconvenientes que tenía promulgar una Constitución Política y sustituirla por un estatuto constitucional de transición; cuando pedí que no se aplicara el plan económico en la forma en que se hizo; cuando reclamé del peligro que constituían los grandes grupos económicos...". Nació a la vida política en un programa de televisión, el 4 de septiembre de 1970..., noche en que el país era informado del triunfo de Salvador Allende. Y con él nació Patria y Libertad. Sólo ordenaría su disolución veinticuatro horas después del 11 de septiembre de 1973. Hace sólo unos meses hizo noticia con la publicación de su obra "El mito de la democracia en Chile". En estos momentos se encuentra en prensa -y será lanzado dentro de los próximos veinte días- el segundo tomo: "Una revolución pendiente".

— ¿Por qué ese título?

— Porque considero que la opción nacionalista quedó pendiente después de los trece años de gobierno militar -o lo que está, hasta este momento- y debe realizarse, ya que, a mi manera de pensar, en Chile o el marxismo o el nacionalismo son los que en definitiva se van a imponer.

NUEVOS OBSTACULOS

— Usted señala en su libro que en Chile jamás ha existido, como se ha querido hacer creer, un régimen auténticamente democrático...

— La tesis propiamente tal es que en 1833, cuando viene a organizarse el estado en forma, el país no tenía un régimen democrático ni entonces aspiraba a tenerlo. Desde 1833 hacia adelante empezamos a avanzar hacia un ideal democrático. En algunos periodos el avance fue más rápido y, en otros, más lento. En definitiva nos aproximamos, a mediados de este siglo, a ese ideal democrático que, creo, de alguna manera todos los chilenos sienten en forma muy viva. Pero entonces surgieron una serie de nuevos obstáculos, esencialmente debido al papel que juega el marxismo leninismo con su concepción materialista de la política y sus estrategias divergentes con aquellas necesarias para la existencia de una democracia. Mi idea es que no hemos vivido una democracia, nos aproximamos en un periodo a ella y hoy día nos hemos distanciado cada vez más, como consecuencia de la aparición de nuevos obstáculos que son producto del desarrollo político, económico y social del pueblo chileno.

— ¿Dónde está usted en este momento? ¿Se identifica con algún grupo de apoyo popular al Gobierno? ¿Existe ese grupo?

— Primero, considero que no hay un grupo de apoyo popular al Gobierno. Segundo, no podría haberlo, puesto que el Gobierno no ha planteado una doctrina atractiva políticamente para la ciudadanía. Tercero, creo que ya es tarde para que ese movimiento pueda surgir. Como consecuencia de estos tres aspectos, estimo que quienes tenemos inquietudes políticas debemos pensar mucho más en la juventud que en la contingencia actual. El país, con mayores o menores sobresaltos, va a llegar a la aplicación plena de la Constitución de 1980. A mi juicio esa Constitución, por imperativo de las fuerzas políticas tradicionales, va a ser modificada en términos muy semejantes a lo que fue la Constitución de 1925. Chile, en consecuencia, va a volver a sufrir el mismo proceso que culminó en 1973. El autor Bernardino Bravo acaba de publicar un libro en que hace un distinguido muy claro de los partidos políticos. El se refiere a los partidos que llama "parlamentarios" y a los partidos "extraparlamentarios" o ideológicos. Los partidos parlamentarios se basan en una concepción pacífica de la política. Buscan el compromiso, el entendimiento, el consenso. No quieren destruirse unos a otros. Los

**Pablo Rodríguez:
"El Presidente de la República es un nacionalista sentimental, pero no es un nacionalista doctrinario".**

- "Ha hecho un gobierno que, yo diría, es la antítesis del nacionalismo".
- "Yo sostengo que no hay división entre los nacionalistas. Lo que hay es indefinición".
- "Considero que la opción nacionalista quedó pendiente después de los trece años de gobierno militar".

Por Lillian Calm



Pablo Rodríguez: "Vamos a volver estrictamente al mismo régimen político que teníamos en 1970..."



"Uno no puede mantener a la gente joven con la ilusión de una sociedad de consumo".

partidos ideológicos o extraparlamentarios tienen soluciones globales que no admiten compromisos, consensos ni entendimientos. Los partidos extraparlamentarios o ideológicos son los que priman en este momento en Chile y los que tienen mayor arraigo en la ciudadanía. Ocurre con el Partido Comunista, el Partido Socialista y el Partido Demócrata Cristiano. Una democracia con ese tipo de partidos no puede funcionar, porque la democracia supone diálogo, entendimiento, consenso, acuerdo. Estos partidos, por el contrario, se basan en soluciones globales, en enfrentamientos, en destrucción del adversario, en dominación plena. La democracia, como nosotros la hemos entendido siempre, reitero, en Chile no puede funcionar con ese tipo de partidos.

— ¿Qué ocurre en los países reconocidos por su funcionamiento democrático?

— En Estados Unidos tenemos un partido republicano y un partido demócrata que no tienen sustanciales diferencias, que pueden entenderse. Muchas veces el norteamericano vota indistintamente por uno o por otro. Las diferencias más bien están en pequeños matices o en tradiciones. Pero en lo global, en lo esencial, hay un acuerdo pleno.

LA OPCION NACIONALISTA

— ¿Qué le propondría usted a la juventud chilena?

— Mi segundo libro, precisamente, es un intento de sistematizar lo que hemos denominado la opción nacionalista. La juventud tiene que empezar por conocer lo que es el pueblo chileno. Por eso incluyo un primer capítulo que se llama "Nuestra Idiosincrasia". Nosotros tenemos que encarar nuestros defectos y, al mismo tiempo, reafirmar nuestras virtudes. Mientras no tengamos claro cuáles son nuestros defectos y cuáles nuestras virtudes, va a ser muy difícil que tengamos una imagen correcta de lo que es la idiosincrasia del pueblo chileno. En segundo lugar, hay que hacer un esfuerzo para ver qué régimen de gobierno es el más adecuado a esa idiosincrasia. Y desde ese punto de vista, pienso que hay que dar ciertas ideas matrices que son las que debe recoger la inquietud juvenil. Considero que el Estado chileno tiene que ser integrador. Llamo estado integrador a aquel que morigerar, que atenuar, la lucha de clases, realidad cada día más dolorosa que desintegra al país de manera violenta. En segundo lugar, creo que es necesario redefinir las relaciones de producción. No podemos seguir teniendo empresarios que compran fuerza de trabajo y trabajadores que se sienten semi-esclavos de los empresarios o de las empresas. Debemos ir a una nueva democracia, diferente y distinta; a lo que nosotros llamamos una auténtica democracia corporativa, donde los partidos



"Este es un gobierno inspirado fundamentalmente en el neoliberalismo".

políticos que no se eliminan por ley no tengan el monopolio ni estén privilegiados en la creación o formación del poder. Creemos necesarias, además, otras reformas tales como el fortalecimiento de la cultura nacional y la creación de un sistema de auténtica igualdad de oportunidades...

— ¿Cómo puede llevarse esto último a la práctica?

— Se trata de un sistema que nos conduzca a lo que los autores llaman la meritocracia. No podemos creer en la utópica igualdad que plantea el marxismo. Pero nosotros queremos una sociedad jerarquizada por los méritos, y eso se consigue a través de una igualdad de oportunidades. Hay que examinar, entonces, la igualdad de oportunidades desde el punto de vista esencialmente de la educación, de la vivienda, de la salud, de la justicia, de la nutrición, que es un derecho de todos los niños. Creo también que hay ciertos vicios en este país que hay que combatir: el alcoholismo, las enfermedades de trascendencia social, el aborto. Hay que darle a Chile una inspiración muy diferente de la que le ha estado dando una sociedad de consumo, que nos ha achatado moralmente. Ese es el planteamiento de fondo de mi nuevo libro.

"NO HAY DIVISION"

— Los nacionalistas se encuentran divididos. ¿Dónde está usted, entre ellos?

— Yo sostengo que no hay división entre los nacionalistas. Lo que hay es indefinición. Si uno define en forma clara un pensamiento nacionalista va a poder clasificar perfectamente a la gente en nacionalista y no nacionalista. Pero hasta este momento el pensamiento nacionalista ha sido confundido con el sentimiento nacionalista. Uno puede ser nacionalista porque sentimentalmente tiene amor a su patria, a su historia, a su pueblo. Pero eso no es suficiente para ser nacionalista. El nacionalista es un hombre que abraza una doctrina política. Y mientras esa doctrina no se defina, no hay división de nacionalismo. Hay simplemente confusión. Por eso hemos señalado que se puede ser patriota sin ser nacionalista, pero no se puede ser nacionalista sin ser patriota. Hay que ser patriota para ser nacionalista, pero además hay que abrazar un conjunto de ideas que en su esencia tienden a la integración social y a la unidad nacional.

— Y, ¿las bases? Recientemente un grupo nacionalista suscribió en un recinto universitario un cartel en que hacía alusión a un romance entre la DC y el MDP. ¿Quiénes son esos nacionalistas?

— Encontré muy ingenioso ese cartel y muy en la realidad de lo que está sucediendo. Esa, tal vez, es la mejor manifestación de la necesidad de sistematizar una doctrina nacionalista. La gente joven reclama

una doctrina, un principio, un ideal en el cual creer. Uno no puede mantener a la gente joven con la ilusión de una sociedad de consumo. Nadie en este país se va a hacer matar por el equilibrio presupuestario ni porque conquistemos una mejor expectativa en los términos de intercambio. Ese conjunto de ideas, esa mística que la juventud necesita, hay que dársela a través de una doctrina. Eso es lo que estamos intentando crear en breve plazo, y en ese momento va a surgir un movimiento nacionalista que abraza una idea muy definida. Quienes estén con ese movimiento van a ser nacionalistas. Los demás, admito que puedan ser patriotas, pero no van a ser nacionalistas. Lo he dicho muchas veces: el Presidente de la República es un nacionalista sentimental, pero no es un nacionalista doctrinario, porque ha hecho un gobierno que, yo diría, es la antítesis del nacionalismo. Sin perjuicio de ello quiero aclarar, desde luego, que siento una gran gratitud hacia él por haber encabezado el 11 de septiembre de 1973. Si no hubiera ocurrido aquello, no estaríamos conversando en este momento sobre estos temas.

"EXCESO DE LIBERTAD"

— ¿Por qué considera que su gobierno es la antítesis del nacionalismo?

Por varias razones. En primer lugar, porque éste es un gobierno inspirado fundamentalmente en el neoliberalismo. Y el neoliberalismo no tiene como preocupaciones fundamentales ni la unidad nacional ni la integración social. En Chile, por nuestra propia idiosincrasia, necesitamos una mano muy firme. Todo lo que ha ocurrido en el campo económico se debe, exclusivamente, a exceso de libertad. El chileno, por su raíz, no puede sino ser llevado de la mano por la autoridad. Ha sido desastroso tanto dejarlo en plena libertad como copiar modelos extranjeros. Que hayamos adoptado las ideas de Milton Fridman, de la Escuela de Chicago, es más o menos equivalente a lo que pretendió hacer Infante con las leyes sobre federalismo o Allende al traer la experiencia cubana. El chileno requiere de soluciones propias. Este gobierno no se las ha dado. Se ha inspirado siempre en los países extranjeros. También ha habido una desnacionalización de gran parte de las riquezas chilenas, que nadie puede negar. Eso es la antítesis del nacionalismo, y tanto es así que hoy día la lucha de clases es mucho más intensa que lo que fue en 1970 o en 1973. Esa lucha de clases también es la antítesis del nacionalismo, que busca la integración social y la unidad nacional.

1989—1990

— ¿Cuál cree usted que es la solución para 1989: un candidato de consenso o elecciones directivas?

— Pienso que la gran mayoría de los chilenos está de acuerdo en que se va a aplicar la Constitución de 1980 y se van a cumplir los plazos establecidos en ella. ¿Qué va a pasar en 1989 si no se modifica el artículo 27 de la Constitución, como yo creo que va a suceder? Si la Junta Militar designa a un candidato, ese candidato no tiene muchas posibilidades de tener éxito. El país no va a admitir una proposición de la Junta Militar para que ejerza la Primera Magistratura. En segundo lugar, si vamos a una elección presidencial en 1990 —puesto que el mandato presidencial se prolonga hasta 1990— y vuelven a jugar los partidos tradicionales, evidentemente en Chile va a triunfar un presidente demócratacristiano con el apoyo de la izquierda. Entonces vamos a volver estrictamente al mismo régimen político que teníamos en 1970. En consecuencia, el país va a tener un paréntesis de dieciséis años y no va a ocurrir nada más que eso.

— ¿Cómo cree que deberían seguir interviniendo las Fuerzas Armadas en el gobierno?

— Siguen interviniendo en el Consejo de Seguridad Nacional. Pero tengo la certeza de que los partidos políticos y la ciudadanía no van a admitir, estando bajo el control del gobierno, que las FF.AA. puedan intervenir de esa manera en que lo establece la Constitución. En todo caso pienso que las FF.AA. se van a replugar a sus cuarteles. Ese repliegue, hacia 1990, va a constituir un peligro siempre latente para una estabilidad institucional, y las FF.AA. van a poder volver a intervenir porque, ciertamente, están hoy día en mucho más avanzado estado de desarrollo político que lo que estaban en 1970 y en 1973.



Análisis político

Reconciliación: Mito o realidad

Por Pablo Rodríguez Grez



Sectores perfectamente definidos de la ciudadanía proclaman la urgente necesidad de una "reconciliación" nacional. Se trata, dicen, de una decisión moral fundada en la comprensión y no en la sumisión.

Reconciliación supone ruptura, divorcio, enfrentamiento anteriores. Ella sólo es posible entre bandos antagónicos que se rechazan recíprocamente y cuyas posiciones se excluyen. Toda reconciliación implica concesiones y renunciamentos o la búsqueda de un punto de equilibrio entre los extremos.

¿Cabe hablar entre nosotros de reconciliación?

Afirmo, categóricamente, que aquel planteamiento no es más que una vulgar patraña, una consigna de corte político destinada a frenar el proceso institucional y frustrar un proyecto histórico que cuenta con el respaldo mayoritario del pueblo chileno. Admito que la cuestión es atractiva y capaz de inducir a engaño a mucha gente. Es más, se la presenta con el aval moral de instituciones religiosas y revestida de una humildad cristiana que resulta difícil repudiar. Pero en el fondo carece de toda base real y basta un somero análisis para descubrir el trasfondo que ella oculta.

CAUSAS DEL ROMPIMIENTO

Las razones que explican la destrucción de nuestra convivencia social tienen una raíz eminentemente política. La discordia la sembró el marxismo-leninismo con la táctica complicidad del partidismo tradicional. Son aquellos factores los que precipitaron el colapso del orden constitucional, envolvieron a Chile en una guerra fratricida y obligaron a las Fuerzas Armadas a intervenir violentamente para restablecer la paz y el orden público. Un porcentaje importante de la población se movilizó tras el Partido Comunista —sin comprender su verdadero ideario— y, salvo escasas y muy honrosas excepciones, la casi totalidad de los partidos y dirigentes políticos cayeron subyugados por el atractivo demagógico de sus consignas populistas. Nadie ignora en este país que la Unidad Popular intentó fundar una dictadura de corte castrista y que dicho objetivo estuvo a punto de lograrse, gracias a la cobardía y al entreguismo de la cúpula dirigente de la Democracia Cristiana que creyó posible aprovechar en su beneficio la agitación revolucionaria promovida por el marxismo. Para restablecer la destruida convivencia nacional fue necesario un período de emergencia durante el cual se restringieron las libertades y los derechos fundamentales. Pero aquellas limitaciones temporales tenían por objeto reconstruir el marco social que permitiera el pacífico ejercicio de los derechos consagrados en la ley. De otro modo, como sucedió en el pasado, la norma legal no es más que en declaración lírica; sin alcance práctico ninguno.

La disensión, en consecuencia, subsiste con el marxismo y sus organismos de fachada y con las

disueltas colectividades políticas que no se resignan a desaparecer ni ceder su lugar a nuevas y más fluidas corrientes de representación ciudadana.

¿ES POSIBLE LA RECONCILIACIÓN?

Conviene preguntarse, entonces, si es posible una reconciliación con el marxismo y sus compañeros de ruta. Si puede este país hacer concesiones al comunismo o renunciar al proyecto político respaldado por dos de cada tres chilenos. Si cabe readmitir en el juego electoral a todas las corrientes ideológicas y restablecer el cuadro que predominaba en 1973.

El ex Presidente Eduardo Frei, con ocasión del plebiscito, propuso una fórmula concreta de reconciliación. Se trataba de sentar en una misma mesa a comunistas, socialistas, demócrata-cristianos, socialdemócratas y nacionales para que, junto a las Fuerzas Armadas, organizaran un Gobierno provisional que "allanara el camino a la democracia tradicional...". El pueblo dio su veredicto. Abrumadoramente la fórmula fue descartada porque implicaba retrotraer la realidad a los negros años de la demagogia y la descomposición moral que el comunismo consigue mediante sus tácticas de infiltración. Todos sabemos que el retorno indiscriminado de los exiliados y la reanudación de la lucha ideológica nos harían retroceder lo avanzado y sumirían nuevamente a este país en un caos, tanto o más profundo que el superado a partir de 1973.

El Gobierno Militar ha dado reiteradas pruebas de que aspira a realizar su obra sin recurrir a la represión ni a la fuerza. De la misma manera, se ha ceñido estrictamente a la legalidad vigente y ha respetado la independencia de los Tribunales de Justicia. Esta es la base de una convivencia armónica y lo que permite amoldarse sin quebrantos al régimen imperante. Esto, también explica que quienes salieron del país huyendo del "infierno" militar presionen por retornar a él. Sobre esta realidad concreta debe construirse la paz social más allá de supuestas y artificiosas reconciliaciones.

Siempre en Chile ha habido un Gobierno y un movimiento de oposición. Pero nunca antes el primero contó con el respaldo de los dos tercios de la población, al cabo de siete años de gestión administrativa. ¿Por qué, entonces, insistir hoy plañideramente en la necesidad de una "reconciliación" y un "reencuentro"? ¿Por qué no se reclamaba lo mismo entre 1964 y 1973?

Lo único cierto es que frente a la alternativa ineludible de desaparecer los sectores marxistas y restos del partidismo tradicional, han optado por divulgar una consigna impregnada de sentido moral que esconde, sin embargo, una trampa política. A ella se ha sumado el prestigio de la jerarquía católica, cada vez más sensible a las inquietudes de la oposición. Si el Gobierno cayera en esta trampa, a los pocos meses volvería a imperar la prepotencia comunista, se generarían las tensiones que preceden a la crisis y Chile sería presa fácil de los que sueñan con una revancha sangrienta.

15-5-81

Pablo Rodríguez responde a comentario de revista

N. de la R.— El abogado y columnista de nuestro diario, Pablo Rodríguez Grez, fue aludido en un artículo publicado en la Revista HOY, por Jaime Castillo Velasco, el día 6 de mayo en curso. El afectado se comunicó con el director de dicho semanario, por intermedio de la periodista Patricia Verdugo, dándosele seguridades de que su contestación ocuparía el mismo espacio y caracteres que la columna del señor Castillo. Pero no ocurrió así. La respuesta ni siquiera se incluyó entre las cartas de los lectores.

Publicamos a continuación la mencionada réplica que, reiteramos, tuvo como destinatario original a la revista HOY.

OBCECACION Y DEMAGOGIA

De tiempo en tiempo los antiguos políticos profesionales no recuerdan la liviandad de sus juicios y la superficialidad de sus reflexiones. Uno de ellos, para defender al Cardenal Silva Henríquez, las emprende en contra de todos quienes hemos discrepado de los ataques políticos que el prelado dirigiera al Gobierno y al rol que las Fuerzas Armadas han desempeñado en la restauración moral y material de Chile. Navega el articulista en un mar de falsedades que empiezan por imputar a "El Mercurio" el haber sostenido, el 19 de abril, que "la Constitución propuesta no representaba un Estado de Derecho". Silencia que la alusión corresponde a un comentario del año 1980 y que ella está referida a la época anterior al plebiscito, vale decir, antes de que por abrumadora mayoría se aprobara la actual Carta Fundamental. Mal podría referirse la cita al proyecto plebiscitado, si se recuerda que él se conoció el día 11 de agosto del año pasado.

En lo que a mi concierne, empieza por calificarme de ex jefe del grupo armado antidemocrático "Patria y Libertad". Vamos viendo. Aquel movimiento no fue un "grupo armado", como sostenían malintencionada y callanescamente la prensa y los medios de comunicación de la Unidad Popular y como repiten hasta el día de hoy sus desconsolados deudos, entre los cuales se ubica el articulista. Prueba irrefutable de lo que afirmo es el hecho de que jamás, no obstante haberse instruido decenas de procesos por requerimientos del Gobierno de la época, se pudo establecer que mantuviéramos depósitos de armas, explosivos, implementos u organización paramilitar. ¡Y vaya si intentaron hacerlo! Lo que ocurre es una cosa muy distinta. Por formación los militantes de aquel movimiento pensábamos que frente a una agresión física del matonaje mirista o comunista debía reaccionarse varonilmente en uso del sagrado derecho a la legítima defensa. Otros preferían huir o reunirse en plañideras asambleas procurando así un "diálogo" reparador. En fin, todo es cuestión de temperamento. Tampoco constituimos nosotros un grupo antidemocrático. Por el contrario, sos-

teníamos que la democracia real no podía florecer en el marco restringido de la llamada democracia liberal, que reserva a un escaso porcentaje de activista profesionales el monopolio en la conducción del Estado. Por esa razón promovíamos la renovación del sistema político a fin de que todos los chilenos, sin excepción, tuvieran expresión, representación y participación ciudadana. Lejos de ser antidemocráticos, creemos ser demócratas en el buen sentido de la expresión.

Pero como el comentarista se atribuye el monopolio de la DEMOCRACIA, paralelamente reivindica su derecho para bendecir a unos y condenar a otros. El personaje de marras conoce todas estas cosas, pero las silencia porque hoy le conviene denigrarnos aun a costa de falsedades e infundios de baja estofa. ¿Quién sabe si en día de mañana afirma otra cosa? ¿Acaso sus camaradas de partido no aplaudían en 1973 el pronunciamiento militar?

Más adelante, citando un artículo mío publicado en el diario LA TERCERA, señala que, a mi juicio, "la democracia se caracteriza por el respeto a la ley, la justicia independiente y la supremacía de la voluntad popular". Me reprocha, sin embargo, no aclarar quién y cómo se dicta esa ley, ni cuál es la independencia de los tribunales, ni cómo se ejercita la voluntad popular. La objeción es ciertamente curiosa. ¿Ignora el inquisidor quién y cómo se dicta la ley en Chile, cuál es el estatuto constitucional del Poder Judicial y cómo se ha manifestado la voluntad popular desde 1973 a la fecha? No parece posible, salvo que sufra una laguna mental o que tras sus interrogantes se esconda una crítica velada. Aunque redundante e innecesario, conviene recordarle que la ley en Chile se dicta en conformidad a las disposiciones de la Constitución Política de la República aprobada por el 67% de la ciudadanía el 11 de septiembre de 1980; que el Poder Judicial no ha experimentado —salvo un importantísimo desarrollo material— perturbación ni limitación alguna en sus funciones jurisdiccionales, en relación a la situación anterior a 1970, y que en el curso de estos años ha habido dos actos cívicos, el primero el 4 de enero de 1978 y el segundo el 11 de septiembre de 1980, y que en ambos el Gobierno ha recibido un respaldo popular sin precedentes anteriores.

Para terminar no puede dejarse pasar un hecho sugestivo. Los políticos de antaño no asimilan todavía la lección. El país ha dado categóricas demostraciones de repudiar el estilo envenenado de la crítica destructiva que oculta la verdad o la exhibe parcialmente. Siempre se ha preferido la palabra franca y veraz, sin dobleces o recursos dialécticos. Por desgracia la columna a que se alude es una reminiscencia del pasado desastroso que hemos superado y que espero no vuelva a revivir.

Pablo Rodríguez Grez

Cartas



Respuesta a Pablo Rodríguez

Señor Director:

En su edición de ayer, sábado 6, y en un conjunto de opiniones respetuosas y moderadas, resalta la del otrora dirigente antimarxista, señor Pablo Rodríguez Grez, quien respondiendo a una pregunta acerca de cómo lo impactó el sicópata, ha estimado del caso condenar anticipadamente al señor Gubler y más aún sostener que este hecho "muestra cómo una clase social, que es la fronda aristocrática, está en grave crisis y la necesidad de revisar todos nuestros valores". Curiosa respuesta en boca del que hace algunos años pretendió ser el dirigente máximo de quienes en Chile nos opusimos al marxismo y que hoy emplea para sus devaneos políticos los mismos argumentos y los mismos métodos que el comunismo: la lucha de clases.

Mientras una familia acongojada espera el desarrollo de la investigación judicial que permita dilucidar la verdad en torno a la participación de uno de sus miembros en los horribles sucesos acaecidos a Viña del Mar, el "duro" de Rodríguez Grez, amparándose en la impunidad del que cree que no tendrá respuesta, ha dictaminado la culpabilidad del señor Gubler en estos hechos.

Más aún, ha creído necesario aprovechar esta tragedia para condenar además a una "clase social en grave crisis" a la que según él pertenece el señor Gubler. Aunque él no la ha llamado así, obvio es deducir de sus palabras que la clase a la que se refiere es la de la gente decente, formada por la inmensa mayoría del país, la clase que no trafica con la honra ajena, la que no aprovecha un lamentable suceso para obtener un magro dividendo político, la clase que no padece de envidias o resentimientos; en suma, la clase que espera respetuosa y silenciosamente la sentencia judicial que determinará la inocencia o culpabilidad del señor Gubler y que cualquiera sea el resultado que dicha sentencia determine, no aprovechará estos trágicos hechos para, sacando conclusiones arbitrarias, allegar agua a su pequeño molino politiquero. Huelga decir que el señor Rodríguez Grez no pertenece a esta clase.

A las penas y vejaciones que ha sufrido y a las que a lo mejor sufrirá más adelante el señor Gubler parece que se agregará, además (de ser efectiva cierta información de prensa), la de haber servido al señor Rodríguez Grez como colaborador suyo en la dirección de Patria y Libertad en Valparaíso y recibir este pago del que fuera su jefe. Así sumaría el señor Rodríguez Grez a su resentimiento la deslealtad a quien fuera su compañero.

Lo siento por los demás "duros", entre quienes hay personas de una estatura moral a toda prueba y que, independientemente de sus convicciones políticas, pertenecen sin lugar a dudas a la clase de la gente decente que Rodríguez Grez repudia. No le será fácil a su ideario progresar cuando aparecen, queriéndolo o no, en tan mala compañía.

La ignorancia o el fanatismo político pueden excusar declaraciones como las formuladas por el señor Rodríguez Grez. En quien aparenta ser un destacado abogado y pretende ser además un conductor político, sus palabras resultan injustificables.

Total, en Chile somos pocos y todos nos conocemos: sólo el resentimiento, el "alpinismo político" o la borrachera por figurar explican estas lamentables declaraciones.

Roberto Palumbo Ossa

C.I. 5.892.154-8 Santiago

N. de la R.: La carta que publicamos está fechada el 7 de marzo.



Pablo Rodríguez

Respuesta a Pablo Rodríguez

BAJO el título "Restableciendo la Verdad", un grupo de ex parlamentarios nos ha enviado la siguiente declaración:

"Don Pablo Rodríguez ataca y denigra sin distinciones a quienes en la política vieron la posibilidad de realizar su vocación de servicio público; en el Parlamento, la de aprobar leyes de beneficio general, y en el Gobierno, la oportunidad de ejecutar decisiones encaminadas al bien común.

Hablando de nuestro sistema institucional, ha dicho entre otras cosas que "en el Parlamento se concentró lo peor de Chile". Completa la idea sosteniendo que "en los políticos y los legisladores de antaño predominaban la demagogia, la incapacidad y el electoralismo más servil".

Creemos que la medida se ha colmado. Ha llegado la hora de poner punto final a un silencio que al no responder a tantas falsedades, se puede constituir en cómplice del olvido y abandono de nuestros valores patrios, como de la destrucción definitiva de nuestra capacidad de recuperación democrática.

En la difícil hora porque atraviesa el país, mientras tantos hablan y escriben, escriben y hablan arrogándose títulos, representaciones y poderes que no sabemos de dónde obtienen, estimamos un deber ineludible hacer oír nuevamente nuestra voz con su aporte de experiencia, que es lo que se necesita para hacer renacer la confianza entre los chilenos. Confianza que es indispensable para superar la crisis y que no se obtiene ni con improvisaciones, medidas precipitadas o aseveraciones falsas y altisonantes, ni mucho menos con el tóxico de la rencilla y la amenaza.

Dicen que las cosas por sabidas se callan y por calladas se olvidan.

Por eso creemos bueno recordar. Recordar que fue gracias a la acción de los políticos y legisladores, tan execrados en los últimos años, que Chile pudo ser llamado Maestro de Naciones; que la intuición política y la voluntad creadora en la organización del Estado chileno, junto a la visión de sus gobernantes, casi todos surgidos desde el Parlamento, lo situó a la vanguardia de las naciones de América; y que mientras otros países del continente vivían una etapa de tiranía y caudillaje con su natural consecuencia de anarquía y caos, Chile sobresalía por su estabilidad institucional, por su acatamiento a la ley y por su devoción por la libertad.

Desde el Parlamento salieron hacia La Moneda nuestros más esclarecidos presidentes y ellos, apoyados en la Constitución y la ley, dieron impulso a la iniciativa creadora de los chilenos, lo que desarrolló el comercio, la agricultura, minería e industria.

Nosotros desde el Congreso Nacional siempre defendimos a la actividad productora y comercial. Nunca a los grandes consorcios financieros. No tuvimos vinculación alguna ni con la banca internacional ni los especuladores del dinero o los dueños de los llamados imperios de papel.

Chile fue el primer país latinoamericano que tuvo ferrocarriles y telégrafo. El primero en tener flota mercante. El Parlamento dictó las leyes que permitieron el regadío del valle central, la chilenización de Magallanes y el desarrollo de la minería. La educación y la cultura fueron permanente preocupación de nuestros hombres públicos. Se fundaron centenares de escuelas y maestros como Gay y Phillipi, Ignacio Domeyko y Andrés Bello, atraídos por nuestro país, nos entregaron su enriquecedora contribución artística, científica y literaria. La Universidad de Chile llegó a ser un foco de irradiación cultural para América y cátedra abierta para los más esclarecidos pensadores, que encontraron siempre en nuestro país un "asilo contra la opresión". Dictamos la legislación social más avanzada de América. Fue en nuestro sistema democrático donde los espíritus selectos de Neruda y Gabriela Mistral pudieron desarrollarse hasta alcanzar el máximo reconocimiento mundial al otorgárseles el Premio Nobel.

Fue el Parlamento el que creó la Corporación de Fomento de la Producción, que fuera durante muchos años la palanca esencial de nuestro desarrollo industrial, permitiendo la sustitución de las importaciones por productos nacionales, dando trabajo a los chilenos, erradicando la cesantía y consolidando nuestra soberanía en el acero y la energía a través de CAP, ENDESA y ENAP. La doctrina de las 200 millas marinas, hoy generalmente aceptada, fue impulsada por el parlamentario y después Presidente don Gabriel González Videla, consolidando nuestra soberanía marítima e incorporando al patrimonio nacional una importante riqueza.

Podemos afirmar sin temor a que nos desmienta un ingrato que el mundo que hoy nos critica admiraba a Chile y a sus leyes, que permitieron el surgimiento de nuestra trabajadora e ilustrada clase media, verdadero cerebro del país y forjadora de las mejores virtudes de la nación. Es un hecho que los grandes días de la patria están ligados a la acción de nuestros hombres públicos y nuestras organizaciones políticas.

La chilenización, y posteriormente la nacionalización del cobre, fue aprobada por la unanimidad de los parlamentarios, porque estimaron que de sus votos dependía el interés superior de Chile, que necesitaba recuperar su riqueza básica.

Y cuando hubo que enfrentar la situación extrema a que nos llevaba un gobernante que destruía sistemáticamente nuestras tradiciones constitucionales y jurídicas, que pretendía arrojar al Poder Judicial, atomizar la familia, poner término a la democracia y establecer la dictadura marxista, fue el Parlamento, donde nosotros actuamos con decisión y claridad, el que declaró que el señor Salvador Allende se había puesto fuera de la ley y, en consecuencia, cambiado el título legítimo que le dio el pueblo y que lo hacía invulnerable por uno ilegítimo que lo hizo vulnerable.

De este modo, los políticos y el Parlamento abrieron al país la posibilidad de que pusiera término a un gobierno que había dejado de servir a las mayorías nacionales, al situarse, con sus actos, al margen de la ley.

Esta es la verdad y ésta es nuestra historia, lejana y reciente, que nadie tiene el derecho de mixtificar.

Hoy nuevamente la patria requiere que los chilenos se entreguen a su servicio sin mezquindades, en un diálogo abierto y fecundo.

Un modelo económico dogmático, ajeno a la realidad chilena, ha destruido nuestra agricultura, debilitado nuestra industria y elevado la cesantía y el endeudamiento interno y externo a niveles desconocidos en la historia del país.

Ello se ha producido porque se ha mantenido una política errada por un tiempo excesivamente largo. Si hubiera existido un Parlamento, o cualquier organismo constitucional representativo de las tendencias nacionales; si existiera diálogo, seguramente las medidas correctoras se habrían aplicado oportunamente, ya que la opinión pública tiene una voz sensata y potente que nadie puede dejar de escuchar. Y esta voz debe volver a hacerse oír en Chile. Nosotros estamos resueltos a entregar, sin intereses personales, las opiniones y soluciones del sector ciudadano que representamos, como una nueva contribución al bienestar de Chile y un aporte que permita superar la crisis que vivimos.

Nos organizaremos en el futuro para recomendar después de un debate serio las soluciones que estimamos que el país requiere a fin de salir de la encrucijada política y económica en que se encuentra.

La instancia de la desorganización y del silencio ha terminado. Las palabras del señor Rodríguez, enfáticas, plenas de la equivocada seguridad del que, pretendiendo poseer un poder misterioso, se cree siempre dueño de la verdad, sólo merecen compasión. Esta falsa seguridad lo hace afirmar que "la verdad y la razón pueden estar en minoría y no por eso dejan de ser la verdad y la razón". ¡Es cierto que Dios ciega a quienes quiere perder!

Frente a las expresiones del señor Rodríguez nosotros preferimos quedarnos con las del Presidente de Francia Valéry Giscard d'Estaing, que después de ganar la primera magistratura con el 52% de los votos dijo: "Desde hoy soy el Presidente de todos los franceses, en consecuencia sólo podré aplicar el 52% de mi programa, ya que deberé considerar la opinión del 48% restante".

Así se respeta y se dignifica a una nación. Se abre el diálogo, se concita la colaboración y el apoyo de los más diversos, se evita la pertinencia y la obcecación que produce la anarquía, y el país, creando nuevas instancias, progresa adoptando soluciones compartidas.

AGUSTIN ACUÑA M.
GABRIEL DE LA FUENTE
VICTOR CARMINE Z.
ENGELBERTO FRIAS
MARIO MARCHANT
HARDY MOMBERG
SILVIO RODRIGUEZ
FERNANDO ROMERO
ANIBAL SCARELLA C.
Ex diputados P.N.

Pablo Rodríguez replica a Engelberto Frías

EL abogado Pablo Rodríguez hizo llegar hasta nuestra Redacción la siguiente réplica al ex parlamentario Engelberto Frías:

Don Engelberto Frías ha dado respuesta a mis observaciones relativas a una entrevista que el ex parlamentario del Partido Nacional concedió a la Revista "Cosas". Desde luego, debo celebrar la serenidad de sus juicios, que contrasta abiertamente con la virulencia de sus respuestas a la periodista Elizabeth Subercaseaux. El señor Frías ya no vaticina una "revolución" ni persiste en sostener que el problema económico "no tiene solución". El, prudentemente, ha preferido restringir sus opiniones sosteniendo una "apertura política" que, siendo respetable, carece, a mi modesto juicio, de factibilidad y que, en todo caso, no representa más que una vuelta ignominiosa al pasado.

Se equivoca el señor Frías al atribuirme falta de ecuanimidad, de prudencia o una reacción violenta. Los abogados siempre medimos la justicia de la retribución según la entidad del ataque. Resulta curioso que él pueda hablar de una revolución como consecuencia de que no se sigan sus afiebrados consejos y que, paralelamente, considere desproporcionada mi respuesta que se limita a invocar el peso de la Constitución Política de la República y la triste experiencia que dejaron los políticos en su reciente fracaso. ¿Cómo se puede calificar a los que, como el señor Frías, procuran extraer beneficios políticos de la crisis económica? ¿No es demasiado burdo reclamar una transferencia del poder a los sectores políticos tan pronto surgen dificultades económicas transitorias?

El cuadro que pinta el señor Frías de los políticos y legisladores de antaño nos sitúa en otro país. La regla general demasiado general para desgracia nuestra era muy distinta. En el Parlamento se concentró lo peor de Chile; en él predominaban la incapacidad, la demagogia y el electoralismo más servil. Hubo excepciones, es cierto, pero ellas no hacen más que confirmar la regla. El tiempo conspira en contra de quienes no queremos

que todo esto se olvide. La proverbial mala memoria de los chilenos es la mejor aliada de los que quieren que la historia se repita y el carnaval politiquero resurja con renovados bríos.

El señor Frías califica mis opiniones de particulares y minoritarias. ¿Con qué instrumento mide el ex parlamentario la adhesión que concitan sus juicios y los míos? Vuelve el señor Frías a exhibir los mismos procedimientos que empuñaron la vida pública en el pasado. Recuérdese que todos los candidatos y partidos pronosticaban un triunfo a brumador en las elecciones y luego, frente a la derrota, ante el estupor de la ciudadanía, con argucias y una asombrosa pirotecnia convencían al país de que habían tenido éxito. Lo mismo sucedió con ocasión del plebiscito de 1980 en que se anticipaba una derrota apabullante del Gobierno para luego ensalzarse la votación minoritaria de la oposición. Pero, aun aceptando el parámetro del señor Frías, él no sabe que la verdad y la razón pueden estar en minoría y no por ello dejan de ser verdad y razón. Mucho menos sabe que, con el correr del tiempo, ellas se imponen, siempre que se tenga el valor moral de sostenerlas frente a las mayorías equivocadas. Aquí reside, creo yo, la enorme diferencia entre los políticos y los politiqueros. Los primeros intentan abrir a sus conciudadanos el camino correcto, aun cuando ello les retraiga una adhesión momentánea; los segundos sólo procuran congraciarse con la mayoría a costa de claudicar de sus posiciones y renegar lo que antes adoraron.

Se equivoca, por último, el señor Frías si piensa que yo me arrogo el derecho de seleccionar y calificar a los ciudadanos de este país en cuanto al ejercicio de su derecho a opinar. Muy por el contrario. Celebro que los viejos políticos hablen porque sus palabras son el mejor argumento para defender mi irreductible posición en orden a renovar integralmente el sistema institucional en Chile. Contra esta opción se levanta, ahora, como último recurso, una nueva consigna: "el reencuentro nacional, el consenso mínimo, la amistad cívica".

Cuánta razón tenía Vicente Huidobro cuando en 1925 escribía: "Es inútil hablar, es inútil creer que podemos hacer algo grande mientras no se sacuda todo el peso muerto de esos viejos políticos embarazados de palabras ñoñas y de frases hechas".

Engelberto Frías responde a Pablo Rodríguez

EL ex parlamentario Engelberto Frías hizo llegar hasta nuestra Redacción la siguiente respuesta al abogado Pablo Rodríguez:

"En la revista "Cosas", del 25 de noviembre último, se inserta una entrevista que me hiciera Elizabeth Subercaseaux, y en cuya parte medular expresó: "que la receta política consiste, primero, abrirse. ¿Cómo va a ser lógico, cómo no va a ser un alivio para el mismo Gobierno incorporar una mayor cantidad de gente para que se ponga de su lado y comparta la responsabilidad! "Yo garantizo que si llaman a las fuerzas democráticas como grupos políticos, todos van a ir". "Cuando se comparten responsabilidades se borran trincheras, se abre el campo, no actúa el rencor ni la venganza, ni el rumor ni la suspicacia".

Estas opiniones provocaron la refutación del influyente abogado y columnista señor Pablo Rodríguez, publicadas en "La Tercera de La hora" el 4 de diciembre en curso.

Quiero destacar, por su falta de ecuanimidad y prudencia, algunas frases del señor Pablo Rodríguez que conforman su pensamiento: "El Gobierno no debe vacilar en continuar su trayectoria cívica e implementar la nueva democracia en la base, en la cual no tendrán cabida los que, como las aves de rapiña, aguardan las dificultades y la muerte para alimentar su apetito". "La mano debe ser igualmente dura con los que procuran obtener ventajas del dolor y la desesperación que provoca la emergencia".

Cuesta entender la violencia de esta reacción. No puede, el señor Rodríguez, tan ligeramente, calificar como "aves de rapiña" a quienes, en la modestia y responsabilidad de una vida entregada al servicio de Chile, leales a sus convicciones, respetuosos y orgullosos de sus raíces, nunca medraron con la necesidad ajena, jamás se enriquecieron ni con la vinculación ni la influencia, y, cuando les correspondió legislar, lo hicieron con prescindencia absoluta de los intereses que les rodeaban, sin recurrir, en propio beneficio, al favor de las autoridades ni al amparo de los grupos económicos.

Lamento la respuesta del señor Rodríguez por la dureza que reclama para la circunstancia, ya que las fórmulas que se recomiendan están más cerca de las dictaduras totalitarias que, afortunadamente, fueron desplazadas en Europa y en otras partes del mundo, y algunas que se promueven y prosperan bajo la presión del comunismo internacional.

Pienso que el "nacionalismo", así concebido, sólo tiene la particular adhesión del señor Rodríguez y muy pocos otros afiebrados seguidores.

Respeto, no obstante, sus ideas. Le niego, sí, el derecho y la autoridad que el señor Rodríguez asume para seleccionar y calificar a los ciudadanos de este país, determinando cuáles son los que deben ser marginados de su inalienable derecho de opinar, o interesarse en los problemas de Chile.

Me tranquiliza que las opiniones del señor Pablo Rodríguez no hayan encontrado respaldo significativo en la opinión pública.

Personas muy representativas de la actividad nacional, de distintos sectores, han manifestado, pública y reiteradamente, antes y ahora, frente a la emergencia, sus anhelos del reencuentro nacional, del consenso, o amistad cívica, como alguien lo ha definido, para que, desterrando odios y resentimientos, propósitos de revancha, Chile pueda, en la unidad, en paz y en democracia, emprender el camino de su reconstrucción y grandeza.

Personalmente, no obstante las severas advertencias del señor Rodríguez, seguiré entregando mis últimos esfuerzos, sin apetencias particulares de ninguna naturaleza, para aunar voluntades entre los hombres de sincera vocación democrática, que sienten la inquietud de la hora presente".

13-12-82 156

Pablo Rodríguez refuta

Por declaraciones a
Revista "Cosas"

al ex parlamentario Engelberto Frías

EL abogado Pablo Rodríguez emitió la siguiente declaración, en la que refuta al exparlamentario Engelberto Frías.

"En el último número de la revista "Cosas", el exparlamentario nacional don Engelberto Frías formula violentas y lapidarias declaraciones sobre la obra y proyección política del actual Gobierno.

Sus observaciones coinciden con la empeñada campaña de algunos comentaristas que ven en la Constitución de 1980 un instrumento adecuado para hacernos retornar en breve plazo al modelo político tradicional.

Es lamentable constatar cómo, para todos ellos, la filosofía predominante vuelve a ser la misma que imperó en este país hasta el advenimiento de las Fuerzas Armadas al poder: LAS VOLUNTADES SE SUMAN, NO SE PESAN. El pecado capital en materia política no es la falsedad y la carencia de razón, sino ser "pocos", "demasiado pocos", y la aspiración fundamental retornar a la democracia electoral y partidista que Chile conoció hasta 1973.

Por mi parte, discrepo profundamente con ambos planteamientos y sigo pensando que, no obstante la grave crisis económica que nos aflige, ha sido este Gobierno Militar el único que en el presente siglo se ha proyectado por encima de las pequeñeces y miserias del partidismo liberal y abierto camino a un ordenamiento democrático capaz de evitar la acción desquiciadora y destructiva del marxismo.

No necesito hacer un retrato de lo que era este país al comenzar la década del setenta. Basta señalar que ninguno de los grandes pilares de la nacionalidad estaba a salvo. Ni el Poder Judicial, ni el Parlamento, ni la Iglesia, ni la Universidad, ni las Fuerzas Armadas escapaban al proceso de desintegración moral y material que nos afectaba. Lo que ocurrió en el último periodo presidencial instituido en la Constitución de 1925 no fue más que el epílogo de un sistema intrínsecamente corrompido, en el cual dominaba, sin tasa ni medida, la más abyecta demagogia. Por esa razón los políticos democráticos acataron el receso dispuesto por la Junta Militar y celebraron con entusiasmo las primeras medidas -quizás las más duras- indispensables para descontaminar el ambiente de violencia, terrorismo y politiquería. Yo no creo que esta realidad pueda desdibujarse por efecto de una crisis económica que sobrevive luego de varios años de bonanza, mucho menos a los ojos de quienes aplaudieron sin reserva lo que ahora condenan con indignación. Cuando "pocos" chilenos, "demasiado pocos", advertíamos que el

plan monetarista ultraliberal desencadenaría una crisis de proporciones, la derecha económica, con la complacencia de la derecha política, sostenía la eficiencia del modelo y despreciaba el peligro que constituía la formación de grupos que comenzaban a gravitar determinadamente en la vida pública.

Dice el señor Frías que el problema económico no tiene solución. Para él, como viene sucediendo invariablemente con los demás exdirigentes políticos, todos los obstáculos que ha debido sortear el régimen militar tienen y han tenido una sola salida: el retorno a la democracia de 1973. Los hechos, sin



PABLO RODRIGUEZ

embargo, demuestran otra cosa. La actual coyuntura no será una excepción.

Conuerdo con el señor Frías en orden a que los países no mueren ni quiebran y en que las dificultades económicas no tienen mayor trascendencia histórica sino en cuanto ellas acarrear trastornos y convulsiones políticas. Pero discrepo de la receta nada original que propone: llamar a los grupos políticos democráticos para que, como tales, colaboren con el Gobierno. Me temo que esta fórmula no sea otra cosa que una nueva "concentración nacional", experimentada por don Gabriel González Videla al promediar su administración y absolutamente inviable en este momento. Muchísimo más discrepo con su fatídica predicción de que si no se sigue este camino "viene una revolución", así a secas.

El señor Frías atribuye a los "grupos políticos" un influjo casi sobrenatural, puesto que asegura que su sola presencia en el Gobierno puede evitar un colapso del régimen. Yo

respetuosamente admitiendo que es ésa una posibilidad que facilitaría un repliegue gradual de las Fuerzas Armadas y la clausura de su proyecto político- pienso lo contrario. Si el Gobierno intenta una apertura política que haga retroceder al país a 1970, los días del actual Presidente estarán contados. Entonces se sucederán en el ejercicio del poder variadas combinaciones partidistas que defraudarán, a su turno, a la ciudadanía. Al final la desesperación los llevará a rogar a las puertas de los cuarteles la intervención militar, tal como sucedió en 1973.

Pienso, también, que los antiguos dirigentes políticos sufren una deformación que no podrá corregirse. En efecto, siguen creyendo que el país se siente interpretado "naturalmente" por las corrientes políticas tradicionales y que la inmensa masa ciudadana responde a las ideologías e inquietudes que ellos representan. La verdad es muy distinta. Los partidos ya no pesan en la voluntad popular sino de modo muy reducido. En el fondo no son más que un falange de nostálgicos personeros que rememoran lo que fueron, sin resignarse al silencio y al anonimato. Es cierto que los chilenos están intranquilos por la aguda contracción económica que estamos sufriendo. Pero aquella inquietud no se traducirá, como sueñan los antiguos parlamentarios y caudillos partidistas, en la restauración del viejo orden político.

Como numerosos compatriotas, yo creo que el Gobierno debe proceder con mano muy firme en el plano económico para hacernos remontar una crítica situación, producto de la recesión internacional y de los errores del llamado "equipo Chicago", mucho más próximo a la derecha tradicional -a que pertenece el señor Engelberto Frías- que a los sectores nacionalistas con que yo me indentifico. Pero la mano debe ser igualmente dura con los que procuran obtener ventajas indebidas del dolor y desesperación que provoca la emergencia.

De la misma manera, el Gobierno no debe vacilar en continuar su trayectoria cívica e implementar la nueva democracia en la base, en la cual no tendrán cabida los que, como las aves de rapiña, aguardan las dificultades y la muerte para alimentar su apetito".

Pablo Rodríguez



Archivo
Nacional
de Chile

Nacionalismo
Popular.



Archivo
Nacional
de Chile

John Schaffer

Ex Director PL

Auf. Duz 73 total unanimo - Casa
Díaz Puellos, a finjot nicht.



Archivo
Nacional
de Chile

152



Archivo
Nacional
de Chile

Nacionalistas Dan a Conocer su Posición

■ Documento de 12 páginas expone lo que piensan sobre el Gobierno, el Estado, la Familia, la Economía y otros temas

TEMUCO.— En un documento de 12 páginas, en cuya portada aparece un dibujo de Roberto Thiemé, ex dirigente del Movimiento Patria y Libertad, y que muestra el Palacio de la Moneda en llamas bajo una bandera chilena cruzada por otra enseña no identificada, un grupo autodenominado "Nacionalistas Populares" entregó las conclusiones de una reunión efectuada los días 10, 11 y 12 de octubre en Pucón, que tuvo el carácter de "Segundo Seminario Anual de Estudios", bajo el lema "Chile, Nuestro Proyecto".

El escrito, dividido en dos partes, titula la primera de ellas, "Carta Orientaciones" y está dirigida "a los camaradas nacionalistas, con la firma de Eduardo Díaz, Director de Radio La Frontera de Temuco. El segundo cuerpo, denominado "Orientaciones Fundamentales", resume las materias tratadas en la convocatoria de Pucón, para la cual se repartieron mil invitaciones.

Eduardo Díaz, expresa que considerando las consultas que generó la aparición y pronta desautorización de un Movimiento Cívico de respaldo al Gobierno y sus políticas, y ante la imposibilidad de contactarse personalmente en forma más periódica, se reunieron en Pucón y luego resumieron las ideas de quienes han sostenido durante muchos años los "principios del Nacionalismo Cristiano y Popular".

Indica luego que "hemos de trabajar intensamente, como si no fueran a rectificarse las numerosas políticas liberales", refiriéndose, según él, a la

negativa de respaldar orgánicamente al nacionalismo por parte del Gobierno.

"Por ahora, y en honor a la prudencia, añade en otra parte, dado las amenazas de algunos dirigentes del aperturismo liberal —a las que no tememos— decidimos usar el método de la Carta Privada".

Más adelante señala que, sólo a grupos como Nueva Democracia, Secretaría de la Juventud, Grupo Profesionales Jóvenes, Cooperativas La Familia, Fundación Azul, Frente Juvenil de Unidad Nacional, y otros, se les permite actuar orgánica, remunerada e impunemente. "La evidente ligazón ideológica y financiera con los grupos económicos, los hace soñar con suplantarse al régimen militar", agrega Díaz.

ORIENTACIONES FUNDAMENTALES

En este documento, que consta de 26 puntos, se explican los principios que sustenta el "Nacionalismo Popular". Se pronuncia sobre el comunismo, el liberalismo, el mercado, el Estado, la Universidad, la Mujer, la Familia y otros temas y organizaciones sociales.

Describiendo la función que le parece debe tener el Estado, los nacionalistas manifiestan que "El Estado es la sociedad más perfecta que ha podido elaborar el hombre. Es la "sociedad de sociedad". Creemos en el Estado ético, misionero y conductor, que debe velar por el bien común de sus componentes y por alcanzar el más alto destino de la Patria".



Archivo
Nacional
de Chile

AT 1018A

153

FJ 16-10-81

Gobierno no se pronuncia ante críticas nacionalistas

Fuentes de Gobierno restaron importancia a declaraciones hechas por ex líder de Patria y Libertad, Roberto Thiemme.

SANTIAGO, (EL SUR).- El Gobierno no emitirá pronunciamiento alguno en torno a recientes declaraciones formuladas por el exlíder de Patria y Libertad, Roberto Thiemme, a raíz de una reunión efectuada por elementos nacionalistas en la zona sur del país.

Así lo señalaron ayer fuentes oficiales, indicando que "sólo se trató de un grupo muy reducido de personas", quienes se habían reunido en Pucón. Al consultársele a la fuente gubernativa si tal reunión había roto el receso político, indicó que las autoridades se mantienen siempre alertas a que se respeten las disposiciones legales respecto a esta materia.

CRITICAS

En la referida reunión efectuada por elementos nacionalistas habrían asistido alrededor de mil personas durante los días 10 al 12 de octubre recién pasados.

Respecto de la reunión, el exlíder del movimiento Patria y Libertad, Roberto Thiemme, indicó que se había aprobado un manifiesto de circulación privada. Se trata del segundo seminario anual de estudios para los simpatizantes de dicha corriente ya que el primero se efectuó el año 1980 con asistencia de un dirigente español.

Al referirse a la reunión, Thiemme indicó que "nosotros somos partidarios del régimen de las Fuerzas Armadas y a

ocho años de él pensamos que el capitalismo liberal ha torcido los propósitos que las Fuerzas Armadas se fijaron el 11 de septiembre de 1973. Solidarizamos con la declaración de principios del Gobierno, de marzo de 1974".

En sus declaraciones hechas a un vespertino de la capital, Thiemme agregó: "Creemos que todos los propósitos allí fijados se han ido alterando y contraviniendo por parte del sector civil del Gobierno. Por ello pedimos derechamente una rectificación a todo el esquema económico, porque esto de duros y blandos es algo que no tiene bases para abajo. Hay personas que piden unas pequeñas rectificaciones al modelo. Nosotros pensamos que no es un problema de rectificaciones, sino de un modelo intrínsecamente negativo para el país y las consecuencias las estamos viendo".

Asimismo, el exlíder de Patria y Libertad expresó que: "Tenemos una situación económica que, contrariamente a lo que se propaga, es desastrosa a nivel mundial, con una deuda externa única en el mundo, con un déficit en la balanza de pagos inédita. Es tanto que si el Presidente hubiera devaluado el peso, como lo quiso hacer hace unos quince días y no lo dejaron, habría quebrado el sistema".

En cuanto al receso político propiamente tal, Roberto Thiemme indicó en tal oportunidad que: "Así como hace diez años no le pedimos permiso a nadie para defender lo que creíamos justo, ahora no tenemos por qué pedir permiso a nadie para hacer lo mismo".

76/10187

Restan importancia a movimiento nacionalista

Fuentes de Gobierno restaron toda importancia a la reunión celebrada por un grupo de seguidores de Roberto Thieme, ex integrante del desaparecido movimiento "Patria y Libertad" y ahora activo organizador del "Movimiento Nacionalista Popular y Cristiano".

Se indicó que sólo se trató de un grupo muy reducido de personas.

En cuanto al receso político, se recordó que el Gobierno permanece atento a toda manifestación que

viole las disposiciones vigentes. 155



Ante formación de movimiento

Ex dirigentes de "Patria y Libertad" aclaran posiciones

Pablo Rodríguez Grez, John Schaeffer y otros cuatro ex dirigentes nacionales del movimiento "Patria y Libertad", dieron a conocer un planteamiento público en que niegan toda relación con el recientemente publicitado movimiento nacionalista "Cristiano y Popular".

En efecto, durante el fin de semana del 10 y 11 de octubre, en las cercanías del sureño balneario de Pucón, se congregó un grupo de ex miembros de "Patria y Libertad", encabezados por Roberto Thieme y Eduardo Díaz, quienes dieron el lunes 12 a la publicidad un manifiesto en el que dan cuenta de la formación de un movimiento nacionalista "Cristiano y Popular".

Esta organización afirmó su lealtad "con la patria y el régimen mi-

litar", pero dejó en claro su posición respecto al Gobierno, que "no quiso el respaldo del nacionalismo", manifestando su disconformidad con el modelo económico y descontento con muchas de las políticas implementadas. También piden la participación de los trabajadores en el proceso de desarrollo político, económico y social del país.

PABLO RODRIGUEZ

Ante el surgimiento de esta posición dentro del seno del nacionalismo, Pablo Rodríguez Grez, John Schaeffer, Benjamín Matte, Olivia Gzmuri, Alvin Saldaña y Juan Eduardo Hurtado dieron a la publicidad la siguiente nota:

"Los abajo firmantes en su calidad de ex miembros de la directiva nacional del Movimiento Nacionalista "Patria y

Libertad", hemos considerado necesario esclarecer ante la opinión pública nuestra posición:

"1.— No participamos ni adherimos en absoluto a las declaraciones formuladas por ciertas personas que dicen haber constituido un movimiento nacionalista cristiano y popular;

"2.— Declaramos nuestra plena adhesión al Gobierno militar que preside S.E. el Presidente de la República, general de Ejército don Augusto Pinochet Ugarte, y nuestro propósito de cooperar para que las metas que se propone sean conquistadas; y

"3.— Desautorizamos toda pretensión de usar o aduenarse indebidamente de la trayectoria histórica del ex Movimiento "Patria y Libertad".

"Santiago, 21 de octubre de 1981".

Rechazo a Declaración De Pucón

24/10/84

■ Ex miembros de "Patria y Libertad", entre ellos Pablo Rodríguez, dijeron que no adhieren ni participan "en absoluto" con movimiento de "nacionalistas cristianos populares"

Un grupo de ex miembros del movimiento nacionalista "Patria y Libertad", entre los que se cuenta el abogado Pablo Rodríguez, declaró que no adhieren ni participan "en absoluto" de las afirmaciones formuladas por las personas vinculadas al movimiento "nacionalista cristiano y popular", reunido recientemente en Pucón.

El comunicado firmado por los ex integrantes de "Patria y Libertad", John Schaeffer, Benjamin Matte, Olivia Gazmuri, Alvin Saldaña, Juan Eduardo Hurtado y Pablo Rodríguez, fue emitido tras una reunión sostenida en una céntrica oficina, en la tarde del miércoles último.

Tras la cita de Pucón, entre el 10 y 12 de octubre pasado, encabezada por los ex miembros de "Patria y Libertad", Roberto Thieme y Eduardo Díaz, se emitió un documento donde el autodenominado grupo de "nacionalistas cristianos y populares" fijó su posición. En el texto se llamó a los chilenos a "estrechar filas para que el país supere la antinomia derecha-izquierda, optando por una posición popular". También aspiran a "poner la riqueza al servicio de todos sancionando los abusos, privilegios o explotación por parte de quienes la poseen", entre otros puntos.

El texto de la declaración emitida ayer por Pablo Rodríguez y otros cinco ex miembros de "Patria y Libertad" es el siguiente:

"Los abajo firmantes, en su calidad de ex miembros de la directiva nacional del Movimiento Nacionalista "Patria y Libertad", hemos considerado necesario esclarecer ante la opinión pública nuestra posición:

"1.—No participamos ni adherimos en absoluto a las declaraciones formuladas por ciertas personas que dicen haber constituido un movimiento nacionalista cristiano y popular;

"2.—Declaramos nuestra plena adhesión al Gobierno Militar que preside S. E. el Presidente de la República, general de Ejército don Augusto Pinochet Ugarte y nuestro propósito de cooperar para que las metas que se propone sean conquistadas, y

"3.—Desautorizamos toda pretensión de usar o adueñarse indebidamente de la trayectoria histórica del ex movimiento "Patria y Libertad"."

Aparecen las firmas de John Schaeffer, Pablo Rodríguez Grez, Benjamin Matte, Olivia Gazmuri, Alvin Saldaña y Juan Eduardo Hurtado

Nacional
Chile

Restan Importancia A Reunión de Pucón

■ Fuentes de Gobierno dijeron ayer que "no habrá pronunciamiento de ningún tipo" sobre el encuentro de un autodenominado grupo nacionalista

Fuentes de Gobierno restaron "toda importancia" a un encuentro de un grupo autodenominado "Nacionalistas Populares", que se efectuó el fin de semana pasado cerca de Pucón, en la IX Región.

Añadieron que frente a esa reunión y sus conclusiones, algunas bastante críticas para el modelo económico actualmente vigente, "no habrá pronunciamiento de ningún tipo" por parte del Gobierno.

Precisaron las fuentes que "se trata de un grupo muy reducido de personas", algunas de ellas ligadas al ex movimiento "Patria y Libertad", como es el caso de Roberto Thieme.

Consultadas las fuentes sobre si

cabría aplicar a este movimiento las normas legales sobre receso político, respondieron que "las autoridades siempre están atentas a que se respeten las disposiciones legales sobre esta materia".

Otra fuente gubernativa expresó que en el caso de Thieme, éste "es el menos indicado para formular declaraciones sobre determinados aspectos relacionados con actividades de algunas entidades, por razones que él conoce muy bien".

En el documento que se repartió a los asistentes a la reunión, bajo la forma de carta privada, se explican los principios que sustenta el "Nacionalismo Popular".

16-10-87

Buscan Modelo Integrador y Popular

Señor Director:

La periodista señora Blanca Arthur nos ha aludido en una crónica referida a las corrientes de opinión.

No es del caso discutir si ha sido la ya desmantelada Corporación de Estudios Nacionales o el Nacionalismo Popular el que ha causado mayor impacto en la información nacional y del extranjero. Es cuestión de enfoque. De todas formas, una revisión acuciosa de los propios archivos de "El Mercurio" comprobará cómo este esfuerzo, que no ha tenido respaldo oficial ni de la banca privada, ha logrado abrirse un espacio político.

Lo que sí resulta absolutamente sorprendente es que la crónica en cuestión nos atribuya, en forma antojadiza, el ser antipartidos políticos y críticos al modelo económico.

Las Orientaciones de Pucón fueron publicadas por ese diario. En ese documento, que es fundamental en nuestro afán, pretendemos un sistema de democracia integral, donde no sean los partidos políticos el único intermediario válido entre el hombre y el Estado, lo que no significa excluirlos totalitariamente ni mucho menos atacarlos.

Es más, los nacionalistas populares somos propugnadores de un amplio pacto político y social, que permita al régimen militar romper el cerco derechista liberal, para avanzar en pos de la concreción de las aspiraciones pendientes en el alma de nuestro pueblo: lograr un desarrollo económico compartido y con justicia social y construir una democracia integral de participación social solidaria.

Es la única manera de que la patria retome su centro de equilibrio, apartándose de los extremos para siempre.

Finalmente, quisiera subrayar que

no nos hemos limitado a criticar y a buscar ajustes al modelo económico liberal capitalista. Hemos dicho que al estar fundado en el individualismo competitivo, es inmoral; y que en la práctica ha fracasado, debiendo sustituirse por un modelo integrador y popular que permita desatar la solidaridad y el patriotismo entre los hombres del trabajo.

La revolución nacional está pendiente.

Eduardo Díaz Herrera
Roberto Thieme Schiersand



Movimiento
Nacional
de Chile 158

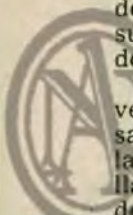
Miembro de Patria y Libertad llamado por Ministro Montero

Una conversación con el Ministro y el Subsecretario del Interior sostuvo esta mañana el director y representante legal de radioemisora La Frontera, de Temuco. El ejecutivo Eduardo Díaz Herrera, fue llamado por la autoridad de gobierno para que explicara la situación producida en esa ciudad, donde la emisora aparecía incitando a no cancelar deudas, lo que constituye un desacato a la autoridad.

Eduardo Díaz Herrera, quien fuera uno de los máximos dirigentes del Movimiento Nacionalista Patria y Libertad, posteriormente entregó una declaración, destinada a precisar la posición de su radio frente a los acontecimientos desarrollados en la región.

"Jamás he pretendido crear un clima de subversión, tan ajeno a mi personal manera de pensar, y atentar con ello a la tranquilidad pública y la paz social. Tampoco ha sido mi ánimo, agrega, llamar a desconocer resoluciones judiciales o a desatender lo que la autoridad plantea para solucionar los problemas que hoy nos aquejan, los que espero se superen al más breve plazo".

25-11-82
la



159

SE LAMENTA DECESO DE E. FREI

Declaración Entregaron Nacionalistas Populares

26-7-82

Una declaración lamentando el deceso del ex Presidente de la República, Eduardo Frei, entregó ayer el Movimiento Nacionalista Popular.

La nota, firmada por Roberto Thieme Schiersand y Eduardo Díaz Herrera, señala que "la ausencia del Presidente Frei se hará sentir, no sólo entre sus partidarios, sino entre todos los chilenos que anhelan una verdadera unidad nacional, la justicia social, el desarrollo económico participativo y el respeto a los derechos humanos".

Agrega que "su desaparición nos hace redoblar los esfuerzos en busca de la reconciliación nacional" y formula un llamado al Ministro del Interior, solici-

tándole que "se ponga término al exilio de los camaradas de don Eduardo Frei Montalva y a los castigos injustos y persecuciones de quienes se oponen a los abusos del liberalismo capitalista que afecta la vida y el bienestar de los chilenos".

Finaliza señalando que "cada día parece más evidente la necesidad de ampliar la base de sustentación política del régimen militar, para que se haga en Chile la siempre pendiente revolución nacional integradora, que permita desplazar a la oligarquía financiera en beneficio de los productores, los hombres de trabajo y la construcción de una democracia real y solidaria".

160

domingo 17 de octubre de 1982.

Nacionalistas critican modelo

SANTIAGO, (EL SUR).— Diver-
sas críticas al modelo económico y
político existente en el país formuló
el Movimiento Nacionalista Popular,
que encabeza Roberto Thieme, a
través de un documento en que pre-
cisan las posiciones de esta agrupa-
ción.

Se indica en el texto su disconfor-
midad con lo que califican de inva-
sión por un grupo elitista de lo que
pudo ser una gestión nacionalista en
los inicios del actual régimen. Igual-
mente, precisan los redactores que
en la actualidad se ha implantado un
sistema quizás más capitalista que
los existentes en el mundo.

Junto con rechazar que tal panora-
ma sea atribuido a la recesión o a la
crisis del pasado, el documento indi-
ca que aún es tiempo de corregir los
problemas, a través de un plan alter-
nativo. Para tal efecto propone supe-
rar los enfrentamientos pasados y
promover los acuerdos necesarios
para que todos los sectores partici-
pen, excluidos el extremismo liberal
y el soviético.

Finalmente, el documento na-
cionalista indica que es preciso cam-
biar de política monetaria, tributa-
ria, crediticia y salarial.

Eduardo Díaz no está en Temuco

Handwritten signature

SANTIAGO. (EL SUR).— El director de la radio La Frontera de Temuco, Eduardo Díaz, no está detenido pero no se encuentra en esa ciudad.

Así se tuvo conocimiento en esta capital, desconociéndose el paradero actual del dirigente del llamado Movimiento Nacionalista Popular que encabeza Roberto Thieme. Eduardo Díaz, de 38

años, había encabezado una campaña de la emisora en que se llamaba a abstenerse a participar en los remates de fundos o bienes de agricultores en la zona sur.

Carabineros de esta capital indicó que no se había detenido a persona alguna con el nombre de Eduardo Díaz Herrera.

162

Movimiento Nacionalista Popular

"Crimen fue operación comando"

El secretario general subrogante del Movimiento Nacionalista Popular, Roberto Thieme, dio a conocer ayer la siguiente declaración:

"El cobarde asesinato de uno de los más destacados dirigentes sindicales del país es un hecho repudiable que enluta nuevamente a la nación entera, especialmente a los sectores que como Tucapel Jiménez representamos una posición equidistante entre el liberalismo capitalista y el comunismo totalitario.

Este brutal crimen de claras motivaciones políticas ejecutado dentro del marco típico de una operación comando, ha sido presentado ante la opinión pública como un delito común por quienes, sólo horas antes, continuaban amenazando a los representantes de los trabajadores y a los que, siendo leales partidarios del régimen de las Fuerzas Armadas, estamos en una abierta oposición al ultra derechismo antinacional que nos conduce a una quevedada estrofe.

Profundamente conmovidos por la gran pérdida para el movimiento obrero chileno, hacemos un nuevo llamado a todos los sectores de la comunidad nacional, para integrarnos en una sólida alianza de trabajadores, militares y productores, que con un claro sentido patriótico iniciaremos el camino de un Chile políticamente soberano, económicamente desarrollado y socialmente justo.



82

3

163

Orden de detención contra director de radios

Eduardo Díaz

24/11/82

TEMUCO (Juan J. Faúndes).- Fue confirmado aquí que existe una orden de detención, emanada del Ministerio del Interior, en contra de Eduardo Díaz Herrera, director-propietario de las radios "La Frontera" y "Araucana" de esta ciudad.

La confirmación obra en el rechazo de un recurso de amparo interpuesto por Díaz en la Corte de Apelaciones de Temuco.

En las partes pertinentes el rechazo del recurso dice que: "se declaró sin lugar por existir una orden de detención emanada del Ministerio del Interior".

Se agrega que "el Ministerio del Interior es una autoridad facultada para disponer la aprehensión".

Eduardo Díaz desapareció de la ciudad luego de

que Carlos Podlech y otros agricultores fueran detenidos frente al recinto de exposiciones de la Sociedad de Fomento Agrícola de la Novena Región (SOFO) a comienzos de mes.

Díaz sufrió unos intentos de detención o secuestro por parte de desconocidos que lo movieron a ocultarse y salir disfrazado de Temuco rumbo a Santiago, donde ahora se encontraría según versiones locales de prensa.

164

“Hay una orden de detención, pero no quiero andar clandestinamente”

Eduardo Díaz:

TEMUCO (Juan J. Faúndes).- A pleno sol y diez minutos después del mediodía, LA TERCERA conversó aquí, en la Plaza de Armas con Eduardo Díaz Herrera, el propietario de las radios “La Frontera” y “Araucana F.M.” de esta ciudad, sobre quien pende una orden de detención del Ministerio del Interior.

Confirmó la existencia de tal orden de detención pero, dijo, “no quiero andar de clandestino”.

Díaz, que es dirigente nacional del “Movimiento Nacionalista Popular”, cuyo jefe es Roberto Thieme, había permanecido escondido el sábado 4, día siguiente de la detención del presidente nacional de los trigueros, Carlos Podlech, luego de sufrir un intento de detención o secuestro por parte de civiles no identificados.

En el intertanto, sus emisoras sufrieron una acción de las autoridades, que les prohíben aún la emisión de programas periodísticos como informativos, entrevistas y comentarios, a excepción de programación musical, cultural o deportiva.

Se imputa a Díaz y sus emisoras haber tenido una actividad protagónica, promoviendo acciones como cierre de locales comerciales, manifestaciones de agricultores en los tribunales y haber dado demasiada difusión a estos hechos.

Eduardo Díaz, que estuvo presente en la capital para el nacimiento de su hijo, ciudad a la que habría viajado disfrazado, dijo ayer aquí a LA TERCERA: “Sí, hay una orden pendiente en mi contra, pero yo no quiero andar de clandestino. Así que ahora que nació mi hijo he vuelto y ando a plena luz realizando mis labores habituales”.

de Chile
21 - 12 - 82 165

6-12-82

**Incierta
situación de
Eduardo Díaz**

TEMUCO (Juan J. Faundes).- No era posible confirmar o desmentir en la tarde de ayer domingo aquí el rumor de la detención de Eduardo Díaz Herrera, director propietario de las radios "La Frontera" y "Araucana FM", de esta ciudad, y dirigente del Movimiento Nacionalista Popular, que dirige Roberto Thieme.

El rumor surgió luego de que cuatro sujetos vestidos de civil fracasaran en un intento de detenerlo a viva fuerza cuando a las 18 horas del sábado, aproximadamente, salía del hotel La Frontera y se introducía en su automóvil.

Al darse cuenta de las intenciones de los sujetos civiles no identificados, Díaz se introdujo a su vehículo, cerró las puertas con seguros interiores, y arrancó a toda velocidad, mientras los atacantes forcejeaban las cuatro puertas del auto.

Desde ese instante se desconoce el paradero aquí de Eduardo Díaz Herrera.

166



7-12-82

EL SUR

Dirigente nacionalista: **Eduardo Díaz** **sigue libre**

SANTIAGO. (EL SUR).- "No ha sido detenido todavía", respondió el ministro secretario general de Gobierno, Hernán Felipe Errázuriz, al ser consultado ayer sobre la supuesta orden de detención en contra del dirigente del Movimiento Nacionalista Popular y director-propietario de la radio La Frontera, Eduardo Díaz Herrera.

La pregunta fue hecha al ministro Errázuriz debido a versiones procedentes de Temuco, donde se indicaba que Eduardo Díaz Herrera había logrado eludir la acción policial que intentó detenerlo. En la emisora que dirige y de la que es propietario, en días pasados dio amplia difusión a los planteamientos hechos por el presidente de la Asociación Nacional de Productores de Trigo, Carlos Podlech, quien por tales afirmaciones y posteriores consecuencias, fue expulsado del país.



Archivo
Nacional
de Chile

Thieme aclara que su movimiento no calza con reciente definición del gobierno

2a 22-11-82

A horas de emprender viaje a Europa y en un hotel de Santiago, Roberto Thieme, el ex dirigente de Patria y Libertad y ahora líder de un movimiento nacionalista, entregó esta mañana una declaración pública firmada por él, en la cual se refiere al discurso pronunciado por el Presidente Pinochet en Antofagasta.

Dice Thieme, que la definición de gobierno "popular, democrático, técnico y nacionalista", podría producir algunas confusiones en la opinión pública respecto de su grupo, que se lla-

ma "Movimiento Nacionalista Popular". Por ello, estima necesario precisar que no es popular un gobierno que, a su juicio, ha permitido la atomización del sindicalismo, ha reducido el poder adquisitivo de los sueldos y permite una tasa de cesantía como la actual.

También refuta la definición de "democrático", pues según él ello no se condice con la disolución de los partidos políticos democráticos y el establecimiento del estado de emergencia.

Otro concepto que no

comparte es el carácter "nacionalista" que tendría el gobierno, pues en su opinión ha prevalecido "la derecha oligárquica asociada al capitalismo multinacional".

Por último, dice Thieme que "tal vez podría ser técnico" un gobierno que con métodos "casi científicos" ha llevado al país a la situación actual.

Agrega que "para restablecer la confianza perdida se requieren cambios profundos y rápidos, no palabras que a esta altura sólo produ-

cen más confusión y desesperanza".

Thieme contó que esta tarde inicia un viaje de un mes, durante el cual visitará Alemania, Francia y España. Allí tomará contacto con sectores afines a la postura sobre política exterior que tiene su movimiento. Estima que esos contactos "pueden ser de gran valor en el futuro". Ellos piensan que "Chile debe integrarse a Iberoamérica y alinearse con los países del Tercer Mundo en la confrontación Norte-Sur, y desligarse del conflicto Este-Oeste".

768



Preiser

2200 Elmshorn

Postfach 520

Jensen's Fine Foods GmbH

Postfach 1240

Postfach



SIL



Archivo
Nacional
de Chile

169

"Silo está presente en más de cuarenta países"

Hallazgos de Pisagua desenterraron este nombre. Se creyó que allí estaba Bruno. Tomás Bize, dirigente humanista, puso las cosas en su lugar.

El nombre de Silo surgió hace algunos días. No lo hicieron emerger sus seguidores, sino que brotó de la tierra, cuando al desenterrar cuerpos en Pisagua, se creyó que uno de ellos, el que carecía de una mano, correspondía a Bruno, un integrante del siloísmo.

Tomás Bize, secretario general del Partido Alianza Humanista-Verde, siloísta por convicción, negó que el hecho tuviera una raíz real.

Precisó que "no tenemos en nuestras filas a desaparecidos ni ejecutados. Si en Pisagua estuvieron detenidas cinco personas en 1974 que fueron torturadas, pero al cabo de un año salieron. Incluso, les dieron un certificado de honorabilidad y buena conducta".

Dijo que "se ha dicho que puede ser Bruno Von Hetemberg, que era manco y que actualmente está radicado en Inglaterra".

Bize recordó que el Silo nació por los años 60 y que en ese entonces fue acusado de muchos escándalos.

"Surgió una explosión social donde nacieron corrientes de acción y pensamientos tales como las guerrillas, el hipismo, la drogadicción. Evidentemente nosotros no tenemos nada que ver con esas manifestaciones".

El dirigente del PH expresó que "es cierto que el movimiento siloísta en su momento fue perseguido por el gobierno pasado y también por el gobierno de la Unidad Popular. De parte de la izquierda se le acusaba de ser funcionario de la CIA y de parte de la derecha de ser funcionarios de la KGB encubierta, acusación que se mantuvo a través de los años".

A pesar de los ataques que recibieron, subrayó que "no vamos a renegar de nuestro pasado. No es un error juvenil el que hemos cometido. No hemos cometido ningún error. Más bien los acusadores han cometido errores al atribuirnos situaciones que nunca hemos sostenido. Hemos hecho una crítica con fundamentos respecto del ordenamiento social y del sin sentido de la vida, donde la soledad y la angustia existencial es pan de cada día. Nos parece que lo que falta es fraternidad, lo que falta es establecer fuentes de comunicación entre los hombres".

Hace un poco más de cinco años, los miembros del Silo volvieron a la luz pública bajo el nombre de «La Comunidad» y formaron el Partido Humanista. Este año se fusionaron con Los Verdes y dieron forma al Partido Alianza Humanista-Verde, con más de cien mil militantes. De ellos, el 10% perteneció o pertenece a La Comunidad.

"Somos y me identifico con el movimiento, una corriente doctrinaria-ideológica que tiene sus fuerzas en lo que llamamos la fraternidad universal. Creemos que el mundo actual está mal organizado. Es importante darle una respuesta existencial al ser humano. Hablamos de un cambio personal en función de un cambio social. Por eso, hemos tomado la política como una herramienta de transformación social".

El joven dirigente subrayó que Silo está presente hoy con más fuerza, en más de 40 países.

"Hoy ya no se le acusa ni se lo intenta relacionar con los hechos de los cuales se les acusó en el pasado. Hoy nos estudia la psicología conductual. Hoy se investiga por qué un partido como el nuestro tiene la potencia, el dinamismo, el misticismo de nuestra gente que trabaja. Por qué un partido tan joven como el nuestro ha llegado en cinco años a tener una diputada, por qué estamos ocupando cargos de gobierno de cierta relevancia. Creo que la sociedad ha cambiado de actitud respecto de nosotros".

Dijo que su lema es «tratar a los demás como quieres que te traten». En razón de ello, están en contra de todo tipo de violencia

—En su caso, ¿se siente más humanista o más siloísta?

—Yo no los veo incompatibles. Me inicié a la vida política desde La Comunidad. Decidimos crear el partido. Yo soy uno de los fundadores. El partido lo siento muy mío. Pero yo también participé en el movimiento del año 71 y me siento un siloísta muy sólido. Mi militancia es igualmente fuerte en ambos. Evidentemente el movimiento no se va a meter en cuestiones contingentes del país. Da orientaciones generales del sentido de vida y cada partido, en cada país, verá la forma de enfrentar la política contingente. Nosotros hemos sorprendido a la política nacional, porque nuestra inserción fue violenta desde el punto de vista de la rapidez y fue un acierto el haber conseguido una diputada de la calidad de Laura Rodríguez. Creo que pudimos haber conseguido más de haber sido mejor la negociación con el resto de los partidos de la Concertación.

—En el ámbito ecológica, ¿qué está haciendo el partido para combatir la contaminación, que ha alcanzado límites de extrema gravedad?

—Hay que distinguir dos cosas. Este es un problema que no ha atacado la sociedad chilena en su conjunto en muchos años. Como muy bien lo está encarando el gobierno, este es un problema de todos. Todos tenemos que hacer algo. El problema va a solucionarse una vez que estemos dispuestos también a entregar mucho más de lo que creemos que es posible entregar. Esta situación de Santiago es intolerable. Nuestros niños están sufriendo las consecuencias. Es un problema que hay que atacar en conjunto con la ciudadanía. Estamos en el momento de hacer eso y el gobierno tiene los equipos técnicos actuando.

—Sin embargo, existe la sensación de que algunos sectores no han tomado conciencia del problema, porque hay muchos intereses de por medio.

—Siempre hay intereses que tratan de mantener lo establecido tal como está. Esos intereses tendrán que tomar conciencia de que peligra la vida de la sociedad, la salud de nuestra gente y aquí no queda más que parar las máquinas y desviar la producción hacia otros terrenos. O vamos a tener que irnos a otra zona para establecer la capital.



"Hemos tomado la política como una herramienta de cambio social", expresa Tomás Bize.



LA MESA directiva: Cuatro hombres, cinco mujeres, todos menores de 40 años.

MAS DE MIL PERSONAS asistieron al lanzamiento del partido hace una semana.





LA FLAMANTE DIRECTIVA del Partido Humanista dio a conocer la línea de acción del nuevo movimiento.

Partido Humanista

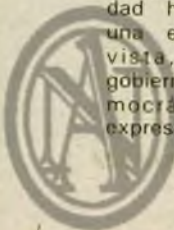
debuta en arena política

Con la asistencia de centenares de adherentes, que repletaron el Salón de Conferencias del Hotel Holiday Inn Cordillera, se realizó ayer en la mañana el lanzamiento y conferencia de prensa del autodenominado Partido Humanista, nueva colectividad política sustentada doctrinariamente en los postulados de la Comunidad (ex Silo).

El acto se inició a las 11.30 horas con la presentación de la mesa directiva del partido, constituida por su presidente, José Tomás Sáenz; además del primer vicepresidente Wilfredo Alffen; segundo vicepresidente, Pia Figueroa, y secretario general Cristián Reitze.

La debutante agrupación política propone "la creación de una orden social basada en la no violencia activa y en la solidaridad humana". Proponen una economía cooperativista, un sistema de gobierno plenamente democrático, libertad de expresión para todas las

ideas y la reducción de presupuesto bélico. "Denunciamos -señaló su presidente- a la dictadura militar, la dictadura del proletariado y la dictadura del capital como cómplices de un sistema violento e inhumano". Al consultarle acerca de su ubicación en el actual espectro político nacional, el presidente del Partido Humanista expresó que "desde el punto de vista doctrinario tanto la oposición como el Gobierno están en la vereda del frente", pero agregó que la colectividad está llana a dialogar con todas las fuerzas políticas, excluyendo aquellas que impulsan la violencia.



Activismo
Nacional
de Chile

27-5-84 172

Humanistas denuncian allanamiento

El allanamiento de la oficina de un miembro de la colectividad denunció en la tarde de ayer el Partido Humanista, a través de su Departamento de Relaciones Púlicas, que dirige Francisco Granella.

En una declaración pública señalan que "hoy en la madrugada ha sido allanada con forzamiento la oficina comercial de un miembro del Partido Humanista, ubicada en Miguel Claro, causando destrozos múltiples, rotura de cajones y desorden generalizado".

"Los "desconocidos" no robaron nada", agregan.

"Reiteramos -finaliza el texto- que somos una asociación política cuya metodología de acción es la no violencia activa y si alguna organización oficial u oficiosa o privada quisiera enterarse de nuestras actividades, bastaría con que preguntaran a cualquier directiva del Partido Humanista, cuyos nombres son de conocimiento público, para obtener información".

17-6-84

173

HABLA SU PRESIDENTE, JOSE TOMAS SAENZ:

Humanistas Plantean Su Vocación Pacifista

"No somos profesionales de la política y eso lo reconocemos. Somos pacifistas y nos interesa producir un cambio radical en un sistema que nos parece inhumano".

Así lo expresó a "El Mercurio" el presidente del recién formado Partido Humanista, José Tomás Sáenz, quien manifestó que a los que componen este movimiento les interesa hacer un aporte al medio social, por lo cual sus intenciones son transparentes.

Sáenz, quien se desempeña como corredor de propiedades, señaló que este Partido tiene su raíz en Silo, movimiento que se formó en nuestro país a fines de la década del 60. "No lo escondemos, por el contrario, nos sentimos sumamente orgullosos", manifestó.

Precisó que sus militantes se venían como cualquier persona, y que el color naranja es sólo su distintivo. Planteó que ello no les resta seriedad, citando como ejemplo al Partido de los Verdes, quienes tienen representación parlamentaria en Alemania Federal.

Asimismo, reconoció una cierta semejanza con ese movimiento germano, en cuanto a sus posturas pacifistas y ecologistas, aun con algunas diferencias "pero nosotros no somos verdes, somos naranja".

Señaló que en la actualidad son un poco más de cinco mil los voluntarios activos en ese movimiento, de los cuales ninguno, salvo el cantante y compositor Raúl Alarcón "Florcita Motuda", tiene connotación pública, lo que para Sáenz es una ventaja. "No tenemos en ese sentido pasados negativos ni positivos".

Informó que el 8 de julio próximo darán inicio a una campaña en favor del cesante, para lo cual se recolectarán firmas, al igual que lo hicieron para apoyar la paz chileno-argentina. Quienes firmen deberán apoyar tres medidas: la cooperativización de toda empresa que por su situación ponga en peligro la fuente de trabajo; la reducción del presupuesto bélico y la reorientación de esos fondos a la cesantía, para un trabajo digno, y el fomento de la industria nacional. Todo esto con el único propósito de crear conciencia.

HECHO POR CHILENOS

— Aparentemente este movimiento se ha estructurado sobre la base de algunos grupos que existen en Europa. ¿Cuál es la particularidad que lo hace netamente chileno?

— Está hecho por chilenos. Nos hemos basado en una doctrina que ha sido elaborada por un grupo humano, compuesto por gente de muchos países, en lo cual naturalmente hemos participado chilenos y la estamos aplicando a una realidad muy particular como es la forma de ser de los chilenos. Existen muchas doctrinas que son producto de una síntesis mundial. No podemos pretender ser tan provincianos de inventar el café con leche por decimotercera millonésima vez. Existe toda una experiencia humana que se intercambia

en todo el mundo. El teléfono no lo hemos inventado nosotros, ni el vidrio ni la imprenta, entonces son cosas que se trasladan de un lado a otro. Sin embargo, las realidades son nacionales, particulares.

— ¿Uds. están por el diálogo en este momento?

— Estamos por el diálogo con todos los sectores de opinión, salvo con aquellos que hagan apología de la violencia: la ultraizquierda, la ultraderecha, los bombistas. Ellos no quieren diálogo y nosotros tampoco con ellos, porque nos parece que son metodologías inaceptables. Para nosotros el máximo valor que puede haber es el valor humano, la vida humana. Estamos en pleno diálogo prácticamente con todas las corrientes.

— ¿Y qué tal ha sido la acogida?

— Muy buena. No hemos tenido ningún inconveniente. Estamos conversando con gente del MDP, de la Alianza Democrática y del Grupo de los Ocho. Nos parece que hay excelente gente en todos los sectores.

¿Uds. van a entrar a algunos de los conglomerados políticos existentes en la actualidad?

— No vamos a entrar a ninguno. Si no estamos de acuerdo con los partidos políticos existentes, obviamente no nos vamos a incluir en ninguno de ellos. Queremos mantener nuestra posición de independencia porque esto también nos da libertades de acción. Es decir, cualquier conglomerado político o corriente de opinión social, religiosa, cultural, cualquiera que sea, que haga un aporte constructivo lo vamos a apoyar y cualquiera de esos que haga algo que no nos parezca, lo vamos a criticar.

— ¿Cuál es su propuesta para el período de transición?

— Primero habría que definir la transición, porque aún se está hablando de transición con y sin Pinochet. Entonces, enfocamos el problema político y el Gobierno dice sí: vamos a conversar, y pone 150 mil firmas, y posterga y empata tiempo. Los políticos están preocupados en general del Congreso, de su cargo, de su candidatura a diputado, etc. A nosotros nos parece lógico que todo el mundo esté preocupado de eso. Lo que no nos parece lógico es que por esas prioridades descuide la atención en la situación de los seres humanos que hay en Chile, que es lo que nosotros pretendemos crear conciencia.

— Sin embargo, mucho de lo que Uds. plantean no es nuevo. Más aún es a lo que la gran mayoría de corrientes de opinión del país aspira. ¿Cuál es la diferencia del Partido Humanista?

— La diferencia es que nosotros, dentro de nuestras posibilidades, estamos actuando. Nosotros somos partido de acción y movilización. Vamos hacer esa campaña de recolección de firmas para crear conciencia y es una actividad concreta en favor del cesante, no es una actividad para sacar de diputado a no se quién. A nosotros lo que nos interesa es ir dónde están los problemas.

¡SÍLO!

27-5-84



Las fotografías muestran dos aspectos de la masiva conferencia de prensa ofrecida por el naciente Partido Humanista, en los salones del Hotel Cordillera Inn. Arriba, su presidente, José Tomás Sáenz, acompañado de otros integrantes de la directiva, da a conocer los planteamientos de la colectividad, mientras que en la foto interior se aprecia una de las ruidosas manifestaciones realizadas por los asistentes en favor del movimiento.

Creado Partido Humanista

■ Seguidores se manifiestan contrarios a todo tipo de dictadura y próclives a la "no violencia activa".

Con una conferencia de prensa a la que concurrieron más de un millar de simpatizantes, la gran mayoría jóvenes que portaban pancartas y banderas y coreaban consignas, ayer nació a luz pública el denominado "Partido Humanista", colectividad que tiene como antecedente a la "Comunidad para el Desarrollo Humano".

Este grupo, que cuenta con cerca de 5.500 seguidores en todo el país, fue el que materializó la campaña de obtención de 500.000 firmas a favor de un tratado de paz permanente con Argentina.

La directiva de la naciente colectividad —que tiene en el anaranjado su color distintivo, el que los simpatizantes lucían en carteles, banderines y cintillos— está integrada por José Tomás Sáenz, presidente; Wilfredo Alfsen, vicepresidente, y por Pia Figueroa, Cristian Reitze, Laura Anguita, Juana Vergara, Carmen Gloria Avendaño, Jaime Noriega y Huga Tormen.

Entre consignas que indicaban que "Chile se está humanizando", o que "un partido sin pasado tiene derecho a ser probado", José Tomás Sáenz enunció la plataforma política del movimiento, al que definieron como de oposición "a la dictadura militar, a la dictadura del proletariado y a la dictadura del capital", señalando que su metodología será la "no violencia activa".

Precisaron que el Partido Humanista "es de acción y movilización. Incentiva a sus miembros a realizar accio-

nes barriales, provinciales y nacionales, de acuerdo a calendarios de trabajo y no de manera ocasional y de cara a procesos electorales, como ocurre con algunos partidos tradicionales".

Entre los distintos puntos de su propuesta, el Partido Humanista, que, según sus responsables, no se identifica con ninguno de los conglomerados hoy existentes en el país, propugna la democracia como forma de Gobierno y, en materia económica, propone una renegociación conjunta de la deuda externa latinoamericana; cooperativización de toda empresa que por su situación comprometa el presente o futuro de los trabajadores; desincentivación de los monopolios económicos y financieros; legislación adecuada que regule la actividad de las multinacionales en Chile, y nuevos modelos de coestión y autogestión, así como reformas impositivas, que permitan una redistribución progresiva de la riqueza.

Igualmente, se manifiestan próclives al servicio militar optativo, ley de divorcio vincular e igualdad de prédica para las distintas confesiones religiosas y el ateísmo; reducción del presupuesto bélico y reorientación de esos recursos hacia áreas de prioridad social; detención inmediata del atropello criminal contra el medio ambiente, que destruye el equilibrio ecológico, y firmas de tratados de paz permanente entre los países en conflicto en la región, proponiendo, en este sentido, impulsar la unidad latinoamericana.

J. ARROYO

125

José Tomás Sáenz,
presidente del
Partido Humanista

"El

campo

se ve

fértil

para

nosotros"



"Como cualquier partido -explica el presidente del Partido Humanista- nos interesa alcanzar los mecanismos de poder para influir en la transformación del medio. Queremos un cambio completo del sistema, proponemos un cambio simultáneo de la sociedad y del individuo. Hacer entender a la gente que es posible cambiar las cosas sin violencia y, más aún, que la única manera de cambiar las cosas positivamente es sin violencia".

-La intención de crear una Internacional Pacifista con los distintos Partidos Humanistas del mundo, ¿significa que son antinacionalistas?

-No. Significa que somos pro ser humano, donde quiera que esté.

-¿Y tienen una estructura jerárquica internacional? ¿Hay una central mundial que coordina y comanda las acciones del partido?

-No. Cada partido funciona localmente. Aunque hay un intercambio continuo de información, lo que sucede en un lado se usa de experiencia en otros. Y tendremos un Primer Congreso Mundial del Partido en octubre próximo.

-¿De dónde salen los recursos?

-Tenemos una fuente única de ingresos, el aporte de los miembros. No recibimos plata de ninguna otra institución, lo cual nos da una ventaja: independencia total respecto de cualquier grupo político, religioso, ideológico o económico.

-La comunidad nació en Argentina y Chile. ¿Cómo llegó a lugares tan alejados como Singapur y Egipto?

-De dos formas: gente que viajó por razones personales y de trabajo y que iniciaron células en los países donde llegaron; y otros que fueron específicamente misionados por la comunidad a distintos puntos del planeta.

-¿Qué opinan de la Constitución de 1980?

-Nos parece absolutamente inadecuada. Tiene cosas aberrantes, como la siguiente: para poder cambiar la Constitución se necesita el acuerdo del Poder Legislativo, que son los cuatro miembros de la Junta. Podría haber 11 millones de chilenos pidiendo un cambio de la Constitución, pero si un miembro de la Junta dice que no, entonces no se podría cambiar. No parece muy democrático eso. ¿Verdad? Tampoco nos parece adecuado el artículo 8, y para qué hablar del artículo 24 transitorio. Nos parece importante cambiar de punta a cabo la Constitución.

-¿Y cambiar el Gobierno también?

-Por supuesto. Creemos que sería muy útil, dada la situación, que hubiera una vuelta a la democracia lo antes posible.

-¿Tienen un plan de transición?

-Es que una cosa es lo que uno plantea y otra cosa es no perder el sentido de realidad. No nos gustan la Constitución ni el Gobierno, pero no podemos desconocer que la Constitución existe, que Chile se está rigiendo por ella. Entonces, no tenemos fijado un calendario. Queremos entrar en conversaciones con todos los grupos políticos y con las Fuerzas Armadas, y en su momento haremos una propuesta para la transición.

-¿Y qué opinan del Partido Comunista?

-El PC es un Partido serio y tradicional, como el Partido Conservador, que ha intentado hacer cosas que no le han dado resultado. Su concepción del hombre corresponde al siglo pasado. Pero también nos parece que el fantasma del comunismo está siendo usado como argumento para asustar a la gente y para justificar la represión.

-¿Qué piensan de la nueva Ley Antiterrorista y las modificaciones a la Ley de Abusos de Publicidad?

-No se saca nada con legalizar lo ilegítimo. Ambas leyes son expresiones de un sistema violento. No podemos estar de acuerdo con una ley que inhibe el trabajo de la prensa. Y si bien estamos de acuerdo en que el terrorismo es una lacra, entendemos el terrorismo como sintoma de una enfermedad global de la sociedad. La Ley Antiterrorista y la CNI son sólo otros síntomas de esa misma enfermedad.

-¿Y ustedes creen que son una alternativa real de poder para el futuro próximo?

-No sé en qué plazo seremos alternativa de poder, pero si las cosas siguen como están, el campo se ve fértil para nosotros. La gente, especialmente la juventud, está cansada de que se les repitan las mismas consignas una y otra vez, quieren elementos nuevos. Y nosotros somos nuevos. Un partido sin pasado tiene derecho a ser probado.

Partido

¿Una nueva forma de ha

La noticia de que el Ejecutivo ha puesto un requisito de 150 mil firmas ante notario como condición previa para la existencia de un partido político, fue un golpe de agua fría para el debutante Partido Humanista. El grupo, que ya cuenta con 5 mil 500 afiliados "trabajando activamente", según sus directivos, esperaba juntar las 20 mil firmas de que se habló inicialmente sin mayor dificultad.

Pero si el Poder Legislativo acepta la propuesta presidencial, se exigirán 150 mil firmas, y el Partido Humanista -además de muchos otros- difícilmente tendrá existencia legal. "Es una exigencia ridícula -dice su presidente, José Tomás Sáenz-. Con esto, lo que realmente está haciendo el Gobierno es echar pie atrás en la Ley de Partidos Políticos". Y agrega: "Se habla de una gran estabilidad política cuando hay dos o tres corrientes importantes, y se menciona como grandes ejemplos a países como los Estados Unidos, Gran Bretaña y otros europeos. Pero resulta que allá la estabilidad política va unida a estabildades de otro tipo: estabilidad económica y social, ventajas laborales. La estabilidad política no se puede imponer por ley. Por otra parte, nosotros pretendemos llegar a ser mayoría, pero queremos que todas las minorías tengan derecho a expresión. Y por más que exijan un número determinado de firmas, los partidos igual se van a formar de una manera u otra, porque las corrientes de opinión existen. En lugar de formar monopolios políticos por decreto o por ley, mejor sería hacerlo por consenso popular. Simplemente ir a las elecciones y el pueblo sabrá por quién vota".

LOS ORIGENES

No sólo se oponen al proyecto de Ley de Partidos políticos, sino también a la reciente Ley Antiterrorista, a la nueva Ley de Abusos de Publicidad y a la Constitución de 1980. Y declaran que les gustaría un cambio de gobierno en el menor tiempo posible.

Pero no son opositores en el sentido tradicional. "Estamos en una situación de oposición fundamental -dice José Tomás Sáenz-, porque nos oponemos a los fundamentos del sistema, y no podemos adherir a uno de los síntomas del sistema, como son los partidos políticos tradicionales, sean del lado que sean. Somos opositores al Gobierno pero también nos oponemos a la oposición, salvo en algunos puntos de convergencia mínima, como es la vuelta a la democracia. Si alguien nos quiere definir como de izquierda, derecha o centro, no lo va a poder hacer, porque no entramos en esa categoría. Somos una forma política absolutamente nueva".

Contrarios a toda forma de violencia, también a la oposición, proponen economía cooperativista, ley de paz de la deuda externa latinoamericana, educación y medicina social gratuita, todas las religiones y también equilibrio ecológico y reducción de

Por Samu

Comenzaron a organizarse hace cuatro meses, a partir de "La Comunidad para el Desarrollo Humano", organización que nutre al partido doctrinariamente. "La Comunidad" se movilizó durante el verano pasado pidiendo firmas en favor de un tratado de paz permanente entre Chile y Argentina, logrando más de medio millón de adhesiones en pocas semanas.

Pero su historia se remonta más atrás. "La Comunidad" existe como tal desde 1975 y su actual personalidad jurídica fue tramitada por el abogado socialdemócrata Gonzalo Figueroa, y proviene del "siloisimo" o "Poder Joven", movimiento fundado en 1969 por el mendocino Mario Rodríguez Cobos (SILO). Con slogans como "Papito, no corras porque nos fuimos de la casa", el siloisimo chileno fue un movimiento juvenil que impulsaba la ruptura radical con los padres y una "revolución total" centrada en el desarrollo del individuo, libre de ataduras familiares. La novela "Palomita Blanca", de Enrique Lafourcade, ayudó a difundir la imagen de que los siloístas eran niños de clase alta descarriados. Después de la llegada del Gobierno militar, quedaron temporalmente fuera de la ley. "Lo que sucedió en esa época -explica José Tomás Sáenz- es que surgieron grupos espontáneos, que dijeron basarse en las palabras de SILO; hicieron su propia entrada y se largaron por cuenta y riesgo propios. Lo que hicieron no tiene nada que ver con lo que plantea La Comunidad, y menos con el Partido Humanista".

El Partido, según señala Sáenz, funciona en forma independiente de La Comunidad, aunque tiene con ella una relación similar a la que tiene la Democracia Cristiana con la Iglesia Católica o el radicalismo con la Masonería. Su mesa directiva está formada -además de Sáenz- por Wilfredo Alfisen, Pla Figueroa, Cristián Reitze, Carmen Gloria Avendaño, Juanita Vergara, Huga Torment, Jaime Noriega y Laura Anguita.

De acuerdo con su nombre, el Partido Humanista ubica al ser humano como el valor central. "Nada por encima del ser humano y ningún ser humano por debajo de otro ser humano", dice uno de sus slogans. Y su presidente agrega: "Hay muchas concepciones que se dicen huma-

¿Qué opina usted del Partido Humanista?

Responden Andrés Allamand, Angel Flisfisch y Miguel Salazar

Consultamos la opinión de un cientista político de orientación socialista -Angel Flisfisch- y de dos dirigentes políticos jóvenes: Andrés Allamand, secretario general del Movimiento Unión Nacional, y Miguel Salazar, presidente de la Juventud Demócratacristiana.

Andrés Allamand: Por principio respeto cualquier esfuerzo de ciudadanos en torno a efectuar un aporte para construir una sociedad mejor. Pero no resulta posible, con los actuales antecedentes disponibles y sin un proceso donde se clarifique cabalmente cuáles van a ser las posiciones propiamente políticas de esta tendencia, asignarles o

atribuirles una determinada significación. Más en concreto, por lo que he podido informarme acerca de sus planteamientos, éstos no constituirían propiamente un proyecto o programa político.

Angel Flisfisch: Por el volumen de gente que han movilizado y por el nivel de organización que han de-

mostrado tener, yo diría que hay seriedad política en ellos. La plataforma política que hicieron pública me parece interesante, incluye puntos que hasta ahora habían estado ausentes de la discusión política. No me atrevo a vaticinar nada pero creo que pueden llegar a tener una resonancia importante entre los jóvenes. El Partido Humanista



ANDRES ALLAMAND

emerge como un movimiento distinto y podría ser un síntoma de modernización de la vida política nacional.

Miguel Salazar: Si hacen sus planteamientos con la altura de miras que merece la participación en la actividad política, serán tomados en serio. Han for-



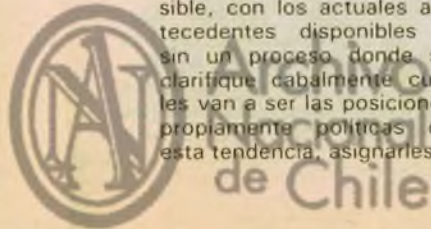
ANGEL FLISFISCH

mulado algunas ideas, pero no hay un discurso o planteamiento doctrinario completo. Han mostrado su tarjeta de presentación, pero falta conocer el discurso completo, la base doctrinaria de donde surgen y sus planteamientos para solucionar los problemas que aquejan al país. Discrepo, eso sí, con uno



MIGUEL SALAZAR

de sus slogans, "Un partido sin pasado tiene derecho a ser probado". Tal vez como partido político no tengan pasado, pero provienen de SILO, que sí lo tiene. Ese es un pasado que tienen que explicar, porque SILO fue un movimiento que puso en tela de juicio el rol de la familia como pilar de la sociedad.



Humanista: cer política?

ncia, opositores al Gobierno y cosas tan variadas como una divorcio, renegociación conjunta cana, servicio militar optativo, tuitas, libertad de prédica para para el ateísmo, protección del presupuesto bélico

el Silva

nistas, pero sin embargo ponen a Dios, al Estado, a un principio abstracto o a un sistema económico por encima del hombre". Por este motivo, su metodología de acción será la no violencia activa.

LA CESANTIA COMO PRIORIDAD

En cuanto a sus planteamientos en el área económica, proponen un sistema cooperativo general, en el cual coexistan diversos modelos de cogestión. Para llegar a eso, con el fin de "contrarrestar la violencia económica que se manifiesta en la cesantía, el hambre, la desigualdad social y la miseria", proponen concretamente: la renegociación conjunta de la deuda externa latinoamericana, la cooperativización de toda empresa que esté quebrada o a punto de quebrar, un apoyo decidido al empresariado nacional, "as-fijado por la acción de las empresas multinacionales", reformas tributarias que sean efectivamente redistributivas, la creación de cooperativas de producción, servicio y consumo, y la implantación de nuevos modelos de cogestión y auto-gestión.



LA MESA directiva: Cuatro hombres, cinco mujeres, todos menores de 40 años.

MAS DE MIL PERSONAS asistieron al lanzamiento del partido hace una semana.



"Para nosotros -dice José Tomás Sáenz-, la primera prioridad en el país en este minuto es el problema de la cesantía. Esa es la primera prioridad, porque es una prioridad humana y afecta a millones de personas. Detrás de esa cifra de un 30 por ciento de cesantes hay un problema que es

dramático y urgente, ¡hay que darse cuenta de que cada uno de los cesantes es un ser humano!". Por eso, su primera iniciativa concreta, después de su debut político, será promover una campaña en favor del cesante: "Vamos a recolectar varios cientos de miles de firmas, donde

los firmantes adherirán a tres postulados: cooperativización de toda empresa quebrada o por quebrar, para salvaguardar esa fuente de trabajo; comprometerse a comprar sólo productos nacionales, para fomentar nuestra industria, y abogar por la reducción del presupuesto bélico.

¡QUÉ RICA COCINA!

**Doña Clara
reparte
surtidos
familiares.**



**JUEGUE CON LA TERCERA
¡190 GANADORES CADA
SEMANA!**

Con el cupón que aparece todos los días en La Tercera y dos etiquetas o logotipos de conservas Doña Clara, puede ganar un estupendo surtido familiar con productos escogidos.

**¡MÁS CUPONES,
MÁS POSIBILIDADES!**

Se pueden enviar todos los cupones que usted quiera, ya sea depositándolos en cualquiera de los buzones de La Tercera a lo largo del país o bien enviándolos por correo (Casilla 9-D - Correo Central Santiago)

Sorteos semanales en cada región.

¡Gane con

Doña Clara MR
y La Tercera!



PRIMER SORTEO
5 DE JUNIO

Archivo
Nacional
de Chile

Todo de nuevo

José

Tomás

Sáenz

A LOS 35 (casado con María Luisa Larraguibel, dos hijos y medio), corredor de propiedades, José Tomás Sáenz es uno de los viejos del novísimo Partido Humanista, del cual es su presidente. El promedio de edad de la directiva es de 30 años y el de los ocho mil afiliados en sus tres meses de vida, aún menor. Jóvenes universitarios y jóvenes pobladores, algunos venidos de otros partidos políticos como Patricio Bell, presidente de la juventud socialdemócrata que renunció a la presidencia y a la militancia para firmar por el Partido Humanista.

Un partido que nació de "La Comunidad" —los antiguos siloístas—, que han planteado que está moralmente con las protestas, pero no con las formas que ellas adoptan. Que ha propuesto derechamente no pagar la deuda externa; que se ha pronunciado por la abolición de la pena de muerte y por la legalización del divorcio. Y que aboga por la disminución de los gastos en armamento. La ecología es uno de sus temas, pero no el principal, abocados a lo más contingente, como todos los partidos políticos.

Sus principales dardos, en este momento, se dirigen contra la oposición, de la cual —sin embargo— se sienten muy próximos. La intención, dice Sáenz, es colaborar a que se realice el consenso de manera de que esta oposición sea un interlocutor válido que pueda enfrentarse al régimen y que presente efectivamente los intereses populares.

"La situación actual —dice— es que el gobierno no le cree nada a la oposición; la oposición no le cree nada al gobierno, y el pueblo no le cree a ninguno de los dos". Falta la unidad y falta el hombre, pero ese hombre, piensa, no está en las actuales cúpulas. Y propone al pasar: "Ya que los políticos piden la renuncia del señor Pinochet, ¿por qué no renuncian también ellos? Después de todo, gracias a ellos derivamos en esta situación. Y es un hecho que los políticos no le estamos dando al pueblo la respuesta que necesita", se incluye.

De Pinochet opina que es un político hábil y un buen militar, porque ha podido mantenerse en el poder a pesar de situaciones aparentemente insostenibles. "Pero eso no basta para ser un buen gobernante. Ser Presidente no es el arte de sostenerse en el poder sino de usarlo adecuadamente en beneficio de la Nación".

—¿El 11 de septiembre, qué le dice?

—No me parece un día como para celebrarlo. El resultado de estos once años es una ruina social, un desorden político y el desencadenamiento de situaciones de violencia que no se sabe dónde van a terminar.

—El 11 de septiembre fue llamado por los chilenos...

—Efectivamente: un 11 de septiembre y no once 11 de septiembre. Los militares no fueron llamados para quedarse once años. Lo que la gente pedía es que los militares se hicieran cargo del gobierno y que en un plazo prudente se llamara a elecciones. Tal vez un año.

—El gobierno se remite al plebiscito de 1980, que estableció los actuales plazos.

—Si ese plebiscito se hiciera hoy el resultado sería diametralmente distinto. El gobierno lo perdería por una mayoría arrolladora y es justamente por eso por lo que no dan la oportunidad de que la gente participe.

—¿Cuál sería la alternativa? ¿Quién se quedaría con el gobierno?

—Esa es la mejor arma que tiene el gobierno en este momento; que no se ve la alternativa. No se ve al hombre ni el partido político que represente efectivamente a la oposición. Si se mide el gobierno en sí mismo, pierde. Ahora, si le ponemos una alternativa que no sea la adecuada, no estoy tan seguro que pierda: capaz que nadie vote. No vemos que haya aún una oposición de buen nivel. Los representantes del pueblo no han sido capaces de ponerse de acuerdo entre ellos en un consenso mínimo. Todos llaman al consenso, pero todos quieren que la mesa del consenso sea la propia. Los problemas personales y partidistas han detenido una oposición concertada de acuerdo con los intereses reales del país. Si las protestas no han tenido un gran encaje popular es porque han sido llamadas por gente que ha dado todo un espectáculo político.

Oposición y gobierno, por otra parte, se debaten en un juego infantil de quién se pisa el poncho; el juego del paco-ladrón o el del pillarse. Sin embargo, nadie ha denunciado que en este momento estamos celebrando en Chile el gasto de mil millones de dólares en armamento, que equivaldría a eliminar toda la cesantía que hay en el país, porque daría para pagar sueldos de diez mil pesos mensuales a un millón de personas durante un año completo. Dos submarinos, dos fragatas, dos destructores y otros elementos de disuasión que equivalen, por ejemplo, a 200 mil soluciones habitacionales y que no han sido considerados por los políticos, que están en otro tema: en el tema de quién va a suceder a Pinochet cuando se vaya. En el tema de la democracia, que no es la solución de todos los males. La gente está pasando hambre ahora y ahora hay que denunciar todos los hechos que van en contra del bienestar popular.

—¿Protestar no es una forma de denunciar? ¿Por qué no participaron ustedes?

—Sin duda que es una forma de denunciar, pero si 130



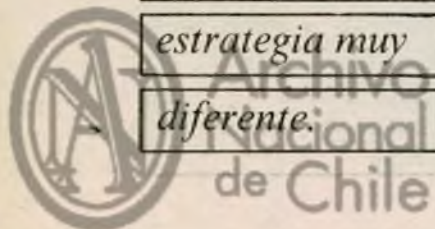
"La mejor arma que tiene el Gobierno es que no se ve una alternativa"

Rechaza al gobierno y a la

oposición y propone otra

estrategia muy

diferente.



LUN 23-9-89

178



"Hemos propuesto un sistema económico cooperativo".

muerdos — que es el saldo de las protestas — es el costo necesario para un cambio político, el Partido Humanista no está en condiciones de asumirlo. Pensamos que esa no es la forma. Hay motivos de sobra para protestar, pero ni un motivo justifica una sola muerte.

—¿Cuál es la forma que proponen ustedes?

—Nosotros propusimos cambiar la protesta del 4 y 5 de septiembre por una recolección masiva de firmas, en todo el país, para que la gente pudiera manifestarse por una democracia ahora y hacerlo en forma totalmente pacífica. Cientos de miles de personas simplemente pidiendo firmas por la democracia ahora.

—¿Y usted cree que ese tipo de protesta pacífica no tendría la misma represión que tienen las protestas, que también son convocadas como pacíficas?

—Nosotros pensamos que si el gobierno no está en contra de la participación popular sino de la violencia, no debería tener inconvenientes en permitir que una propuesta como ésta se lleve a cabo. No hemos podido preguntárselo al gobierno porque para juntar tres o cuatro millones de firmas tendría que ser algo decidido en una mesa de concertación amplia, con la participación de todos los sectores democráticos del país. Una suerte de consulta al pueblo.

—La Iglesia Católica responsabiliza a las fuerzas policiales de la violencia en las protestas. ¿A quién responsabiliza usted?

—Yo creo que la Iglesia tiene razón. Pero creo que hay sectores de la izquierda que no tienen ningún interés en que se derive pacíficamente a una situación de transición, porque ellos jamás llegarían al gobierno por elecciones. Ellos no están jugando a la caída de Pinochet, sino al desgaste definitivo de las Fuerzas Armadas para ver si en el desorden pueden manotear el poder. El gobierno azuza ese fantasma y así justifica la represión. En ambos extremos hay violentistas y en el centro están los sectores democráticos que efectivamente son pacifistas. Pero si no encontramos un método en el cual los sectores violentos no puedan entrar a hacer su juego, los sectores intermedios no van a ser escuchados y se va a terminar en lo que han terminado las protestas. Nosotros vimos en el centro de Santiago la marcha de los protestantes y vimos que sin ninguna provocación se largaron los perros, los carabineros y todos los medios disuasivos que tenían, con una virulencia impresionante. El gobierno no puede negar su parte de violencia.

—Mario Rodríguez Cobo, Silo, que es el ideólogo del Partido Humanista, dice que la violencia es una antigüedad. ¿Qué quiere decir con eso?

—Estamos diciendo que es tiempo que el ser humano salga de la prehistoria. El Partido Humanista ha definido su función como un intento de corregir una orientación violentista de un sistema, a nivel planetario. No es posible que todos los problemas tengan que solucionarse por medio de la violencia.

—Lo que ustedes postulan —la no violencia activa— de repente parece una estrategia más; una forma de llegar al poder.

—Nosotros somos luchadores con un método no violento. Y para eso pensamos que los líderes políticos tienen que tener claridad sobre cuál es la raíz de sus motivaciones y de cómo un sistema violento influye sobre ellos, que participan también de la violencia. De lo contrario, no es posible plantear soluciones no violentas. El esclarecimiento personal es indispensable. Es absurdo que una persona violenta llegue a gobernar para solucionar problemas de violencia. Para llegar a la no violencia hay que pasar por un proceso personal.

—Ustedes son un Partido Humanista, ¿qué es el ser humano para ustedes?

—Es el centro de toda preocupación. Es una expresión de la vida con posibilidades prácticamente infinitas. Que se expresa en su libertad, en su creatividad, en su intencionalidad. Si el ser humano vive en un sistema que le inhibe su creatividad, su participación; que coarta su intencionalidad, ese sistema es inhumano. Es por eso que nosotros propendemos

a un sistema libertario que tienda a hacer las condiciones de vida más humanas.

—¿No es ese el objetivo de todos los partidos políticos?

—No, porque a nosotros no nos parece que un sistema como el liberal capitalista y el socialista estatista tiendan a favorecer las condiciones del ser humano. Allí todo se decide desde un centro; nosotros queremos dar cabida a la creatividad humana en todos los niveles.

—¿Qué tan lejos están de los humanistas cristianos?

—La Democracia Cristiana es teocéntrica. Nosotros nos basamos en el ser humano desde que nace hasta que muere, sin negar el antes y el después, pero sin presuponerlo. Nos abocamos a la existencia humana.

—¿Cuál es el proyecto político que tiene el Partido Humanista?

—Pretendemos crear una sociedad esencialmente participativa y descentralizada. Hemos propuesto un sistema económico cooperativo, donde cada ser humano sea partícipe y creador de su fuente de trabajo.

—¿No será un salto muy grande?

—Es el salto que corresponde dar en esta crisis. Es el salto hacia el humanismo, que siempre aparece cuando el ser humano está en grave riesgo. Y hoy el riesgo es el de la "cosificación" total o el de la destrucción total por la bomba atómica.

—¿Quién sabe lo que es mejor para el pueblo?

—El pueblo. Por eso tiene que participar y, antes de eso, organizarse. El pueblo tiene que darse sus propias soluciones.

—Si en este momento los llamaran a colaborar en la transición, ¿aceptarían ustedes?

—No podríamos participar en el gobierno tal cual están las cosas en este momento. Nos parece que la salida para este país se puede lograr a través de un gran consenso nacional de los gestores políticos: de un pacto social entre empresarios y obreros. De un acuerdo nacional. Mientras las fuerzas sociales y políticas no tomen conciencia del grave momento porque atraviesa el país y se pongan de acuerdo, nosotros no podemos hacernos cómplices de situaciones. Participar sin la capacidad de decisión de cambiar el estado de las cosas, de ninguna manera. No haríamos el papel de Onofre Jarpa, de mantenedor del régimen.

“La Comunidad” juntó 521.562 firmas por un tratado de paz

Quieren formar Partido Pacifista

MAS de quinientas mil firmas por la suscripción de un tratado de paz permanente entre Chile y Argentina logró juntar, en tiempo récord, la organización pacifista “La Comunidad para el desarrollo humano”, según lo dieron a conocer en conferencia de prensa efectuada al mediodía de ayer en el Hotel Sheraton.

Hasta el lugar llegaron también decenas de integrantes de la entidad, quienes aplaudieron con entusiasmo cuando el presidente de “La Comunidad”, José Tomás Sáenz, anunció el logro de 521.562 firmas a través del país, certificadas ante notario en las respectivas ciudades.

En la ceremonia cúlmine de esta campaña, que concitó la atención de la comunidad, participaron también representantes de la organización de España e Islandia.

Según informó Sáenz, los 50 paquetes conteniendo diez mil firmas cada uno serán entregados durante la

próxima semana a Enrique Iglesias, representante en Chile de las Naciones Unidas, “dejando constancia histórica del anhelo de paz del pueblo chileno”. “Ese -dijo- será el destino de las firmas, cosa que tanto interés ha despertado en algunos”.

“Por otra parte, el dirigente indicó que se entre-

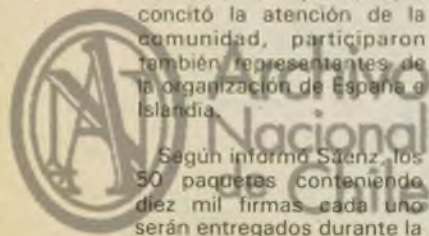
garán copias de la certificación notarial a las cancillerías de Chile y Argentina, para dejar también allí constancia de la voluntad pacifista de nuestros compatriotas.

Finalmente, señaló que estudiarán la formación, inspirado por “La Comunidad”, de un Partido Paci-

fista en Chile, lo cual será materia de una Asamblea General de la organización. En todo caso, agregó, ello no implica la transformación de “La Comunidad” en un partido, pues serán cosas independientes. “La idea del partido, indicó, es instrumentalizar y hacer más eficaz la lucha por la paz”.



JOSE TOMAS SAENZ da lectura a una declaración dando cuenta de la obtención de más de medio millón de firmas que apoyan la suscripción de un tratado de paz con Argentina.



“La Comunidad”: “Dudamos que algún partido pueda lograr lo que nosotros estamos haciendo”

◆ Objetivo es recolectar un millón de firmas ‘por la paz’ y llevarlas a la ONU. ◆ Hablan sus dirigentes. ◆ Cómo se financian. ◆ Qué pasó con las acusaciones contra seguidores de Silo.

Llegar al millón de firmas es el objetivo que se ha propuesto “La Comunidad”, después de las 250 mil que ya recolectaron en diez días de trabajo. En estos momentos el presidente de la Comunidad en Chile, José Tomás Sáenz, se encuentra en Buenos Aires planteando la posibilidad de que en el país vecino se realice la misma campaña.

¿Quiénes son y qué buscan los jóvenes que en todo Chile, en cada barrio de Santiago y ahora en Argentina recolectan adhesiones “por la paz”?

El polémico Silo

La Comunidad tuvo su origen cuando Silo (el argentino Mario Rodríguez Cobo) dio una conferencia en mayo de 1969, en Mendoza.

En la década del 70 los seguidores de las ideas de Silo fueron acusados, en Chile, de promover las drogas y de



Mario Rodríguez Cobo: “Silo”

llevarse a jóvenes de sus casas. Según explica su actual presidente, en esos años eran pequeños grupos improvisados que interpretaban a su gusto las ideas de Silo. Fue en 1975 que se formó —con la aprobación de Silo— La Comunidad para el Desarrollo Humano.

En la actualidad, Silo vive en Mendoza, es un agricultor, casado, con dos hijos. Ocasionalmente da conferencias en diversos países.

“Entre los 1969 y 1975 se tejieron cosas fantasmagóricas en torno a Silo, afirma Sáenz, sin embargo, nunca hubo una condenada legal”. Aunque sí se presentaron acusaciones que no llegaron a sentencia.

Lo que consta legalmente es una acusación que presentó un abogado contra un grupo de personas cuando aún no estaba formada La Comunidad, según relató un socio que prefirió no identificarse. La causa —añade la fuente— no prosperó y el propio abogado patrocinante se encargó, años después, de conseguir la personalidad jurídica de La Comunidad.

La organización

Actualmente La Comunidad está presente en 42 países. En Chile la corporación obtuvo su personalidad jurídica en 1981. Hoy reúne —según sus directivos— a 4.500 personas.

A lo largo del país La Comunidad cuenta con 50 Centros de Comunicación Directa, lugares de reunión de los miembros, distribuidos en 17 ciudades. En Santiago tienen una Oficina

José T. Sáenz (presidente) y Francisco Granella en las oficinas de La Comunidad



de Informaciones, que —según explican— se financia con el aporte de los adherentes.

La Comunidad básicamente propone la “transformación simultánea del individuo y su medio inmediato, con el objeto de construir un ser humano y un mundo solidario y no violento”. Según sus socios este planteamiento no es político, ni religioso, ni terapéutico; “es una nueva perspectiva ética”.

La corporación —indicó Granella— no se pronuncia sobre política. “Si podemos hacer algún aporte a la gente que reclama por torturas u otras acciones violentas nosotros ayudaremos, pero sin connotaciones políticas. Nosotros buscamos los puntos de coincidencia entre las personas.”

Los distintos grupos que forman La Comunidad se reúnen una vez a la semana para elaborar proyectos. La idea es, según el relator público, Francisco Granella, identificar las situaciones de violencia y buscar soluciones. En las reuniones también conversan asuntos personales y en conjunto los resuelven.

Dicen cubrir todo el espectro socio-económico, pero no pudieron entregar proporciones numéricas. Existen centros en San Bernardo, Puento Alto y San Miguel, por mencionar algunos de sectores populares.

Consultado por esta reaparición de La Comunidad, Sáenz indicó “hace muchos años que estamos trabajando en silencio”. Ahora dicen disponer de una organización tal, que les permite llevar a cabo una campaña de esta magnitud. Al respecto el presidente acotó “dudo que algún partido político pueda realizar lo que nosotros estamos haciendo. Somos una fuerza social organizada y, hay que reconocerlo, bastante poderosa”.

“No hay manos negras”

Las firmas recolectadas piensan entregárselas a un alto funcionario de las Naciones Unidas. Otra posibilidad es coordinar la entrega de firmas de Chile y Argentina a los respectivos embajadores. “Nos parece indecente e inmoral hacer otra cosa con las firmas que no sea lo que hemos dicho”, acotó Sáenz.

“Aquí no hay ninguna doble intención”, enfatizó Sáenz. Como nos ha resultado —agregó— la gente supone que tenemos que estar asesorados por otros grupos o... manos negras.

A modo de ejemplo el viaje de José Tomás Sáenz a Argentina es financiado por él mismo, según informó Francisco Granella. Ambos directivos son corredores de propiedades y ningún miembro de La Comunidad dedica el cien por ciento de su tiempo a ella.

Con respecto al financiamiento de las actividades, señalaron que aparte de la cuota anual —mil pesos— los socios cooperan dependiendo de la actividad que se vaya a realizar. En el caso de la campaña por la paz, consiguieron que empresas les facilitaran papel y tinta. “No recibimos financiamiento de nadie, ni de la KGB, ni de la CIA, ni de partidos políticos”, enfatizó Sáenz.

La campaña se gestó, según comentaron, en una reunión en que se preguntaron qué problema afectaba a Chile. Y emprendieron la recolección de firmas para un tratado de paz; era un objetivo que se ajustaba a nuestros postulados, señalaron.

Consultado por lo poco comprometedor y los buenos dividendos que arrojaría en imagen esta campaña, Sáenz señaló “acuérdesse de que estamos hablando de la posibilidad de un conflicto bélico, quizás es más comprometedor de lo que cree”.

Los famosos de “La Comunidad”

“Nosotros no utilizamos la fama de los artistas para difundir las ideas siloístas. Son ellos mismos quienes las usan y parece que les va bien; por ejemplo Florcita Motuda, sus canciones tienen mucho éxito”, comentó José Tomás Sáenz.

La mejor propaganda —señaló el presidente— es nuestro ejemplo. “No nos interesa fomentar el nombre de personas”.



Raúl Alarcón



Cristián Campos

“Urgente acuerdo de las fuerzas políticas” reclama Partido Humanista

Un “urgente acuerdo de todas las fuerzas políticas y sociales interesadas en los reales problemas del pueblo” postuló el Partido Humanista, en declaración entregada ayer.

Según afirma, este acuerdo debe contener tres objetivos básicos: elaboración de un proyecto conjunto de alternativa que dé respuesta a las necesidades prioritarias de la población (pan, techo, trabajo y libertad); fijación con crite-

rio de realidad, de un itinerario político que acompañe dicho proyecto y, compromiso de aplicar la no violencia activa como única metodología de acción válida para la transformación integral del hombre y de la sociedad.

El Partido Humanista afirma que “pretender frenar un proceso histórico apoyado únicamente en el voluntarismo de unos pocos, además de revelar intransigencia y ceguera, es hacerse responsable del aumento de la violencia y de las explosiones sociales que se pueden producir en el futuro próximo”. Estima, asimismo, que el pueblo requiere “cada vez con mayor intensidad cambios políticos decisivos e importantes, previos a 1989”.

Señala que “si el Gobierno no asume esa realidad, el proceso escapará a todo control y las fuerzas violentistas de todos los signos encontrarán la mejor de las justificaciones para su acción”.



Archivo
Nacional
de Chile

13-8-89

182

Partido Humanista:

"Colectividades Tradicionales Se Han Actualizado"

■ Sostienen su afirmación señalando que en los últimos meses muchos movimientos se han definido como ecologistas y antibelicistas.

El Partido Humanista señaló ayer que "con mucho agrado y sin sorpresa ha visto que algunos partidos tradicionales, de trayectorias de principios de siglo, han intentado poner al día sus idearios de acuerdo a las necesidades de otra, es decir la actual".

Esta colectividad indicó, en declaración pública, que en los últimos meses se les ha escuchado (a los tradicionales) definirse como ecologistas, antibelicistas y humanistas "apoyando decididamente nuestros planteos formulados ya hace un tiempo".

Agrega que también se ha comenzado una campaña de recolección de firmas denunciando algunas situaciones de violencia.

Recuerdan al respecto la campaña que desarrollaron en favor de la paz permanente entre Chile y Argentina, donde lograron reunir 500 mil firmas.

En este sentido, los humanistas expresaron que "les deseamos el mejor de los resultados esperando que el seguir nuestro ejemplo no sólo sea en las formas sino también en el espíritu que nos anima".

Finalmente, indican que ante cualquier dificultad, dentro o fuera de esos partidos, seguirán poniendo a su disposición los materiales y su aporte.

Por otra parte, el Partido Humanista denunció que el jueves por la noche fue detenido el miembro de la comisión política de ese movimiento, José Feres y cuatro militantes. Según se les explicó, luego de ponerlos en libertad, habían sido señalados como sospechosos del asalto a una armería.

Plantearon que entienden que se detenga a los sospechosos, pero que rechazan que hayan sido golpeados, y más al ser miembros de una colectividad pacifista que se oponen a la violencia.

25-8-84

183

PARTIDO HUMANISTA:

Proponen No Pago De Deuda Externa

El Partido Humanista, que preside José Tomás Sáenz, propuso ayer el no pago de la deuda externa estatal y privada del país, señalando que "el deterioro de los términos del intercambio, ha significado que Chile deje de percibir en la última década aproximadamente veinte mil millones de dólares, cifra que es superior al actual monto de su deuda externa".

Según la colectividad política "la actual tasa de interés internacional presionada por el alto déficit fiscal norteamericano ha subido a niveles usureros y expropiatorios, llegándose a la absurda situación de convertir a Latinoamérica en un exportador neto de capitales a los países desarrollados".

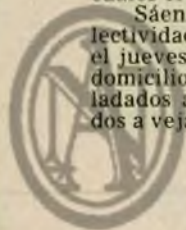
Luego critica las medidas proteccionistas de Estados Unidos y las presiones que -según el PH- realiza para que el Estado chileno siga otorgando su aval a la deuda externa privada.

Señalan que "un orden económico injusto no es el marco apropiado para hablar de principios morales", como "los compromisos que se contraen hay que cumplirlos". Agrega que "no creemos que frente a los millones de personas sufriendo de hambre en nuestros países, los países acreedores sigan teniendo derecho a cobrar su deuda. Por tanto, proponemos el no pago de la deuda externa pública y privada de Chile y Latinoamérica".

QUERRELLA

Por otra parte, José Tomás Sáenz, informó que el viernes pasado quedó presentada una querrela ante la Primera Fiscalía Militar, "por la detención y apremios ilegítimos a que fueron sometidos José Gabriel Féres, miembro de la comisión política del Partido Humanista y cuatro militantes, dos de los cuales eran mujeres".

Sáenz indicó que los cinco integrantes de la colectividad política "fueron violentamente detenidos el jueves pasado a las 20.30 horas, en la puerta del domicilio de José Gabriel Féres, y desde allí trasladados a las 1.ª Comisaría, donde fueron sometidos a vejámenes y apremios ilegítimos".



Nacional
de Chile

26-8-84 184

Humanistas

65-8-84
30-8-84
El Partido Humanista anunció ayer, en Santiago, que no participará en las jornadas de protesta invocadas para el 4 y 5 de septiembre por la opositora Alianza Democrática.

En conferencia de prensa, su presidente José Tomás Sáenz precisó que “no participaremos de las protestas, porque éstas terminan mal, ya que es un método ineficaz por el alto costo social que significa”.

185

Partido Humanista condena violencia

El Partido Humanista emitió una declaración pública en la cual lamenta los últimos acontecimientos ocurridos en el país, en que han muerto funcionarios policiales y civiles, a raíz de enfrentamientos y atentados.

"No es normal la situación

que vivimos directa o indirectamente todos los chilenos", indica la nota.

Denuncian, igualmente, "el desconocimiento y el desprecio por el valor de la vida humana" que demuestran quienes incurran en tales acciones.

4-5-86

186

Humanistas realizaron encuentro en Chiguayante

El primer encuentro del Partido Humanista se efectuó recientemente en Chiguayante, con la presencia del vicepresidente nacional, Wilfredo Alfsen Ovando.

Según informaron los dirigentes Decler Mendes y Richard Andreu, al mitin concurren cerca de 50 delegados de Hualpencillo, San Vicente, Talcahuano, Las Salinas, Los Cóndores, Concepción, Chiguayante y universidades de Concepción, del Biobío y Católica.

Trataron temas relacionados con el cooperativismo, no violencia y discriminación racial, de la mujer y de la juventud. Asimismo afirmaron los dirigentes: "quedó de manifiesto que la alternativa humanista como fuerza política no tradicional va ganando terreno sostenidamente en los diferentes sectores de la población, generando propues-

tas de acción concretas en concordancia con el planteo de cambio social e individual simultáneo".

h 15-11-84

184

Partido Humanista:

Proponen Un Acuerdo Político y Social

El Partido Humanista propuso, mediante declaración pública, que se cree con urgencia un acuerdo de todas las fuerzas políticas y sociales interesadas en los reales problemas del país.

Según plantea, los objetivos mínimos serían la elaboración de un proyecto conjunto de alternativa que de una respuesta a las necesidades prioritarias de la población, tales como pan, techo, trabajo y libertad; fijación, con criterio de realidad, de un itinerario político que acompañe dicho proyecto, y el compromiso de aplicar la no violencia activa como única metodología de acción válida para la transformación integral del hombre y de la sociedad.

La nota también se refiere a las declaraciones efectuadas recientemente por autoridades de gobierno, en el sentido de no introducir cambios políticos hasta 1989.

Al respecto señala que "pretender frenar un proceso histórico apoyado únicamente en el voluntarismo de unos pocos, además de revelar intransigencia y ceguera, es hacerse responsable del aumento de la violencia y de las explosiones sociales que se pueden producir en el futuro próximo".

Agrega que ante la actual situación, se hacen necesarios cambios políticos decisivos e importantes, previos a 1989.

"Si el gobierno no asume esa realidad el proceso escapará a todo control y las fuerzas violentistas de todos los signos encontrarán la mejor de las justificaciones para su acción. En ese momento nadie podrá negar, de cara al pueblo, la responsabilidad que le habrá cabido en este hecho", indica.

16-8-89

188

"Silo" Estuvo De Visita En Chile

■ El creador de ese movimiento, Mario Rodríguez Cobos, tomó contactos con los dirigentes del Partido Humanista.

Después de doce años visitó el país Mario Rodríguez Cobos, "Silo", líder de la organización que lleva ese nombre, y que dio origen en nuestro país al Partido Humanista.

Rodríguez, quien viajó ayer de regreso a Argentina, estuvo en Santiago sólo por el fin de semana, como parte de una gira que realizó por Latinoamérica y que incluyó además a Brasil, Colombia, Venezuela, Perú y Ecuador.

Se le llama Silo por su apariencia delgada y alta, similar a los depósitos de trigo y pasto que hay en los campos.

Durante su estada tomó contactos con los miembros de "La Comunidad" y del Partido Humanista, que según se explicó, pese a tener similares postulados "son dos entidades aparte".

Asimismo, se indicó que la visita de Rodríguez a Chile fue de carácter privado, por lo cual no tuvo actividades públicas.

Fuera de su actividad de tipo filosófico, Rodríguez ha desempeñado labores desportivas, siendo a los 20 años campeón de gimnasia en Argentina.

Derivó a su filosofía pacifista denominada "siloista", luego de comprobar que el existencialismo concluía en el absurdo.

El 4 de mayo de 1969, en Punta de Vacas, cerca del paso fronterizo Las Cuevas, hizo su primera conferencia pública ante aproximadamente 500 personas, luego que las autoridades del Gobierno de Onganía le negaron el permiso para hacerlo en Mendoza.

En la década del 70 los seguidores de las ideas de Silo fueron acusados en Chile de promover las drogas y de inducir a jóvenes a abandonar sus hogares. Por su parte, los siloistas indicaron que ello se debió que pequeños grupos improvisaron a su gusto esas ideas.

En 1975 se formó en nuestro país, con la aprobación de Silo, La Comunidad para el Desarrollo Humano.

En la actualidad, Mario Rodríguez vive en Mendoza, es agricultor, casado, con dos hijos.

48-8-84

30-8-84

Partido Humanista Rechazo la Protesta

■ Presidente de la colectividad, José Tomás Sáenz, dijo que es una acción ineficaz que ha demostrado que no da ningún resultado salvo los muertos y heridos.

El Partido Humanista manifestó ayer su enérgico rechazo a la protesta convocada para el próximo mes y propuso reemplazar esta acción por una campaña de recolección de firmas en todo el país que exprese pacíficamente la opinión sobre la situación actual y la necesidad de volver a la democracia cuanto antes.

"Si los partidos y agrupaciones tienen la representatividad que dicen tener, tendrán también los militantes y la organización que se requiere para esto. Si el Gobierno, efectivamente no está en contra de la participación popular sino contra la violencia, debería dar el máximo de facilidades para el desarrollo de esta propuesta", señaló el presidente de esta colectividad, José Tomás Sáenz.

Asimismo, planteó la formación de una mesa de concertación nacional con participación amplia y no excluyente basado en el interés de lograr una paz social y en el retorno a la democracia, fijando pasos y calendarios dentro de una metodología de acción no violenta.

Expresó que las protestas a que convoca la oposición terminan en muertos, heridos y múltiples daños a raíz de la violencia que desatan. "El pueblo chileno, mayoritariamente no partidario de esos métodos, se limita a contemplar el espectáculo y a sufrir las consecuencias", agregó.

"Si a través de las protestas se pretende que el pueblo exprese su disconformidad con el estado actual de cosas, el motivo es válido y legítimo y solidarizamos con él, pero el método es ineficaz como se ha demostrado en un año de práctica que no ha dado ningún resultado salvo los muertos y heridos y la amenaza del régimen de perpetuarse en el poder", dijo el dirigente.

En este sentido, precisó que el Partido Humanista jamás participará en este tipo de actos violentistas.

Sáenz indicó que "el Gobierno justifica sus métodos represivos por la amenaza de una supuesta violencia comunista, a la cual dicen, sólo es posible combatir empleando igualmente la violencia".

Sostuvo además que "sectores de izquierda argumentan que ante un Gobierno autoritario como este, sólo cabe la vía insurreccional violenta para derrocarlo".

"Es claro -afirmó- que ninguno de esos dos bandos llegaría al Gobierno por elecciones libres y es por eso que justifican su existencia mutuamente".

ción se basa en una metodología no violenta, ya que es la única opción que representa el verdadero sentir nacional mayoritario, y que se logre un consenso amplio "entendiendo por esto que deban estar representados los reales intereses nacionales a través de todos los grupos políticos y sociales".

"No existen razones para no llegar a este consenso salvo los caudillismos de pequeños caciques, las rencillas y ambiciones personales mezquinas y el olvido de los problemas fundamentales", añadió.

Luego, sostuvo que si existe interés en el país y en los problemas del pueblo se podrá lograr un consenso, y "dentro de éste en una mesa como gente civilizada ponernos de acuerdo en que pasos vamos a dar, pero el primero es que todos deben comprometerse a que no haya violencia".

OPOSICION EFECTIVA

Sáenz planteó que una oposición real y efectiva sólo se logrará si la ac-



Archivo
Nacional
de Chile

hi 29-6-84



Ramón Espinoza, vicepresidente regional; Yolanda Cuadros, secretaria regional; Wilfred Alfsen, vicepresidente nacional; Carmen Gloria Avendaño, secretaria regional, y Decler Méndez, presidente regional, encabezaron la primera reunión pública del Partido Humanista.

Panorama político

Los humanistas están contra el gobierno y la oposición

Al son de "¡vamos Chile, caramba; Chile se humaniza, caramba...!" y de "¡un partido sin pasado, merece ser probado!", se dio el vamos al Partido Humanista en Concepción.

Pitos, bombos, globos, banderas y cintillos para un grupo de personas que estima que la política no tiene por qué ser grave. En la conferencia en que se anunció la puesta en marcha de la colectividad bastó con que Decler Méndez, presidente regional; Yolanda Cuadros, secretaria regional, y Wilfred Alfsen, vicepresidente nacional, leyeran su manifiesto para que los vitores hicieran cambiar la casi siempre ceremoniosa sala Lautaro del Hotel El Araucano.

Mientras los artistas naranjas hacían su show, EL SUR conversó con el vicepresidente nacional del PH, Wilfred Alfsen. ¿El PH es de oposición?

- Sí, el Partido Humanista es de oposición. Pero no sólo de oposición al gobierno. Nosotros nos declaramos de oposición fundamental. En eso incluimos al gobierno y a los partidos tradicionales. Nos declaramos de oposición a un sistema que para nosotros está caduco. Es necesario cambiarlo. Nosotros consideramos que el actual sistema está fundamentado en la metodología de la violencia.

- A juicio de ustedes ¿cómo se soluciona la coyuntura política actual?

- Nosotros somos partidarios de llegar a una transición que sea la más breve posible. Exigimos un gobierno democrático.

- Ustedes señalan que no tienen responsabilidad en la crisis. ¿Por qué?

- Nosotros creemos que la responsabilidad la tienen las ideologías actuales, las religiones actuales y los gobiernos que han usufructuado del poder. No hemos sido parte ni hemos tenido la oportunidad de participar de las decisiones.

- Eso significa que las ideas de ustedes no tienen respaldo como para imponerse al resto...

- No. A mí me parece que el humanismo nace en los momentos de crisis para dar respuesta y alumbrar posibilidades nuevas. Esto está sucediendo en más de 40 países porque las ideologías operantes y los partidos tradicionales ya no dan respuesta. Hay violencia creciente, armamentismo creciente, tanto en Oriente como en Occidente.

- ¿Ustedes piensan entrar al Parlamento o a La Moneda con sus gorritos, bombos y pitos?

- No tenemos experiencia política. Pensamos que hay que generar una nueva forma de hacer política, que no tiene por qué ser una cosa grave, debe ser alegre.

- ¿Pero realmente creen que pueden llegar alguna vez al gobierno o todo esto es una especie de mechoneo?

- Nosotros tenemos una posibilidad. Estamos planteando una nueva ideología, basada en planteos doctrinarios, que ubican al ser humano en una posición distinta. Creemos que nos diferenciamos radicalmente del resto. El partido está formado por voluntarios que quieren hacer cosas, independientemente de los resultados que podamos lograr.



Un grupo de humanistas agito banderas naranjas y chilló de alegría cuando se pidió servicio militar optativo, ley de divorcio vincular, igualdad de prédica para distintas confesiones religiosas y el ateísmo, entre otros. 191

15-11-84

Política (7)

Partido Humanista llama a urgente diálogo

A un urgente diálogo entre Gobierno y la oposición llamó el Partido Humanista. El comunicado, firmado por su presidente, José Tomás Sáenz, dice en parte lo siguiente: "El Partido Humanista se ve en el irrenunciable deber de alertar a la comunidad nacional ante la dramática y peligrosa situación de violencia de que hemos sido testigos durante el último tiempo.

El Partido Humanista ha manifestado reiteradamente su vocación pacífica y no violenta y en consecuencia expresa su más enérgico y decidido rechazo a cualquier acto de violencia, ya sea que provenga de sectores violentistas afines al gobierno o de sectores opositores.

Creemos que las opiniones vertidas en los últimos días por el Jefe de Estado sólo tienden a la polarización de fuerzas y a la división entre los chilenos, lo cual únicamente nos puede conducir a una escalada violentista de grandes proporciones.

El Partido Humanista sostiene que la acción reflexiva es aquella que se muestra en sus efectos y no en las meras intenciones. Por tal motivo es que llamamos, una vez más, tanto al Gobierno como a la oposición para que pongan fin a la lucha estéril en que están empeñados.

192

FIRMAS POR LA PAZ.— Dirigentes de la denominada "Comunidad para el desarrollo humano" sostuvieron (21) que 521 mil 128 chilenos han suscrito la campaña de recolección de firmas en pro de la paz entre Chile y Argentina.

29-1-84 193



Archivo
Nacional
de Chile

27-6-84

EL SUR — Concepción, miércoles

Panorama político

Con show será el debut del Partido Humanista

“Estará presente la mesa regional provisional y el vicepresidente nacional, señor Wilfredo Alfsen Ovando. En la ocasión se darán a conocer las bases de acción política y se presentará a la prensa la mesa directiva regional, posteriormente se responderán las preguntas de los señores periodistas y luego se llevará a cabo un pequeño show artístico”.

Así reza parte de la invitación para hoy, a las 20.00 horas, en la Sala Lautaro, del Hotel El-Araucano. Será el vamos oficial del Partido Humanista de Chile -en formación- en la zona.

Una sinopsis del pensamiento que inspira al PH: se declara profundamente democrático, de movilización, de base amplia, antidiscriminatorio, promueve el orden social a través de la no violencia y denuncia la violencia como el problema fundamental de la actualidad. Además, saca pecho con su conformación simultánea en más de 45 países, en cinco continentes.

Asegura el PH que propicia el verdadero humanismo. Su ideario es “nada por encima del ser humano y ningún hombre por sobre otro hombre”.

EL SUR averiguó que los números artísticos, luego del anuncio de constitución de la directiva regional, serán el de un mimo “y de otras personas que quieran tocar la guitarra o cantar”.

3^a R]

30-5-84



El argentino Mario Rodríguez Cobo, Silo.

Políticos bajo Silo

MENTRAS otros grupos se vuelcan hacia el territorio de lo íntimo, "La Comunidad" (Para el Equilibrio y Desarrollo del Ser Humano) se vuelve hacia lo exterior, fundando un partido político "Humanista". La idea nació en Argentina, y en Chile surgió del creador del movimiento, Mario Rodríguez Cobo, más conocido como Silo.

Una década atrás se hacían llamar los representantes del "Poder Joven", que impulsaron una corriente muy fuerte de crítica a la sociedad establecida. Hoy también, a través de encuentros grupales extendidos por todo Chile, buscan formar el hombre nuevo. Uno de los medios son los principios de Acción Válida, reseñados en el libro, "La Mirada Interna", escrito por Silo. "Harás desaparecer tus conflictos cuando los entiendas en su última raíz, no cuando quieras resolverlos".

En estos días darán a luz la nueva opción política "Partido Humanista". Según José Tomás Saens, uno de los líderes, no caerán en los vicios políticos tradicionales. "Estaremos en la oposición, pero también en la oposición de la oposición. Por ello no entraremos en ninguna coalición de partidos".

Entre otras propuestas políticas denunciarán, "la discriminación que se ejerce contra la mujer y el joven convertidos en objetos y no en sujetos de la participación social. "Tendrán el cariz de los partidos ecologistas y pacifistas, como los verdes de Alemania Federal, pero seguirán trabajando para que la transformación de la sociedad se opere a nivel de los individuos y de sus problemas y relaciones más cercanas".



José Tomás Saens defiende la posición del "Partido Humanista en Chile".

Archivo Nacional Chile

Preparan "plebiscito sin urnas"

Alguien acota que no es precisamente luminosa la idea de los humanistas. Lo que sucede es que quieren que el país quede a oscuras. Y de acuerdo a lo expresado por el presidente regional del Partido Humanista, Leonardo Ramos Romero, lo anterior se enmarca en un "plebiscito sin urnas".

La consulta que está preparando el PH está relacionada con el derecho de petición, resguardado constitucionalmente.

—¿Qué piden los humanistas?

—La renuncia del presidente Pinochet.

El número 14 del artículo 19 de la Constitución Política consagra "el derecho de presentar peticiones a la autoridad, sobre cualquier asunto de interés público o privado, sin otra limitación que la de proceder en términos respetuosos y convenientes".

Está en la duda si se considerará conveniente la forma que usarán los humanistas. Sugieren que el viernes 30, a las 22.00 horas, los chilenos apaguen la luz durante 5 minutos en sus hogares. Se entiende que si la mayor parte lo hace está de acuerdo con la petición de los humanistas.

Ramos Romero junto a los vicepresidentes Ramón Espinoza y Loreto Muñoz y la relacionadora pública Viviana Medina indicaron que esto forma parte de la "no violencia activa". El PH se ha visto en la necesidad de llevar a efecto este "plebiscito sin urnas" debido "a la intransigencia del gobernante".

Los humanistas confían en que las

distintas organizaciones sociales y políticas se sumarán a su llamado, que tiene carácter nacional, porque "la movilización unitaria y la no violencia son las únicas formas de lograr satisfacer las reivindicaciones en todos los ámbitos y lograr un compromiso con la democracia".

Ahora, ¿cómo evaluarán los humanistas el grado de adhesión a la jornada si basta un cadenazo o un bombazo para que se produzca el apagón?

No tienen una respuesta categórica al respecto. Sólo confían en que su llamado, señalado reiteradamente por Ramos como pacífico, sea entendido.



Logo of the Partido Humanista Nacional de Chile. The logo features a stylized figure holding a scale. Handwritten text in blue ink reads "Partido Humanista Nacional de Chile" and "196".

SILO Y LA DEMOCRACIA CRISTIANA

Por Mauricio WHITE

Con la eufemística denominación "Fuerza de Cambio" se ha presentado en las elecciones de la directiva de la FECH, la lista integrada por la democracia cristiana, el Bloque Socialista y el Partido Humanista. Este fundado sólo en 1984 y cuyo inspirador es el argentino Mario Rodríguez Cobo.

Aún está en el recuerdo de la opinión pública la actuación del denominado "Poder Joven", quien en 1971 conmovió al país al ser acusados sus adherentes de diversos delitos, entre los que estaban la inducción a menores de edad para abandonar sus hogares, el uso de drogas y prácticas sexuales inmorales. En consideración a estos hechos la Corte de Apelaciones de Santiago designó un ministro en visita para investigar las actividades del grupo. El resultado de las pesquisas nunca se conoció. Los querellantes se desistieron de las acusaciones y jamás los hechos fueron aclarados.

En marzo de 1974 el general Sergio Arellano Stark, jefe de la Zona en Estado de Sitio, emitió una declaración pública debido a que dispuso la detención de algunos de los miembros de la directiva del Poder Joven. Allí afirmó: "Silo y Poder Joven son sirvientes del comunismo internacional y, más que eso, son la vanguardia que va sembrando ideas malignas en las mentes juveniles". Agregó que el denominado Poder Joven es un instrumento del marxismo internacional: "que busca destruir la familia, la Patria y todas las instituciones básicas de nuestra nacionalidad".

Poco más tarde los cabecillas del movimiento fueron expulsados del país y pareció que el mito de Silo y sus seguidores se olvidaría en nuestra tierra.

INICIO EN PUNTA DE VACAS

La historia del siloísmo comenzó aparentemente en Punta de Vacas, pequeña localidad cordillerana cercana a Mendoza, el 4 de mayo de 1969. Hasta el lugar peregrinaron cientos de chilenos en busca de solución a sus problemas existenciales o tratando de sanar enfermedades incurables. Volvieron frustrados, allí Silo habló a los presentes en una arenga que dentro del movimiento es conocida como "La curación del sufrimiento". No ocurrieron milagros ni hechos extraordinarios. Pero dio comienzo a la era de Silo. Hoy, sus seguidores afirman que vivimos en el año 17.

Según el libro "Sectas Juveniles en Chile", de Juan Guillermo Prado, Mario Rodríguez Cobo nació el 6 de enero de 1938 en Mendoza. Fue alumno de los Hermanos Maristas y estudió

ciencias políticas hasta tercer año. En 1964 con un grupo de amigos vivió en la selva de Jujuy, donde definió la que sería su doctrina. En ese período fue a la cárcel por ser considerado junto a sus compañeros como guerrillero. Su extraño nombre procedería del Génesis, que en la versión de los Testigos de Jehová, en el capítulo 49, versículo 1º, indica: "El cetro no se apartará de Judá ni el bastón de mando de entre sus pies, hasta que venga Silo, y a él pertenecerá la obediencia de los pueblos". Este controvertido personaje siempre ha estado preocupado

matrimonio; asistencia, que se realiza cuando un miembro del grupo está moribundo, y un oficio para la muerte. Existen en el seno de la institución ceremonias de promoción para los miembros que van ascendiendo en la jerarquía interna.

Es curioso, pero a pesar de la difusa actividad que en su historia ha tenido el movimiento, el Ministerio de Justicia no le ha cancelado la concesión de personalidad jurídica.

"La Comunidad" se ha caracterizado por realizar diversas campañas solicitando firmas a los transeúntes. En 1983, realizó

La historia del siloísmo comenzó aparentemente en Punta de Vacas, pequeña localidad cordillerana cercana a Mendoza, el 4 de mayo de 1969. Hasta el lugar peregrinaron cientos de chilenos en busca de solución a sus problemas existenciales o tratando de sanar enfermedades incurables. Volvieron frustrados, allí Silo habló a los presentes en una arenga que dentro del movimiento es conocida como "La curación del sufrimiento". No ocurrieron milagros ni hechos extraordinarios. Enero dio comienzo a la era de Silo. Hoy, sus seguidores afirman que vivimos en el año 17.

de la política. En 1971, período en que Chile era gobernado por la marxista Unidad Popular, fue entrevistado por una emisora mendocina, donde afirmó: "No es el caso de asimilarse a estructuras rígidas partidarias, sino llegar a verdaderos acuerdos con sentido revolucionario, donde la gente del Poder Joven contribuya en la medida de sus fuerzas a dinamizar también el proceso contra el imperialismo y por la liberación del pueblo chileno. Estoy totalmente por la vía chilena del socialismo. Ahora, en la medida en que el compañero Allende, que tiene muchísimas dificultades, pueda llevar adelante este proceso, es aplaudido antes por nosotros que por nadie".

MARX Y "LA COMUNIDAD"

En 1974 Silo afirmaba que coincidía con Marx: "En muchas cosas. Las clases sociales, las luchas de clases. Pero nosotros creemos que el motor es la lucha de las generaciones".

En 1981 irrumpe el siloísmo, con el nombre de "La Comunidad para el Equilibrio y el Desarrollo del Ser Humano". Por decreto supremo N° 1347, publicado en el Diario Oficial de ese año, se le autorizaron los estatutos y se le otorgó personalidad jurídica al movimiento. Este se ha caracterizado, porque junto a sus objetivos que son "Estudiar y perfeccionar un sistema de vida útil al equilibrio y desarrollo del ser humano..." utilizan un curioso ceremonial similar al de los sacramentos católicos con ritos denominados: protección, destinado a los niños y que es análogo al bautismo;

una campaña que denominó "Organicemos la Paz", en la que se proponía un tratado de paz permanente entre Chile y Argentina. Afirma que lograron medio millón de firmas en un mes.

Luego de la Guerra de las Malvinas, en Argentina, con el lema "La democracia empieza ahora", realizaron una campaña solicitando que el servicio militar fuera optativo. En nuestra patria efectuaron en marzo de 1984 una consulta al pueblo a través de una encuesta callejera, su objetivo era ponderar las aspiraciones populares para la futura formación de un partido político. En dicha encuesta solicitaron la opinión respecto de temas como legislación, educación, trabajo, economía y propiedad. Una de las consultas señalaba: ¿Debe haber destape?

EL PARTIDO

Poco ante Silo habla declarado que fundaría un partido político pacifista internacional. A su juicio debería tener los siguientes puntos mínimos:

- 1º.— Firma de tratados de paz permanente entre los países en conflicto, mientras secundariamente se continúan las negociaciones de problemas particulares.
- 2º.— Desmilitarización acelerada y proporcional de los países de la zona, bajo la supervisión de una comisión de países latinoamericanos.
- 3º.— Eliminación de barreras aduaneras e integración económica mediante tratados específicos de complementación.

4º.— Defensa y promoción de las empresas privadas nacionales con vocación de integración e intercambio latinoamericano.

5º.— Negociaciones en común de nuestros países con los acreedores foráneos.

6º.— Desarrollo franco y decidido de conversaciones con miras a la formación de un mercado común latinoamericano.

7º.— Cooperación para el desarrollo tecnológico en base a compromisos específicos.

8º.— Formación de una comisión permanente de derechos humanos, con carácter de tribunal latinoamericano, dedicada a recibir denuncias y a juzgar a quienes atenten contra la vida y la libertad de nuestros pueblos.

Movimientos congéneres han sido fundados, en más de 40 países, entre ellos Polonia y Rumania. Este hecho es excepcional, pues como se sabe en los países subyugados por Moscú existe un partido único.

HUMANISTA Y COMUNISTA UNIDOS...

La lucha electoral no está ajena a esta incipiente internacional siloísta. El 22 de junio de 1986 se realizó una elección parlamentaria en España. Allí, bajo la denominación de Izquierda Unida, presentó candidatos el Partido Humanista. Lideró dicha coalición política el Partido Comunista español. Poca importancia dieron éstos a los seguidores del gurú. Rafael de la Rubia, presidente de la Comunidad desde su fundación, en 1980, hasta 1984, en que asumió la secretaría general del Partido Humanista, ocupó el 8º puesto en la lista de Izquierda Unida. Por el sistema electoral hispano se sabía que no tenía ninguna posibilidad de triunfar. En toda España los humanistas presentaron 25 candidatos en la citada alianza, de los cuales ninguno ni remotamente tenía posibilidades de ser elegido.

"Es un partido exótico", según el diario socialista El País, de Madrid. Sus militantes realizan los mismos rituales sacramentales practicados en el seno de la Comunidad.

El citado periódico relata experiencias de ex militantes del Partido Humanista, que describen ceremonias similares a las que se usan en la Comunidad para la promoción de sus miembros. Indica que estos actos son una auténtica liturgia. Señala que en el rito de ingreso "en la categoría de orden sólo pueden asistir quienes pertenecen a ella o a otras superiores y en el curso de la misma el aspirante se acuesta en el suelo en

posición semejante a la de los seminaristas que son ordenados sacerdotes. Al final, los aspirantes —casi siempre dos, en una pretensión de hermanación— reciben el Libro ceremonial, el caduceo —una barra de bronce que simboliza el equilibrio que emana de su dueño— y un paño rectangular de color naranja, con el que se pretende representar el entorno mundano".

NI PARA REGIDORES

El 3 de noviembre de 1985, en Argentina, se realizó una elección nacional de renovación del Congreso. Sólo en una, Santa Cruz, de las 23 provincias trasandinas, no presentaron candidatos. Los votos que recibieron, en todas ellas, porcentualmente fueron menores al 1%. En Jujuy, lugar donde Silo delineó lo que sería su ideología, lograron los humanistas sólo 722 votos de un total de 183.280. En la Capital Federal, de cerca de 2.000.000 de sufragios, sólo recibieron 3.344. Si hubiera sido una elección de regidores no hubieran logrado uno.

En Mendoza, provincia donde reside el líder del movimiento, obtuvieron los humanistas 1.561 sufragios de los 656 mil 320 votos emitidos en dicha circunscripción electoral.

Las actividades del Partido Humanista en Chile han pasado inadvertidas por la ciudadanía. Su última actuación pública fue convocar a un apagón general, el 30 de mayo pasado para solicitar la renuncia del Presidente de la República. A pesar de los panfletos que invadieron Santiago, no se notó.

En las elecciones universitarias han tenido escasa suerte. En 1984, participaron en forma individual en las elecciones de la FECH, lograron 369 votos que equivalieron al 3,2% de los sufragios. En 1985, en la Universidad de Chile, de 17.354 votantes, sólo lograron 321 votos y en la Universidad de Santiago de Chile, de 8.159 electores, obtuvieron 175 sufragios. En el resto de las casas de estudios superiores son prácticamente desconocidos.

Curiosa alianza ha formado la democracia cristiana en la FECH. Han rechazado al Partido Comunista, pero han pactado con un movimiento anticristiano de características sectarias que funciona sin problemas en países de la órbita soviética y que ha sido comparsa del Partido Comunista de España.

Al respecto sólo cabe una interrogante. ¿Quién se beneficia con esta extraña alianza?

Mayores antecedentes sobre este movimiento se pueden encontrar en el libro "LAS SECTAS JUVENILES DE CHILE", obra escrita con acopio de antecedentes por Juan Guillermo Prado.

Humanistas denuncian detención de dirigentes

Dirigentes del Partido Humanista denunciaron ayer la detención de siete militantes de esta agrupación, quienes habían sido puestos a disposición del Ministerio del Interior, según señaló su vicepresidente, Wilfredo Alfsen.

El dirigente informó que la detención se registró a las 22.30 horas en la esquina de la calle Arturo Prat con la Alameda Bernardo O'Higgins. Los detenidos son Tomás Hirsch, vicepresidente del Partido Humanista; las hermanas Verónica y María Campos Ramírez, Erika Conejeros, Andrés Vidal, Alejandra Carrasco Muñoz y Margarita Angélica Castillo Abarca.

En conferencia de prensa,

Wilfredo Alfsen dijo, por otra parte, que el día 30 del presente mes se realizará "un plebiscito en todo el país, para que las personas se pronuncien en torno a la actual situación política".

Los dirigentes del Partido Humanista formularon un llamado "a todos los partidos políticos y a las organizaciones sociales a convocar a este plebiscito nacional".

14-5-86 198

Partido Humanista rechaza coaliciones

El Partido Humanista, en carta abierta entregada ayer, desmiente que forme parte de la Intransigencia Democrática ni de ningún otro frente político.

La carta abierta, firmada por la directiva en pleno del Partido Humanista, señala que "desde su fundación el P.H. ha fijado muy claramente como parte de su estrategia la no participación en ningún bloque o coalición política con otros partidos".

Más adelante, agrega que "el Partido Humanista" propicia el diálogo y la coordinación de acciones no violentas de movilización social".

Firman el documento José Tomás Sáenz, presidente; Cristián Reitze, Wilfredo Alfsen y Tomás Hirsch, vicepresidentes.

28-12-85 199



SILO: Y los partidos se asombran por el financiamiento.

que hacen con los intereses usurarios. Además, ¿qué van a embargar? Podrían traerse primero los bienes que tenemos afuera y después decir: no se paga. Además, fíjese que si nuestro desarrollo fuera mayor, ellos tendrían mejores mercados, desahogo industrial.

¿O podría ser que cada país pagara lo que pudiera, sin que eso le signifique renunciar a su desarrollo?

Podría ser. A ver, tengo dos hijos, uno de menos de año y resulta que cuando nació ya tenía una deuda de mil 500 dólares. Un poco excesivo, ¿no?

¿Y en el campo político?

Nada de departamentos femeninos o juveniles, sino una participación plena y equitativa. ¿Cuántas mujeres, cuántos hombres hay? Pues, los cargos de acuerdo al número. Estamos por el desarme, pero no algo irreal, que se desarme Occidente y los países de la órbita soviética no. Planteamos que cada país de América Latina,

por ejemplo, baje en algunos puntos su gasto. ¿Digamos un dos por ciento? Pues que todos los bajen en dos por ciento y ese dinero se invierta en desarrollo. No sería un triunfo político, si, por ejemplo, logramos que se desarme Brasil unilateralmente, porque saldría un vecino paranoico y provocaría una catástrofe más grande que la que queremos evitar.

¿Un vecino paranoico? ¿Quién es vecino de Brasil? Argentina...

-Vamos, Argentina, Paraguay, Uruguay...

-Pero en Argentina les ha ido regularcito. Ahora tienen cuatro veces más Excocets durante la guerra de las Malvinas.

-Así es. Uno de los puntos críticos del partido con el Gobierno actual.

¿Y cómo andan con la Iglesia? ¿Más bien regularcito?

-Regularcito. Más bien de regular para abajo, sobre todo con una Iglesia tan conserva-

dora. Además, estamos contra la teoría de la teológica de la liberación. Ellos ponen a Dios como centro de todo y nosotros al hombre.

-O sea, ustedes van a apoyar cualquier idea buena, esté donde esté, pero al mismo tiempo están contra todos.

-Estamos, en algún sentido, contra las formas obsoletas. El niño creció y el traje le queda chico.

-Usted es un agricultor...

-En La Consulta, un pueblito que está a 100 kilómetros de Chacras de Coya, que es donde vivo.

-Leí que además de ser esto y lo otro, usted es un pobre agricultor arruinado por el Gobierno. ¿Sigue arruinado?

-No creo que quebrado por el Gobierno, pero sí en malas condiciones. Además, no agricultor sino productor agrícola, que es muy distinto.

¿Y qué produce esa chacrita? ¿Productos macrobióticos?

-No, no creemos que la

solución sea la lechuga o los tomates, como creen los verdes. Vamos más allá. Produzco uvas.

-Ah, vino...

-Uvas. El vino lo producen los puipos bodegueros.

-Aquí ustedes juntaron medio millón de firmas a favor de la mediación entre su país y Chile.

-Le íbamos a pedir una entrevista a Alfonsín. Un tratado de paz permanente entre ambos países. Pero, cuando en Chile se levantó esa enorme cantidad de firmas, rápidamente el Canciller Dante Caputo salió a Roma a decir que iba a firmar no sé qué protocolo. Dos días después que se hizo la presentación a favor de la paz en Chile.

-Me va a decir que fue a firmar ese documento porque La Comunidad recogió esas firmas:

-La acción de los humanistas en Chile obligó a decir que estaba todo arreglado. Tengo toda la impresión.

quien estaba junto a un recién llegado con pinta de gringo, me hizo notar que no apareció ni una línea de lo que dijeron sobre el problema del cobre y los intereses bancarios internacionales.

-Bueno, señor Rodríguez, ahí tiene una grabadora. ¿Qué más no le dicho la prensa?

La campaña contra el Fondo Monetario Internacional y las empresas en América Latina. Nuestra postura es no pagar ni un peso al FMI, en tanto estén en el país. Si no pueden pagar y todo eso nos amedrenta con el poder, entonces les vamos a sacar el remedio, los muebles de las embajadas, nos vamos a que-

dar con sus bienes, los niños se van a quedar sin farmacopea ni remedio. Como si los únicos que produjeran farmacopea fueran ellos. Se produce en todas partes del mundo! Así como negocian los yanquis con los soviéticos, es justo que los países negocien unos con otros. No pagar. Caerá tal vez la banca Rockefeller, pero no se destruirá el planeta por eso. Ya se han pagado con creces con la equilmada que les han hecho a nuestros países. ¿Cómo es posible que Brasil, por ejemplo, que daba diez bolsas de café por un jeep, ahora necesita entregar mil bolsas de café por un jeep? Está lo que hacen con los precios internacionales, lo



11



Archivo
Nacional
de Chile

CAMPAÑA

Por las 500 mil firmas

Comunidad promueve tratado de paz permanente con Argentina y otro destino a gastos para armamentos

La campaña no necesita mayor explicación: se trata de apoyar, firmando, un Tratado de Paz Permanente con Argentina. Según La Comunidad para el Desarrollo Humano —entidad promotora de esa gestión—, “existe consenso en que las consecuencias físicas, económicas, morales y psicológicas de un conflicto armado son definitivamente inhumanas. En este sentido, todos los esfuerzos por evitar que ello ocurra constituye una causa verdaderamente digna”.

Y en eso están los más de cuatro mil integrantes y simpatizantes de esta corporación que en Chile adquirió personalidad jurídica en 1981 (existe en otros 42 países del mundo) y cuyo objetivo es “construir un ser humano y un mundo solidario y no violento”. Aclara el presidente de la entidad, José Tomás Sáenz (34, casado, dos hijos, corredor de propiedades): “Cuando hablamos de pacifismo no lo hacemos pensando en el inmovilismo sino en la no-violencia activa. Porque si uno quiere tener derecho a la paz hay que trabajar por ella; en este caso, manifestándose”.

Vocación pacifista

Fundamentando que “si el pueblo es quien ejerce su derecho a la paz, debe asumir la responsabilidad de apoyarla”, los voluntarios de “La Comunidad” —como se le conoce—, están recolectando firmas en pro de esta iniciativa en todo el país. El objetivo es reunir por lo menos 500 mil firmas hasta marzo para entregarlas “al

más alto funcionario de las Naciones Unidas”.

La Comunidad utiliza el logo de Silo (una secta prohibida en 1974 y que se identifica con un triángulo), aunque expresa que se trata de algo diferente. En los próximos días viajará un enviado chileno a reunirse con la misma organización argentina para dar el vamos, allá, a una campaña similar. Lo que se pretende, dicen, es desterrar el fantasma bélico para siempre y destinar los fondos que se utilizan en armamentos en necesidades más urgentes, como nuevas fuentes de trabajo, mejoramiento de las condiciones de salud, vivienda y alimentación; “además de dejar expreso el deseo del pueblo chileno de

Voluntarias: cuatro mil jóvenes en las calles



José Tomás Sáenz: no violencia activa

que todos los problemas bilaterales, actuales y futuros, sean resueltos dentro del marco pacífico de este tratado”. Es decir, “confirmar con los hechos nuestra vocación pacifista”. •

Más aún, ante la interrogante "¿En qué coinciden con Marx?" SILO afirma: "En muchas cosas. Las clases sociales, las luchas de clases". Es decir, al igual que el marxismo, el "siloísmo" reconoce la lucha de clases como factor motriz del quehacer humano e histórico; con todo tampoco reniega de la violencia que también está en Marx. Incluso la degeneración socialista es interpretado por SILO según la utópica tesis comunitaria: es "la apropiación de los medios de producción por parte de los trabajadores para constituir una sociedad sin clase". Rodríguez Cobos termina definiendo la naturaleza de la organización y símbolo siloísta: "las tres revoluciones: social, cultural y psicológica".

Mario Rodríguez Cobo

HABLA SILO

Por Daniel Galleguillos
Fotos: Julio Bustamante

-La Comunidad existe en 42 países; estamos organizando partidos humanistas y la postura es contra todo imperialismo, esté donde esté.
-América Latina debe anunciar que no pagará ni un peso de su deuda externa. Bastante nos han esquilmo.

José Tomás Sáenz, presidente del Partido Humanista, me abre la puerta de su casa y me presenta a Mario Rodríguez Cobo, conocido por "El Araña", El Negro Rodríguez y Silo, este último apodo, según lei, a causa de su metro y 85 centímetros. Le pregunto si se achicó o ¿los periodistas lo ven de un metro 85 a medida que habla? Me contesta que en su vida ha dicho que tiene esa estatura y pregunta si pueden traer café, que sirve personalmente, mientras me presentan a un humanista español llamado Pepe y me saluda, con su rostro siempre al borde de la sonrisa, Francisco Granella, encargado de las relaciones públicas del partido chileno.

Silo, a quien el gobierno militar le expulsó del país a una docena de militantes de La Comunidad allá por el '73, me explica que vino por unos días y le espera una reunión. ¿Bastará con una hora de entrevista o un poco menos?

Tarde de sábado. Afuera empieza a llover. Silo viste deportivamente, es muy delgado, tiene los brazos desmesuradamente largos (¿El Araña?), es moreno (El Negro Rodríguez) y sólo eso de Silo, por lo alto, no concuerda. Termina las frases con una sonrisa amplia y tiene ojos grandes y como redondos, así que parece siempre alegre, al margen que estalla en carcajadas cuando la pregunta le parece filosófica o escucha algo divertido.

Es el fundador de La Comunidad, que empezó en 1966, allá en su tierra mendocina. Un grupo de estudios que investigaba la crisis de la sociedad y cómo salir de ella. En Chile, Silo fue sinónimo de escándalo. En esa tal comunidad se les enseñaba a los jóvenes a romper con sus familias, había liberalidad sexual ilimitada y la Catalina, niña, está como loca, fíjate que la Catalinita se aficionó a la marihuana y fuma más que un chino en velorio, mija.

Resultó que no se probaron cargos contra La Comunidad y los exiliados salieron... con certificados de buena conducta. Los marihuaneros se habían aficionado por su cuenta, las tales orgías no eran tales y La Comunidad había sido el pato de la boda.

Eso en Chile. Porque en Argentina un sector propiciaba la acción directa para cambiar la sociedad, mientras otra desembocabá en el ascetismo. Estudiados Sartre, Heidegger, Jasper, Marcel, Marcuse, descubrieron la diferencia entre el sufrimiento, ese temor a perder lo que se tiene, a no alcanzar lo que se desea y el dolor más concreto: hambre, sed, todo lo que produce injuria contra el cuerpo.

En 1966 las autoridades trasandinas detienen a una docena de siloistas. En Jujuy. Acusación: ser guerrilleros. Esto porque habían comprado un campo, lo habían desbrozado y trabajaban en contacto con la naturaleza. Silo pide permiso para una conferencia pública. Se lo niegan. ¿Y si hablamos en la montaña? Eso sí. Si quieren irse al pedregal, pueden hablar hasta desgañitarse. Fueron y llegaron hasta periodistas de la NBC y la CBS. Silo explicó su tesis sobre la dialéctica generacional y por qué una generación joven irrumpe como ruido por entre los rescoldos de unas estructuras caducas.

Los siloistas rodeados de soldados con metralletas se sentían, en ese año 1969,

parte de los movimientos juveniles que culminaron en ese mayo del 68 en París, en los movimientos de la Universidad de Berkeley, de la revolución cultural china, de la movilización en la Politécnica de Roma.

El hombre, se les dijo, debe estar abierto al mundo. No nació con un destino impuesto y se abre paso a medida que hace cosas porque la nada de Sartre es un error que no conduce a parte alguna. Importa la libertad, y la historia que la va modificando.

El '75 los siloistas tuvieron una reunión internacional en Corfú, Grecia Unida mundial. Ahora La Comunidad tiene 15 años y filiales en 42 países de América Latina, Asia y Europa. Unidos gráficamente por el triángulo dentro del círculo: paz, fuerza y alegría.

Desde hace algunos meses, La Comunidad se está transformando en el semillero para los partidos humanistas y la filial chilena recibió la visita de Silo, que sonríe y sonríe y piensa que hay que hacer algo contra el sistema carcelario.

De eso sabe. Ha estado detenido 17 veces.

EL PARTIDO

Supongo que una de las razones de su viaje es retar a la gente del Partido Humanista. ¿no?

Vine a ver qué me cuentan. Y me dicen que las cosas van muy bien, muy sincronizadas con lo que está sucediendo en otros lugares, donde el partido se está lanzando también.

Pensaba en Chile, donde con el Partido Humanista no pasa nada.

Me imagino que tampoco pasa mucho con los otros partidos.

Por lo menos, señor Rodríguez, aparecen en los diarios.

Hay que verlo caminar, es tan cortito su tiempo, tan poca la experiencia política de su gente, sin capital, sin líderes, sin elaborar todavía las reformas políticas al plan de gobierno. Es decir, todos los defectos.

Entonces, si La Comunidad en 42 países ha hecho nacer a los partidos humanistas sin experiencia política, sin plan, sin líderes, sin financiamientos, ¿quiere decir que estamos hablando del milagro del siglo veinte?

No. La Comunidad es una institución social y cultural, se las ha arreglado bien. Pero que pueda transformarse en una gran organización política hay que dejárselo al tiempo, a ver si puede o no puede.

Resulta, señor Rodríguez, que el Partido Humanista partió en Chile planteando una serie de reformas. Se suponía que sabía lo que quería. ¿Qué pasó?

No sé cómo está la situación acá. Estoy recién llegado. Pero, en otros países, he visto una serie de cosas positivas. En Sao Paulo logró que los cesantes tuvieran pasajes en ómnibus gratis y se está haciendo la misma campaña en Río de Janeiro, Bello Horizonte y Recife. En Europa se han recogido dos millones y medio de firmas contra el desempleo, a favor de la cooperativización. Se pretende que toda empresa en quiebra o a punto de quebrar se cooperativice. Es decir, que pase a manos de los trabajadores y el gobierno apoye con créditos preferenciales, a corto, mediano y largo plazo. Eso es mucho más interesante que cerrar las empresas, la gente quede en la calle y después aparezca el banco transnacional que se

hace cargo de la cosa, se lecciona al tipo de personal y la gente sigue cesante. En Argentina, en un mes y medio, La Comunidad y el Partido Humanista salieron a la calle y recogieron un millón 200 mil firmas a favor del servicio militar optativo.

Bueno, ustedes habían perdido la guerra de las Malvinas, así que la cosa era fácil. Las madres de los muchachos deben haber firmado tres veces.

No se aprovechó el tema de las Malvinas. Se hizo un planteo más general, que no tenía nada que ver con un chauvinismo herido.

A usted lo acusan de trabajar para la CIA y para la KGB. ¿Qué acusación le gusta más?

Y, depende, porque si estamos hablando con la derecha, está bien que nos digan que somos de la CIA. Si estamos hablando con la izquierda, está bien que nos digan que somos de la KGB.

¿Nadie le pregunta si trabaja para la Internacional Socialdemócrata?

No y, efectivamente, la Socialdemocracia es una internacional, igual que el Partido Comunista, que la Democracia Cristiana, que la Internacional del Dinero. Hay internacionales a montones.

¿Y qué pasa con la Internacional Humanista? Lei hace algún tiempo que estaban a punto de formarla.

Bueno, parece que esa idea prendió y la gente dijo que pusieramos en marcha estos elementos doctrinarios nuestros tan amplios y tan vagos y los lleváramos a las realizaciones prácticas, a ver si pueden dinamizarse en el campo social.

Eso de movimiento amplio y vago... ¿Por qué tienen una doctrina tan vaga?

Nos dimos, hace años, jurídicamente, un encuadre social y cultural y estas organizaciones tienen planteos amplios, no como los partidos.

Pero ahora también tienen partidos, parece que tan erráticos como La Comunidad.

Es un esfuerzo de sólo tres meses. Un gran esfuerzo, en cada país, para darnos nuestro programa de gobierno, nuestra política social, universitaria...

Si hay Internacional Humanista, habrá, claro, principios internacionales.

Si y esos serán, necesariamente, la lucha contra el imperialismo, esté donde esté. Está el norteamericano, el soviético, el social imperialismo. Nuestra Internacional será fuertemente de tendencia juvenil, cooperativista en economía y con gran participación femenina. Ya se presentan dificultades en la relación con otros partidos. Se inaugura un estilo nuevo, donde no existe ni rama juvenil o femenina aparte. No queremos taponos. En Perú, precisamente, veíamos hace algunos días que sobre 200 representantes, diputados, sólo once eran mujeres.

¿De fuerte contingente juvenil? Usted es un estudioso de lo ocurrido en esas jornadas de mayo del 68, en París. Resulta, señor Rodríguez, que esos jóvenes decían que nadie que tuviera más de treinta años podía enseñarles nada. Y usted tiene más de 45...

Eso decían en aquella época. Ahora deben decir cosas distintas. Daniel Cohn-Bendit, por ejemplo, se ha incorporado al Partido Verde.

Así que usted, claro, está de acuerdo que se puede enseñar pasados los 30.

Absolutamente. Siempre

estuve de acuerdo con eso. Además, no puede negarse la experiencia histórica.

Claro. Veo que usted va caminando a De Gaulle. Bueno, ustedes con programa vago y resulta que están en 42 países y nadie les cree que no tienen un peso. Es increíble, dicho sea de paso. Uno lee que los afiches los hacen con diarios viejos y las rifas y cada uno compra la pintura...

Eso es. Ese es el punto. Justamente ése. Basta con preguntarles a los españoles cómo han hecho la campaña de afiches, que ha sido espectacular, en España y en Europa. Es cosa de pasar por los locales y ver la cantidad de afiches que preparaban, con un sistema rudimentario. Un millón de afiches en la campaña contra la cesantía y a favor de las cooperativas. De ese millón, sólo cien mil fueron impresos. Los otros, hechos totalmente a mano.

Aquí, Silo se volvió hacia el español Pepe:

Pepe, ¿cuántos locales de La Comunidad hay en Madrid?

El español contestó con acento argentino:

Y, aproximadamente unos 60.

Bueno, los partidos ven cómo, de repente, aparecen 50 ó 60 locales financiados. Entonces creen que tenemos algún tipo de financiamiento.

Silo se vuelve a Pepe:

Pepe, ¿cómo se financian los locales?

Nosotros editamos "La Hoja del Barrio", una especie de boletín informativo de los problemas de ese barrio y los comerciantes se suscriben a la



ARMA: No violencia-activa.

Hoja y colaboran con una cantidad y le ponemos un aviso. A mí me dijo Rafa (?) que tienen arriba de 3.500 suscriptores.

Le pregunto a Silo: ¿Y los viajes al extranjero también los financian así?

Mire, están las cuotas que pone la gente del Partido, que son miles. Los gastos grandes son mantener los locales y la propaganda.

LA VIOLENCIA

Usted, señor Rodríguez, fundó La Comunidad. ¿Fue una especie de revelación divina?

No, no. Era un grupo de estudios que veía cómo todo se deterioraba. Dimos una vuelta por América Latina, se incorporaron algunos intelectuales y ampliamos nuestro horizonte, que se limitaba a Mendoza. Además de ver lo personal, cómo puede ser que en Suecia, con un nivel excepcional de desarrollo que les soluciona sus problemas, un tipo se suba al quinto piso y se largue? ¿Como las curvas de

suicidios en los países altamente desarrollados son tan altas, si no tienen ningún dolor físico?

En el caso de Suecia, señor Rodríguez, creo que se debe sencillamente a que son ordenados y llevan estadísticas. De hecho, los que más se matan son los húngaros. Casi por orgullo personal. Por octubre, si descubren que no van primero, se empiezan a suicidar como locos. Pero el asunto es que, para ustedes, la diferencia entre dolor y sufrimiento es importante. ¿no?

Son fenómenos diferentes. El sufrimiento mental, psicológico y todo aquello tiene mucha importancia, pero ¿qué hacemos con el hambre, falta de proteínas, techo, morbilidad infantil? Ese es un problema físico que no puede solucionarse con procedimientos terapéuticos...

Concluyeron eso... ¿Qué solución propusieron?

Modificar las condiciones que afectan a los otros y a nosotros. Al principio éramos un grupo de pequeños burgueses, de intelectuales. ¿Y ustedes de qué hablan si no tienen esos problemas? Bueno, entonces aporte usted y así fuimos enriqueciendo el planteo. No dimos solución entonces. Denunciamos los problemas en términos generales. Estaba Onganía en el poder. Mucha gente fue deportada, cayó presa.

En suma, la denuncia de ustedes ¿no es la misma que hacen los partidos políticos? La miseria, la falta de...

Básicamente, las denuncias nuestras han sido en torno a los problemas de la violencia. Nos identificamos con un tipo de acción no violenta, con metodología, a la par que aclaramos cuáles eran nuestras cartas. Denunciamos la violencia física, la económica, racial, religiosa, psicológica, educacional, cultural... Dijimos que era un problema de violencia. No se trata entonces de las denuncias clásicas de la izquierda ni de los capitalistas.

Tomando en cuenta que en los últimos cinco mil años el mundo ha conocido sólo unos 50 años de paz, la tarea es media pesadita...

Yo lo creo así, es verdad.

El arma es la no violencia. ¿Cuál no violencia?

Una no violencia activa. Se cree que la no violencia es algo descafeinado, pero no se trata de poner la otra mejilla. Para eso preferimos la guerra fantasma, donde no se pone ninguna mejilla y las denuncias circulan por todos lados.

¿Cuál es la no violencia-activa?

Una forma de actuar. Si en política, aceptar un sistema pluralista, republicano, democrático, de participación de todos los partidos. De ir ganando escaños, presentar so-

luciones, llegar al manejo del poder político para modificar el sistema de acuerdo al planteo general.

Hasta ahora, veo que consiste en llegar al Congreso.

En parte. Ocorre que depende de la situación de cada país. Si hay una dictadura feroz, que no permita ese acceso al poder, habrá que organizarse como resistencia a la violencia del sistema. No con tiros y cosas semejantes. Concientizando a los sindicatos, universidades, pueblo en general, organizaciones de base. Organizar cooperativas de consumo en los barrios más necesitados, es decir, aportar un mejoramiento de las condiciones. No como hacen los políticos, que prefieren que se mueran de hambre los necesitados con tal de producir una confrontación social. Creemos en mejorar las condiciones de vida, a la zaga del Gobierno, de la oposición de quien sea. ¿Por qué? Porque lo importante es el ser humano. ¿Qué sucederá entonces en una tiranía? No podrá institucionalizarse el partido. Entonces, se debe actuar en la resistencia, que es muy distinto al clandestinaje. Este último significa suponer que el sistema es legal y que uno es ilegal. La resistencia supone que el ilegal es el sistema. En Polonia, por ejemplo, y en otros países, se están organizando partidos humanistas en la resistencia y en el exilio, por lo que le dije, dos cosas diferentes. La resistencia dentro y el exilio fuera, claro, donde la gente se puede afiliar al partido.

Esto me recuerda que ustedes iban a pedir permiso en los países del Este para formar partidos humanistas. ¿Cómo les ha ido?

En Polonia y Yugoslavia. Se ha hecho el intento para cumplir con las formas. La cosa se ha dilatado, así que los muchachos ya han empezado a organizarse.

LA DEUDA

Señor Rodríguez, ustedes en economía propician el sistema cooperativo. ¿Qué más?

Bueno, nuestros especialistas están trabajando en eso. Recuerde que tienen tres meses de vida, en todas partes. Recuerde que en 1983 las Naciones Unidas declaró públicamente que, en todo el mundo, La Comunidad es la institución que más ha hecho en torno al tema del armamentismo, la no violencia, tomando en cuenta el uso de sus materiales, películas, charlas, exposiciones y demás. No ha estado, esencialmente, ocupada de la política y la economía. Además, la prensa tiene sus intereses y no ha publicado todo lo que hacemos.

Le pregunté si eso era cierto en Chile, y José Tomás Sáenz,

Bell al P. Humanista

El presidente de la Juventud Socialdemócrata, Patricio Bell, presentó esta semana su renuncia a esa colectividad y solicitó su incorporación al Partido Humanista.

Bell manifestó que su retiró obedece a "razones estrictamente personales" y que inicialmente colaborará en el departamento de Relaciones Públicas del PH, que preside Jose Tomás Sáenz.



Archivo
Nacional
de Chile

Partido Humanista:

Plantean Urgencia de Diálogo No Excluyente

49-11-84
4

El Partido Humanista reiteró ayer su vocación pacífica y no violenta y, en consecuencia, expresó su más enérgico rechazo a la reciente actividad violentista desatada en el país "ya sea que provenga de sectores violentistas afines al gobierno o de sectores opositores".

La declaración pública, emitida ayer, expresa, asimismo, que "las opiniones vertidas en los últimos días por el Jefe de Estado, sólo tienden a la polarización de fuerzas y a la división entre los chilenos, lo cual únicamente nos puede conducir a una escalada violentista de grandes proporciones".

El Partido Humanista sostiene que la acción reflexiva es aquella que "se muestra en sus efectos y no en las meras intenciones".

Por tal motivo, formula un llamado, tanto al gobierno como a la oposición para que pongan fin "a la lucha estéril en que están empeñados".

"Esta situación de lucha -agregó sólo es posible de superar por medio del entendimiento racional y desinteresado en beneficio del país y por ello es que creemos en la necesidad de un urgente diálogo, no excluyente entre ambos bandos".



Archivo
Nacional
de Chile

Zubehör für die Schreibmaschinen,
Schreibsysteme und Kopierer von IBM

Der neue Katalog von IBM direkt

Gebühr bezahlt
beim Postamt
7000 Stuttgart 1

Presse

Falls Empfänger verzogen, bitte zurücksenden.
Wenn möglich, mit neuer Anschrift.

IBM

IBM Deutschland GmbH
»IBM direkt«
Postfach 111042
6000 Frankfurt 11



18 personas fueron detenidas e varjos de incidentes ocurridos en el sector de Recoleta con Sta. Teresita en un área capital. Según informaciones obtenidas, estas personas participaban en los disturbios ocasionados por más de 500 individuos que obstaculizaron el tránsito de la Colectiva Colectiva, peatonal y pedestres en dichas calles. Por los manifestantes provocaron intensos ruidos con diversos alfileres y también con frías silbidos, además de apedrear con piedras a personal de la abstracción.

Otro hecho de similares características ocurrió también en horas de la noche, cuando un grupo de partidarios de La Armada, Comuna de Valparaíso, instaló obstáculos en la calzada para impedir el tránsito de vehículos en el sector. Los participantes del desorden comenzaron a gritar consignas contra el gobierno ante la llegada de la policía uniformada y lanzaron botellas con contenido líquido al pavimento, las que no obstante, sin embargo, no les ocasionó ni lesiones,

(Banco Informativa 3:14 km, 22-12-83)

MALE HAUT UND MISCHHAUT

Erwartet die Kundin
weiteren Produkten?
schaften:

Die Antwort von LANCÔME:

Name des Produktes

Besondere



Archivo
Nacional
de Chile

FRENTE NACIONALISTA



“PATRIA Y LIBERTAD”



Archivo
Nacional
de Chile
Conceptos y Metas Fundamentales

207

FRENTE NACIONALISTA



"PATRIA Y LIBERTAD"



Archivo
Nacional
de Chile

Historia y Memorias

Todo ser humano tiene una Patria, forma parte de un pueblo, pertenece a una familia y debe ejercer una profesión u oficio.

Patria, pueblo, familia y gremio constituyen las entidades naturales de todo conglomerado humano. El marxismo —ideología al servicio del imperialismo soviético— tiende a destruirlas. El Frente Nacionalista "Patria y Libertad" busca su exaltación a través de las siguientes concepciones:

PATRIA

La Patria es un destino histórico que trasciende a los individuos, los partidos y las ideologías. Se forjó con la sangre de los que murieron por ella en los campos de batalla, y con el esfuerzo creador de las generaciones que nos precedieron.

No se puede, en consecuencia, renegar del pasado. Pero infinitamente más grave es comprometer el futuro de la Patria, sometiéndola a servidumbre de una ideología foránea, o al dominio de una potencia extranjera.

El comunismo persigue estos fines y declara que la Patria es un prejuicio burgués que debe suprimirse. El Frente Nacionalista "Patria y Libertad" denuncia esta posición como un delito de alta traición y declara su propósito de defender, hasta sus últimas consecuencias, la Patria que nos legaran O'Higgins, Carrera, Portales, Prat y Balmaceda.

PUEBLO

El pueblo no lo compone una determinada clase social. Lo integran todos los habitantes de Chile identificados con su destino histórico. Nuestro pueblo tiene una idiosincrasia y un estilo de vida propios, incompatibles con recetas importadas.

El comunismo pretende dividir al pueblo chileno, y preconiza la "lucha de clases" entre propietarios —"la clase explotadora"— y proletarios —"la clase explotada"—. De acuerdo con esta absurda concepción, el Jefe del Estado, sus Ministros y los altos funcionarios serían proletarios explotados, mientras que un modesto parcelero o un dueño de taller, sería un propietario explotador.

El Frente Nacionalista "Patria y Libertad" promueve la unidad nacional y la integración social, y reclama para el pueblo chileno el derecho a forjar su propio destino.



FAMILIA

La familia es la célula básica del organismo social y por eso el marxismo busca debilitarla. Para ello alienta los conflictos entre generaciones, socava la autoridad de los padres y destruye el respeto filial. En Moscú se levanta un monumento en "honor" de un niño que denunció a su propio padre, por el "delito" de criticar al Partido Comunista.

El Frente Nacionalista "Patria y Libertad" afirma que el actual relajamiento social reconoce, como causa fundamental, la descomposición de la familia. Consecuentemente, propende a restaurar nuestra tradición familiar que acunó la grandeza de Chile.

GREMIOS

Los gremios y los sindicatos, con mayor propiedad que los partidos políticos, son las agrupaciones que necesitan los trabajadores, estudiantes, profesionales y empresarios, para hacer valer sus derechos frente al Estado o a cualquier otro centro de poder.

El comunismo condena el sistema capitalista porque tiende a concentrar, en pocas manos, un gran poder económico. Este vicio, sin embargo, se agrava en los regímenes marxistas, donde el Estado se convierte en el único banquero, latifundista, comerciante y empresario del país. Este patrón omnipotente anula además el poder de los gremios y sindicatos y los transforma en instrumentos de represión y soplónaje.

El Frente Nacionalista "Patria y Libertad" se declara partidario de un sólido frente gremialista, para oponerse a los abusos del Gobierno marxista, que pretende convertirse en el patrón único de los trabajadores chilenos.

— O —

Para mantener la grandeza de la Patria, la dignificación del pueblo, la estabilidad de la familia y el fortalecimiento de los gremios, el Frente Nacionalista "Patria y Libertad" fundamenta, en las siguientes aspiraciones, su lucha contra el marxismo opresor.

1º.— Dar a Chile un Estado Integrador

Chile no puede seguir dividido por luchas internas. El destino de la Patria es común, y sólo la acción mancomunada de todos los hombres y



Archivo
de Chile

mujeres podrá colocarnos en la ruta de un rápido progreso moral y material.

Frente al Estado al servicio de un partido o de una clase, llamamos a construir un Estado integrador, al servicio de todos los chilenos.

2º.—Dar a Chile un Gobierno autoritario

La más simple de las organizaciones necesita una cabeza que mande. Un Estado moderno es una compleja organización que exige —para evitar la anarquía y el desorden— una autoridad rectora.

Es necesario restablecer en Chile el Estado de Derecho, sobrepasado por la acción disolvente del comunismo. Es preciso extirpar la demagogia política, terminar con la corrupción moral y detener el caos económico con su secuela de cesantía y miseria. La primera medida para alcanzar estas metas es restablecer el principio de autoridad, encarnado en un Presidente de la República que sea árbitro de la vida nacional, sin perjuicio de la independencia de los Poderes Legislativo y Judicial.

3º.—Dar al pueblo un sentido de responsabilidad colectiva

Los derechos humanos son inseparables de la existencia libre del hombre. Pero será también tarea nuestra el señalar los deberes humanos. Todo derecho entraña un deber. Así, el derecho al trabajo trae consigo el deber de trabajar; el derecho al estudio, el deber de estudiar. Quien vive en función de sus derechos, es un lastre; quien se preocupa de cumplir sus deberes, es útil a su Patria, a su pueblo, a su familia y a su gremio.

La responsabilidad colectiva es el fundamento de la disciplina social, sin la cual es imposible el desarrollo económico y el progreso espiritual de un pueblo.

4º.—Dar a Chile una economía moderna y una empresa integrada

La lucha entre capitalismo y comunismo es una lucha entre dos materialismos. Creemos que el ser humano alcanza su plenitud cuando cumple tareas espirituales. Pero la libertad del hombre se basa en su independencia económica y, consecuentemente, el Frente Nacionalista "Patria y Libertad" propende a que todos los chilenos sean PROPIETARIOS, frente a la pretensión marxista de convertirlos en PROLETARIOS, vale decir, en esclavos del Estado, dueño de todo el poder y de todas las empresas.

de Chile

Aceptamos la empresa privada y la propiedad individual —con las limitaciones que determina el bien común— porque ellas sustentan la libertad humana. Pero aspiramos a substituir la empresa actual —fundamentada socialmente en la compraventa de fuerza de trabajo— por una empresa integrada, donde el incremento de la producción sirva para cumplir la meta de hacer propietarios a todos los chilenos.

5º.— Dar a Chile una democracia funcional

En nuestro país la ciudadanía está obligada a expresarse políticamente a través de los partidos. Sin embargo, éstos se han divorciado de la opinión pública y, hoy por hoy, menos del 10% del electorado milita en ellos. Resulta absurdo, en estas condiciones, que sean los partidos las únicas organizaciones con facultad de intervenir en la vida pública.

Propiciamos que los gremios, sindicatos, colegios profesionales, Fuerzas Armadas en retiro, federaciones universitarias, etc., tengan representantes en el Parlamento e influyan en la gestión de Gobierno, aportando su patriotismo, conocimientos y experiencias al progreso de Chile y de su pueblo.

UNETE A NOSOTROS Y LUCHA POR UNA PATRIA GRANDE,

MODERNA Y LIBRE.

FRENTE NACIONALISTA "PATRIA Y LIBERTAD"



HUERFANOS 1117 — OFICINA 722

Archivo
Nacional
de Chile

"La tarea histórica que nos ha señalado el destino no pertenece a un hombre ni a un grupo de hombres; es misión de todos los hijos de esta tierra. En consecuencia, no nos preguntemos qué se está haciendo en Chile para preservar la libertad y la democracia; preguntémonos qué estoy haciendo yo en esta lucha fundamental".

P. Rodríguez Grez

PABLO RODRIGUEZ GREZ
JEFE NACIONAL



Archivo
Nacional
de Chile

Faint, illegible text, possibly bleed-through from the reverse side of the page.

[Handwritten signature]

[Faint printed text, possibly a name or title]



Archivo
Nacional
de Chile

Frente Nacionalista Patria y Libertad



El Mito Marxista



Archivo
Nacional
de Chile

Cuaderno N.º 2

VALOR - E. 5 -



Archivo
Nacional
de Chile

PROLOGO

En este ensayo se afirma que el éxito del Comunismo radica en el desconocimiento general de su filosofía.

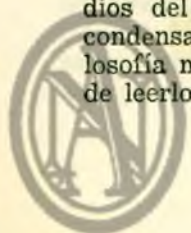
Efectivamente, la majadera propaganda marxista ha transformado esta doctrina en un conjunto inorgánico de consignas que se repiten con religiosa devoción, pero sin mayor análisis. Gracias a este procedimiento, hoy se aceptan algunas de ellas como "dogmas de fe" que no admiten discusión.

Nuestra concepción nacionalista pretende imponerse mediante la confrontación y el estudio sereno. Creemos, que la mejor manera de enfrentar al marxismo es a través de una paciente labor de divulgación en que se desenmascare esta "religión de odios y de resentimientos" que reconoce como Dios a la materia y como demonio a la propiedad privada.

Del estudio objetivo del marxismo se desprende su absoluto divorcio con la realidad contemporánea, hondamente determinada por el desarrollo científico y tecnológico, y su contradicción con el humanismo cristiano que recoge nuestra civilización occidental. Por lo mismo, a la postre, se desechará esta doctrina disociadora que sólo ha sido fuente de convulsiones innecesarias y ya superadas en muchas naciones de la tierra.

Nuestra oposición al marxismo no es una actitud irreflexiva. Se trata, por el contrario, de ofrecer en sustitución de aquellas añejas ideas propias de otro tiempo y de otras comunidades, una doctrina profundamente arraigada en nuestro espíritu y en nuestra idiosincrasia. Pero tampoco podríamos combatir con eficiencia y con justicia a nuestros adversarios, si no conocemos lo que piensan, ni sabemos de sus estrategias para luchar contra nosotros.

Este resumen, preparado por el Departamento de Estudios del Frente Nacionalista "PATRIA Y LIBERTAD", ha condensado, apretadamente, las bases fundamentales de la filosofía marxista, en términos tales que nadie puede excusarse de leerlo y estudiarlo. Por su brevedad, podría decirse que es



Nacional
de Chile

un milagro de síntesis, compatible con el frenético ritmo de la vida actual. Disponemos de estudios más profundos, pero nada sacaríamos con pretender divulgarlos. Su extensión y complejidad harían estéril nuestra campaña sobre clarificación ideológica.

Este CUADERNO N° 2 es la continuación de una serie de trabajos, destinados a despertar a los chilenos de su letargo político, para incorporarlos a la gran cruzada contra el marxismo antichileno. Su lectura y su divulgación pasan a ser, desde este mismo instante, un deber insoslayable y una tarea de honor para los militantes y simpatizantes del Frente Nacionalista "PATRIA Y LIBERTAD".

P. Rodríguez Grez

PABLO RODRIGUEZ GREZ



Archivo
Nacional
de Chile

INTRODUCCION

Paradójicamente, el marxismo ha alcanzado una fuerza formidable, porque, prácticamente, nadie conoce su doctrina.

Si Ud. le pregunta a un comunista o a un socialista cuales son las leyes fundamentales de la filosofía de la naturaleza del marxismo, ni siquiera sabrá decirle que son tres. Si le ayuda un poco y le propone discutir sobre la primera de ellas, la Ley de Contrarios, se sacará los balazos hablando de la oligarquía, de los monopolios, de la clase explotadora y del imperialismo yanqui. De la Ley de Contrarios, ni media palabra.

Desgraciadamente, la inmensa mayoría de los antimarxistas, tampoco saben nada de la filosofía marxista, y, en consecuencia no están en situación de sostener una discusión en el plano doctrinario.

Nos proponemos, en este ensayo, descorrer el velo para que miles de chilenos conozcan el marxismo-leninismo al desnudo, comprendan su pobreza ideológica, el atraso científico de sus postulados, el fracaso de sus predicciones y, al mismo tiempo, el peligro mortal que se cierne sobre Chile, si se implanta entre nosotros —no importa a través de qué vía— el marxismo. Porque, en última instancia, se trata de una doctrina política al servicio del imperialismo soviético, que pretende transformar a nuestra Patria, libre y soberana, en un país esclavo, como Hungría, Polonia, Checoeslovaquia, Cuba y tantos otros, que se cobijaron en los brazos del oso ruso y fueron estrujados y asfixiados en un abrazo mortal.

El éxito del marxismo reside, precisamente, en el desconocimiento general de sus principios y, en la reiteración constante y majadera de sus consignas, la mayoría de las cuales no corresponden a sus postulados filosóficos y políticos. El mejor antídoto contra el marxismo es darlo a conocer con sentido crítico para que todos comprueben que se trata de una doctrina antinatural, anticientífica, anquilosada y propia del pasado.

blecerse el comunismo conservando las libertades públicas y el Estado de Derecho, creemos de interés copiar citas de Marx, Lenin y Stalin, que ponen las cosas en su lugar. Es la Filosofía de la Revolución expuesta por sus principales ideólogos. Ningún marxista-leninista —y Salvador Allende lo es— puede discrepar de estos pensadores sin negar el marxismo-leninismo.

En “Problemas del Leninismo” Stalin afirma:

“La revolución burguesa se limita a cambiar un grupo de explotadores por otro en el asiento del Poder; por eso no tiene necesidad de destruir la máquina del viejo Estado. Por el contrario la revolución proletaria suprime todos los grupos de explotadores en el Poder, y coloca en él al jefe de todos los trabajadores y explotados de la clase proletaria. No puede excusarse de destruir la máquina del viejo Estado y reemplazarla por una nueva.” (6)

Refiriéndose a la Revolución Francesa dice Marx:

“Dos errores privaron a la brillante victoria de sus frutos: El proletariado se detuvo a la mitad del camino; en lugar de meterse con la “expropiación de los expropiadores”, se desvió soñando implantar una suprema justicia en el país... El segundo error fue la magnanimidad innecesaria del proletariado: **en lugar de exterminar a sus enemigos, se dedicó a ejercer influencia moral sobre ellos.**” (7)

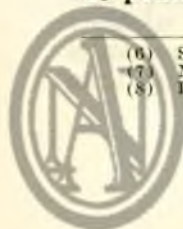
Por su parte dice Lenin:

“El Estado es producto del carácter irreconciliable del antagonismo de clases; es la fuerza colocada sobre la sociedad, fuerza que se aparta más y más de la misma. Por donde es claro que **la libertad de la clase oprimida no es posible sin una violenta revolución; es más, es inevitable destruir el aparato de poder del Estado, creado por la clase dominadora.**” (8)

(6) STALIN, J.: Problemas del Leninismo.

(7) MARX, K.: La Guerra Civil en Francia.

(8) LENIN, V.: El Estado y la Revolución.



1. — FILOSOFIA DE LA NATURALEZA

Es el fundamento de toda la filosofía marxista. De ella se desprenden conclusiones tan importantes como la negación de Dios, la lucha de clases, la explotación del hombre por el hombre, el materialismo histórico, etc.

Es fundamental, además, porque el marxismo es una filosofía materialista y lógicamente su primera preocupación está dirigida hacia el mundo material, hacia la naturaleza.

Veamos sus tres leyes fundamentales.

a) La Ley de Contrarios

Para Marx la partícula de materia está compuesta de dos elementos contrarios, los que, al actuar el uno contra el otro, provocan el movimiento. Pero el movimiento de la materia, es un movimiento dialéctico que lleva consigo un designio de perfección —Marx no dice de dónde proviene— y esto explica la creación de nuevas y más complicadas formas materiales.

Es fundamental esta concepción marxista porque, siendo el movimiento inseparable de la materia, no necesita de un motor externo que la impulse. Niega al Primer Motor, niega a Dios. La materia se bastaría a sí misma y su existencia sería eterna.

La crítica a esta concepción de Marx es fácil e irrefutable. Si los contrarios son inertes, no pueden producir el movimiento. Si no son inertes, Marx está suponiendo el movimiento —ya existente en los contrarios— y no explicándolo como él cree.

Si este argumento resultara muy abstracto, para algunos, pueden refugiarse en otro más concreto: la materia no es Unidad de contrarios. De acuerdo con el conocimiento actual, la materia la componen átomos. Cada uno de ellos, un verdadero universo donde campean los protones, neutrones y elec-

trones, en órbitas vertiginosas. Pero, en último término, la materia es energía, y esto significa que un grano de arena, si libera toda su potencia, produciría una explosión semejante a la que destruyó a Hiroshima en la Segunda Guerra Mundial (un milésimo de un gramo de cualquiera materia tiene una energía igual a la de 20.000 toneladas de trinitrotolueno).

Evidentemente la materia es algo bastante más complejo que la Unidad de Contrarios imaginada por Marx en 1850.

b) Ley de Negación

Esta ley, llamada también de desarrollo, constituye el colmo del infantilismo cerebral y es rotundamente anticientífica.

Dejemos al propio Engels que nos explique esta disparatada concepción: "Tomemos un grano de cebada. Millones de semejantes granos de cebada son molidos, hervidos y elaborados para obtener cerveza: así son consumidos. Pero si este grano halla las condiciones que son normales para él, si cae en terreno apto, entonces acaece un cambio específico bajo la influencia del calor y de la humedad; es decir, entonces germina. El grano, como tal, deja de existir, queda **negado**; en su lugar aparece la planta que ha brotado de él, **negación** del grano. Pero, ¿cuál es el proceso vital regular de esta planta? Crece, florece, es fecundada, y finalmente produce de nuevo granos de cebada; en cuanto esos granos están maduros, el tallo muere y es a su vez **negado**. Como fruto de esa **negación**, tenemos de nuevo el original grano de cebada, pero no ya como unidad, sino en veinte o treinta unidades." (1)

¡Claro! Así podemos partir de una molécula y llegar a concebir el ¡Mundo y el Universo! ¡La materia creadora de la materia! ¡El milagro de la multiplicación de los panes y los peces!

El error profundo de esta concepción marxista consiste en desconocer que la multiplicación de los granos de cebada se produjo porque la planta extrajo de la tierra, del agua, de

(1) ENGELS, F.: Anti-Dühring.



los fertilizantes y del aire, los elementos que le permitieron crecer y germinar. No se trata, entonces de un proceso de creación, sino de transformación de la materia.

c) Ley de Transformación

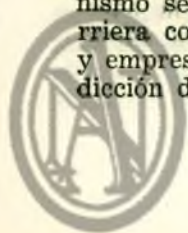
Esta es la última ley de la Filosofía de la Naturaleza del Marxismo y es, si cabe, más absurda que las dos primeras.

La Ley de Contrarios nos daba una materia autodinámica. La Ley de Negación nos explica cómo aumenta en cantidad la materia. Pero como la materia no puede ser siempre la misma (agua, por ejemplo), había que inventar otro disparate anticientífico y nació la Ley de Transformación. En determinado momento de su desarrollo, la materia da un salto y se transforma en un nuevo elemento. ¿Por qué? Marx no lo explica. Tampoco lo haremos nosotros, a 120 años de distancia, porque no cabe explicación alguna a este fenómeno que sólo existe en la mente de Marx.

2. — FILOSOFIA DE LA HISTORIA

Es preciso recalcar que Marx estableció las bases de su "Filosofía de la Historia" cuando la invención de la máquina a vapor, iniciaba la revolución industrial. Se crearon grandes fábricas que arruinaron a los artesanos, produciéndose las primeras concentraciones de obreros que debieron aceptar las condiciones de trabajo impuestas por los empresarios.

De esta primera impresión surgió en Marx la idea que el capitalismo era un sistema que tendía a enriquecer a los ricos y hacer más pobres a los pobres, de tal suerte que el comunismo se impondría solo, cuando la gran masa proletaria barriera con unos pocos señores dueños de todas las industrias y empresas del mundo. Parece innecesario decir que esta predicción de Marx no se cumplió, ya que, en el hecho, millones



de accionistas son los dueños de los grandes complejos industriales en los distintos países no socialistas. Lo paradójal es que en los países marxistas, sí se produce el fenómeno, puesto que el Estado, manejado por quienes forman el Comité Central del Partido Comunista, se adueña de todos los medios de producción, frente a un proletariado que no puede hacer valer sus derechos en contra de un Patrón Único, dueño, además, de las Fuerzas Armadas, la policía, los medios de información y los Tribunales de Justicia.

Dentro de la Filosofía de la Historia del Marxismo, hay dos concepciones fundamentales: el determinismo histórico y la lucha de clases.

a) El determinismo histórico

Para la inmensa mayoría de los historiadores y filósofos, la historia pudo ocurrir de mil maneras distintas, dependiente de los innumerables factores y elementos que se entrecruzan para producir un hecho histórico. La capacidad o incapacidad de un general puede decidir una guerra; la muerte o el asesinato de un mandatario puede cambiar el destino de una nación. Las ambiciones, los celos, las simpatías o antipatías; las catástrofes naturales, y cien causas más pueden modificar la historia de un país.

Marx piensa otra cosa. Para él, las condiciones de producción determinan las relaciones entre los hombres y, por lo tanto, la sociedad, la ideología y la Historia correspondientes. Al respecto el Manifiesto comunista dice textualmente:

“En cada época histórica, el modo dominante de producción e intercambio económico, y la organización social que tiene que seguirse de ellos, forman la base sobre la cual esa época está construida; desde esa base hay que explicar la historia política e intelectual de dicha época.” (2)

“La estructura económica de la sociedad forma la base real. Sólo partiendo de ella podremos dar la definitiva expli-

(2) MARX-ENGELS: El Manifiesto Comunista.



cación de todo ese edificio de instituciones jurídicas y políticas, religiosas y filosóficas, y demás ideologías de un determinado periodo." (3)

Traducido al castellano, esto significa que si la producción se organiza en base de la esclavitud le corresponderá una Sociedad, un Estado y una Historia determinada; si la producción se basa en el sistema capitalista habrá otra Sociedad, otro Estado y otra Historia.

Esta teoría que parece verdadera, no resiste la prueba empírica ya que se contradice con los hechos. Tanto en la antigua Grecia como en Roma, el sistema de producción se basaba en la esclavitud y, sin embargo, tuvieron diversas formas de Estado que van desde la Monarquía hasta la democracia. Desde otro ángulo, EE.UU. ha conservado siempre el mismo Estado habiendo pasado desde la esclavitud al capitalismo.

Pero el determinismo histórico, según Marx, tenía además la virtud de permitir la predicción del futuro y, en este sentido, adelantó juicios sobre los países donde primero se establecería el comunismo. Naturalmente en aquellos donde el sistema capitalista estaba más avanzado y lanzó su profecía: ¡En Inglaterra!...

b) La Lucha de clases

Si aplicamos la Ley de Contrarios a la Sociedad, surge fácilmente el concepto de la lucha de clases. En la Sociedad, según Marx, existen dos clases antagónicas, la poseedora de los medios de producción (burguesa o clase explotadora) y los trabajadores (los proletarios o clase explotada). El enfrentamiento de estos "contrarios" produce el movimiento dialéctico hacia la perfección de la Sociedad.

De este concepto se pueden sacar pintorescas conclusiones.

(3) ENGELS, F.: Socialismo: Utopico y Científico.



Primero: el Presidente Allende, sus Ministros y altos funcionarios son proletarios explotados, mientras el dueño de taller que le da trabajo a un par de operarios es un propietario explotador. Segundo: para que pueda establecerse la sociedad comunista debe haber sido eliminada la clase explotadora. Pero esto significa la detención del movimiento dialéctico y del progreso social, porque ha desaparecido uno de los "contrarios". Tercero: "La entera historia de la humanidad ha sido la historia de la lucha de clases, encuentro entre los explotadores y los explotados, entre la clase dominadora y la dominada." (4)

Esto último no lo decimos nosotros, lo dice Marx en el Manifiesto comunista. Pero cabe preguntarse: en las guerras púnicas, las cruzadas, las guerras napoleónicas, y en general, en todas las guerras imperiales o religiosas, ¿qué papel jugó la lucha de clases? Tal vez el concepto pudiera tener vigencia en ciertas guerras civiles, como la Revolución Francesa, por ejemplo, pero de ahí a lo afirmado en el Manifiesto comunista, hay una distancia insalvable.

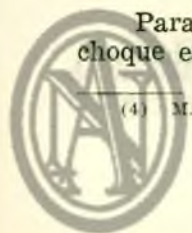
Por lo demás, la división de la sociedad en dos rígidas clases antagónicas es una falsedad. No considera la existencia de la clase media, muchos de cuyos miembros son asalariados y al mismo tiempo, son dueños de acciones o poseen algún modesto medio de producción; o sea son propietarios y proletarios, simultáneamente.

En Chile representan a la mayoría de la población, y cabe preguntarse, ¿serán aniquilados como propietarios explotadores, o solamente despojados de sus bienes?

3. — FILOSOFIA DEL ESTADO

Para el marxismo toda la historia no es otra cosa que el choque entre propietarios y no propietarios, como consecuen-

(4) MAX ENGEL: El Manifiesto Comunista.



cia de la lucha de clases. Cuando esta lucha alcanza extremos peligrosos, la clase dominante debe crear un órgano que le permita defender sus derechos y privilegios. Este es el origen del Estado y su misión: ejercer la represión contra el proletariado para conservar un orden injusto que favorece a la burguesía. Por eso el marxismo afirma que el Estado es un órgano de violencia de la burguesía.

Hay que estar acostumbrado a comulgar con ruedas de carreta para tragarse esta patraña.

La verdad es que el hombre es un ser social y ninguna sociedad puede existir sin la presencia de una autoridad real. Es más, la más simple de las organizaciones necesita de una cabeza que mande. El Estado no es la creación de la clase dominante, sino el órgano destinado a regular la vida social, hacer prevalecer el bien común por sobre los intereses de clase, grupos o partidos, y ejercer el principio de autoridad, sin el cual es imposible la vida civilizada. En resumen, el Estado es una creación de la sociedad toda y constituye una condición básica y necesaria para su existencia.

Como se puede apreciar, tanto la Filosofía de la Historia como la del Estado, le asigna extraordinaria importancia a la lucha de clases. Cabe hacerse la pregunta, ¿por qué se produce esta lucha? La respuesta del marxismo la conocemos: porque algunos se apoderan de los medios de producción y explotan a la clase proletaria. En el fondo el ataque del marxismo está dirigido en contra de la propiedad privada. Esta es considerada como un robo y la causa de todos los males que aquejan a la humanidad. Por eso patrocina su abolición, con lo cual se terminarían la envidia, la avaricia, las clases sociales y la explotación del hombre por el hombre, y nacería la sociedad comunista donde cada cual produciría según su capacidad y consumiría según sus necesidades; una Sociedad sin Estado, sin policía y sin cárceles. El paraíso en la tierra. Esta utopía presupone un período para eliminar a la burguesía, a través de la dictadura del proletariado, concepto que junto al derecho de propiedad, merecen comentarios aparte dentro de la Filosofía del Estado.



a) La propiedad privada

A juicio de Marx ésta surge porque el capitalista le roba al obrero la plusvalía, equivalente a la diferencia entre el costo y el valor de venta de un artículo. Marx quisiera que los empresarios trabajaran gratis. Ciertamente no podía adivinar, en 1850, el aporte extraordinario al bienestar del pueblo que significaría en el siglo XX la gran empresa, donde la mecanización, la organización y la técnica, lograron el milagro de producir cosas mejores y más baratas.

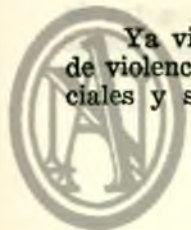
Pero yendo al fondo del problema, nos encontramos con otra paradoja: el ataque de Marx a la propiedad privada, constituye su mejor defensa. En efecto, si el empresario **roba** al obrero la plusvalía, es evidente que Marx reconoce que el obrero es dueño de lo que produce. Ahora si este obrero, vendiendo lo **suyo** y ahorrando dinero, construye un taller, da trabajo a otros obreros y produce mejor y más barato, entonces se convierte en un propietario explotador que merece la muerte. ¡Linda manera de premiar el esfuerzo creador, el ahorro y el sentido de organización!

El derecho de propiedad y la empresa privada deben defenderse porque son la base de la independencia económica del hombre y el sustento de su libertad. Donde existe un solo empresario, el Estado, los trabajadores serán necesariamente esclavos de ese patrón único.

Esta posición no implica una defensa de la actual empresa privada. Por el contrario, somos partidarios de una empresa integrada, para aumentar efectivamente la producción y cumplir el anhelo de hacer **propietarios libres** a todos los chilenos, en contra de la pretensión marxista de convertirlos en **proletarios esclavos**.

b) La dictadura del proletariado

Ya vimos que Marx considera al Estado como un órgano de violencia y de opresión. Existirá mientras existan clases sociales y sólo podrá eliminarse cuando haya desaparecido la



burguesía o clase explotadora. Para cumplir esta misión, es imprescindible la dictadura del proletariado, época de transición, donde los buenos proletarios deberán practicar el sano deporte de asesinar o expropiar a los burgueses explotadores, desde el gran latifundista al pequeño parcelero, desde el gran fabricante hasta el dueño de un taller.

Esta etapa lleva en Rusia más de medio siglo y empezó con la "eliminación" de la gran mayoría de los profesionales, propietarios, empresarios y técnicos del país. Como "descubrieron", más tarde, que los proletarios no eran capaces de manejar solos las empresas, debieron formar nuevos profesionales y técnicos, pero ahora como asalariados y no como propietarios. Se habían perdido 20 ó 30 años y por eso es natural que en Chile, los ideólogos marxistas quisieran saltarse la etapa de la violencia, para establecer, primero el socialismo y luego el paraíso comunista, a través de las tomas, las requisiciones y las expropiaciones. En esta forma se habría eliminado a la clase explotadora porque todos los bienes de producción estarían en manos del Estado.

Suele justificarse este traspaso por el gran auge material de la Unión Soviética. Desde luego, muchas tiranías acarrean —a costa de la opresión espiritual y física— un gran desarrollo económico. Allí está el ejemplo de la Alemania nazi que, con otra forma de totalitarismo, logró un progreso material espectacular.

Podríamos seguir argumentando en contra del Estado-empresario, comparando la situación actual de las dos Alemanias, o señalando la brecha económica, cada vez más ancha, que separa a la Unión Soviética de Estados Unidos, pero —aunque se desconociera esta realidad— a nuestro juicio, no se justificaría el estatismo marxista, porque la finalidad última no consiste en crear un despotismo para conquistar metas económicas, sino en armonizar la libertad y la dignidad humana con un sistema de convivencia que garantice la justicia y el orden social.

4. — LA FILOSOFIA DE LA RELIGION

Para el marxismo, la religión es otra invención de la burguesía para mantener su dominación sobre el proletariado. Con el cebo de un Cielo de eterna felicidad para los buenos y un Infierno de eterno castigo para los malos, se consigue la conformidad de los explotados con su suerte. Por eso Marx afirma: "La religión es el opio del pueblo". (5)

Por su concepción materialista, porque niega a Dios, porque considera a la religión como un medio de opresión, el marxismo es incompatible con la Iglesia Católica y con cualquiera concepción espiritualista de la vida.

El marxismo es una doctrina totalitaria porque pretende darnos una explicación de todos los fenómenos naturales y una respuesta a todas las preguntas que el hombre se ha planteado a través de los siglos. La satánica vanidad de Marx que creyó encontrar, hace más de un siglo, todas las respuestas, lo descalifica. El avance del conocimiento científico —ya sea penetrando en la complejidad maravillosa y aterradora del átomo o asomándose al universo, donde las distancias se miden en millones de años luz y donde el sol es una entre millones de estrellas de nuestra galaxia, mientras otros millones de galaxias se alejan a velocidades siderales en el espacio infinito— ha hecho caer al hombre de rodillas. No hay un solo gran científico moderno que niegue la existencia de un Ser Supremo o de una Primera Causa Ordenadora del Universo cuya complejidad y magnitud, lo hace cada vez más inaccesible a la mente del hombre.

Sin embargo el ataque a la religión no necesita ser violento porque el marxismo cree que ésta desaparecerá cuando el socialismo haya destruido a la burguesía, terminado con la explotación del hombre por el hombre, y la humanidad viva en un verdadero paraíso. Paraíso desmentido por la Muralla de

(5) MARX, K.: Crítica de la Filosofía hegeliana del Derecho.



Berlín y por la Cortina de Hierro, donde miles de soldados, metrallera en mano, impiden el éxodo de millones de seres dispuestos a perderlo todo para conseguir el bien inapreciable de la libertad.

Por eso la utopía comunista resulta doblemente injusta. Primero, porque implica el sacrificio, la ruina y la muerte de millones de seres humanos, y la pérdida de la libertad por un tiempo indefinido para los demás. Y, segundo, porque el Paraíso comunista, sin Estado, sin policía y sin cárceles, es una meta inalcanzable, como lo demuestra el Estado soviético, cada vez más tiránico, brutal y despiadado, después de 50 años de dictadura del proletariado.

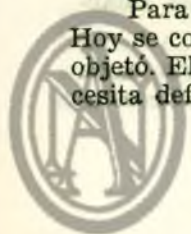
5. — FILOSOFIA DE LA MORAL

Para el marxismo-leninismo existen dos clases de moral: la burguesa o capitalista y la proletaria o comunista.

Respecto a la primera, vuelve a repetirse la misma monserga: la moral es otra invención del Estado burgués para mantener el predominio de la clase explotadora sobre el proletariado. Las reglas morales no responden a normas religiosas o naturales. Son instrumentos creados por la clase dominante para conservar el poder.

El hecho de que las normas morales no hayan variado, aun cuando han cambiado los sistemas de producción, partiendo de la esclavitud, pasando por el artesanado medioeval para llegar al capitalismo, no representa una objeción seria para el marxismo, ya que todos estos sistemas tienen como común denominador, la propiedad privada de los medios de producción.

Para el marxismo no existen normas morales absolutas. Hoy se considera inmoral la esclavitud, que en su tiempo nadie objetó. El robo es considerado inmoral porque la burguesía necesita defender sus bienes. Pero para el marxismo, al desapa-



recer el derecho de propiedad, la norma "no robarás", deja de tener sentido. Lo malo es que en Rusia, después de 50 años de abolida la propiedad privada, se sigue robando como si se viviera en el mejor de los mundos capitalistas.

La Moral proletaria, en cambio, es tan sencilla como cínica. **Es moralmente bueno todo aquello que contribuye al triunfo y consolidación del comunismo.** El robo, el terrorismo, el asalto a mano armada, las tomas arbitrarias, la mentira y el asesinato, son actos moralmente buenos si contribuyen al triunfo de la revolución marxista. La discusión dentro del marxismo criollo en relación con el terrorismo y la violencia, nada tiene que ver con la moral. Lo que se discute es su valor táctico, su conveniencia para establecer en Chile el régimen comunista. Si los comunistas estimaran mañana que la vía armada es conveniente, los asesinatos políticos, el terrorismo y los asaltos estarían a la orden del día.

Queremos terminar haciendo una reflexión a cuantos participan en discusiones públicas o privadas con los comunistas. De acuerdo con la moral marxista, si un comunista, regresando de Cuba, aunque haya comprobado con sus propios ojos la miseria del pueblo, dice que los cubanos viven en la abundancia y la felicidad más absoluta, está diciendo la verdad. Si por el contrario, contara objetivamente lo que vio, estaría mintiendo. Los comunistas tienen licencia para mentir, como la tienen para robar y asesinar si ello conviene al establecimiento de la dictadura roja.

6. — FILOSOFIA DE LA REVOLUCION

La estrategia del marxismo es provocar la revolución para establecer la dictadura del proletariado. Ya tratamos en detalle en qué consiste esta dictadura y cuáles son sus finalidades.

Como en Chile se está ensayando una "nueva vía hacia el socialismo" y se pretende convencer al país que puede esta-

blecerse el comunismo conservando las libertades públicas y el Estado de Derecho, creemos de interés copiar citas de Marx, Lenin y Stalin, que ponen las cosas en su lugar. Es la Filosofía de la Revolución expuesta por sus principales ideólogos. Ningún marxista-leninista —y Salvador Allende lo es— puede discrepar de estos pensadores sin negar el marxismo-leninismo.

En “Problemas del Leninismo” Stalin afirma:

“La revolución burguesa se limita a cambiar un grupo de explotadores por otro en el asiento del Poder; por eso no tiene necesidad de destruir la máquina del viejo Estado. Por el contrario la revolución proletaria suprime todos los grupos de explotadores en el Poder, y coloca en él al jefe de todos los trabajadores y explotados de la clase proletaria. No puede excusarse de destruir la máquina del viejo Estado y reemplazarla por una nueva.” (6)

Refiriéndose a la Revolución Francesa dice Marx:

“Dos errores privaron a la brillante victoria de sus frutos: El proletariado se detuvo a la mitad del camino; en lugar de meterse con la “expropiación de los expropiadores”, se desvió soñando implantar una suprema justicia en el país... El segundo error fue la magnanimidad innecesaria del proletariado: **en lugar de exterminar a sus enemigos, se dedicó a ejercer influencia moral sobre ellos.**” (7)

Por su parte dice Lenin:

“El Estado es producto del carácter irreconciliable del antagonismo de clases; es la fuerza colocada sobre la sociedad, fuerza que se aparta más y más de la misma. Por donde es claro que **la libertad de la clase oprimida no es posible sin una violenta revolución; es más, es inevitable destruir el aparato de poder del Estado, creado por la clase dominadora.**” (8)

(6) STALIN, J.: Problemas del Leninismo.

(7) MARX, K.: La Guerra Civil en Francia.

(8) LENIN, V.: El Estado y la Revolución.



El Programa Comunista, por su parte, dice:

"La conquista del poder para el proletariado no significa una captura pacífica de la máquina estatal burguesa, proporcionada por una mayoría parlamentaria. La burguesía recurre a todos los medios de violencia y de terror para proteger y reforzar su propiedad robada y su atropello político... Por eso, la violencia de la burguesía no podrá suprimirse sino con la firme violencia del proletariado. La conquista proletaria del Poder es la ruina violenta del poder burgués." (9)

Las conclusiones que fluyen de estas citas no pueden soslayarse. El comunismo se construye luego de la destrucción de la burguesía y la abolición de la propiedad privada; de todos los burgueses, desde el gran empresario hasta el dueño de un almacén; y de todas las propiedades, grandes, medianas o pequeñas.

Las tres áreas de producción, tan cacareadas por la Unidad Popular, la estatal, la mixta y la privada, son inyecciones de morfina para adormecer a los tontos.

El problema para el Gobierno es que no tiene la suficiente gente preparada para apoderarse simultáneamente de todos los fundos, de todos los comercios, de todas las empresas. Además es más político darles seguridades a los medianos y pequeños empresarios de que serán respetados, estimulados y ayudados... Pero que no quepa duda: al final, todos los medios de producción pasarán al Estado, y todos los chilenos seremos proletarios esclavos de ese Patrón despiadado, prepotente y omnipotente que es el Estado marxista.



LA LUCHA CONTRA EL MARXISMO

Hasta aquí nuestro somero análisis de la Filosofía del Comunismo. No podríamos terminarlo sin señalar que el Frente Nacionalista "PATRIA Y LIBERTAD" considera a casi todas las ideologías, simples medios para alcanzar el Poder o justificar acciones de conquista. Específicamente, el marxismo cumple ambos objetivos. En cada país socava los cimientos jurídicos para derrumbar el Estado de Derecho e imponer el Estado Socialista. En el ámbito internacional, el marxismo es un arma de Rusia Soviética para consolidar su sueño imperial de conquistar el mundo.

¡En Chile no pasarán!

Las dos grandes brechas que el marxismo deja abiertas están siendo cerradas. Frente a la amenaza del Estado transformado en el único empresario y propietario del país, los gremios han reaccionado en forma espontánea, casi podríamos decir, milagrosa. El "fenómeno gremialista" ha emergido silenciosamente y en todos los frentes está derrotando a los candidatos de la Unidad Popular. Los Gremios no se entregarán mansamente a la guillotina marxista.

La otra brecha es el carácter internacional, antichileno del marxismo. Nuestro Frente Nacionalista PATRIA Y LIBERTAD, de claro contenido nacionalista y patriótico, crece con ímpetu incontenible, atrayendo a todos los chilenos que —por sobre las banderías políticas estériles— quieren sumarse a la gran batalla por la Independencia de Chile y la libertad de los chilenos.

La situación del país es grave pero no desesperada. Antes del advenimiento del régimen portaliano, Chile se debatía también en la anarquía. El abatimiento y la desesperanza alcanzaban extremos que el historiador Encina describe en términos que se podrían aplicar a nuestra época:

“El 90% del país presentía que se iba a una catástrofe; que una ola de desorden y de inmoralidad iba a arrasar los últimos restos de gobierno, de administración, de orden público y de decencia en la vida privada y cívica. Pero ese 90%, sintiéndose incapaz de afrontar la impetuosidad del 10% restante, se había echado en brazos del desaliento o del sálvese quien pueda... Nadie quería hacer ningún sacrificio por un país que una corta gavilla de insensatos y de traficantes empujaba al precipicio, como mísero barquichuelo impelido por el huracán. Parecía que un esponjonazo había borrado las virtudes ciudadanas y el espíritu cívico de los corazones chilenos.” (10)

De este naufragio surgió el Estado portaliano que nos transformara en el primer país de Iberoamérica.

Las reservas espirituales de Chile salvarán nuevamente a la Patria de la anarquía imperante, para reencontrar el destino histórico que la hizo grande ayer y la hará grande mañana.

¡VIVA CHILE!



Archivo
Nacional
de Chile

(10) Encina. Historia de Chile. Tomo IX, pág. 289.



Archivo
Nacional
de Chile



Archivo
Nacional
de Chile

Santiago, 5 de Diciembre de 1971.-

Al Señor

PABLO RODRIGUEZ GREZ.-

Presente.-

He leído con especial agrado y atención el " Manifiesto Nacionalista.-La Hora Actual ", del que Ud., es autor.- Sin duda que este interesante trabajo viene a constituir la segunda parte del " Ensayo Programático.- Cuaderno N. 1 ".-

En este " Manifiesto Nacionalista.-La Hora Actual ", está la médula de la doctrina nacionalista chilena y resume en forma nítida lo que será el nuevo Estado.- A través de sus apretadas páginas en que contemplamos claramente la radiografía de la hora actual,- surge en forma avasalladora el ideal Nacionalista.-

No puedo menos que acotar algunos conceptos,- en forma muy resumida-, en relación con este excelente compendio de la sustancia del nacionalismo chileno.-

-En lo político, hemos visto como una "democracia formal", llena de vicios y de contrasentidos, avanza zig-zagueante a golpes de timón, sin rumbo fijo, con soluciones de parche, dirigida por politiqueros profesionales,, ávidos la mayoría de ellos, de la "pega", del negociado, del "cuoteo" y de las ansias de conseguir poder para servirse de él, para sus intereses personales y de círculo.-

En vez de ello, el Nacionalismo,- que es una filosofía y un sistema de vida,- representa el sentir, los anhelos y las virtudes de nuestro pueblo, la grandeza futura del país y la felicidad de nuestros conciudadanos, dentro de una firme voluntad de trabajo, de cambios de estructuras y de construcción del porvenir para una nueva sociedad donde los valores espirituales y morales, como los físicos e intelectuales,- se abran paso incontinentemente, para crear todos juntos, nuestro propio destino.-

El gobierno "Nacionalista e Integrador", representa un poder Ejecutivo fuerte, activo, dinámico, responsable y profundamente realizador; establece un reencuentro entre todos los sectores del país, igualando a todos los chilenos como tales en sus deberes y derechos, dirigiendo la planificación y repartición de los medios requeridos, incentivando la creación de riquezas, ayudando a los más débiles y promoviendo la solidaridad humana.-

El poder Legislativo elegido fundamentalmente entre los componentes de las organizaciones y profesiones de la nación.-Un poder Judicial, verdaderamente independiente ejerciendo su noble misión con: Justicia, Rapidez, Oportunidad y en forma Gratuita; conlleva lo anterior, la modificación de los códigos correspondientes y del sistema carcelario.-





Archivo
Nacional
de Chile

-En lo económico, hemos visto como el Estado Capitalista permite la explotación del hombre por el hombre; en el Estado Comunista, existe en forma integral la explotación del hombre por el Estado, pasando el primero a ser un esclavo del segundo.- En cambio el Estado Nacionalista representa la integración entre el Trabajo, el Capital y la Técnica, siendo estos componentes, responsables de las empresas y partícipes de sus utilidades; con ello el espíritu de colaboración, de responsabilidad y de iniciativa se acrecientan, permitiendo el auge económico, afirmando la personalidad del hombre, haciéndolo por lo tanto más libre y más digno.-

El Estado Comunista trata de hacer PROLETARIOS a todos los habitantes del país.-Por el contrario, el Estado Nacionalista, trata de hacer PROPIETARIOS a todo el pueblo de Chile.- Por eso, su preocupación máxima en lo económico, es estar permanentemente produciendo riquezas, creando nuevas fuentes de trabajo, ampliando e impulsando la actividad nacional.-La iniciativa privada es indispensable en una sociedad de hombres libres.-La suma de las iniciativas privadas, encauzadas fundamentalmente hacia el bien nacional, harán la grandeza del país.-

-En lo social, reconocemos que todos los individuos tienen cierto derechos que son fundamentales para el ser humano, los que se pueden resumir en: 1).-alimentación; 2).-vivienda; 3).-vestuario; 4).-educación; 5).-atención sanitaria; 6).-justicia; 7).-trabajo; 8).-esparcimiento y cultura; 9).-igualdad de oportunidades y 10).-previsión social.-

En cuanto a la educación, ella debe abarcar tres aspectos que deben marchar paralelos y con la misma intensidad: intelectual, moral y física; todos ellos tienen el mismo valor para el desarrollo futuro de nuestro pueblo.-

La familia es la célula fundamental en el Estado Nacionalista; en ella se deben cultivar los sentimientos de sus componentes,- los deberes y virtudes para con la patria, para con la comunidad, para con el hogar y para consigo mismo.-

Estamos profundamente convencidos que el uso de un derecho ejercido por un ciudadano, lleva implícito el cumplimiento de un deber.-El trabajo, la disciplina y la justicia social, deberán guiar nuestra acción.-El respeto al ser humano y a su condición de individuo libre y responsable debe ser una condición básica del Estado Nacionalista.-La mujer debe tener igualdad de derechos que los hombres.- La juventud para el nacionalismo, encarna el futuro venturoso de Chile.-

La erradicación de la miseria debe ser un deber fundamental y permanente del Estado.-El Estado deberá nivelar hacia arriba, creando riquezas y haciéndolas llegar a todos los chilenos.-

La verdad en los gobernantes nacionalistas, debe ser un requisito indispensable de su actuar diario, aún cuando momentáneamente se vuelva en su contra; la seriedad y corrección de procedimientos debe ser una norma invariable en los conductores de la patria; de éste modo,- sumado a la efectivi-





Archivo
Nacional
de Chile

dad en las realizaciones, se establece una corriente incommovible de confianza mutua entre gobernantes y gobernados.-

-No podría terminar este brevísimo recorrido sobre algunos conceptos, sin hablar algo, en forma muy general, de las Fuerzas Armadas.- Ellas tienen una misión fundamental cual es la de cautelar la independencia política del país y mantener su integridad territorial.- Eso es lo básico en su juramento y su principal razón de existir.- Por lo tanto no podrán aceptar jamás que nuestra patria pase a depender de una potencia extranjera debido a penetraciones ideológicas o materiales.- El permitirlo sería una traición a Chile.-

-Al terminar estas líneas, me permito felicitarlo por el brillante trabajo "Manifiesto Nacionalista.-La Hora Actual", el que debería llegar a las manos de todo chileno para su estudio, para su discusión, para tema de conversación diaria.-

Reciba Ud., junto con mi afectuosos saludo, los votos más fervientes porque el Estado Nacionalista Chileno, llegue a ser muy pronto una brillante realidad, para felicidad de nuestro pueblo.-

Muy atentamente.-

Roberto Viaux Marambio.-
General (R).-



121A
121B



Archivo
Nacional
de Chile



CHILE

Acción Nacional

INSTITUTO NACIONAL DE ESTUDIOS HISTORICO-CULTURALES
BOLETIN INFORMATIVO INTERNO AÑO I - Nº 4 - 1983
★ ★ CASILLA 14139 - CORREO 21 - SANTIAGO CHILE ★ ★

INFORME:

Silo y la Comunidad



Nacional
de Chile



Acción Nacional

INSTITUTO NACIONAL DE ESTUDIOS HISTÓRICOS Y DOCUMENTALES
AV. E. BARRERA 1100 - SANTIAGO, CHILE

INFORME:

Silo y la Comunidad



Archivo
Nacional
de Chile

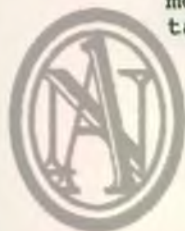
INTRODUCCION

La soberanía es el valor y atributo que consolida la existencia de una nación, por ser expresión concreta de la integridad, - grandeza y dignidad de su ser. Es precisamente la condición esencial de integridad la que permite la forja de un carácter, sentimiento y - voluntad nacional que se manifiesta en una realidad de vida. Asimismo, son estos factores los que realizados en la mayor medida posible, facilitan la existencia de un orden nacional armónico, apto de suyo para relacionar equilibradamente los potenciales y necesidades socio - económicas con un orden político institucional definido, para a su vez ser fuente natural del crecimiento, desarrollo y fortalecimiento de una raza homogénea con vocación de libertad.

Como según la teoría aristotélica tomista el hombre es unidad sustancial de cuerpo y espíritu, también Chile -como ser vivo- es unidad sustancial de cuerpo y espíritu, siendo la nación su potencia-espíritu y la patria su materialidad, su acto o existencia. Así, el ser humano y la misma patria -nación realizada- son elementos constitutivos de un orden natural anterior y superior a sus realidades por ser éste de origen divino. Entonces, la realización de aquella unidad sustancial mencionada -fundamento de la unidad nacional- constituye - el objetivo último de la agresión soviético comunista, por cuanto, - además de ser el factor que conforma la identidad de origen del ser y razón nacional, permite alcanzar un desarrollo socio político equilibrado, sólido, justo, que impide la acción de fuerzas disociadoras.

Hace ya varias décadas, al enfrentarse el comunismo al rechazo de las acciones frontales realizadas fundamentalmente a través de la Unión Soviética, Cuba y China comunista, el Partido Comunista - perfeccionó y sistematizó la teoría leninista sobre guerra política y psicológica, implementando consecuentemente el método del terror científico con una estricta programación técnica y determinación ideológica. El Partido Comunista comprendió que la defradación humana, el condicionamiento de la voluntad y lealtad, el control de las estructuras sociales y la destrucción de las unidades sociales naturales, es decir, la desintegración nacional e individual interna, son condiciones simultáneas a la conquista ideológica y previas a la conquista política.

Con esta concepción ideológica, el PC centra su acción en la creación y explotación de las condiciones, mecanismos e instrumentos que les permita profundizar los conflictos con el objeto de desarticular la sociedad, despojar al hombre de su espiritualidad y convertirlo en medio útil a los extravíos de la revolución. El marxismo-leninismo sabe y la historia misma demuestra que la ruptura con el orden natural -producida a través de sucesivas etapas- quebranta la relación entre libertad y autoridad, provoca que la lucha y poder político no admita barrera y corrompa la convivencia social; más aún, como lógica consecuencia, genere la paulatina desaparición de la libertad en la misma medida que el hombre ha sido "liberado" de sus raíces.



CAPITULO I.

UTILIZAR EL APARATO CULTURAL "BURGUES"

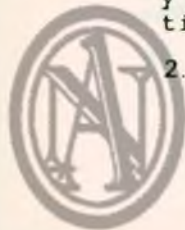
La vida es la natural realización de un proceso notable de gestación, nacimiento, crecimiento, desarrollo y muerte; toda realidad humana se expresa en el proceso de la vida. Así, por natural proyección de la individualidad y sociabilidad humana, los procesos sociales prefiguran eventuales procesos políticos. Comprendiendo esta realidad, el PC concentra su acción en los procesos sociales con el objeto de condicionar, deformar o destruir estos procesos y lograr posterior y decisiva influencia sobre las conciencias, conductas y procesos políticos.

El marxismo realiza esta labora actuando especialmente sobre las capas sociales cultas y económicamente poderosas, por cuanto sus conductas, costumbres, lealtades y pensamientos se reflejan en todo el orden social. Actúa el PC mediante agentes ideológicos directos o indirectos, conscientes o inconscientes que perturban al individuo con propaganda conflictiva, afectan el estado cultural social y alteran la cosmovisión cristiana de la civilización occidental, propia de las naciones del continente. Explota entonces todo germen de conflicto humano y social para desnaturalizarlo y convertirlo en un conflicto político. Particular relevancia adquiere esta observación cuando se considera el dominio que el PC ha desarrollado sobre los aspectos psicológicos del enfrentamiento ideológico.

Como proyección de la teoría de clases del marxismo, la garantía más segura del afianzamiento de la revolución comunista y expansionismo soviético consiste en que la revolución soviética se transforma en revolución permanente. Así, "el socialismo deberá transformarse inevitablemente y de modo gradual en comunismo" (1); más aún, "la revolución democrática es la preparación necesaria para la revolución socialista ... y luego la comunista" (2). Para la verificación de esta finalidad marxista, el PC desarrolla una guerra revolucionaria integral que requiere "que el país entero se transforme en un campo revolucionario" (3).

De hecho, "no hay que creer que una situación revolucionaria surge repentinamente" (4) y es precisamente en la génesis y desarrollo de este proceso desintegrador, de conquista para la causa revolucionaria, en que "el bolchevismo sirve de modelo de táctica para todos" (5). Como el accionar comunista es integral y sistemático, el comunista chino Mao Tsé Tung afirmó: "dar importancia a la lucha armada en modo alguno significa renunciar a otras formas de lucha "porque" - se tiene que seguir la línea de encubrir el núcleo del Partido, acumular fuerzas y esperar la ocasión oportuna" (6).

Este es el principio operacional genérico del PC y V I. Lenin, como dialéctico, preveía de la "burguesía" vería en el bolchevismo casi exclusivamente uno de sus aspectos "la insurrección, la violencia" (7) y afirma: "procedemos de acuerdo con un sistema perfectamente determinado ... la línea es siempre una y de lo más inflexible: liquidar la contrarrevolución y utilizar el aparato cultural burgués" (8). Es el accionar marxista en esta dimensión social el que le permite proyectarse a nivel político, imponer el poder coaccionador del aparato militar del partido, encubrir la actividad clandestina del mismo y, en el fondo, concientizar para formar la "voluntad popular" y constituir el "poder popular" que enfrente al Estado nacional legítimo.



Entonces, como tarea estratégica -especialmente en p^{er}íodo prerrevolucionarios de agitación y propaganda- el Partido Comunista necesita concentrarse en los niveles sociales de los cuales - pueda extraer la "vanguardia intelectual" que "forme" la masa y - cree las condiciones revolucionarias objetivas; por ello "el marxismo educa a la vanguardia del proletariado, vanguardia capaz de tomar el poder y de conducir a todo el pueblo al socialismo" (9). Esa "educación ideológica" que requiere el comunismo, implica la anterior destrucción de la conciencia, lealtad y voluntad de los individuos a través de todos los medios útiles a la revolución. No en vano Lenin afirma categóricamente: "la revolución es imposible sin una crisis nacional general" (10).

- (1) V.I. Lenin Obras Escogidas Tomo II. Edit. Progreso Moscú 1966
- (2) La Revolución China y el PC de China Mao Tsé-Tung 1968
- (3) Sobre la Defensa de la Patria Socialista V.I. Lenin 1970
- (4) Programa de transición L. Trotsky Liga Comunista de Chile
- (5) V.I. Lenin Obras Escogidas Edit. Progreso Moscú 1966 T III.
- (6) La Revolución China y el PC de China Mao Tsé-Tung 1968
- (7) V.I. Lenin Obras Escogidas Tomo III. Edit. Progreso Moscú 1966
- (8) Ibidem
- (9) El Estado y la Revolución V.I. Lenin Inst. Cubano 1971
- (10) V.I. Lenin Obras Escogidas Tomo II. Edit. Progreso Moscú 1966

CAPITULO II.

LAS NUEVAS FORMAS IDEOLOGICAS

Incerta en el desarrollo soviético de técnicas y formas especiales de subversión, la acción global del marxismo leninismo en latinoamérica durante la década 60-70, generó diversas realidades políticas que quebraron la correlación de fuerzas continentales, violentaron profundamente las instituciones democráticas nacionales y, mediante la "teología de la liberación", impusieron vías de masiva apostasía. Entre el marasmo ideológico y convulsiones sociales que perdía a las naciones y cuestionaba la obra de generaciones, Chile pasaba de un gobierno demócrata cristiano falto de carácter e integridad a una época de violencia y quebranto marxista con el triunfo de la Unidad Popular dirigida por el Partido Comunista.

Las técnicas especiales definidas por la subversión comunista, en esta época encontraron condiciones sico sociales particularmente aptas para su desarrollo. Esto, porque el PC postulaba que: "la salud normal y los desvaríos del hijo de un hombre rico - deben ser torcidos y pervertidos y explicado como neurosis, con una oportuna administración de drogas o con violencia convertirlos en criminalidad o insanía" (11). Especificaba además que "los movimientos para mejorar la situación de la juventud deben ser infiltrados y corregidos, porque ellos podían interrumpir las campañas para producir la delincuencia juvenil, el hábito de las drogas, la



embriaguez y la promiscuidad sexual" (12). Con este procedimiento, el PC lograría crear en la juventud "la actitud necesaria de caos, pereza o inutilidad"; así también conseguiría un vital objetivo: - "que los jóvenes ya no sean peligrosos como soldados si pudie- semos matar definitivamente el orgullo nacional y el patriotismo - de una sola generación, habríamos ganado ese país" (13).

Es en este contexto que surge la organización conocida como SILO. Sobre la base creada por la artificial penetración de - corrientes filosóficas orientales en latinoamérica -manifestadas - en sectas o entidades pseudo religioso filosóficas -el 4 de mayo - de 1969 (14) en la ciudad argentina de Mendoza (15) Mario Rodrí - quez Cobos (16) con la asistencia de varios chilenos, constituyó - la organización SILO. Pocos meses más tarde SILO -sobrenombre de - Rodríguez Cobos- visitaba nuestro país y en Isla Negra, adoctrina- ba adeptos y difundía la doctrina "siolista".

Aún en 1969 SILO solicitó al Ministerio de Justicia su- personería Jurídica y éste, a través del informe desfavorable del- Consejo de Estado, la denegó. Pero ya en esta época comenzaban los "retiros" para jóvenes durante los fines de semana, actividad que- pronto durarían semanas enteras. Ya en agosto de 1971 los tribuna- les de justicia conocían el primer expediente que versaba sobre - acusaciones fundadas en inducción al abandono de hogar por parte - de menores de edad; los acusados no pudieron ser condenados por - cuanto los menores afectados declararon haber actuado voluntaria - mente. Sin embargo, muchos padres desesperados y "siolistas" disi- dentes luchaban por dar a conocer testimonios de una realidad evi- dente: ejercicios físicos violentos y continuos, ejercicios menta- les y vegetativos, sumisión a torturas, promiscuidad sexual, confe- sión pública de pensamientos y debilidades, shock eléctricos jóvenes "siolistas" en el hospital psiquiátrico, drogadicción, des- viaciones sexuales.... lavado cerebral. Más aún, en octubre de - 1971, la policía de Concepción informaba que el dirigente de la - secta "siolista" en dicha ciudad era Jorge van Schowen, hermano de uno de los jefes del "Movimiento de Izquierda Revolucionaria" -MIR- Juan Bautista Van Schowen.

Toda esta realidad de degradación individual, quebranto familiar e implicancias políticas ¿Era expresión casual de un pro- ceso de desintegración social? La abyección sin límite, el alar - dear de practicar y difundir la inmoralidad, el dirigir esa crisis a jóvenes de condición familiar y social estable, sólo podría bene- ficiar la revolución que el PC dirigía a través de la Unidad Popu- lar. Con todo, a los comunistas les permitía acentuar y probar la- degeneración de una clase social que combatía políticamente, al - tiempo que le permitiría destruir o, a lo menos, neutralizar pro - fundamente al núcleo social que resistiría la acción subversiva y sería capaz de conducir la nación a la lucha contrarrevolucionaria.

El 15 de octubre de 1971, Bruno von Ehreberg, ideólogo chileno de SILO, afirmó categóricamente: "soy un auténtico revolu- cionario socialista" (17) y advertía sobre "la opción de ... nue- vas formas de lucha cuya condición sea no haber sido intentadas ja- más hasta ahora" (18). El mismo Bruno Werner von Ehreberg Pinchei- ra, con el seudónimo de "H. van Doren", escribió entre 1969 y 1972 "Silo y la liberación", "Jaque al Mesías", "Manual del Poder Joven", "La Mirada Interna"; L. Ammann escribiría también "Autoliberación".



Dichos textos fueron publicados por la "Editorial Trasmutación", cobertura de la misma "Sociedad Impresora Camilo Henríquez" que editaba la propaganda política del MIR.

El "Manual del Poder Joven", cuya portada reproducía los colores rojo y negro de la organización mirista recién mencionada, en su época fue el eje de acción del fenómeno social creado por el "hippismo" y el movimiento de rebelión juvenil. Ambos factores estuvieron fuertemente ligados a un vano y utópico existencialismo, dependientes de los hechos ocurridos en Francia durante 1968 y vinculados al movimiento corruptos que demolía internamente la juventud americana que enfrentaba la responsabilidad de Vietnam. Configuraron en definitiva lo que se denominó "Poder Joven" que como estructura "social" constituyó la plataforma socio política que alineó cierta juventud hacia el "socialismo científico" y permitió posterior consolidación del "poder popular". En su introducción, el libro citado expresa: "Está dirigido a la nueva izquierda, a las nuevas generaciones revolucionarias... da la impresión que el manual quisiera ser el detonante de una cadena de reacciones posibles a cargo de lo que llevarán adelante la revolución total". Más adelante expresa: "la primera solución fue dada en Cuba y en base a ese esquema algunos sectores juveniles... comenzaron su radicalización produciendo contradicciones en el seno de estructuras aparentemente revolucionarias..... ¿Qué pasaría si el MIR en Chile tuviera que desarmarse frente a la coalición de izquierda de Allende?. Si de una manera u otra hemos asistido a la liquidación de la guerrilla... quedará sólo la opción de ... nuevas formas de lucha cuya condición sea no haber sido intentadas jamás hasta ahora". Continúa el manual: "Si los grupos de acción directa no se desarmen ... y se robustecen como brazo armado de la revolución... pueden acelerar el proceso de socialización aún en el marco de un régimen logrado por las vías de las urnas... pero antes o después surgirá la confrontación armada dentro del sistema" En página 61, el movimiento expresa también que "cuando se habla de revolución se da por comprendido que se trata de revolución socialista ... es necesario que el proletariado detente los medios de producción, que las relaciones de producción sean socialistas ... el partido o movimiento surgirá ... como herramienta de difusión general y como fuerza tendiente a la toma del poder político". No de otra forma podía ser por cuanto proponían que "la apropiación de los medios de producción por parte de los obreros y campesinos puede efectuarse a través de las escaladas, de las huelgas revolucionarias y de las tomas progresivas ... se trata de ir aumentando progresivamente las demandas por medio del movimiento sindical". Con esta inequívoca concepción ideológica, el "poder joven" condenaba el matrimonio: "es tan repugnante la moral filisteica que santifica la pareja por la religión o las leyes del Estado como el picoteo continuo que provoca la ambivalencia efectiva de todo tipo... lo que importa con urgencia es la producción de la revolución socialista".

En aquella época, SILO llegó a tener aproximadamente 1500 militantes en nuestro país, siendo los más destacados el nombrado Bruno von Ehremberg Pincheira, Nils Eric Johanssen, Juan Pablo Zañartu, Leonardo Espinoza Prieto, Luis Fernando Lira Harquín, Fernando Cruz Barros, Francisco Allende LLona, Ana María Lavín, Carlos Palma-Arztúa, Luis Felipe Carvallo Quintana, Ruby Pantoja B., Magaly Ríos C., Dominga Figueroa Edwards. También trabajaron en SILO los argentinos Ernesto de Casas, Alejandrina Ibarra, Ricardo Boto González, -



Federico Molina de Melo, Bruno Frías de Simone, el peruano Enrique Parejas y el boliviano Sergio Olivares. Sólo con el golpe militar del 11 de Septiembre de 1973 el corruptor accionar "siloiista" fue desarticulado al ser detenidos y conducidos a Pisagua sus dirigentes von Ehremberg, Johanssen, Zañartu, Espinoza Prieto y Lira Harquín.

- (11) Mensaje de Beria Capítulo III
- (12) Ibidem. Capítulo XV
- (13) Ibidem. Capítulo V
- (14) SILO reconoce haber iniciado sus actividades en Jujuy 1964
- (15) Sector "Punta de Vacas"
- (16) Argentino, nacido el 6 de enero de 1938
- (17) El Mercurio, marzo de 1974
- (18) Manual del Poder Joven, páginas 16 - 17

CAPITULO III.

SILO Y LA COMUNIDAD

Tras las reacciones nacionales contra la agresión soviético comunista en Latinoamérica en ese período, en el continente se establecieron regímenes militares que asumieron histórica responsabilidad. La legítima defensa integral de la nación que realizaron los respectivos pueblos y fuerzas armadas, sufrió la traición de muchos gobiernos tenidos por poderosos y anticomunistas. De esta forma el PC soportó la acción gubernamental y, salvo parte de su estructura central de combate, su sistema organizativo básico no fue afectado en lo fundamental y una vez más se adaptó a la lucha clandestina.

Al poco tiempo, para el PC resultaba imperioso "reconquistar las libertades públicas" (19). Entonces, el marxismo, desarrollando su esquema subversivo, centró su acción en la reconquista de los grupos y centros de presión con el objeto de tener presencia social y posteriormente, capacidad para accionar políticamente. Al efecto, utilizó "el único ámbito de relativa libertad" (20) que la "praxis" ofrecía: una Iglesia católica que, como institución, estaba bajo el control del "progresismo" eclesial y su "teología de la liberación". Esta realidad permitió el afianzamiento de un centro de presión laical-"humanista y democrático"- que formaba el ambiente social que "internalizaba" el proceso subversivo, incluso en lo que más tarde se expresaría como violencia organizada a nivel nacional.



La conformación de este proceso requirió una fase previa de "sensibilización" y penetración social cuya proyección política - radicaba en la agitación del aparato eclesial "progresista" y su capacidad de penetración ideológica en el accionar "humanista" de "ciudadanos con conciencia". Estos últimos actualizaron el pensamiento materialista y existencialista, al tiempo que impusieron por esta vía la llamada "no violencia" o "resistencia pacífica activa" - como metodología de lucha. Por último, lograron condicionar, comprometer o, a lo menos, por los complejos creados, neutralizar psicológicamente a grandes sectores sociales que abandonaron la lucha anticomunista. De acuerdo a la planificación general de la estructura de combate en el cono sur americano, el proceso descrito -considerado - como base social- conformó la forma inicial de oposición "legítima" a los regímenes militares. Necesario era entonces, reactivar formas de militancia, de organización que, no siendo "políticas" gozaban de plena autonomía en el cuerpo social. Así, empleando la misma metodología que hace diez años, SILO inició una nueva ofensiva en Argentina y Chile.

El 14 de abril de 1974, el periódico argentino "La Opinión Cultural", publicó una entrevista a Mario Rodríguez Cobos-SILO en que éste manifiesta inequívoca dependencia ideológica del marxismo leninismo. Frente a la pregunta "¿Qué los distingue del marxismo?", SILO respondió: "en realidad, nos distinguimos más del leninismo en la concepción del partido como vanguardia". Así SILO no sólo no desmiente su militancia marxista, sino que respecto del leninismo, sólo plantea una divergencia formal (partido como vanguardia). Más aún, ante la interrogante "¿En qué coinciden con Marx?" SILO afirma: "En muchas cosas. Las clases sociales, las luchas de clases". Es decir, al igual que el marxismo, el "silofismo" reconoce la lucha de clases como factor motriz del quehacer humano e histórico; con todo tampoco reniega de la violencia que también está en Marx. Incluso la degeneración socialista es interpretado por SILO según la utópica tesis comunista: es "la apropiación de los medios de producción - por parte de los trabajadores para constituir una sociedad sin clases". Rodríguez Cobos termina definiendo la naturaleza de la organización y símbolo silofista: "las tres revoluciones: social, cultural y psicológica".

Es así como a partir de 1975, empleando la plataforma "silofista" internacional, en Chile comienza a estructurarse "La Comunidad para el equilibrio y desarrollo del ser humano". Con un estricto sistema organizativo administrativo basado en el empleo de información y estadística (21), SILO desarrolla una planificada estrategia propagandística para penetrar socialmente. Intentando así - llamar "La Comunidad" a un movimiento "espiritual pacifista" (22) y explotando el impacto dirigido de las extravagancias del cantante "Florcita Motuda" -que surgía vinculado al "Canto Nuevo" (23) - formaron la plataforma periodística publicitaria que los "legitimó" socialmente y después les permitió extender su influencia al ámbito televisivo.

Ya en 1981 -correspondiente al año XII de "La Comunidad" (24) -SILO publica el documento "¿Qué es La Comunidad? 100 preguntas y respuestas". En él, con el objeto declarado de "dar fe en el futuro al individuo y la sociedad y de ese modo crear condiciones de superación del sufrimiento", "La Comunidad" reactualiza los postulados "silofistas" y reconoce como tales a los afirmados en "La Mirada Interna" el año 1972; principio de adaptación, acción y reacción, de proporción, conformidad, placer, de acción inmediata, de acción comprendida, de libertad, solidaridad, negación de los opuestos y de acumulación de las acciones. En estos "principios", particularmente



en los dos últimos, se aprecia la intención de utilizar principios existencialistas para encubrir el materialismo dialéctico, por cuanto estos dos últimos "principios siloístas" corresponden exactamente a las "leyes" dialécticas marxistas de la "negación de la negación y de transformación o de conversión de cantidad en calidad respectivamente" (25).

En conformidad a su naturaleza, SILO define su organización como "una doctrina religiosa social" (26), sin embargo, el documento "¿Qué es la Comunidad?" afirma en página 14: "La Comunidad no es una entidad religiosa". Esta evidente contradicción oculta torpemente la explícita intención de aprentar cierto "misticismo" y negar la existencia de un ser supremo y por ende de un orden moral, al tiempo que hace de la fe una cuestión utilitaria, vacía e intrascendente. En "La Mirada Interna", página 24, SILO afirma: "Dios es algo no seguro. La fe es algo tan variable como la razón y el sueño". Más aún, en la entrevista de "La Opinión Cultural" SILO reiteró que "no creemos en un Dios externo ... tampoco creemos en el cielo ... el espíritu se va formando con el hombre, no nace con él". Coadyudando al proceso del "progresismo eclesial" tendiente a pervertir la estructura teocéntrica de la religión católica, SILO altera el mandamiento divino de "ama a tu prójimo como a tí mismo" y lo presenta como principio "moral" que implanta el antropocentrismo: "trata a los demás como quieres que te traten". Es decir, no sólo hay una indirecta -pero no por ellos menos explícita- negación de Dios, sino que reemplaza a éste con un "hombre absoluto" con poder tal, que superará el sufrimiento cuando se "reconcilie consigo mismo". Con esta filosofía su vida, plena de insolencia, vacío y abandono, bien puede afirmar SILO como principio de placer "siloísta": "goza sin inhibición cuando la oportunidad se presente".

Sin duda, las formas sociales de muchas sociedades con temporáneas que legitiman impropios regímenes de vida y permiten que actos vitalides de autoridad se reduzcan a síntomas de servidumbre, no están exentas de grave responsabilidad en la propagación de estas ideas que se proyectan ideológicamente. Estas sociedades olvidan la sentencia del Vizconde de Bonald: "El pueblo de costumbres sensuales está muy próximo a tenerals feroces"; por cierto, que ello ocurra, sólo lo interesa y beneficia a la revolución comunista.

Los ejemplos considerados bastarían para emitir certero juicio moral político e histórico sobre SILO. Sin embargo, utilizando un permisivismo moral que generó carencia del sentido de integridad política y cumpliendo las debidas formalidades legales, esta entidad, patrocinada por el abogado Gonzalo Figueroa Yáñez, solicitó la concesión de personería jurídica. Ante la nación toda, en forma increíble, el gobierno militar, mediante decreto firmado por Mónica Madariaga como Ministro de Justicia, con fecha 13 de octubre de 1981, otorgó reconocimiento legal a la citada organización (personería jurídica N° 1347). De esta forma, SILO - reorganizado con 42 miembros y un directorio integrado por Juan Carlos González como presidente, Pedro Guillón Cuevas como vicepresidente, Ximena Urrejola Echaurren como secretaria, Peter Comton Peddar como tesorero y Wilfredo Alfsen Ovando como director. El mismo documento "Que es la Comunidad? afirma: ¿... se puede ser miembro de La Comunidad y no ser siloísta?... Tal cosa es imposible, ya que el siloísmo es el fundamento mismo de La Comu



nidad". Curiosamente, es precisamente esta indesmentible identidad la que muchos hoy pretenden ocultar o, más aún, hacer olvidar. Pero una vez más las evidencias son irrefutables. Varios miembros actuales de "La Comunidad" son antiguos militantes "silofistas" (Tomás Bize por ejemplo) y algunos de ellos tienen antecedentes policiales -aunque no consta su situación penal judicial- derivados de acusaciones por abandono de hogar y tráfico o consumo de drogas. La misma militancia política de miembros de esta "nueva" corporación reafirma su función ideológica; tal es el caso de Enrique Moraga Gómez que, entre los años 1970 y 1971, fue secretario general del movimiento "Nueva Izquierda Chilena" -NICH-.

A partir del término de la segunda guerra mundial, la evolución de las formas de enfrentamiento ideológico implicó el desarrollo de nuevas técnicas de lucha que se concretizaron en el concepto de guerra política. Pero aún esta real forma de enfrentamiento está sujeta a la estrategia nacional, es decir, depende de la forma en que la nación persigue el cumplimiento de sus propios objetivos. Entonces, si conocemos el objetivo estratégico del comunismo soviético en cuanto a la propagación de la revolución como vía para imponer el poder hegemónico del PC y su ideología marxista, sabemos que la guerra política que desata no tiene una finalidad diferente. Más aún, como las acciones frontales generan resistencia, el marxismo desarrolla formas insensibles de guerra política que, en su primera etapa, sólo parecieran tener connotación social. De esta forma impone la subversión como método de acción - porque tiende a subvertir el orden, es decir, a desencadenar el proceso capaz de crear las condiciones necesarias para que sea la misma sociedad -nación, la que se destruya a sí misma, para que sea ella misma la que rompa con el orden natural y las fuentes de su estabilidad. Si este proceso, que no está limitado a la expresión armada, tiene éxito, la nación carecerá de voluntad propia y su degradación será lo que permita su destrucción. En este contexto, SILO y "La Comunidad", sus postulados y experiencias dejan de ser expresión de un "pluralismo" irrestricto y cobra su real dimensión. Sin integridad social jamás existirá estabilidad política, lo que a su vez imposibilitará la necesaria definición ideológica-nacional y, por ende, la real expresión de la identidad nacional.

- (19) Declaración Pública PC 11.Octubre.1973
- (20) Joseph Comblin "Experiencia de la Vicaría de la Solidaridad"
- (21) Manual del Administrativo SILO, Mayo 1982
- (22) Grupos "pacifistas" se han convertido en grupos de presión
- (23) Cassette de estudio del INECH "Subversión cultural: Canto Nuevo"
- (24) "La Comunidad" reconoce fundación el año 1969
- (25) Concuerdan aún con la "ley" de lucha y unidad de contrarios
- (26) La Opinión Cultural, Argentina 1974

INSTITUTO NACIONAL DE ESTUDIOS HISTORICO-CULTURALES
DEPARTAMENTO DE HISTORIA NACIONAL
1983



Archivo
Nacional
de Chile



CHILENOS:

El Frente Nacionalista "PATRIA Y LIBERTAD", quiere alertar a los chilenos de este departamento de dos hechos que han ocurrido en los últimos días, y que hablan por sí solos, de la "democracia" al estilo marxista-leninista-extremista que quieren implantar los parancicos de siempre, en nuestra tierra.-

BOMBAS EN EL LICEO.-

Cuatro artefactos explosivos-pestilentes, accionados por electricidad, y que, naturalmente, no son materias que se puedan aprender en los establecimientos educacionales del país, sino que enseñanzas de extremistas extranjeros, Cubanos, Uruguayos, Brasileños, Rusos etc. etc., que hoy mancillan nuestra patria con su presencia, fueron detonados el día de la constitución de la nueva directiva escolar del Liceo de nuestra ciudad, provocando alarma en el alumnado, y en nuestra ciudad.

Al margen de que el olor de estos artefactos, sospechosamente parecido al que despiden los "miricones", con su desaseo físico y mental, era inaguantable, existen varias consultas que hacer, para que sean respondidas por los interesados si pueden, ó más bien, si son tan "machotes" como se autocalifican, frente a una botella de negro mosto ó del otro:

1º.- Los autores materiales fueron HECTOR VALENZUELA y HERNAN IRIARTE.- Si la cobardía no los calla, que digan a las autoridades que razón tuvieron para arrancar del Liceo a las 02,30 horas, saltando la pandereta, el día de las explosiones.

2º.- Sería interesante saber que hacían, en la SALA DE MUSICA, el mismo día y a la misma hora de la madrugada, ERICK SEGURA, ALEJANDRO TAPIA Y BORQUEZ.

Seguramente afinando el pentagrama de las explosiones.

Este grupo de locos-delinquentes-extremistas, que se escudan bajo los nombres de "CAMPILLAY, FER, GAR, MIR" y otros grupos de delinquentes, SON LOS MISMOS DE SIEMPRE, Y ESTAN DETECTADOS, UBICADOS E INDIVIDUALIZADOS, y si hasta ahora el Gobierno no les ha aplicado la Ley de Seguridad Interior del Estado, como correspondería legalmente, que no crean que van a seguir actuando impunemente, ya que el Estado de Derecho existe y existirá en Chile, para desgracia de estos revolucionarios de cartón, que quieren llevar a nuestra Patria a un baño de sangre de inocentes, y esconderse, como siempre detrás de ellos, que debieron dar la cara y responder de sus fechorías. Si no, que lo gigan los campesinos presos, víctimas inocentes de estos asesinos y vendepatria asalariados al marxismo-extremismo.-

Por último, ¿no es bastante sospechoso que el panfleto de uno de estos grupúsculos hubiera sido hecho con el mimeógrafo robado al Liceo? ¿NO ES VERDAD, SR. ERICK SEGURA Y COMPAÑIA DE LADRONES?



A F U E R I N O S.-

El día sábado 27 del presente mes, varios establecimientos comerciales y casas particulares fueron saqueados en la madrugada, habiéndose detenido a dos individuos, premunidos de elementos especiales para estos tipos de robos, y que corresponden a elementos que se hacen pasar por afuerinos, que pernoctan en la casa DEL AFUERINO frecuentemente, y que han sido vistos por vecinos de nuestra ciudad en repetidas ocasiones.

Alertamos a los habitantes de Parral, y a sus pequeños agricultores de la zona, y al departamento en general, que elementos extremistas que usan camionetas modernas y dirigidos por un pobre y frustrado burgués, oriundo de Parral, está usando a estos chilenos momentáneamente sin trabajo, y en conjunto con extremistas disfrazados de afuerinos, para fines netamente delictuales e ilegales.

Una vez más, se usa a Chilenos de pantalla para fines extremistas, tales como saqueos a establecimientos comerciales, tomas ilegales de predios y alteraciones del orden público.

ENRIQUE ASTORGA LIRA, usando chilenos inocentes, pretende crear un clima de angustia y alteración del orden público en nuestra zona.

Lo denunciaremos públicamente y le advertimos que sus maniobras delictivas no prosperarán, y que el usar camionetas con patentes de Organismos Internacionales, no le dan fuero para atropellar a nadie ni menos para usar a Chilenos inocentes, víctimas de una política fratricida e incapaz.

Nadie debe tener miedo en Chile, ningún patán con delirios demenciales como ASTORGA, podrá imponer su voluntad totalitaria. Hay muchos Chilenos verdaderamente patriotas, que entienden que el patriotismo es crear y no destruir, trabajar y no haraganear, que están dispuestos a luchar por un Chile LIBRE, DEMOCRATICO, SOBERANO.-

FRENTE NACIONALISTA
"PATRIA Y LIBERTAD"

El día sábado 27 de marzo de 1911, en la ciudad de Santiago, Chile, se celebró una reunión pública en el Teatro Municipal, con el objeto de discutir el problema de la reforma constitucional. En esta reunión, que estuvo presidida por el Sr. don Juan Antonio Riquelme, se tomaron las siguientes resoluciones: 1.º Que se constituya una comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional que se encuentra en trámite en el Congreso Nacional. 2.º Que se invite a los señores ministros de Justicia y Fomento a que comparezcan a la reunión que se celebrará el día domingo 28 de marzo, a las diez de la mañana, en el mismo teatro, para exponer el estado de los trabajos que se están realizando en el Congreso.

Al respecto de las resoluciones adoptadas en la reunión del día sábado 27 de marzo, se ha acordado que se invite a los señores ministros de Justicia y Fomento a que comparezcan a la reunión que se celebrará el día domingo 28 de marzo, a las diez de la mañana, en el mismo teatro, para exponer el estado de los trabajos que se están realizando en el Congreso. Asimismo, se ha acordado que se invite a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, a que comparezcan a la reunión que se celebrará el día domingo 28 de marzo, a las diez de la mañana, en el mismo teatro, para exponer el estado de los trabajos que se están realizando en el Congreso.

En consecuencia, se ha acordado que se invite a los señores ministros de Justicia y Fomento, a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, y a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, a que comparezcan a la reunión que se celebrará el día domingo 28 de marzo, a las diez de la mañana, en el mismo teatro.

En consecuencia, se ha acordado que se invite a los señores ministros de Justicia y Fomento, a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, y a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, a que comparezcan a la reunión que se celebrará el día domingo 28 de marzo, a las diez de la mañana, en el mismo teatro.

En consecuencia, se ha acordado que se invite a los señores ministros de Justicia y Fomento, a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, y a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, a que comparezcan a la reunión que se celebrará el día domingo 28 de marzo, a las diez de la mañana, en el mismo teatro.

En consecuencia, se ha acordado que se invite a los señores ministros de Justicia y Fomento, a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, y a los señores señores diputados que forman parte de la comisión encargada de estudiar el proyecto de reforma constitucional, a que comparezcan a la reunión que se celebrará el día domingo 28 de marzo, a las diez de la mañana, en el mismo teatro.

COMISIONADO ENCARGADO DE ESTUDIAR EL PROYECTO DE REFORMA CONSTITUCIONAL





FRENTE NACIONALISTA "PATRIA Y LIBERTAD"

CHILENOS:

El Frente Nacionalista "PATRIA Y LIBERTAD", quiere alertar a los chilenos de este departamento de dos hechos que han ocurrido en los últimos días, y que hablan por sí solos, de la "democracia" al estilo marxista-leninista-extremista que quieren implantar los paranoicos de siempre, en nuestra tierra.-

BOMBAS EN EL LICEO.-

Cuatro artefactos explosivos-pestilentes, accionados por electricidad, y que, naturalmente, no son materias que se puedan aprender en los establecimientos educacionales del país, sino que enseñanzas de extremistas extranjeros, Cubanos, Uruguayos, Brasileños, Rusos etc. etc., que hoy mancillan nuestra patria con su presencia, fueron detonados el día de la constitución de la nueva directiva escolar del Liceo de nuestra ciudad, provocando alarma en el alumnado, y en nuestra ciudad.

Al margen de que el olor de estos artefactos, sospechosamente parecido al que despiden los "miricoes", con su desaseo físico y mental, era inaguantable, existen varias consultas que hacer, para que sean respondidas por los interesados si pueden, ó más bien, si son tan "machotes" como se autocalifican, frente a una botella de negro mosto ó del otro:

1º.- Los autores materiales fueron HECTOR VALENZUELA y HERNAN IRIARTE.- Si la cobardía no los calla, que digan a las autoridades qué razón tuvieron para arrancar del Liceo a las 02,30 horas, saltando la pandereta, el día de las explosiones.

2º.- Sería interesante saber qué hacían, en la SALA DE MUSICA, el mismo día y a la misma hora de la madrugada, ERICK SEGURA, ALEJANDRO TAPIA Y BORQUEZ.

Seguramente afinando el pentagrama de las explosiones.

Este grupo de locos-delinquentes-extremistas, que se escudan bajo los nombres de "CAMPILLAY, FER, GAR, MIR" y otros grupos de delinquentes, SON LOS MISMOS DE SIEMPRE, Y ESTAN DETECTADOS, UBICADOS E INDIVIDUALIZADOS, y si hasta ahora el Gobierno no les ha aplicado la Ley de Seguridad Interior del Estado, como correspondería legalmente, que no crean que van a seguir actuando impunemente, ya que el Estado de Derecho existe y existirá en Chile, para desgracia de estos revolucionarios de cartón, que quieren llevar a nuestra Patria a un baño de sangre de inocentes, y esconderse, como siempre detrás de ellos, que debieron dar la cara y responder de sus fechorías. Si no, que lo gigan los campesinos presos, víctimas inocentes de estos asesinos y vendepatria asalariados al marxismo-extremismo.-

Por último, ¿no es bastante sospechoso que el panfleto de uno de estos grupúsculos hubiera sido hecho con el mimeógrafo robado al Liceo? ¿NO ES VERDAD, SR. ERICK SEGURA Y COMPAÑIA DE LADRONES?



SECRETARIA DE INTERIORES

SECRETARIA DE INTERIORES

El presente documento tiene por objeto informar a los señores señores de honor de las autoridades de las provincias de Valparaíso y Antofagasta, en relación con el procedimiento de tramitación de los expedientes de naturalización de extranjeros.

En virtud de lo dispuesto en el artículo 1.º de la Ley N.º 17.136, de 1968, que modifica el artículo 1.º de la Ley N.º 17.135, de 1968, se establece que el procedimiento de tramitación de los expedientes de naturalización de extranjeros se regirá por las disposiciones contenidas en el presente documento, a partir de la fecha de su publicación en el Diario Oficial.

Al respecto de que el presente documento establece disposiciones de carácter general, se indica que las autoridades provinciales de Valparaíso y Antofagasta, en el momento de recibir los expedientes de naturalización de extranjeros, deberán tener presente las disposiciones contenidas en el presente documento, a fin de proceder de acuerdo con ellas.

1.º Los expedientes de naturalización de extranjeros se tramitarán en el Departamento de Extranjería, en la ciudad de Valparaíso, en el caso de los extranjeros que residan en esa ciudad, y en las oficinas provinciales de Extranjería, en el caso de los extranjeros que residan en las provincias de Valparaíso y Antofagasta.

2.º Los expedientes de naturalización de extranjeros se tramitarán en el Departamento de Extranjería, en la ciudad de Valparaíso, en el caso de los extranjeros que residan en esa ciudad, y en las oficinas provinciales de Extranjería, en el caso de los extranjeros que residan en las provincias de Valparaíso y Antofagasta.

Este documento tiene por objeto informar a los señores señores de honor de las autoridades de las provincias de Valparaíso y Antofagasta, en relación con el procedimiento de tramitación de los expedientes de naturalización de extranjeros. En virtud de lo dispuesto en el artículo 1.º de la Ley N.º 17.136, de 1968, que modifica el artículo 1.º de la Ley N.º 17.135, de 1968, se establece que el procedimiento de tramitación de los expedientes de naturalización de extranjeros se regirá por las disposiciones contenidas en el presente documento, a partir de la fecha de su publicación en el Diario Oficial. Al respecto de que el presente documento establece disposiciones de carácter general, se indica que las autoridades provinciales de Valparaíso y Antofagasta, en el momento de recibir los expedientes de naturalización de extranjeros, deberán tener presente las disposiciones contenidas en el presente documento, a fin de proceder de acuerdo con ellas.



Archivo Nacional de Chile

A F U E R I N O S.-

El día sábado 27 del presente mes, varios establecimientos comerciales y casas particulares fueron saqueados en la madrugada, habiéndose detenido a dos individuos, premunidos de elementos especiales para estos tipos de robos, y que corresponden a elementos que se hacen pasar por afuerinos, que pernoctan en la casa DEL AFUERINO frecuentemente, y que han sido vistos por vecinos de nuestra ciudad en repetidas ocasiones.

Alertamos a los habitantes de Parral, y a sus pequeños agricultores de la zona, y al departamento en general, que elementos extremistas que usan camionetas modernas y dirigidos por un pobre y frustrado burgués, oriundo de Parral, está usando a estos chilenos momentáneamente sin trabajo, y en conjunto con extremistas disfrazados de afuerinos, para fines netamente delictuales e ilegales.

Una vez más, se usa a Chilenos de pantalla para fines extremistas, tales como saqueos a establecimientos comerciales, tomas ilegales de predios y alteraciones del orden público.

ENRIQUE ASTORGA LIRA, usando chilenos inocentes, pretende crear un clima de angustia y alteración del orden público en nuestra zona.

Lo denunciaremos públicamente y le advertimos que sus maniobras delictivas no prosperarán, y que el usar camionetas con patentes de Organismos Internacionales, no le dan fuero para atropellar a nadie ni menos para usar a Chilenos inocentes, víctimas de una política fratricida e incapaz.

Nadie debe tener miedo en Chile, ningún patán con delirios demenciales como ASTORGA, podrá imponer su voluntad totalitaria. Hay muchos Chilenos verdaderamente patriotas, que entienden que el patriotismo es crear y no destruir, trabajar y no haraganear, que están dispuestos a luchar por un Chile LIBRE, DEMOCRATICO, SOBERANO.-

FRENTE NACIONALISTA
"PATRIA Y LIBERTAD"





CHILENOS:

El Frente Nacionalista "PATRIA Y LIBERTAD", quiere alertar a los chilenos de este departamento de dos hechos que han ocurrido en los últimos días, y que hablan por sí solos, de la "democracia" al estilo marxista-leninista-extremista que quieren implantar los parancicos de siempre, en nuestra tierra.-

BOMBAS EN EL LICEO.-

Cuatro artefactos explosivos-pestilentes, accionados por electricidad, y que, naturalmente, no son materias que se puedan aprender en los establecimientos educacionales del país, sino que enseñanzas de extremistas extranjeros, Cubanos, Uruguayos, Brasileños, Rusos etc. etc., que hoy mancillan nuestra patria con su presencia, fueron detonados el día de la constitución de la nueva directiva escolar del Liceo de nuestra ciudad, provocando alarma en el alumnado, y en nuestra ciudad.

Al margen de que el olor de estos artefactos, sospechosamente parecido al que despiden los "miricones", con su desaseo físico y mental, era inaguantable, existen varias consultas que hacer, para que sean respondidas por los interesados si pueden, ó más bien, si son tan "machotes" como se autocalifican, frente a una botella de negro mosto ó del otro:

1º.- Los autores materiales fueron HECTOR VALENZUELA y HERNAN IRIARTE.- Si la cobardía no los calla, que digan a las autoridades que razón tuvieron para arrancar del Liceo a las 02,30 horas, saltando la pandereta, el día de las explosiones.

2º.- Sería interesante saber que hacían, en la SALA DE MUSICA, el mismo día y a la misma hora de la madrugada, ERICK SEGURA, ALEJANDRO TAPIA Y BORQUEZ.

Seguramente afinando el pentagrama de las explosiones.

Este grupo de locos-delinquentes-extremistas, que se escudan bajo los nombres de "CAMPILLAY, FER, GAR, MIR" y otros grupos de delinquentes, SON LOS MISMOS DE SIEMPRE, Y ESTAN DETECTADOS, UBICADOS E INDIVIDUALIZADOS, y si hasta ahora el Gobierno no les ha aplicado la Ley de Seguridad Interior del Estado, como correspondería legalmente, que no crean que van a seguir actuando impunemente, ya que el Estado de Derecho existe y existirá en Chile, para desgracia de estos revolucionarios de cartón, que quieren llevar a nuestra Patria a un baño de sangre de inocentes, y esconderse, como siempre detrás de ellos, que debieron dar la cara y responder de sus fechorías. Si no, que lo gigan los campesinos presos, víctimas inocentes de estos asesinos y vendepatria asalariados al marxismo-extremismo.-

Por último, ¿no es bastante sospechoso que el panfleto de uno de estos grupúsculos hubiera sido hecho con el mimeógrafo robado al Liceo? ¿NO ES VERDAD, SR. ERICK SEGURA Y COMPAÑIA DE LADRONES?



100

El primer factor de la explosión fue el escape de los gases de escape de los motores de los aviones que se encontraba en el momento de la explosión, al salir de la cabina, los gases escaparon por las aberturas de escape, de escape, etc.

SEGUNDA PARTE

Grupos de explosivos explosivos-pulverizados, explosivos por electricidad, etc. y que, naturalmente, no son las únicas que se pueden encontrar en los aviones, sino que también se encuentran en los aviones, como los explosivos de reserva, etc., que hoy en día se encuentran en los aviones, etc. En el momento de la explosión de la cabina de pasajeros, se encontraron en la cabina de pasajeros, etc. y en la cabina de pasajeros, etc.

Al margen de que el tipo de estos explosivos, naturalmente, depende de la naturaleza de los explosivos, es un hecho que, en general, los explosivos de reserva, etc., que hoy en día se encuentran en los aviones, etc. En el momento de la explosión de la cabina de pasajeros, se encontraron en la cabina de pasajeros, etc. y en la cabina de pasajeros, etc.

1º.- Los factores materiales de los motores de aviación y de los aviones, etc. En el momento de la explosión de la cabina de pasajeros, se encontraron en la cabina de pasajeros, etc. y en la cabina de pasajeros, etc.

2º.- Sobre la explosión de la cabina de pasajeros, etc. En el momento de la explosión de la cabina de pasajeros, se encontraron en la cabina de pasajeros, etc. y en la cabina de pasajeros, etc.

Este grupo de explosivos explosivos-pulverizados, explosivos por electricidad, etc. y que, naturalmente, no son las únicas que se pueden encontrar en los aviones, sino que también se encuentran en los aviones, como los explosivos de reserva, etc., que hoy en día se encuentran en los aviones, etc. En el momento de la explosión de la cabina de pasajeros, se encontraron en la cabina de pasajeros, etc. y en la cabina de pasajeros, etc.

Por último, en el momento de la explosión de la cabina de pasajeros, se encontraron en la cabina de pasajeros, etc. y en la cabina de pasajeros, etc.



A F U E R I N O S . -

El día sábado 27 del presente mes, varios establecimientos comerciales y casas particulares fueron saqueados en la madrugada, habiéndose detenido a dos individuos, premunidos de elementos especiales para estos tipos de robos, y que corresponden a elementos que se hacen pasar por afuerinos, que pernoctan en la casa DEL AFUERINO frecuentemente, y que han sido vistos por vecinos de nuestra ciudad en repetidas ocasiones.

Alertamos a los habitantes de Parral, y a sus pequeños agricultores de la zona, y al departamento en general, que elementos extremistas que usan camionetas modernas y dirigidos por un pobre y frustrado burgués, oriundo de Parral, está usando a estos chilenos momentáneamente sin trabajo, y en conjunto con extremistas disfrazados de afuerinos, para fines netamente delictuales e ilegales.

Una vez más, se usa a Chilenos de pantalla para fines extremistas, tales como saqueos a establecimientos comerciales, tomas ilegales de predios y alteraciones del orden público.

ENRIQUE ASTORGA LIRA, usando chilenos inocentes, pretende crear un clima de angustia y alteración del orden público en nuestra zona.

Lo denunciaremos públicamente y le advertimos que sus maniobras delictivas no prosperarán, y que el usar camionetas con patentes de Organismos Internacionales, no le dan fuero para atropellar a nadie ni menos para usar a Chilenos inocentes, víctimas de una política fratricida e incapaz.

Nadie debe tener miedo en Chile, ningún patán con delirios demenciales como ASTORGA, podrá imponer su voluntad totalitaria. Hay muchos Chilenos verdaderamente patriotas, que entienden que el patriotismo es crear y no destruir, trabajar y no haraganear, que están dispuestos a luchar por un Chile LIBRE, DEMOCRATICO, SOBERANO.-

FRENTE NACIONALISTA
"PATRIA Y LIBERTAD"



Frente a las cínicas y canallescas alusiones del llamado Frente Amplio de Izquierda (una copia más del marxismo internacional), el FRENTE NACIONALISTA "PATRIA Y LIBERTAD" anuncia públicamente que los verdaderos traidores a la Patria, ya están siendo conocidos por los ciudadanos libres de Chile, y especialmente, están detectados y marcados por la juventud.

Toda la verborrea marxista, amparada y dirigida por los miristas Segura, Belmar, Bórquez, y su monigote, candidato a presidente Tapia, no lograrán acallar y disminuir las fuerzas democráticas chilenas, y menos detener el triunfo de los jóvenes que realmente aman a Chile y que en ningún caso, entregarán el país a la nefasta, totalitaria y esclavizadora línea marxista.

Nadie podrá creer que los cristianos adhieran ni menos simpaticen con los comunistas, ni menos con los pseudo socialistas-miristas, ya que los recuerdos de Hungría y Checoslovaquia, por citar a unos pocos pueblos avasallados, están y estarán latentes en las mentes de los libres del mundo, especialmente de la juventud.

JUVENTUD LICEANA: ¿Qué podemos esperar de un gobierno estudiantil marxista, cuando a nivel nacional se han cometido atrocidades ilegales y amorales, cuando a nivel local, en nuestro propio Liceo, la muestra de la mancha sucia dejada por los marxistas, no ha podido ser más nefasta, cuando se han producido robos de materiales didácticos necesarios para nuestro estudio, y qué puede responder el traidor y cobarde amparador de rufianes y delincuentes, el maestrillo Erick Segura, sobre el mimeógrafo robado a nuestro Liceo, y que se encuentra en poder de un asentamiento marxista de la zona?

LICEANO: ¿No tienes la muestra elocuente del destino que espera a la educación en Chile, con estos mentores que destruyen la disciplina, violan las garantías más elementales, alimentan odios y fomentan el desorden, amparando a incendiarios como ha ocurrido en la Escuela de Copihue?

¿No es prueba suficiente que en logro de sus apetencias desmedidas recurran a toda clase de bajezas morales, amedrentan al alumnado, violentan sus padres e introducen el caos en los establecimientos educacionales?

El manifiesto que en estos momentos circula en las aulas liceanas, es producto del odio y de su afán inconfesable de destruir lo máspreciado en nuestra Patria: corromper el alma de los jóvenes.

ALERTA LICEANO:

¿Quieres tú seguir dándole oportunidad a estos traidores y ladrones a escala nacional y local, o prefieres dar tu voto juvenil y democrático a nosotros, los verdaderos y reales HOMERES NUEVOS DEL MAÑANA DE CHILE, para que podamos con nuestro esfuerzo levantar a Chile de nuevo, y rescatarlo de las sucias y manchadas manos con sangre de patriotas?

¡LICEANOS: VOTAD POR LAS LISTAS DEMOCRATICAS!

NO OS ENGAÑÉS POR ESTOS VENDEPATRIA QUE CONSTITUYEN UN PELIGRO PARA LA JUVENTUD CHILENA.

FRENTE NACIONALISTA
"PATRIA Y LIBERTAD"





CHILENO:

LA OPOSICION ESTA DE PIE

PABLO RODRIGUEZ GREZ

rompe hoy la mentira propagandística de la Unidad Popular, al cumplir ésta un año de fracasos, prepotencia y atropellos.

¡ESCUCHELO! Y ¡ACTUE!

**HOY MIERCOLES - RADIO AGRICULTURA
A LAS 22.00 HORAS**



Imp. Bio-Bio

Archivo
Nacional
de Chile

FRENTE NACIONALISTA
PATRIA Y LIBERTAD



Archivo
Nacional
de Chile

CHILENO:

LA OPOSICION ESTA DE PIE

PABLO RODRIGUEZ GREZ

rompe hoy la mentira propagandística de la Unidad Popular, al cumplir ésta un año de fracasos, prepotencia y atropellos.

¡ESCUCHELO! Y ¡ACTUE!

**HOY MIERCOLES - RADIO AGRICULTURA
A LAS 22.00 HORAS**



Imp. Bio-Bio

Archivo
Nacional
de Chile

FRENTE NACIONALISTA
PATRIA Y LIBERTAD

240



Archivo
Nacional
de Chile